C 21734 D



Am 4. März: Auf nach Almelo! S. 10

Arbeiterkampf

Jg. 8 Nr. 123 20.2.78 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes 2,- DM

Tarifabschluß bei Eisen und Stahl

4 Prozent Provokation!



Streikende Hoesch-Arbeiter in der diesjährigen Tarifrunde. 1969 gehörten sie zu den ersten, die in kämpferischen Streiks einen „Nachschlag" holten.

Nach der fast sieben-prozentigen Lohnerhöhung, die sich die Hafenarbeiter in einem 5-tägigen Streik erkämpften, haben nunmehr Kapitalisten und Gewerkschaftsführer in der Eisen- und Stahlindustrie mit einem Abschluß von sage und schreibe 4 (vier) Prozent eine neue Marke gesetzt, die nach dem Willen der Herrschenden Signalwirkung auch für die folgenden Tarifrunden haben soll. „Eins zeigt der Abschlu: Es geht auch mal mit wenig Plus", jubelt das Springersche Hamburger Abendblatt (18./19.2.78).

Dabei bringt dieser – mit Hilfe des nordrhein-westfälischen Arbeitsministers Farthmann (SPD) ausgehandelte – f a u l e Kompromiß nicht einmal 4 Prozent mehr Lohn und Gehalt: Bezahlt werden nämlich erst ab 1.2.78 vier Prozent – für die zurückliegenden 3 Monate gibt's eine Pauschale von 200,– DM (was bei einem Stundenlohn von 10,50 DM etwa 3,6 Prozent ausmacht!

Die IG Metall-Führer dachten nicht im Traum daran, die Kollegenschaft zur Verhinderung dieses ungeheuerlichen Reallohnabbaus zu mobilisieren, geschweige denn für die von ihnen selbst erhobene Ausgangsforderung von 7 Prozent einzutreten. Als die Große Tarifkommission der IG Metall (bei nur einer Gegenstimme!) eine Streikurabstimmung beschlossen hatte, ignorierten die Gewerkschaftsführer diese Entscheidung, verschoben die Urabstimmung und traten erneut in die Verhandlungen mit ihren „Sozialpartner" ein.

Das Ergebnis dieses „zähen Ringens" liegt ja nun in Gestalt des 4-Prozent-Betruges vor...

Aber Kapitalisten und Gewerkschaftsführer werden sich u.E. in diesem Jahr möglicherweise schwer verrechnen, wenn sie glauben, die Arbeiter und Angestellten mit derartigen läppischen Lohn„erhöhungen" abspeisen zu können. Wenn heute zehntausende Kolleginnen und Kollegen in der metallverarbeitenden Industrie, im Druckgewerbe etc. ihren Widerstandswillen und ihre Kampfentschlossenheit in Streiks und Demonstrationen bekunden, so sind das Vorboten für einen zweiten „heißen Herbst 1969", als die Arbeiterschaft sich in eigenständigen Aktionen das holte, was ihnen die offizielle Gewerkschaftspolitik nicht zu bringen vermochte.
Auch damals wurde der Bogen von den Herrschenden und Bürokraten überspannt!...

Razziengesetze verabschiedet

Am 16. Februar beschloß der Bundestag die als „Razzien-Gesetze" bekannt gewordene Novellierung der Strafprozeßordnung. Danach sollen zukünftig folgende Ermächtigungen für Polizei- und Strafverfolgungsbehörden in die StPO eingefügt werden:

Erweiterte Durchsuchungsmöglichkeit (§ 103 StPO): Danach soll die Durchsuchung eines *„ganzen Gebäudes ermöglicht werden"*, wenn sich vielleicht (!) ein „Verdächtiger" im Haus aufhält, *„aber nicht bekannt ist, in welcher diese Wohnungen er sich verbirgt"*. Bisher mußte immer noch für eine b e s t i m m t e Wohnung ein Durchsuchungsbefehl erwirkt werden. Mit der neuen Bestimmung ist das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung vollständig aufgehoben.

Einrichtung von Kontrollstellen (§ 111 StPO): Danach können an allen *„öffentlich zugänglichen Orten"* Kontrollen *„zur Ergreifung der gesuchten Straftäter und zur Sicherstellung von Beweismitteln"* eingerichtet werden. Jeder muß an einer Kontrollstelle seine Identität feststellen und seine Sachen durchsuchen lassen, wenn *„Tatsachen die Annahme, daß die Kontrollstellen die Strafverfolgung voranbringen kann, rechtfertigen"*. Diese Bestimmung ist beliebig interpretierbar.Gigantische Kontrollen wie die von Kalkar (147.000 Personen), ebenso wie Brokdorf, Grohnde u. a. erhalten damit nachträglich (!!) und für die Zukunft eine „legale" Grundlage.

Festellung der Identität (§ 163b StPO): Zur *„Identitätsfeststellung einer Person"* soll zukünftig gehören: *„Das Festhalten einer Person, wenn sich die Identität sonst nicht feststellen läßt, ferner die Durchsuchung der Person und der Sachen, die sie mit sich führt"*. Auch Nichtverdächtige *„dürfen in diese Maßnahmen mit eibezogen werden, wenn und soweit dies zur Aufklärung einer Straftat geboten ist"*.

Verfahren bei der Identitätsfeststellung (§ 163c StPO): „Verdächtige" und Nichtverdächtige können bis zu zwölf Stunden „festgehalten" werden. *„Nach spätestens zwölf Stunden ist die Person auch dann freizulassen, wenn bis dahin ihre Identität nicht geklärt werden konnte"*. Auch das bisherige Recht, selbst einen Anwalt oder eine Person des Vertrauens zu benachrichtigen, wird beseitigt: *„Nichttatverdächtige können stets selbst einen Angehörigen oder eine Person ihres Vertrauens von der Freiheitsentziehung unterrichten. Ist dies bei Tatverdächtigen zu riskant(?), muß die Behörde selbst unverzüglich die Unterrichtung übernehmen."* Ohnehin ist es schon bisher oft so, daß es vorläufig Festgenommenen unmöglich gemacht wird, jemanden zu benachrichtigen. Großzügig heißt es in dem neuen Gesetz: *„Ist die Identität von Nichttatverdächtigen festgestellt, so sind alle im Zusammenhang mit dieser Feststellung erstellten Unterlagen zu vernichten"*. – Wer kann das prüfen?! ...

Schließlich enthält das Änderungs-Gesetz noch **Neu-Regelungen zur Ausschaltung von Verteidigern:**
§ 148 StPO – Überwachung des schriftlichen Verteidigerverkehrs – Einführung von Trennscheiben.
§ 138a StPO Verteidigerausschluß: Zukünftig soll ein Verteidigerausschluß bereits möglich sein, *„wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, daß der Verteidiger an der Tat des Inhaftierten beteiligt ist. Ein Verteidigerausschluß soll ebenso stattfinden können, wenn der Verteidiger die Kontakte mit dem Inhaftierten mißbraucht, um Straftaten zu begehen oder die Anstaltssicherheit erheblich zu gefährden"*.

Kernpunkt dieser StPO-Änderungen ist die Beseitigung des konkreten, an eine bestimmte Tat und eine bestimmte Person gebundenen Tatverdachts als Voraussetzung polizeilicher oder richterlicher Verfolgung durch die Herabsetzung der Verdachtsschwelle auf die Ebene bloßer Vermutungen und Verdächtigungen. Bisher mußte laut Gesetz die Mißachtung von Grundrechten eines Bürgers in jedem einzelnen Fall k o n k r e t begründet werden; die neue Gesetzes-Änderung hingegen begründet die Aufhebung von Grundrechten g e n e r e l l. Vorwand ist das „Strafverfolgungsinteresse" der Polizei- und Staatsschutzbehörden im Kampf gegen den „Terrorismus". Tatsächlich betroffen ist jede(r). in der alltäglichen Wahrnehmung seiner einfachsten demokratischen Freiheiten. Die

Fortsetzung nächste Seite

GEW: Massenausschlüsse

10 Mitglieder der GEW–Bochum, darunter der erste Vorsitzende und mehrere weitere Vorstandsmitglieder, wurden am 11. 2. vom Hauptvorstand wegen Verstoß gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ausgeschlossen. Anlaß war die Veröffentlichung einer Resolution gegen das drohende „K-Gruppen"-Verbot im Bochumer GEW-Info. Da diese Veröffentlichung von der Mitgliederversammlung beschlossen und nachträglich nochmals gebilligt wurde, richtet sich dieser Ausschluß gegen den ganzen Ortsverein Bochum. Da in anderen GEW-Verbänden ähnliche Veröffentlichungen stattgefunden haben, andere ihre Unterstützung für das Russell-Tribunal oder für Demonstrationen gegen Berufsverbote bekundet haben, ist aktuell mit einer neuen Ausschlußwelle in der GEW zu rechnen.

Ausführliche Berichte Seite 17 und 18

DGB weiter gegen Russell – Tribunal

„Betrachten Sie meine Denunziation von gestern als gegenstandslos. Ersetzen Sie sie durch meine Denunziation von heute."

So könnte man – kurz gefaßt – die Reaktion des DGB-Vorstands auf die massiven Proteste beschreiben, die er mit seinem Angriff auf das Russell-Tribunal erntete. DGB-Vorsitzender Vetter, der das berüchtigte Schreiben vom 18.1. selbst unterzeichnet hatte, versucht jetzt, die peinliche Blamage, allzu offensichtlich im Auftrag des Staatsschutzes tätig zu sein, auszubügeln. Am 30.1. verschickte er ein neues Schreiben. Der Inhalt ist der gleiche geblieben – aber man ist bemüht, ihn wenigstens nicht mehr im typischen VS-Jargon darzustellen.

Als erste Zeitung veröffentlicht der ARBEITERKAMPF die wesentlichen Passagen des neuen Pamphlets.

(siehe Seite 4)

Staatsschutzes tätig zu sein, auszubü- (siehe Seite 4)

Zivildienstleistende planen neue Aktionen

Nach den sehr erfolgreichen Streikaktionen der Zivildienstleistenden Ende Januar, dem ersten bundesweiten Streik seit 1971 und mit 4500 dem größten bisher überhaupt, haben die Zivildienstleistenden neue Angriffe zu erwarten. Nachdem ihnen schon vor der Aktion mit Gefängnis bis zu 3 Jahren gedroht worden war, heißt es inzwischen, daß gegen 2000 Zivildienstler (gemeint sind sämtliche Streikende) *„sehr strenge Ermittlungen"* laufen würden, so der Sprecher des Bundesbeauftragten für Zivildienst (laut „FR" vom 15.2.78). Bisher hat es das Bundesamt dabei belassen, immer neue Drohungen auszustoßen, aber angesichts der geschlossenen Streikfront bislang mit der Umsetzung der Strafmaßnahmen gezögert. Auf Hindernisse ist man auch deshalb gestoßen, weil viele Beschäftigungsstellen *„aus Solidarität mit Zivildienstleistenden nicht bereit (sind), die Untersuchungen zu unterstützen"* (ebenda). Diesen wurde angedroht, ggf. *„eine weitere Zuweisung"* von ZDLern zu versagen. Neben den Drohungen wurde gleichzeitig der Hetzkübel in der Springer-Presse ausgegossen. Ein gewisser Axel Schützsack schreibt dort (am 30.1.), daß die ZDLer *„in die Arme von Rattenfängern gerieten, Rattenfängern, denen es keineswegs um das Gewissen eines einzelnen geht, sondern um die Zerstörung des freiheitlichen Staates"*. Mit dem Streik sollte *„die ohnehin lädierte Autorität der verantwortlichen Staatsorgane weiter ausgehöhlt"* werden. Der Grund für den Streik sei *„völlig irrelevant. Sie offenbart das Ausmaß der geistig-politischen Verwirrung und geht im Übrigen auch am Kern der Sache vorbei, wenn gegenwärtig auf die Aufopferungsbereitschaft vieler Zivildienstleistender hingewiesen und so getan wird, als ob ihnen bitteres Unrecht geschehe, wenn sie sich einer Gewis-*

Fortsetzung nächste Seite

ZDL - Aktionstag: 25.2.

Demonstration 11 h Moorweide 25.2. Hamburg nachmittags: antimilitaristische Festveranstaltung	zentrale antimilitaristische Veranstaltung in München und weitere lokale Veranstaltungen	Demonstration 13 h ab Josefhöhe Kundgebung 15 h Marktplatz 25.2. Bonn

„Razziengesetze" im Bundestag verabschiedet

Fortsetzung von Seite 1

Verabschiedung des StPO-Änderungs-Gesetzes ordnet sich ein in ein ganzes Netz von weiteren „Anti-Terror"-Maßnahmen:

– so der kürzlich von den Innenministern verabschiedete „Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz", der u.a. den „gezielten Todesschuß" befehlbar macht und damit die Schwelle für den Schußwaffengebrauch durch die Polizei noch weiter als bisher heruntersetzt;

– so der kürzlich vorgestellte Entwurf eines „Bundesmelde-Gesetzes", das selbst Übernachtungen auf Campingplätzen, in Hotels, das Mieten von Autos etc. meldepflichtig macht und auf der Grundlage umfassender „Personagramme" zentrale computerisierte Adressdateien in den Ländern aufbauen will;

– so das Paket zum Ausbau und zur Zentralisierung des „Sicherheitsapparats" beim Bundeskriminalamt und Bundeskanzleramt: vorgeschlagene Novellierung des BKA-Gesetzes (mehr Kompetenzen, Integration mit VS), des BGS-Gesetzes (mehr Kompetenzen), des VS-Gesetzes (stärkere Zentralisierung der drei Geheimdienste, Legalisierung der „Lauschaktionen").

Die Taktik zielt darauf, das g e s a m t e Programm der geplanten „Sicherheitsmaßnahmen" s c h e i b c h e n w e i s e durchzusetzen, um einen sich inzwischen entwickelnden Widerstand gegen die massive Einschränkung demokratischer Freiheiten so weit wie irgend möglich auszumanövrieren.

Die CDU/CSU übernimmt es dabei wieder einmal, der SPD-Führung zu ermöglichen, die neuen Gesetze als „kleineres Übel" zu verkaufen. Schon vor der Bundestagsdebatte war klar, daß die CDU/CSU dem SPD/FDP-Entwurf nicht zustimmen würde. Die Vorschläge seien „unzureichend", „unvollkommen", würden dem „Opfer" Schleyers nicht gerecht usw. In der Bundestagsdebatte ging die Schmierenkomödie so weit, daß Kohl ausrief: *„Ihre Republik ist nicht die unsere"* („Welt", 17.2.78). Massiv wurden die „Rebellen" in der SPD, die den Vorschlägen nicht zustimmen wollten, mit der drohenden Machtübernahme der CDU/CSU erpreßt.

erpreßt.

Die „Razzien-Gesetze" wurden schließlich nur von vier SPD-Abgeordneten abgelehnt: Manfred Coppik, Karl Heinz Hansen, Dieter Lattmann, Erich Meinicke. Die Abgeordneten Helmut Hausmann und Friedrich Hölscher (FDP), sowie Peter Conradi und Olaf Schwenke (SPD) erklärten, sie hätten der Vorlage nur zugestimmt, *„um Schlimmeres zu verhüten"* („Hamb. Morgenpost", 17.2.78).

Es ist allerdings fraglich, ob es der SPD/FDP-Regierung gelingen wird, mit solchen Manövern weiterhin durchzukommen. Die vier „Rebellen" im Bundestag sind Ausdruck eines sich entwickelnden Protestes an der SPD- und FDP-Basis, angefangen bei den Jusos und Judos, die sich eindeutig gegen die Verabschiedung der „Razzien"-Gesetze geäußert haben. Auch gegen die übrigen „Anti-Terror"-Gesetze beginnt sich sowohl innerhalb der Parteien SPD/FDP selbst als auch außerhalb hörbarer Protest zu entwickeln. Stimmen wie den „Arbeitskreis Sozialdemokratischer Juristen" (ASJ), wie die „Initiative gegen das einheitliche Polizeigesetz" in Hannover, an der u.a. auch der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Schirrmacher (GdP), teilnimmt, u. a. m. wird die SPD auf Dauer nicht unbeschadet überhören können. Zudem entwickelt sich auch außerhalb der Parteien zunehmend organisierter Protest, so Proteste der Humanistischen Union, der ESG. An verschiedenen Orten bildeten sich „Initiativen gegen das einheitliche Polizeigesetz".

Die Verabschiedung des „Razzien-Gesetzes" im Bundestag war eine Niederlage für diese Kräfte. Allerdings ist zu erwarten, daß der Entwurf nicht den CDU/CSU-majorisierten Bundesrat passiert, ohne erneut in Frage gestellt zu werden. Gelegenheit also, erneut den demokratischen Protest öffentlich vorzubringen.

Darüber hinaus muß auch der Widerstand gegen die übrigen geplanten Gesetzesverschärfungen und ihre Anwendung weiterentwickelt werden. Eine Arbeit in dieser Richtung hat gerade erst begonnen.

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg



Blick in die Welt

DFG/VK bereitet Spaltung der ZDLer vor!

Nach der sehr erfolgreichen Aktionswoche der Zivildienstleistenden Ende Januar, die mit 10.000 Demonstranten in Dortmund ihren Schlußpunkt fand, sollen am 25.2. wiederum mehrere Aktionen gegen das drohende Urteil des Bundesverfassungsgerichts stattfinden. Mit dem Urteil ist eine generelle Einschränkung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung zu erwarten.

Schaut man sich aber die Veröffentlichung der DFG/VK, der Revi-Presse und auch der von der DFG/VK informierten bürgerlichen Presse an, so wird am 25.2. allein in Bonn demonstiert (Hamburg und München als zentrale Aktionsorte werden nicht erwähnt – s. dagegen den abgedruckten SO-Aufruf). Die SOdZDL (Selbstorganisation der Zivildienstleistenden) hat dieser Berichterstattung zufolge inzwischen offenbar das Zeitliche gesegnet, obwohl sie der Hauptträger der Aktivitäten in Dortmund war. Um zu verstehen, um welchen Hammer es sich da handelt, muß man wissen, daß die SO von der DFG/VK und somit auch von den Revisionisten – die in der DFG/VK einen entscheidenden Einfluß haben – angeblich als d i e gewerkschaftliche Interessenvertretung der Zivildienstleistenden angesehen wird! Wir zitieren dazu ein Schreiben des Bundesvorstandsmitglieds Bubenzer (vom 10.2.78): *„Für uns ist die SO seit ihrer Gründung 1970 ... die Organisation der Zivildienstleistenden. Wir fordern nach wie vor unsere Mitglieder auf, dort während ihres ZD aktiv zu sein"*.

Die DFG/VK selbst versteht sich als *„die pazifistisch-antimilitaristische Organisation der Kriegsdienstverweigerer"*.

Nachdem sich die DFG/VK vor der Dortmunder Demonstration vielfach noch aus den Aktivitäten rausgehalten hatte, tut sie nun so, als sei sie allein auf weiter Flur, wo doch die Revisionisten sonst so besonderen Wert auf „gewerkschaftliche Orien-

Revisionisten sonst so besonderen Wert auf „gewerkschaftliche Orien-

tierung" legen. In dem erwähnten Schreiben Bubenzers heißt es dazu ganz „naiv" gegenüber der SO: *„Es ist doch kein Nachteil, daß viele DFG/VK-Gruppen im Februar Aktionen machen, sondern ein Vorteil für alle Beteiligten. So wie wir Euren Aufruf und die Aktion zum 28.1. unterstützt haben, bitten wir Euch umgekehrt darum, den 25.2. in Bonn mit zu einem Erfolg zu machen. Er kann inhaltlich keine so schwerwiegenden Mängel haben, daß sich eine Enthaltsamkeit rechtfertigen könnte. Andernfalls hätten nicht so viele Organisationen unterschrieben. Auch sollte die SO mit einem Redner präsent sein"*.

Nun, in dem Schreiben werden selbst die Verhandlungen der SO-Sprecher und der DFG/VK-Spitze vor wenigen Tagen vorher erwähnt. Dort war allerdings was vollkommen anderes beschlossen worden. Dort hatte man sich nämlich auf g e m e i n s a m e Aktionen geeinigt. Man hatte sich geeinigt, zwei Aufrufe zu verbreiten (der DFG/VK-Aufruf konnte nicht mehr gestoppt werden, er war nicht mit der SO abgesprochen, und enthielt eine Reihe zentraler Parolen der SO nicht) und zu sämtlichen geplanten Aktionen gemeinsam aufzurufen. Vorher sollte dann jeweils die Zustimmung der Regionalkonferenzen der SO und der Regionalverbände der DFG/VK eingeholt werden. Trotz dieser Absprachen versuchte die DFG/VK überall den SO-Aufruf vom Tisch zu bringen bzw. die Absprachen waren kurz darauf „vergessen".

Dort, wo sich die SO-Regionalkonferenzen für weitere Aktionen (in Hamburg und München) entschieden hatten, unterschrieben nach vorherigen Putschmanövern die DFG/VK-Regionalverbände prompt den SO-Aufruf (s. dort). Auch die Unterstützer-Kreise der DFG/VK waren über diesen Zustand offen belogen worden. Auffällig ist, daß die Jusos nicht unter deren Aufruf stehen. Das hat den Hintergrund, wie in der SO und der DFG/VK bekannt ist, daß die Jusos der SO zugesichert haben, nicht vor der SO zu unterschreiben, weil die DFG/VK ein „Doppelspiel" betrieben habe. Die Judos erklärten mit Bedauern, daß sie bei ihrer Unterschrift davon hätten ausgehen müssen, daß die SO den Aufruf (dessen Inhalt die SO-Sprecher noch gar nicht kannten) schon unterschrieben hätte. Insofern ist es schon dreist, wenn DFG/VK-Bubenzer behauptet, der Aufruf müsse doch auch für die SO zu unterschreiben sein, so viele Organisationen hätten doch schon unterschrieben.

Wohlgemerkt: Das Ganze in einem Brief des DFG/VK-Vorstandes als Antwort auf ein offenes Austritts-

Brief des DFG/VK-Vorstandes als Antwort auf ein offenes Austritts-

Schreiben eines DFG/VK-Mitglieds. Dieser ZDLer hatte als Mitglied der Aktionsleitung für Dortmund nämlich schon mitgekriegt, *„daß es der DFG/VK, zumindest ihrem Bundesvorstand, eher darum geht, sich selbst darzustellen, als Aktionen, die wie sich gezeigt hat, sinnvoll und richtig sind, zu unterstützen"* (Offener Brief des Ausgetretenen). Während die DFG/VK jederzeit in die Diskussion der SO um die Dortmunder Aktion einbezogen war, und selbst dort die verschiedensten Querschüsse versuchte, will sie nun allein an die Spitze spurten und die SO zu einem Hilfsverband der DFG/VK degradieren, der jedes Mätzchen willig hinzunehmen hat. Das wird wohl nicht gelingen.

AG Zivildienst des KB

Zivildienstleistende planen neue Aktionen

Fortsetzung von Seite 1

sensprüfung zu unterziehen haben. Es gehört zu den Grundwahrheiten einer jeden gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung, daß nicht jeder Bürger jederzeit die Wahl hat, das zu tun, was ihm gerade gefällt."

Der Selbstverteidigungswille des Staates sei *„der Prüfstein seiner Lebensfähigkeit"*. Man könne nicht *„aus Opportunitätsgründen ein Auge zudrücken"*, denn Autorität sei *„die Gehorsamserzwingung des Staates"*.

D.h. es wird nicht nur die unnachsichtige Bestrafung der ZDLer hier gefordert, sondern auch die generelle Gewissensüberprüfung.

Darüber wollte das Bundesverfassungsgericht, das die Gewissensprüfung erst einmal wieder eingesetzt hat, am 1.3.78 endgültig beschließen.

Aus diesem Anlaß rufen die DFG/VK und die SOdZDL zu erneuten Demonstrationen am Wochenende vorher, am 25.2., auf (s. Abdruck des Aufrufs).

Nicht zuletzt den erfolgreichen Aktionen bisher ist es zu verdanken, daß das BVG den endgültigen Entscheid gegen die Wehrdienstnovelle noch einmal hinausgezögert und auf den 13.4. verschoben hat. Vorher soll die Wiedereinsetzung der Prüfungsverfahren einstweilig verlängert werden. Die Aktionen am 25.2. bieten gute Gelegenheit, die bisherige breite Bewegung gegen die Verschärfung des Zivildienstes in Richtung Arbeitsdienst, die Einschränkung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung zu stärken und zu verbreitern.

AG Zivildienst

Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZDL)

Schluss mit dem Gewissens-TÜV

Am 15. Dezember hat das Bundesverfassungsgericht durch einstweilige Verfügung die Novelle des Wehrpflicht- und Zivildienstgesetzes außer Kraft gesetzt. Das bedeutet, daß alle Kriegsdienstverweigerer, die bis dahin nicht zum Zivildienst einberufen worden sind, weiterhin dem inquisitorischen Prüfungsverfahren unterworfen werden.

Dieses Verfahren hat sich bereits in der Vergangenheit als ein gutes Mittel für die Herrschenden erwiesen, die Zahl der Kriegsdienstverweigerer nach ihren Vorstellungen zu regulieren. Es schreckt viele Jugendliche davon ab, ihre Meinung zur Bundeswehr durch Kriegsdienstverweigerung zum Ausdruck zu bringen, weil sie sich den Tricks der Prüfungsausschüsse nicht gewachsen fühlen.

Auch in die jetzt außer Kraft gesetzte Novelle waren Sicherungen für den Bestand der Bundeswehr eingebaut. Das Prüfungsverfahren war keineswegs vollständig abgeschafft worden, sondern bereits einberufene Wehrpflichtige, Soldaten und Reservisten mußten sich weiterhin einem Prüfungsverfahren unterziehen und das Verfahren konnte durch Anordnung der Bundesregierung für alle Kriegsdienstverweigerer wieder eingeführt werden.

Durch diese Novelle sollte der Teil der geburtenstarken Jahrgänge, der in der Bundeswehr nicht benötigt wurde, für den Zivildienst nutzbar gemacht werden. Unerwartet kam für die Bundesregierung, daß sich seit der Aussetzung der Prüfungsverfahren derart viele Jugendliche gegen die Bundeswehr und für die Kriegsdienstverweigerung entschieden, obwohl sie einen drei Monate längeren Dienst (als Soldaten) zu erwarten haben. Fast 70.000 Verweigerer im Jahr 1977 zeigen, daß sich die Bundeswehr trotz massiver Werbekampagnen unter den Jugendlichen keiner besonderen Beliebtheit erfreut.

Um das allzu starke Anwachsen der Kriegsdienstverweigerer einzudämmen, wurden Anfang Dezember die seit längerer Zeit bestehenden Pläne zum Ausbau der Zivildienstes zum allgemeinen Arbeitsdienst breit bekannt gemacht. In Zukunft sollen die Heimschlaferlaubnisse für Zivildienstleistende wegfallen und dafür sollen sämtliche Zivildienstleistende kaserniert werden, der größte Teil an heimatfernen Einsatzorten. Der Zivildienst soll außerdem auf Zivil- und Katastrophenschutz ausgeweitet werden und auch eine nochmalige Verlängerung des Zivildienstes auf 24 Monate wird von der Bundesregierung erwogen. Wann kommen die alten Pläne vom Einsatz bei Bahn und Post wieder auf den Tisch?

Als mit der einstweiligen Außerkraftsetzung der Wehrdienstnovelle durch das Bundesverfassungsgericht die „Notbremse" gegen die ständig steigende Zahl der Kriegsdienstverweigerer gezogen wurde, war damit praktisch eine Vorentscheidung für das endgültige Urteil, das am 1. März verkündet wird, getroffen.

Wir Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistenden müssen uns dagegen wehren, daß durch ein Urteil dieses selbstherrlichen Verfassungsgerichts das Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer für unantastbar erklärt wird und die Entwicklung des Zivildienstes zu einem allgemeinen Arbeitsdienst festgeschrieben wird.

Am 27. und 28. Januar haben bereits mehrere tausend Zivildienstleistende trotz massiver Strafandrohungen durch Warnstreiks und Teilnahme an einer Demonstration ihren entschiedenen Protest zum Ausdruck gebracht. Die SOdZDL ruft die Kriegsdienstverweigerer, Zivildienstleistenden und fortschrittlichen Menschen auf, sich an der zentralen Demonstration in Bonn zu beteiligen. Ferner rufen wir in Norddeutschland zur regionalen Demonstration nach Hamburg und in Bayern zu einem Jugendfest in München auf.

Völlige Abschaffung des Gewissensprüfungsverfahrens!
Gegen den Ausbau des Zivildienstes zum allgemeinen Arbeitsdienst!

Wann gibt es eine Katastrophe?

Wann gibt es eine Katastrophe? US-Flugzeug „verliert" Bombe

Über Sardinien „verlor" am 11. Februar ein Jagdbomber der US-Luftwaffe eine 500-Kilo-Bombe. Sie schlug in der Nähe des Kap Malfatano, einem bekannten Touristen-Zentrum ein und hinterließ bei der Explosion (zum Glück auf freiem Feld!) einen riesigen Krater. „Unfälle" dieser Art sind der Bevölkerung Sardiniens geläufig. Der Militärstützpunkt Teulada auf Sardinien ist seit mehreren Jahren Ausgangspunkt für Kriegsspiele aller Art: Bomber-Tiefflüge, Schießübungen der Artillerie, Landeübungen usw. Mehrmals sind in den letzten Jahren Flugzeuge oder Hubschrauber in dieser Gegend abgestützt. Die Bevölkerung erinnert sich auch an einen ungeheuerlichen Zwischenfall, als ein BRD-Düsenjäger „nur so aus Spaß" ein Fischerboot im Tiefflug unter MG-Feuer nahm (kein Einzelfall übrigens!) und dabei einen Fischer schwer verletzte. Man erinnert sich auch an eine andere „verlorene" Bombe am Kap Malfatano (damals war es ein englisches Flugzeug) und an den „Unfall" eines Atom-U-Boots vor der sardinischen Küste. Und man fürchtet, daß es nur eine Frage der Zeit ist, bis eine „verlorene" und explodierende Atombombe auf Sardinien oder anderswo zu einer Katastrophe führt.

Portugal: „Große Koalition" gegen das Volk

Ministerpräsident Soares (Sozialistische Partei/PS) hat seine Koalitionsverhandlungen mit den Christdemokraten (CDS) erfolgreich abschließen können. Der neuen Regierung gehören 11 PS-Mitglieder, 3 Christdemokraten und 2 »Unabhängige« an. Soares hat damit in unverschämtester Weise seine Wähler getäuscht, denen er 1976 versprochen hatte, die PS werde auf gar keinen Fall mit anderen Parteien eine Koalition bilden, sondern werde entweder allein regieren oder aber in die Opposition gehen. Die neue Regierung soll nach dem Willen von Soares mindestens bis zu den Wahlen 1980 im Amt sein.

Mit der CDS ist eine Partei in der Regierungskoalition, die engste Verbindungen zu den alten Faschisten unterhält, deren Chef — Freitas do Amaral — ein Vertrauter des früheren faschisten Diktators Caetano war, die vor allem 1975 in enger Zusammenarbeit mit faschistischen Banden in großen Teilen Portugals (vor allem im Norden) konterrevolutionäre Terror-Akte organisierte und die 1976 die demokratische Verfassung Portugals im Parlament abgelehnt hat.

So warf auch Soares jetzt einen wesentlichen Grundsatz der portugiesischen Verfassung, das Ziel des Sozialismus, offiziell über Bord, mit Erklärungen wie: *»Es geht nicht darum, den Sozialismus zu errichten, sondern die schwer getroffene Wirtschaft zu beleben«* (lt. „Welt", 4.2.78); *»das Ziel des Aufbaus des Sozialismus müsse fürs erste zugunsten eines politischen Realismus zurückgestellt werden«* („Süddeutsche Zeitung", 4.2.78). Mit blutigen Drohungen im Stil des reaktionären griechischen Ministerpräsidenten Karamanlis (»Ich oder die Panzer«) verlieh Soares seinem volksfeindlichen Regierungsprogramm Nachdruck: *»Entweder wir oder der Rückfall in die Diktatur«* („Welt", 4.2.78). Dazu gab Soares die peinlich an faschistische Klänge erinnernde Parole aus: *»Arbeit, Vertrauen, sozialer Friede, nationale Solidarität«* („il manifesto", 14.2.). *»Um Portugal zu retten, brauchen wir Ruhe«*, behauptete Soares („SZ", 4.2.), und der Klassenkampf müsse „gebremst" werden („Tagesspiegel", 14.2.). Zugleich wetterte Soares gegen die *»Hetze in den Fabriken und auf den Feldern"* („SZ", 4.2.); politische Streiks und *»unverantwortliche soziale Agitation«* seien unzulässige Kampfmittel („Welt", 4.2.); die Gewerkschaften müßten »Verantwortungssinn« zeigen, auf Streiks verzichten und einen »Dialog« mit der Regierung führen.

Entgegen allen mehr oder weniger naiv-gutgläubigen Einbildungen z.B. der hiesigen Jusos (es sei an ihre Spendenkampagne »Die Nelken brauchen Wasser« erinnert) hat die PS-Führung in keinem Moment ernsthaft das Ziel des Sozialismus angestrebt, sondern hat von Anfang an keine andere Rolle gespielt als die des Wegbereiters der kapitalistischen und imperialistischen Restauration in Portugal. Mit der Bildung der »Großen Koalition« ist nun jeder fromme Schein abgetan worden und statt dem Zuckerbrot reformistischer Versprechungen wird nur noch die Peitsche der »Sparpolitik« und der offenen Repression geschwungen. Zentraler Punkt des Regierungsprogramms ist eine weitere massive Senkung der Massenkaufkraft und damit des Lebensstandards der Werktätigen — nachdem diese Senkung schon bisher, selbst nach offiziellen Angaben, erheblich war:. So sind offiziell, die Löhne 1977 nur um höchstens 15% gestiegen (oft noch weniger), während die Lebenshaltungskosten um 27% gestiegen sind (lt. „Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation", Januar 1978, S.2).

Gegen das Regierungsprogramm der Koalition gab es zwei getrennte Gegenanträge — einen von der rechtsgerichteten PSD (früher PPD) und einen von der Kommunistischen Partei (PCP). Beide Anträge hatten natürlich keine Chance, da die Koalition über 141 von 263 Stimmen im Parlament verfügte. Lediglich drei oppositionelle Abgeordnete der PS (darunter der frühere Landwirtschaftsminister Lopes Cardoso) stimmten mit der Opposition gegen die Regierungskoalition („Welt", 13.2.). Innerhalb der PS und ihres Umfeldes ist die Opposition freilich weitaus größer als innerhalb der Parlamentsfraktion der PS. So unterschrieben 103 der PS nahestehende Persönlichkeiten der Kultur ein Manifest, mit dem sie ihrer »Besorgnis« über die Rechtsentwicklung der PS Ausdruck gaben („Frankfurter Rundschau", 28.1.). Erst kürzlich wurde, hauptsächlich von früheren PS-Leuten, eine neue Linkspartei gegründet (siehe AK 122).

Die Gewerkschaften (CGTP-Intersindical) haben der »Großen Koalition« entschiedenen Kampf angesagt. In Kürze soll ein landesweiter Kampftag gegen die neue Regierung organisiert werden. Inzwischen haben erste Proteststreiks stattgefunden: Mehr als 20000 Eisenbahner legten für vier Stunden den gesamten Zugverkehr still. In der Region Lissabon führten rund 30000 Lehrer einen 24stündigen Streik durch. („SZ", 4.2. und „il manifesto", 3.2.).

„Abhörskandal" — Ein zweiter Fall Traube?

Seit Anfang Februar erschüttert ein neuer Geheimdienst-„Skandal" die SPD/FDP-Regierungskoalition, nachdem die Illustrierte „Quick" berichtete, daß 1974 Experten des MAD der Sekretärin des (inzwischen abgelösten) Kriegsministers Leber Abhörwanzen in ihre Wohnung montierten. In rascher Folge wurden dann weitere Abhörfälle, in die der MAD verwickelt war, über die Springerpresse bekannt.

Ende Januar meinte der Sprecher des Bundeskriegsministeriums, Fischer, Lauschaktionen und „*dahingehende Berichte könne er nicht dementieren*" („Welt", 31.1.78). Zwei Tage später sollen die vom Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Schüler, »*veranlaßten Recherchen ergeben haben, daß der MAD 17 rechtlich fragwürdige Lauschaktionen unternommen habe*" („Welt", 2.2.). Am 4.2. wußte die „Hamburger Morgenpost" zu berichten, daß „*eine Wanze ... beim Kommunistischen Bund Westdeutschlands ... der entscheidende Grund für den Rücktritt von Verteidigungsminister Leber*" gewesen sei.

„Bild" vom 4.2. bot dann noch den von Leber gefeuerten Chef der Bundeswehrführungsakademie, General E. Wagemann auf, der behauptete: „*Ich bin auch abgehört worden!*"

An der Spitze der Kampagne steht die CDU/CSU. Strauß höchstpersönlich will auch ein Opfer der Lauschangriffe gewesen sein. Mittelpunkt der breit aufgemachten Kampagne ist aber keineswegs die demokratische Empörung, daß nun nach VS und BND auch der MAD in illegale Praktiken des Abhörens verwickelt ist. Ein Ziel seitens CDU/CSU und offenbar auch rechter Militärs innerhalb des MAD scheint vielmehr, die SPD/FDP in eine Regierungskrise hineinzutreiben. Gerade nach der Mogadischu-Aktion war es der Bundesregierung gelungen, sich gegenüber der CDU/CSU als starker Staatsvertreter zu profilieren. Durch die Lancierung der Lausch-Angriffe in der Presse gelang es der Opposition jedoch über Nacht, einen der bisher für sie unangreifbarsten Bundesminister der Regierung zu verjagen.

So kann CSU-Strauß sagen: „*Regierung jetzt abbruchreif*" („Welt", 4.2.). Die CDU/CSU hat durch die Enthüllungen gewonnen und man kann sicher sein, daß sie auch noch zur „Führernatur" Helmut Schmidts einige Kaninchen aus dem Hut zaubern wird.

Darüber hinaus machen aber die Kommentare der Presse (auch der CDU/CSU-nahen) deutlich, daß es über die Verunsicherung der SPD/FDP-Koalition hinaus um ein übergeordnetes Ziel geht: Beklagt wird einhellig, daß der MAD ohne gesetzliche Grundlage arbeiten müsse. Das hatte auch Georg Leber bereits beklagt. So seine Äußerung über die „Mitarbeiter" des MAD: „*Ihre Arbeit ist Risiko, und zwar ... oft in einer grauen Zone an der äußersten Grenze einer in unserem Lande besonders eng gezogenen Legalität auf diesem Gebiet*" („Welt", 2.2.).

Leber hatte diesem „Dilemma" des MAD erst kürzlich dadurch abhelfen wollen, daß er den MAD, der bisher auf der Grundlage eines Organisationserlasses des Bundeskabinetts als Teil des Militär-Apparates funktionierte, der direkten Kontrolle durch das Kriegsministerium unterstellte. Offenbar blieb das ein rein ministerialer Akt — der MAD-Chef Scherer jedenfalls scherte sich nicht darum, wie er und wie sein Nachfolger freimütig zum Besten gaben.

Die „Süddeutsche Zeitung" jammerte unter der Überschrift „*Selbstherrlicher MAD*": „*Wie soll im übrigen die Koordination aller drei Nachrichtendienste durch den Chef des Kanzleramtes funktionieren, wenn sogar der zuständige Minister im Dunkeln gelassen wird?*" (3.2.).

In einem Interview mit dem „Spiegel" (7/78) klagte der Chef des Kanzleramts, M. Schüler, der die drei Geheimdienste „koordinieren" soll, über mangelnde Kompetenzen bei der Kontrolle der drei Geheimdienste: „*Sein Scheitern entschuldigt Schüler mit Kompetenzmangel: Für die politische Kontrolle seien allein die Ressortchefs und das Parlament zuständig*".

Bezeichnenderweise werden nun reihum neue gesetzliche Regelungen für die Arbeit der Geheimdienste gefordert. „*Der MAD wurde nicht auf der Grundlage eines eigenen Gesetzes errichtet, wie etwa das Bundesamt für Verfassungsschutz. Das ist kein rechtlicher Mangel, solange er Teil der militärischen Struktur war. Jetzt ist er der politischen Leitung des Ministeriums unterstellt worden. Da aber wäre wohl ein eigenes Gesetz notwendig. Noch wichtiger ist es, endlich die gesetzlichen Grundlagen für Lauschaktionen zu schaffen*" („Welt", 7.2.). „*Das Dilemma des MAD und der anderen Geheimdienste besteht darin, daß eine klare Rechtsgrundlage für den Einsatz der ‚nachrichtendienstlichen Mittel' fehlt... Die Geheimdienste brauchen eine klare Gesetzesgrundlage für ihre Arbeit und eine wirksame Kontrolle*" (Westberliner „Tagesspiegel", 4.2.). Und noch einmal M. Schüler, befragt zu den „Rechtsgrundlagen" der MAD-Praktiken und der der anderen Geheimdienste: „*Dieses Problem müßte man in einem Gesetz regeln, das dem Gesetz zu Artikel 10* (Abhörgesetz, Anm. AK) *nachgebildet ist*" („Spiegel", 7/78).

Diese Äußerungen laufen allesamt, unabhängig von dem konkreten „Skandal", auf eine weitere Legalisierung und Zentralisierung der Geheimdienst-Praktiken hinaus.

Lausch-Aktionen des MAD und anderer „Dienste" haben eine lange Tradition. Schon unter dem Gründer des MAD, Gerhard Wessel (er war vorher Oberstleutnant im Generalstab der Nazi-Wehrmacht, Stellvertreter von Gehlen in dessen Spionage-Abteilung „Fremde Heere Ost" und ist mittlerweile Präsident des BND). Der ehemalige Angehörige des MAD, W. Gant, gab bereits 1968 auf einer Pressekonferenz zu: „In allen Fällen gehört die Telefon- und Postüberwachung zu den routinemäßigen Arbeitsmethoden des MAD" (Nach: „Nicht länger geheim"). Der „Spiegel" hatte sogar schon in seiner Ausgabe 44/1962 berichtet, daß kritische Bürger wegen „wehrfeindlichen" Leserbriefen und Glossen vom MAD überwacht wurden.

Nach „Aufdeckung" der neuen MAD-„Skandale" wird gegenwärtig zwar auch wieder viel von der Einrichtung parlamentarischer Kontrolle über die Geheimdienste geschrieben, Tatsächlich aber wurde der von der FDP ausgearbeitete Entwurf eines Kontroll-Gesetzes, der die Bundesregierung (bzw. ihren Vollstrecker, M. Schüler) verpflichten sollte, „umfassend" und „uneingeschränkt" die einzurichtende Kontroll-Kommission zu unterrichten, gründlich abgeschwächt. „*Das Gesetz wird infolgedessen den Schutz der Quellen und der Arbeitsweise der Nachrichtendienste ermöglichen und die parlamentarische Kontrollkommission im wesentlichen nur zur sogenannten [Erfolgskontrolle] berechtigen*" („FAZ", 1.2.). „*Etwas bedenklicher*" sei die Sache in Hamburg, wo zwar — nach Verabschiedung des Hamburger Entwurfs in 2. Lesung — auf die „Pflicht zur Aktenvorlage" und auf das „Zutrittsrecht jedes Mitglieds der Kontrollkommission zur Verfassungsschutzbehörde« verzichtet worden sei, aber doch bestehen bleibe, „*daß Informationen des Verfassungsschutzes an nicht staatliche Stellen nur unter Einschaltung politischer Instanzen geschehen kann*" („FAZ", 3.2.). Allerdings hat man „an zuständiger Stelle" die Hoffnung, daß das Hamburger Gesetz in der 3. Lesung nicht durchkommt.

Was bleibt, ist die Absicht, die exekutive Kontrolle (sprich: Zentralisierung unter einheitlicher Führung) und die weitere Legalisierung der Geheimdienst-Praktiken im Zuge der gegenwärtigen „Anti-Terror"-Gesetzgebung umzusetzen. Es sei daran erinnert, daß den „Experten"-Gremien des Bundestages, der Parteien u.a.m. bereits ein umfassendes Paket zur Novellierung des VS-, BKA- und BGS-Gesetzes vorliegt, und daß in der Praxis seit der Schleyer-Entführung mindestens die VS/Abteilung „T" (Terrorismus) bereits in direktem Unterstellungsverhältnis zum BKA (Bundeskriminalamt) arbeitet. Der „Druck" der CDU/CSU auf die SPD/FDP-Regierung wird wohl auch in diesem Punkt der SPD-Rechten als Vorwand für den Versuch dienen, ihre Pläne durchzusetzen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Mit freundlichen Grüßen ... Maihofer dankt Faschisten

Ein Heinz Richter, ehem. Fallschirmjäger-Offizier, nahm die „Terroristen" - Hysterie zum Anlaß, um am 7.11.77 einen langen ‚Offenen Brief' an Bundesinnenminister Maihofer zu schicken. In seinem Brief erinnerte Richter daran, „**daß es in Deutschland schon einmal eine Regierung gab, die in kürzester Frist dem roten Terror ein Ende bereitete**"; „**Willy Brandt alias Herbert Frahm**" nannte er einen „*Großvater der RAF*", der „*aus sicherem Exil in ähnlicher Form gehetzt*" habe; dem Bundeskanzler „*Schmidtchen-Schleicher*" warf Richter vor, er habe „*als der Fall Kappler akut war, die 335 Partisanen und Geiseln bewinselt, die derzeit erschossen wurden*". Persönlich an Minister Maihofer gerichtet fragte Richter in seinem Brief: „*Woher, Herr Maihofer (und Gesinnungsfreunde in Bonn) nehmen Sie noch das moralische Recht, sich noch Deutsche zu nennen? Sie und Ihre ‚Kollegen', vom linken Wehner bis zum rechten Strauß, ernten jetzt, was Sie gemeinsam gesät haben . . .Nun betteln Sie bei der Bevölkerung um Hilfe. Herr Maihofer (und Genossen), es ist zu spät, dieses Volk mag diese Regierungen von Besatzergnaden nicht*". Unterschrieben hatte Richter mit der alten Nazi-Parole „**DEUTSCHLAND ERWACHE**".

> Prof. Dr. WERNER MAIHOFER
> BUNDESMINISTER DES INNERN
>
> 5300 BONN 7
>
> den 22. November 1977
>
> Sehr geehrter Herr Richter,
>
> in den letzten Wochen haben mich zahlreiche Briefe im Zusammenhang mit dem vierfachen Mord in Köln und der Entführung und Ermordung von Dr. Hanns-Martin Schleyer, aber auch zu der geglückten Befreiung der Passagiere aus der nach Mogadischu entführten Lufthansa-Maschine durch Angehörige der GSG 9 erreicht. Sie alle haben die wechselnden Gefühle der Erleichterung und des Abscheus zum Ausdruck gebracht, die unsere gesamte Bevölkerung in den zurückliegenden Wochen und Monaten erfaßt hatten. Die zahlreichen Vorschläge und Anregungen in Ihren Briefen haben die Sicherheitsbehörden bei der Fahndung nach den Entführern und Mördern mit ausgewertet.
>
> Ich möchte mich für Ihre persönliche Anteilnahme und für Ihre guten Wünsche herzlich bedanken und füge Ihnen die Dokumentation der Bundesregierung zu diesen Vorgängen bei.
>
> Mit freundlichen Grüßen
>
> Werner Maihofer

Auf dieses Schreiben hin bekam Richter nicht etwa eine fällige Strafanzeige, sondern . . . einen freundlichen Antwortbrief aus dem Maihofer-Ministerium, den wir hier im Faksimile abdrucken. Offenbar handelt es sich um ein vervielfältigtes Dankschreiben mit faksimilierter Unterschrift Maihofers, das wohl an alle verschickt wurde, die in jenen „schweren Tagen" an den Innenminister geschrieben haben. Anscheinend hat sich niemand im Ministerium die Mühe gemacht, den Brief Richters auch nur oberflächlich anzusehen.

Also nur ein Versehen der Bürokratie? Nein, sondern **der Beweis, daß dem Bundesinnenminister beim „Kampf gegen den Terrorismus" selbst offene Nazis als Bundesgenossen willkommen sind.** Denn jeder weiß doch, daß gerade zu solchen Anlässen haufenweise alte und neue Nazis unter denjenigen sind, die sich mit Briefen und blutrünstigen „Vorschlägen"(„Kopf ab", „Gefangene erschießen", „ alle Roten ausrotten" usw.usf.) an Regierung und Ministerium wenden. Sie alle können sich jetzt wahrscheinlich Maihofers Dankschreiben an die Wand heften. Wäre Maihofer w i r k l i c h so demokratisch, wie er sich gern darstellt, hätte er doch wohl anordnen können, daß sich zumindest ein paar Leute die eingehende Post mal a n s e h e n, bevor entschieden wird, wer nicht. Aber auf solche Feinheiten kommt es wohl in „schwerern Tagen" schon nicht mehr an?!

Richters ‚Offener Brief' und Maihofers Dankschreiben werden jetzt übrigens als Sonderdruck der „Unabhängigen Nachrichten" („UN") verbreitet.

Die „UN" sind ein ganz rechtaußen angesiedeltes Blättchen, das sich vor allem durch rabiate antisemitische Hetze hervortut und dem Kreis um Schönborn-Roeder-Christophersen nahesteht! Feine „Freunde" hat der Maihofer.

Bespitzelung und Terror — die Arbeitsmethoden des MAD

Der MAD wurde 1954 zusammen mit der Bundeswehr aufgebaut, lediglich auf Grund einer Dienstanweisung, ohne daß es bis heute eine gesetzliche Grundlage für seine Existenz und Arbeitsweise gibt. Er erhielt offiziell den Auftrag, „*Personal, Einrichtungen, Anlagen und Ausrüstung der Bundeswehr gegen Angriffe der Spionage, Sabotage und sicherheitsgefährdende Kräfte abzuschirmen und entsprechende vorbeugende Maßnahmen zu treffen*".

Der MAD hat rund 2 000 Mitarbeiter und verfügt über einen offiziellen Etat von z.Zt. rund 80 Mio. DM. Die Führungsgruppe „S" in Köln kann sich auf Unterabteilungen in den sechs Wehrbereichen, auf mobile Trupps und auf eine Vielzahl von Außenstellen, Anlauf- und Verbindungspersonen in den einzelnen Bundeswehreinheiten stützen.

Mit diesem Netz von Agenten, Spitzeln usw. führte der MAD in den letzten 20 Jahren 14 000 „Abwehraktionen" durch. Ein Drittel davon erwies sich aus der Sicht der Militaristen als berechtigt; 900 Personen wurden angeklagt und mehr als 100 rechtskräftig verurteilt. **In Köln hat der MAD Daten von etwa 4 Mio. Bundesbürgern gespeichert.** (Zitat und Zahlen aus „Welt" vom 28.1.77 und „FAZ" vom 1.2.78).

Trotz krampfhafter Abschirmung sind auch in der Vergangenheit bereits Einzelheiten über die kriminellen Praktiken des MAD's an die Öffentlichkeit gelangt:

- 1974 gingen MAD-Agenten scheinbar auf einen illegalen Waffenhandel (angeblicher „Ostagenten") ein, mit dem Ziel, die Waffenschieber auf frischer Tat zu schnappen. Die geplante Verhaftung stellte eine eindeutige Amtsanmaßung dar, weil der MAD überhaupt keine Polizeibefugnisse besitzt. (Die Verhaftung konnte dann aus anderen Gründen nicht durchgeführt werden). („Spiegel" 27/77).
- **1976 bespitzelte der MAD eine Gruppe Luftwaffenpiloten, weil diese sich öffentlich für eine Erhöhung der Fliegerzulage eingesetzt hatten („Stern" 7/77).**
- In jüngster Zeit hat der MAD wiederum Amtsanmaßung begangen, indem er sich an der Schleyer-Fahndung beteiligte und sogar selbst Personenkontrollen durchführte.

Neben der Spionageabwehr hat der MAD vor allem die Aufgabe, fortschrittliche Soldaten zu bespitzeln und Ansätze antimilitaristischer Arbeit zu zerschlagen: In der „Welt" vom 1.9.77 brüstet sich der MAD beispielsweise damit, 91 KBW-Gruppen „enttarnt und beobachtet" und 3 „aufgelöst" zu haben!

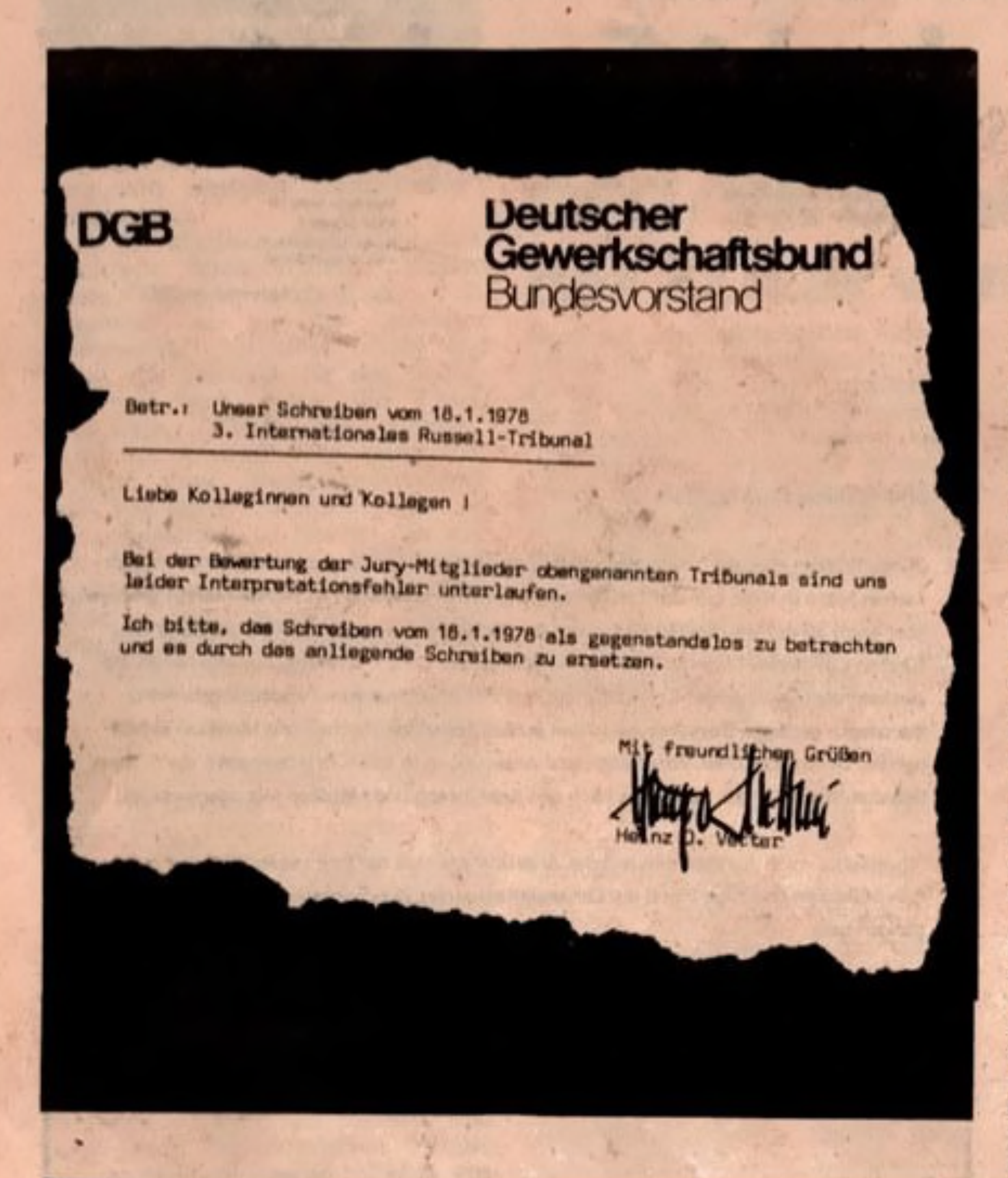
Die Methoden, die dabei angewendet werden, sind vor einiger Zeit im Wehrkraftzersetzungsprozeß gegen den Wehrpflichtigen Klaus Öllerer („KPD") aktenkundig geworden: Neben einer Reihe anderer Schweinereien wurden er und seine Freundin damals beispielsweise tagelang z.T. vollkommen offen von MAD-Bullen verfolgt, in der Privatwohnung belästigt, auf der Straße angesprochen. („Rührt Euch", Rotbuch-Verlag, Berlin)

Die bisher bekannt gewordenen Affären liegen alle in der Zeit, als Brigadegeneral Scherer MAD-Chef war. Scherer, der bereits in der Naziwehrmacht als Offizier aktiv war, ist heute SPD-Mann! Er wurde nach den Enthüllungen über die Lauschaktion gegen Traube (im Herbst 77) durch vorzeitige Pensionierung aus dem Verkehr gezogen. Gleichzeitig wurde der neue MAD-Chef, General Komossa, direkt dem Verteidigungsminister unterstellt (vorher dem Generalinspekteur der Bundeswehr).

Antimil-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



DGB: Neue Stellungnahme gegen Russell-Tribunal



DGB **Deutscher Gewerkschaftsbund** Bundesvorstand

Betr.: Unser Schreiben vom 18.1.1978
3. Internationales Russell-Tribunal

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Bei der Bewertung der Jury-Mitglieder obengenannten Tribunals sind uns leider Interpretationsfehler unterlaufen.

Ich bitte, das Schreiben vom 18.1.1978 als gegenstandslos zu betrachten und es durch das anliegende Schreiben zu ersetzen.

Mit freundlichen Grüßen
Heinz O. Vetter

Am 18.1. hatte DGB-Vorsitzender Vetter ein Rundschreiben an alle DGB-Landesbezirke und -Kreise verschickt, in dem den Mitgliedern der DGB-Gewerkschaften „s t r i k t" verboten wurde, sich in irgendeiner Weise an der *„Vorbereitung oder Durchführung dieses Tribunals zu beteiligen"*. Das Russell-Tribunal sei von *„DGB-feindlichen Gruppen"* initiiert worden, wolle *„die Bundesrepublik Deutschland als einen faschistischen oder zumindest präfaschistischen Staat darstellen"* und verfolge damit *„Ziele ..., die sich auch gegen den DGB wenden"*. Den Gipfel der Hetze bildete jedoch eine einzeln vorgenommene „Bewertung" der Jury-Mitglieder des Russell-Tribunals.

In lupenreinem McCarthysmus werden hier international geachtete Persönlichkeiten, die gerade bei den anderen westeuropäischen Gewerkschaften hohes Ansehen genießen, als *„kommunistisch beeinflußt"*, *„prokommunistisch"* oder *„Sympathisanten"* denunziert - insgesamt ein Machwerk, das in Kreisen des „Bayernkurier" als journalistisches Spitzenerzeugnis gehandelt werden dürfte (vollständiger Abdruck in „Antirepressions-Info", Nr.4).

Die Reaktionen breitester demokratischer Kreise bis hin zu normalerweise treu ergebenen DGB-Fans kamen ebenso prompt wie in heller Empörung. So brauchte der DGB-Bundesvorstand nur zwölf Tage, um zu erkennen, daß er diesmal eindeutig zu tief in den Schlamm gegriffen hatte. Rasch wurde eine „entschärfte" Fassung des Schweinspapiers verfaßt und am 30.1. verschickt. Demnach ist Jury-Mitglied Otelo de Carvalho nunmehr kein *„exponent ultralinker Offiziere"*, sondern nur noch ein *„Vertreter der Gruppe linker Offiziere"*; Claude Bourdet sprach zwar auf dem Vietnamkongreß des SDS am 22.5.66 in Frankfurt, aber dieses Treffen war nicht **„berüchtigt"**; auch *„Sympathisanten"* (Reizwort/Solidarisierungseffekt!) kennt das neue Papier nicht mehr, allerdings jedoch *„Vertreter kommunistischen Gedankengutes"*. Die Kennzeichnung der französischen CFDT als **„linksextremistisch"** entfällt (in diesem Fall ersatzlos - da schmunzelt der Gewerkschafter!), die **„kommunistisch beeinflußte Haldane-Rechtsanwaltsgewerkschaft"** wird zur *„Standesorganisation britischer Rechtsanwälte"* und die Ablösung des Faschismus in Portugal gilt beim DGB-Vorstand anscheinend nicht mehr als illegaler **„Staatsstreich"**. Bei den Mitgliedern des westdeutschen Beirats der Russell-Jury beschränkt sich der DGB-Vorstand sogar auf eine reine Berufs-Angabe und bemerkt sogar, diese hätten sich *„vielfach in Aktivitäten engagiert..., deren politische Zielsetzungen von jedem Demokraten unterstützt werden können"*. Ein erstaunlicher Wandel, waren doch gerade diese Aktivitäten in der ersten Stellungnahme als besonders verabscheuungswürdig (z.B. „kommunistisch-gesteuert"!) gekennzeichnet worden. Alles weitere ist größtenteils identisch mit der ursprünglichen Stellungnahme, bis auf eine Passage, die die Position der DGB-Führung noch klarer als zuvor auf den Punkt bringt: Das Russell-Tribunal beabsichtigte, **„unseren Staat vor der Weltöffentlichkeit in der unerhörtesten Form zu diskriminieren"**. **„Niemand"**, der dies tue, **„kann von uns toleriert (!) werden."** Hier wird es noch einmal unmißverständlich gesagt: Unterstützung und Befürwortung des Tribunals soll mit Gewerschaftsausschlüssen geahndet werden!

Die DGB-Führung hat allen Grund, Dinge für „gegenstandslos" zu erklären und Spuren zu verwischen. Denn ihr Brief vom 18.1. war allzu offensichtlich und wahrscheinlich Wort für Wort von Staatsschutz-Vorlagen abgeschrieben. Nachweislich stammt die im ersten Teil des Schreibens enthaltenen Darstellung der Entstehungsgeschichte des III. Russell-Tribunals dem Geheimpapier des Innenministeriums vom 20. September 77 (von uns veröffentlicht in AK 120). Schon ein einfacher Textvergleich beweist nämlich, daß diese Passagen aus k e i n e r anderen Quelle (etwa Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU im Bundestag o.ä.) entnommen sein können. Man kann also mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, daß ein z w e i t e s solches Staatsschutzpapier existieren muß, das n a c h der Bekanntgabe der Namen der Jury-Mitglieder durch die Russell Foundation (Ende Oktober letzten Jahres) erstellt wurde, und das Grundlage für die vom DGB-Vorstand vorgenommenen personellen „Bewertungen" gewesen sein dürfte.

Fortsetzung von Seite 5

Namen der Jury-Mitglieder	Erster Anlauf des DGB (Schreiben vom 18.1.78)	Zweiter Anlauf des DGB (Schreiben vom 30.1.78)
Prof. Vladimir D E D I J E R, Jugoslawien	Historiker, Prof. in USA, Mitglied der Jury im II. Russell-Tribunal, Verfasser der bekannten Tito-Biographie	Historiker, Prof. in USA, Mitglied der Jury im II. Russell-Tribunal, Verfasser der bekannten Tito-Biographie
Jean Pierre F A Y E, Frankreich	Schriftsteller	Schriftsteller
Prof. Johan G A L T U N G, Norwegen	Friedensforscher, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des orthodox-kommunistisch-beeinflußten "Internationalen Instituts für den Frieden Wien"	Friedensforscher, Mitglied des wissenschaftl. Beirats des kommunistisch-beeinflußten "Internationalen Instituts für den Frieden, Wien"
Lord T. G I F F O R D, England	Rechtsanwalt, Mitglied der kommunistisch beeinflußten HALDANE-Rechtsanwaltsgewerkschaft. Diese Gewerkschaft setzte sich sehr für den deutschen RA Kurt Groenwald ein.	Rechtsanwalt, Vertreter einer Standesorganisation britischer Rechtsanwälte
Prof. Ruth G L A S S, England	Soziologin an der Uni London, beschäftigt sich mit Problemen des Städtebaus, gilt als kommunistische Sympathisantin, soll Präsidentin der 1. Sitzungsperiode des III. Tribunals werden.	Sozialogin an der Uni London, beschäftigt sich mit Problemen des Städtebaus, gilt als Vertreterin kommunistischen Gedankengutes, soll Präsidentin der 1. Sitzungsperiode des III. Tribunals werden
Trevor G R I F F I T H S, England	Schriftsteller, gilt als trotzkistischer Sympathisant	Schriftsteller, gilt als Vertreter trotzkistischen Gedankengutes
Andre J E A N S O N, Frankreich	ehemaliger Vorsitzender der "Confédération Francaise Démocratique du Travail (CFDT)" Die CFDT gilt als linksextremistisch	Ehemaliger, ehrenamtlicher Präsident der CFDT
Dr. Robert J U N G K, Österreich	Publizist und Futurologe, Mitglied des Pressedienst Demokratische Initiative (PDI) tritt bei vielen Protestaktionen der AKW-Gegner als Redner auf	Publizist und Futurologe, Mitglied des Pressedienst Demokratische Initiative (PDI), tritt bei vielen Protestaktionen der AKW-Gegner als Redner auf
Prof. Sven K R I S T E N S E N, Dänemark	Schriftsteller	Schriftsteller
Ricardo L O M B A R D I, Italien	Mitglied der PSI (intalienische sozialistische Partei)	Mitglied der PSI (Sozialistische Partei Italiens)
Luigo LOMBARDO-RADICE, Italien	Mitglied des ZK der KPI	Mitglied des ZK der KPI (Kommunistische Partei Italiens)
Prof. Steven L U K E S, England	Wissenschaftler	Wissenschaftler
Prof. Lolle N A U T A, Holland	Philosoph und Mitglied der Partei der Arbeit	Philosoph und Mitglied der Partei der Arbeit
Prof. Otto N A T H A N, USA	Finanzberater	Finanzberater
Josephine R I C H A R D S O N, England	Labour-Abgeordnete im Wahlkreis Barking	Labour-Abgeordnete
Dr. Günther ANDERS, Österreich	Schriftsteller	Schriftsteller
Prof. Eric B E N D L E Y, USA	Historiker und Brecht-Übersetzer	Historiker und Brecht-Übersetzer
Claude B O U R D E T, Frankreich	Journalist, Mitglied Parti Sozialiste Unifré, Vizepräsident der "Internationalen Konföderation für Abrüstung und Frieden (IKAF)". Sprach auf dem berüchtigten Vietnam-Kongreß des SDS am 22.5.66 in Frankfurt/M.	Journalist, Mitglied Parti Sozialiste Unifré, Vizepräsident der "Internationalen Konföderation für Abrüstung und Frieden (IKAF)". Sprach auf dem Vietnam-Kongress des SDS am 22.5.66 in Frankfurt/M.
Howart B R E N T O N, England	Schriftsteller	Schriftsteller
Dr. Noel B R O W N E, Irland	Mitglied der Labour Party, früherer Gesundheitsminister von Irland	Mitglied der Labour Party, früherer Gesundheitsminister von Irland
Othelo de C A R V A L H O, Portugal	Exponent ultralinker Offiziere in Gremien der Militärjunta nach dem Staatsstreich in Portugal	Gilt als Vertreter der Gruppe linker Offiziere in den Gremien der Militärjunta in Portugal
Prof. Georg C A S A L I S, Frankreich	Theologe, Vizepräsident der Christlichen Friedenskonferenz (CFK), Mitglied der Jury im II. Russell-Tribunal gegen Repressionen in Lateinamerika, Mitglied der Untersuchungskommission über den Tod Ulrike Meinhofs	Theologe, Vizepräsident der Christlichen Friedenskonferenz (CFK), Mitglied der Jury im II. Russell-Tribunal gegen Repressionen in Lateinamerika, Mitglied der Untersuchungskommission über den Tod Ulrike Meinhofs.
Daviu R O U S S E T, Frankreich	ehemaliger gaullistischer Abgeordneter	ehemaliger gaullistischer Abgeordneter
Prof. Albert F O U G U L, Frankreich	Historiker	Historiker
Elliot A. T A I K E F F, USA	Jurist	Jurist
Umberto T E R R A C I N I, Italien	Mitglied der Leitung des ZK der KPI	Mitglied der Leitung des ZK der KPI

EIN STARKES STÜCK VOM DGB-BUNDESVORSTAND

Von Prof. Dr. Arno Klönne

Werter Kollege Vetter, mit Datum vom 18.1. d. J. und mit Deinem Namen gezeichnet, ist ein Rundschreiben in Sachen Russell-Tribunal an die Landesbezirke und Kreise des DGB gegangen. Ich möchte Dir nicht verhehlen – und ich werde dies auch öffentlich zum Ausdruck bringen –, daß ich die Begründungen, mit denen in diesem Rundschreiben vor einer 'Unterstützung des Russell-Tribunals gewarnt wird, für einen Skandal halte. Ich schreibe dies als Mitglied einer DGB-Gewerkschaft und als jemand, der sich seit vielen Jahren aktiv für die Interessen der DGB-Gewerkschaften eingesetzt hat.

In dem Rundschreiben heißt es, bei den Initiatoren und Mitwirkenden des Tribunals handele es sich „zweifelsfrei um Vertreter DGB-feindlicher Gruppen", die das Ziel hätten, die Bundesrepublik „als einen faschistischen oder zumindest präfaschistischen Staat darzustellen". Tatsächlich ist weder das eine noch das andere der Fall. Als Begründung für die zitierten Behauptungen führt das Rundschreiben denn auch nur einige irreführende „Informationen" zweifelhafter Herkunft über die Vorgeschichte des Tribunals an sowie politische Klassifizierungen der Mitglieder der Jury und des Beirats für das Tribunal, die Musterbeispiele für Diffamierung darstellen.

Um dies an drei Beispielen zu zeigen:
Über den international anerkannten Sozialwissenschaftler und Konfliktforscher J. Galtung weiß das Rundschreiben nur zu sagen, er sei „Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des orthodox-kommunistisch-beeinflußten Instituts für den Frieden in Wien". Dies ist ebenso diffamierend wie absurd; wer sich ein bißchen auskennt, würde nicht auf den Gedanken kommen, Galtung als „fellow traveller" abzuqualifizieren.

Über den Theologen H. Gollwitzer teilt das Rundschreiben mit, dieser sei „In Wort und Schrift Unterstützer der kommunistisch-gesteuerten Kampagnen gegen atomare Bewaffnung, Notstandsgesetze, Vietnamkrieg und Berufsverbote." Hier faßt man sich an den Kopf: Will der DGB sich selbst und viele seiner Funktionäre als „kommunistisch-gesteuert" vorstellen? Ist beim DGB-Bundesvorstand nicht mehr bekannt, daß z. B. „Kampf dem Atomtod" (eine Kampagne, für die Gollwitzer eintrat) vom DGB selbst mitinitiiert wurde, – daß bei den Ostermärschen (für die Gollwitzer eintrat) Tausende von Gewerkschaftsfunktionären beteiligt waren, – daß die Kampagne gegen die Nostandsgesetze (für die Gollwitzer eintrat) von einigen DGB-Gewerkschaften mitgetragen und von Gewerkschaftern wie Mahlein, Georgi, Benz, Vitt u.a. repräsentiert wurde? Insofern ist auch die „Information" über Gollwitzer eine gezielte Diffamierung, die auf die Vergeßlichkeit der Leser des Rundschreibens rechnet.

Vollends zum Skandal wird das Rundschreiben aber, indem es über A. Jeanson mitteilt: „Ehemaliger Vorsitzender der (französischen) CFDT. Die CFDT gilt als linksextremistisch."

Hier erteilt also allen Ernstes der DGB-Bundesvorstand der französischen Gewerkschaft CFDT, die mit der dortigen Sozialistischen Partei eng verbunden ist und die in vielen internationalen Institutionen Partner auch des DGB ist, die Zensur „linksextremistisch"! Das ist ungefähr so, als würde der CFDT-Vorstand mitteilen, der DGB sei rechtsradikal. Kein Wunder, daß im westlichen Ausland der teutonische Übereifer bei der Suche nach Demokratiefeinden als selbst undemokratisch betrachtet wird ...

Werter Kollege Vetter, daß dieses Rundschreiben im DGB-Bundesvorstand ausgearbeitet werden und dann Deine Unterschrift finden konnte, ist ein starkes Stück. Man würde dem Ansehen des DGB weiteren Schaden zufügen, wenn man ein solches Rundschreiben ohne Kritik passieren ließe.

aus Westberliner „Extradienst", 17.2.78

DGB-„Komplimente" für den Beirat

Hierauf verzichtete der DGB-Vorstand in seinem zweiten Schreiben ganz. Kein Wunder, waren doch die „kommunistisch-gesteuerten" Kampagnen und Aufrufe großenteils seinerzeit vom DGB selbst unterstützt worden!

Zu dieser Jury wurde ein deutscher "Beirat" gewählt, der die Jury in allen anstehenden Fragen beraten soll und auch an deren Sitzungen teilnimmt, bei der abschließenden Beurteilung aber kein Stimmrecht besitzt. Dem Beirat gehören an:

1) Dr. Ingeborg D R E W I T Z
Schriftstellerin, seit Anfang 1973 Mitglied des "Pressedienst Demokratische Initiative", Unterzeichnerin von Aufrufen kommunistisch-beeinflußter Organisationen, seit Januar 1976 stellvertretende Vorsitzende des "Verband Deutscher Schriftsteller", Präsidiumsmitglied des PEN der Bundesrepublik Deutschland.

2) Prof. Helmut G O L L W I T Z E R
Theologe, Mitarbeiter der prokommunistischen "Christlichen Friedenskonferenz", Unterstützer in Wort und Schrift der kommunistisch-gesteuerten Kampagnen gegen atomare Bewaffnung, Notstandsgesetze, Vietnamkrieg und "Berufsverbote".

3) Prof. Wolf Dieter N A R R
Politologe an der FU Berlin, Mitglied der SPD, Mitglied des "Arbeitsausschusses" des "Sozialistischen Büros" (SB) in Offenbach.

4) Martin N I E M Ö L L E R
Theologe, Ehrenpräsident des prokommunistischen "Weltfriedensrates", u.a. Träger des Leninpreis (1967), Büromitglied der DKP-beeinflußten "Konferenz für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ).

5) Prof. Uwe W E S E L
Politologe FU Berlin, zeitweilig Vizepräsident der FU Berlin.

aus dem ersten Vetter-Brief

Fortsetzung von Seite 4

Wie im ersten Teil des Papiers haben die DGB-Bürokraten wohl auch hier einfach von Staatsschutz-Unterlagen **abgeschrieben** und es nicht einmal für nötig gehalten, diese durch eigene Formulierungen zu ersetzen. Der VS-Jargon ist unverkennbar! Das zeigt gleichzeitig, wie normal und selbstverständlich eine Kooperation mit den Geheimdiensten für die DGB-Spitze ist.

Pech für den DGB, daß gerade sein Spuren-Verwischen, sein Versuch, zu „entschärfen", den Leser nun erst recht auf den ursprünglichen Text aufmerksam macht und ihn dort weitere Einzelheiten erkennen läßt, auf die man sonst vielleicht gar nicht gestoßen wäre. Verschämt verschweigt der DGB in der Neufassung z.B. den Wahlkreis des englischen Jury-Mitglieds Josephine Richardson (Labour-Abgeordnete) oder die Tatsache, daß die Haldane-Gewerkschaft RA Kurt Groenewold unterstützte, was im „Original" noch angegeben war. Auch daß das „Internationale Institut für den Frieden Wien" *„orthodox - kommunistisch beeinflußt"* sei, ist verändert zugunsten eines schlichten *„kommunistisch beeinflußt"*.

Kein Wunder, denn dies alles sind in der Tat verräterische Einzelinformationen, die nur dem intimen (professionellen) „Kenner der Szene" bekannt sind, und bei denen es total unwahrscheinlich ist, daß sie vom DGB selbst zusammengetragen wurden.

Und noch etwas weist zwingend auf die Urheberschaft des Staatsschutzes bei den Denunziationen der Jury-Mitglieder hin: Wie ist ein derartiger „Patzer" möglich, daß (in den Auslassungen über die westdeutschen Beirats-Mitglieder) Kampagnen als „kommunistisch" verdammt werden, an denen der DGB **selbst** teilgenommen hat, und in denen Leute wie Gollwitzer in engster Kooperation und Absprache eben mit dem DGB-Vorstand aufgetreten sind?!! Bei eigenen Recherchen hätte das keinesfalls passieren können (ebensowenig wie der trockene Hinweis auf die „linksextremistische" CFDT!) – für den VS freilich ist es typisch. „Klugerweise" hat man solche verräterischen Patzer im neuen Schreiben sorgfältig vermieden.

So leicht wird es dem DGB-Vorstand jedoch nicht gelingen, sich aus der Affäre zu ziehen! *„Interpretationsfehler"* bei der Bewertung der Jury-Mitglieder sollen es gewesen sein, die den DGB zu dieser Neufassung veranlaßten.

Wir fragen:

- Was wurde da falsch „interpretiert"? Vielleicht die Anweisung staatlicher Behörden, etwas gegen das Russell-Tribunal zu unternehmen?
- Von wem stammen die Unterlagen zu dem Schreiben vom 18.1.? Wer hat die Recherchen angestellt?
- Auf welchem Weg wurden sie an den DGB-Vorstand weitergeleitet?

- Von wem stammen die Unterlagen zu dem Schreiben vom 18.1.? Wer hat die Recherchen angestellt?
- Auf welchem Weg wurden sie an den DGB-Vorstand weitergeleitet?

Hier sollte die demokratische Bewegung nicht locker lassen, bis die ganze Wahrheit auf dem Tisch ist!

Schwarz auf weiß steht in dem Papier des Referats Öffentliche Sicherheit 2 des Innenministeriums der Hintergrund dieses gesamten Skandals beschrieben. Als eine der gegen das Russell-Tribunal zu ergreifenden Maßnahmen heißt es dort: *„Eine klare (möglichst einhellige) Beurteilung des Vorhabens durch die Bundes- und Landesregierungen, die im Bundestag vertretenen Parteien sowie wesentliche gesellschaftliche Gruppen, z.B. Gewerkschaften..."* (Abschnitt 3.6 des Geheimpapiers; Hervorhebung von der Red.).

Der DGB-Vorstand hat sich also wie vor ihm alle anderen in dem Papier Genannten ganz im Sinne des Auftrags verhalten. Er macht deutlich, daß er voll auf seiten des „Modell Deutschland" steht und alles daran setzt, die Gewerkschaften in diesem Sinne zu formieren. Dies ist der beste Beweis dafür, daß die Praktiken dieser Leute vor's Russell-Tribunal gehören, damit sie in der Weltöffentlichkeit bekannt gemacht werden und insbesondere die europäische Gewerkschaftsbewegung davor gewarnt wird.

DGB – kein Modell für Europa!



Ein Vogel macht in Selbstdarstellung

Am 14.2.78 legte der Bundesjustizminister Vogel den ersten Bericht der Bundesregierung an die Vereinten Nationen über den „Schutz der Menschenrechte" in der BRD vor. Formal soll dieser Bericht der Verpflichtung entspringen, die die BRD eingegangen ist, als sie dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte beitrat. Wie es sich für den „freiesten und liberalsten Staat, den es je auf deutschem Boden gegeben hat", geziemt, zeigt dieser Bericht, *„daß die BRD nicht nur von den Menschenrechten rede, sondern ihre Einhaltung ‚in besonders intensiver Form' gewährleiste"* („Frankfurter Rundschau", 15.2.78). Daß hier ein Regime in Rechtfertigungszwang geraten ist, zeigt nicht nur die Auflagenstärke (mehrere Tausend), in der der Bericht verteilt werden soll — vom Bundespresseamt wird dieser Bericht auch in englischer, französischer und spanischer Sprache ins Ausland verschickt. Und so mutmaßt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" nicht falsch, daß der Bericht *„innenpolitisch und außenpolitisch (...) für die Regierung nicht ungelegen (kommt), da das Russell-Tribunal über angebliche Menschenrechtsverletzungen in der BRD zu Gericht sitzen will"* („FAZ", 15.2.78).

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß diese Broschüre ein Produkt *„der von BPA, AA, BMJ und BMI gebildeten Interministeriellen Arbeitsgruppe"* ist, *„die sich mit ungerechtfertigter ausländischer Kritik an der Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik befaßt"* — wie man dem Geheimdienstpapier gegen das Russell-Tribunal entnehmen kann.

PvdA: Tribunal muß positiv beurteilt werden

Anläßlich eines a.o. Parteikongresses zur Frage der Europa-Wahlen haben die Delegierten der niederländischen sozialdemokratischen Partei PvdA mit großer Mehrheit ihre Sympathie für das Russell-Tribunal ausgesprochen. Gleichzeitig wurden die Verleumdungsversuche der SPD gegen das Tribunal verurteilt - eine deutliche Warnung an die westdeutsche Bruderpartei und eine nicht zu unterschätzende Hilfe für diejenigen Sozialdemokraten, Liberale, Gewerkschafter usw. in der BRD, die entgegen den Drohungen ihrer Parteiführung nach wie vor an der Unterstützung des Tribunals festhalten. Gefährlich für die SPD ist diese Entwicklung vor allem deshalb, weil ihre Rechnung, der ausländischen Kritik am „Modell Deutschland" mit Hilfe der „Sozialistischen Internationale" beizukommen, nicht aufzugehen droht.

Die Haltung der PvdA gegenüber dem Russell-Tribunal konnte in den letzten Wochen einige Rätsel aufgeben: Am 26.1. meldete „de Volkskrant", daß die PvdA-Führung beschlossen habe, das Russell-Tribunal nicht zu unterstützen, einzelnen Parteimitgliedern es jedoch freistellte, an dem Tribunal teilzunehmen, allerdings nicht in ihrer Eigenschaft als Mitglied der PvdA (s. AK 122, S. 10).

Wenige Tage später, am 2.2., sprach sich der PvdA-Vertreter Kerkhoff bei der Hamburger Demonstration der „Initiative 'Weg mit den Berufsverboten' " für eine ungehinderte Durchführung des Tribunals aus und erklärte überdies, daß seine Partei das Tribunal unterstütze (AK 122, S. 36.).

Wieder ein paar Tage später, am 7.2., bei der niederländischen Pressekonferenz des Russell-Tribunals in Den Haag, gab die PvdA bekannt, daß sie einen Beobachter zu dem Tribunal entsenden werde („ de Volkskrant", 8.2.).

Für den 10./11.2. war ein außerordentlicher Kongress der PvdA zur Diskussion und Verabschiedung des Entwurfs eines Wahlprogramms für die Europa-Wahlen einberufen worden. Eine Reihe linker PvdA'ler beabsichtigte, anläßlich dieses Kongresses eine Resolution zugunsten des Russell-Tribunals einzubringen. In einer eilig einberufenen Leitungssitzung der Partei versuchte eine Mehrheit um Den Uyl die linken PvdA'ler von ihrem Vorhaben abzubringen. Den Uyl war gerade am Vorabend von der Sitzung der Sozialistischen Internationale in Hamburg zurückgekehrt. *„Dort war informell auch über das Russell-Tribunal geredet worden. Den Uyl hatte mit Horst Ehmke, Ex-Minister und Vertrauter von Willy Brandt, gesprochen. Der hatte Den Uyl völlig beruhigt. Berichte, die früher in der Presse erschienen waren, daß die Bundesrepublik plane, das Russell-Tribunal einfach zu verbieten, wären nicht richtig, so Ehmke".* Solchermaßen gestärkt erklärte Den Uyl den Resolutionsunterzeichnern: *„Wir dürfen Menschen wie Willy Brandt nicht fortdauernd in den Rücken fallen. Gerade jetzt, wo rechts in der Bundesrepublik stärker wird, verdienen die deutschen Sozialdemokraten unsere Unterstützung".* Stan Poppe, dem zwei Wochen zuvor seitens der PvdA-Leitung bedeutet worden war, er möge von seiner beabsichtigten Unterschrift unter einen Aufruf für das Tribunal absehen, war mit solchen Sprüchen nicht zufrieden: *„ Es geht nicht allein darum, ob das Tribunal in der Bundesrepublik durchgeführt wird oder nicht. Es geht auch darum, ob man selbst das Tribunal positiv einschätzt. Ich glaube, daß es eine objektive Untersuchung wird, wo auch die SPD die Möglichkeit bekommt, ihre Ansichten vorzubringen."* Schärfer formulierte einer der anderen Resolutionsunterzeichner: *„ Wir führen jetzt seit Jahren einen kritischen Dialog mit der SPD. Aber das wird immer frustrierender. Es gibt zum Beispiel eine Absprache, daß wir bei der SPD anklopfen können, wenn uns Fälle von Berufsverboten zu Ohren gekommen sind. Aber es wird kaum auf uns gehört. Sie beantworten selbst die Post nicht immer."* Kurz: Den Uyl bekam mit seinem Vorhaben, die Resolution zugunsten des Tribunals auf dem Kongress nicht einzubringen, weil dies die Beziehungen zur SPD zu sehr belaste, kein Bein auf die Erde.

So mußte Peter Ruthmann, Deligierter der SPD auf dem außerordentlichen PvdA-Kongress Zeuge sein, daß „der PvdA-Kongress mit großer Mehrheit eine Resolution annahm ge-
kein Bein auf die Erde.

So mußte Peter Ruthmann, Deligierter der SPD auf dem außerordentlichen PvdA-Kongress Zeuge sein, daß „der PvdA-Kongress mit großer Mehrheit eine Resolution annahm gegen die Haltung der SPD gegenüber dem internationalen Russell-Tribunal." In der Resolution wird die SPD beschuldigt, „Versuche anzustellen, um das Tribunal in Verdacht zu bringen", das Tribunal selbst „muß positiv beurteilt werden". Die Parteileitung wurde vom Kongress beauftragt, bei der SPD darauf zu dringen, das Tribunal nicht weiterhin in ein „falsches Licht" zu setzen.

Der SPD'ler Ruthmann mußte weiterhin zur Kenntnis nehmen, daß auf Antrag des Kongresses in den Entwurf des Programms zu den Europa-Wahlen ein Passus aufgenommen wurde, in dem die Berufsverbote in der BRD verurteilt werden („de Volkskrant", 11.2.).

Am Montag nach dem Kongress versammelte sich die SPD-Führung in Bonn, um Ruthmanns Bericht zu hören. Über den Verlauf der Sitzung wurden keine Mitteilungen gemacht. Der Auslandssekretär der PvdA, Wim Bogaard, dürfte aber mit seiner Äußerung *„Das Russell-Tribunal ist etwas Abscheuliches für sie"* auch die Stimmung der SPD-Führer gut getroffen haben. (Soweit nicht anders angegeben nach: „Vrij Nederland, 18.2.78).

Niederlande-Kommission

10

10

MAAK HET
derde Russell Tribunaal
MOGELIJK

In dem am 11.2. in der Presse erschienenen Aufruf des niederländischen Unterstützungskomitees *„Macht das dritte Russell-Tribunal möglich"* finden sich unter den namentlich aufgeführten Mitgliedern des Komitees ebenfalls eine Reihe von PvdA-Mitgliedern, darunter der „vorgewarnte" Stan Poppe, Wim Albers (Mitglied der zweiten Kammer und Vertreter der PvdA im Europäischen Parlament), Bert Kreemers (Sekretär des PvdA-Komitees gegen Berufsverbote, Amstelveen), Han Vielek (Senator der PvdA in der ersten Kammer) und weitere („Volkskraant" de 11.2.78). Zahlreiche PvdA-Mitglieder und auch ganze Ortsgruppen hatten schon zuvor den Aufruf der Russell-Peace Foundation unterzeichnet. An diesen Brocken dürfte die SPD noch schwer zu schlucken haben.

Stimmen zum Geheimpapier des Innenministeriums

Italien: Berichtet haben über das Geheimpapier die beiden linken Organisationen „Lotta Continua" und „Il Manifesto".

„L.C." erwähnt unter der Überschrift *„BRD-Regierung kriminalisiert Russell-Tribunal"*, daß das Dokument vom KB an die Öffentlichkeit gebracht wurde und nennt dann im folgenden kurz die einzelnen Repressionsmaßnahmen. „Il Manifesto" berichtet unter der Überschrift *„Die Jungsozialisten enthüllen ein Ministerrundschreiben zum Boykott des Russell-Tribunals"* über sich anbahnende neue Konflikte zwischen den Jusos und der SPD; weiterhin, daß die Frankfurter Jusos dieses Papier öffentlich kritisiert haben. Im folgenden wird dann ebenfalls der Inhalt des Papiers wiedergegeben.

• • •

Österreich. *„Es kann einem schon mulmig werden, wenn man bedenkt, wie breit heute bereits die Palette der unterstützenden Organisationen und beteiligten Persönlichkeiten ist, und daß trotzdem Maßnahmen erwogen werden, die bis zur Aufhebung der demokratischen Grundrechte gehen! Jedenfalls wird dieses Dokument ein wichtiges Beweisstück vor dem Russell-Tribunal über Repression und Menschenrechtsverletzungen in der BRD werden."* Zu diesem Schluß kommt die „rotfront", Monatszeitung der Gruppe Revolutionäre Marxisten (Sektion der IV. Internationale), in ihrem Bericht unter der Rubrik „Rechtsstaat BRD".

• • •

„Ein bemerkenswertes Papier des Verfassungsschutzes ist an die Öffentlichkeit gelangt", schreibt die „Sozialistische Arbeiterzeitung" (Zeitung der SAG) am 8.2. Nach einer Zusammenfassung der geplanten Maßnahmen kommt die SAG zu dem Schluß: *„Durch die Veröffentlichung hat das Verfassungsschutzpapier natürlich erst einmal das Gegenteil von dem erreicht, was es bezweckt: So haben z.B. die Frankfurter Jungsozialisten in einem Offenen Brief an Helmut Schmidt und an den hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner dagegen protestiert. Dennoch muß man davon ausgehen, daß die Behörden zumindest einen Teil der Verfassungsschutz-Erwägungen in die Tat umsetzen werden. Hier gilt es, das Russell-Tribunal und seine Unterstützer gegen die staatlichen Angriffe nach Kräften zu verteidigen".*

• • •

Als *„Machwerk, das einem autoritären Obrigkeitsstaat zur Ehre gereichen würde"*, bezeichnete der SPD-Bundestagsabgeordnete und ehemalige Juso-Vorsitzende Wolfgang Roth das Papier des Innenministeriums. Roth beeilt sich, hinzuzufügen, das Tribunal sei *„sicher politisch unvernünftig"*. Dies könne aber *„kein Anlaß für Verbote, Repressionen oder für Versuche, die dort Aktiven zu ‚Verfassungsfeinden' zu stempeln (sein)"*.

„Gerade wenn man das Russell-Tribunal aus politischen Erwägungen ablehne, müsse man die Methodik und die Ziele der Ausarbeitung des Bundesinnenministeriums verurteilen", fährt er fort. Umgekehrt jedoch wird ein Schuh draus: Gerade, wenn man die Methodik und Ziele des Papiers untersucht, muß man zu dem Schluß kommen, daß dieses Tribunal nötiger denn je ist. Aber immerhin geht es bei dieser Untersuchung ja auch um so manch ein Gesetz, das von Roth mit unterschrieben wurde. Dies erklärt schon seine „Zurückhaltung" gegenüber dem Tribunal.

• • •

manch ein Gesetz, das von Roth mit unterschrieben wurde. Dies erklärt schon seine „Zurückhaltung" gegenüber dem Tribunal.

• • •

In mehreren *Alternativzeitungen* wird über das Geheimpapier des Referats „Öffentliche Sicherheit" des Bundesinnenministeriums berichtet. Ausführlicher gehen z.B. die „Freiburger Stadtzeitung", das „Blatt" München, die „Hildesheimer Initiativ Zeitung" oder die „Karlsruher Stadtzeitung" auf den Katalog von Maßnahmen zur Behinderung bzw. Verhinderung des Russell-Tribunals ein.

Die Schlußfolgerungen entsprechen in etwa dem, was z.B. die „Hildesheimer Initiativ Zeitung" (Februar '78) schreibt: *„Das Papier und die in ihm beschriebenen alternativ oder kombiniert zu ergreifenden Maßnahmen ist erschreckend und erhellend zugleich. Es zeigt eindrucksvoll, wie hierzulande zunehmend polizeiliche Überlegungen und polizeiliche Ignoranz die Formen der politischen Auseinandersetzungen beherrschen ... Unfreiwillig hat das Innenministerium damit einen Beitrag für die Arbeit des Tribunals geleistet, hat die Notwendigkeit, es abzuhalten, noch einmal unterstrichen".*

Die „Freiburger Stadtzeitung" veröffentlicht weiter in derselben Ausgabe das Papier des DGB zum Russell-Tribunal.

• • •

Nach wie vor kein Sterbenswörtchen zu diesem ganzen Vorgang fand die DKP-Zeitung „UZ" sowie die von der DKP mehr oder weniger zensierten Organe „tat" und „DVZ" – ein treffendes Zeugnis, das „die führende demokratische Kraft unseres Landes" sich hiermit selbst ausstellt. In schöner Eintracht mit der DKP befinden sich beim Totschweigen auch die „KVZ" des KBW und der „Rote Morgen" der „KPD/ML".

• • •

Der Verfassungsschutz hätte es nicht besser machen können

Seit in der liberalen Wochenzeitung „Vrij Nederland" („VN") ausführlich zum drohenden Verbot des Russell-Tribunals durch die Bundesregierung Stellung genommen wurde, sind die Journalisten dieser Zeitung auf der Fährte geblieben. Bei einem Anruf im Bonner Innenministerium erfuhr „VN", daß man jetzt weniger an ein Verbot denke: *„Wir wollen uns in erster Linie auf die geistige und ideologische Bekämpfung des Russell-Tribunals richten".* Das Schweinspapier des DGB, über das „VN" in der Ausgabe vom 18.2. berichtet, wird als ein *„erster Erfolg"* dieser Taktik gesehen. Nach Zitaten der gröbsten Ausfälle des DGB-Papiers fährt „VN" fort: *„Der DGB hat inzwischen Anfang Februar beschlossen, daß die Teilnahme am Tribunal unvereinbar ist mit der Mitgliedschaft in den angeschlossenen Gewerkschaften. Das kann namentlich Konsequenzen für die Opfer von Berufsverboten haben, die, wenn sie vor dem Tribunal als Zeugen auftreten, Gefahr laufen, ihre finanzielle und juristische Unterstützung durch die Gewerkschaft zu verlieren."* – Prof. Uwe Wesel, Mitglied des westdeutschen Beirats des Tribunals, traf den Punkt, als er auf der von der Russell Foundation veranstalteten Pressekonferenz in Den Haag dazu sagte: *„Der Verfassungsschutz hätte es nicht besser machen können."* Solche starken Worte würde man hier von ihm auch erwarten.

Niederlande-Kommission

Russell Meldungen ... Russell Meldungen ... Russell Meld

Aachen. Am 10.2.78 fand in Aachen eine Unterstützungsveranstaltung zum III. Russell-Tribunal statt; getragen wurde diese Veranstaltung von einer Gründungsinitiative für eine Unterstützungsgruppe zum Tribunal. Eingeladen worden waren der Schriftsteller Erich Fried, Uwe Wesel als Mitglied im Beirat und Alexander Schubarth (SPD Frankfurt). Die Teilnahme von ca. 1000 Besuchern zeigte das wie überall vorhandene Interesse. U. Wesel brachte im wesentlichen Informationen über die Geschichte der bisherigen Russell- Tribunale und erläuterte die Notwendigkeit des III. Tribunals. Erich Fried zeigte an aktuellen Beispielen über die Repression im Medienbereich Parallelen zu Ereignissen im Hitlerfaschismus auf und bezog sich des öfteren auf die Besorgnis im Ausland über die Entwicklung in der BRD. Insbesondere sprach er sich dafür aus, daß Stammheim und die Prozesse gegen die politischen Gefangenen ebenfalls ein Thema des III. Russell- Tribunals sein sollten. Alexander Schubarth (SPD) erklärte, *»die SPD ist nicht nur Mitläufer, sie ist selbst Urheber und ein Hauptträger der Repression in diesem Land«*. (»Aachener Nachrichten«, 13.2.78). Enttäuscht zeigte sich Schubarth über das indifferente Verhalten von SPD-Linken und Judos zum Tribunal, massiv kritisierte er das Verhalten der DKP und ihrer Bündnispartner. Eine Kontroverse gab es um die Behandlung der DGB- Unvereinbarkeitsbeschlüsse durch das Tribunal, was von Wesel erneut abgelehnt wurde.

* * *

Landau: Unter dem Titel »Läßt die Landesregierung unliebsame Bürger bespitzeln?« fand eine Anti- Repressions- Veranstaltung des AStA der EWH Landau statt. Ihren unmittelbaren Anlaß fand die Veranstaltung durch die Bespitzelung von ca. 700 Unterzeichnern eines Protests gegen ein Berufsverbot in Speyer. Eingeladen waren P. Büchner (SPD-MdB) als direkt Betroffener der Massenüberprüfung durch den VS, der aber kurz vor der Veranstaltung dann doch noch absagte, Sebastian Cobler als Vertreter des Sekretariats und der Schriftsteller Gerhard Zwerenz. Zwerenz befaßte sich mit den Auswirkungen der Repression auf kritische Schriftsteller und Cobler widmete sich ausführlich dem Geheimpapier des Innenministeriums. Ebenso ging er auf die Stellungnahme des DGB zum Russell- Tribunal ein und meinte, dies müsse auf dem Tribunal zur Sprache kommen.

* * *

Kassel: »Ist Lady Russell die Veranstalterin einer Viererbande?« war der Titel einer Veranstaltung der Kasseler »Initiative zur Unterstützung des Russell-Tribunals«. Eingeladen waren neben P. Chotjewitz, Prof. U. Sonnemann und S. Cobler auch Peter Müller, Mitglied im Arbeitsausschuß der Initiative »Weg mit den Berufsverboten«. Den 250 Zuhörern erklärte er zur Ablehnung des Tribunals durch den Arbeitsausschuß der Initiative befragt (s. AK 122), daß er dem Tribunal nicht feindlich gegenüberstehe. Dazu im Widerspruch steht jedoch, daß er sich bei der Verabschiedung des Papiers nicht dagegen ausgesprochen hatte.

Drei Tage nach dieser Veranstaltung fand ein Kulturabend zur Unterstützung des Tribunals statt, der vom ABC- Buchladen, Anti- AKW-Theater, AStA, KB, Schwulengruppe, SO der ZDL, Stattzeitung, SHG und CISNU getragen wurde. 800 Leute spendeten immerhin 900 DM. Ein Teil der Veranstalter des Kulturabends wird auch weiterhin zum Russell- Tribunal arbeiten.

* * *

Erlangen: Mit der Veranstaltung »Repression in der BRD« am 10.2.78 hat die Russell- Tribunal- Unterstützungsgruppe ihre Öffentlichkeitsarbeit erfolgreich begonnen. Mit 180 Leuten war die Veranstaltung sehr gut besucht. Neben dem Beitrag der Erlanger Initiative sprach ein Vertreter des Nahostkomitees Erlangen zur Situation der Ausländer in der BRD und stellte insbesondere die Zusammenarbeit zwischen bundesdeutschem Verfassungsschutz und der SAVAK, dem Geheimdienst des Iran, dar.

RA D. Berthmann beschrieb anhand des Falles seines Mandanten G. Schnepel im sogenannten »Politladenprozeß« die Zensur und Repression gegen fortschrittliche Buchhändler und Verleger. H. Heinhold berichtete in Vertretung des erkrankten RA Wolfgang Bendler (ehem. Verteidiger von Ingrid Schubert) über die Menschenrechtsverletzungen während der Haft von Ingrid Schubert. Ausführlich schilderte er, wie Ingrid Schubert buchstäblich »fertiggemacht« wurde durch die Isolation und die Schikanen der Justizbehörden. Im letzten Beitrag demonstrierte Gerd Schnepel durch Äußerungen von bürgerlichen politikern und anhand der Entwicklung des Staatsschutzes in der BRD die Absurdität der These, die RAF würde den Faschismus herbeibomben. Dies stieß auf den massiven Widerspruch anwesender SB'ler, jedoch herrschte unter den Zuhörern überwiegend die Meinung, daß sowohl die Entwicklung der Berufsverbote als auch die Situation der politischen Gefangenen in der BRD dokumentiert und diskutiert werden muß.

* * *

Bonn. Nachdem die Falken die Durchführung des Russell- Tribunals begrüßt und den Aufruf zum Russell- Tribunal unterzeichnet haben, hat jetzt der Bundesvorstand beschlossen, *»zusammen mit befreundeten Organisationen eine Veranstaltung durchzuführen, die die Aufgabe hat, sachlich über die Bedeutung des Russell- Tribunals zu informieren. Auch soll Vertretern der Russell- Jury Gelegenheit zur Darstellung ihrer Auffassungen gegeben werden«* (arbeiterjugend 2/78). Die Veranstaltung wird am Samstag, den 25.2., um 19.00 Uhr in Bonn stattfinden.

* * *

Tübingen: Anfang Februar ist in Tübingen eine Initiativgruppe zur Unterstützung des Russell- Tribunals gegründet worden. An dieser Initiative beteiligen sich neben »verschiedenen undogmatischen Linksgruppen« auch die DFG/VK, die beiden Studentengemeinden, der Bund für Umweltschutz und Mitglieder der Bürgerinitiative zur Verteidigung der Grundrechte (nach »Schwäbisches Tagblatt«, 8.2.78).

* * *

Unter dem Thema »Freiheit statt Berufsverbote« fand in Karlsruhe eine Veranstaltung der DKP statt, auf der etwa 70 Personen waren. Auf die Frage eines Zuhörers, wie die DKP zum Russell- Tribunal stünde, lautete die Antwort, das Russell- Tribunal schade den Berufsverboteopfern, weil sie angeblich im selben Atemzug mit Terroristen genannt würden und weil eventuell die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaften zur Sprache kämen. Eine der DKP nahestehende Frau, die selbst Berufsverbot hat, erklärte, sie wolle unter keinen Umständen, daß ihr Fall etwa auf dem Russell- Tribunal behandelt wird.

* * *

Bremen: Die Initiativgruppe gegen politische Unterdrückung in Bremen hat eine Broschüre »Politische Unterdrükkung in Bremen - Wir lassen kein Gras darüber wachsen« herausgegeben.

Die Broschüre (Preis DM 2) setzt sich zum einen über die Art auseinander, *»wie das Russell- Tribunal unterstützt werden soll«*, weiter werden die Angriffe gegen das Tribunal dokumentiert - Geheimpapier des Innenministeriums und das Schreiben des DGB.

Schwerpunktmäßig werden Repressionsfälle in Bremen behandelt, z.B. verschiedene Berufsverbotefälle, Grohnde- Prozesse, Kriminalisierung von Frauen.

Bestellungen an:
Initiativgruppe gegen politische Unterdrückung, 2800 Bremen,
c/o Dammweg 15



* * *

Heidelberg. Am 18.2. fand eine von der Unterstützergruppe Heidelberg organisierte Russell-Veranstaltung statt, die von 1.500 Menschen besucht wurde. Jacob Moneta ging in seinem Beitrag auf das DGB-Papier zum Russell-Tribunal ein und fand es bezeichnend, daß der DGB-Vorstand die französische CFDT, mit der der DGB ja zusammenarbeitet, als „linksextremistisch" einstuft.

Alexander Schubarth betonte, die SPD-Politik selbst mache das Russell-Tribunal nötig. Er kritisierte, daß die DKP und die Berufsverbotekomitees trotz zahlreicher Zugeständnisse immer noch nicht das Russell-Tribunal unterstützen. Außerdem sprach der ehemalige FDP-Stadtabgeordnete Armbruster, der sein Amt wegen der gegen ihn betriebenen Kampagne (er hat den Aufruf der Russell-Foundation unterzeichnet) niedergelegt hat. Für unschöne Begleittöne sorgte der Beschluß der Veranstalter, keine Büchertische anderer Gruppen zuzulassen: gerade für die Antirepressionsbewegung sind derartige Zeugnisse der Selbstzensur besonders bedrückend.

Nach einem Bericht der Heidelberger Sympathisantengruppe des KB

* * *

Kiel. Am 16. Februar fand in Kiel eine mit 1.000 Teilnehmern überaus gut besuchte Antirepressionsveranstaltung statt. Es sprachen Kurt Groenewold und sein französischer Verteidiger zum Prozeß, Erich Fried über die „Bremer Vorgänge" (die Aufforderung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Neumann, Bücher wie die von Fried zu verbrennen), den Groenewold-Prozeß sowie das bevorstehende Russell-Tribunal. Zur Vorbereitung dieser Veranstaltung sowie für eine Dichterlesung mit Erich Fried einen Tag später hatte sich ein für Kieler Verhältnisse einmalig breites Bündnis gebildet, in dem neben politischen Organisationen wie KB, SB, GIM u.a. die ESG, Landesjugendpfarramt, das Frauenzentrum, ein linker Buchladen, zwei Alternativzeitungen, Schauspieler, Lehrer usw. vertreten waren. Dieses Bündnis hat beschlossen, weitere gemeinsame Aktivitäten gegen die Repression auf die Beine zu stellen.

* * *

Lübeck. Das Lübecker „Komitee für die Unterstützung eines Russell-Tribunals" hat erneut eine Dokumentation veröffentlicht. In der Broschüre sind alle wesentlichen Lübecker Repressionsfälle von 1977/78 zusammengefaßt. Die Dokumentation (36 Seiten, DIN A 4) kostet zwei Mark plus Porto und ist zu bestellen bei: I.Babbe, Füchtingstr. 30, 24 Lübeck.

»Für Vaterland und SPD...«

»Das geplante Russell- Tribunal richtet sich ... gegen die deutsche Arbeiterbewegung, die ihren Kampf in und durch SPD (!) *und Gewerkschaften führt. Es öffnet sich damit in gefährlicher Weise für den Mißbrauch durch all diejenigen Kräfte, die in letzter Zeit eine breite internationale Verleumdungskampagne gegen die deutsche Arbeiterbewegung* (!) *und ihre Organisationen, SPD und Gewerkschaften, führen, auf der Basis der stalinistischen Sozialfaschismus- These, die allein der Reaktion in die Hände arbeitet und dies in der Geschichte Deutschlands schon einmal unter Beweis gestellt hat«* (?).

»Wie im einzelnen die offiziellen Verbindungen in dieser Kampagne gegen Deutschland (!!!) *und die SPD auch aussehen mögen - die SED* (?) *ist ihr erster Nutznießer ...«* Das ist der Haupttenor einer Broschüre des Kreisvorstandes der Heidelberger Jusos gegen das Russell- Tribunal. So werden in der 26 Seiten starken Broschüre nur am Anfang einige Worte über den Abbau der demokratischen Rechte in der BRD verloren. Demagogisch heißt es da noch, daß die entfachte »Sympathisantenhetze« sich gegen die breite Mehrheit der Bevölkerung, gegen Arbeiter und Jugendliche richten soll, um dann im weiteren jede kritische Stimme, die außerhalb des SPD- Lagers steht, als arbeiterfeindlich zu bezeichnen oder sie in die SED- Ecke zu stellen.

Im weiteren wird dann auf den Unterstützungskreis eingegangen: *»Abgesehen von einigen wenigen als Aushängeschildern benutzten Prominenten besteht der wesentliche Teil des Kerns der Förderer und sympathisanten des geplanten Tribunals aus Vertretern ultraradikaler 'linker' Gruppen«*. Das erinnert doch sehr stark an das Papier des Innenministeriums!

Immerhin ist es innerhalb der Jusos ziemlich ungewöhnlich, auf der Linie des Kalten Krieges zu hetzen. Für die bescheuerte These: *»Die wesentlichen politischen Grundlagen der Initiativen für das Russell- Tribunal werden vom 'Neuen Deutschland' bzw. der 'UZ' geteilt und vorangetrieben«*, findet sich natürlich kein einziger Beleg in dem Papier.

Von daher leiten sie auch ab, daß *»der Kampf zur Verteidigung und Verwirklichung demokratischer Rechte in Deutschland nur ein Kampf in ganz Deutschland sein* (kann)«. (Dieser antihegemonistische Ansatz sollte der »Roten Fahne« wenigstens eine Erwähnung wert sein!)

Die Heidelberger Juso- Gruppe, die auf der Landesdelegiertenkonferenz der Jusos einen Antrag zur Ablehnung des Russell- Tribunals stellte, wurde allerdings abgewiesen. Die Landesdelegiertenkonferenz steht weiterhin zum Tribunal.

Risse im Lager der Revis?

Die letzten Ereignisse um das Russell-Tribunal, vor allem die massiven Angriffe von Seiten der Bundesregierung und der DGB-Führung, scheinen auch in Kreisen der Revis bzw. ihrer traditionellen Bündnispartner die Diskussion um die Frage der Unterstützung erneut in Gang gesetzt zu haben.

In der DFG/VK lassen sich sogar auf Vorstandsebene Unterstützer des Tribunals finden! So schreibt Guido Grünewald, Bundesvorstandsmitglied, in einem Leserbrief in der „DVZ" (3/78): *„So verständlich eine gewisse Zurückhaltung angesichts der konfusen Entstehungsgeschichte des Tribunals auch ist, so sollte doch die offensichtliche Notwendigkeit einer derartigen Untersuchung — wie nicht zuletzt durch die wütenden Attacken der SPD und der Bundesregierung deutlich wird — die zögernden demokratischen Kräfte veranlassen, sich der Initiative auf der Grundlage der festgelegten drei Untersuchungsgegenstände anzuschließen, um dem Tribunal zum Erfolg zu verhelfen."*

Auch auf örtlicher Ebene gibt es erste zarte Ansätze, die bisher praktizierte Unvereinbarkeitspolitik zu durchbrechen: in der neu gegründeten Tübinger Initiative arbeitet die DFG/VK mit; in Nürnberg hat, nachdem die DFG/VK dort von Anfang an als Beobachter teilgenommen hatte, der Vorstand letzte Woche erneut über diese Frage diskutiert und den Beschluß gefaßt, sich aus der Russell-Initiative zurückzuziehen.

Andererseits protestiert die Gruppe energisch gegen die Kriminalisierungs- und Verleumdungskampagne gegen das Tribunal, wobei auch der DGB-Abgrenzungsbeschluß angegriffen wird. Das Papier, das eine endgültige Stellungsnahme noch offen läßt und stattdessen eine „Klärung" des DFG/VK-Bundesvorstands fordert, kritisiert sowohl die Vorbereitungsarbeiten zum Tribunal, lehnt aber auch — mit deutlichem Blick auf die DKP — *„das Stellen von Bedingungen, die mit der Struktur der Russell-Tribunale nicht in Einklang zu bringen sind"*, als *„unzulässigen Eingriff"* ab.

Selbst in die Initiativen 'Weg mit den Berufsverboten' scheint etwas Wind gekommen zu sein: so hat das Aachener Berufsverbotekomitee auf einer Veranstaltung am letzten Freitag die Unterstützung des Russell-Tribunals und der örtlichen Initiative bekanntgegeben; in Nürnberg hat das ‚Bürgerkomitee zur Verteidigung der Grundrechte und zur Aufhebung der Berufsverbote' auf seiner letzten Sitzung folgenden Vorschlag angenommen: *„Bereits in früheren Beratungen des Arbeitsausschusses wurde das Thema Russell-Tribunal angesprochen. Zwischenzeitlich hat es in dieser Frage auf Bundesebene einen intensiven Diskussionsprozeß gegeben... Wir schlagen vor, ... den Themenkomplex in einer zu bildenden Arbeitsgruppe zu behandeln."* Immerhin ein Anfang; bleibt zu hoffen, daß die Sache noch weiter ‚in Gang' kommt.

Judos und Jusos weiterhin für das Russell-Tribunal

Auf ihrer Bundesdelegierten-Konferenz Mitte Februar erklärten die Deutschen Jungdemokraten, daß die Grundrechte in der BRD gefährdet seien. In diesem Zusammenhang begrüßten die Delegierten *„das geplante Russell-Tribunal zur Untersuchung von Verletzungen der Grund- und Menschenrechte in der BRD und Westberlin"* („Frankfurter Rundschau", 13.2.78). Ursprünglich hatten die Judos ihre Unterschrift unter den Aufruf zu einem Russell-Tribunal gesetzt, diese aber durch den Bundeshauptausschuß im Oktober 1977 wieder zurückgezogen. In der innerverbandlichen Diskussion wurde trotz dieses Rückzugs die Wichtigkeit und die Nützlichkeit des Russell-Tribunals immer wieder betont. Deshalb forderte auch der Landesverband Hamburg in einem Dringlichkeitsantrag auf der Delegiertenkonferenz, die zurückgezogene Unterschrift neu zu leisten und es nicht „nur" bei einer Begrüßung zu belassen. Dies kam aber nicht durch. — Die „Mutterpartei" ließ natürlich durch ihren Sprecher J. Gerwald sogleich erklären, *„die FDP sei strikt gegen das Russell-Tribunal"* („Welt", 30.1.78).

Um dies den Judos zu vermitteln, erschien die „linke" Helga Schuchardt auf der Konferenz und betonte, *„daß einige der Inifiatoren* (des Tribunals) *dem Ansehen der BRD schaden wollen"* („Welt", 13.2.78). Sehr überzeugend scheint dies nicht gewesen zu sein. Gegen mögliche Repressionen wollen sich die Judos *„entschieden vor die Bewegung zur Unterstützung des Russell-Tribunals"* stellen („Welt", 13.2.78).

* * *

Ebenfalls gegen den Druck der Mutterpartei haben die Jusos auf ihrer letzten Bundeskonferenz ihre Unterstützung des Russell-Tribunals bekräftigt. Auch hier hatte es nicht an massiven Drohungen von oben gefehlt, hatte *„die Bonner SPD-Führung* (...) *wissen lassen, daß sie eine Teilnahme von Parteimitgliedern an jenem Russell-Tribunal* (...) *als ‚parteischädigend' betrachte"* („FAZ", 13.2.78). Trotz dieser unverhohlenen Drohungen mit Parteiausschlüssen hat der Juso-Bundesvorstand sich geweigert, seine Unterschrift unter den Aufruf zum Tribunal zurückzuziehen.

Man darf gespannt sein, ob dies für den SPD-Vorstand der nächste Anlaß ist, einen gewählten Juso-Vorsitzenden aus der Partei auszuschließen.

Falken: Entscheidung war richtig

In einem Rundschreiben des Bundesvorstands der Falken heißt es: „.... *Als der Bundesvorstand im September in Berlin einstimmig beschloß, die Einrichtung des Russell-Tribunals zu unterstützen, da war weder die Zusammensetzung der Jury, noch deren Fragenkatalog bekannt. Im Nachherein hat sich unsere Entscheidung als richtig erwiesen. In der Jury sitzen geachtete und honorige Mitglieder, die Erörterungsinhalte sind klar und unmißverständlich. Mit einem Wort möchte ich noch Stellung beziehen zu den Vorwürfen der Sozialdemokratischen Partei, von denen mehrere exponierte Mitglieder wohl aus staatstragenden Gründen nach der Maxime, wonach nicht sein kann, was nicht sein darf, leben und das Tribunal rigoros ablehnen. Bei dem Russell-Tribunal geht es, wie der Bundesvorsitzende Konrad Gilges bereits in der jüngsten Ausgabe der ‚arbeiterjugend' schrieb, darum, einen weiteren Abbau der bürgerlichen Freiheitsrechte zu verhindern. Wenn das Russell-Tribunal, und davon sind wir überzeugt, dazu dient, weitere Angriffe auf das Grundgesetz zu vereiteln, dann hat diese Einrichtung ihren Zweck mehr als erfüllt. Ich fordere Euch daher noch einmal auf, alle Euch bekannten Fälle, die für die Jury von Interesse sind, uns mitzuteilen..."*

Das Tribunal zieht Kreise

Je näher der Termin der ersten Tribunalsitzung rückt und je wütender die Ausfälle von SPD, CDU, Bundesregierung und DGB gegen das Tribunal werden, desto klarer stellt sich auch an die gesamte Linke die Frage, wie sie es mit dem Tribunal hält. Zumal die Reaktionen auf Seiten der Bundesregierung deutlich gemacht haben, daß die Herrschenden mit diesem Projekt an einem ganz empfindlichen Nerv getroffen worden sind.

Erstmals brach der **KAB"D"** in der „Roten Fahne" vom 11.2. sein bisheriges Schweigen. Anlaß war für ihn offensichtlich das Geheimpapier, über dessen Inhalt ausführlich berichtet wird. Es wird dann aus dem Aufruf über die Ziele des Tribunals zitiert, um daraus zu schlußfolgern:

„Das Bemühen der Veranstalter des Russell-Tribunals, die reaktionären Maßnahmen des Staatsapparats im In- und Ausland breit zu entlarven, ist zweifellos zu unterstützen." Weiter wird betont, daß *„auch wir Kommunisten ... für eine entschiedene Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Freiheitsrechte eintreten"*. Diese grundsätzlich positive Stellungnahme überrascht vielleicht manch einen, der den KAB"D" nur aus der Zeit kennt, als er praktisch alle gemeinsamen demokratischen Initiativen der Linken mit dem demagogischen Hinweis ablehnte, daß „die Arbeiterklasse" darin nicht „die Führung" habe. Sie ist Teil einer erfreulichen Entwicklung, in der der KAB"D" sich stärker den Fragen einer Antirepressionspolitik zuwendet.

Der KAB"D" kritisiert gleichzeitig zurecht an einzelnen Stellungnahmen des Sekretariats bzw. des Beirats eine *„gefährliche Verharmlosung der tatsächlichen Verhältnisse"* in der BRD, der entgegengetreten werden müsse. Gerade deshalb muß er sich jedoch den Vorwurf gefallen lassen, eineinhalb Jahre lang nichts getan zu haben zur Auseinandersetzung mit derartigen zweifellos vorhandenen opportunistischen Tendenzen. Auch wenn für den KAB"D" *„die Bemühungen der Veranstalter .... zweifellos zu unterstützen"* sind, so drückt er sich doch um eine klare Stellung herum, wie es um seine eigene Unterstüztung des Tribunals steht. Denn die Feststellung, daß die Aufgabe, den Kampf gegen politische Unterdrückung zu organisieren, *„uns das Russell-Tribunal nicht abnehman"* kann, haben andere schon längst ohne Bedenkzeit herausgefunden.

Auf dem Weg der „Besserung" scheint sich der „Arbeiterbund..." zu befinden. Hatte er bis dato das Russell-Tribunal heftig als Projekt, das sich gegen die DKP richtet, von „Kleinbürgern" bestimmt wird und somit keinen Sinn für „die Arbeiterklasse" hat, befehdet, druckte er in der Ausgabe der „KAZ" vom 7.2. das Geheimpapier samt Artikel ab. Darin werden die Intentionen des Tribunals durchaus positiv gewürdigt. Den ersten Sinneswandel in diese Richtung konnte man in der Ausgabe vom 31.1. nachlesen, in der ein Genosse in einem Leserbrief ein Überdenken der bisherigen Haltung des AB anregte: *„Es würde mich freuen, wenn die KAZ-Redaktion dazu nochmals Stellung nehmen würde."* Wirklich offen und selbstkritisch hat die KAZ-Redaktion dazu nicht Stellung genommen, wie wir dies auch nicht anders von ihr gewöhnt sind. Der Abdruck des Papiers und die „wohlwollende" Betrachtung der Ziele des Tribunals sind jedoch ein Hinweis darauf, daß auch der „Arbeiterbund" dabei ist, seine Haltung klammheimlich zu ändern. Ein klärendes Wort sollte ihm jedoch nicht erspart bleiben.

Endgültig festgelegt zu haben scheint sich auch die "KPD". In einer Stellungnahme in der „Roten Fahne" berichtet auch sie ausführlich über die Angriffe auf das Tribunal. Dann jedoch spricht sich die „KPD" ausdrücklich gegen eine Unterstützung des Tribunals aus, da *„es .. einen schweren Schaden für die demokratische Bewegung in unserem Land (bedeutet), wenn man zur politischen Unterdrückung im anderen Teil Deutschlands schweigt."* Dies steht freilich im Widerspruch zu den Ausführungen des 1. Vorsitzenden der „KPD", Semler, auf einer Diskussionsveranstaltung in Frankfurt, der seine These über einen „Aufschwung" der demokratischen Bewegung in der BRD ausdrücklich mit der Unterstützungsbewegung des Tribunals belegte (und dafür vom KBW angegriffen wurde). Dort kündigte er auch an, daß sich die „KPD" zumindest an Veranstaltungen am Rande des Tribunals beteiligen werde. Man kann der „KPD" gegenüber dem Tribunal nicht einmal generell „böse Absicht" unterschieben, denn sie gibt sich gegenüber den Veranstaltern insgesamt äußerst zurückhaltend. Jedoch zeigt sich gerade an dieser Stellungnahme, welch Hemmschuh die reaktionäre Theorie von „einer deutschen Nation" und dem Hauptfeind UdSSR für die Entwicklung des demokratischen Kampfes ist. Wer die Beteiligung an einem für die Verteidigung der demokratischen Rechte in der BRD unzweifelhaft wichtigen Projekt ablehnt, weil nicht gleichzeitig auf die politische Unterdrückung in der DDR eingegangen wird, der wird es schwer haben, glaubwürdig zu bleiben. Zweifellos wird diese Entscheidung den in der Unterstützungsbewegung ohnehin vorhandenen Eindruck verstärken, die „KPD" täusche ihr Interesse vor, um die demokratische Bewegung für ihre „Sozialimperialismus"-These zu mißbrauchen.

Die Fronten scheinen sich langsam zu klären. Insgesamt wird immer deutlicher, daß keine politische Kraft, die ernsthaft von sich behauptet, am demokratischen Kampf beteiligt zu sein, an diesem Tribunal vorbeikommt. Für alle gilt wohl, was der neue Bundesvorsitzende der Jusos, Gerhard Schröder, gegenüber der „konkret" für die Jusos so äußerte: *„Wollten die Jusos ihn* (den Unvereinbarkeitsbeschluß der SPD gegenüber dem Tribunal, Anm. AK) *einhalten, würden sie sich von einer wichtigen Bewegung isolieren... Die Jungsozialisten müssen sich also in der einen oder anderen Form beteiligen, wenn sie ihren demokratisch-sozialistischen Anspruch nicht aufgeben wollen."*

Sekretariat und Beirat gefährden Unabhängigkeit

Hektische Aktivitäten begleiten die letzten Vorbereitungen des Sekretariats und des westdeutschen Beirats für die erste Tribunalssitzung — nicht immer im Sinne der Unabhängigkeit, die sie auf ihre Fahnen geschrieben haben.

Schon in der letzten Ausgabe des ARBEITERKAMPF dokumentierten wir die Gespräche mit der Initiative „Weg mit den Berufsverboten", in denen Zusicherungen, wie z.B. Nichtbehandlung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse, gemacht wurden, die gar nicht in der Kompetenz dieser Organe liegen. Wie sich im nachherein herausgestellt hat, wurde sogar die von der „Initiative" verlangte Erklärung von Sekretariat und Beirat zu den strittigen Fragen noch einmal verändert, um den DKP-Forderungen (denn darum handelt es sich schließlich) noch weiter entgegenzukommen (siehe „Antirepressions-Info" des KB, Nr. 4). So wurde auf diesem Wege aus der „Betonung", daß *„Gewerkschaftsausschlüsse keinen e i g e n s t ä n d i g e n Untersuchungsgegenstand des Tribunals bilden werden"*, die „Empfehlung", daß *„Gewerkschaftsausschlüsse k e i n e n Untersuchungsgegen-*

„Betonung", daß *„Gewerkschaftsausschlüsse keinen e i g e n s t ä n d i g e n Untersuchungsgegenstand des Tribunals bilden werden"*, die „Empfehlung", daß *„Gewerkschaftsausschlüsse k e i n e n Untersuchungsgegen-*

stand ... bilden werden." Der „ID" (Frankfurt) charakterisiert dies treffend als *„Pflichtübung für Dunkelmänner"*.

In der Zwischenzeit sind weitere massive Eingriffe des Sekretariats in die Vorbereitungen des Tribunals durch die Unterstützerbewegung bekanntgeworden (wenn wir hier vom „Sekretariat" sprechen, meinen wir präziser die Mehrheit desselben; man kann z.B. S. Cobler nicht für die Manöver seiner Westberliner Kollegen verantwortlich machen).

Die Marburger Vorbereitungsgruppe hatte sich entschlossen, die ihr vorliegenden Gutachten für das Tribunal zu veröffentlichen, um die inhaltliche Diskussion über das Tribunal zu erleichtern. Insgesamt wurden gegen diese Absicht von Seiten des Sekretariats keine Bedenken angemeldet — bis auf die Veröffentlichung der Gutachten zu den Gewerkschaftsausschlüssen, weil dies die Verhandlungen mit der Initiative „Weg mit den Berufsverboten" stören und die Unterstützung von Jusos und Gewerkschaftern gefährden würde. Dazu muß man wissen, daß trotz immer wieder abgegebener Erklärungen von Seiten des Sekretariats, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse hätten nichts mit Menschenrechtsverletzungen zu tun, b e i d e vorliegenden Gutachten zum gegenteiligen Schluß

trotz immer wieder abgegebener Erklärungen von Seiten des Sekretariats, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse hätten nichts mit Menschenrechtsverletzungen zu tun, b e i d e vorliegenden Gutachten zum gegenteiligen Schluß

kommen. D.h. das Sekretariat und der westdeutsche Beirat sind bereit, aus taktischen Erwägungen heraus Untersuchungen über eine Problematik von vornherein auszuklammern, bei der zumindest sehr ernstzunehmende Argumente dafür sprechen, daß es sich um Menschenrechtsverletzungen handelt.

Die Marburger Initiative war jedoch nicht bereit, sich diesen Ansichten anzuschließen, sondern veröffentlichte Auszüge bzw. Zusammenfassungen aus allen Gutachten. Daraufhin erschien eine Westberliner Sekretärin (AK/FU) in Marburg, um der Vorbereitungsgruppe klar zu machen, daß bei Nicht-Zurücknahme der Broschüre sich das Sekretariat geeignete Maßnahmen (!?) überlegen müsse, die sie aber trotz Nachfragens nicht präzisieren wollte. Allein dieses unverschämte und arrogante Auftreten macht schon deutlich, auf welcher Ebene das Sekretariat mit der Unterstützerbewegung zu verkehren gedenkt, während es sich andererseits bei dem Tribunal ausgesprochen feindlich gegenüberstehenden Kräften in peinlicher Weise anbiedert.

Als „inhaltliches" Argument gegen die Veröffentlichung brachte sie z.B. noch hervor, daß *„bestimmte Organisationen"* aus den Gutachten herausinterpretieren könnten, die Gewerk-

Als „inhaltliches" Argument gegen die Veröffentlichung brachte sie z.B. noch hervor, daß *„bestimmte Organisationen"* aus den Gutachten herausinterpretieren könnten, die Gewerk-

schaftsausschlüsse würden vor dem Tribunal behandelt werden. Dies kann ja wohl nur so verstanden werden, daß das Sekretariat aus gutachterlich nachgewiesenen Menschenrechtsverletzungen im Gewerkschaftsbereich diesen Schluß nicht ziehen will: Wer bestimmt dann überhaupt noch, was vor dem Tribunal behandelt wird? Offenbar weigern sich einige Leute (trotz durchaus vorhandener juristischer Kenntnisse) beharrlich, zu begreifen, was eine unabhängige Jury, die über den Gegenstand der Untersuchung und seine abschließende Beurteilung selbst entscheidet, wirklich ist!

Die Liste der Verfehlungen des Sekretariats und des Beirats gegen die Unabhängigkeit ist lang und geht auch jetzt noch weiter. So versteigt sich der Beirat in seinem neuesten Aufruf (vom 20.1.) zu der Behauptung: *„Dieses Russell-Tribunal hat entgegen seinen Vorgängern nicht die Aufgabe, verbrecherische Machenschaften autoritärer und halbfaschistischer Systeme bekanntzumachen und anzuklagen. Im Falle der Bundesrepublik muß es vielmehr darum gehen, einen Rechtsstaat, der die republikanischen Freiheiten und Menschenrechte in seiner Verfassung verankert hat und auf die schiefe Bahn geraten ist, vor dem Abgleiten zu bewahren."*. „Auf die schiefe Bahn kommen" bedeutet im allgemeinen, nicht ursächlich für seine

ten und Menschenrechte in seiner Verfassung verankert hat und auf die schiefe Bahn geraten ist, vor dem Abgleiten zu bewahren.". „Auf die schiefe Bahn kommen" bedeutet im allgemeinen, nicht ursächlich für seine

„Misere" verantwortlich zu sein. Sollen wir jetzt etwa auch die Entwicklung der BRD als ein „Mißgeschick" eines ansonsten intakten Systems verstehen?

Eindeutig geht es bei dieser Erklärung um eine W e r t u n g der Verhältnisse in der BRD. Zu solchen Aussagen ist aber weder das Sekretariat noch der Beirat befugt, sondern nur die Jury, die eine Wertung aufgrund des ihr vorliegenden Materials vornehmen kann und wird. Diese massive Einmischung in die Befugnisse der Jury ist offensichtlich der Versuch, den Angriffen von Seiten der Reaktion auszuweichen, um die „Unterstützung" des Tribunals durch Kräfte, die sich mehr an der sozialliberalen Koalition als an den Menschenrechten orientieren, nicht zu verscherzen. Einen solchen Bückling kann sich jedoch ein Tribunal, das Überzeugungskraft behalten will, nicht leisten.

Sicher hätte niemals jemand etwas dagegen eingewandt, wenn sich Sekretariat und Beirat in die Diskussion innerhalb der Unterstützerbewegung eingeschaltet hätten. Gegenwärtig haben wir es jedoch allein mit parteilichen Stellungnahmen im Sinne einer Beschönigung der Verhältnisse zu tun und mit dem massiven Versuch, die Anklage auf wenige Bereiche der Repression einzuschränken. Uns wurde wiederholt von verschiedener Seite vorgeworfen, mit unserer Kritik am Vorgehen des Sekretariats würden wir

und mit dem massiven Versuch, die Anklage auf wenige Bereiche der Repression einzuschränken. Uns wurde wiederholt von verschiedener Seite vorgeworfen, mit unserer Kritik am Vorgehen des Sekretariats würden wir

die Unabhängigkeit des Tribunals gefährden. Die Tatsachen sprechen für sich, w e r die Unabhängigkeit aufs Spiel setzt.

Ein Tribunal ohne Arbeiter?

Seit der Ankündigung, ein Russell-Tribunal über die Repression in der BRD durchzuführen, hat diese Idee auch und gerade innerhalb der Arbeiterlinken großen Anklang gefunden. In vielen oppositionellen Betriebs- und Gewerkschaftsgruppen und im Jugendbereich wurde dieskutiert, wie das zentrale Problem in dieser Gesellschaft, die Unterdrückung der Arbeiterklasse, vor diesem Tribunal zur Geltung kommen sollte. Dabei war es gerade für die fortschrittlichen Ansätze in Betrieb und Gewerkschaft unumstritten, daß die DGB-Unvereinbarkeitsbeschlüsse als d e r Radikalenerlaß, der sich direkt gegen die Arbeiterklasse richtet, vor's Tribunal gehören.

Umso größer war die Enttäuschung, daß von Seiten des Sekretariats und später auch des Beirats a l l e besonderen Formen der Unterdrükkung der Arbeiterklasse und insbesondere der Arbeiterlinken vor diesem Tribunal keine Rolle spielen sollten. Die „normale" Unterdrückung im Betrieb sei nicht „BRD-spezifisch" genug, und die Behandlung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse sollte im Hinblick auf ein „gutes Wort" zum Tribunal von Seiten der Gewerkschaftsführer geopfert werden.

Dies wurde empfunden — und mußte auch so empfunden werden —, daß sich das Tribunal allein mit Problemen der Intellektuellen beschäftigt. Es ist klar, daß sich dieses Vorgehen negativ auf die Unterstützung des Tribunals durch die Arbeiterlinke auswirkt. Das ganze Vorgehen des Sekretariats und das der es unterstützenden Kräfte in der Bewegung (GIM,SB) mußte umso unverständlicher erscheinen, als gerade diese immer hervorhoben, aus dem linken Intellektuellenghetto herauszukommen, was mit dem Ansprechen „der Gewerkschaften" erreicht werden sollte. Um es deutlich zu sagen: jeder, der sich heute auch nur oberflächlich mit den Gewerkschaften beschäftigt hat, weiß, daß dort die gleichen undemokratischen Verhältnisse herrschen, wie in der gesamten Gesellschaft — zumeist ist dabei die Arbeiterlinke durch das Zusammenspiel zwischen Kapitalisten und Gewerkschaftsführung den brutalsten Methoden unterworfen.

Wer trotz dieser Kenntnis beim Ansprechen „der Gewerkschaften" in erster Linie nach der Zustimmung der Gewerkschaftsführung schielt, muß sich zumindest vorwerfen lassen, daß er die Probleme der Arbeiteropposition nicht ernst nimmt — schlimmstenfalls, daß sie ihm im Interesse eines Zusammengehens mit den Gewerkschaftsführungen egal sind.

Auch dies wurde in den Arbeiterkreisen, die ihre Unterstützung für das Tribunal diskutieren, zurecht so gesehen.

Allen Beteiligten hätten eigentlich spätestens die Augen aufgehen müssen, als der DGB-Vorstand sein berüchtigtes Papier gegen das Tribunal auf den Markt brachte. Nichts konnte deutlicher machen, daß die DGB-Führung nicht nur Repression im eigenen Bereich ausübt, sondern sich darüberhinaus als Aktivist für das „Modell Deutschland" betätigt. Aber auch dies scheint die Haltung der Mehrheit des Beirats und des Sekretariats nicht zu ändern.

Als dann in dieser Situation der Kölner Russell-Initiative ein EDV-Ausdruck mit ausgeschlossenen DGB Mitgliedern in die Hände fiel, der beweist, daß der DGB eine systematische Kartei über Ausgeschlossene führt, die er regelmäßig mit neuesten Verfassungsschutzinformationen anreichert, entschloß sich diese in Zusammenarbeit mit verschiedenen ausgeschlossenen Gewerkschaftern eine Arbeitskonferenz über die Unvereinbarkeitsbeschlüsse durchzuführen.

Besonderes Anliegen dieser Konferenz ist, Materialien aufzuarbeiten, die beweisen, daß es sich bei den Unvereinbarkeitsbeschlüssen um den zentralen Radikalenerlaß gegen die Arbeiterbewegung handelt, und daß diese allein schon aus diesem Grund Gegenstand des Tribunals sein müssen.

Zugute kommt dieser Arbeitskonferenz das Bekanntwerden von zwei dem Sekretariat vorliegenden Gutachten über die Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die beide zu der Überzeugung gelangen, daß die Gewerkschaftsausschlüsse zu den Menschenrechtsverletzungen in der BRD zählen. Trotzdem — oder gerade deshalb — hat das Sekretariat versucht, diese Gutachten zu verbergen (eines dieser Gutachten ist abgedruckt im „Antirepressions-Info" Nr.4). Dies ist der vorerst letzte Schlag gegen die Arbeiterlinke.

Andererseits hat der Angriff der DGB-Führung gegen das Tribunal der Unterstützungsbewegung massiv die Bedeutung dieser Problematik nocheinmal vor Augen geführt. Auf einen Schlag ist die Forderung nach einer Behandlung der UVB's, der Zusammenarbeit DGB-Führung/Verfassungsschutz usw. durch das Tribunal wieder stärker als je zuvor vorhanden. Deshalb fordern wir dazu auf, sich an der Kölner Konferenz zu beteiligen und sie zum Ausgangspunkt für weitere demonstrative Aktivitäten zu machen, um dieser Forderung Geltung zu verschaffen!

Arbeitskonferenz gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse in Köln, am 25./26.2.

Beginn der Arbeitskonferenz: Samstag 14 Uhr.
Ort: Jugendherberge, Adenauerufer.
Zeitplan:

Samstag
14.00 Eröffnung
15 - 18 Uhr Diskussion in Arbeitsgruppen
18.30 Essen
20.00 Veranstaltung

Sonntag
9.00 Frühstück
10 - 12.30 Diskussion in Arbeitsgruppen
13.00 Essen
14.30 Berichte aus den Arbeitsgruppen, Abschlußdiskussion

Veranstaltung am 25.2., 20 Uhr (Jugendherberge, Konrad-Adenauerufer)
Es sprechen:

H.Seichert, BR-Vorsitzender, Müllwerker-Delmenhorst;
D.Braeg, BR-Vorsitzender, Pierburg Neuss;
G.Wöckner, BR-Vorsitzender Reynolds Hamburg;
Vorsitzender der GEW-Bochum

Themen der Arbeitskonferenz:
1. Können die UVBs des DGB als Menschenrechtsverletzungen bezeichnet werden?
2. Welche Verletzungen elementarer Grundrechte liegen bereits in den Verfahrensordnungen?
3. Welche Bedeutung haben die Ausschlüsse für den Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie?
4. Worin bestehen die sozialen Folgen der Ausschlüsse?
5. Welcher Zusammenhang besteht zwischen den Ausschlüssen und staatlicher Repression?

VERANSTALTUNG DER LANDESKOMMISSION GEGEN POLITISCHE DISZIPLINIERUNG DER GEW BERLIN ZUM THEMA „GRUNDRECHTE UND GEWERKSCHAFTEN"

Westberlin, TU Audimax
Datum: 24.2.78 Zeit: 19.30

Gewerkschafter (Ausgeschlossene und Nichtausgeschlossene) aus IG-Metall und ÖTV zusammen mit Vertretern der GEW Berlin nehmen anhand ihrer Fälle zu folgenden Themen Stellung:

- *Verletzung des Grundrechts auf Vereinigungsfreiheit durch die Einführung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse.*
- *Innergewerkschaftliche Demokratie, Beispiele aus Betrieben, aus Personalrat, Jugendgruppen, Gewerkschaftsuntergruppen.*
- *Ausschluß der GEW aus GEW Bund/DGB*

Die Veranstaltung dient der Unterstützung des Russell-Tribunals Umrahmt wird die Veranstaltung von der Gruppe ‚Hieb und Stich'!

Hamburger Wahlbündnis: Fortschritte mit Schwierigkeiten

Die Diskussion um die Ausarbeitung einer gemeinsamen Plattform für ein alternatives Wahlbündnis zur Hamburger Bürgerschaftswahl am 4. Juni ist um einige Schritte vorangekommen. Inzwischen haben alle Bereiche der am Bündnis beteiligten B a s i s b e w e g u n g Einzelplattformen bzw. Plattformvorschläge vorgelegt, die die Leitlinie für die Wahlkampagne in den entsprechenden Bereichen selbst bilden und in Kurzfassung Bestandteil der gemeinsamen Plattform des gesamten Bündnisses werden sollen. Vorangestellt werden dieser gemeinsamen Plattform eine Präambel, die die Begründung für die Bündniskandidatur enthält sowie jeweils ein Abschnitt zum Kampf gegen die Krisenpolitik und gegen den Abbau der demokratischen Rechte.

Der Gesamtentwurf wird allen am Bündnisbeteiligten bzw. an einer Teilnahme interessierten Gruppen jetzt kurz nach dem 20.2. zur Diskussion vorgelegt, nachdem die ersten drei Abschnitte (Präambel, Krisenpolitik, Abbau demokratischer Rechte) im Wahlausschuß bzw. in der Plattform-Kommission beraten wurden.

Auf einer ca. in der 2. Märzwoche geplanten Vollversammlung des Bündnisses soll dann über die endgültige Plattform beschlossen werden. Bis dahin können Kritiken, Änderungsvorschläge usw. an den Wahlausschuß eingereicht werden.

Die bisherige Diskussion im Wahlausschuß und in der Plattform-Kommission hat gleichzeitig aber auch die Schwierigkeiten offengelegt, mit denen ein solches Bündnis schon in seiner Entstehung konfrontiert ist. Denn in der Tat handelt es sich bei diesem Bündnis ja um einen ziemlich „bunten Haufen", dessesn Gegnerschaft zur herrschenden Politik und zu den herrschenden Parteien aus recht unterschiedlichen Erfahrungsbereichen und unterschiedlichen politischen Grundauffassungen herrührt. Für die beteiligten Basisinitiativen a l l e i n (BUU, Frauengruppen, Mieterinitiativen, Jugendinitiativen usw.) gilt dabei, daß das Verständnis für einen solchen Zusammenschluß relativ groß ist, weil schon ihre Existenz als Basisinitiativen durch eine sehr u n m i t t e l b a r e Betroffenheit von Mißständen, sozialen Notlagen, Ungerechtigkeiten, Repression usw. begründet ist, und sie es durch ihre alltägliche Praxis auch g e w o h n t sind, gemeinsame Interessen über politische Meinungsverschiedenheiten und längerfristige gesellschaftspolitische Perspektiven hinweg in den Vordergrund zu stellen.

Die Basisinitiativen vereint dabei in erster Linie ihre fortschrittliche, radikaldemokratische Grundhaltung, die ihre erste Bewährungsprobe innerhalb des Bündnisses bestand, als es darum ging, Versuche entgegenzutreten, die mit faschistischen Gruppen zusammenarbeitende FSU in eine Verbindung mit dem Bündnis zu bringen (s. letzter AK und diese Ausgabe S.9). Es wurde eine Erklärung der prinzipiellen Ablehnung solcher Zusammenarbeit beschlossen.

Ein weiterer grundsätzlicher Diskussionspunkt ist jetzt an der Frage entstanden, ob ein „wirtschaftliches Wachstum" generell abgelehnt werden soll. Diese Auffassung wird von einem Teil der „traditionellen" Gruppierungen des Umwelt- und Lebensschutzes vertreten, die zumeist auch eine schwerpunktmäßig (wenn nicht allein) ökologisch ausgerichtete Plattform befürworten (also letztlich eine „Grüne Liste"). Übersehen wird dabei, daß für die Masse der Bevölkerung keineswegs der Lebensstandard, sondern die Krisenlast wächst, und die Parole des „Nullwachstums" den Verantwortlichen und den Nutznießern der Krise im Sinne der Aufforderung zum „Gürtel enger schnallen" und der der Bevölkerung abverlangten „Philosophie von Blut, Schweiß und Tränen" (Bundeskanzler Schmidt) recht gut ins Konzept paßt. Die Vertreter der Basisinitiativen innerhalb des Wahlausschusses (wie natürlich auch unsere Organisation) haben sich bereits sehr deutlich gegen diese Position ausgesprochen. Diese Frage, sowie das ganze Problem einer rein ökologischen Sichtweise, wird die weitere Auseinandersetzung zu einem erheblichen Teil mitbetimmen.

Davon ist umso mehr auszugehen, als die Bemühung um eine Einbeziehung der AUD in das Bündnis bisher nicht den von uns und anderen Beteiligten gewünschten Erfolg bringen konnte und möglicherweise auch nicht mehr bringen wird. In diesem Fall stellt sich auch für andere nicht der Basisbewegung unmittelbar zuzurechnende Gruppierungen naturgemäß die Möglichkeit nach einem rein ökologischen Bündnis wieder stärker (zu einem solchen Bündnis hatte es ja auch bereits Vorbereitungen gegeben). Immerhin muß es aber jetzt schon als „Teilerfolg" angesehen werden, daß überhaupt gemeinsame Diskussionen mit der AUD und ihr nahe (oder zumindest näher als den Basisinitiativen) stehenden Gruppierungen in Gang gekommen sind. Auch wenn eine gemeinsame Kandidatur mit der AUD und anderen letztlich nicht mehr zustandekommen sollte, dürfte dies doch ein wichtiger Ausgangspunkt für längerfristig anzusehende und schrittweise aufzubauende Kontakte und Zusammenarbeitsmöglichkeiten sein.

Die Hamburger Landesvorsitzende der AUD, Frau Johannsen, hatte auf der Pressekonferenz unmittelbar im Anschluß an den Delegiertenkongreß vom 29.1. ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die AUD sich in der Frage der Beteiligung an einem breiter strukturierten Bündnis vorerst nicht festlegen wollte. Diese Auffassung wurde auch vom AUD-Bundesvorsitzenden Haußleiter am Rande der Darmstädter Umwelt- und Lebensschutzkonferenz (im Januar) und noch einmal am Vorabend des Hamburger Delegiertenkongresses so mitgeteilt, wobei Haußleiter mehrfach betonte, daß ihm eine bestmögliche Werbung für die AUD als eigenständige Partei und ökologische Alternative sehr wesentlich sei und die Möglichkeit dazu in Form des breiten Hamburger Bündnisses stark anzweifelte.

Im Hintergrund stehen dabei mit Sicherheit auch Ängste, daß die AUD bei offizieller Zusammenarbeit auch mit kommunistischen Organisationen mit zur Zielscheibe der Pressehetze würde. Tatsächlich ist die bürgerliche Presse bereits emsig dabei, eine Kampagne zum *„Rot-Grün-Konflikt"* (so der Titel eines Hetzkommentars in Springers „Hamburger Abendblatt", 16.2.) aufzuziehen, um die „Grünen" vor die Alternative eines stillschweigenden Wohlwollens bzw. des Einsatzes als bloße Manövriermasse gegenüber der SPD (im Falle scharfer Abgrenzung gegen „die Roten") oder der schonungslosen Verunglimpfung und Bekämpfung (im Falle der Zusammenarbeit mit „den Roten") zu stellen. Dieser „Konflikt" ist in der Tat u n a u s w e i c h l i c h, und in seinem Verlauf werden „die Grünen" von der Basisbewegung und den demokratischen, antifaschistischen Kräften daran gemessen, ob ihre Z i v i l c o u r a g e sich gegen den staatlich verordneten „Anpassungsdruck" durchsetzt.

Die AUD hat eine Entscheidung für oder gegen das Bündnis auch jetzt noch nicht getroffen. Allerdings wurde inzwischen eine Erklärung ihres Kreisverbandes Hamburg-Mitte vom 9.2. bekannt, der sich für eine Eigenkandidatur der AUD ausspricht. Ein in gleicher Richtung gehender Leserbrief eines führenden Hamburger AUD-Mitglieds wurde am 8.2. in den „Harburger Anzeigen und Nachrichten" veröffentlicht. Zumindest gibt es also i n n e r h a l b der Hamburger AUD wesentliche Kräfte, die eine Vorentscheidung g e g e n das Bündnis getroffen haben. Wieweit die kooperationsbereiten Kräfte innerhalb der AUD sich gegen solche Vorentscheidungen durchzusetzen vermögen oder nicht, wird ohne Zweifel Einfluß auf weitere bislang an der Bündnisdiskussion beteiligten Kräfte haben.

Jusos: Kritische Unterstützung für die SPD besser als »Grüne Liste«?

Daß die Jusos in Schwierigkeiten kommen würden, seitdem ihre Mutterpartei sich ohne wenn und aber für die Kernenergie ausgesprochen hat, war abzusehen. Dieses wollten die Jusos noch durch ein stärkeres Engagement in Umwelt- und AKW-Fragen beantworten, um dem Vertrauensschwund für die SPD etwas entgegenzusetzen. Die niedersächsischen Jusos richteten dazu eigens ein Referat ein.

Dann brachte die „Grüne Liste Umweltschutz" (GLU) die niedersächsischen Jusos völlig ins Schleudern, denn die Unterstützung einer anderen Liste ist für die Jusos etwas wie das Schlachten einer heiligen Kuh. Auf der Bezirkskonferenz der Jusos Hannover (am 17./18.12. in Wolfsburg) und nachfolgend in Veröffentlichungen versuchten die Jusos das Kunststückchen, mit einer linken Kritik an der GLU die Unterstützung der SPD zu begründen.

Immerhin konnten sich die Jusos dazu durchringen, die Kandidatur einer „Grünen Liste" für *„zumindest legitim"* zu erklären.

Mit ihrer Kritik setzt dann Juso Jüttner (stellvertretender Bundesvorsitzender – in SPD-Rundschau 1/78) nicht ungeschickt daran an, daß die GLU bei ihrer Hoffnung, *„politischer Organisationskern aller am Umweltschutz Interessierten zu werden"*, notwendigerweise mit ihrem Ökologie-Programm *„ins Schwimmen"* gerät. *„Die GLU ist eben keine Partei, die neben dem ökologischen Anspruch irgendwelche Konturen ausweisen könnte"*. So liegen in der Tat *„die Unzulänglichkeiten der GLU"* bei *„der Nichtbehandlung vieler für die Bevölkerung relevanter Fragen und Forderungen ... Eine kapitalismuskritische Komponente, die innerhalb der Bürgerinitiativen je eine bedeutsame Rolle spielt, hat in der GLU keinen Platz gefunden"*. Eine noch freundliche Umschreibung für die Tatsache, daß die GLU nicht nur die Solidarität mit den verfolgten AKW-Gegnern verweigert, da sie ja mit dem Gesetz in Konflikt geraten seien, das die GLU ja akzeptiere. Darüber hinaus sucht die GLU bewußt die linken Teile der Anti-AKW-Bewegung auszuschließen und bewegt sich in ihren Stellungnahmen in aller Regel selbst rechts von bürgerlichen BI-Verbänden wie BBU oder Bürgeraktion Küste. Aber das – wer wollte das auch glauben – meinen die Jusos natürlich nicht!! Ob und wann die GLU auf Grund „innerverbandlicher bzw. gesellschaftspolitischer Differenzen" das „traurige Los einer Kleinstpartei" ereilen wird, machen die Jusos an der SPD (!?) fest. So heißt es bei Jüttner, dies hänge *„sehr stark von den Aussagen und der Praxis (!) der SPD zum Umweltschutz und zur Kernenergie ab. Eine Sozialdemokratie, die berechtigte Anliegen nicht aufgreift und diffuses Unbehagen an ihrer Politik nicht abzubauen vermag, hat den Erfolg einer Umweltschutzpartei begünstigt"*. Dennoch wollen die Jusos eben doch die Unterstützung der SPD. Die Jusos sehen sich dabei als "Zünglein an der Waage" . Zum einen müßte die *„nach wie vor bestehende große Zahl von AKW-Gegnern (auch innerhalb der SPD) ... durch die Stärkung linker bzw. antikapitalistischer Kräfte – zu denen partiell auch die Bürgerinitiativen zählen – (noch) mehr ‚Druck' "* erzeugen. Dieser Druck auf die SPD soll dann andererseits dazu führen, daß in die Anti-AKW-Bewegung *„die Arbeiterklasse als sozialer Hauptträger gesellschaftlicher Veränderungen"* hereingebracht, bzw. in die Diskussion gezogen wird, da die BIs ja mehrheitlich *„nicht proletarischer Zusammensetzung"* seien.

Bei dieser wichtigen Doppelfunktion verlangen die Jusos selbstverständlich, daß sie ihre *„Begründung für die Arbeit in der SPD darstellen"* dürfen, nämlich *„Bürgerinitiativen zur Einbindung bzw. Anlehnung an die SPD zu bewegen"*. Dafür wollen die Jusos sogar großmütig darauf verzichten, zu behaupten, der Umweltschutz sei *„in der SPD am besten aufgehoben"* – so offen könnten sie mit der SPD-Werbung auch sicher nicht landen.

Aber wählen muß man die SPD zumindest, denn – man höre und staune – diese könne besser *„jugendpolitische und wirtschaftspolitische Problembereiche... ansprechen bzw. zur Wahrung und Entwicklung der politischen Demokratie bei(zu)tragen"*. Deshalb scheidet für die Jusos die GLU – genauso wie der neue Straußableger in Göttingen *„als Diskussionspartner aus"*. Ja gerade *„gefährlich"* wird die GLU, weil *„sie als Steigbügelhalter für die Albrecht-Koalition fungiere"* (alles aus dem Antrag des Bezirksvorstandes).

Insgesamt also ein schlecht „links" getarntes Manöver der Jusos, um vor allem für die SPD-Stimmen unter den AKW-Gegnern zu werben: die einzige Partei, die trotz aller Beschlüsse für AKWs diese bekämpfen kann...

Verstehe diese Logik wer will.

AKW-Nein-Kommissio_

Grüne Listen in Bayern

Für die Kommunalwahl am 5.3. hat sich in Erlangen eine Grüne Liste in einer Sondernummer der Stadtzeitung „Was lefft" vorgestellt. Die Liste setzt sich aus Kandidaten von 11 Gruppen zusammen, die BI gegen AKWs, eine ganze Reihe von Sponti-Bürgerinitiativen über die Radlerinitiative, den Fränkischen Bundschuh bis hin zu den Stadtindianern. Ebenso sind das SB und Arbeitskreise und der AUD an der Liste beteiligt.

Alle Gruppen versuchen, sich „im Sinne" der nun gebildeten „Grünen Liste" auf Umweltfragen möglichst weitgehend zu beschränken und andere politische Fragen herauszuhalten.

Die zentralen gemeinsamen Forderungen der Liste lauten dementsprechend:

„– Kein Autoverkehr in den Wohngebieten in der Innenstadt!
- die Busse sollen umweltfreundlicher, billiger und öfter fahren!
- Keine H-Bahn in Erlangen!
- Für öffentliche Fahrräder!
- Der Kosbacher Damm darf nicht gebaut werden!
- Keine Häuser, die höher sind als Bäume!
- Kein Abriß von Wohnhäusern in der Stadt!
- Baum ab – Nein danke!
- Kein Atomreaktor in Erlangen oder Sonstwo!
- Für ein g'scheites Folkfestival!
- Wir lassen uns durch keine Volksvertreter verwalten!"

Diese scheinbar bürgernahen, möglichst unpolitischen und träumerischen Tendenzen drücken sich am deutlichsten in einem Phantasie-Interview aus, das Erlangen 1983 nach fünf Jahren Regentschaft der „Grünen Liste" skizziert: Die Siemens-Arbeiter bauen nicht mehr Atomreaktoren, sondern machen jetzt *„lieber was gscheit's"*, in der Innenstadt fährt man Rad und Bus, die Hochhäuser sind leer usw. Auf die Frage, wie Erlangen zu solch einer Ausnahme in der BRD werden konnte, erklärte der „Grüne": *„Wissns, mir ham uns sowas net machn traut. Der warn scho die Leut selber."*

Weitere Grüne Listen haben sich in **Augsburg, Amberg, Landkreis Starnberg und Gauting** gebildet. Alle diese sind Listen der AUD mit mehr oder weniger anderen unabhängigen Kandidaten. Schwerpunkt des Wahlkampfes für die AUD liegt dabei in München, wo u.a. der Schriftsteller Carl Amery (Mitglied der DruPa) und der Biologe F. Vester auf der Liste AUD/Unabhängige Münchener Bürger kandidieren. Als Oberbürgermeisterkandidat ist der energiepolitische Sprecher des Bund Naturschutz (BN) Winckler (AUD) und Helmut Steiniger (BN) vorgesehen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die offizielle Stellungnahme des BN dazu: *„Eine sog. 'grüne Partei' lehnte Hubert Weinzierl (Vorsitzender des BN) als unnötig ab, ‚obwohl sich einige Leute sicherlich nicht daran hindern lassen werden, eine solche ... zu gründen' "(aus „Natur und Umwelt" 1/78).*

Unnötig vielleicht auch deshalb, weil Weinzierl selbst Mitglied in der AUD ist. So kandidiert in Nürnberg auch die AUD allein, ein Kandidat ist dort der Kreisvorsitzende des BN, Mayer.

Regensburg

Breiter ist das Bündnis auch in Regensburg, dort sind neben der AUD kirchliche Gruppen, ein HBV-Betriebsrat und der Arbeiterbund u.a. vertreten.

Auf der ersten Wahlversammlung machte die dortige BI den Vorschlag, sich an dem Bündnis mit Anti-AKW-Parolen zu beteiligen. Dies Angebot wurde jedoch abgelehnt, diese Parolen würden das Bündnis spalten!!!

In der Münchner KAZ hieß es dazu lapidar: daß Wahlbündnisse anzustreben seien, zwischen Kräften, die bereit seien, sich *„gegen die Verschlechterungen der Lebensbedingungen der Bürger einzusetzen"*. – AKW-Gegner gehören für den Arbeiterbund offensichtlich nicht dazu. Dem Bündnis gelang es im Übrigen nicht, die notwendigen Stimmen für eine Kandidatur zusammenzubringen.

AUD

Eine besondere Rolle spielt bei den in letzter Zeit gegründeten „Grünen Listen" die AUD. Ihre Vorstellungen bestimmen in Bayern überall das Bündnis. In der Wahlagitation stellt die AUD den Parlamentarismus nicht in Frage, sondern präsentiert sich als bessere Partei: *„Mehr Grün kommt weder von mehr schwarz noch von mehr rot! Wählen Sie nicht das kleinere Übel, wählen Sie diesmal die deutsche Lebens- und Umweltpartei - AUD !!"* (so in einem Nürnberger Flugblatt).

Die AUD, die von einem ähnlichen theoretischen Ansatz wie die GLU (Grüne Liste Umweltschutz) ausgeht, nämlich von der „kopernikanischen Wende", die aufgrund der „ökologischen Krise" notwendig sei, empfiehlt sich zunehmend den Bürgerinitiativen als parlamentarische Vertretung. Entscheidendes Hindernis für den Fortschritt ist für die AUD „die Industriegesellschaft", die es zu überwinden gelte. Doch wendet sich die AUD in ihrem Programm auch gegen die Untrdrückung der Frau, Massenarbeitslosigkeit und Wettrüsten, und versucht von daher trotz des grundsätzlich ökologischen Ansatzes einen wesentlich größeren Kreis von Menschen anzusprechen als die reinen Grünen Listen.

Besonders wichtig ist aber ihr Angebot an Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbände, auf der Liste der AUD zu kandidieren.

Bürgerinitiativen sind ihrem Wesen nach überparteilich. Aber die Sprecher der Bürgerinititativen müssen ihre Ziele, ihre Ideen, ihre Aufträge auch in den Parlamenten und nicht nur in deren Vorraum vertreten können... Sie (die AUD, Anm. AK) *bietet den Sprechern und den Vertretern der Bürgerinitiativen, des Naturschutzes, der Lebensschutzverbände parteifreie Kandidaturen auf ihren Listen an"*, (Sonderausgabe der AUD-Zeitung „Unabhängigen" zur Münchener Kommunalwahl).

Die AUD empfiehlt sich also als Trittbrett in die Parlamente für BI's, wobei natürlich sofort die Frage auftaucht, warum die BI's dann nicht selbst kandidieren sollten. Die Antwort der AUD: weil sie eben keine Partei sind! Hier wird der Plan der AUD deutlich, mit Hilfe populärer Vertreter von BI's, die sich im tatsächlichen Widerstand gegen das Atomprogramm oder in anderen gesellschaftlichen Bereichen hervorgetan haben, Stimmen für sich selbst einzuheimsen. Denn was der AUD wesentlich weniger lieb ist, ist gerade eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit anderen Bürgerinitiativen und Basisbewegungen, wo die AUD ihre Forderungen einbringen kann, aber genauso, wie jede andere Initiative.

AKW-Nein–Kommission

INITIATIVGRUPPE "GRÜNE LISTE" LANDTAGSWAHL 1978
c/o J. Günther, Starkenburgring 19, 6050 Offenbach
T. 0611/83 22 58, Konto Nr. 43 789 46 bei der
Städtischen Sparkasse Offenbach

In verschiedenen Anti-AKW- und Umweltschutz-Bürgerinitiativen im Rhein-Main-Gebiet und im Raum Kassel wird die Frage einer Beteiligung an den hessischen Landtagswahlen im Oktober 78 diskutiert. Wir glauben, daß diese Diskussion auf möglichst breiter Basis weitergeführt werden soll.
Wir, Mitglieder mehrerer BI's im Rhein-Main-Gebiet, laden deshalb hiermit alle uns bekannten Gruppen und Einzelpersonen in Hessen, die im Bereich Umweltschutz/Anti-AKW arbeiten, ein zum

O F F E N B A C H E R K O N G R E S S
("Grüne Liste / Wahlbeteiligung ?")

am 11. März 78, Offenbach Beginn 12 h, Ende 20 Uhr (?)
Tagungslokal ist der große Saal im ORV-Bootshaus, am Mainufer, gegenüber Offenbacher Schloß, Dieburgerstr., Ffm.-Fechenheim.

Bitte gebt diese Einladung an weitere Personen oder Gruppen und teilt uns gleichzeitig deren Adressen mit!

Wir schlagen folgendes Verfahren zur Vorbereitung des Kongresses vor:

1) Auf dem Kongreß soll zuerst die Diskussion geführt werden um die Frage:
   + ist eine Wahlbeteiligung sinnvoll oder nicht?
   Wenn eine Wahlbeteiligung angestrebt wird, stellt sich die Frage
   + in welcher Form die Wahlbeteiligung geschehen soll, entweder in Form der direkten Kandidatur der BI's oder
   + in Form der "Grünen Liste", die sich auf die BI-Bewegung stützt.
2) Ein weiterer Punkt sollte die Frage nach der Bedeutung einer Kandidatur sein und schließlich müßte
3) die Grobstruktur einer Wahlaussage entwickelt werden.
4) Alle Gruppen oder Personen, die zu diesen Fragen Papiere oder Ideen ausgearbeitet haben, sollten diese möglichst umgehend und (wenn's geht) in 150 Exemplaren an die Initiativgruppe schicken. Wir werden regelmäßig weiter verteilen.
5) Die Tagung wird [illegible] kosten (Porto, Papier, Saalmiete). Wir bitten alle Gruppen und Personen dringend um Spenden, möglichst umgehend. Konto s. oben! Vom Spendenaufkommen wird abhängen, wie hoch die Tagungsgebühr sein wird.
6) Bitte schickt uns auf jeden Fall (auch wenn Ihr nicht kommt) diesen Abschnitt:

- -

☐ sichere Teilnahme mit ☐ Personen. Übernachtungsmöglichkeit gewünscht ☐
☐ keine Teilnahme, weil ☐ kein Interesse
☐ keine Zeit

Schwerpunkt Eurer Arbeit:
☐ Anti-AKW
☐ Umweltschutz allgemein
☐ lokale Probleme

Ist Wahlbeteiligung schon diskutiert ? Ja ☐ Nein ☐
Sind schriftliche Beiträge zu erwarten? Ja ☐ Nein ☐

Adresse: ....
....

Zur Auseinandersetzung mit der AUD

In Umwelt- und Lebensschutzkreisen ist die „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher" (AUD) schon seit Jahren ein Geheimtip. 1965 gegründet, entwickelte sie vielfache Kontakte zu verschiedenen Bürgerinitiativen und politischen „außerparlamentarischen" Gruppierungen. Unter Leitung des seither stets wiedergewählten Vorsitzenden Haußleiter wurde der Kampf gegen Umweltverschmutzung und -zerstörung und insbesondere gegen Atomrüstung und Atomkraftwerke zu einem Schwerpunkt der AUD-Arbeit. Eng kooperiert Haußleiters AUD mit Verbänden wie dem WSL oder dem „Bund für Natur- und Umweltschutz" (BUND). Aufgrund dieser langjährigen Bemühungen ist die AUD heute in der Lage, die Sympathien vieler Umweltschützer auf sich zu ziehen, wenn es um die Frage einer möglichen Wahlbeteiligung, der Alternative zwischen einer neuzugründenden „Grünen Liste" oder den Einsatz einer bereits bestehenden Organisation (eben der AUD) geht usw.

Offenes Geheimnis ist, daß die WSL-Spitze (Prof. Haverbeck), die AUD favorisiert. Nicht anders sehen viele BUND-Führer (z.B. v. Nußbaum in Hessen) in der AUD die geeignetste Wahlgruppierung. Zahlreiche Einzelpersonen mit „Namen" (wie Kunstprofessor Beuys, der Schriftsteller Gösta v. Uexküll u.a.) sind dem AUD-Angebot gefolgt, ihre Parteiliste für Wahlzwecke solchen unabhängigen Kandidaten zur Verfügung zu stellen, solange ein gewisser Minimalkonsens – vor allem: Kampf gegen Atomkraftwerke – erreicht ist. In der Tat dürfte sich für die AUD mit ihrem Einsatz im Umweltschutzbereich erstmal seit Gründung die M ö g l i c h k e i t ergeben, breitere Resonanz zu erhalten, sprich: hier und dort in die Nähe der fünf-Prozent-Grenze zu kommen. So optiministisch sieht's zumindest Haußleiter.

In Hamburg, wo die AUD bislang ein Null-Komma-Etwas-Parteiendasein führt, entschloß sich der Landesverband zu den Bürgerschaftswahlen zu kandidieren, nahm aber auch – unterstützt von Bundes-Chef Haußleiter – am 29.1. an der „Wehrt-Euch"-Listen-Konferenz teil – ohne ihre Eigenkandidatur (bisher) aufzugeben (siehe AK 122, Seite 5).

AUD heute: ... fortschrittliches Programm

Angesichts der geführten Auseinandersetzungen mit AUDlern sind bei vielen Unterstützern des „Wehrt-Euch"-Bündnisses, so auch bei vielen KB-Genossen, Fragen zur AUD aufgetaucht. Insbesondere auch aus den Reihen der BUU, wo es einen Beschluß gibt, mit keinen rechten und faschistischen Gruppierungen zusammenzuarbeiten, wird die AUD mit Mißtrauen betrachtet: Ist das nicht ein rechter Verein, in dem so mancher Faschist seine Zuflucht gefunden hat?

Was den KB angeht, erschien im Frühjahr 1976 der *„Antifaschistische Steckbrief Nr. 3: Braune Rattenfänger im Umweltschutzgewand"*. Dort wurde im Rahmen einer Darstellung des WSL – die von uns inzwischen korrigiert und ergänzt wurde (siehe die Broschüre „Dritter Weg im Umweltschutz?") – die AUD als „Faschisten ‚links' aufgeputzt" vorgestellt. Die Qualifizierung der heutigen AUD als „faschistisch" war zum damaligen Zeitpunkt, ebenso wie sie es heute ist, falsch. Ein Blick auf die derzeit von der AUD propagierte Politik zeigt vielmehr, daß sie ganz im Gegenteil fortschrittliche Positionen vertritt, wie sie heutzutage so manchem SPDler nicht mehr über die Zunge kommen.

Daneben gibt es allerdings auch Positionen, die eher vom Gegenteil zeugen: So gehört es zu den Standardforderungen der AUD, die Freiheit der Kriegsverbrecher Heß usw. zu verlangen (siehe z.B. „Die Unabhängigen", „DU", 19.3.77).

Bei den letzten Bundestagswahlen (Oktober 1976) stellte die AUD ein Programm unter den Parolen „Lebensschutz – Frieden – Bürgerrechte" auf.

Den Schwerpunkt bildete eindeutig der „Lebensschutz" und der Kampf gegen AKWs. Daneben wurde die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, verursacht durch die „Großindustrie", gefordert. Als dritter Schwerpunkt wurde „der Kampf der Frau um echte Gleichberechtigung" angegeben („DU", Wahl-Sonderausgabe, 1976). Seitdem ist die AUD-Zeitung „Die Unabhängigen" noch verstärkt zu einem Forum für Umweltschutzfragen ausgebaut worden; es wird regelmäßig über Gutachten, Stellungnahmen usw. internationaler AKW-Gegner berichtet, Interviews und Beiträge von bekannten Umweltschützern (z.B. Robert Jungk) erscheinen in der „DU". In den Veranstaltungen der AUD steht ebenso die Anti-AKW-Arbeit im Mittelpunkt (z.B. sprach Holger Strohm am 12.2.77 bei der Hamburger AUD über „Gefahren und Wirtschaftlichkeit der Atomenergie").

Außerdem tritt die AUD entschieden für Abrüstung und Neutralität ein (AUD-Hamburg, 27.9.77: „Rüstung contra Leben – Die Neutronenbombe – Todfeind der Menschheit"; 21.6.77: „Weltkrieg III – Ausweg aus der Krise?"). In Hamburg hat die AUD eigens ein „Protestkomitee gegen die Neutronenbombe" gebildet.



Schließlich: Die Polizeistaatsentwicklung im Zuge der RAF-Hetze, der Polizeieinsätze gegen AKW-Gegner und des zunehmenden Ausbaus des Bespitzelungs- und Überwachungsapparats registrieren „Die Unabhängigen" sehr genau und kommentieren sie – wenn auch die AUD z.B. die militanten Brokdorf-Demonstranten keineswegs unterstützt hat – mit radikal-demokratischen Positionen. Haußleiter anläßlich der Traube-Affäre und des durch die CDU-Minister Schieß und Bender veranlaßten illegalen Abhörens von Verteidigern: *„Solche Extremisten auf dem Ministersessel erweisen sich als tödliche Feinde der parlamentarischen Demokratie. Sie verstoßen gegen gültige Gesetze. Dennoch werden weder sie noch ihre Mitwisser im Bundeskanzleramt zum Rücktritt gezwungen. Antidemokraten regieren weiter, als sei nichts geschehen. Lokomotivführer, die der DKP angehören, werden von ihrer Lokomotive gejagt. Minister, die auf verbrecherische Weise die Verfassung verletzen, bleiben im Amt"* („DU", 2.4.77). Wieweit die AUD hierzu auch eine politische Praxis entwickelt, ist uns nicht bekannt.

Das rechte Erbe

So fortschrittlich sah die AUD nicht immer aus. Nach Darstellung der „Berliner Opposition" (AUD-Zeitung, Westberlin) setzte der „Gesamtvorstand mit dem geschäftsführenden Vorsitzenden Haußleiter" und der Westberliner Verband Ende der 60-er Jahre (die AUD wurde 1965 gegründet) einen eher linken Kurs durch, wobei ausdrücklich an die „neue Linke" (*„die alte Linke vertritt heute eine reaktionär gewordene Dogmatik"*) angeknüpft wurde. Auf dem AUD-Parteitag im August 1969 in Weinheim versuchte eine „reaktionäre Gruppe", diesen Kurs zu hintertreiben, scheiterte jedoch bei den Abstimmungen: *„Der der AUD von interessierten Kreisen angedichtete und von vielen fehlinformierten Leuten nachgesagte ‚rechte Flügel' stellte sich bei näherem Hinsehen als armes zerzaustes Federchen heraus, das beim ersten Windstoß verwehte. Sein Wortführer verließ nach diesem Ergebnis den Parteitag und inzwischen auch die AUD"* („BO" 9/69).

Das rechte Erbe, dessen sich die AUD so zu entledigen versuchte, hatte nicht zuletzt Haußleiter mit eingebracht. Er hatte seine politische Erfahrung gleich nach 1945 in einer eigenen „Arbeiter-, Bürger- und Bauernvereinigung" gesammelt, die er in die CSU überführte, was ihm – bis 1949 – den Posten des stellvertretenden CSU-Vorsitzenden einbrachte. Danach gründete er seine „Deutsche Gemeinschaft". Zu Haußleiters politischen Freunden gehörten derzeit zahlreiche Alt- und Neonazis und Nazi-Militärs, und auch beim Aufbau der DG wirkten Ex-SSler und ehemalige Funktionäre der 1952 als Nazi-Nachfolgeorganisation verbotenen „Sozialistischen Reichs-Partei" mit. Es ist keineswegs übertrieben zu sagen: Haußleiter war nicht gerade die unbedeutendste Figur im Rechtsaußen-Spektrum (siehe hierzu im einzelnen ARBEITERKAMPF Nr. 88, Seite 33 – die Angaben stützen sich auf das Buch „Beyond Eagle and Swastika" von Kurt P. Tauber). Der Wandel, der innerhalb der AUD – in die Haußleiter die DG aufgehen ließ – eingeleitet wurde, führte schließlich dazu, daß die „alten Freunde" von Rechts abrückten.

1972 veröffentlichte das Blatt „Freiheit und Gerechtigkeit", das von der rassistischen, ludendorff-faschistischen „Gesamtdeutschen Arbeitsgemeinschaft" herausgegeben wird, die Stellungnahme eines GDA-Faschisten, der sich öffentlich verbittet, weiterhin die AUD-Zeitung des Westberliner Landesverbandes zugeschickt zu bekommen: *„Ich verkenne nicht, daß in manchen Dingen unsere Meinungen gleichlaufen, doch sind gerade die von mir angeführten Punkte so gravierend entgegengesetzt von meiner Einstellung, daß ich mich hiermit distanzieren will"*. Was dem Faschisten an der AUD mißfiel: Ihre Begrüßung der Ostverträge der SPD-Regierung mit Polen; die Einreihung Karl Marx' unter die „Großen Deutschen"; das Eingeständnis der Nazi-Verbrechen; eine Auseinandersetzung mit der RAF, die der Faschist als *„in Schutz nehmen der Bande"* versteht. Dieses Abrücken von ehemaligen „Freunden" der AUD hat offenbar ein Vorspiel in den eigenen Reihen gehabt.

Ganz so klar ist uns der Sachverhalt nun allerdings nicht. Es fällt auf, daß in der „offiziellen" AUD-Darstellung des Haußleiterschen Werdegangs die Zeit der „Deutschen Gemeinschaft" fein säuberlich ausgespart wird. Warum? Wenn so demonstriert werden soll, daß die AUD mit Faschisten nichts zu tun haben will – weshalb nicht die Dinge beim Namen nennen? Es ist doch keine Schande, seine politischen Fehler im Laufe der Zeit zu überwinden...?!

Fragen an die AUD

Es gibt jedoch auch aus der jüngsten Zeit immer wieder Hinweise darauf, daß die braune Vergangenheit in der AUD wohl doch noch nicht so vollkommen überwunden ist. Aus den letzten Monaten gibt es vier Ereignisse, die uns berichtet wurden, und die hierher gehören:

– In Mühlheim hat am 6. November 1977 eine „Aktionseinheit" verschiedener Gruppen versucht, eine Anti-AKW-Kundgebung örtlicher Umweltschützer zu stören. Diese Aktionseinheit bestand aus NPD, JN, zwei weiteren Faschistenzirkeln und der AUD (W. Kreckel, Westerburg) (siehe AK 117, Seite 18). Wie kann es zu solchen Provokationen unter Beteiligung der AUD kommen?

– In Lübeck (24.11.77) erschienen zu einem Vortrag Haußleiters auch etliche NPDler. Trotz des Abrückens alter und neuer Faschisten von der AUD – gibt es immer noch Gemeinsamkeiten? Angesprochen auf seine Vergangenheit erklärte Haußleiter in Lübeck, die Angaben aus AK 88 stimmten entweder nicht oder seien einfach lächerlich. Schließlich meinte er, einige Angaben könne der KB ja eigentlich nur vom Verfassungsschutz haben! Was soll eigentlich ein solches „Argument"? Statt konkret nachzuweisen, was nicht stimmt (worauf wir gespannt sind), ein Tiefschlag unter die Gürtellinie. Schlechter Stil, kann man dazu nur sagen.



– Aus Lüneburg wurde uns berichtet, dort sei – eingestandenermaßen – ein AUD-Mitglied gleichzeitig Mitglied im DKEG („Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes"), das die Pflege alter und neuer faschistischer Literatur, Kunst usw. betreibt. Wenn es solche Doppelmitgliedschaften gibt – wird das in der AUD geduldet?

– Schließlich muß hier ein Flugblatt der Hamburger AUD erwähnt werden (September 1977): Nach der Flucht Kapplers – dessen Freilassung die AUD eh schon gefordert hatte – fragt sie da: *„Wozu die weltweite ‚Erregung' über die Flucht Kapplers?"*

Mit diesem Aufmacher wird dann die Verfolgung der „Kriegsverbrecher von heute und morgen" (Neutronenbombe usw.) gefordert. Abgesehen davon, daß das Tun des einen ja überhaupt nicht das Lassen des andern heißen muß, befindet sich die AUD mit solchen Kommentaren nun allerdings nicht mehr im irgendwie fortschrittlichen, noch nicht mal im parlamentarisch-seriösen Rahmen (denn die Freude der SPD/FDP und selbst der CDU war immerhin noch verschämt-verhohlen), sondern liegt genau auf der Wellenlänge der Neonazis.

Im Sinne einer möglichen solidarischen Zusammenarbeit wird es notwendig sein, daß die AUD zur Frage ihrer Vergangenheit – was wohl im wesentlichen eine Frage an Haußleiter ist – und zu ihrer gegenwärtigen Haltung gegenüber Faschisten klar Stellung bezieht. Der ARBEITERKAMPF steht der AUD/Haußleiter für eine solche Stellungnahme offen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

FSU — Nein Danke!

Die seit 1950 bestehende „Freisoziale Union" (FSU) – Geschäftsführer: **Ferdinand Böttger**, Hamburg – beteiligte sich zeitweise an den Vorgesprächen mit verschiedenen Umwelt- und Lebensschutzverbänden für eine „Grüne Liste" zur Hamburger Bürgerschaftswahl. In der Presse tauchte später die Falschmeldung auf, die FSU wolle sich an dem weiter gefaßten „Wehrt Euch"-Bündnis beteiligen. Daraus wird ganz sicher nichts werden. Während Böttger erklärte, die FSU werde auf gar keinen Fall mit Kommunisten zusammenarbeiten, *„gleich welcher Couleur"* („Frankfurter Rundschau", 1.2.78), stellte das Wahlbündnis unmißverständlich fest, daß es nicht für rechtsradikale Kräfte offensteht. Und um ebendies handelt es sich bei der FSU, trotz ihres betrügerischen Firmenschildes **„Der Dritte Weg – Weder Kapitalismus noch Kommunismus/Sozialismus"**.

Beginnen wir bei ihrem Chef, dem Herrn Böttger. Er ist ein enger Bekannter des **Thies Christophersen**, der seinerseits in fester Gemeinsamkeit mit dem früheren Rechtsanwalt **Roeder** und dem Alt-Nazi **Schönborn** seit Jahren sein Unwesen treibt. Die bekannteste Schandtat des Thies Christophersen ist die von ihm verfaßte und mit einem Roeder-Vorwort versehene Hetzschrift „Die Auschwitz-Lüge", in der in zynischer Art und Weise der Massenmord am jüdischen Volk geleugnet wird. Mindestens zweimal nahm Ferdinand Böttger als Referent an den von Christophersen regelmäßig organisierten „Tagungen" (Schulungs-Seminare) teil:

– An einer „Tagung" in Cuxhaven-Sahlenburg vom 20. bis 23. November 1974 („Die Bauernschaft" 1/75).

– An der „Herbsttagung" 1976 am Schliersee. Als weitere Referenten waren außer Böttger u.a. vertreten: Udo Walendy, NPD-„Historiker", ebenfalls in Sachen Leugnung der Nazi-Verbrechen am jüdischen Volk sehr engagiert; Huscher aus Nürnberg, u.a. Herausgeber antisemitischer Pamphlete, Freund von Schönborn; *„und natürlich"* (Originalton Thies Christophersen) Manfred Roeder („Die Bauernschaft" 4/76).

Die Aktivitäten des Herrn Böttger in diesen Kreisen dürften noch erheblich umfangreicher sein, uns liegt aber momentan nur dies vor. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang noch, daß Christophersen schon 1973 das FSU-Organ „Der Dritte Weg" in einer Liste von 40 meist rechtsradikalen Zeitschriften aufführte, *„mit denen ich einen Publikationsaustausch pflege"* und von denen er *„keine missen"* wolle („Die Bauernschaft", Juni 1973).

Ebenfalls tief im braunen Sumpf steckt eine weitere „Größe" aus dem Umkreis der FSU: **Dr. med. O. Bruker**, ehemals WSL-Präsident, bis er wegen seiner allzu offensichtlichen Nazi-Kontakte abgelöst wurde. Bruker ist u.a. seit Jahren im „Wissenschaftlichen Beirat" der „Neuen Anthropologie", die u.a. von dem Hamburger Nazi-Anwalt Jürgen Rieger (in früheren Jahren Aktivist bei zahlreichen Nazi-Krawallen, u.a. der „Aktion Widerstand") und von dem schon erwähnten NPD-Funktionär Udo Walendy geleitet wird. Außerdem gehört Bruker u.a. zur Führung der rechtsradikalen „Salem-Bruderschaft", zu deren „Brüdern" u.a. der (kürzlich verstorbene) Kriegsverbrecher Kappler und ein paar noch lebende Figuren dieser Art zählen. Für die FSU-Regionaltagung Rheinland-Pfalz am 5./6.11.77 stellte Bruker großzügig Räume in seiner Klinik in Lahnstein zur Verfügung.

Das verworrene „Gedankengut" der FSU spricht offensichtlich u.a. auch die sogenannten Ludendorff-Leute (**„Gesamtdeutsche Arbeitsgemeinschaft"**) an, die ihrerseits mit nicht weniger verworrenen Geschichten, in denen antisemitische Hirngespinste von der „Weltverschwörung" eine große Rolle spielen, auf dem braunen Markt zu finden sind. So wurde z.B. in deren Zentralblatt **„Gesamtdeutsche Warte"** vom Dezember 1977 ein Komplex von fünf Seiten aus der FSU-Zeitung nachgedruckt.

Ihrerseits druckte die FSU z.B. in ihrem „Dritten Weg" Nr. 10/76 einen Artikel aus der Zeitung der **„Northern League"** nach, die verschiedentlich Faschisten-Treffen in England organisiert hat.

Diese wenigen Beispiele mögen ausreichen, um zu verdeutlichen, daß wir die FSU keinesfalls in einem demokratischen Wahlbündnis sehen wollen. Dankenswerterweise hat die FSU selbst auch d e n j e n i g e n Kräften – wie etwa dem WSL – die in der Behandlung Rechtsradikaler zu mehr „Toleranz" neigen, in Hamburg Anschauungsunterricht gegeben, als ihr Vertreter bei einem Vorbereitungsgespräch zum Wahlbündnis sich in der Art des Thies Christophersen beschönigend über die Nazi-Verbrechen am jüdischen Volk ausließ. Er wurde daraufhin vor die Tür gesetzt. Das ist gut. Weniger gut ist es, wenn in der neuesten Nummer des Informationsblattes des WSL-Hamburg bescheinigt wird, sie liege *„auf unserer Linie"*, was schließlich nur als nochmalige Aufforderung zur Beteiligung am Wahlbündnis verstanden werden kann. Irgendwo, so meinen wir, müßte es doch auch für die Freunde vom WSL eine Grenze geben, nämlich spätestens d a , wo die millionenfachen Opfer der Nazi-Verbrechen zynisch verhöhnt werden.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Voerde: Betriebsräte hetzen gegen Umweltschützer

Seit nunmehr drei Jahren ist von der Interessengemeinschaft gegen gefährliche Industrieanlagen der Bau des Riesenkohlekraftwerkes Voerde im Raum Dinslaken erfolgreich behindert worden. In dem ohnehin schon stark industrieverschmutzten Gebiet würde dieses Kraftwerk in der Endbauphase täglich (!) 720.000 kg Schwefeldioxid emittieren! Daß die Hauptbetreiber des Projektes, die STEAG, mit Chicagoer Gangstersyndikatsmehtoden vorging, dürfte nicht verwunderlich sein. Auch die Betriebsräte des Unternehmens sind dabei mit von der Partie. In einer Unterschriftensammlung wurden bisher 400000 Befürworter von Kohlekraftwerken aufgetrieben. In einem Flugblatt (Auflage 50000!) wird in einer volksverdummenden Weise folgendes vom Stapel gelassen:

»Zehntausende von Arbeitnehmern und ihre Familien lassen sich nicht länger von einem einzelnen, der nur vorgibt, für viele zu sprechen, terrorisieren (!) *und ihre wirtschaftliche Existenz bedrohen. Er arbeitet nachweislich mit falschen Meßergenissen und Behauptungen«* („Neue Ruhr Zeitung", 10.2.78).

Gerade der letztere Vorwurf ist besonders lächerlich. So hatte der BI-Vertreter Ingenieur Hans Bassfeld sich kurzerhandl für 12.000 DM ein Meßgerät gekauft und ließ es von der *»...Landesanstalt für Emissionsschutz und Bodennutzung abnehmen (so daß es sich von den amtlichen Geräten nicht* (!) *unterschied) und kommt seitdem in der Regel zu anderen Meßergebnissen als deren amtliche Apparaturen«* („WAZ", 11.1.73). Bei Emissionsüberschreitungen schrieb er jeweils Telegramme an die Gewerbeaufsicht Duisburg, in denen er eine 100 bis 200%ige Schwefeldioxidüberschreitung feststellen konnte!

In einem Telegramm schreib er unter anderem: *»Die ganze letzte Nacht Schwefeldioxidüberschreitungen bis 2,2 Milligramm mit einer neuen Woesthof Meßbrücke. Meine Frau hat in der Nacht Bronchitisanfälle bekommen. Ich bitte um sofortige Untersuchung«* (25.1.71, 7.45 Uhr).

Nachzulesen ist dies und die bisherige Aueinandersetzung um das Kraftwerk Voerde in Wallraff/Hagen »Was wollt ihr denn, ihr lebt ja noch«.

In einer ganzseitigen (!) Anzeige in der „Neuen Ruhrzeitung" vom 10.2.78 heißt es unter anderem: *»Wer steht hinter Bassfeld? Er verunglimpft frei gewählte Volksvertreter und scheut sich nicht, auch uns — die Vertreter der Arbeitnehmer — als ,kriminelle Elemente' zu verleumden ... Wir sind für Umweltschutz und praktizieren ihn tagtäglich in unseren Betrieben«* Mit chauvinistischer Hetze *»Deutschland lebt von seiner Industrie und dem Fleiß seiner Bürger — nicht von Leuten vom Schlage Bassfeld's«* fordern die Unterzeichner u.a.: *»Schluß mit der Narrenfreiheit für Bassfeld. Schluß mit seinen Verdrehungen, Beschimpfungen und falschen Behauptungen. Das Maß ist voll!«*

Unterzeichnet ist die Anzeige u.a. von den Gewerkschaftsbetriebsräten Bergbau AG Niederrhein, Kraftwerk Niederberg, Kraftwerk Voerde, Kraftwerk Walsum, Ruhrkohle AG, Schachtanlage Lohberg und Schachtanlage Walsum.

Mit dieser Hetz-Propaganda soll nichts anderes erreicht werden, als was die STEAG schon im Fall des Redakteur Holfreds erreicht hatte. Durch von Wallraff zu Tage geförderte geheime Industrieakten waren die Machenschaften aufgedeckt worden. Holfred, der bis zuletzt positiv über die Kämpfe der Bürgerinitiative berichtet hatte, befindet sich heute in der psychiatrischen (!) Klinik! Die STEAG hat ihn auf dem Gewissen. In ähnlicher Weise wird derzeit Hans Bassfeld von den rechten Betriebsräten aufs Korn genommen.

Diese Kampagne leitete die Aufhebung des Baustopps ein. Nach über zweijährigem Rechtsstreit wurde er jetzt von eiem Westberliner Gericht in 2. Berufungsinstanz aufgehoben. Die zu erwartende größere Luftverpestung wurde von der IG-Bergbau und den Energieunternehmen einhellig begrüßt, da es die »Rechtsunsicherheit« im Kraftwerksbau aufhebe (ARD, 17.2., 20 Uhr).

(Wir verweisen hier nochmal auf den Kohle-Sonder-ARBEITER—KAMPF. Diese 8-seitige Nummer enthält neben der Entwicklung im Bergbau nach 1945 [Rationalisierungen] auch die Auseinandersetzung um das Kraftwerk Voerde. Preis: 50 Pfennig)

AKW-Nein-Kommission

Almelo: Niederländische Regierung stimmt Erweiterung der Ultrazentrifuge und Brasiliengeschäft zu

Die Äußerung des neuen Regierungspräsidenten der Niederlande, Andries Maria van Agt, die Entscheidung über den Ausbau der Ultrazentrifuge (UC) bewege sich in der Phase *„zwischen prinzipiellem und definitivem Beschluß"* („de Volkskrant" 31.12.77) hatte zum Protest fast aller im Parlament vertretenen Parteien geführt – einschließlich Van Agts eigener Partei, der CDA. Einhellig gefordert wurde, daß das Parlament die Möglichkeit der Debatte und des Einspruchs gegen diese Entscheidung des Ministerrats erhalte (s. AK 121 u. 122).



Bitte keine Atombombe von machen! Die niederländische Regierung

Sicherheits„garantien" gegenüber Plutonium-Mißbrauch

Wirtschafts- und Außenminister hatten dem Ausbau der UC wie auch der Lieferung angereicherten Urans an Brasilien zugestimmt, nachdem Brasilien einverstanden war, in Verhandlungen (!) über die Kontrolle des in der (von der BRD gelieferten) Aufbereitungsfabrik anfallenden Plutoniums einzutreten. In der parlamentarischen Debatte wurden eine Vielzahl von Anträgen hiergegen eingereicht. Am weitestgehenden war der Antrag der Pazifistisch-Sozialistischen Partei (PSP), der sich sowohl gegen den Ausbau der UC als auch gegen die Lieferung an Brasilien aussprach – dieser Antrag fand jedoch, neben der PSP, nur noch die Unterstützung der Radikaldemokraten (PPR) und der revisionistischen KP (CPN). Der weniger weit gehende Antrag der Radikaldemokraten, in dem der Ausbau der UC „unter den gegebenen Umständen" abgelehnt wurde, erhielt neben den Stimmen der vorgenannten Parteien auch die Unterstützung der Sozialdemokraten und Liberalen, somit fast die Hälfte der Stimmen aller im Parlament vertretenen Parteien!

Der Antrag der CDA-Fraktion erhielt schließlich die Mehrheit, der CDA-Regierungspartner VVD(Rechtsliberale) ging *„zähneknirschend"* konform, versäumte jedoch nicht, sogleich anzumerken, daß er sich eine eigene Auslegung des Antrages vorbehalte. Mit Zustimmung einer sehr knappen Parlamentsmehrheit ist somit der Ausbau der UC auf eine Produktionskapazität von 2000 t angereicherten Urans genehmigt. Weiter soll bis 1981, wo die Verschiffung der ersten Uranlieferung an Brasilien ansteht, eine *„wasserdichte Garantieregelung"* über den Plutonium-Verbleib getroffen werden. Die Sicherheitsgarantien, die bis dahin erzielt werden, müssen wiederum dem Parlament zur Zustimmung vorgelegt werden; dem Parlament wird die sehr theoretische Möglichkeit gegeben, wenn es die Sicherheitsbestimmungen für unzureichend hält, noch direkt vor der ersten Lieferung die Exporterlaubnis für das Uran zu verweigern.

Damit hat das niederländische Parlament sowohl der Erweiterung der UC als auch der Lieferung von angereichertem Uran an Brasilien zugestimmt. Allerdings wird immer noch so getan, als könne auch später noch alles zurückgedreht werden, wenn nicht alle genügenden Sicherheitsauflagen erfüllt seien. Doch selbst die üblichen Kontrollen von seiten der Wiener Atombehörde kontrollieren nur Stichproben. Eine Verletzung ließe sich immer nur im nachhinein feststellen.



Demonstration gegen Ausbau der UC im April 1977 in Almelo

Parlamentsbeschluß auf Befehl Schmidts

Die heißeste Frage in der ganzen UC-Debatte, und zwar seit dem Bekanntwerden des Brasiliengeschäftes der BRD im Herbst '76, war, wieweit seitens der BRD-Regierung oder anderer westdeutscher Kräfte auf die Regierung der Niederlande Druck ausgeübt worden ist, um bestimmte Beschlüsse zu fassen.

Während der Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung zwischen Sozialdemokraten (PvdA) und Christreaktion (CDA) stand auch die UC-Frage im Mittelpunkt. Am 4.8.77 berichtete „de Volkskrant": *„Der Druck, den England und namentlich Deutschland in den letzten Monaten auf die Niederlande ausübten, sich mit dem Ausbau von Almelo zu beeilen, scheint in den letzten Wochen etwas weggefallen zu sein. Die Bundesrepublik hatte zuerst gedroht, eine eigene Fabrik in Lingen (...) zu bauen, wenn die Niederlande kein Tempo beim Ausbau der UC einlegen würden. Möglicherweise durch den zunehmenden Protest in der Bundesrepublik selbst sind die deutschen Pläne in den letzten Wochen weniger zur Sprache gekommen."*

In einem Rapport des Niederländischen Institutes für Friedensprobleme heißt es zur gleichen Frage: *„Wo selbst die Vereinigten Staaten nicht bereit oder in der Lage gewesen sind, die Bundesrepublik zu bewegen, die Lieferung deutscher Anreicherungs- und Aufbereitungstechnologien aus den brasilianisch-deutschen nuklearen Übereinkünften ... zu streichen, muß angenommen werden, daß dies auch den Niederlanden nicht gelingt. Bestünden die Niederlande weiterhin hierauf, würden sie sich wahrscheinlich innerhalb kurzer Zeit ihres Einflusses (??) benehmen."* Die BRD würde den 1981 auslaufenden Vertrag von Almelo nicht verlängern und dann *„unlimitiert Anreicherungsarbeit für Brasilien verrichten und selbst die Ultrazentrifugen-Technologie exportieren"* (zit. nach „de Volkskrant", 21.9.).

Im November wandte sich das Urenco-Konsortium (die westdeutsch-englisch-niederländische Gesellschaft für den kommerziellen Betrieb der UC in Almelo und der entsprechenden Anlage im britischen Capenhurst) an die niederländische Regierung und ließ wissen, daß der 18.11. der äußerste Termin wäre, eine Kreditgarantie für den brasilianischen Auftrag zuzusagen. Brasilien hatte nämlich für die Uranlieferung einen langfristigen Lieferkredit von Urenco gefordert. Urenco wiederum, selbst dazu nicht in der Lage, hatte hierfür die Unterstützung der Banken nötig. Für diesen Bankkredit muß der niederländische Staat gerade stehen („de Volkskrant", 18.11.). Der damals noch amtierende sozialdemokratische Finanzminister Duisenberg beeilte sich, dem Ruf seines Herren nachzukommen.

Die Bewilligung der Exportkreditversicherung reicht jedoch nicht, *„um den deutschen und britischen Partnern den good will von Den Haag zu zeigen, so wird in dem Konzern gesagt."* Westdeutsche und englische UC-Partner verlangten von der niederländischen Regierung für Anfang Dezember eine definitive Entscheidung über den Ausbau der UC in Almelo: *„Kein definitiver Beschluß über den Ausbau in Almelo wird als ,Nein' ausgelegt. In diesem Fall gehen die Urenco-Partner aus den Niederlanden heraus, um den Lieferungsverpflichtungen ... zu genügen. Das bedeutet auch, daß Westdeutschland in kurzer Zeit eine neue Fabrik für die weitere Ausweitung der Produktionskapazität auf eigenem Grundgebiet bauen wird anstelle in Almelo. Der Vertrag ermöglicht das 1981. Der deutsche Urenco-Partner Uranit hat weitgehende Pläne dafür entworfen. Uranit-Wissenschaftler sind nach Almelo gekommen, um zu sehen, wie die eigene Fabrik am besten eingerichtet werden kann."* Der *„Druck der kommerziellen Partner der Urenco"* sei von westdeutscher und englischer Regierung noch nicht an Den Haag weitergegeben worden: *„Man rechnet jedoch damit, daß in kurzer Zeit London oder Bonn einen äußersten Termin nennen werden, zu dem Den Haag noch den Absprachen für den Ausbau genügen kann. Sonst geht man seinen eigenen Weg nach 1981, so die Drohung."* Seitens des Urenco-Konzerns wurde geäußert, aus dem Umstand, daß der Hamburger Parteitag der SPD dem Ausbau des Atomprogramms zugestimmt habe, müsse geschlossen werden, *„daß der deutsche Urenco-Partner die Regierung in Bonn stärker denn je unter Druck setzen kann, um den niederländischen Partner an seine Verpflichtung zu erinnern ..."* („de Volkskrant", 19.11.).

(Es sei zwischendurch angemerkt, daß es sich bei der benutzten Quelle „de Volkskrant" nicht etwa um das Organ einer sozialistischen Organisation handelt, sondern um eine bürgerliche Tageszeitung, die der niederländischen Sozialdemokratie mit viel Sympathie und den westdeutschen Sozialdemokraten – zumindest wenn sie wie Willy Brandt im Kostüm des Antifaschisten auftreten – nicht gerade abhold ist ... !).


Atomenergie für Brasilien

Zur Vorbereitung der Kammer-Debatte über die UC legten der Außen- und der Wirtschaftsminister ihre Erwägungen dar, die sie zur Zustimmung zum Ausbau der UC wie zum Brasiliengeschäft der BRD veranlaßt haben. „de Volkskrant" schreibt über den Inhalt dieses Briefes u.a.: *„Die Regierung ließ in dem Brief merken, wie stark vor allem das vorige Kabinett unter dem Druck der UC-Partner in Bonn und London und des Anreicherugngsbetriebes Urenco gestanden hat, um schnell einen definitiven Standpunkt über den Ausbau der UC-Fabrik und die Spaltstofflieferung an Brasilien einzunehmen. Dieser Druck hielt auch unvermindert an nach dem Grundsatz-Beschluß des Kabinetts Den Uyl, worin die Übereinstimmung mit Brasilien über die Sicherheitsgarantien als Voraussetzung genannt wurde.*

Der Druck wurde noch vergrößert durch deutsche Drohungen, daß eine Fabrik auf eigenem Grundgebiet (Gronau) in fortgeschrittenem Stadium verkehre..." (17.1.78).

Um auch noch die letzten etwaigen Unklarheiten im niederländischen Parlament darüber zu beseitigen, daß die BRD entweder die Zustimmung der Niederlande zu ihren Plänen verlangt, ansonsten ihren eigenen Atom-Laden aufmacht, ließ Uranit, der westdeutsche Partner im Urenco-Konzern, wenige Tage vor Beginn der UC-Debatte wissen, daß man auch aus eigenen Vorräten den Lieferverpflichtungen für angereichertes Uran nachkommen könne. Uranit verfüge nämlich über einen Vorrat angereicherten Urans, das seinerzeit von den USA im Zusammenhang der Kompensationszahlungen der BRD für die im Land stationierten US-Truppen angekauft worden sei und in der BRD lagere. Ein Uranit-Sprecher erklärte weiter, *„daß angesichts der unsicheren Haltung der Niederlande im vorigen Jahr konkrete Vorbereitungen für den Fall getroffen worden sind, daß Den Haag den Ausbau von Almelo abweist. So wurde mit der Gemeinde von Gronau über ein Baugelände verhandelt ... Wird Almelo jedoch ausgebaut, dann wird der Bau der deutschen Einrichtung erst in den 80er Jahren nötig sein"* („de Volkskrant", 25.1.78).

Wenn Sozialdemokraten miteinander telefonieren

Die Belege für die Einflußnahme der westdeutschen Regierung und der westdeutschen „kommerziellen Urenco-Partner" auf die Entscheidung des niederländischen Parlaments ließen sich noch vielfach vermehren. Es soll jedoch hiermit sein Bewenden haben und nur noch die Posse berichtet werden, die sich am 31. Januar bei der UC-Debatte zwischen dem ehemaligen Premier Den Uyl (Sozialdemokrat) einerseits und dem Außenminister der jetzigen CDA/VVD-Regierung, Van der Klauw, abspielte. Wiederum laut „de Volkskrant" (1.2.78) war eine der zentralen Fragen der UC-Debatte: *„Mußte das Kabinett Van Agt vor dem 1. Januar unter westdeutschem Druck einen Beschluß fassen* (was geschehen war – siehe Anfang dieses Artikels – Anm. AK) *oder hatte es noch eine Frist gegeben?"*

Außenminister Van der Klauw führte aus, er habe vor dem 1. Januar über die *„geeigneten Kanäle"* Kanzler Schmidt fragen lassen, ob die Niederlande den Beschluß noch aussetzen könnten. Die Antwort sei negativ gewesen. Nach dem 1. Januar habe er von Schmidt eine weitere Botschaft gleichen Inhalts empfangen.

Daß die niederländische Regierung von ihrem sozialdemokratischen Bruder Schmidt so unverblümt zum Befehlsempfänger gestempelt worden sein soll, das mochte Joop Den Uyl nun nicht unwidersprochen lassen. Joop im Originalton: *„Der Bundeskanzler* (der westdeutsche, damit keine Irrtümer aufkommen! – Anm. AK) *hat mich ermächtigt, hier zu erklären, daß sich die niederländische Regierung nicht an ihn gewandt habe"*, das Kabinett Van Agt hätte also keinen so übereilten Beschluß fassen brauchen (!!).

Auf Den Uyls Frage, wo denn Van Der Klauw das Datum 1. Januar überhaupt hernehme, konterte dieser

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 10

1. Aus einer Notiz Den Uyls von Mitte November, als dieser noch Premier war, die sich auf ein *„vertrauliches Gespräch"* zwischen Den Uyl und Schmidt beziehe. 2. Die Äußerung Van Der Stoels, des Vorgängers von Van Der Klauw. Van Der Stoel hatte gesagt, das Datum 1. Januar könne noch etwas verschoben werden.

Den Uyl hingegen erklärte, daß Schmidt ihm am 19. November und Anfang Dezember zu verstehen gegeben habe, daß Bonn angesichts des sich hinziehenden Regierungswechsels in den Niederlanden nicht auf dem 1. Januar als Ultimatum für die UC-Beschlüsse bestehen werde. Weiter habe Schmidt ihm telefonisch mitgeteilt, daß es in der Almelo-Frage keine Kontakte zwischen Bonn und Den Haag gegeben habe, weder auf ministeriellem noch auf Regierungsniveau.

Mit dieser Information war Joop aber schon wieder reingefallen. Denn Schmidt hatte auf einem Neujahrsempfang in Bonn am 12.1. dem niederländischen Botschafter persönlich mitgeteilt: *„Ich habe zu Joop gesagt, daß die Niederlande vor dem 1. Januar beschliessen müssen, weil wir sonst mit England alleine weiter machen"* – und dies war die Kernaussage eines Kodetelegramms, das der niederländische Botschafter in Bonn daraufhin an das Außenministerium in Den Haag sandte („de Volkskrant", 1.2.78).

Es ist überaus bezeichnend, daß der Sozialdemokrat Den Uyl offensichtliche gar nicht auf die Idee kommt, gegen die unverschämten Einflußnahmen und Erpressungsmanöver gegenüber dem niederländischen Staat durch die Bundesregierung zu protestieren, sondern sich sogar im Gegenteil noch beschwert, daß die derzeitige Regierung nicht bei Kanzler Schmidt zum Befehlsempfang erschienen ist.

Niederlande-Kommission



NRW-Landeskonferenz protestiert gegen Polizeiauflagen

Auf der Landeskonferenz der BIs aus NRW am 12.2. wurde folgende Reso-

Auf der Landeskonferenz der BIs aus NRW am 12.2. wurde folgende Reso-
lution einstimmig verabschiedet:

„Die LK NRW schlägt dem niederl. Almelo-Vorbereitungskomitee vor, zusammen mit uns und anderen an der Almelo-Demonstration beteiligten ausländischen Anti-AKW-Initiativen eine gemeinsame Erklärung zu verabschieden, die folgendes zum Ausdruck bringt:

1. Seit einiger Zeit bereiten unsere holländischen Freunde eine Großkundgebung gegen die UCN in Almelo vor. Wir halten unseren Widerstand gegen die UCN und das gesamte Atomprogramm für berechtigt . Bereits jetzt konnten wir in Erfahrung bringen, daß der Bundesgrenzschutz umfassende Polizei- und Grenzkontrollen vorbereitet.

Wie schon bei früheren Demonstrationen werden erneut scharfe Angriffe auf das Demonstrationsrecht vorgenommen bzw. vorbereitet. Besonders lehnen wir es ab, daß diese polizeistaatlichen Maßnahmen durch Gesetzesänderung im Rahmen des sog. Razziengesetztes legalisiert werden sollen. In diesem Gesetz heißt es: „An einer Kontrollstelle ist jedermann verpflichtet, seine Identität feststellen und sich und seine mitgeführten Sachen durchsuchen zu lassen" (§ 11). Die holländischen und die AKW-Gegner aus der BRD protestieren gemeinsam gegen diese Praktiken der Polizeiwillkür.

2. Wir protestieren gegen die Diffamierung der aus der BRD einreisenden AKW-Gegner als „Gewalttäter" und die unter diesem Vorwand möglichen Polizeimaßnahmen, die zu erwarten sind.

Wir werden dafür Sorge tragen, daß an den Grenzübergängen neben zahlreichen Pressérepräsentanten die betreffenden Repräsentaten der Parteien, die sich an der Almelo-Demo beteiligen, am Grenzübergang anwesend sind und sich für einen freien Grenzübertritt einsetzen.

Gegen eine neue Behinderung unseres Widerstandes, wie wir sie bereits bei der Kalkar-Demonstration erleben mußten, protestieren wir schärfstens.

Unsere Forderungen lauten:
- *Freie An- und Abreise*
- *Freier Grenzübertritt für alle ausländischen Teilnehmer*
- *Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren gegen AKW-Gegner"*

Die BI Gronau machte in diesem Zusammenhang noch einmal darauf aufmerksam, wie notwendig es ist, sich vor dem Grenzübertritt gemeinsam (in Gronau) zu treffen, wie sie es bereits vorgeschlagen hatten (s. AK Nr. 121).

AKW-Nein-Kommission

Die Polizei — dein Freund und Helfer?

ALMELO BULLETIN
1e jaargang nr. 6
februari 1978

Burgemeester mr. F. J. Schneiders:

„UC-demonstranten vinden 4 maart in Almelo politie naast en niet voor zich"

AKTIE, STEEDS MEER AKTIE!!!

De telefoontjes stromen steeds harder binnen.

De mobilisatie, de informatieverspreiding, het werk. het gaat door. Steeds meer mensen

Bürgermeister Schneider: „Die UC-Demonstranten finden am 4. März in Almelo die Polizei neben und nicht vor sich"

In einem Bündnis, so breit wie das der vorbereitenden Almelo-Versammlung, wo über 40 Gruppen unterschiedlichster politischer Richtung vertreten sind, können wechselseitige Kompromisse, Zugeständnisse gar nicht ausbleiben.

Ausdruck hiervon ist z.B., daß eine der – insgesamt drei – *„zentralen Parolen"* sich nur gegen den A u s b a u der Ultrazentrifuge (UC) richtet, nicht aber die Forderung erhebt „Weg mit der UC"! Diese Forderung wird nur von einem Teil des Bündnisses erhoben und kann von diesem auch bei der Propagierung der Aktion selbst wie bei der Demonstration benutzt werden – es besteht die Freiheit der Agitation und Propaganda, soweit diese sich auf dem Boden des für alle verbindlichen Almelo-Manifestes bewegt.

Nicht mehr Ausdruck politischer Klugheit, um die Breite des Bündnisses zu erhalten, sondern erheblicher Opportunismus scheint indes die Haltung eines nicht unwesentlichen Teiles der vertretenen Gruppen (oder genauer: ihrer Delegierten – deren Positionen ja bekanntlich nicht immer mit der Gruppenmeinung identisch sind) gegenüber Behörden und Polizei zu sein.

Für die Kontakte zu Polizei und anderen Behörden, zur Einholung der Demonstrationsgenehmigung etc. existiert die sogenannte Formalitätenkommission.

Im Bericht der Formalitätenkommission von der ersten Verhandlung mit Almeloer Polizei und Gemeindevertretern heißt es u.a.: Wir wurden gefragt, *„ob wir wissen, ob, und wenn ja, wieviel ‚Böswillige' mitgehen werden. Wir führten aus, daß die Almelovorbereitungs-Versammlung eine sehr breite Gesellschaft ist und daß diese Versammlung davon überzeugt ist,*
vorbereitungs-Versammlung eine sehr breite Gesellschaft ist und daß diese Versammlung davon überzeugt ist,
daß von uns ausgehende Ungeregeltheiten politisch nachteilig sind, so daß wir dem, koste es was es wolle, zuvorkommen wollen. Auf die Frage, wie, antworteten wir, daß wir schon frühzeitig angeben können (wem?! – Frage AK), *wo die Gruppen sind, die da anders drüber denken und daß wir vor allem die Taktik der Isolierung gebrauchen werden ..."*

Die Kommission wurde weiter aufgefordert, die Almelo-Versammlung zu fragen, ob die Demonstrationsleitung mit einer *„Demonstrationsumleitung"* einverstanden wäre, *„wenn sichtbar wird, daß große Gruppen ‚Böswilliger' anwesend sind."*

Protest gegen diese Unterstellungen seitens der Behörden wurde nicht geäußert, anstelle dessen bekräftigen die Vertreter der Formalitätenkommission ihren Willen zum *„guten Kontakt mit der Polizei"*. In der folgenden Versammlung zur Vorbereitung der Demonstration wurden diese behördlichen Unterstellungen als erster Versuch gewertet, ein Demonstrationsverbot durchzusetzen. Ein anderer Teil der Versammlung hielt es jedoch für falsch *„vom bösen Willen der Almeloer Polizei auszugehen"* (Prot. v. 21.1.).

„Die 'Deutschen" kommen ...

Bei den nächsten Verhandlungen zwischen Almeloer Behördenvertretern und Formalitätenkommission wurde vom Bürgermeister Schneider präzisiert, was mit den *„Böswilligen"* gemeint war: Gegen eine Demonstrationsroute direkt an der UC spräche nämlich u.a., daß dies eine Möglichkeit der Gewaltanwendung **„u.a. durch die Teilnahme deutscher (!) Gruppen"** beinhalte.

Aus der behördlichen Demonstrationserlaubnis vom 31.1. wurde deutlich, daß das Bemühen um *„guten Kontakt"* mit der Polizei und Behörden von diesen in keiner Weise honoriert worden war.

In den Auflagen wird. u.a. gefordert:
- es muß e i n *„verantwortlicher Demonstrationsleiter"* **anwesend sein,**
- *„Es ist den Teilnehmern verboten, andere Gegenstände mitzuführen, als sie für das Tragen der Transparente notwendig sind ... Außergewöhnliche Übertretungen dieses Gebots müssen der Polizei vor dem Abzug des Zuges gemeldet werden oder sobald wie möglich danach".*
- *„Die Transparente dürfen keine aufrührerischen und beleidigenden Texte beinhalten. Die Teilnehmer enthalten sich einer aufrührerischen und beleidigenden Sprache."*
- *„Das Abweichen von der festgelegten Route ist verboten und kann zur unmittelbaren Auflösung des Zuges durch die Polizei führen."*
- Unter den allgemeinen Voraus-

kann zur unmittelbaren Auflösung des Zuges durch die Polizei führen."
– Unter den allgemeinen Voraus-
setzungen wird noch angeführt, daß das Organisationskomitee der Gemeinde Almelo gegenüber für *„allen Schaden"*, der im Zusammenhang der Demonstration entsteht, haftbar ist und daß die Demonstrationserlaubnis *„jederzeit eingezogen werden"* kann, ohne daß die Gemeinde Almelo zu Schadensersatz verpflichtet ist.

Um diese Auflagen entwickelte sich bei der vorbereitenden Versammlung am 4.2. in Utrecht eine ungewohnt scharfe Auseinandersetzung. Das Nijmeger Stop Kernenergie Komitee (SKK – Zusammenschluß von sowohl Anti-AKW-Gruppen als auch politischer Organisationen) beantragte, die Auflagen ersatzlos zu streichen. Die bereits getroffenen drei Festlegungen – friedlicher Verlauf, eigener Ordnerdienst, feste Route – würden ausreichen. Ein Teil der Versammlung wandte sich hiergegen, weil
- es nicht ratsam sei, die jetztigen „guten Beziehungen" mit den Behörden auf diese Weise zu gefährden (so ein PSP/LEK-Vertreter z.B.)
- es sich um ganz „normale" Auflagen handelte (ein Vertreter der revisionistischen KP, CPN)
- die guten Beziehungen zur Polizei bei Abweisung der Auflagen sich nur verschlechtern würden.

Für eine ersatzlose Streichung der diskriminierenden Auflagen sprach nach Auffassung eines anderen Teil der Versammlung vor allem, daß mit diesen Auflagen auf eine Kriminalisierung der Demonstranten, und hierunter besonders der Westdeutschen, gezielt wird, weil sich die Demonstration von vornnerein jede Bewegungsfreiheit – etwa bei Polizeibehinderungen – vergibt. Der Antrag der SKK wurde jedoch letztlich mit einer Zweidrittelmehrheit abgelehnt und die Auflagen einzeln zur Debatte gestellt – womit in wesentlichen Teilen der Antrag des SKK doch noch durchgesetzt werden konnte. Die oben angeführten Auflagen wurden teils stark verändert, teils ersatzlos gestrichen.

In dieser Debatte wollte die CPN die Bullenauflagen möglichst erhalten wissen, etwa sollten auf den Transparenten „keine aufrührerischen und beleidigenden Texte" stehen, auch sonst machte die CPN an diesem Tag viel Freude: ihre Vertreter waren die einzigen, die gegen eine Aufnahme des KB in das Bündnis stimmten; sie waren die einzigen, die gegen die Aufnahme weiter „zentraler Parolen" wie *„UC – Nein", „Lieber heute aktiv ...", „Wo Recht zu Unrecht wird ..."* stimmten !!).

Die Formalitätenkommission wurde von der Versammlung beauftragt, die Almeloer Behörden über die Abweisung bzw. Veränderung der Auflagen zu informieren. Aus dem Text des *„offiziellen Berichtes vonseiten der Gemeinde Almelo"* (8.2.) geht
lagen zu informieren. Aus dem Text des *„offiziellen Berichtes vonseiten der Gemeinde Almelo"* (8.2.) geht
indes nur hervor, daß die Behördenvertreter die einzelnen Auflagen „näher erläutert" haben. Es wurde jedoch seitens der Behördenvertreter nochmals bestätigt, daß die Polizei sich außer Sichtweite der Demonstranten aufhalten und nur eingreifen werde, wenn das Gelände der UC angegriffen wird. Andererseits findet sich im „offiziellen Bericht" allerdings auch der sehr bemerkenswerte Satz: *„Der Bürgermeister sagte, daß er größten Wert darauf legen würde, daß in allen deutschen* (!) *und eventuell französischen* (!!) *Bussen ein Bulletin verteilt wird, worin die friedliche Absicht und die konstruktive Zielstellung der Demonstration entsprechend dem Manifest des LEK ausgeführt werden."*

Nun, wir wollen aber auch nicht verschweigen, daß zumindest der Bürgermeister von Almelo sich viel Mühe gibt, auch selbst ein „friedliches" Gesicht zu zeigen. So äußerte er auf einer Pressekonferenz: *„Die UC-Demonstranten finden am 4. März die Polizei neben und nicht vor sich"* (dieser in Schlagzeile gebrachte Spruch mußte dann bezeichnenderweise als Titelseiten-Aufmacher des „Almelo-Bulletins" Nr. 6 herhalten!). Auch sonst gibt sich der Bürgermeister viel Mühe: Wie das Almelo-Bulletin meldet, will er *„gratis für tragbare Funksprechgeräte und fahrbare Toiletten sorgen"* ... wo hätten wir in der BRD einen Bürgermeister, der sich angesichts einer Demonstration in seinem Städtchen so um den Stuhlgang seiner zeitweiligen Gäste kümmert?!

Man sollte sich vieleicht auch noch diesen Satz auf der Zunge zergehen lassen (Autor ist der Verantwortliche des Almelo-Bündnisses für den Ordnerdienst): *„Angesichts der jetzigen Entwicklungen zwischen Behörden und Organisatoren und dem Ziel der Demonstration ist das Tragen von Helmen und Gasmasken unerwünscht"*. Dieser Satz findet sich in dem Papier unter der Überschrift – *„Der deutsche Ordnerdienst"* ... !!

Niederlande-Kommission

Landeskonferenz der BI's in NRW: „KPD" schießt quer!

Auf der letzten Landeskonferenz der BIs in NRW am 12.2.78 wurde eine Rede in Almelo für die NRW-BIs gefordert. Ausgerechnet die Kräfte um die „KPD", die gegen den Aufruf zur Almelo-Demonstration gestimmt hatten und somit gegen eine Beteiligung überhaupt, konnten mit 8:6:5 Stimmen ein Rede-Konzept durchsetzen, das das Brasilien-Geschäft der BRD verteidigt bzw. vollkommen ausspart.

Die Stoßrichtung des Almelo-Aufrufs, das Brasilien-Geschäft zu verhindern, war schon seinerzeit als ‚sozialimperialistisch' von der „KPD" gekennzeichnet worden.

Nachdem von der BI-Mehrheit trotzdem der Almelo-Aufruf mit Ergänzungen verabschiedet worden war, trat nun die „KPD" unter dem Motto an: jetzt zu retten, was zu retten ist. Nun sei endgültig klar, daß entscheidende Dinge im Aufruf vergessen worden seien. Verquirrlt mit Vorwürfen über das Zurückweichen von reformistischen Teilen im Almelo-Bündnis wurden hier die ‚vaterländischen' Eselsohren gezeigt. So verstieg sich ein „KPD"-Vertreter immerhin soweit, daß *„ein kausaler Zusammenhang zwischen dem Bestreben der BRD nach Atomwaffen und Almelo politischer Schwindel" sei.*

Schwindel war es vielmehr, daß die „KPD" nicht offen zugeben möchte, daß sie für die BRD-Atombewaffnung und für das Brasilien-Geschäft eintritt und jetzt versucht, Beschlüsse fassen zu lassen, die möglichst viel Schaden anrichten sollen.

AKW-Nein–Kommission

Almelo und die sozialistische Linke in Holland

Im Unterschied zur Situation vor der Demonstration gegen den „Schnellen Brüter" in Kalkar hat sich diesmal die revolutionäre Linke der Niederlande recht frühzeitig und in der Berichterstattung ausführlich in die Vorbereitung der Demonstration gegen den Ausbau der UC und die Lieferung angereicherten Urans an Brasilien eingeschaltet.

Die **Pacifisties-Socialistiese Partij** (PSP) ist hier noch insofern eine Ausnahme, als die Sorge um die Erhaltung der Umwelt und der Widerstand gegen Atomenergie schon traditionell zu ihren Arbeitsschwerpunkten gehört. Die jüngste Ausgabe ihrer Zeitung „Bevrijding" (früher „Radikaal") vom 11.2. ist zum großen Teil der Auseinandersetzung mit den mit Almelo zusammenhängenden Fragen gewidmet. Ihren Standpunkt legte sie in der Parlamentsdebatte eindeutig dar: Sie forderte die Regierung auf, *„sowohl dem Ausbau (der UC) wie der Lieferung (an Brasilien) die Zustimmung zu verweigern"*. Dieser Antrag fand nur die Unterstützung der Radikaldemokraten (PPR) und der revisionistischen KP (CPN), nicht aber der Sozialdemokraten (PvdA), obwohl diese in ihrem Wahlprogramm (zu den Wahlen am 25. Mai 77) noch die Forderung aufgestellt hatten, daß sowohl Kalkar wie die UC nicht weitergebaut werden dürften!

Die **Socialistiese Partij** (SP) konzentriert in „de tribune" (4/77) ihre Aufmerksamkeit auf *„Die Schwarze Geschichte der UC Almelo"*; die Rolle von Nazi-Wissenschaftlern und faschistischen Spionage-Organisationen bei der Entwicklung des Ultrazentrifugenverfahrens (s.a. AK 121). Die Einflußnahmen der BRD auf die Beschlüsse des niederländischen Kabinetts läßt die SP fragen: **„Sind wir den schon so abhängig, daß Schmidt von Westdeutschland aus bestimmen kann, ob wir in den Niederlanden etwas bestimmen dürfen oder nicht? Daß mit dem Ausbau der UC in Almelo erneut das Schreckensbild des 'Deutschland über Alles' auftaucht..."**, das haben die bürgerlichen Parteien im niederländischen Parlament jedoch nicht zur Sprache gebracht.

Die SP wird *„ihre Kraft einsetzen, um die internationale Demonstration am 4. März in Almelo zu einem historischen Ereignis zu machen"*.

Die Schlagzeile auf der Titelseite von „Prolitaries Links" (11.2.), der
am 4. März in Almelo zu einem historischen Ereignis zu machen".
Die Schlagzeile auf der Titelseite von „Prolitaries Links" (11.2.), der
Zeitung des **Internationale Kommunistenbond** (IKB - IV. Internationale) lautet *„Stoppt die Atompläne"*. Angesichts der *„plötzlichen Besorgnis"* der Christreaktion (CDA) über einen Plutoniummißbrauch durch das brasilianische Regime erinnert der IKB an die Reaktion der CDA beim Putsch in Chile. Die Sozialdemokraten, heißt es weiter, zeigen aufs neue *„ihr doppeltes Gesicht. Sie unterzeichnen zwar den Aufruf gegen den Ausbau der UC-Almelo, für ihre Haltung im Parlament hat das aber weiter keine Konsequenzen."* Ferner wird in der „PL" der Aufruf des Almelo-Bündnisses veröffentlicht.

Das **Aktiekomitee van Revolutionaire Kommunisten** (ARK) ruft ebenfalls auf der Titelseite seiner Zeitung „rood front" (12.2.) zur Teilnahme in Almelo auf. Ein Teil ihres Artikels *„Ausbau der UCN: Kernwaffen für Brasilien - Uran für Westdeutschland"* stützt sich auf unsere Darstellung in AK 121. Über unseren Artikel hinausgehend setzt sich das ARK mit der Frage der Atombewaffnung überhaupt auseinander: *„‚Atomwaffen' betrachten wir als Mittel zum Massenmord, Atomwaffen in den Mengen, wie sie derzeit gelagert und noch hergestellt werden, sei es durch die Vereinigten Staaten oder die Sowjetunion oder andere, sind eine permanente Bedrohung für die Existenz der Menschheit. Wir haben nie ein Geheimnis daraus gemacht, daß wir als Kommunisten für das vollständige Verbot und die Vernichtung aller Kernwaffen sind."* Die Parole „Kein Ausbau der UC" wird vom ARK unterstützt , und zwar *„als ein Schritt in die richtige Richtung, als einen Schritt in die Richtung zur Auflösung der UCN und für ein atomfreies Niederlande."* Vom Parlament ist hierbei keine Unterstützung zu erwarten: „Die führenden Politiker müssen durch eine Massen-Demonstration gezwungen werden, von ihren menschenfeindlichen imperialistischen Atomprogramm abzusehen."

Niederlande Kommission

»Bundesweite Demonstration« in Hannover? - So nicht!

Von einigen Bürgerinitiativen ist ein »Aufruf zur bundesweiten Demonstration -25.2., 11.30 - Hannover - gegen das Atomprogramm und die Grohnde-Prozesse« veröffentlicht worden. Mit dieser Aktion soll gegen die Gerichtsprozesse von 14 Teilnehmern der Grohnde- Demonstration protestiert werden, die wahllos aus der Menge der über 20000 Demonstranten von der Polizei herausgegriffen wurden und stellvertretend für alle AKW- Gegner verurteilt werden sollen.

»Bundesweite Demonstration«, »Großdemonstration« in Hannover?

Seit Mitte Januar wurden in einigen BI's, vor allem in Niedersachsen, aber auch bundesweit die verschiedensten Gerüchte über eine mögliche »Großdemonstration« am 25.2. in Hannover gehandelt. Für diese Demonstration hatte es auf verschiedenen BI- Treffen Ende Januar/ Anfang Februar (u.a. in Göttingen und Hannover) k e i n e n e i n z i g e n demokratisch zustande gekommenen Beschluß gegeben!

Auf einem Treffen in Göttingen am 29.1. waren von 250 eingeladenen BI's überhaupt nur 16 erschienen. In der Regel waren die Anwesenden k e i n e Delegierte. In kaum einer (der anwesenden) BI's war die Frage der »Großdemonstration« gegen die Prozesse breit diskutiert worden.

Angenommen wurde ein Vorschlag für eine Demo in Hannover. Diese Abstimmung hatte allerdings keinen Beschlußcharakter - trotzdem hinderte das die Initiatoren, konkret ein Mitglied der SAG, nicht, einen Aufruf zur Demonstration in der »Frankfurter Rundschau« zu veröffentlichen!

Ähnlich politisch kriminell sah es auf den Vorbereitungskonferenzen in Hannover aus. Zu einem Treffen am 31.1. waren 300 BI's eingeladen, 70 Leute erschienen: der KBW, die »KPD«, die SAG, »Spontis« und einige wenige Unorganisierte. Von diesen 70 waren 30 Leute für eine Demonstration am 25.2. - darunter aber keine Delegierten. Die Initiatoren dieser Demo kommen klar aus der Ecke KBW, »KPD«, SAG und »Spontis«. Von der SAG wurde die Parole ausgegeben, daß alle, die die Demo machen wollten, den Aufruf an einem anderen Ort einfach vorbereiten sollten, was aber verhindert wurde.

Dabei wurde von einem SAG-Mann ständig im Namen der Wählergemeinschaft gegen Atomkraftwerke (WGA) gesprochen. Derselbe SAG-Mann brachte zur Vollversammlung der WGA am 30.1., auf der zum ersten Mal über die Demo diskutiert wurde, ein Flugblatt mit, in dem die WGA bereits als Unterzeichner der Demonstration auftaucht!

Auf dem nächsten Vorbereitungstreffen in Hannover (5.2.) kamen zu der bekannten Besetzung noch einige Gruppen neu hinzu, darunter die BBA Bremen. Diese erklärte, daß es bei ihnen einige Widersprüche gibt. Sie schlugen als Alternative den 11.3. vor. Hannover erklärte: das Plenum vom 2.2. hat sich bei 50 bis 60 Anwesenden eindeutig gegen den 25.2. ausgesprochen. Die Info Gruppe der Hannoveraner BI's erklärte: die angekündigte »Großdemonstration« würde zu einem Desaster führen, weil mit falschen Tatsachen - sprich angeblich breite Unterstützung - gehandelt wird.

Ungeachtet dessen verbreitet wenig später der »Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie« einen Aufruf zu einer »bundesweiten Demonstration«, in dem frech gelogen wird, *»die Bürgerinitiativen- Konferenz vom 29.1. in Göttingen und vom 5.2. in Hannover ruft alle verantwortungsbewußten Bürger auf, sich an der Demonstration in Hannover am 25.2. zu beteiligen«*!

Diese Leute von KBW, »KPD«, SAG und einige »Spontis« setzten nach wie vor darauf, die Anti-AKW Bewegung durch Gerüchtemacherei, Lügen und Verhindern von demokratischen Beschlüssen in abenteuerliche Aktionen hineinzuzwingen. Die BI's werden durch die Mauschelpolitik überrollt (»zu der Demo ist nun einmal aufgerufen«) und moralisch unter Druck gesetzt (»wir müssen was gegen die Prozesse machen«). Da solche Sachen immer in die Hose gehen, steht der Schuldige von vornherein fest. Als in der BI Salzgitter Kritik an der Demo laut wurde, pöbelte die »KPD«: In Süddeutschland würde voll mobilisiert und wenn die Demo eine Niederlage wird, dann nur, weil der KB gespalten hat.

Eine eher humoristische Einlage gab der KBW auf dem Hamburger BUU-Plenum zum Besten. Als dort die Anwesenden mit Hinweis auf das undemokratische und machtpolitische Verfahren eine Beteiligung an der Hannoveraner Demo ablehnten, bestätigten die KBWler voll den undemokratischen Charakter der Sache und forderten das Plenum auf, doch selbst demokratische Strukturen zu schaffen. Man könne ja schnell einen Beschluß zur Unterstützung der Demo fassen... Auch hier steht schon der nächste Schuldige fest.

Diese Provokationsstrategie wesentlich von KBW, »KPD« und einigen »Spontis« ist schon bei den »Aktionen zur Verhinderung der Rückführung der Baumaschinen« in Brokdorf über Wochen vorexerziert worden. Die ganze Aktion gründete sich auf das von Tag zu Tag immer neu und immer hysterischer aufgelegte Gerücht: »Die Baumaschinen kommen«.

Mit dieser Provokations-Politik v e r h i n d e r n diese Leute ein breites Bündnis und das Zustandekommen massenhafter Aktionen. Statt auf eine breite Diskussion und demokratische Beschlußfassung setzen sie auf die moralische Erpressung der BI's. Außerdem seien ansonsten alle BI's im Grunde schon mit von der Partie. Leider sind diese Leute nicht ohne »Erfolg« geblieben. Inzwischen haben sich mehrere BI's — wenn auch mit etlichen Vorbehalten — für eine Unterstützung der Hannoveraner Demo ausgesprochen. So ruft die Landeskonferenz NRW der AKW-Gegner zur Beteiligung auf. Allerdings »(*bedauert*) *die LK-NRW die isolierte und zu kurzfristig angesetzte bundesweite Demonstration...*«

Noch deutlicher kommt es in einem Schreiben der Hannoveraner Prozeß-Info-Gruppe zum Ausdruck. Da wird zuerst darauf eingegangen, wie »das Chaos« kam. *»Es geht um eine Sache, die schon des öfteren bei derartigen Aktionen abgelaufen ist: Einige Leute haben 'ne Idee, fangen an, sie in die Tat umzusetzen und einige andere Leute sehen sich dann unter Zugzwang, finden das ziemlich beschissen, wissen nicht genau, was sie machen sollen — und entscheiden sich dann irgendwann, nach endlosen Diskussionen mit einem zugekniffenen Auge doch noch für irgendwas. Es wird also auf jeden Fall am 25.2.78 hier was laufen. Aber was!?! Wir haben von einigen Gruppen gehört, daß sie sich ziemlich halbherzig darauf vorbereiten...«*. Deshalb schlägt die Prozeß-Info-Gruppe vor, daß sich alle auf die Demo vorbereiten. Denn: *»Fall dann doch 50.000 Leute aufkreuzen sollten, die alle etwas Duftes vorbereitet haben, würde der Erfolg einfach größer«*.

Gerade diese letzte Stellungnahme zeigt deutlich, wie den Provokateuren, die diese Demo organisiert haben, auf den Leim gegangen wird. Vielleicht kommen ja doch noch viele... Wenn wir schon schweren Herzens mitkommen, müssen wir jetzt (was auch gar nicht mehr möglich ist) ein möglichst gutes Bild abgeben, uns doch voll in Vorbereitungen reinknien etc. »Übersehen« wird dabei, daß zwar in der Tat breite Kreise auf die Schweinereien, die im Zusammenhang mit den Grohnde-Prozessen gelaufen sind, heute ansprechbar sind, daß aber eine derart mit Gerüchten, Erpressungen usw. verzierte »Bündnispolitik« dazu angetan ist, neue Kreise möglichst ein für alle mal aus Bündnissen mit BI's rauszuhalten.

Man vergleiche dies mit den Auseinandersetzungen, die notwendig waren und sind, um in der Tat breite Bündnisse herzustellen, wie es zuletzt bei der Kalkar-Demonstration oder zu Almelo gelaufen ist bzw. läuft. Auch halbherzige Zustimmungen zu solchen kriminellen Praktiken sind geradezu Einladungen, für das nächste — sei es auch noch so verrückte Projekt — noch dreistere Lügen aufzutischen, noch mehr Erpressungmanöver zu starten, um die BI's auf solche Projekte auszurichten, die neue große Erfolge der Anti-AKW-Bewegung verhindern werden — Ein müdes Abwinken für zukünftige Aktionen dürfte die Folge solcher organisierten Niederlagen sein.

AKW-Nein-Kommission

Grohnde- Prozesse in Hamburg

Vom 14.–16.2. wurden in Hamburg drei Prozesse gegen insgesamt sieben AKW-Gegner durchgeführt, die alle in Zusammenhang mit der Demonstration vom 19.3.77 am Bauplatz des AKW Grohnde standen.

Alle waren am 12.4.77 in Hamburg verhaftet worden, als sie den Grohnde-Angeklagten, Bernd Löwe, zur Wache begleiteten, in der er sich melden mußte.

Bernd hatte diese Meldeauflage, weil er in Grohnde „versuchten Totschlag" an einem Polizisten begangen haben sollte. Da die Nachrichtenagentur dpa jedoch nur von einem einzigen schwerverletzten Polizisten berichten konnte – Gasvergiftung, hervorgerufen durch chemische Waffen der Polizei – wurde die Absurdität dieser Anschuldigung durch die Begleitdemonstrationen regelmäßig wieder öffentlich gemacht.

Weil die Demonstranten von Grohnde in einer massiven Hetzkampagne zu Kriminellen und Terroristen gestempelt wurden, waren die Aktivitäten, die diese Lüge breiter bekannt machten, der Polizei natürlich ein Dorn im Auge. Und allein darin lag dann auch die „Störung der öffentlichen Ordnung" der 60 Demonstranten, die am 12. April 77 auf dem Bürgersteig standen, denn bis zum Polizeieinsatz war es eine völlig friedliche Versammlung.

Dieser Einsatz erfolgte ohne Vorankündigung mit größter Brutalität:

- Einer Demonstrantin wurde mit dem Gummiknüppel ein Finger kaputtgeschlagen!
- Der Einsatz der „Chemischen Keule" hinterließ bei einigen schwere Verätzungen!
- Die insgesamt neun willkürlich festgenommenen Demonstranten wurden trotz Widerspruchs erkennungsdienstlich behandelt – wegen „Wiederholungsgefahr"!
- Nur unter heftigen Protesten durften Rechtsanwälte die Wache betreten!

Dieser brutale Angriff auf eine friedliche Demonstration sollte durch die Prozesse im Nachhinein gerechtfertigt werden, in denen die Verhafteten zu Kriminellen gestempelt werden. Gleichzeitig sollten die Anklagen die AKW-Gegner einschüchtern, damit sie auf weitere Begleitungen verzichteten – was jedoch nicht gelang; der Vorwurf „versuchter Totschlag" gegen Bernd wurde fallengelassen und der Haftbefehl und damit die Meldepflicht aufgehoben!

Die jetzt abgelaufenen Prozesse veranschaulichten den geschilderten Sachverhalt noch einmal sehr deutlich.

Schon am 15.11.77 mußte, ebenfalls in einem „Begleitdemoprozeß", die AKW-Gegnerin Bärbel wegen Unhaltbarkeit der Vorwürfe freigesprochen werden (Der Staatsanwalt legte allerdings Berufung ein). Ihre, wie auch alle anderen Anklagen, haben eines gemeinsam: *Kein einziger Punkt bezieht sich auf das Verhalten v o r dem Polizeieinsatz – ebenso wurde in keiner Anklageschrift über die Demonstration insgesamt behauptet, daß sie unfriedlich gewesen wäre – alle Vorwürfe beinhalteten nur eine Reaktion auf den Einsatz selbst!*

Damit hatte die Glaubwürdigkeit der Polizei und die Möglichkeit zur Rechtfertigung ihres Einsatzes bereits einen ersten Knacks. Und daß auch der Rest der Vorwürfe reine Phantasiegebilde waren, wurde in den drei Prozessen klar:

- Am 14.2. im Prozeß gegen Inge, der „Widerstand gegen die Staatsgewalt" vorgeworfen wurde;
- Am 15.2. gegen insgesamt fünf AKW-Gegner, die gemeinsam Widerspruch gegen einen Bußgeldbescheid über 200,00 DM wegen „Teilnahme an einer verbotenen Versammlung" eingelegt hatten – die Verhandlung fand auch gemeinsam in einem Prozeß statt;
- Am 16.2. gegen Karin wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt" und „versuchter Gefangenenbefreiung".

Die Vorwürfe gegen Inge reduzierten sich aufgrund widersprüchlicher Polizeiaussagen auf „zu langsames Vorzeigen des Personalausweises". Damit wollte das Gericht eine Einstellung wegen Geringfügigkeit erreichen, um Inge nicht ganz freisprechen zu müssen. Obwohl dieses Manöver sehr durchsichtig war, nahm Inge an, denn sie wurde von Richter, Staatsanwalt und ihren anwesenden Eltern ziemlich stark unter Druck gesetzt.

Im Ordnungswidrigkeitsverfahren am 15.2. kam es zu ziemlichen Tumulten, als ein Zuhörer aus dem murmelnden Publikum herausgepickt und zu einem Tag Ordnungshaft verknackt wurde. Die Zuschauer protestierten und wurden von Polizei aus dem Saal geschmissen. Während der Richter noch dabei war, den Angeklagten je 100,– DM aufzubrummen, weil sie einen nach vorn zitierten Zuschauer auf die Anklagebank gezogen hatten, erhoben sich diese, um mit den Anwälten den Saal zu verlassen – was bei einem Ordnungswidrigkeitenverfahren ihr gutes Recht ist, da keine Anwesenheitspflicht besteht. Als der Richter sie mit Polizeigewalt daran hindern wollte, kam es zu einem kleinen Handgemenge unter Beteiligung der Öffentlichkeit. Leider gelang es nicht, alle fünf rauszubekommen. Ralph wurde festgehalten und sofort zu drei Tagen Ordnungshaft verurteilt. Die vorher verkündeten 100,– DM hatten plötzlich auch nur für ihn Gültigkeit, wurden aber draußen schnell gesammelt.

Man beschloß, die Verhandlung nun zu boykottieren. Hinter verschlossenen Türen in Abwesenheit aller Angeklagten und Anwälte wurden dann bis auf Ralph alle freigesprochen. Warum Ralph 213 DM und Gerichtskosten bezahlen muß, ist uns zur Zeit noch nicht bekannt.

Am 16.2. wurde Karin – auch auf Antrag des Staatsanwaltes – freigesprochen, da beide Polizeizeugen sich an nichts erinnern konnten, was in der Anklage behauptet wurde.

Am 21.2. wird der vorerst letzte der Begleitdemoprozesse laufen. Auch hier sollte die Öffentlichkeit ebenso erfreulich vertreten sein, wie bei den vorherigen (ca. 60–80).

Ein Genosse aus Altona

Kurzmeldungen

Schwerer Unfall in der WAA La Hague

wie erst vor kurzem durch ein Flugblatt der Bremer Gruppe »Kein Atommüll nach La Hague« bekannt wurde, entgingen die Arbeiter in La Hague Anfang Dezember 77 nur knapp einem Kritikalitätsunfall.

Beim Zerschneiden der abgebrannten Brennstäbe hatte eine Lade sich verklemmt, was zur Folge hatte, daß sich 100 kg Uran in zerschnittenen Brennstabstücken in der Lade anhäuften. Noch 80kg mehr, und man hätte einen »Kritikalitätsunfall« gehabt, der für die dort beschäftigten Arbeiter den sicheren Tod bedeutet hätte.

Nachdem man im Auflöserbad, wo die zerschnittenen Brennelemente eigentlich hinsollten, festgestellt hatte, daß 100 kg Uran fehlten, entdeckte man sie in der Lade, bastelte sich flugs Kehrblech und Schaufel und versuchte so, das ganze Zeug wieder zusammenzusammeln. Aber auch das ging schief. Schließlich gab man es auf, diese Brennstäbe noch in den weiteren Wiederaufbereitungsprozeß einzuschleusen und schmiß einfach alles samt Kehrblech und Schaufel in eine Mülltonne.

Und schon konnte es weiter gehen bis zum nächsten Unfall.

Dazu muß man wissen, daß die COGEMA reichlich unter Zeitdruck stand, da sie schon bis zum 4.2.78 60 t Brennstoff aufarbeiten mußte, um die Genehmigung für den weiteren Ausbau von La Hague zu bekommen. Mit der Wiederaufbereitung dürfte es kaum geklappt haben, aber die Genehmigung werden sie sicherlich trotzdem bekommen.

• • •

Wenn es zischt: Beine in die Hand

Aufgrund eines *»harmlosen Zwischenfalls«* strömte im AKW Ohu (kaum ein paar Wochen in Betrieb — im »Probebetrieb« . . .) am 8.2.78 aus einer gebrochenen »Meßleitung« radioaktiver Dampf aus. Zur Zeit des Unfalls waren 13 Menschen in unmittelbarer Nähe der Bruchstelle, die sich *»jedoch, als sie das Zischen des gefährlichen Dampfes hörten und Alarm ausgelöst wurde, in Sicherheit bringen«* konnten („Frankfurter Rundschau", 15.2.78). Durch die radioaktive Verseuchung mußte das gesamte AKW geräumt werden, es war *»schön gleichmäßig kontaminiert«* („Süddeutsche Zeitung", 15.2.78).

Demgegenüber erklärte ein Sprecher des Umweltministeriums, daß der Reaktor zur Zeit des Unfalls menschenleer gewesen sei . . . Im AKW Ohu sind nach Angaben der Werksleitung noch »einige Tausend« solcher Meßleitungen für den »Probebetrieb« verlegt, die wohl noch für einige »heiße« Überraschungen sorgen werden!

Schon üblich ist es, daß dieser Unfall mit über fünf Tagen Verspätung bekanntgegeben wurde, *»weil wir den genauen Schaden erst feststellen und die Bevölkerung nicht unnötig beunruhigen wollten«*, erklärte das Umweltministerium („SZ", 15.2.78) Mal eine etwas originellere Art, Unfälle zu vertuschen! Weniger originell ist es jedoch, wenn wieder behauptet wurde, *»die Strahlungskonzentration des ausgetretenen Dampfes* (läge) *zehn Prozent unter dem meldepflichtigen Grenzwert«* (ebenda).

Betrieb und Gewerkschaft





Metall

Entlassungen und kein Ende

Kiel. Die Electro-Acustik GmbH (ELAC) inKiel hat am 10.Februar Vergleichsantrag gestellt. Damit will die Firma eine „Umstrukturierung" erreichen, der vierhundert von rund tausend Arbeitsplätzen zum Opfer fallen sollen. Während der Produktionsbereich Unterwasserschall-Ortungsgeräte als durchaus „gesund" gilt, soll der Bereich Phonoanlagen offenbar ganz eingestellt werden, nachdem sich der Umsatz nicht wie erhofft entwickelt hatte. Damit die 17 Kieler Kapitalisten-Familien, denen das Unternehmen gehört, nicht arm werden, hat sich die Landesregierung bereit erklärt, „Überbrükkungshilfe" zu leisten. Inzwischen
nen das Unternehmen gehört, nicht arm werden, hat sich die Landesregierung bereit erklärt, „Überbrükkungshilfe" zu leisten. Inzwischen
wurden für die beiden Bereiche zwei neue Gesellschaften gegründet. So dürfen die Arbeiter dann noch die Rest-Aufträge abarbeiten, bevor sie auf die Straße gesetzt werden.

* * *

Braunschweig. Die AEG, die sich in den letzten Jahren schon oft als Arbeitsplatzvernichter einen unrühmlichen Namen gemacht hat, plant bis Ende 1978 die Entlassung von 700 der 1.500 Beschäftigten der Braunschweiger Olympia-Werke. In dem Werk werden elektrische Tischrechner hergestellt. Die Produktion soll von 500.000 auf 250.000 Stück pro Jahr reduziert werden, weil nach Meinung der Kapitalisten aufgrund der Dollar-Schwäche auf den bisherigen Exportmärkten *„keine ausreichenden Gewinne mehr zu erwarten seien"* („Welt", 9.2.). Schon seit Herbst 77 werden bei der Firma monatlich 49 Beschäftigte entlassen; so sparte man sich bisher einen Sozialplan, der erst bei „Massenentlassungen" erzwingbar ist – und die beginnen erst ab 50 Kündigungen pro Monat. Die Stadt, die mit 6,5% Arbeitslosen ohnehin schon über dem Durchschnitt liegt, ist in den letzten Jahren immer wieder mit großen Massenentlassungen in die Schlagzeilen gekommen. Die schwerwiegendsten waren die Vernichtung von 1.500 Arbeitsplätzen der Voigtländer-Werke, die Schliessung des Bundesbahn-Ausbesserungswerks und der Konkurs von Büssing. Zwei Kaufhäuser schlossen ihre Tore. In den letzten vier Jahren stellten über 200 Gewerbebetriebe das Geschäft ein. Aufsehen erregte auch die Entlassung von ca. 400 Kollegen der Rollei-Werke zum Jahresende 1977; den verbliebenen 800 Beschäftigten ist eine weitere „Sanierungswelle" ankündigt. Die Produktion wird nach und nach in das „Billiglohnland" Singapur verlegt. Auch aus dem größten Braunschweiger Industrie-Betrieb, dem Siemens-Zweigwerk für Signalbau mit 6.000 Arbeitsplätzen, sind bedrohliche Nachrichten zu vernehmen: es werden Überlegungen angestellt, den Betrieb auszulagern.

Bei der örtlichen IG Metall-Führung herrscht offensichtlich Katastrophenstimmung. So brachte der Bevollmächtigte Heinz Müller die Forderung nach *„echter paritätischer Mitbestimmung und nach Wirtschafts- und Sozialräten"* vor, damit man nicht immer erst reagieren könne, wenn *„das Kind in den Brunnen gefallen ist"* (nach „UZ", 8.2.78).

Diese Leerformel wird von den Gewerkschaftsführern immer dann wiederholt, wenn sie im K o n k r e t e n keinen Kampf um die gefährdeten Arbeitsplätze führen wollen. Eine Mobilisierung der Kollegen ist offensichtlich nicht geplant.

* * *

Hamburg. Der Hamburger Senat hat für die Werftkapitalisten 35 Mio.

Hamburg. Der Hamburger Senat hat für die Werftkapitalisten 35 Mio. Mark bereitgestellt. *„Mit dem Geld soll vor allem die Wettbewerbslage im Reparaturbereich verbessert werden. Gedacht ist ferner an den Bau neuer Kaimauern, den Ausbau der wasserseitigen Zufahrten zu den Werften und an Investitionen für Gebäude"* („Welt", 15.2.78). Dieses Geschenk wird natürlich damit gerechtfertigt, daß – wie sollte es anders sein – dadurch „langfristig" ein Beitrag zur Arbeitsplatzerhaltung geleistet werde.

Daß die Werften genügend Geld haben, derartige Investitionen selbst zu finanzieren, bestätigte vor kurzem der Vorsitzende des Verbandes der Deutschen Schiffbauindustrie und gleichzeitiger Blohm & Voss-Vorstand, Dr. Bartels. Nach seinen Worten haben die Werften in den zurückliegenden, äußerst gewinnträchtigen Jahren Rückstellungen in Höhe von rund einer Milliarde Mark angehäuft („Handelsblatt", 7.12.77). Zudem gehören die Werften fast ausnahmslos zu finanzstarken Riesenkonzernen, z.B. Blohm & Voss zu Thyssen und Siemens, HDW zum bundeseigenen Salzgitter-Konzern.

Indes ist es höchst fraglich, ob das Senatsgeschenk an das Werftkapital auch nur einen Arbeitsplatz sichert. Vielmehr liegt das Vergabeziel (Reparaturbereich) genau auf der Linie der 1971 von der Bundesregierung vorgelegten „Werften-Enquete", die vorsieht, Hamburg langfristig als Schiffbauplatz auszurocknen und nur die für den Hafenbetrieb notwendigen Reparaturkapazitäten aufrechtzuerhalten. Gerade im Schiffsneubau sind aber in erster Linie die Arbeitsplätze gefährdet. Die B&V-Helgen liegen seit Monaten Total still, hier arbeiten 2.600 Kollegen kurz (eine Woche Arbeit, drei Wochen „feiern"!), und auch HDW hat ab März Kurzarbeit angemeldet. In diesem Zusammenhang muß das 35-Mio.-Geschenk des Hamburger Senats als Startschuß und politische Entscheidung gegen den Schiffsneubau und die davon abhägigen Arbeitsplätze gesehen werden. So meldet denn auch das „Handelsblatt" vom 13.2.: *„(Man) erwartet an der Küste neben einer weiteren Ausdehnung der Kurzarbeit zusätzlich größere Entlassungsaktionen."*

Metall-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Solidaritätsveranstaltung mit den sechs entlassenen Storno-Kolleginnen

Am 25.2. findet in Flensburg ein großes Solidaritätsfest von den sechs entlassenen Storno-Kolleginnen statt. Außer den Kolleginnen sprechen dort von den Unterstützern Anna – entlassene Betriebsrätin von Colgate-Palmolive, Peter Handtke von der GOG Opel Bochum, Jörg Wessels BR der HHLA und ein BR von Texaco Hamburg. Für den Ohrenschmaus sorgen Kalle & Jürgen aus Flensburg, Canta Cronica aus Kiel und Alcatraz.

Diese Veranstaltung ist zunächst der Höhepunkt der Solidaritätskampagne mit den Storno-Kolleginnen, deren Fall mittlerweile von vielen oppositionellen Gewerkschaftern, demokratischen Persönlichkeiten und aktiven Frauen aufgegriffen und weiter verbreitet wird. Für die Entlassenen geht der Clinch mit der Geschäftsleitung demnächst vor Gericht weiter: am 13.3. findet der nächste Prozeßtermin vor der 2.Instanz statt. Das Flensburger Arbeitsgericht hatte im ersten Prozeß die Kündigungsgründe als Bagatellfall zurückgewiesen. Man dürfe gespannt sein, welche „Argumente" den Kapitalisten noch einfallen, um diese Niederlage wettzumachen! Nach wie vor haben die Kolleginnen Haus- und Geländeverbot. Neben der Mobilisierung für die Veranstaltung kommt es jetzt darauf an, die „versprengten Haufen" im Betrieb wieder zu sammeln und die begonnene Arbeit gegen die miesen Arbeitsbedingungen und die Akkordhetze wieder aufzunehmen. Im Handel ist außerdem eine Broschüre unter dem Titel: „Heute Storno – morgen Du! Zu den Auseinandersetzungen um die Betriebsratswahlen bei Storno", die zum Solidaritätspreis von 2 DM zu beziehen ist bei

Christiane Peters
Große Str. 83
2390 Flensburg

KB/Gruppe Flensburg

Druck

Kollegen unter Druck

Nachdem es in der Druckindustrie zu verschärften Tarifauseinandersetzungen bei der Einführung der neuen Techniken gekommen ist, hat sich auch der Druck und die tägliche Repression gegen Kollegen und ihre betrieblichen Vertreter verstärkt. Hierbei ist bis jetzt wohl nur die Spitze des Eisberges sichtbar geworden, da die bürgerliche Presse darüber nicht oder kaum berichtet.

Gruner und Jahr (Itzehoe)
In der großen Tiefdruckerei ist vor einigen Tagen der gesamte 19-köpfige Betriebsrat zurückgetreten, weil es nach seiner Ansicht nicht mehr möglich sei, *„eine vernünftige Arbeit zu leisten"* (nach „ED" 13/78).

So hatte der stellvertretende Produktionsleiter mehreren Betriebsräten (die zugleich Mitglieder des örtlichen Ortsvereinsvorstandes sind), kurz ausgerufenen Zweischichtenstreiks mitgeteilt, daß über *„das Verhalten der Freigestellten* (gemeint sind die freigestellten Betriebsräte) *und eventuelle Unregelmäßigkeiten* (!) *würden zur juristischen Verwertung Aktennotizen angefertigt"* („ED" 13/78). Etwas deutlicher gesagt, die Betriebsräte sollten und sind während des Streiks bespitzelt worden.

Mercator Druckerei (Westberlin)
In dieser Westberliner Druckerei, in der der „Tagesspiegel" erstellt wird, hatte der fortschrittliche Betriebsratsvorsitzende auf einer Betriebsversammlung berichtet, daß der Kapitalist zwei Fotosatzgeräte kaufen will, was zu erheblichen Entlassungen bei den Setzern führen würde.

Da sich der Betriebsrat hier getäuscht hatte, da noch keine neuen Fotosatzgeräte bestellt waren, ließ der Kapitalist per Gerichtsverfahren dem Betriebsratsvorsitzenden verbieten, diese Enthüllung weiter verbreiten zu lassen. Weiterhin hat der Kapitalist die Kündigung (des BR-Vorsitzenden) beim Arbeitsgericht beantragt.

Diese Hektik des Kapitalisten läßt nichts Gutes ahnen, es wird wohl nur noch kurze Zeit dauern, dann dürften doch die neuen Fotosatzgeräte im Betrieb stehen.

Dazu paßt auch, daß der Kapitalist dem Betriebsrat verbieten ließ, auf derselben Betriebsversammlung einen Film zu zeigen, *„in dem über die radikale Umstellung im Druckhaus Stuttgart Möhrigen informiert werden sollte"* (nach „ED" 5/78).

Betriebszelle Broschek
KB/ Gruppe Hamburg

Betriebsrat Broschek: Immer tiefer in den Sumpf

Immer tiefer geht es in den Sumpf beim Betriebsrat der Tiefdruckerei Broschek, Hamburg.

Unter Beisein eines Rechtsvertreters der DruPa diskutierte man über eine Amtsenthebung des linken stellvertretenden BR-Vorsitzenden, weil er angeblich zusammen mit anderen Kollegen und Betriebsräten wieder mal bewußt (!) falsche Aussagen gemacht habe.

Man war aber „gnädig" und ließ die Amtsenthebung dann fallen, wohl auf dem Hintergrund, daß das Verfahren nicht mehr zur Klärung gekommen wäre, da die Amtszeit des Betriebsrates ja demnächst zu Ende ist.

Als Ausgleich wurde dann ein neuer stellvertretender Vorsitzender gewählt, ohne daß der linke Kollege erstmal (nach dem Gesetz) abgewählt wurde. In dieser illegalen Abstimmung wurde dann ein rechter Sozialdemokrat „gewählt". Einsprüche anderer linker Betriebsräte, daß die Wahl ungültig sei und man jetzt praktisch zwei Stellvertreter habe, wurden nicht anerkannt, äußerte sich doch auch der Rechtsvertreter der DruPa im Sinne der rechten Mehrheit des Betriebsrates.

Die linken Betriebsräte sind somit gezwungen, per Gerichtsverfahren diese Abstimmung als ungültig erklären zu lassen.

Betriebszelle Broschek
KB/ Gruppe Hamburg

Druckkapitalisten gehen in die Offensive!

Die Druck-, Verlags- und Zeitungskapitalistenverbände lehnen jede Verhandlung über einen von der IG Druck und Papier neu vorgelegten Tarifvertragsentwurf zur Tarifierung neuer Techniken (OCR) strikt ab. Der Neuvorschlag beinhaltet gegenüber dem bereits ausgehandelten Leitlinientarifvertragsentwurf, der aufgrund massiven Protestes der DruPa-Basis dann von der Tarifkommission abgelehnt wurde, Änderungen in insgesamt 18 von 21 Paragraphen. Die Kapitalisten halten demgegenüber an dem, inzwischen von der DruPa abgelehnten, Leitlinientarifvertragsentwurf fest. Dabei versuchen sie die DruPa in der Öffentlichkeit zu diffamieren, wobei Äußerungen wie die, daß in der DruPa Kräfte am Werk seien, die den Durchbruch sachlich begründeter Kompromisse verhindern wollen, noch zu den harmlosen gehört. Gleichzeitig wird von den Kapitalisten nicht ohne Erfolg versucht, erst einmal die Zustimmung der ehemaligen DruPa-Verhandlungsbündnispartner HBV, DAG und DJV einzuholen. Die DAG hat den Kaputulationsvertrag inzwischen unterschrieben und hetzt jetzt mit den Kapitalisten gegen die DruPa, die HBV hat keine Widersprüche zu der Kapitulation, zeigt aber für die „weitergehenden Bemühungen" der DruPa „Verständnis" und unterschreibt vorerst nicht und der DJV, ein ständischer Journalistenverband bittet die Kapitalisten noch um „einige Klarstellungen", worüber zu verhandeln die Kapitalisten sich bereit erklärt haben. D.h., der von der DruPa-Führung viel angepriesene Tarifverbund mit DAG, HBV und DJV, der oft herhalten mußte, um weitergehende Forderungen der DruPa-Basis abzulehnen, existiert nicht mehr bzw. arbeitet heute zum Teil mit den Kapitalisten gegen die DruPa.

Somit hat die DruPa durch ihre eigene Kapitulationpolitik den Kapitalisten zu einer enormen Stärkeposition verholfen, die diese natürlich rücksichtslos ausnutzen. So drohen sie heute – zusätzlich motiviert durch das Fluglotsenurteil – mit Schadenersatzklagen gegen die DruPa sowie mit der Anrufung des Verfassungsgerichtes gegen die neue DruPa-Taktik, jetzt auf Betriebstarifverträge zu orientieren.

Inzwischen versucht die DruPa-Führung den Anschein zu erwecken, als hätte sie niemals ernsthaft beabsichtigt, diesen Vertrag zu unterschreiben, sie hätten den Mitgliedern nur schwarz auf weiß zeigen wollen, was die Kapitalisten anbieten etc, – ein Lehrstück also, wobei die DruPa-Führer sogar „selbstlos" riskierten, sich bei Kollegen vollkommen unbeliebt zu machen.

So wurden die Leitlinien, die Vorstufen dieses Vertrages im DruPa-Zentralorgan vom 30.1.78 folgendermaßen hochgelobt: *„Ein zweites, am Abend des zweiten Verhandlungstages vorgelegtes Verhandlungspapier („Leitsätze") enthält endlich eine gewisse Anerkennung unserer Forderungen"* und *„in dieser Regelung liegt sicherlich ein Durchbruch".* Offensichtlich wurde der Artikel verfaßt, bevor die DruPa-Führung aufgrund massivster Proteste der Basis bis hin zu Warnstreiks nicht mehr umhin konnte, den Vertrag abzulehnen. Dies ist natürlich auch den Kapitalisten bestens bekannt und wird von ihnen z.B. auf Betriebsversammlungen weidlich ausgenutzt. So zitierte ein Geschäftsleitungsvertreter des Springer-Verlages auf einer Betriebsversammlung in Hamburg genüßlich das DruPa-Zentralorgan und konfrontierte es mit späteren, den Vertrag radikal ablehnenden Aussprüchen der DruPa-Führung. Der anwesende DruPa-Sekretär kam natürlich dabei ganz schön ins Schwitzen. Die „Süddeutsche Zeitung" hat den wahren Sachverhalt richtig erkannt, wenn sie ihn auch zur Demagogie benutzt: *„Auch Hensche stimmte nicht mit 'Nein', ließ dann aber rasch seine Meinung verbreiten, dies sei nur eine formale Billigung der weiteren Arbeit der Formulierungskommission gewesen, keineswegs schon eine inhaltliche Zustimmung. Gleichwohl! erschien im Zentralorgan der Gewerkschaft am 30. Januar, zu einer Zeit also, da aus zahlreichen Betrieben schon Proteste gegen den Kompromiß im Stuttgarter Hauptquartier lautgeworden waren, ein Artikel, in dem das Frankfurter Ergebnis als 'Durchbruch' bezeichnet wurde. Im Sturm der gewerkschaftsinternen Opposition hat der Vorstand am 31. Januar den Kompromiß verworfen – 'einstimmig' mit der Tarifkommission"* („SZ", 10.2.78). Alles in allem wird deutlich, daß die DruPa-Führung sehr wohl zum Verrat der Mitgliederinteressen bereit war und es auch wieder sein wird, wenn die Aufmerksamkeit und Kampfkraft der Basis es nicht zu verhindern wissen.

Nachdem die DruPa auf die endgültige Ablehnung der Kapitalisten zu Neuverhandlungen am 8.2.78 noch mit massiven Proteststreiks geantwortet hatte, die das Nichterscheinen zahlreicher Tageszeitungen, darunter alle überregionalen, am 9.2. zur Folge hatten (s. Kasten), hat der Hauptvorstand sich am 9.2.78 eine neue Taktik ausgedacht:

„Der erweiterte Vorstand bevollmächtigt den Hauptvorstand, Unternehmen den Abschluß von Firmentarifverträgen auf der Grundlage der gewerkschaftlichen Tarifforderungen anzubieten. Das Ziel der IG Druck und Papier bleibt dennoch nach wie vor ein bundeseinheitlicher Tarifvertrag. Der erweiterte Vorstand ermächtigt den geschäftsführenden Hauptvorstand als zentrale Streikleitung, zur Durchsetzung unserer Tarifforderungen die Mitgliedschaft in bestimmten Betrieben zur Urabstimmung aufzufordern und zu begrenzten Streiks aufzurufen" („Informationsdienst für Funktionäre" vom 10.2.78).

Inzwischen hat die DruPa rund 100 Druckereien und Verlage aufgefordert, auf ihre Kapitalisten einzuwirken, damit diese sich bis zum 20.2.78 zu neuen Verhandlungen bereit erklären. Sollte es nicht dazu kommen, so bietet die DruPa diesen Betrieben Verhandlungen über Haustarifverträge an, wozu die Einzelkapitalisten sich bis zum 21.2.78 erklären sollen. *„Für den Fall, daß die Verbände weiterhin bei ihrer Ablehnung von Verhandlungen bleiben und Sie selbst auf unser Angebot zum Abschluß eines unternehmensbezogenen Tarifvertrages nicht eingehen, behalten wir uns vor, Ihr Unternehmen in Kampfmaßnahmen einzubeziehen"* („FR", 16.2.78). Mit diesen Schwerpunktkampfmaßnahmen soll dann angeblich wiederum ein bundeseinheitlicher Vertrag erstreikt werden.

Während im letzten Jahr die DruPa-Führer massiv gegen Betriebsvereinbarungen geschossen hatten, selbst wenn diese weit über das hinaus gingen, was die DruPa-Führer jetzt als Vertrag fordern, sollen Betriebsvereinbarungen nun wieder Trumpf sein.

Zwar können in der Tat jetzt um betriebliche Vereinbarungen Kampfaktionen der Kollegen entwickelt werden, allerdings ist jede Illusion, daß derzeit größere Bereitschaft bei den Kapitalisten bestünde, vollkommen unangebracht. Allein der Druck der Kapitalistenverbände, die Ausschlußdrohung aus deren Verband, dürfte dies verhindern.

Auch die Taktik, gegebenenfalls in bestimmten Betrieben nach Urabstimmungen „begrenzte Streiks" auszurufen, kann vieles und gar nichts heißen.

Bisher haben die DruPa-Führer damit gespielt, bestimmte Produkte zu bestreiken, wobei der eine Kollege in den Betrieb gehen soll, der andere, der an dem bestreikten Produkt arbeiten würde, aber streikt. Mehr ein Verwirrspiel als eine Streiktaktik.

Weiterhin werden bei begrenzten Streikaktionen in nur wenigen Betrieben die überwiegende Zahl der Kollegen vollkommen herausgehalten. Das dürfte kaum dazu beitragen, die Kapitalisten zu größerer Kompromißbereitschaft zu bewegen.

All dies könnte einen nächsten Umfaller der Gewerkschaftsführer beschleunigen.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

9.2.78 - Ein Tag [fast] ohne Zeitungen!

Als Sofortantwort auf die Ablehnung der Kapitalisten gegenüber neuen Verhandlungen rief die DruPa in 21 großen Betrieben zu Proteststreiks auf. In der Regel ging die Spätschicht des 8.2. mit dem Streik an und er endete mit Ende der Nachtschicht, d.h. um sechs Uhr am 9.2.78.

Bestreikt wurden folgende Zeitungen: „Stuttgarter Zeitung", „Stuttgarter Nachrichten", „Frankfurter Rundschau", „Frankfurter Allgemeine Zeitung", „Frankfurter Neue Presse", „Wiesbadener Kurier", „Wiesbadener Tageblatt", „Ludwigshavener Rheinpfalz", „Süddeutsche Zeitung", „Hannoversche Allgemeine Zeitung", „Neue Hannoversche Presse", „Bild-Hannover", „Braunschweiger Zeitung", „Hamburger Morgenpost", „Bild Hamburg", die „Welt", „Hamburger Abendblatt" (erschien mit einer vierseitigen Notausgabe), „Nordsee-Zeitung", Bremerhaven etc. Darüberhinaus wurde in Hamburg der Heinrich-Bauer-Verlag, die Springer-Tiefdruckerei Ahrensburg, der Verlag Gruner und Jahr, sowie dessen Tiefdruckerei in Itzehoe bestreikt.

Am 9.2. kam es ebenfalls zu Warnstreiks, so z.B. bei Merkator in Westberlin, was zur Verzögerung des „Abends" führte. Am 13.2. wurde erneut die „Frankfurter Rundschau" bestreikt. Diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Insgesamt verhinderten 13.000 streikende Kollegen das Erscheinen von 4,3 Millionen Zeitungen am 9.2.78.

Nachdem die Kapitalisten am Abend des 8.2.78 erklärten, daß sie die Kampfmaßnahmen auch *„diesmal noch ohne Gegenmaßnahmen hinnehmen"* werden, nicht ohne zu betonen, daß ihre Geduld am Ende sei und die DruPa *„den überflüssigsten Arbeitskampf der deutschen Tarifgeschichte"* führe, drohen sie inzwischen mit Schadensersatzklage. *„Es handelte sich ganz eindeutig gar nicht mehr um Warnstreiks, sondern um Erzwingungsstreiks. Diese aber sind selbstverständlich rechtswidrig, weil kein satzungsgemäßer Beschluß vorangegangen ist"*, so ein Kapitalistenvertreter im „Handelsblatt" vom 13.2.78. Angestachelt in ihrem Streben nach Schadensersatz wurden sie dabei offensichtlich vom Fluglotsenurteil. Weiterhin drohen die Kapitalisten mit Klagen gegen angebliche Verstöße im Rahmen der Streiks wie Hausfriedensbruch, Beleidigung und Nötigung. D.h.: kein Tarifvertrag ohne Maßregelungsklausel!

Druckkomitee
KB/ Gruppe Hamburg

HBV

Nazis in der HBV!

Der Fall des zwischenzeitlich verstorbenen Nazis Kappler macht auch heute noch in der Mitgliederzeitung der HBV „ausblick" Schlagzeilen. Im Oktober 1977 schrieb Christian Götz, engagierter Chefredakteur des „ausblick", einen offenen Artikel über die Nazi-Bewertung in der BRD und über Kappler. Die Helfershelfer der Flucht wurden beim Namen genannt (vom DRK bis zu „öffentlichen Töpfen"), die Machenschaften seiner Freunde (Jung-Nazis vor Kapplers Haus auf Wache, Daten aus dem ARD-Film „Wotans Erben") dargestellt und schließlich dazu aufgerufen, rechtsradikale, neonazistische und faschistische Gefahren wirksam zu bekämpfen: *„Es muß endlich gehandelt werden."*

In der Dezember-Ausgabe kamen in der Leserbriefecke zwei HBV-Mitglieder zu Wort:

„Ich empfinde Freude und Genugtuung darüber, daß Kapplers Flucht ... gelungen ist. Es ist das Recht eines jeden Kriegsgefangenen zu fliehen. Die Ansicht eines Schreibers in einer deutschen Gewerkschaftszeitung ist dabei völlig belanglos.

... Bezeichnenderweise berichtet Christian Götz nicht, daß in der Via Rasella in Rom über 40 deutsche Soldaten durch eine Bombe ermordet worden sind. Diese Bombe war von Zivilisten, von typisch italienischen Feiglingen also, gelegt worden. Daß Kappler fünf Geiseln zuviel hat erschießen lassen, kann man ihm nicht zum Vorwurf machen, weil später noch mehrere Attentatsopfer in Lazaretten starben, die bei der Geiselnahme überhaupt nicht berücksichtigt worden waren ...

Und was bildet sich der Naivling und Primitivling Götz eigentlich ein, ...

Ich sage also meiner Gewerkschaft HBV: Mit diesem Christian Götz ist kein Staat zu machen. Der Autor ist im anständigen Sinne nicht vorzeigefähig. Empfehlen Sie ihn an die Croissant-Szene weiter. Dort paßt und gehört er hin."

Gemeint und geschrieben von einem Herren **Erich Debus, Aßlar!**

Vorsichtiger, wenngleich vom Tenor her ähnlich schreibt ein Herr **Manfred Schneider aus Worms.** Er versteckt sich allerdings hinter einem Artikel des Evangelischen Pressedienstes von Präses Wilm, der Kappler nicht als Massenmörder einstuft, weil er sich anfangs gegen den Befehl gewehrt hätte. Die vorangegangenen Aktionen der italienischen Widerstandskämpfer stuft der Präses als „feiges Dynamitattentat" ein.

Schneider selber kommt dann zum Schluß, daß er zwar ein Ziel der Faschisten ablehnt („gegen Juden"), aber das andere voll unterstützt („gegen Kommunisten").

Ermutigend ist die Reaktion der Leserschaft des „ausblick" in der Februar-Ausgabe. Sieben HBVler protestierten energisch gegen das Geschreibsel dieser offensichtlichen Nazis und forderten sofortige Sanktionen:

„Hier sollte man schnellstens prüfen, ob diese Herren für HBV noch tragbar sind", oder *„Es muß alles getan werden, um solche Leute aus der Gewerkschaft zu entfernen; sie sind das faschistische Gift der Reaktion!"*

Einhellig wird Kappler als das bezeichnet, was er war: *„Kappler, eine stolze Stütze des faschistischen Deutschen Reiches, mit unseren Steuergeldern (Ministerschutz) ... zu stützen, sind böse Nachwehen des deutschen Unrechtsstaaates von 1933 bis 1945".*

Man wird interessiert verfolgen dürfen, ob die Gewerkschaftsführer gegen die Beiden einschreiten.

Ein HBV-Genosse
KB/Gruppe Hamburg

Tarifrunde Banken: Gewerkschaftsführer abgeblitzt

Am 13.2. fand die erste Mitgliederversammlung der Fachabteilung Banken der Hamburger HBV-Ortsverwaltung nach gut 1 1/2 Jahren statt. Haupttagesordnungspunkt war die diesjährige Tarifrunde Banken. Wieder einmal war eigens ein hoher Funktionär aus Düsseldorf (Hauptvorstand) angereist, der Sekretär Paulke.

Er schaffte es wie so oft, sich Minute für Minute den wachsenden Unwillen der ca. 50 Bankangestellten zuzuziehen: Reden über die gesamtwirtschaftliche Lage, Gutachten der Bundesregierung und des Sachverständigenrates, Exportschwierigkeiten der westdeutschen Wirtschaft und ähnliches mehr.

Zahlenspielereien (die Entwicklung der Tariferhöhungen von 1972–1977, ..), große Sprüche („man droht uns mit der Arbeitslosigkeit, wir bleiben aktiv und konsequent") etc. pp. brachten dann schließlich die konkreten Tarifvorstellungen zum Vorschein: Aus ersten eingegangenen Fragebögen ginge hervor, daß die Basis nur 5,5% wolle, in Kreisen der Tarifkommission aber hatte man sich weitgehend auf 7,5% geeinigt, (ganz schön „radikal" waren die Gewerkschaftsführer da mal wieder!).

Damit kam Paulke in Hamburg gar nicht gut an. Ortsgröße Harald Lohse nutzte die Gunst der Stunde. Er forderte eine „aggressive Tarifpolitik" und 8,5% mehr Gehalt, mindestens 170 DM, dazu die 35-Stunden-Woche.

Bei nur zwei Stimmen dagegen und zwei Enthaltungen wurde diese Forderung unter großem Jubel und Beifall angenommen und zumindest die Hamburger Mitglieder der Tarifkommission darauf festgelegt.

Eigentlich hätten noch zwei Anträge diskutiert werden müssen. Ein von einer Reihe Bankkollegen unterschriebener Antrag, sich an der Protestbewegung gegen die Erweiterung der Urananreicherungsanlage in Almelo zu beteiligen und ein weiterer zum DGB-Brief zum Russell-Tribunal.

Aufgrund der vorgerückten Zeit und der allgemeinen Aufbruchsstimmung wurden die Anträge als „Material" an den Fachabteilungsvorstand verwiesen, wo sie wohl den Papierkorb füllen dürften.

Banken-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Finanziert die Iduna das Kinderhaus?

Hamburg. Diese – natürlich nicht ganz ernst gemeinte – Frage stellten sich viele Kollegen bei der Iduna, als sie am 8.2.78 ein Flugblatt der „Alternative" bekamen.

Zum Hintergrund:

Nach den vorgezogenen BR-Wahlen bei der Iduna im November 1977 wurde der bereits 1975 bei der Kündigungswelle entlassene Kollege A.P. als Spitzenkandidat der ‚Alternative' erneut in den BR gewählt. Gleich darauf nahm er Verhandlungen mit der Geschäftsleitung auf, um Zutritt zu den Geschäftsräumen zu erhalten, damit er sein BR-Mandat wahrnehmen kann. Das wurde von der Geschäftsleitung strikt abgelehnt. Da im Fall A.P. bereits das Bundesarbeitsgericht in einem Grundsatzurteil das Weiterbeschäftigungsrecht während der Prozeßdauer abgeschmettert hat, hieße das jahrelange weitere Prozesse, wobei bei dem zunehmenden Rechtstrend in der „Rechts"sprechung **der Ausgang ziemlich klar wäre – nämlich ein Urteil gegen die Kollegen. Deshalb schloß der Kollege** jetzt einen Vergleich, den sich die Iduna etwas kosten ließ.

Gerüchteweise beträgt die Abfindung 70.000 bis 80.000 DM, und wie es weiter in dem ‚Alternative'-Flugblatt heißt: *„und in einer Hinsicht sind wir uns sicher, dieses Geld nimmt A.P. nicht für sich allein! Es gibt verschiedene linke und fortschrittliche Projekte in Hamburg, die eine finanzielle Unterstützung verdienen. Er selbst ist seit langen Jahren im Kinderhaus Heinrichstraße engagiert .."*

Die Kollegen bei der Iduna verstanden diesen Schritt und eine ganze Reihe von Kollegen konnte eine „klammheimliche Freude" darüber, daß die Iduna – ganz unfreiwillig – fortschrittliche Projekte unterstützt, nicht verhehlen, zumal – wie es das letzte Flugblatt der ‚Alternative' zeigt – die Rechnung einiger Herren nicht aufgegangen ist und die Opposition bei der Iduna nicht mit einer Zahlung von 70. – 80.000 DM tot ist.

Betriebszelle Iduna
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

Verfassungsschutz bei der Lufthansa
Ein „Fall" für das Russell-Tribunal

Der Beweis für die totale Überwachung der Arbeiter und Angestellten in Großbetrieben, der Beweis für durch den Verfassungsschutz erwirkte faktische Berufsverbote in diesen Betrieben konnte in dem Arbeitsgerichtsprozess eines durch die Lufthansa AG gekündigten Betriebselektrikers erbracht werden:

Noch während der dreimonatigen Probezeit wurde dem Elektriker gekündigt. Angeblich genügte er den geänderten Anforderungen des Arbeitsplatzes nicht mehr. Statt eines Betriebselektrikers hätte die Lufthansa einen ausgebildeten Elektroniker gebraucht. Der Betriebsrat machte gegen diese Kündigung Bedenken geltend, da die geänderten Anforderungen an den Arbeitsplatz auch schon bei der Einstellung des Elektrikers bekannt gewesen sein mußten.

Der Elektriker, aktiver AKW-Gegner und als oppositioneller Gewerkschafter schon bei einem anderen



Hamburger Großbetrieb entlassen, reichte daraufhin Klage auf Weiterbeschäftigung beim Arbeitsgericht ein. Trotz fehlendem Kündigungsschutz, der erst ab 6 Monaten Betriebszugehörigkeit wirksam wird, war dies möglich, da in jedem Fall die Anhörung des Betriebsrates und die Darlegung der tatsächlichen Kündigungsgründe durch den Unternehmer nach § 102 BVG erfolgen muß. Vor Gericht machte der Elektriker geltend, daß die tatsächlichen Gründe

digungsgründe durch den Unternehmer nach § 102 BVG erfolgen muß. Vor Gericht machte der Elektriker geltend, daß die tatsächlichen Gründe

für die Kündigung politischer Natur seien und diese dem Betriebsrat im Anhörungsverfahren verschwiegen worden seien.

Das Gericht ließ den Antrag des Klägers auf Beweisaufnahme zu. Zwar konnte es sich nicht durchringen, den Leiter des Hamburger VS, Horchem, zu laden, jedoch wurde der Leiter der Abteilung „externe Sicherheit" bei der Lufthansa vorgeladen.

Der Rechtsvertreter der Lufthansa, der in den beiden Verhandlungen vor der Beweisaufnahme kategorisch bestritten hatte, daß irgendwelche Überprüfungen durch den VS oder andere Stellen bei Lufthansa vorgenommen würden, sah sich nun gezwungen, diese Behauptung aufzugeben.

Darüber berichtet die Betriebszeitung einer Gruppe oppositioneller Kollegen bei der Lufthansa:

Die langjährigen Vermutungen von vielen Mitarbeitern haben sich bestätigt. Lufthansa ‚überprüft' alle Neueinstellungen mit und durch den Verfassungsschutz (VS) und das seit ca. 20 Jahren.

– Hamkv/PV leitet bei Neueinstellung sämtliche vorhandene persönliche Daten wie Name, Vorname, Geburtstag, Geburtsort, Staatsangehörigkeit und Wohnort an die Abteilung „Externe Sicherheit" nach Köln weiter (CGNCJ3).

– CGNCJ3 wiederum trägt diese Daten in ein EDV-Formular ein, das vermutlich auch im öffentlichen Dienst benutzt wird.

– Diese eingetragenen Daten werden zur „Überprüfung" an das Bundesverkehrsministerium, dann weiter zum Innenministerium und zuguterletzt an den VS weitergeleitet.

– Kann der VS-Computer keine Auskunft geben, da über die betreffende Person noch nichts gespeichert ist, wird nur ein entsprechender

– Kann der VS-Computer keine Auskunft geben, da über die betreffende Person noch nichts gespeichert ist, wird nur ein entsprechender

Vermerk auf dem EDV-Bogen gemacht.

– Sind aber Daten vorhanden, wie Verfehlungen aus der Bundeswehrzeit, der Ehe (sprich Scheidung), Führerscheinentzug, Vorstrafen als Schläger, Spieler oder auch nur die Registrierung von Verfehlungen (auch die nicht zur Strafverfolgung führten), Beteiligung an Demonstrationen, Veranstaltungen, Mitwirkung in Bürgerinitiativen, bei Ausländern Überprüfung der Ausländerakte usw.-usf., werden diese für die Lufthansa „offen gemacht" und über die gleiche Kette der Behörden an CGNCJ zurückgemeldet.

– CGNCJ3 bestätigte, daß von 100 Anfragen „2–3" positiv in dem Sinne gemeldet werden, daß Angaben vorhanden sind.

– Ist das Ergebnis der Untersuchung „positiv" empfiehlt CGNCJ3 dem zuständigen Personaldienst die Einstellung oder Entlassung.

– Ob der Mitarbeiter entlassen bzw. nach der Probezeit übernommen wird, entscheidet letztendlich der Personaldienst mit den zuständigen Dienststellenleitern.

– Alle EDV-Bögen mit den abgefragten Daten, so CGNCJ3, werden nur 1 Jahr aufbewahrt (?), die Angaben bei dem zuständigen Personal- bzw. Dienststellenleiter nach Einstellung oder Entlassung vernichtet.

Vernichtet insofern, daß sie nicht mehr offiziell, sondern nur noch im angeblich „nicht vorhandenen" Schwarzen Buch wiederzufinden wären.

Erschreckend klar wird hier das Zusammenspiel von Privatindustrie, Bundesbehörden und Verfassungsschutz. Erschreckend klar aber auch das offiziell zugegebene Außmaß der gesammelten Daten über Arbeiter und Angestellte, das mit 2–3 Prozent angegeben wird! Im konkreten Entlassungsfall gab Lufthansa zwar zu, daß auch hier überprüft wurde und auch Angaben vorhanden wären, jedoch hätten diese keine Auswirkung auf die Entscheidung zur Kündigung gehabt. Trotz Aufforderung des Gerichts verweigerte der Lufthansa-Vertreter die Aussage, was denn da herausgeschnüffelt worden war.

Der Lufthansavertreter nahm zwar dadurch bewußt in Kauf, daß seine Glaubwürdigkeit weiter herabgesetzt wurde, er nahm somit auch bewußt in Kauf, den Prozeß zu verlieren, jedoch erschien es ihm wohl besser, einen Prozess zu verlieren, als durch gerichtsverwertbare Aussagen über die Schnüffelpraxis, die zum Verlust des Arbeitsplatzes führt, mit Sicherheit weitere Prozesse führen zu müssen, die noch mehr Licht in die „Schwarzen Computer Listen" gebracht hätten.

Der Elektriker muß zwar weiterbeschäftigt werden, sollte er aber in den nächsten Instanzen verlieren, so

„Schwarzen Computer Listen" gebracht hätten.
Der Elektriker muß zwar weiterbeschäftigt werden, sollte er aber in den nächsten Instanzen verlieren, so

ist schon jetzt klar, daß eine Einstellung in einem anderen Betrieb ziemlich ausgeschlossen ist: Im VS Computer sind weiterhin seine Daten gespeichert, und er hat keine Möglichkeit dagegen etwas zu unternehmen.

Ein Fall für das Russell-Tribunal!

Betriebszelle Lufthansa
KB/Gruppe-Hamburg

Bezirksamt und Gewerkschaftsführer bereiten Berufsverbot vor

Im Juni 1977 wurde die Erzieherin Dagmar Artelt nach zehnjähriger Tätigkeit beim Bezirksamt Wedding aufgrund eines Disziplinarbescheides zum 31.3.1978 gekündigt.

Das Bezirksamt führt in dem Schreiben aus, daß Dagmar „offenbar aufgrund ihrer Persönlichkeitsstruktur jede Form der Einordnung (...) ablehnt". Bezug genommen wird dabei auf die Auseinandersetzungen mit dem Amtsleiter, Herrn Schmidt, der Sachbearbeiterin, Frau Wolter, und der Kita-Leiterin. Krampfhaft versucht das Bezirksamt, das Disziplinarverfahren zunächst auf nichtpolitische Begründungen zurückzuführen;

– „Unverschämtes und aggressives Auftreten dem Amtsleiter, Herrn Schmidt, gegenüber, nicht anklopfen, nicht grüßen,..."
– Sie provoziere ständig Konflikte mit dem Bezirksamt.
– Sie habe „gemeinsam mit ihren Kollegen die Frühstückspause ausgedehnt...".

Der wirkliche Grund für ihre Kündigung war jedoch folgender: Dagmar hatte sich im Rahmen ihres gewerkschaftlichen Engagements – sie ist ÖTV-Vertrauensfrau – gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, gegen Stellenstreichungen, Berufsverbote und Unvereinbarkeitsbeschlüsse und für eine bessere gesundheitliche Versorgung der von ihr betreuten Kinder eingesetzt.

Aus Empörung über diese Maßnahme des Bezirksamtes bildete sich nach einer Informationsveranstaltung ein Ausschuß von Eltern und Erziehern zur Unterstützung von Dagmar.

Gerade wegen ihres großen Einsatzes für den Kita-Betrieb wurde sie zu einer unbequemen Mitarbeiterin für die Amtsleitung. Diese steht nämlich unter dem Zwang, die Sparpolitik des Senats um jeden Preis durchzusetzen, und ist deshalb besonders darauf bedacht, jegliche Kritik bzw. Widerstand gegen die miserablen Bedingungen im Kita-Bereich im Keim zu ersticken.

Die Folge war, daß Dagmar durch häufige Umsetzungen – Vertretungen in anderen Kindertagesstätten – diszipliniert werden sollte. Dagmar ließ sich nicht einschüchtern, so daß sich die Amtsleitung nur noch durch eine Kündigung zu helfen wußte. Zu diesem Zweck wurde Dagmar genauestens observiert. Persönliche Äußerungen und sogar Telefongespräche (!) wurden protokolliert und gesammelt, Pauschalbehauptungen über verspäteten Arbeitsbeginn, Verlängerung der Frühstückspausen und Diskussionen mit den Kollegen während der Dienstzeit wurden aufgestellt. Insgesamt dauerte es länger als ein Jahr, bis das BA glaubte, genügend Material zusammengetragen zu haben, um eine Kündigung im Anschluß an ein Disziplinarverfahren rechtfertigen zu können. Während dieser Zeit wurde Dagmar weder angemahnt noch in irgendeiner Weise auf die gegen sie vorliegenden Beschuldigungen hingewiesen.

Höhepunkt der Hetzkampagne bildete folgende Beschuldigung: Das BA will von Dritten erfahren haben, daß von Dagmar betreute Kinder im Oberdeck eines BVG-Busses „Bullenabschießen" gespielt haben. „Da es sich um Kinder handelt, die seit Jahren die Einrichtung besuchen, liegt die Feststellung nahe, daß von Ihnen zumindest einem derartigen Spielverhalten nicht entgegengetreten wurde" (Zitat aus dem Disziplinarbescheid).

Mit dieser erneut vorgegebenen Begründung wollte das BA Dagmar diesmal in eine politische Ecke („Terroristen") drängen, um die wahren Gründe für die

dem Disziplinarbescheid).
Mit dieser erneut vorgegebenen Begründung wollte das BA Dagmar diesmal in eine politische Ecke („Terroristen") drängen, um die wahren Gründe für die

Kündigung leichter vertuschen zu können und nötigenfalls ein weiteres Verfahren auf dieser Ebene weiterführen zu können.

Die Kollegen, die Dagmar als aktiv für die Interessen der Beschäftigten eintretende Vertrauensfrau kennen und schätzen gelernt haben, sammelten Unterschriften für eine Weiterbeschäftigung und unterstützten Dagmar auf breiter Basis.

Auch viele Eltern der von Dagmar betreuten Kinder verliehen ihrer Zufriedenheit mit Dagmars Arbeit Ausdruck und waren über das Vorgehen der Amtsleitung empört.

Dagmar klagte gegen ihre Kündigung vor dem Arbeitsgericht und gewann den Prozeß. Die Kosten für den Anwalt betrugen allerdings über 1.000 DM. Mittlerweile hat das Bezirksamt Berufung eingelegt, die am 7.6.78 stattfinden soll.

Die Rolle der Gewerkschaftsführung

Wie weit die Verquickung z.B. im Wedding zwischen Bezirksamt, Personalrat und Betriebsgruppenvorstand gediehen ist, beweist die Zusammenarbeit dieser drei „Ämter" auch im Fall von Dagmar Artelt. In der Vertrauenskörpersitzung am 16.8.1977 – also zwei Monate vor ihrem Prozeßtermin (!) – wurde über die Kündigung Dagmars abgestimmt. Dabei stimmte das Gremium mehrheitlich (15:8:3) für die Kündigung, obwohl keiner der Vertrauensleute dafür das Votum der zu vertretenden Kollegen gehabt hat.

Der Personalrat orientierte sich am 17.8. bei seiner Entscheidung daran und stimmte einstimmig der Kündigung zu. Wie dubios und unmöglich dieses Verhalten der Personalvertretung ist, zeigt sich an der Tatsache, daß das Arbeitsgericht im Urteil die Kündigung als unhaltbar disqualifizierte.

Durch die eindeutige Entscheidung des Arbeitsgerichts ist der Personalrat in große Schwierigkeiten geraten, zumal auch neue Personalratswahlen anstanden. Aus diesem Grund zögerte er die längst fällige Personalvollversammlung, die allein die Möglichkeit bietet, vom Personalrat öffentlich eine Rechtfertigung seiner Politik zu verlangen, bis zu einem Zeitpunkt nach den Wahlen hinaus. Vorläufig letzte Maßnahme in der „Interessenvertretung" Dagmars ist der Antrag des Betriebsgruppenvorstandes, Dagmar aus der ÖTV auszuschließen. Erste mündliche Begründung: D.A. habe sich gewerkschaftsschädigend verhalten, weil sie sich anläßlich der Personalratswahl nicht aktiv und vorbehaltlos für eine Wiederwahl der ÖTV-Personalräte eingesetzt und engagiert habe. Das zumindest hätte man von ihr erwarten können. Diese Personalräte haben ihrer Kündigung zugestimmt!

Es geht der Gewerkschaftsführung eindeutig darum, das Berufsverbot von Dagmar, das durch das Berufungsverfahren des Bezirksamtes endgültig abgesegnet werden soll, durch einen Gewerkschaftsausschluß vorzuentscheiden. Dies muß gerade vor dem Hintergrund der breiten Solidarisierung von Kollegen, Eltern und anderen Betriebsgruppen gesehen werden. Die Gewerkschaft will die Kollegen vor allem einschüchtern, damit das Berufsverbot über die Bühne gezogen werden kann. Dazu Dagmar: *„Bisher haben sich die Behörden und Gewerkschaftsführung bemüht, sich den Anschein zu geben, als würden sie in erster Linie gegen Verfassungsfeinde – Mitglieder kommunistischer Organisationen – vorgehen. Mein Berufsverbot zeigt, daß sich diese Maßnahmen gegen alle Kollegen richten, die sich gegen den Abbau demokratischer Rechte und die Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen einsetzen."* Am 18.1.78 fand die ÖTV-Betriebsgruppenvollversammlung statt. Sehr viele Kollegen aus verschiedenen Bereichen des Bezirksamtes nahmen Stellung gegen das geplante Gewerkschaftsausschlußverfahren. Der Betriebsgruppenvorstand war offensichtlich auf das aktive Eintreten vieler Kollegen für Dagmar nicht vorbereitet und blieb ohne Stellungnahme. In den kommenden Bereichsversammlungen wird der geplante Gewerkschaftsaus-

stand war offensichtlich auf das aktive Eintreten vieler Kollegen für Dagmar nicht vorbereitet und blieb ohne Stellungnahme. In den kommenden Bereichsversammlungen wird der geplante Gewerkschaftsaus-

schluß und die bevorstehende Berufungsverhandlung breit diskutiert werden.

Der Ausschuß von Eltern und Kollegen arbeitet weiter: Dienstags 20.00 Uhr, Pizzeria „Sorrento", Mark-/Ecke Reginhardstraße, Berlin-Wedding. Konto für Prozeßkostenspenden: Nr. 19037410, Berliner Volksbank, Kennwort: „Prozeßkosten Dagmar Artelt".

(Nach einem Artikel des Ausschusses für Dagmar)
Kollektiv Wedding/KB Gruppe Westberlin

ÖTV-Führer setzen VS gegen Gewerkschaftsfunktionär ein

Am 9.2.78 hat der ÖTV-Hauptvorstand dem Kieler Gewerkschaftssekretär, Kollegen Manfred Schwanbeck, seine Kündigung zum 31.3.78 ausgesprochen und ihm mitgeteilt, daß er ab sofort Arbeitsverbot hätte.

Kollege M.Schwanbeck hatte seit Jahren eine konsequente gewerkschaftliche Arbeit im ehrenamtlichen Bereich der ÖTV geleistet. Er wurde am 1.12.77 als hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär eingestellt und hatte die Bereiche Gesundheitswesen, Sozialarbeit, Wissenschaft und Forschung, Jugend und die privatwirtschaftlichen Bereiche im Rahmen der ÖTV-Kreisverwaltung Kiel zu betreuen.

Wie ist es nun zu dieser Kündigung gekommen?

Am 7.2. wurde der Kollege Manfred zu einem Gespräch mit dem „Kollegen" Schwalbach geladen (Schwalbach ist Vorsitzender des ÖTV-Bezirkes Nordwest, sitzt für die SPD im schleswig-holsteinischen Landtag, ist dort **Mitglied des Innenausschusses(!)**, außerdem Mitglied des Aufsichtsrats der NWK). Dort wurde dem Kollegen Manfred, der sich noch in der Probezeit befand, mitgeteilt, daß man „Erkenntnisse und Materialien" hätte, die belegen würden, daß er Mitglied einer „gegnerischen Organisation" sei. **Nach Aussagen von Schwalbach ist der Kollege Manfred vor seiner Einstellung beschattet worden(!)**, allerdings ergebnislos. Eine weitere Beschattung während der Probezeit hat dann wohl zu den gewünschten Ergebnissen geführt, denn nach Schwalbach würden die nun vorliegenden „Materialien" vorherige Erkenntnisse nur noch bestätigen.

Einen Tag vor diesem Gespräch, also am 6.2., ist die Wohnung des Kollegen vom Verfassungsschutz durchsucht worden (in M.'s Abwesenheit).

Manfreds ehemaliger privater Telefonanschluß wird augenscheinlich persönlich von einem Staatsschutzbeamten überwacht (bei Anrufen meldete sich dieser „Herr" mit „Schwanbeck").

Offensichtlich laufen die gemeinsamen Ermittlungsarbeiten von ÖTV-Schwalbach und Staatsschutz weiterhin auf „vollen Touren", denn nach Schwalbach ist der Kollege Manfred „nur die Spitze des Eisberges"!

Nach der von den Postgewerkschaften in Frankfurt/Main aufgedeckten regelmäßigen Zusammenarbeit von DGB und Verfassungsschutz,

nach dem Bekanntwerden der Existenz von Ausschlußlisten des DGB-Bundesvorstands, über die der Verfassungsschutz unterrichtet ist,

und nach dem jüngsten gemeinsamen Vorgehen von DGB-Führung und Staatsschutz gegen das fürs Frühjahr geplante Russell-Tribunal,

haben wir hier einen erneuten Beleg für die zunehmende direkte Zusammenarbeit von Staatsschutz und Gewerkschaftsführung, die mit immer brutaleren Mitteln den Weg für rein sozialdemokratische Richtungsgewerkschaften ebnen.

Kampf der Verfassungsschutzgewerkschaft!

KB/Gruppe Kiel

Leserbrief
Postgewerkschaft — Vorreiter für neue Ausschlußverfahren

Nachdem die Widerstände in der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zum größten Teil gebrochen sind, versucht man nun, was abzusehen war, die DKP und die SDAJ auch als unvereinbar abzustempeln. Der erste größere Angriff wurde 1977 auf dem 12. Gewerkschaftskongreß der DPG vom 9.10. bis 15.10.77 in Mainz gestartet. Hier wurde ein Antrag eingebracht, der die DKP Mitgliedschaft als unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der DPG forderte. Dieser Antrag ist an den Gewerkschaftsrat (GR) weitergegeben worden. Der GR kann ihn nun jederzeit aus der Schublade ziehen und verwirklichen (gut ausgetüftelt). Da dies momentan noch nicht ins Klima paßt, wird erst einmal in den konservativsten Gewerkschaften getestet, welcher Widerstand gegen diese Maßnahmen zu erwarten ist.

Als erstes wurde inoffiziell ein Funktionsverbot für DKP-Mitglieder (raus aus den Ausschüssen, keine Kandidatur auf Listen der DPG usw.) verhängt. Durch allerlei Schweinereien (Herunternehmen von Wahllisten) setzte man dieses durch.

Die ganze Sache bekommt jetzt zunehmend Gewicht. Der Bezirksvorstand der DPG Hannover hat es fertig gebracht, einen Beschluß zu fassen, in dem er DKP-Mitgliedern das Recht auf Information durch DPG-Schulungen verweigert.

Schulungs- und Funktionsverbot sind nur die Vorboten für eine erneute „Säuberungsaktion" in den Gewerkschaften . . .

Es wird höchste Zeit, hier Informationsarbeit zu leisten. Solche oder ähnliche Fälle wie aus dem Bereich Hannover müssen unbedingt in die Öffentlichkeit getragen werden. Es darf nicht stillschweigend geduldet werden! Darum die Forderung an Alle, solche Fälle zu veröffentlichen.

Ein Leser

Nach Aktionen gegen Rationalisierung Ausschluß aus dem Personalrat

„Weitreichende Änderungen im Krankenhaus" – unter dieser Überschrift erfuhr die Öffentlichkeit erstmals durch einen Zeitungsartikel („Schwäbische Zeitung", vom 12.1.78) von Rationalisierungsmaßnahmen im Krankenhaus Sigmaringen. Betroffen waren 48 Mitarbeiter des Reinigungsdienstes, die derzeit bereits auf 38 – „durch natürliche Fluktuation" – reduziert sind. Während in den unteren Lohngruppen rationalisiert wird, bläht sich der Verwaltungsapparat auf. Fast 10 leitende Angestellte wurden im letzten 1/4 Jahr zusätzlich eingestellt.

Der Personalrat (PR) wurde vor vollendete Tatsachen gestellt, trotzdem sprach sich der größte Teil des PR's einschließlich des Vorsitzenden (SPD-Stadtrat und ÖTV Mitglied) für „abwarten" aus.

Zwei fortschrittliche ÖTV-Kollegen aus dem PR versuchten, den Vorsitzenden zu einer Informationsveranstaltung mit den betroffenen Kolleginnen zu bewegen, das wurde zweimal vom PR-Vorsitzenden abgelehnt. Daraufhin organisierten die beiden Kollegen die Veranstaltung selbst, zu der nahezu alle betroffenen Kolleginnen erschienen. Diese Gruppe stellte einen Fragenkatalog an die Kolleginnen erschienen. Diese Gruppe stellte einen Fragenkatalog an die Verwaltung zusammen und berichtete in einem Flugblatt über die geplanten Maßnahmen. Daraufhin wurden die Kolleginnen massiv mit Abmahnungen eingeschüchtert und die beiden PR-Kollegen erhielten einen Verweis mit Kündigungsandrohung, da sie angeblich gegen die Schweigepflicht und die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" verstoßen und den Betriebsfrieden gestört hätten!

Als sich die beiden Kollegen davon nicht einschüchtern ließen und in einem offenen Brief an die Kollegen die Rationalisierungsmaßnahmen angegriffen, benutzte die Verwaltung diesen Schritt, um – eingeladen von den rechten PR's – auf einer PR-Sitzung ihre Argumente gegen die beiden Kollegen zu propagieren und den PR zu bitten, beim Verwaltungsgericht einen Ausschluß der beiden aus dem PR zu beantragen. Ganz im Rahmen der „vertrauensvollen Zusammenarbeit" schloß sich der PR den Argumenten der Verwaltung an und beantragte mehrheitlich den Ausschluß, wohl wissend, daß dies fast 100 %ig einen Rausschmiß mit sich bringt. Dagegen klagen jetzt die beiden Kollegen.

„Vogel Strauß" spielt in diesem Konflikt die ÖTV-Kreisverwaltung. Während die Gewerkschaftsbasis auf einer Mitgleiderversammlung das Vorgehen des PR-Vorsitzenden kritisierte, erfüllt die Kreisverwaltung ihre „Pflicht als Organisation" und gewährt b e i d e n Seiten Rechtsschutz, ansonsten verhält sie sich „neutral".

Nach Berichten aus Sigmaringen

„Terroristenjagd" auch unter Seeleuten

„. . . zugunsten einer erfolgreichen Terroristenjagd . . ." (Hamburger Abendblatt, 21.1.) sollen Seeleute ohne festen Landwohnsitz auch in die allgemeine Meldepflicht einbezogen werden. Das sieht der Entwurf für ein neues bundeseinheitliches Melderecht vor. So sollen die Reeder verpflichtet werden, die Mannschaft anzumelden und bei Beendigung des Heuerverhältnisses wieder abzumelden. Dasselbe gilt für Binnenschiffer, die bekanntlich meistens ständig auf ihrem Schiff leben.

ÖTV-Kommission

GEW

Ausschlußterror gegen GEW Bochum

Jetzt haben die Mitglieder das Wort!

Am 11.2. schloß der Bundesvorstand der GEW zehn Mitglieder des Vorstands und der Info-Redaktion des Ortsverbandes Bochum wegen Verstoß gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse aus. Damit entsprach er in diesen Fällen dem Antrag der Landesvorsitzenden der GEW in NRW, Ilse Brusius. Von den insgesamt 18 gestellten Ausschlußanträgen zog der Landesvorstand NRW einen selbst zurück, einer wurde vom Hauptvorstand zurückgewiesen und in sechs Fällen endete dieses Radikalenverfahren mit einem (vorläufigen) „Freispruch".

Unverkennbar ist, daß mit diesem Verfahren eine neue Qualität der Ausschlußpraxis in der GEW eingeleitet wurde. Denn k e i n e m der Ausgeschlossenen wurde die Mitgliedschaft in oder die direkte Unterstützung einer kommunistischen Organisation vorgeworfen, sondern lediglich die I n f o r m a t i o n über die bestehende staatliche Unterdrückung dieser Organisationen und die mangelnde D i s t a n z i e r u n g von einer Solidarisierung mit den Betroffenen.

Weiterhin wurden die zehn Kollegen nicht wegen individueller „Verfehlungung", sondern in ihrer Funktion als Vorstandsmitglieder, die einem Beschluß der Mitgliederversammlung nachgekommen sind, ausgeschlossen. D.h. mit diesen Ausschlußverfahren sollten ebensowenig e i n z e l n e Gewerkschaftsmitglieder, sondern der gesamte Ortsverband getroffen werden. Daß es in Bochum bisher noch nicht zum Massenausschluß gekommen ist, obwohl sich die Mitgliederversammlung uneingeschränkt hinter den Ortsvorstand gestellt hat, liegt allein darin begründet, daß die Gewerkschaftsführung offensichtlich hofft, den Verband so „auf Kurs" zu bringen.

Anlaß für diese Ausschlußverfahren war der Abdruck eines Antrags der Fachgruppe Gymnasien gegen das drohende Verbot der „K-Gruppen" der Fachgruppe Gymnasien gegen das drohende Verbot der „K-Gruppen" und die Dokumentation einer entsprechenden Erklärung einer Aktionseinheit (u.a. „Falken", ESG, SdAJ, KB, KBW, „KPD") im Bochumer GEW-Info. Dieser Antrag sollte auf der nächsten Mitgliederversammlung diskutiert werden; der Abdruck war von der MV beschlossen worden, um ihn allen Mitgliedern zugänglich zu machen. Der NRW-Landesvorstand strengte daraufhin bei der Landesschiedskommission ein Verfahren wegen gewerkschaftsschädigen Verhaltens an.

Die Schiedskommission sah jedoch den Tatbestand der Verletzung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse als gegeben an, weshalb sich der Landesvorstand dann gleich an die zuständige Adresse (Bundesvorstand) wandte.

Zwischenzeitlich war der Bochumer Vorstand aufgefordert worden, sich von der Veröffentlichung der genannten Anträge im „Info" zu distanzieren. Mit 9:2 Stimmen wurde dies abgelehnt und die Frage erneut einer Mitgliederversammlung vorgelegt. Diese entschied bei 150 Anwesenden mit 125 Stimmen, daß diese Veröffentlichung im Sinne ihrer Gewerkschaftspolitik (der Ortsverband hat ca. 1.200 Mitglieder) liege.

Welchen Weg die GEW-Führung gehen will, zeigt schon ihre Begründung des Ausschlußantrages. Allein *„diese Veröffentlichung (des Antrags und der Erklärung; Anm. AK) stellt eine Unterstützung der aufgeführten, unter den Unvereinbarkeitsbeschluß des (DGB) ..... fallenden Organisationen dar"* (Schreiben des Hauptvorstands vom 28.12.77). D.h., Gewerkschaftsmitgliedern soll nicht nur administrativ verboten werden, eine kommunistische Gesinnung zu haben, sondern sie müssen darüberhinaus selbst ihre d e m o k r a t i s c h e Gesinnung aufgeben. Denn um nichts anderes handelt es sich, wenn sich Gewerkschaftsmitglieder mit den vom Staatsapparat Verfolgten solidarisieren. Um nichts anderes handelt es sich auch, wenn in der Gewerkschaftspresse über diese Repression und die Solidarisierung dagegen berichtet wird.

Dies macht deutlich, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse n i e m a l s allein zur Abwehr von sogenannten „Linksextremisten" erfunden worden sind, sondern als Mittel zur Zerschlagung j e g l i c h e r Demokratie in den Gewerkschaften eingesetzt werden. Die Parallelität zur staatlichen Berufsverbotepraxis ist total: Der DGB als Schrittmacher der Repression!'

Auch in Bochum ging es von Anfang an um mehr als um den Ausschluß einiger mißliebiger Mitglieder. So schreibt der NRW-Landesvorstand in einem Brief an alle Bochumer Mitglieder, daß *„die Vorgänge ... für die Zukunft unserer Gewerkschaft von großer Bedeutung"* sind. Hervorgehoben wird dann gegen den Ortsvorstand, er habe die IG-Metall und den DGB *„provoziert"*, er betreibe eine Politik gegen den Landesvorstand, er DGB „provoziert", er betreibe eine Politik gegen den Landesvorstand, er *„fraktioniere"* und wolle die *„Spaltung innerhalb der GEW"* u.s.w. Gemeint ist eine Politik, die sich seit langem von der offiziellen DGB-Politik grundlegend unterscheidet. So hat die GEW-Bochum weiterhin von Berufsverboten gesprochen, nachdem dies vom DGB bereits „verboten" worden war, hat sie schon 1976 das Russell-Tribunal begrüßt, hat sich immer gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ausgesprochen usw. D i e s e Politik, die auf den Mitgliederversammlungen diskutiert und beschlossen worden war, ist der Gewerkschaftsführung ein Dorn im Auge. Offenkundig ist sie jetzt angetreten, um mit dem Mittel des Ausschlußterrors und der Zensur den Verband zu disziplinieren.

Daß die Gewerkschaftsführung dabei mit den gleichen Mitteln und Methoden, wie der Staatsapparat, zeigt ein Brief Erich Fristers an die Betroffenen. Diese hatten darauf hingewiesen, daß selbst Mitglieder des Vorstands ausgeschlossen werden sollten, die gar nicht an der Entscheidung beteiligt gewesen waren. Daraufhin Frister: *„Spekulationen Ihrerseits darüber... sind für die Entscheidungsfindung im Hauptvorstand unerheblich. Solange Sie nicht für sich selbst zu dem erhobenen Vorwurf klar und eindeutig Stellung nehmen, müssen die Mitglieder des Hauptvorstandes davon ausgehen, daß Sie für sich selbst nicht in der Lage sind, den Vorwurf zurückzuweisen und zu entkräften"*.

Man kennt das ja von den Berufsverboten: Die Beweislast liegt beim Angeklagten!

Es gärt!

Die Kaltblütigkeit, mit der die Gewerkschaftsführung die innergewerkschaftliche Demokratie und die Meinungs- und Informationsfreiheit mit Füßen tritt, hat in weiten Teilen der GEW zu massiven Protesten geführt. Dort, wo Mitglieder die Ausschlußanträge zur Sprache brachten, überstieg der aktive Protest (Unterschriftensammlungen, Protestresolutionen) das bisher in solchen Fällen bekannte Maß. Dies setzt sich bis in die GEW-Vorstände fort. Waren bisher alle Ausschlüsse im Bundesvorstand „glatt" mit nur wenigen Gegenstimmen durchgezogen worden, gab es in diesem Fall relativ knappe Abstimmungsergebnisse.

In den Landesverbänden Hamburg und Hessen wird auf Vorstandsebene von einer „neuen Qualität" der Ausschlüsse gesprochen.

In Bochum stehen die Mitglieder vor der Situation, daß der von ihnen gewählte Vorstand faktisch abgesetzt worden ist. Ihnen wird also das Recht auf eigene Organbestellung strittig gemacht.

In dieser Situation, in der die GEW-Spitze den Sinn eines Verbleibens in der GEW massiv infrage stellt, fordern wir alle demokratischen Kollegen auf, sich – unabhängig von politischen Differenzen – uneingeschränkt hinter die Ausgeschlossenen zu stellen. Tatsache ist, daß es zig weitere Fälle in der GEW gibt, wo aus den gleichen Gründen Ausschlüsse ausgesprochen werden können, wenn dieses Exempel durchgesetzt wird (z.B. Unterstützung des Russell-Tribunals durch GEW-Gliederungen). N o c h sind die Möglichkeiten gut, die Formierung der GEW zur Regimegewerkschaft wirksam zu durchkreuzen.

Eine Chance liegt zunächst in Bochum, wo auf einer Mitgliederversammlung entschieden werden muß, ob sich die Mitglieder mit der Absetzung durch Ausschluß ihres Vorstands abfinden. Es ist zu hoffen, daß die MV sich weigert, eine Veränderung der Zusammensetzung ihres Vorstands vorzunehmen, und die Ausgeschlossenen beauftragt, ihr Amt weiter auszuüben.

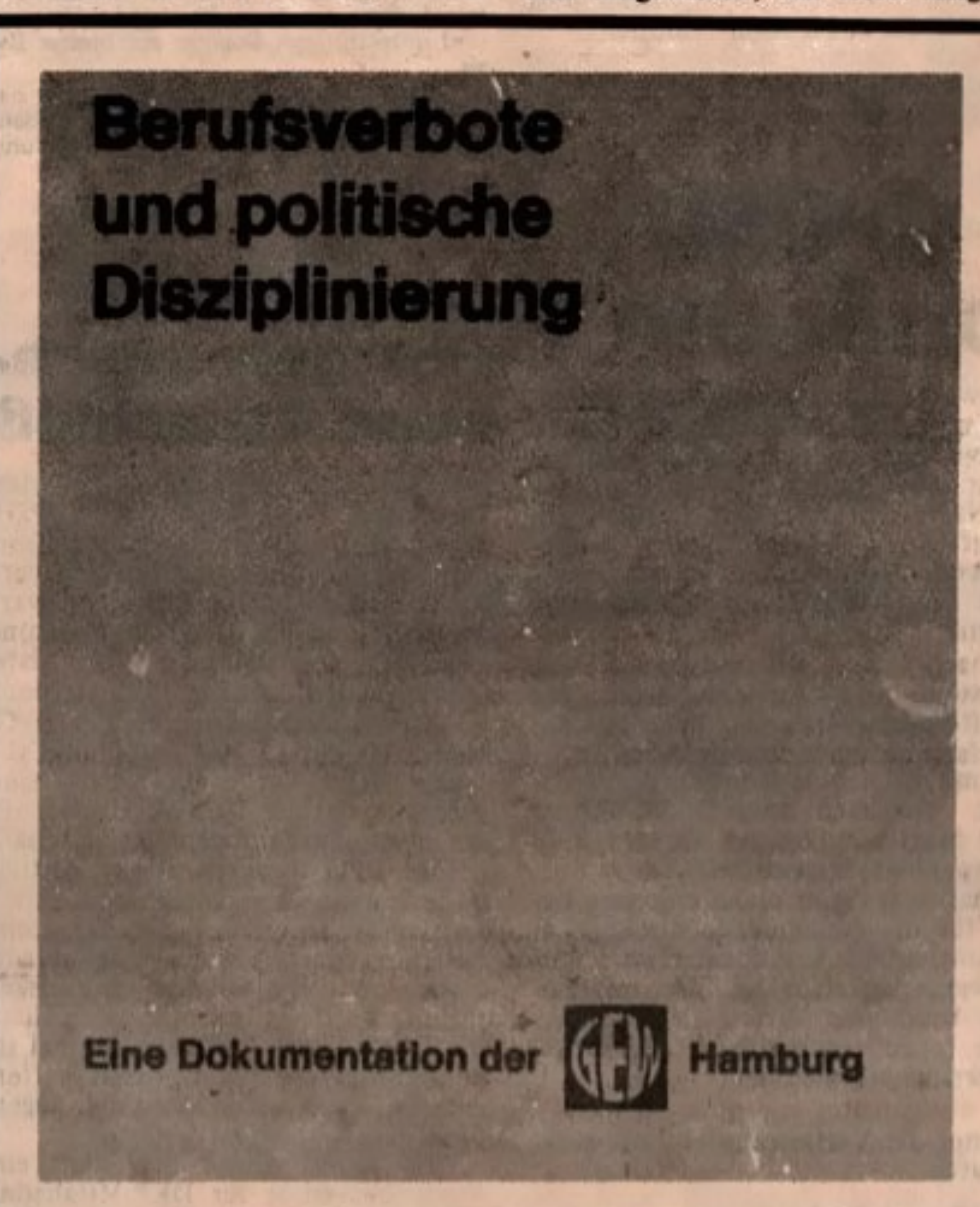
Dies setzt jedoch voraus, daß Einigkeit unter den Betroffenen hergestellt wird. Einige der vom Ausschluß Bedrohten waren der Ansicht, daß mit einem individuellen Vorgehen dem Ausschlußterror am besten zu begegnen sei. Scheinbar haben sie Recht bekommen, da nicht alle ausgeschlossen wurden. Dies verkennt jedoch, daß es dem Hauptvorstand niemals um den Ausschluß einzelner Mitglieder ging, sondern um die Zerschlagung einer demokratischen Gewerkschaftspolitik insgesamt. Auch wenn jetzt also einige (vorläufig!) „verschont" geblieben sind, so steht doch fest, daß die auch von ihnen vertretene Gewerkschaftspolitik nicht weiter betrieben werden kann, wenn sie nicht im Kampf gegen alle Ausschlüsse verteidigt wird.

Der neue Stil ...

In einer nach Inhalt und Tonart unglaublichen Weise hat Frister die ESG Bochum angegriffen, die sich in einem Schreiben an den GEW-Hauptvorstand mit den vom Ausschluß bedrohten Mitgliedern der GEW-Bochum solidarisiert hatte. Es sei eine „Anmaßung", daß die ESG es gewagt hat, *„einen innergewerkschaftlichen Vorgang der GEW, über den Sie nur einseitig unterrichtet sein können, zu beurteilen"*.

Weiter geht's im Einpeitscher-Jargon: Die ESG Bochum, in der *„extremistische Parteien" „gut getarnt"* arbeiteten, verbreite in fremdsprachigen Publikationen *„Lügen über Lügen"* über die Bundesrepublik. Ausserdem unterstütze sie Organisationen, *„die den Bürgerkrieg, also Mord und Totschlag im Interesse politischer Ziele ...fordern. Aber im Segnen von Waffen und Gewalttat haben ja die Kirchen eine lange Tradition (!)"*. Gar nicht dumm, der Frister. Bliebe nur hinzuzufügen, daß dies sicherlich das erste Mal ist, daß korrumpierte Gewerkschaftsfürsten dies k r i t i s i e r e n!

(vollständiger Abdruck des Frister Pamphlets in „Antirepressions-Info" Nr. 4, hsg. vom KB). In einer Antwort an Frister (8.2.78) bittet der Studentenpfarrer der ESG-Bochum, *„uns mitzuteilen, worauf sich diese Behauptungen beziehen" „Ich muß aber wohl sagen, daß Ihre kritischen Bemerkungen uns und der Kirche gegenüber mehr als schändlich sind, nicht nur beleidigend für die ESG, sondern für die ganze Kirche"*.



„Nicht der Begriff ‚Berufsverbote' ist fehl am Platze, sondern die Praxis, die er benennt...Dies ist Veranlassung, solange den politischen Begriff ‚Berufsverbote' zu verwenden, bis die damit kritisierte Praxis aufgehoben ist" – diese Worte setzt die GEW Hamburg an den Anfang ihrer Broschüre: **„Berufsverbote und politische Disziplinierung". Die GEW Hamburg stellte dies fest, weil „nicht nur von ‚rechtsaußen' eingewendet wird, daß es sich in Fällen, in denen ein Bewerber aus politischen Gründen abgelehnt wird, nicht um Berufsverbote im eigentlichen Sinne handeln könne".**

Allein diese Worte haben heute in einer DGB-Gewerkschaft schon politische Brisanz. Denn zu denjenigen, die bereits beim Gebrauch des Wortes „Berufsverbote" *„hetzerische Verleumdungspropaganda gegen die Bundesrepublik und ihre staatlichen Organe"* (Frister) wittern, gehören allemal die Gewerkschaftsführer des DGB. Genau wie das Bundesverfassungsgericht geht der DGB-Vorstand davon aus, daß der Begriff „Berufsverbot" ein „kommunistisches Schlagwort" sei, das jeden, der es gebraucht, als Unterstützer der Kommunisten entlarvt.

Allein diese wenigen Worte in der insgesamt sehr informativen Broschüre (sie enthält fast alle Hamburger Fälle von Berufsverboten, mehrere exemplarische Fälle, ein Gutachten und gewerkschaftliche Beschlüsse) sind also eigentlich genug, um den gesamten Hamburger Verband , der als Herausgeber zeichnet, als „gewerkschaftsschädigend" einzustufen.

Die Ausfälle Fristers gegen die Unterstützung der GEW Hamburg für eine Demonstration gegen die Berufsverbote noch frisch in Erinnerung (siehe AK 122 und „Antirepressions-Info", Nr.4, hrsg.vom KB), kann man angesichts dieser Broschüre getrost mit dem nächsten Aufheulen des GEW-Chefs rechnen.

Strafversetzung und Gewerkschaftsausschluß gegen Frankfurter GEW-Funktionär

Ein nahezu beispielloser Fall des Zusammenspiels zwischen staatlichen Behörden und Gewerkschaftsspitze wird an den Repressionsmaßnahmen gegen den stellvertretenden Vorsitzenden der GEW Frankfurt, Klaus Knöss, deutlich. Knöss hatte sich für die Schüler des Frankfurter Abendgymnasiums, an dem er selbst tätig war, eingesetzt; er hatte sich auch eindeutig mit deren Widerstand gegen die Verschärfung der Situation am AG solidarisiert. Folge seines gewerkschaftlichen Engagements: Strafversetzung, Einleitung eines Disziplinarverfahrens, Denunziation als KBW-Anhänger in der Presse.
Obwohl sich die GEW Frankfurt unmißverständlich hinter Knöss stellte, wurde er völlig überraschend und ohne Kenntnis der GEW Frankfurt am 11.2. vom Bundesvorstand der GEW ausgeschlossen. Begründung: Knöss falle, obwohl er eine KBW-Mitgliedschaft bestritten hat, unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB. Dies wiederum kann nur als direkte Aufforderung an die staatlichen Behörden angesehen werden, das Disziplinarverfahren gegen Knöss mit einem Berufsverbot abzuschließen. - Der „Fall" Knöss enthält von Kommunistenhetze, Denunziation, Zusammenwirken von Staat und DGB-Spitze usw. all das, was für den westdeutschen Repressionsalltag typisch ist. Fast auch schon typisch und besonders alarmierend ist es dabei, der speziellen Rolle des GEW-Vorsitzenden Frister in diesen trüben Machenschaften nachzugehen.

Bereits seit 1973 gibt es heftige Auseinandersetzungen um das Frankfurter Abendgymnasium - einer Institution des sogenannten zweiten Bildungsweges. Die Schüler und der größere Teil der Lehrer haben dezidiert andere Vorstellungen als die Schulbehörde. Nach Ansicht der Behörde sind die Anforderungen „zu niedrig" und das Abitur daher fast „geschenkt". Anläßlich des Abiturdurchgangs 1977 versuchte die Behörde daher, massiv die Noten zu drücken. Ein Teil der schriftlichen Arbeiten wurde nachkorrigiert und herabzensiert, zur Überwachung des mündlichen Abiturs reiste aus dem Kultusministerium extra eine höhere Charge an.

Einhelliger und entschlossener Protest der Schüler sowie des größten Teils des Kollegiums gegen diese Schikanen verhinderte einen Erfolg der Behördenaktion: der Notendurchschnitt des Abiturdurchgangs blieb wie in den vergangenen Jahren gut. Für Absolventen des zweiten Bildungswegs ist das besonders wichtig, da nur ein guter Notendurchschnitt z.B. die verzögerungsfreie Aufnahme in das gewünschte Studienfach erlaubt.

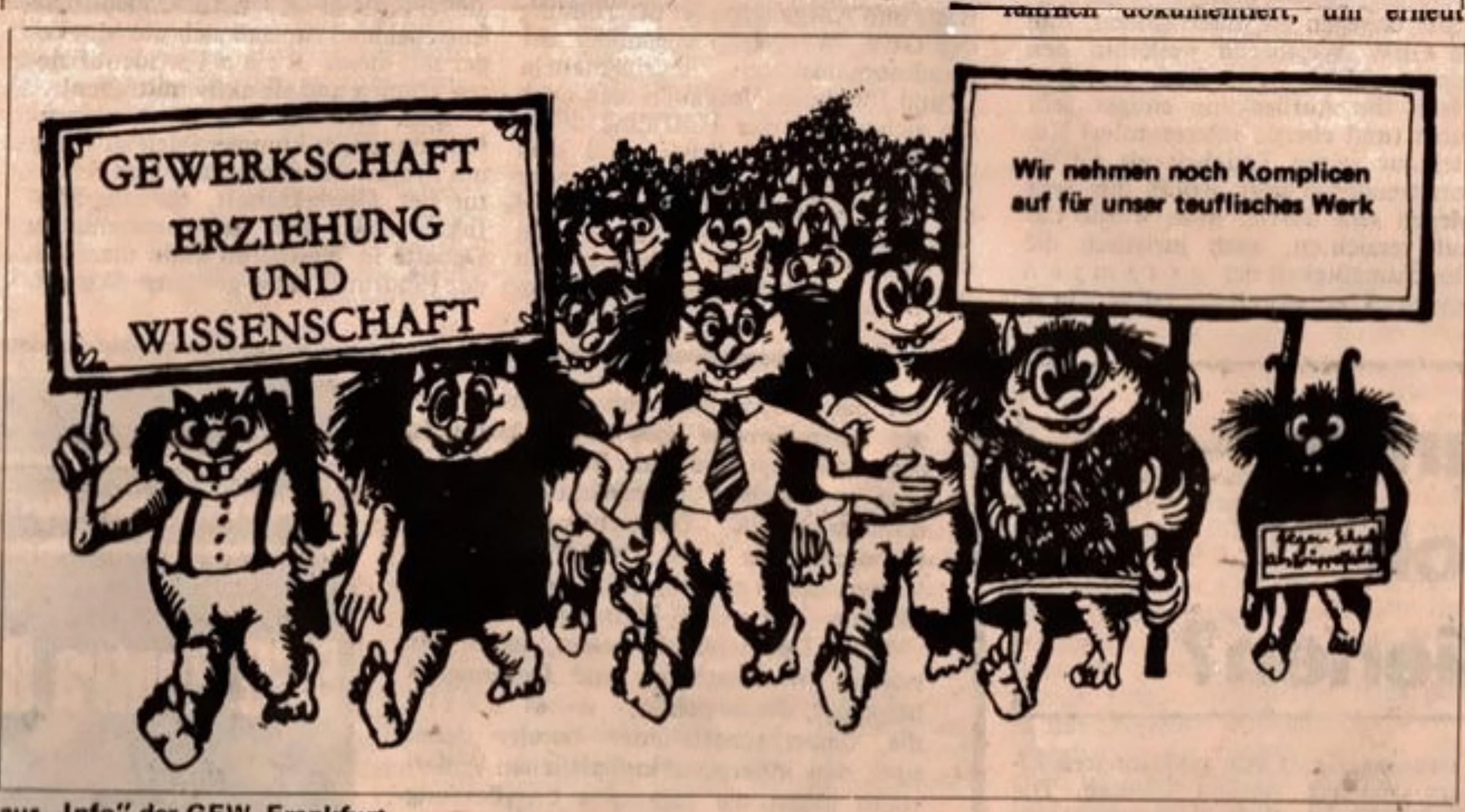
Nach dieser Schlappe legte die Behörde einen Schlag zu: im Oktober wurde der Schulleiter strafversetzt - ohne genauere Begründung. Inzwischen wird ihm vorgeworfen *„eine auf extreme Veränderung bedachte Gruppe von Lehrkräften an seiner Schule ungehindert agieren zu lassen. Hierbei will er offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen, daß diese Grup-*
Hierbei will er offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen, daß diese Grup-
pe sich inzwischen die Argumentationen des KBW zu eigen gemacht hat" (aus einem Schreiben der Behörde an den Rechtsanwalt des Schulleiters; FR, 23.1.78).
Gleichzeitig verhängte die Behörde einen vollständigen Aufnahmestop für das Abendgymnasium und ordnete einen Abbau des Nachmittagsunterrichtes und seine Verlegung auf den Abend an. Letztlich wird mit der Auflösung des AG's gedroht und die Einrichtung einer neuen Schule vorbereitet.

Die Antwort der Schüler gegen diese unglaublich willkürlichen Maßnahmen war eindeutig: Streik! Dazu schrieb Klaus Knöss, zu dieser Zeit noch selbst Lehrer am AG, im Info (Nr.7) der GEW Frankfurt einen Artikel, der auch die Meinung der Mehrzahl der Lehrer wiedergab, daß der Streik der Schüler vollauf berechtigt ist. Die Behörde zog nach! Anfang Januar teilte sie mit, die Leistungen der Schüler während des Streiks seien mit „sechs" zu bewerten. Gleichzeitig kündigte sie die Versetzung von Klaus Knöss und die Einleitung eines Disziplinarverfahrens wegen seines INFO-Artikels an. GEW und Personalversammlung des Abendgymnasiums solidarisierten sich daraufhin mit Knöss.

Diese Situation wurde noch dadurch enorm verschärft, daß sich drei Lehrer des Abendgymnasiums mit einem Rundumschlag gegen die Mehrheit ihres Kollegiums an die Presse wandten. In einem Gespräch mit der „Frankfurter Rundschau" (13.1.) behaupteten die Lehrer Preißler und Bloemker demagogisch, die Vorgänge am AG erklärten sich dadurch, daß eine Handvoll Kommunisten seit Jahren (!) die Mehrheit des Kollegiums dermaßen „unter Druck" setze, daß es keiner mehr wage, eine abweichende Meinung zu vertreten. Dies sei Ausdruck des KBW-Einflusses an der Schule. Namentlich genannt in diesem Zusammenhang: Klaus Knöss!

Der Personalrat der Schule ließ sich jedoch durch diesen Angriff nicht einschüchtern und gab eine scharfe Gegenerklärung ab (FR, 23.1.). Das Vorgehen von Preißler und Bloemker wurde als *„Mobilisierung dumpfester Vorurteilsstrukturen durch das Schrekkensbild kommunistischer Terrorherrschaft"* zurückgewiesen. Die Konflikte am AG seien die Konflikte aller Schulen. Durch den staatlichen Druck, schlechtere Noten zu geben, kämen die Lehrer angesichts der Arbeits- und Ausbildungsplatzsituation *„in die Nähe von Scharfrichtern"*. *„Die öffentliche Meinung sollte sich eher mit Schulen beschäftigen, die unter dem Notendurchschnitt liegen, denn die produzieren soziales Elend"*. Im übrigen wehre man sich gegen die *„Zensur der Gewerkschaftspresse"*, wie sie durch die Disziplinierung von Knöss beabsichtigt sei. Dies sei eine Demonstration des Staates, wie in Zukunft auf politischen und gewerkschaftlichen Widerstand reagiert werden solle.

Daß dies auch eine Demonstration g e w e r k s c h a f t l i c h e r Repression werden sollte, ahnte zu diesem Zeitpunkt noch niemand. Drei Wochen später jedoch war Knöss vom GEW-Bundesvorstand ausgeschlossen, ohne daß die GEW Frankfurt von diesem Schritt vorher in Kenntnis gesetzt worden wäre, geschweige denn, daß ihr die Gelegenheit, Einfluß zu nehmen, gegeben worden wäre. Der Ausschluß wurde auf der berüchtigten Vorstandssitzung vom 11.2. ausgesprochen, auf der auch zehn Mitglieder des Ortsvorstandes Bochum ausgeschlossen wurden (siehe Art. dazu in diesem AK).



aus „Info" der GEW, Frankfurt

Im Hintergrund: Erich Frister!

Eine besondere Brisanz erhält dieser Vorgang dadurch, daß der Denunziant Herbert Preißler (s.o.) Mitglied des Sozialistischen Büros ist (war?). Darüber hinaus scheint auch die FR-Mitarbeiterin Claudia Michels, die sich zu dem miesen Job hergegeben hatte, das „Gespräch" mit Preißler und Bloemker für die „FR" aufzunehmen, im SB (gewesen?) zu sein (Preißler bezeichnet sie im GEW-Info 1/78 als „SB-Genossin").
Dies ist zweifellos eine peinliche Angelegenheit für das Sozialistische Büro, die hoffentlich bald bereinigt wird. Wie zu erfahren ist, hat sich das SB Frankfurt bereits von Preißler distanziert und wird dazu eine öffentliche Erklärung abgeben. Über weitere Konsequenzen ist noch nichts bekannt.
Damit ist das ganze Ausmaß dieses Skandals jedoch noch keineswegs erfaßt. Offenbar hat Preißler nicht nur aus ‚eigenem Antrieb' gehandelt, sondern auch unter ganz konkretem Druck des GEW-Vorsitzenden Frister, wie ein Briefwechsel zwischen diesen beiden Herren beweist.

Demnach hat sich folgendes abgespielt: Frister hatte anläßlich des letzten Gwerkschaftstags der GEW ein Rundschreiben an höhere GEW-Funktionäre über das SB verschickt. In gewohnt hetzerischer Manier wird dem SB darin *„zerstörerische Fraktionsarbeit"* innerhalb der GEW und Zusammenarbeit mit Gruppen, die unter den Unvereinbarkeitsbeschluß des DGB fallen (speziell mit dem KB), vorgeworfen. Dies sind die üblichen Angriffe, mit denen Frister seit einiger Zeit eine Ausweitung der UVB's auf das SB vorbereitet.

Preißler, der dieses Rundschreiben wohl mehr zufällig zu Gesicht bekommen hatte, sah sich dadurch zu einem Verteidigungsbrief an Frister (datiert vom 23.12.77) veranlaßt, in dem er die Vorwürfe gegen das SB zu entkräften sucht. So schreibt er z.B. zum Vorwurf, mit dem KB zusammenzugehen: *„Eine Zusammenarbeit mit dem KB zur Vorbereitung des Gewerkschaftstages ist auf der von Dir zitierten Arbeitsfeldtagung - wie auch aus dem Protokoll ersichtlich - mit überwältigender Mehrheit abgelehnt worden. Auch wenn das SB darauf bestehen muß, die Gruppierungen und Sekten des linksradikalen Spektrums nicht allesamt in einen Topf zu werfen und auch wenn es sich zutraut, diese Gruppen anders als durch Ausschluß zu kritisieren, so war doch die hier zur Debatte stehende Entscheidung für mich keineswegs nur taktisch sondern prinzipiell begründet"*.

Preißler versichert Frister, daß er ihn nicht zu den GEW-Rechten zähle, und schließt den Brief wie folgt: *„Ich selber, Kollege Frister, gehöre zu den linken hessischen Delegierten, die Dir auf dem Gewerkschaftstag ihre Simme gegeben haben...* **Im Bezirksverband Frankfurt, zu dessen Delegierten ich in Mannheim gehörte, steht das SB, zusammen mit anderen Gruppen in der GEW, in einem - wie Du doch weißt – wahrhaftig harten und aufreibenden Kampf gegen den überhandnehmenden Einfluß des KBW. Diesen Kampf wir in Frankfurt, wie Du sicher auch weißt, nicht durch Ausschlüsse gewinnen, und wir wollen das auch nicht. Ich find's aber schäbig, wenn Du, der Du das doch in der Unterlindau (Bundeszentrale der GEW in Frankfurt; Anm. AK) aus nächster Nähe mitbekommst, uns dafür auch noch in den Hintern trittst...** *Lieber Kollege Frister, die Fronten, die Du in diesem Rundschreiben aufbaust, glaube mir, die sind ganz falsch. Wir teilen Deine Sorge um den Bestand und die gewerkschaftliche Identität der GEW. Wir SB-Kollegen zählen uns in der Gewerkschaft zu denjenigen, die das Abgleiten der GEW in Richtung auf einen gesellschaftlich und im DGB isolierten 'linksradikalen' Standesverband zu verhindern versuchen.*
Dies ist natürlich kein 'parteioffizielles' Statement, sondern meine Privatauffassung. Trotzdem kannst Du, wenn Du magst, davon Gebrauch machen. Ich würde mich freuen, wenn Du über die Festtage eine halbe Stunde Zeit fändest, mir auf diesen Brief zu antworten."

Diese Sätze sprechen für sich und sind ein warnendes Beispiel dafür, wohin die Unterwerfung unter die Gewerkschaftsführer führt. Gleichzeitig wirft dies ein bezeichnendes Licht auf die Verfassung des Funktionärskörpers in DGB-Gewerkschaften.

Der beschworene Adressat dieser Zeilen geht in seiner Antwort natürlich nicht im mindesten auf derartige „Angebote" ein. Im Gegenteil kontert Frister knallhart, um Preißler noch weiter nach rechts zu drängen. Zum Verhältnis SB-KB schreibt er: *„Das Zusammenspiel von SB und KB - wenn dies gerade taktisch zweckmäßig erscheint - ist mir, insbesondere aus den leidigen Vorgängen in Berlin, hinreichend bekannt. Ich weiß auch, daß es darüber unterschiedliche Meinungen innerhalb des SB gibt - wahrscheinlich kann man überhaupt nicht von einer einheitlichen Meinung des SB reden -, aber wir müssen uns auch als GEW viele nicht zu billigende Aktivitäten anrechnen lassen, die im Widerspruch zur Mehrheitsauffassung stehen."* Eine deutliche Sprache! Noch deutlicher wird Frister jedoch, der sein Gegenüber wohl einzuschätzen weiß, am Ende seines Briefes: **„Von dem 'wahrhaft harten und aufreibenden Kampf gegen den überhandnehmenden Einfluß des KBW' im Bezirksverband Frankfurt habe ich leider noch nichts feststellen können. Die Wahlentscheidungen beispielsweise auf der letzten hessischen Delegiertenversammlung, die doch wesentlich vom Bezirksverband Frankfurt initiiert worden sind, wären ohne das feste Bündnis mit dem KBW wohl kaum möglich gewesen".**

Frister will keine Beteuerungen hören, er will Fakten sehen. Er fordert „Beweise" für den „harten Kampf gegen den KBW". Er hatte richtig kalkuliert: Nur eine Woche Zeit brauchte Preißler, um das Gewünschte zu liefern (Fristers Antwort ist vom 5.1.78 datiert; Preißlers Vorstoß in Sachen Abendgymnasium erschien am 13.1. in der FR).

Wir haben diesen Vorgang so ausführlich dokumentiert, um erneut deutlich zu machen, mit welcher Kaltschnäuzigkeit und Brutalität sich die DGB-Führer an der Ausübung der Repression beteiligen - aber auch um die repressiven Mechanismen aufzuzeigen, mit Hilfe derer ihnen dies immer noch gelingt. Für die GEW Frankfurt wäre es selbstmörderisch, den Ausschluß ihres 2. Vorsitzenden als „Einzelfall" zu behandeln. Denn natürlich steht dieser fortschrittliche Bezirksverband als g a n z e r weit oben auf Fristers ‚Schwarzer Liste'. Preißlers Weg der Aufgabe jedes fortschrittlichen Anspruchs und Fristers typische Reaktion darauf, nicht nur die gebotene Hand, sondern gleich den ganzen Kopf abzureißen, sollte eigentlich auch diejenigen überzeugen, die sich bisher noch darauf eingelassen haben, einzelne Positionen aufzugeben, um scheinbar andere zu „retten".
So darf es diesmal nicht laufen! Dieser Ausschluß kann nicht hingenommen werden!

GEW-Gliederungen für das Russell-Tribunal

Paderborn: Schon am 29.8.77 verabschiedete die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes der GEW einen Antrag, *„in dem die Initiative für ein Russell-Tribunal über politische Unterdrückung in der BRD unterstützt wird"*(nach „GEW-Info" des Kreisverbandes, Okt. 77).

Insbesondere in den Berufsverboten sieht der Kreisverband *„eine Einschränkung demokratischer Rechte und ein Mittel der politischen Unterdrückung Andersdenkender"*. Da *„trotz vieler inländischer Proteste die demokratische Bewegung gegen die Berufsverbote in der BRD bisher nicht eine Aufhebung der Berufsverbotepolitik"* erreichen konnte, sieht die GEW Paderborn in der *„hohen moralischen Autorität eines internationalen Russell-Tribunals"* die Möglichkeit, *„zu einer Stärkung der Bewegung"* zu kommen. Dabei berief sie sich ausdrücklich auf verschiedene Stellungnahmen von Gewerkschaftsgremien.

Damals hatte der Kreisverband es erst einmal „nur" mit den wütenden Angriffen der örtlichen Reaktion zu tun. Der Landtagsabgeordnete Pohlmeier begann die Hatz in einem Leserbrief an die Lokalpresse mit dem demagogischen Vorwurf, die GEW *„verunglimpfe unseren Staat ... genau in den Tagen, wo der blutige Terror durch unser Land rast."* In einem weiteren Leserbrief wird der GEW *„die Existenzberechtigung als Gewerkschaft"* abgesprochen, da sie *„die Sprache der Chaoten"* benutze! Stellungnahmen der GEW zu diesem Thema wurden in der Presse um entscheidende Stellen gekürzt, so daß diese einen Beschluß faßte, die Auseinandersetzung nicht *„in dieser Form zu führen"*.

In dieser Auseinandersetzung mit der Reaktion hätte die Paderborner GEW sicherlich die gewerkschaftliche Solidarität des gesamten DGB nötig – nach dem Willen der DGB-Führung hätte sie einen Beschluß zur Unterstützung aber gar nicht erst fassen dürfen. Mehr noch: die Gewerkschaftsführer stehen in dieser Auseinandersetzung auf der Seite der Reaktionäre – mit den gleichen „Argumenten" und den gleichen demagogischen Methoden. Es ist jetzt nur noch eine Frage der Zeit, wann der
schen Methoden. Es ist jetzt nur noch eine Frage der Zeit, wann der
Kreisverband unter Androhung des Ausschlusses aufgefordert wird, sich unverzüglich von diesem Beschluß zu distanzieren. Die weiteren Folgen hat die GEW-Führung gerade im Fall der GEW-Bochum vorexerziert.

***

Hamburg: In bisher drei Ausgaben der „Hamburger Lehrerzeitung" (Organ der GEW-Hamburg) wurde über die Vorbereitungen zum Russell-Tribunal berichtet. Obwohl der Hamburger Landesverband keinen Beschluß zur Unterstützung gefaßt hat, wurde 1977 in der Märznummer der Aufruf der Russell-Peace-Foundation veröffentlicht, in der Mai-Ausgabe über die Veranstaltung „Deutschland – Modell für Europa?" (Veranstaltung der Hamburger Vorbereitungsgruppe) berichtet, und in der Oktober-Ausgabe der Spendenaufruf des Sekretariats abgedruckt. Auch wenn sich die Hamburger GEW mit diesen Aufrufen nicht offiziell identifiziert, sind doch alle Artikel A u s s c h l u ß g r ü n d e, denn sie hat sich nicht davon distanziert. In Bochum hat eine derartige Information in der Gewerkschaftspresse schon gereicht.

***

Frankfurt: Und noch jemand kann baldigst mit einem Ausschlußverfahren rechnen: der Bezirksverband Frankfurt der GEW druckte in seinem Info Nr. 6/77 unkommentiert (!!) einen Aufruf der Westberliner GEW zum Russell-Tribunal ab. *„Distanzieren Sie sich, oder gehen Sie"* rief der Westberliner Wissenschaftssenator den „Buback-Nachruf"-Nachdruckern zu. Wir sind sicher, dem DGB werden passende Worte kaum fehlen!

GEW Westberlin:

Erneute Satzungsdiskussion?

Wie bereits im letzten AK berichtet, wird am 2. März eine außerordentliche (a.o.) Landesvertreterversammlung der GEW Westberlin stattfinden zum Thema: *»Perspektive der GEW-Berlin«*. Die Aufnahme dieser Diskussion hat sich an zwei kontrovers diskutierten Punkten entwickelt:

1. Soll die Klage gegen den Ausschluß der GEW Westberlin durch den Hauptvorstand der GEW Bund weitergeführt werden? Sollen darüberhinaus die rechtlichen Schritte zu einer Auflösung der (Spalter-) »GEW im DGB« weitergeführt werden?
2. Soll man sich nicht endlich der Unvereinbarkeitsbeschlüsse entledigen, die von der GEW Westberlin ohnehin nur deshalb übernommen worden waren, um dem von Frister angedrohten Ausschluß zu entgehen?

Zum ersten Komplex wird von Frister und der »GEW im DGB« die Aufgabe aller rechtlichen Schritte als Vorleistung der GEW Westberlin für eine eventuelle Zusammenarbeit der beiden Westberliner Verbände gefordert. Es bedarf wohl keiner längeren Erläuterungen, um die Verlogenheit dieser Forderung nachzuweisen. Es genügt, festzustellen, daß der DGB Westberlin einen Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die ausgeschlossene Gewerkschaft gefällt hat, der so scharf gehandhabt wird, daß selbst gemeinsame bezirkliche Wahlveranstaltungen von GEW Westberlin und »GEW im DGB« zu den Personalratswahlen verboten sind.

Deshalb schlägt die Bezirksleitung Spandau in einem Antrag vor, zwar die rechtlichen Schritte mit dem Ziel einer Auflösung des Spalterverbandes einzustellen, auf alle Fälle jedoch die Feststellungsklage zur Feststellung der Unrechtmäßigkeit des Ausschlusses der GEW Westberlin weiterzuführen. Demgegenüber setzen sich einige Kollegen dafür ein, auch an dem Ziel einer juristischen Auflösung des Spalterverbandes festzuhalten, da dieser einen solchen Verzicht garantiert nicht durch größere Kooperationsbereitschaft honorieren würde. Zweifellos ist diese Einschätzung richtig. Andererseits ist dies nicht der einzige Punkt, der hierbei berücksichtigt werden muß. Einen Sinn hatte dieses Vorgehen u.E. solange, als seinerzeit mit Hilfe einer einstweiligen Verfügung die Konstituierung des von Frister angestrebten Verbandes verhindert bzw. herausgezögert werden konnte. Jetzt jedoch, wo dieser Verband existiert, ist nicht einsichtig, welche Hilfe eine solche Klage bei der Zurückgewinnung von Mitgliedern aus dem Spalterverband (natürlich durch politische Überzeugung!) bieten könnte. Umgekehrt scheint dieses juristische Vorgehen den Spaltern eher Munition für alle möglichen Demagogien zu liefern, die GEW Westberlin wolle in Wirklichkeit gar keine Zusammenarbeit mit der »GEW im DGB« usw.. Ansatzpunkte für mögliche Einbrüche in die Mitgliedschaft der »GEW im DGB« sollten nicht übersehen werden, beklagt sich doch beispielsweise ein Mitglied der »GEW im DGB« in der Zeitung
»Konkurrenz« (!) sehr anschaulich
nicht übersehen werden, beklagt sich doch beispielsweise ein Mitglied der »GEW im DGB« in der Zeitung
»Konkurrenz« (!) sehr anschaulich über die undemokratischen und basisfeindlichen Zustände in seinem Verband (»BLZ«, 1/78).

Für einen großen Fehler würden wir allerdings ein Festhalten an dem (offenbar vorläufigen) Vorstandsbeschluß vom 7.12.77 halten, in dem Frister angeboten worden war, auf a l l e rechtlichen Schritte seitens der GEW Westberlin zu verzichten, wenn dieser als Gegenleistung zusichert, nichts dagegen zu unternehmen, daß die GEW Westberlin weiterhin den Namen »GEW« führt. Dadurch bliebe Frister die Aufdeckung einiger sehr trüber (und ebenso interessanter) Kapitel aus seiner Tätigkeit als GEW-Vorsitzender erspart, woran ihm sehr gelegen sein dürfte. Man würde darauf verzichten, auch juristisch die Unrechtmäßigkeit der g e s a m t e n Entdemokratisierung der GEW von A bis Z in der Öffentlichkeit aufzudecken. Dies hätte natürlich seine Auswirkungen auf die anderen Landesverbände. Immerhin mußte die GEW Bund bereits vor Gericht zugeben, daß es sich bei den Satzungsänderungen in den anderen Landesverbänden um Auflösungsbeschlüsse (!) gehandelt hat, was in einer Protokollnotiz festgehalten wurde. Demnach müßten eigentlich a l l e Landesverbände neu über die Übernahme der Bundessatzung abstimmen, da k e i n Landesverband (mit Ausnahme Westberlins) über seine Auflösung abgestimmt hat!

Aufhebung der „Generalklausel" ?

Bekanntlich war die GEW Westberlin der GEW Bund (vergeblich) so weit entgegengekommen, die reaktionäre Bundessatzung (samt UVB's) anzuerkennen unter dem Vorbehalt eigener Mitgliederrechte und Eigenständigkeit in der Organbestellung, Vermögensverwaltung und in der Frage einer Auflösung des Verbandes.

Für diesen sogenannten »Novemberkompromiß«, der dann von Frister doch nicht akzeptiert wurde, hatte sich seinerzeit ein sehr breiter Konsens in der GEW Westberlin gefunden.

Da heute klar ist, daß — Kompromiß hin, Kompromiß her — die GEW Westberlin auf diese Weise der Rücknahme der »Kündigung« ihrer Mitgliedschaft in GEW und DGB keinen Millimeter näher kommt, da Frister auf einer totalen Kapitulation besteht, argumentieren viele Westberliner Kollegen zu Recht, die weitere Anerkennung der Bundessatzung bringe der GEW Westberlin keinerlei Vorteile. Im Gegenteil, durch die freiwillige Bindung an die reaktionären Satzungsbestimmungen lege sich die GEW Westberlin Fesseln an, die sie schnellstmöglich loswerden sollte. Wie berechtigt dies Argumentation ist, zeigt sich z.B. an der Situation der arbeitslosen Kollegen, denen nach Maßgabe der Bundessatzung eine Vollmitgliedschaft in der GEW (und
zeigt sich z.B. an der Situation der arbeitslosen Kollegen, denen nach Maßgabe der Bundessatzung eine Vollmitgliedschaft in der GEW (und
also auch in der GEW Westberlin, solange dies sich an den »Novemberkompromiß« hält) verwehrt wird. Dennoch gelang es auf der letzten LVV der GEW Westberlin nicht, eine entsprechende Satzungsänderung zugunsten dieser Kollegen durchzubringen, da eine Sperrminorität unbedingt daran festhielt, nicht gegen die Bundessatzung zu verstoßen, sondern den »Novemberkompromiß« als politische Basis und Ausgangspunkt der Haltung der GEW Westberlin gegenüber der Bundesorganisation beizubehalten. Grund für dieses Verhalten mag auch die sicherlich irrige Hoffnung dieser Kollegen sein, mit Frister und dem DGB doch noch irgendwann zu einer gütlichen Einigung zu kommen und sich diese vermeintliche Chance nicht zu verspielen. Ebenso verhält es sich mit der Beibehaltung des Unvereinbarkeitsbeschlusses, der natürlich als Skandal ersten Ranges in einer demokratischen Gewerkschaft nichts zu suchen hat. Gegen die UVB's dürfte eine gewaltige Mehrheit der Westberliner Kollegen sein. Dennoch muß davon ausgegangen werden, daß ein nicht unerheblicher Teil vor der konkreten Aufhebung der UVB's derzeit noch aus den oben genannten Gründen zurückschreckt. Es muß gesagt werden, daß diese Kollegen inkonsequent sind und ihre Haltung die GEW Westberlin eigentlich nur dabei behindert, ihre alternative gewerkschaftliche Politik voll und glaubwürdig zu entfalten.

Andererseits ist zu bedenken, welchen Nutzen diese neuerliche Satzungsauseinandersetzung der GEW Westberlin bringen soll. Dies bedeutet nicht, daß wir eine grundsätzliche Diskussion um die Perspektive der GEW Westberlin als eigenständiger Gewerkschaft ablehnen würden — im Gegenteil: Wir haben selbst versucht, diese Diskussion durch Beiträge zu unterstützen. Aber sind a k t u e l l Satzungsänderungen — deren Berechtigung im Prinzip unbestritten ist! — unabdingbar nötig? Oder werden hier vermeidbare Fronten aufgerissen, die für die P r a x i s momentan unerheblich sind? Denn es müßte doch auch bei Beibehaltung des status quo
vermeidbare Fronten aufgerissen, die für die P r a x i s momentan unerheblich sind? Denn es müßte doch auch bei Beibehaltung des status quo
möglich sein, in der Praxis z.B. massive Unterstützungsaktionen der arbeitslosen Kollegen durchzuführen und ihre Interessenvertretung in nicht diskriminierender Form zu gewährleisten — ebenso wie es ohnehin klar ist, daß in der GEW Westberlin niemand aufgrund der UVB's ausgeschlossen wird, ist doch die GEW Westberlin in ihrer gesamten öffentlichen Arbeit d i e gewerkschaftliche Kraft gegen die UVB's in der BRD schlechthin. Entscheidend ist, daß sich die Mitglieder mit dieser P r a x i s identifizieren können und sie aktiv mittragen!

Man wird dem KB kaum vorwerfen können, er kümmere sich zu wenig um Fragen der demokratischen Struktur der Gewerkschaft, Satzungskonflikte usw. Bei der momentanen Debatte in Westberlin kann man sich des Eindrucks einer gewissen Skurrilität jedoch nicht erwehren. Dies gilt nicht nur für die Tendenz, die Satzung jetzt endlich »lupenrein demokratisch« zu gestalten. Es gilt ebenso für den Vorschlag, die gegenwärtige Satzung der GEW Westberlin »verbindlich zu interpretieren« und zwar dahingehend, daß alle denkbaren »mißverständlichen Formulierungen« ausgeräumt werden, die Widersprüche zur Bundessatzung (über die bekannten Vorbehalte hinaus) vermuten lassen könnten. Auf diese Weise soll das »Gespräch« mit der GEW Bund erleichtert werden.

Angesichts der jüngsten Ausschlüsse in Bochum und Franfurt, angesichts der radikalen Kampagne Fristers gegen jedes demokratische Engagement in der GEW können wir in derlei Tüfteleien keine Bedeutung erkennen. Ein ganz simpler Vergleich der Zeitungen der GEW Bochum und Westberlin zeigt, daß in jeder Ausgabe der »Berliner Lehrerzeitung« ein Vielfaches an Ausschlußgründen zu finden wäre, die denjenigen gleichen, welche zu der Maßregelung der GEW Bochum geführt haben! Was soll also die Jagd nach dem Phantom »Verhandlungen«?

Offensichtlich liegen doch h i e r sehr viel wichtigere Aufgaben für die GEW Westberlin. Nicht nur, daß die von Fristers Offensive Betroffenen
Offensichtlich liegen doch h i e r sehr viel wichtigere Aufgaben für die GEW Westberlin. Nicht nur, daß die von Fristers Offensive Betroffenen
dringend die Solidarität der Westberliner brauchen. Klar ist doch auch, daß die Perspektive der GEW Westberlin die Stärkung des innergewerkschaftlichen Widerstandes gegen die reaktionäre, von der DGB-Führung betriebene Formierung zentral beinhaltet. Dies bedeutet, daß die GEW Westberlin sich in diese Konflikte massiv einschalten sollte mit dem Ziel der Herstellung einer gemeinsamen Front innerhalb und außerhalb der GEW Bund.

Es bedeutet auch, das Russell-Tribunal zur breitestmöglichen Aufklärung der Gewerkschaftsmitglieder zu nutzen, und noch einmal alle Argumente und Überzeugungskraft dafür aufzubieten, daß die Jury die innergewerkschaftliche Repression behandelt — gerade in dieser zugespitzten Situation.

§ 25

1. Dem Geschäftsführenden Vorstand gehören an:
   a) der Vorsitzende,
   b) gewerkschaftsschädigendes Verhalten;
   c) satzungswidriges Verhalten;
   d) die Leiter der Referate A–E,
   e) der Vorsitzende des Ausschusses junger Lehrer und Erzieher.

   Die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes werden von der Vertreterversammlung in besonderen Wahlgängen gewählt.
2. Dem Geschäftsführenden Vorstand gehören der Geschäftsführer und der verantwortliche Redakteur der Zeitschrift „Erziehung und Wissenschaft" mit beratender Stimme an. Sie werden auf Beschluß des Hauptausschusses auf Zeit angestellt.

aus der Satzung der GEW Bund; abgedruckt in „Erziehung und Wissenschaft", Nr. 2/78

Personalratswahlen und GEW

Der Charlottenburger Volksbildungsstadtrat Hartmut Röseler (CDU) hat in einem Schreiben an den Berliner DGB-Vorsitzenden Walter Sickert darauf aufmerksam gemacht, daß die GEW (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft) im DGB in Charlottenburg gemeinsam mit der Peking-orientierten GEW Berlin den Wahlkampf zu den Personalratswahlen bestreitet. DGB-Vorsitzender Sickert sagte eine Überprüfung des Vorganges zu.

aus: Unser Charlottenburg, nov./dez.

aus: Unser Charlottenburg, nov./dez.

Immer noch zwei GEWs

Weiterhin keine Zusammenarbeit der beiden GEWs soll es nach Ansicht des DGB-Vorsitzenden Walter Sickert geben. Er nahm damit bezug auf eine von dem Charlottenburger Volksbildungsstadtrat Hartmut Röseler (CDU) kritisierte Veranstaltung, zu der sowohl die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft als auch ihre Schwester im DGB eingeladen hatten. Die gemeinschaftliche Einladung wurde als Fehlverhalten und gewerkschaftsschädigendes Verhalten bezeichnet.

aus: Spandauer Volksblatt, 23.12.1977

Sexualkunde — zurück zu den Bienen?

Das Bundesverfassungsgericht hat jetzt die Klage von Eltern aus Baden-Württemberg gegen die Einführung von Sexualkunde an den Schulen abgewiesen. Die Begründung des Urteils zeigt jedoch, daß dies kein Erfolg für eine offene, vorurteilsfreie Sexualerziehung ist, sondern daß hier das Bundesverfassungsgericht seine reaktionäre Rechtssprechung fortgesetzt hat.

Unbedenklich ist danach lediglich eine Sexualerziehung, die sich auf eine *„von Wertungen freie Mitteilung von Fakten"* beschränkt. Die Reduzierung der Sexualerziehung auf die Vermittlung biologischer Fakten ist ein ganz wesentlicher Schritt zurück hinter bereits heute in Richtlinien formulierte Positionen. So heißt es z.B. in den Hamburger Richtlinien: *„Sexualität als eine der Quellen von Lust und Lebensfreude muß heute auch in der Erziehung junger Menschen ausdrückliche Anerkennung finden".*

Alles das, was über die Vermittlung biologischer Fakten hinausgeht, soll nach dem Willen des Bundesverfassungsgerichts von reaktionären Eltern zensiert werden können. Die Zielsetzungen dieses Unterrichts sowie die darin eingehenden Wertvorstellungen werden also in Zukunft von Elterngremien bestimmt.

Wie schon bei der Schulbuch-Zensur in Niedersachsen oder bei dem Volksbegehren gegen die Koop-Schule in Nordrhein-Westfalen dient auch hier der angebliche Elternwille, vorgetragen durch CDU-Politiker und ihren kleinbürgerlichen Spießeranhang, dazu, die reaktionäre Ausrichtung des Bildungswesens voranzutreiben.

Das Bundesverfassungsgericht hat auch schon vorgesorgt, daß nicht fortschrittliche Eltern das Urteil in ihrem Sinne auslegen: Der Sexualkundeunterricht dürfe nicht weltanschauliche Ziele verfolgen, *„etwa im Sinne der Verwirklichung einer bestimmten Ordnung des menschlichen Zusammenlebens '(,Gesellschaftsveränderung')". (FAZ, 16.2.78)*

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Mit dieser Broschüre dokumentieren wir die Kampfansage des DGB-Vorstands gegen das bevorstehende Russell-Tribunal über politische Unterdrückung in der Bundesrepublik Deutschland. Einem Rundschreiben des DGB-Vorsitzenden Vetter, das in einmaliger Weise die Identifikation der DGB-Führung mit dem „Modell Deutschland" belegt, haben wir weitere Informationen und Dokumente beigefügt, die beweisen, w i e a k t i v die Gewerkschaftsführer bereits dabei sind, den innergewerkschaftlichen Widerstand gegen die repressive Entwicklung in der BRD zu liquidieren. Dies zeigt sich am offensten in der GEW, in der aufgrund der gesamtgesellschaftlichen Situation derzeit die meisten Ansätze von Protest gegen Berufsverbote, Zensur, Sympathisantenhetze usw. zu finden sind. Schließlich haben wir einige Informationen zusammengetragen, die die i n s t i t u t i o n e l l e Zusammenarbeit des DGB-Apparats mit den Geheimdiensten beweisen.

Preis: DM 1,50
zu beziehen über:
Verlag J. Reents, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50





frauen



Endlich geht's weiter!

Zur Diskussion um das Thema »Frauenfeindlich?«

Zum Thema: Jutta Weinholds Auftritt, ist dieser frauenfeindlich oder nicht, und zum Artikel „ ‚Frauenfeindlich', oder wie es sich manche einfach machen" im AK 116 sind sehr viele Leserbriefe eingegangen. Im AK 117 veröffentlichte die AG Frauen drei Zuschriften. Mindestens 25 weitere lagen vor. Geplant war eigentlich, weitere Leserbriefe zu veröffentlichen und sich mit verschiedenen Standpunkten auseinanderzusetzen. Wie bereits im letzten AK angegeben, konnte dies leider nicht erfolgen, da die Leserbriefe durch einen Unglücksfall verlorengegangen sind. So können wir uns hier nur auf die in letzter Zeit eingegangenen Briefe beziehen oder unterschiedliche Standpunkte sinngemäß wiedergeben.

Die AG Frauen bezog in dem vielkritisierten Artikel folgenden Standpunkt:

Das Gepfeife und das Buhrufen wurde kritisiert als „.... *bei weitem schlechter, geschmackloser und humorloser (...) als der Auftritt selbst*".

Diese Art der Kritik wurde als unsolidarisch, unangenehm und dumm dargestellt, weil die Künstlerin Solidarität mit dem „Kinderhaus" praktiziert hat.

Weiter wurde darauf verwiesen, daß man hier mit dem Pfeifen an Nebenwidersprüche anknüpft und an vielen Punkten die Unterdrückung der Frau nicht mehr sieht oder zumindest nicht mehr dagegen ankämpft.

Es wurde eine politische Linie kritisiert, bei Veranstaltungen wie Frauenboxen etc. große Aktionen zu machen, jedoch nicht mit der gleichen Intensität die Frauenfeindlichkeit z.B. im Betrieb anzugreifen.

In den Leserbriefen wurde hingegen fast durchgängig der Artikel der AG Frauen kritisiert, bis auf einige Ausnahmen (siehe AK 117).

Im Wesentlichen lassen die Leserbriefe drei unterschiedliche Positionen erkennen:

- Rechtfertigung der massiven Proteste gegen den Auftritt von Jutta W.
- Selbstkritik der Störer bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Kritik an dem Auftritt von Jutta W.
- Kritik, daß im AK die politische Seite der Argumentation zu kurz gekommen sei und moralische Argumente überwogen hätten.

Zur ersten Position hier ein Ausschnitt aus einem Leserbrief von Harburger Frauen: „*Wir meinen, daß der Auftritt von Jutta Weinhold keine Frage des Geschmacks ist, sondern sich dahinter eine politische Einstellung verbirgt, die auch verdient, kritisiert zu werden. Wenn das aus Angst, die Gunst der Künstler zu verlieren, nicht mehr geschehen darf, begeben wir uns auf die Pfade des Opportunismus. Juttas Bereitschaft, ohne Geld aufzutreten, die Leihgabe ihrer Musikanlage, das ist anzuerkennen und zu loben, es darf aber nicht dazu führen, politische Kritik zu unterbinden und die Kritiker als Puritaner und Bilderstürmer zu beschimpfen.*" – Die Frauen haben recht, wenn sie sagen, daß es gestattet sein muß, den Auftritt von Jutta W. zu kritisieren.

Aber solidarische Kritik, und um die soll es doch gehen, heißt auch, Ort, Zeit und Bedingungen mit einzubeziehen. Und da finden wir es, wie die AG Frauen schon geschrieben hat, unsolidarisch, die Jutta W. auf dieser Veranstaltung in dieser massiven Art auszupfeifen.

Nun gut, das heißt wiederum nicht, daß wir nicht über den Inhalt ihres Auftritts diskutieren können, ob dieser freuenfeindlich, sexfeindlich oder sonst etwas war.

Die Meinung, die Kritik im AK sei zu scharf gewesen, vertritt eine West-Berliner Genossin: „.... *Weiter halte ich es geradezu für sektiererisch, Frauengruppen, die sich erstmal gegen ganz bestimmte Formen der Frauenunterdrückung* (Frauenboxen/Miß-Wahlen etc. – Anm. AK) *wenden, so anzumachen. In der Anti-AKW-Bewegung gehen wir ja auch nich so ran. Da freuen wir uns über jeden Baumschützer, der den Kampf gegen AKW's aufnimmt, und versuchen ihm im Laufe des gemeinsamen Kampfes aufzuzeigen, daß Umweltschutz endgültig bloß durch Abschaffung des Kapitalismus zu gewährleisten ist. Genauso verhält es sich mit der Frauenbewegung. Zumal ihr ja auch wißt, daß die Frauenbewegung hier zum größten Teil bürgerlicher Herkunft ist.*"

Wir denken, daß dieser Vergleich nicht ganz die Situation trifft.

Natürlich ist Frauenboxen frauenfeindlich. Natürlich ist Prostitution frauenfeinlich, ebenso wie Mißwahlen.

Natürlich ist es frauenfeindlich, wenn die Frauen in diesem System als Lust- und Sexualobjekt dargestellt und behandelt werden.

Nur für uns Frauen muß doch die Frage stehen, wie v e r m i t t e l n wir das breiten Kreisen und in welchem politischen Zusammenhang stellen wir diese Frauenfeindlichkeit?

Die Frage muß doch für uns stehen: Eröffnen wir hier die H a u p t k a m p f f r o n t?

Sicherlich verfehlen Aktionen, wie z.B. bei Miß-Wahlen die Frauen von der Bühne zu zerren oder Störaktionen beim Frauenboxen ihren wohlgemeinten Zweck. Gegenaktionen, wie sie teilweise in der autonomen Frauenbewegung entwickelt wurden, scheinen uns sinnvoller zu sein. Wir finden die Aktionen der Frauenbewegung eigentlich sehr nett, wenn z.B. im Gegensatz zu den Werbeplakaten „Frauenboxen = klatschende Brüste" ein Plakat entworfen wird mit „Männercatch = klatschende Säcke".

Der Stempel „frauenfeindlich" wird sehr schnell benutzt, wenn Sexualität irgendwie mit im Spiel ist. Ein Beispiel ist das MSB-Plakat, auf dem Marx der Angela Davis an den Busen faßt. Dieses Plakat mußte dafür herhalten, die Frauenfeindlichkeit des MSB zu beweisen. Etwas dünn dieser Beweis! (siehe AK 97). Gibt es nicht genügend wichtigere Punkte, den Revisionisten Frauenfeindlichkeit nachzuweisen? Nur, das fällt offenbar schwerer, da muß man sich mit der Politik der Revisionisten gründlicher auseinandersetzen. „*Ich halte das Plakat für eine p o l i t i s c h e Obszönität, wenn der MSB für seine platt-spießigen Feten ausgerechnet eine Person (unabhängig vom Geschlecht) als Lustsignal vermarktet, die vor ein paar Jahren durch eine breite internationale Bewegung dem Henker entrissen werden mußte. Vielleicht bringen sie als nächstes zu ihren LLL–Feiern (Lenin, Luxemburg, Liebknecht) ein Plakat, auf dem Lenin der Rosa unter den Rock greift. Das ist zwar politisch obszön, stellt aber keine spezielle Frauenfeindlichkeit dar. Überhaupt liegt die Sauerei doch darin, daß die Revisionisten Revolutionäre als Spießgesellen für ihre Scheißpolitik vermarkten. D a s kann mich bei der Sache aufregen, aber doch nicht das Pfötchen an der Brust.*" (Aus einem damals an uns gegangenen Leserbrief).

In den Leserbriefen von Frauen und Frauengruppen kam oft zum Ausdruck, daß sich viele zu Unrecht dem Vorwurf der Prüderie ausgesetzt sehen. Dazu aus einem Leserbrief einer Hamburger Frauengruppe: „*Heißt das, daß wir verklemmt sind, wenn wir dagegen protestieren, daß Frauen als hirnlose Körper vermarktet werden?*"

Sicherlich können wir nicht sagen, daß es falsch ist dagegen zu protestieren, und auch nicht, daß dieser Protest an sich schon Ausdruck von Verklemmtheit ist. Sicherlich gibt es auch Kriterien, Frauenfeindlichkeit zu benennen. Insofern teilen wir den folgenden Standpunkt nicht: „*Was ist denn eigentlich alles frauenfeindlich? Der nackte Frauenkörper an sich sicherlich nicht. Was dann? Die spärliche Bekleidung mit einem Minirock? Die Art, ihn zu tragen, sich darin zu bewegen? Das Herausstreichen bestimmter weiblicher Schönheitsideale? Ist Schminken ‚frauenfeindlich'? Wo sollen wir da eine Grenze ziehen?*"

Liebe Genossin, wir denken, daß du nur die eine Seite herausgearbetet hast. Richtig finden wir deine Argumentation, daß im Kapitalismus jedes Ding vom Kapitalismus geprägt ist. Auch richtig finden wir, daß Schönheitsvorstellungen und Moralvorstellungen, das Frauenbild insgesamt, den Charakter dieses kapitalistischen Systems tragen. Unserer Meinung nach wird dieses Argument aber etwas überbeansprucht. Dieses muß nun dafür herhalten, daß man im Grunde gar nicht beurteilen könne, was frauenfeindlich ist und was nicht. Nach dem Motto: Im Kapitalismus ist halt alles kapitalistisch, und Unterschiede spielen keine große Rolle.

In ähnlicher Weise wird in einem anderen Leserbrief argumentiert:

„*In der Tat mag gerade eine weibliche Unterwürfigkeit in der Sexualität Ergebnis der Frauenunterdrükkung sein, somit Ausdruck einer Frauenfeindlichkeit dieser Gesellschaft, aber ist nicht unbedingt für sich selbst schon frauenfeindlich*".

„*Ganz egal, ob man gewisse Formen unterwürfiger Sexualität akzeptiert oder ablehnt, mit Frauenfeindlichkeit hat das erst mal noch nichts zu tun*".

Wenn wir weibliche Unterwürfigkeit in der Sexualität als Ausdruck einer Frauenfeindlichkeit dieser Gesellschaft herausarbeiten, dann ist natürlich diese Unterwürfigkeit insofern auch frauenfeindlich, wenn sie dargestellt wird. Insofern hätten wir natürlich auch Kritik an dem Auftritt der Jutta W.. Aber nicht – liebe Genossinnen und Genossen – und da, glauben wir, unterscheiden wir uns von vielen Buh-Rufern – weil die Sexualität auf der Bühne dargestellt wurde, sondern diese Kritik bezieht sich auf die Unterwürfigkeit.



Wenn Sie linksradikale Sau den Kindern was über Verhütungsmittel erzählen ...



„Geile Pornos . . . !"

Gegen falsche Ampeln

In einer Reihe von Leserbriefen wird der Vorwurf der Frauenfeindlichkeit damit begründet, daß Jutta W. in ihrem Auftritt Sexualität vermarktet. Offenbar leuchtet die rote Warnlampe „frauenfeindlich" immer dann sofort auf, wenn Sexualität mit im Spiel ist. Wir sind da eher für grünes Licht! Genauso wir wir Kampf, Freude, Traurigkeit, Solidarität darstellen, ausdrücken und öffentlich machen, können und sollten wir auch Sexualität darstellen. Denn wir wissen, daß Sexualität eine Quelle der Freude, Ansatzpunkt zur Kreativität und der Befriedigung sein kann. Somit kann für uns nicht die Frage stehen, ob wir Sexualität zeigen, sondern nur wie.

Mehr noch, gerade die Reaktionen auf den Auftritt von jutta W. zeigen, daß es notwendig ist, zu lernen, sich über das wie der Darstellung des Öffentlichmachens von Sexualität auseinanderzusetzen, statt gleich die Scheuklappen anzulegen und die Lippen zu spitzen. Allerdings sind die Zustände in dieser Gesellschaft auch dazu angetan, Darstellung von Sexualität generell als frauenfeindlich anzusehen. Dieses menschliche Bedürfnis Sexualität ist für den Kapitalismus nichts anderes, als ein menschliches Bedürfnis, das wie jedes andere vermarktet und zur Ware gemacht wird.

Vermarktung der Sexualität – Für Geld ist alles zu haben

Der Mechanismus ist einfach im Kapitalismus. An jeder Ecke und Kante werden sexuelle Bedürfnisse der Menschen wachgerufen und manipuliert. Kein Zeitungsladen, wo man sich Zigaretten kaufen will, wo nicht Pornohefte liegen. Selbst im Supermarkt, wo man eben noch schnell was zu essen kaufen will, liegen Sexhefte zum Angebot aus. Liest man auf dem Weg zur Arbeit eine Zeitung findet man jede Woche eine neue Sex-Serie. Vor zehn Jahren war es der Kolle-Bericht, „Deine Frau – das unbekannte Wesen", „Dein Mann – das unbekannte Wesen", heute ist der große Sex-Report „So lieben die Frauen" oder „Aus der Praxis eines Eheberaters" oder „Aktion anonym – Leser schreiben für Leser". Mit „Liebe 77 kennt fast kein Tabu" wird die Aktion „Meine erste Nacht" angepriesen. Mit „Träume – was sie bedeuten" oder „so liebt der deutsche Mann" oder „Thema Nummer eins – Der neueste Report über die Deutschen und den Sex – 10 Jahre nach Kolle" sind nur einige Serien aus der letzten Zeit genannt.

Auf der anderen Seite wird den Menschen kaum Raum gelassen, ihre Bedürfnisse wirklich zu befriedigen. Aber halt: Da ist ein großer Markt, der eine Antwort weiß. Ob nun Sex-Shop, Prostitution, Gummipuppen, Massagestäbe, viele, viele Angebote kann man auf dem Sex-Markt finden. Es gibt Sachen für jeden Geschmack und für jeden Geldbeutel. Las man in den letzten Monaten die „Bild"-Zeitung, so fand man jeden Morgen eine Information, was so auf dem Sexmarkt „in" ist. Da wurde berichtet über Sex-Parties, wo Sex-Show-Leute „römische Orgien" und „Haremsnächte" vorspielen, natürlich unter Einbeziehung der Partygäste. Zu jedem Anlaß kommt di e Show frei Haus – ob nun 50. Geburtstag oder Jubiläum. Kostenpunkt: 5.000 DM für den Abend. Wie es die Margarine für den Arbeiter gibt und die Butter für den Bourgeois, gibt es eben die Prostitution für 50 DM und die „kultivierte Schweinerei" für 500 DM. In der „Bild" war nachzulesen, daß man in den 2.000 Privatclubs und -puffs und den 3.500 Massagesalons und Saunaclubs alles für alle Perversitäten für das entsprechende Geld finden kann. Der „Phantasie" sind keine Grenzen gesetzt und die Adresse wurde gleich mitgeliefert. Das gibt es das „rollende Bordell„ (im Wohnwagen) für die Fernfahrer (ein Besuch im Campingbus kostet 75 DM) und das Bordell, „ wo man sich fühlt, wie in Omas guter Stube – mit Tannenbaum" (bis 250 DM). Der finanzielle Einsatz eintscheidet: „*Ach Schatz, sagt sie, wie Du willst. Ich brauche nur eine Flasche Sekt zu 200 Markt, zu 250 Mark, zu 350 Mark oder auch eine zu 400 Mark bestellen, und alles geht klar*" („Bild", 2.1.78).

Aber das ist noch nicht alles: Wenn es in der Großstadt schon das Sex-Kaufhaus gibt („*Sex können sie heute kaufen wie Brot, Butter und Milch. Selten gehen die Kunden unter 100 Mark wieder raus*"), so will man auch nicht auf „Sex auf dem Lande" verzichten.

Auch für das „unglückliche Ehepaar" ist etwas dabei. Warum soll man zum Therapeuten gehen? Wenn man das Geld hat, läßt man sich einfach eine Sex-Hostess ins Haus kommen. Vormachen kostet 200 DM, Mitmachen noch einmal 500 DM. Um in einen Club einzutreten, muß man mindestens 200 DM blechen, und um zum „Sex zu viert" vermittelt zu werden, muß man auch ein paar Blaue auf den Tisch legen.

Wenn in der „Bild"-Zeitung so offenherzig von den Späßen der Bourgeoisie berichtet werden kann, so ist es doch eine Anmache gegenüber jedem Arbeiter und jedem Werktätigen. Uns kann es dabei nicht nur um die Vermarktung der Sexualität gehen, sondern auch um die Frage: Wieso ist es möglich, daß heute die Bourgeoisie ihre kostenspieligen Schweinereien in Millionenauflage den Massen verkauft? Es ist Ausdruck des heutigen Klassenbewußtseins, daß die Massen es hinnehmen, jeden Tag aufs Neue zu erfahren – auf dem Weg zur Arbeit – wie es die Kapitalisten für ein halbes Arbeiter-Monatsgehalt an einem Abend treiben, oder wie sie zwei Arbeits-Monatslöhne für irgendeine Perversität „extra" springen lassen.

Die Bourgeoisie verkauft IHREN Sex – auch ein Stück Klassenkampf

Die Bourgeoisie kann darauf rechnen, daß gerade in Sachen Sexualität noch kaum die Klassenfrage gestellt wird. Sexualität gilt als etwas, was alle Menschen gleich haben und treiben. Und die Kardinalfrage heißt dann: Wie stellt man's an, daß es tatsächlich „klappt"?

Entsprechend werden in besagten Serien gerade die „ausgefallenen" Späße der Bourgeoisie verkauft, ein „Trick" an den anderen gereiht. Mach es wie es in der „Mopo" stand und du findest „Befriedigung". Wenns dann mit dem „Tip von heute" nicht hingehauen hat – morgen erscheint der nächste.

Alle diese ausgefallenen Späße gehen zu Lasten der Frauen. Was diese Typen treiben, hat mit solidarischen Beziehungen nichts zu tun, in den meisten Fällen kann man nicht mal mehr davon reden, daß es sich um Verkehr zwischen Menschen handelt: Einer hat ein „Bedürfnis" und er kauft ein „Instrument" um es zu befriedigen.

Die Propagierung dieser Menschenfeindlichkeit fällt unter den Massen heute noch auf einen durchaus fruchtbaren Boden: die Unzufriedenheit über den Umgang mit der eigenen Sexualität. Eine Unzufriedenheit, erzeugt durch unsichere soziale Situation und durchaus folgendes gegenseitiges Generve, das Zärtlichkeit, Vertrauen und Vertraulichkeit verunmöglicht. Eine Unzufriedenheit, erzeugt durch § 218, querschießende Greise in Rom, die Verhütungsmittel verbieten, Sexualaufklärung, die nur aufs Beine-breit-machen und „Reinstecken" vorbereitet.

Für uns geht es darum, das Bewußtsein dafür zu wecken und zu entwickeln, daß Sexualität auch eine Klassenfrage ist. Wir wollen eine solidarische und befriedigende Sexualität, d.h. wir müssen uns darüber auseinandersetzen, z.B. mit Jutta W., aber auch mit dem Kollegen, der am Arbeitsplatz gerade wieder das Foto einer nackten Frau aufhängt. Dieses ist aber ein Widerspruch im Volke und muß auch als solcher behandelt werden.

Wenn die Bourgeoisie den Massen ihre Sexualität bzw. ihre Vorstellung darüber, kurz die Sexualität der Herrschenden, als die herrschende Sexualität verkaufen will, müssen wir aufzeigen, was diese Propaganda soll: Ablenken von den eigentlichen Ursachen sexuellen Elends im Kapitalismus!

Setzen wir dem Sexualismus der Herrschenden den Kampf um unsere eigene Sexualität entgegen: den Kampf um eine emanzipatorische Sexualaufklärung der Kinder, um Bedingungen, unter denen Sexualität Spaß macht – gerade für Jugendliche; Kampf um bessere und unschädliche Verhütungsmittel; Kampf gegen den § 218.

Lassen wir uns die Freude an der Lust nicht nehmen!

Genossin der AG Sexualität
KB/Gruppe Hamburg

Interview mit Margit Czenki

Wie wir schon im letzten AK berichtet haben, besteht die Gefahr, daß Margit Czenki, Mitarbeiterin beim Münchner „Blatt" und Erzieherin in einem Kinderladen, wieder in den Knast muß. Margit arbeitet aktiv innerhalb der Frauenbewegung und ist zur Zeit dabei, über ihre Erfahrungen im Knast ein Buch zu schreiben und einen Film zu drehen. Wir haben zu diesem Thema ein Interview mit ihr gemacht.

Frage: *Du hast am eigenen Leib erfahren, was Kriminalisierung von Frauen und Hatz auf politisch aktive Frauen bedeutet. Wie siehst du die Situation und die Möglichkeit der Frauen, dem zu begegnen?*

Antwort: Frauen werden schon noch anders verfolgt als Männer, und auch anders diskriminiert. Wenn man die aus dem Bett zieht, wird halt erzählt, daß sie nix angehabt haben und wie sie ausgeschaut haben, so stehts dann in der Presse, bei Männern wird das nicht mal erwähnt. Oder daß sie einen Hund auf einen jagen und sagen, „der braucht mal was Knakkiges". Oder zu uns sagen, wenn wir nachts irgendwo auf einer Demo sind, „ihr gehört ins Bettchen" oder solche Sachen.

Also all diese Geschichten sind sicher ein zusätzlicher Sadismus von männlichen Staatsschützern gegen uns.

In der Presse wirst du erst zu einer Überfrau aufgebaut, wo du eigentlich schon gar keine mehr bist, wenn du irgendwas wie einen Bankraub gemacht hast oder so. Aber wenn du dich dann schwach zeigst, wie z.B. beim Selbstmordversuch, fallen sie wie die Geier über dich her, dann bist du nur noch ein letztes Häuflein Dreck, so läuft das dann.

Also ich seh das schon so, daß jetzt von verschiedenen Frauenzentren her eine Stärke entwickelt wird, und daß diese Frauenbewegung, von der Anti-AKW-Bewegung einmal abgesehen, vergleichbar ist mit der Bewegung im Bereich Erziehung 1968. Und irgendwann wird das auch mal gefährlich, auch für die Herrschenden. Jetzt siehts noch nicht so aus, manche Frauenzentren privatisieren noch ziemlich rum, aber das wird sich ändern. Über die Ökologie-Gruppen z.B. mußt du irgendwann mal offensiv werden, weil's da auch um Macht geht, da wirst du entweder zerstört, oder du wehrst dich.

Und ich denke eben, daß auch die Staatsschützer das sehen, daß von den Frauen her sich was bewegt. Und daß sie da jetzt schon auf denen, die sie greifen können, die so rausgestellt sind und die sie Terroristen nennen, alles ablassen, was sie dann über alle Frauen sagen, fehlgeleitete Emanzipation und solche Scherze. Das soll von Anfang an diskriminiert werden. Also ich sehe das so: immer wer sich wehrt, in irgendeiner Form wird ja diskriminiert und wenn überhaupt Gegenwehr kommt, dann hauptsächlich von Frauen in Zukunft. Die müssen offensiv werden aus all dem, was sie jetzt begriffen und entwickelt haben für sich, ich kann das

Also ich sehe das so: immer wer sich wehrt, in irgendeiner Form wird ja diskriminiert und wenn überhaupt Gegenwehr kommt, dann hauptsächlich von Frauen in Zukunft. Die müssen offensiv werden aus all dem, was sie jetzt begriffen und entwickelt haben für sich, ich kann das

nicht anders sehen, für mich liegt da die Kraft. Das merken die Staatsschützer ja auch, da bauen sie jetzt vor. Das ist immer so, daß erst auf den politisch herausragenden Leuten herumgehackt wird und dann gilt das so für alle.

Außerdem wird über eine Frau, die da dabei ist, viel mehr geredet als über die Männer. Es gibt immer noch viel mehr Männer als Frauen bei den verschiedenen Gruppierungen. Aber weil das eben keine Tradition hat, daß Frauen offensiv werden, in dieser Art öffentlich werden, dann wird eben hauptsächlich über die Frauen geredet. Genau wie sie jetzt sagen, die Frauenkriminalität würde unheimlich zunehmen. Gerade die Gewaltkriminalität ist immer noch minimal gegenüber den Männern, aber da schlagen sie jetzt Alarm, weil es eben traditionellerweise so war, daß sich bisher Frauen eher über Intrigen gewehrt haben.

Und typisch war's halt auch, daß Frauen ihren Typ vergiftet haben und ihm nicht eins über die Rübe gehauen haben. Jetzt läuft das schon viel offener, und jetzt kriegen sie Angst und geben dem eine falsche Betonung, so als wäre das jetzt schon eine unheimlich riesige Geschichte. Dabei wird es nur anders rausgestellt als bei den Männern, soviel hat sich da nicht verändert, es wird nur anders dargestellt.

Ich hab mir zum Beispiel überlegt, warum sie meinen eigenen Bankräuberkollegen, der genauso lang draussen ist wie ich, nicht einmal hausdurchsucht haben, nicht einmal verfolgt haben oder irgendwas. Obwohl der sich viel radikaler anhörte als ich. Da hab ich mal gedacht, ich als Frau und sie als Ermittler die haben schon einen persönlichen Haß, als Männer. Die kommen sich doppelt verarscht vor, wenn sie einem nicht beikommen und gestehen das einer Frau eigentlich alles gar nicht zu. Die soll mal wieder dahin zurück, wo sie hingehört, in die Ehe oder so. Und da haben sie noch einen spezifischen Haß.

Und dann kommt bei mir noch etwas anderes dazu: solange du nur in deinem linken Klüngel was machst, in der Scene, das juckt die nicht, da kannst du womöglich auch noch was machen. Ich bin da aber immer drüber rausgegangen. Einmal mit der Erziehungsarbeit, wo du bald viele Kontakte hast, und das haben wir jetzt im ganzen Stadtteil, also die Leute rundrum kennen uns und wir reden mit denen. Dann, was ich über Frauenknast schreibe und z.B. auch die Filmerei, wo ich jetzt mehrere Volontariate gemacht habe, um das Medium Film in den Griff zu kriegen. Da bin ich mit vielen Leuten zusammengekommen, wo ich mich vermittle, die dann sehen, wie so eine „Terroristin" von der Nähe aussieht und die dann ihre Sicht ändern, und, und, und ... Weil ich immer auch mit anderen Leuten rede, die über die Scene rausgehen, und nicht nur rede, sondern auch mit ihnen was mache, und das halten sie für gefährlich. Genau wie sie jetzt so hysterisch reagieren wie dieser Metzler auf den Artikel in der „Zeit" und im „Spiegel" (siehe Kasten), wo er jetzt mir gegenüber diese Drohung ausgesprochen hat.

Im „Blatt" (Münchener Sponti-Zeitung, Anm. AK) können wir schreiben was wir wollen, gut, da verklagen sie uns auch dauernd, aber hier kommen sie mit Drohungen und versuchen, die Journalisten direkt einzuschüchtern, ganz offen. Und mir drohen sie, ich würde schon sehen, was ich davon habe. Das alles bestätigt eben: wenn du über einen gewissen Kreis raus wirksam bist, dann wird du gefährlich.

Für die war ich halt eine Frau aus dem Knast, eine Bankräuberin und Punkt und Schluß. Und jetzt haben sie gesehen, daß ich da und da und da bestimmte Funktionen habe und daß es nicht so einfach ist, so jemand aus solchen Zusammenhängen rauszureißen. Also, daß es da genug Gründe gibt, warum ich draußen bleiben muß.

Und jetzt zum Prozeß hoffe ich, daß vor allem viele Frauen einfach hingehen. Weil ganz viele Sachen frauenspezifische Geschichten sind, darüber kann ich vorm Prozeß nicht so viel sprechen, das wird dann schon im Prozeß selbst deutlich. Ich habe z.B. Nothilfe geleistet bei einer Frau und es war eben so, daß sie auf mich den Hund gehetzt haben und chauvinistische Reden losgelassen haben. Ich stelle mir vor, wenn so ein Beamter (sofern er's überhaupt zugibt) sagt, „ja gut, das hab ich gesagt: 'der braucht auch was Knackiges, der Hund' ", daß da so ein Richter vielleicht schon schmunzelt und das runterspielt und vielleicht die Schöffen auch und der Staatsanwalt wird breit grinsen. Daß sie sich das aber nicht so trauen, wenn da eine andere Atmosphäre ist, wenn der Saal voll Frauen ist vor allem. Ich will mich also vor allem auf eine Frauensolidarität beziehen.

Wir machen das jetzt so, daß wir die ganzen Frauenzentren, die sich von sich aus auf die Dokumentation hin gemeldet haben, bitten, pro Zentrum 1 bis 2 Prozeßbeobachterinnen zu schicken. Und auch hier vom Münchener Frauenzentrum werden zwei Frauen vor dem Prozeß zum Richter hingehen und das öffentlich machen, daß sie vom Frauenzentrum als Beobachterinnen da sind. Und das gab's bisher noch nie, soviel ich weiß. Ich glaube, das ist schon eine ganz schöne Frauenöffentlichkeit, das versteht er dann auch, und ich hoffe, er erschrickt ein bisschen! Bisher gab's das ausschließlich bei Vergewaltigungsprozessen.

Leute, die vor der Tür des Gerichts stehen und nicht reinkommen, sollten nicht gleich weglaufen, sondern wir werden dann einen anderen Saal beantragen, so daß man Reaktionen aus dem Zuschauerraum spürt. Ich meine, daß



Margit Czenki bei ihrer Arbeit im Schülerladen

Frage: *Wie war bisher die Unterstützung durch Solidaritätskampagnen für dich und wie sollte es weitergehen?*

Antwort: Übers „Blatt" krieg ich mit, daß es unheimlich viele Leute in ganz brenzligen Situationen gibt, daß man zur Zeit unheimlich schnell in den Knast kommt. Gerade Leute aus Stadtzeitungen, Projekten, Kollektiven.

Das spitzt sich immer mehr zu. Wir kriegen so Briefe, wie wir sie in meiner Sache verschickt haben, dauernd, von allen Seiten, es muß überall so laufen. Wobei ich so einen „Fall" wie mich konkret nicht kenne. Ich meine nur, man kommt heute allgemein unheimlich schnell in den Knast.

Ich glaube, mir persönlich hat die ziemlich breite Solidarität schon was gebracht. Es sind sehr viele Unterschriftenlisten, Postkarten, Erklärungen und ganz persönliche Schreiben, die natürlich noch mehr aussagen, an den Bewährungsrichter, an die Kammer, gegangen. So daß sie gezwungen sind wahrzunehmen, daß ich in Zusammenhängen stehe, die sie vorher nicht sehen wollten, und daß es Leute gibt, denen es wichtig ist, daß ich nicht wieder in den Knast komme.

die Öffentlichkeitsarbeit für den Prozeß bisher schon ziemlich gut gelaufen ist. Es wissen ziemlich viele Menschen bescheid und haben drauf reagiert.

Und wenn wieder so was ist, mit anderen Genossen, dann ist klar, daß ich auch so eine Kampagne mit in Gang bringe.

Frage: *Du arbeitest selber politisch in vielen Bereichen: Frauenbewegung, Knastarbeit, Kinderarbeit, linke Bewegung. Welche Bedeutung hat das für dich und wie siehst du z.B. auch das Verhältnis Frauenbewegung/Linke?*

Antwort: Ich wollte eigentlich am Anfang, als ich rauskam, nur was mit Frauen machen, weil ich ja darin eine Identität mit den Frauen entwickelt hatte, und mir kamen die meisten Männer, als ich rauskam, unheimlich absurd und lächerlich vor, eben mit ihren Männergeschichten, die sie da abziehen, wie sie reden und sich wichtig finden und „Kleines" sagen und einen anmachen. Ich habe das überhaupt nicht ausgehalten, ich war immer zwischen Entsetzen, Angst und mich-tot-lachen. Das war echt so meine Reaktion, wie die Gockel kamen mir die meisten vor. Ich bin deswegen dann auch ins Frauenzentrum gegangen und wollte schwerpunktmässig mit Frauen leben und arbeiten. Ich habe nicht so eine Männerfeindschaft, ich konnte nur mit den wenigsten etwas anfangen, außer mit so ganz Ruhigen, Sanften, und auch da wars schwierig.

Mit den Frauen war das dann erst ganz schön, aber weil ich so eine ganz andere Geschichte habe, wurde es bald schwierig. Die waren, damals mindestens – jetzt hat sich das schon wieder geändert, mit ihrer eigenen Veränderung beschäftigt: endlich mal was alleine machen, was als Phase ganz wichtig ist, um zu sehen, wer frau überhaupt ist, und wie sie sich verhält, wie sie Verhaltensformen entwickeln kann, wenn keine Männer drumrum sind. Das finde ich sehr wichtig, mal für eine Weile alleine was zu machen, so als Phase, nicht für immer. Viele finden das für immer richtig, ich nicht.

Da waren die eben so unheimlich mit sich beschäftigt, und da hat meine Subjektivität, die noch sehr viel mit dem Knast zu tun hatte, sehr wenig mit zu tun gehabt. Die mochten mich schon, aber ich hatte einfach so eine andere, extreme Geschichte, und so waren die Berührungspunkte nicht selbstverständlich. Ich habe mich dann ausgeschlossen gefühlt aus den Sachen, die da gelaufen sind und bin deswegen wieder wohin gegangen, wo eben auch Männer sind, auch wieder in der Linken.

Für mich war das nie eine gegensätzliche Entscheidung: Frauen oder Linke, das ist nicht der Punkt. Ich bin erstmal eine Frau und dann bin ich eine Linke, für mich stellt sich das nicht. Und ich bin dann eben dahin gegangen, wo es eine gewisse Übung gab, mit Menschen aus dem Knast umzugehen, wo es auch andre gab aus dem knast, wo das selbstverständlicher war.

Das „Blatt" finde ich eine wichtige Zeitung, einfach weil da unheimlich viel drinsteht, was sonst nirgends drinsteht, und weil du da auch subjektiv schreiben kannst. Gut, ich finde, da sind zu wenig Frauen drin, nämlich nur zwei, und deswegen ist es zu männlich. Aber nicht weil die „Blatt"-Männer selber „bösartig" sind oder ein „Männerblatt" machen wollen, sondern es sind einfach zahlenmäßig mehr Männer da und die bringen ihre Subjektivität ein und ihre Geschichte, und dann ist es automatisch so. Das ist mehr ein Automatismus als eine Willensgeschichte. Es wäre sicher anders, wenn gleich viel Frauen da wären oder vielleicht zwei Frauen mehr noch als Männer, dann wäre das „Blatt" sicher anders.

Wir haben verschiedene Kampagnen gemacht, natürlich für Leute im Knast, natürlich gegen den Knast. Und ich habe darüber was veröffentlicht und das tue ich auch immer wieder und habe bei Veranstaltungen was dazu gesagt. Ich möchte schon möglichst viel über den Knast öffentlich machen, Frauenknast speziell. Die Männer machen das schon für den Männerknast selber, da gibt's

Und ich habe darüber was veröffentlicht und das tue ich auch immer wieder und habe bei Veranstaltungen was dazu gesagt. Ich möchte schon möglichst viel über den Knast öffentlich machen, Frauenknast speziell. Die Männer machen das schon für den Männerknast selber, da gibt's

eben schon mehr Leute mit Bewußtsein.

Gleichzeitig mit dem Einsteigen ins „Blatt" ergab sich die Sache mit dem Schülerladen.

Am liebsten hätte ich halt mit Kindern gearbeitet, deren Eltern auch nah am Knast sind, oder da reinkommen könnten, also mit so einer Schicht. Sowas aufzubauen ging damals für mich noch nicht. Jetzt könnte ich sowas selber aufbauen als Projekt mit anderen, damals hätte ich nicht die Kraft dazu gehabt.

Ja, und den Schülerladen haben wir dann schon ein bischen umstrukturiert, haben ihn offener gemacht. Es kamen im Sommer viele andere Kinder rein, so aus der Nachbarschaft, mit denen sind wir dann auf ein anderes Grundstück gegangen, weil's bei uns zu eng war, und haben da Lager mit ihnen gebaut und Häuschen.

Aber jetzt ab Sommer machen wir da eine Stadtteilarbeit draus. Wir wollen die ganzen Emigrantenkinder und die anderen deutschen Kinder aus der Gegend reinholen, das wird also 1., 2. und 3. Volksschulklasse sein. Wir wollen mit anderen Projekten zusammenarbeiten, unser Geld müssen wir dann woanders verdienen und das selber finanzieren.

Von daher hoffen wir, dann mehr Einfluß auf den Stadtteil nehmen zu können. Wir wollen dann auch schauen, was wir abends in den Räumen machen, außer Gitarrenkursen oder Elektrokursen für die Jugendliche. Und wie die anderen Projekte, die in der gleichen Gegend sind, sich auf uns einzustellen.

Dann bin ich weiter in der Frauenknastgruppe im Frauenzentrum. Wir haben vor, jetzt mehr zu veröffentlichen. Langfristig wollen wir mal eine Wohnung haben, damit haftentlassene Frauen erstmal da wohnen können, und sich selber organisieren mit anderen, damit sie nicht wieder zu ihren Zuhältern zurückmüssen oder zu ihren beknackten Ehemännern. Daß da mal eine Alternative da ist, nicht nur drüber reden oder so ein bischen unterstützen, sondern daß wir was haben, wo sie erstmal hinkönnen. Aber nicht bei uns in den Wohnungen, wo sie sich wieder anpassen müssen, sondern wo sie sich selbst, mit unserer Hilfe, wenn sie wollen, organisieren können und es so einrichten, wie sie es mögen. Wir wollen, daß sie sich nicht an eine Lebensform wie die unsere anpassen müssen, diesen Fehler haben wir mit Lehrlingen früher hundertmal gemacht. Ich finde das ganz schlimm, das aufzupfropfen, und das darf eben nicht passieren. Wir könnten mit dem Haus für geschlagene Frauen zusammenarbeiten, die auch im Frauenzentrum sind. Aber soweit ist das alles noch nicht, weil wir auch kein Geld haben, das müssen wir uns erst beschaffen.

Frage: *Du schreibst an einem Buch über Frauenknast und arbeitest an einem Film zu diesem Thema. Wie gehst du das Thema dort an?*

Antwort: Jetzt bin ich dabei, für die „Frauenoffensive" an einem Knastbuch zu schreiben. Mir ging es ja immer darum, auch bei der Knastarbeit, die wir machen, die frauenspezifischen Sachen rauszuschälen. Was draußen läuft, läuft im Knast selbst verschärfter, es stimmt schon, daß der Knast ein Spiegel ist. Aber in dem Aichacher Knast sind halt echt noch wilhelminische Zeiten, das ist so pervers, das kann man sich überhaupt nicht vorstellen. Da geht's halt noch so richtig um frauliche Tugenden. Sauberkeit, Ordnung – aber als frauliche Tugend! Da heißt es dann, sie sind ja gar keine „richtige Frau", wenn man mal schreit oder sich mal laut wehrt oder so. Oder nicht unterwürfig ist und nicht mit dem Chef rumschäkert, wenn man was durchsetzen will, sondern das einfach so sachlich sagt.

Und diese Geschichten finde ich wichtig rauszuschälen. Wenn frau sich im Frauenknast wehren will, dann muß sie sich erstmal über ein Frauenbewußtsein wehren, also erstmal zusammen mit anderen Frauen eins entwickeln, wissen, wer sie ist und sich dann über Frauensachen erstmal wehren.

Eine andere Möglichkeit gibt's da nicht, und das ist auch eine sehr gute Möglichkeit, weil frau da mit so einer Frauenidentität wenigstens rauskommt.

Und so sehe ich jetzt auch die Knastarbeit, daß wir von außen solche Sachen unterstützen können, was drin eh läuft, und daß wir immer mehr diese frauenspezifischen Unterdrückungsgeschichten rausschälen wollen.

Und so sehe ich jetzt auch die Knastarbeit, daß wir von außen solche Sachen unterstützen können, was drin eh läuft, und daß wir immer mehr diese frauenspezifischen Unterdrückungsgeschichten rausschälen wollen.

Und wie ich jetzt an dem Knastbuch am Schreiben und am Überlegen war, wollte ich erst sowas wie einen Report machen, so mehrere Bereiche aufteilen und darüber dann schreiben. Und jetzt ist es mehr eine Erzählungsgeschichte geworden, weil für mich das wichtigste am Knast das war, was sich zwischen meiner Knast-Freundin und mir und den anderen Frauen rausgebildet hat.

Ich habe z.B. eine Knastfreundin, die ihr Kind getötet hat und eine unheimlich hohe Strafe bekommen hat. Sie ist sehr unterdrückt worden von allen anderen Gefangenen. Wir haben uns gegenseitig unheimlich viel geholfen, uns zusammen auch verändert, zusammen eine Möglichkeit entwickelt, wie frau sich da drin wehren kann. Ohne sie hätte ich das nicht überlebt und sie auch nicht ohne mich.

Über diese Freundschaft von zwei Frauen, wo auch die ganze Problematik der Kindstötung reinkommt, möchte ich das Buch schreiben. Darüber kommt ja dann auch voll zum Ausdruck, was Knast ausmacht. Natürlich kommen auch Analysen mit rein und Dokumente, aber ich wills einfach erzählen, und ich glaube das ist auch besser zu lesen. Ich möchte das mit meiner ganzen Subjektivität erzählen und das mach ich jetzt grad.

Und mit dem Film habe ich so eine ähnliche Vorstellung, da bin ich gerade am Drehbuch schreiben. Das wird ein Spielfilm mit dokumentarischem Hintergrund. Er dreht sich auch wieder um die Freundschaftsgeschichte zwischen den zwei Frauen, auf das Medium Film abgestellt, aber mehr anhand von ein paar markanten Beispielen, während das Buch ziemlich lang wird und auch wahrscheinlich differenzierter.

Leserbrief

Die Frauengruppe aus der Schnellstraße (Hamburg) hat uns ein Diskussionspapier zur Auseinandersetzung um die Frauenzeitung „Emma" geschickt, das wir hier gern zur Förderung dieser Diskussion abdrucken: „Wir finden, daß Emma viele neue Informationen über die Situation der Frauen bringt, viel sagt über die Vielschichtigkeit der Unterdrückung. Die Darstellung der Situation ist wichtig, aber wir vermissen ein wenig die Analyse. Die Zeitschrift zeigt nicht deutlich genug die Hintergründe und Ursachen für die Unterdrückung der Frau auf. Von einer Veränderung der Gesellschaft im sozialistischen Sinne erwarten die Herausgeberinnen von „Emma" nichts.

Die Ursache der Unterdrückung ist zu oft der Mann schlechthin (ob er nun Kommunist oder Biedermann ist). Es werden Aggressionen gegen Männer hervorgerufen (Fatma-Artikel). Im Mannsein oder Frausein wird implizit der Grund für Unterdrückersein oder Unterdrücktsein gesucht. Unserer Meinung nach führt diese Haltung die Frauen zu leicht in eine Art Resignation, jedenfalls was ein Handeln auf Veränderung der Situation der Frau betrifft. Das liegt dann darin, daß die Dinge, da ja durch das Geschlecht vorgegeben, unveränderlich erscheinen. Dagegen stand aber auch die Meinung bei uns, daß man von einer Zeitung nicht zuviel erwarten darf, eine Anregung oder vielleicht sogar Anleitung zum Handeln ist viel verlangt.

In der Diskussion arbeiteten wir heraus, daß Männer wie Frauen einen gemeinsamen Unterdrücker haben, gegen den sie auch gemeinsam kämpfen müssen („Emma" baut in dieser Hinsicht ein falsches Feindbild auf.) Der Mann als Unterdrücker der Frau ist gewissermaßen ein Handlanger des Staates, des gesellschaftlichen Systems, der, durch Privilegien korrumpiert, die Unterdrückung der Frau für den Staat übernimmt. So gesehen sind Männer „Feinde", aber nur in zweiter Instanz. Ein Beispiel für das Feindbild Mann ist der immer wieder in „Emma" auftauchende Begriff „Männerpresse". Die „Männerpresse" diffamiert die Frauenbewegung über den „Umweg Terroristinnen". In Wahrheit kämpft so die Kapitalistenpresse gegen Veränderungen, die von linken Frauen und Männern vorangetrieben werden.

„Emma" ist spannend und ansprechend aufgemacht und leicht zu lesen. Aber der Nachteil liegt auf der Hand: Um die Zeitung „attraktiv" zu machen, werden Prominente bzw. Frauen, die es zu etwas gebracht haben, herausgestellt. Solche Frauen interessieren uns am wenigsten (sie sind am wenigsten unterdrückt), alle fanden das unwichtig und ablenkend. „Emma" will alle Frauen ansprechen, weil alle Frauen gemeinsam haben, besonders unterdrückt zu sein. Wir glauben auch, daß „Emma" tatsächlich dazu beiträgt, ein neues stärkeres Selbstbewußtsein bei den Frauen hervorzubringen, indem Solidarität untereinander aufgebaut wird, aber die Unterdrückung der Frauen aus unterschiedlichen Klassen hat unterschiedliche Qualität. Die Wege der Befreiung sind deshalb auch unterschiedlich. Indem das nicht herausgestellt wird, werden Klassengegensätze verschleiert und es wird hier ein Erkennen der gesellschaftlichen Funktion von Unterdrückung verhindert.

Als Ausweg aus sexueller Unterdrückung und Frigidität wird die lesbische Liebe propagiert. Wir finden, das es wichtig ist, viel und gründlich über lesbische Frauen und ihre Situation zu berichten, um gegen ihre Diskriminierung zu kämpfen. Der Weg der Auseinandersetzung mit dem Mann wird aber durch „Emma" nicht angeboten. Wenn Männer nicht Feinde sind, sondern Mitkämpfer sein sollen, können wir aber auf eine Auseinandersetzung in vielen (allen?) Fragen nicht verzichten.

Trotzdem ist „Emma" auch für uns eine wichtige Informationsquelle, auf die wir nicht verzichten können (es gibt ja so wenige). Die Funktion, Frauen ihre Situation klar zu machen d.h. hier: Unterdrückung nicht zu verleugnen und es Frauen zu ermöglichen, sich selbstbewußt mit ihren Problemen auseinanderzusetzen, hat eine große Bedeutung.

Neuseeland: Stockreaktionäres Abtreibungsgesetz eingeführt

Im Parlament von Neuseeland wurde im Dezember 1977 mit 40: 26 Stimmen ein neues Abtreibungsgesetz verabschiedet, das die dortigen Liberalen und der Ärzteverband für „unpraktikabel" halten. Die Organisation die die meisten Abtreibungen in Neuseeland durchgeführt hat, hat ihre Tore geschlossen.

Das Gesetz fordert Zustände, wie sie selbst vor dem Beginn der westdeutschen Abtreibungsbewegung in der BRD nicht bestanden haben: Bisher galt im neuseeländischen Abtreibungsgesetz der Grundsatz, das Leben der Patientin an allererster Stelle zu setzen. Damit bestand grundsätzlich für jede Frau die Möglichkeit, eine Abtreibung zu bekommen, wenn sie es wollte; statistisch gesehen ist nämlich das Risiko einer Geburt grösser als das Risiko einer vom Arzt durchgeführten Abtreibung.

Das neue Gesetz erlaubt Abtreibungen nur im Fall von „großer Gefahr" für das Leben, die körperliche oder geistige Gesundheit der Frau. Während bisher in Neuseeland Abtreibungen auch dann erlaubt waren, wenn die Geburt eines geistig oder körperlich behinderten Kindes vorauszusehen war, schließt das neue Gesetz die Abtreibung in solchen Fällen aus!

Auch Vergewaltigung soll nun kein Grund mehr für eine Abtreibung sein! Auch die soziale und wirtschaftliche Situation der Frau wird nicht berücksichtigt.

Wer unter diesen Bedingungen eine legale Abtreibung will, muß ein Spießrutenlaufen auf sich nehmen: Erst zum Hausarzt, dann zum Facharzt, dann zu zwei Ärzten, die von einem nationalen Komitee extra dafür ernannt wurden (insgesamt 200). Das Komitee – zynischerweise muß den Vorsitz eine Frau führen – soll dem Parlament verantwortlich sein.

Eine Frauengruppe hat bereits angekündigt, daß sie Abtreibungsflüge nach Australien, wo ein liberaleres Gesetz besteht, organisieren will – für umgerechnet 600 DM. (Informationen aus „Guardian" vom 17.12.77).

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Journalisten unter Druck gesetzt

Adelheid Ohlig, Verfasserin eines sachlich korrekten und ohne Hetze geschriebenen „Zeit"-Artikels, wurde am Tag nach dessen Erscheinen (10.2.78) etwa um 14 Uhr von Herrn Metzler, Sprecher der Justizpressestelle München angerufen:

Was sie sich denn denke, so einen verzerrenden Artikel in dieser Zeit, wo wir doch durch Terroristen bedroht seien, zu schreiben, über so eine Person. Adelheid Ohlig hätte ihn anrufen müssen, bevor sie so etwas schreibe, er hätte ihr Bild von Margit Czenki und dem kommenden Prozeß schon zurechtgerückt. Er würde die „Zeit" abbestellen und sich ansonsten bei der „Zeit"-Redaktion über Adelheid Ohlig beschweren. Das hätte er auch schon über Herrn Höfler beim „Spiegel" gemacht. Solche Artikel dürften in einer solchen Zeit einfach nicht erscheinen, und Frau Czenki werde nun schon sehen, was jetzt von der Justiz auf sie zukäme. Das habe sie sich dann selbst zuzuschreiben.

Das Telefongespräch, bei dem Adelheid Ohlig gar nicht zu Wort kam, dauerte etwa 15 Minuten.

8. Mai 1945: Befreiung vom Faschismus

Lieber ein kalter Krieger, als ein warmer Bruder!

30 Jahre später ..?

30 Jahre später ..?

Kurzmeldungen

Die Zahl der Scheidungsklagen ist in mittwochs und freitags jeweils zwischen

Die Zahl der Scheidungsklagen ist in Schleswig-Holstein um 45 Prozent gesunken. Seit das neue Scheidungsgesetz in Kraft ist, haben nur 2174 Ehepaare die Scheidung beantragt („Bild", 2.2.78).

•••

Immer mehr deutsche Frauen nehmen nicht mehr die Pille, sondern lassen sich sterilisieren: Ärzte schätzen, daß es 30 bis 40 tausend Frauen pro Jahr sind. Es werden heute doppelt so viele Sterilisationen vorgenommen wie vor zwei Jahren. In vielen Fällen soll es so sein, daß die Eileiter nicht mehr durchtrennt werden, sondern verklebt oder mit einem Plastikklip verschlossen werden, damit eventuell die Fruchtbarkeit wiederhergestellt werden kann. („Bild", 4.2.78).

•••

Eine Apothekerin aus Besancon (Frankreich) verkaufte „aus Gewissensgründen" keine Antibabypillen. Deshalb wurde sie von mehreren Frauen, die mehrere Kilometer bis zur nächsten Apotheke zurücklegen müßten, angezeigt. Die Apothekerin wurde zu 250 Mark Geldstrafe verurteilt. Ob sie nun die Pille rausrücken muß, ist unbekannt. („Bild", 2.2.78).

•••

Die Frankfurter Frauenzentren stellen jetzt die Busfahrten nach Holland zur Schwangerschaftsunterbrechung ein. Begründung: „Die Ärzte und Krankenhäuser in Deutschland sind sehr zufrieden, wenn das Problem ausgelagert wird".

Ab jetzt wollen die Frauenzentren stärker auf eine Änderung der gängigen § 218-Praxis in der BRD einwirken, in der sich zahlreiche Ärzte weigern, Indikationen auszustellen und viele Krankenhäuser es ablehnen, einen Abbruch vorzunehmen. „Wir sehen nicht ein", betonten die Mitglieder der Beratungsgruppen aus den Zentren Eckenheimer Landstraße 72, Landgrafenstraße 13 und Neu-Isenburg (Buchenbusch 29), „daß betroffene Frauen diese Lage weiterhin so ausbaden müssen, und ihnen ihr Recht auf eine eigene Entscheidung vorenthalten wird."

Die Frauenzentren werden Hilfe suchende Frauen unterstützen in dem Bemühen, „Ihr Recht auf eine Indikation durchzusetzen." Die Frauen werden, wenn nötig, zum Arzt und der offiziellen Beratungsstelle begleitet. Beratungen finden statt: in der Eckenheimer Landstraße dienstags und mittwochs, in der Landgrafenstraße montags und in Neu-Isenburg mittwochs und freitags jeweils zwischen 17 und 20 Uhr. (nach „FR", 11.2.78).

•••

Am 25. Februar findet in Nürnberg im Heilig Geist Spital um 19 Uhr ein Frauenfest statt. Aus Berlin ist die Frauen-Rock-Band „Lyristrara" eingeladen. Außerdem wird Theater gespielt und es gibt einen Basar (zu dem eigener Krimskrams mitgebracht werden kann). Das Fest wird zugunsten des Frauenhauses veranstaltet, in dem Frauen Hilfe für Selbsthilfe gegeben werden soll (das Haus muß jedoch noch gefunden werden).
Kontaktadresse:
Christine Markl/Inge Albrecht,
Rieterstr. 5, 85 Nürnberg,
Tel.: 0911/ 37 93 02
(lt. „ID", 11.2.78)

•••

Vierzig Tage vor den Parlamentswahlen hat sich in Frankreich eine Frauenpartei mit dem Namen „Choisir" (=Wählen) gebildet. Die Frauen haben den Parteien ein Ultimatum gestellt: Wenn ihr die Forderungen unseres Programms nicht zu den euren macht, werden wir in den Stichwahlen am 19. März unsere Kandidatinnen im Rennen lassen und alle Frauen auffordern, für sie zu stimmen.

Die Frauen haben ihre Forderungen in einem „Gemeinsamen Programm der Frauen" verkündet. Sie wollen ein „Ministerium für die Frau", das eine Politik für Frauen macht und diese Politik überwacht. Unter Politik für Frauen versteht das Programm „den größten gemeinsamen Nenner für alle weiblichen Personen unseres Landes". Die Skala der Forderungen reicht von Sondergerichten für Notzuchtverbrechen über die Forderung nach gleichem Lohn, nach paritätischer Besetzung der Parteispitzen, nach schärferen Strafen für Diskriminierung auf Grund des Geschlechts über das Verbot von Werbung, die „gegen die Würde der Frau verstößt", bis zur paritätischen Aufstellung von männlichen und weiblichen Kandidaten bei allen Wahlen.

•••

Die „Gewalt-gegen-Frauen"-Gruppe des Marburger Frauenzentrums hat eine Dokumentation herausgebracht, in der eine Vergewaltigung in einem Wohnheim der Evangelischen Studentengemeinde dokumentiert wird. Die Dokumentation kann beim Frauenzentrum Marburg, c/o Gewaltgruppe, Ockershäuser Allee 1b, 3550 Marburg a.d.Lahn, zum Preis von 3,– DM bestellt werden.

Diskussion: »Christen und Homosexualität« Eine richtungsweisende Aktion

Am 9.2.78 führte die Aktionsgruppe Homosexualität Hannover (HSH) auf Einladung des Kirchenvorstandes der Elisabeth-Gemeinde Langenhagen eine erfolgreiche Diskussionsveranstaltung zum Thema »Christen und Homosexualität« durch. Zu dieser Veranstaltung war es gekommen, nachdem in dieser Gemeinde einem Organisten die Anstellung verweigert worden war, weil seine Homosexualität bekannt wurde. (Zur Vorgeschichte vgl. Russell- Broschüre »Schwule gegen Unterdrückung und Faschismus«).

Die HSH hatte dieses Berufsverbot zum Anlaß genommen, um sich gegen die Diskriminierung Homosexueller in der Gemeinde zu wehren, verteilte Flugblätter, veranstaltete ein »go in« in einen Gottesdienst und forderte den Gemeindevorstand zu einer öffentlichen Diskussion im Gemeindehaus zum Thema Schwulenunterdrückung auf. Diese fand am 9. Februar mit mehr als 100 Teilnehmern statt.

Erstaunlich war, daß die vom Kirchenvorstand offiziell eingeladene Vertreterin von »pro familia« in ihrem Referat klipp und klar zum Ausdruck brachte, daß es eine Verführung zur Homosexualität nicht gibt und nicht geben kann und anderslautende »Erkenntnisse« wissenschaftlich nicht haltbar sind. Bei der Diskussion über diesen Punkt zeigte sich jedoch immer wieder, daß das Vorurteil, wonach Menschen (speziell Kinder und Jugendliche) zur Homosexualität verführt werden könnten, sehr tief sitzt und immer wieder als demagogisches Argument gegen Schwule benutzt wird. Dazu ein Vertreter der HSH: »Es hat sich gezeigt, daß die Leute das höchstens intellektuell begriffen haben. Daß es eine Verführung nicht gibt, geht bei den meisten zum linken Ohr rein und kommt im rechten wieder raus. Das Vorurteil sitzt sehr tief und man muß sehr daran arbeiten, um es zurückzudrängen«.

In einem anschließenden Beitrag berichtete die HSH über die alltägliche Repression gegen Schwule, die von Anpöbeleien und Überfällen auf der Straße, Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche, Berufsverboten usw. bis zum staatlichen Verbot politischer Aufklärungsarbeit reicht. Allgemeine Betroffenheit löste das Auftreten eines als Bullen verkleideten Schwulen aus, der die Anwesenden aufforderte, die Ausweispapiere zwecks Aufnahme der Personalien bereitzuhalten und den Saal zu verlassen, da es sich laut Münsteraner Oberverwaltungsgerichts- Urteil um eine verbotene Veranstaltung handele. (Das OVG- Münster hatte der Aachener Schwulengruppe per Grundsatzurteil verboten, Flugblätter und Informationsmaterial in der Öffentlichkeit zu verbreiten, weil dies eine Störung der öffentlichen Ordnung sei und *»Werbung für Homosexualität«* bedeuten würde. Homosxualität sei eine *»pivat zu haltende Veranlagung«*.

Faschistoid trat der Vertreter einer Baptisten- Sekte auf, der meinte, daß »Homosexuelle, Ehebrecher, Sadisten, Masochisten usw.« nicht zur christlichen Gemeinde gehören könnten und der die »Ausgrenzung« aller »Kranken und Perversen« forderte.

Nicht nur die HSH erwartet, daß diese Veranstaltung die Auseinandersetzung mit der Kirche in punkto Schwulenunterdrückung vorantreibt und bald auch in anderen Gemeinden der Stadt ähnliche Aktionen durchgeführt werden können.

AG Sexualität, KB/ Gruppe Hamburg
(Unter Verwendung eines Berichtes vonMitgliedern der HSH)

Lesben und Schwule diskutieren gemeinsam!

„Aufgaben und Möglichkeiten der homosexuellen Emanzipationsbewegung" war das Thema einer Veranstaltung am 2.12.77, die von der AHA (Allgemeine homosexuelle Arbeitsgemeinschaft) und der Gruppe L 74 gemeinsam vorbereitet wurde. Anlaß zu dieser Veranstaltung war das Erscheinen des von Rüdiger Lautmann herausgegebenen Buches: „Seminar: Gesellschaft und Homosexualität", in dem u.a. eine erste Einschätzung der Lesben- und Schwulenbewegung versucht wird.

In der Diskussion, die sich eher spontan und naturwüchsig entwickelte, als gezielt, wurde auch die Zusammenarbeit von Lesben- und Schwulenorganisationen problematisiert. Während das LAZ (lesbisches Aktionszentrum) in Schwulen vor allem Männer und damit potentielle Unterdrücker und keine Bündnispartner sieht, vertritt die Gruppe L 74 daß Lesben, da sie mit Schwulen das Merkmal homosexuell teilen, gemeinsam mit ihnen an die Öffentlichkeit treten können, um ihre Ängstlichkeit und ihr Versteckspielen zu überwinden. Das Thema – durchaus kein neues innerhalb der Lesben und Schwulenbewegung – konnte in diesem Rahmen jedoch leider nicht befriedigend diskutiert werden, zumal LAZ-Frauen sich auch weigerten, „in einer Männerveranstaltung über Frauenprobleme" zu reden. Auch über Organisationsmöglichkeiten von Schwulen und Lesben in Parteien, Gewerkschaften oder Bürgerinitiativen wurde sehr viel diskutiert, ohne endgültige Antworten geben zu können. Der RIAS Berlin hat die Veranstaltung mitgeschnitten und hat im Januar eine einstündige Aufzeichnung gesendet.

Aus „Courage", Februar 1978



Reaktion fordert »Mut zur Erziehung«

Ein größerer Haufen reaktionärer Pädagogen, Philisophen, Soziologen fand sich Anfang des Jahres in Bonn zu einem Kongreß „Mut zur Erziehung" zusammen. Ein Blick auf die Teilnehmerliste enthüllt, daß sich hier der rechte Flügel westdeutscher staatlicher Bildungspolitik und -ideologie zusammengesetzt hatte:

- Die Kultusminister Wilhelm Hahn und Hans Maier aus Baden-Württemberg und Bayern;
- der ehemalige Rektor der Uni München, Nikolaus Lobkowitz, einer der Erfinder der Polizei-Universität;
- Golo Mann, jüngst durch seine Forderung nach der Anwendung des Kriegsrechtes gegen „Terroristen" an die Öffentlichkeit getreten.

Ergänzt wurde dieser Kreis durch den Bundespräsidenten und Bundestagspräsident Carstens.

Anknüpfen sollte dieser Kongreß an eine ähnliche Veranstaltung zum Thema „Tendenzwende" vor drei Jahren in München. Versteht sich von selbst, daß die Herren ihre Vorstellungen zur Wende auf dem Sektor Erziehung sehr deutlich auf den Tisch legten.

„Bestandsaufnahme"

Die versammelten Reaktionäre zeigten sich mit der Entwicklung der Bildungspolitik in den letzten zehn Jahren unzufrieden. Um die Erziehung sei es elend bestellt. Das sei *„das Werk einer pädagogischen Gegenkultur"* (Soziologe Tenbruck). Träger dieser „Gegenkultur" seien *„Ideologen meist marxistischer Herkunft"*, aber auch „fortschrittselige Parteien, gedankenlose Ministerialbeamte, Massenmedien und Opportunisten (Lobkowitz).

Die „Ideologen" hätten sich geschickt zunutze gemacht, daß Ende der 60er Jahre das westdeutsche Bildungswesen tatsächlich überholt gewesen sei: *„Die Bildungsreform habe sich einreden lassen, Ergebnis dieser Kulturrevolution zu sein, und sich damit auch deren Ideologien aufpfropfen lassen"* (Lübbe, Soziologe). Was da „aufgepfropft" wurde, seien die *„Konzepte, Ideen und Maßnahmen gewesen, die uns eine Hochschule ohne Bildung und eine Schule ohne Erzieher beschert"* hätten, die die Familie *„zur vagen Partnerschaft"*, die *„Kinder zu fixem Urteil über Eltern und Staat angehalten und die Erwachsenen unter das Kuratel progressiver Erzieher gestellt"* hätten (Klage des Soziologen Tenbruck).

Ein Schreckensbild hilfloser, funktionslos gewordener Familien, denen ihre Kinder entrissen werden, um sie gegen Eltern und Staat auszuhetzen! Nun ja, solche Schreckensbilder haben mit der Realität an westdeutschen Schulen wenig gemein. Aber reaktionäre Wissenschaftler brauchen solche dicken Schatten, um nicht danebenzutreffen.

Die Kirche muß wieder ins Dorf !

So lautet – etwas unideologisch for-

So lautet – etwas unideologisch formuliert – das Gegenkonzept der in Bonn versammelten Reaktion. Die Herren wollen wieder „erziehen". Was das heißt, formulierten sie am Schluß des Treffens so: *„Wir wenden uns gegen den Irrtum, die Schule könne Kinder ‚kritikfähig' machen, indem sie dazu erzieht, keine Vorgegebenheiten unbefragt gelten zu lassen."* Was dieser reaktionäre Klüngel für „vorgegeben" hält, läßt sich unschwer erraten: Gott, Vaterland, die freiheitlich-demokratische Grundordnung und den Polizeistaat. Reaktionäre Indoktrination erwünscht!...

Aber nicht nur schlucken sollen die Kinder, sie sollen auch zu alten „Tugenden" zurückkehren: *„Wir wenden uns gegen den Irrtum, die Tugenden des Fleißes, der Disziplin und der Ordnung seien pädagogisch obsolet* (erledigt – Anm. AK) *geworden, weil sie sich als politisch mißbrauchbar erwiesen haben."*

Was hier von bürgerlichen Wissenschaftlern formuliert wird, hat angefangen, sich in der Praxis niederzuschlagen, gerade in solchen Bundesländern wie Baden-Württemberg und Bayern, deren Kultusminister selbst ihren Beitrag zum Bonner Kongreß geleistet haben. Aber auch in „sozialliberalen" Bundesländern wie Hamburg, wo z.B. das Erwähnen der Vergangenheit eines H.M. Schleyer jüngst an den Schulen verboten wurde. Der Bonner Kongreß sollte das ganze mit ein bißchen Ideologie ummänteln. Man wird diese Sprüche jetzt wohl häufiger in Hörsälen und Spalten bürgerlicher Zeitungen finden.

den.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Wenn ein Abgeordneter »erzieht« ...

Mit einem besonders peinlichen Fall beschäftigte sich Anfang Februar ein Westberliner Gericht: angeklagt war Klaus-Peter Schulz, ehemaliger Bundestagsabgeordneter (zunächst SPD, dann CDU), davor Redakteur des Südwestfunks und Studioleiter der Deutschen Welle. Seine Straftat: Kindesmißhandlung!

Dr. Schulz hat acht eigene Kinder, dazu seit 1966 zehn Pflegekinder. In seiner „Familie" herrschten harte „Gesetze". Als gängige Strafe bei Verstößen gegen diese „Gesetze" pflegte Schulz die Kinder zu verprügeln.

Bis zu 39 Schläge gab es für:

- angebliche Lügen,
- gemeines Verhalten anderen gegenüber,
- fortgesetztes Zuwiderhandeln gegen Verbote und Gebote.

Dabei ging Schulz mit besonderem Sadismus zu Werke: Die Kinder wurden auf den Dachboden zitiert, mußten ihrem Peiniger die Ärmel hochkrempeln und die Armbanduhr abnehmen, bevor sie geschlagen wurden. Einiges spricht dafür, daß dieser Vogel aus der Mißhandlung der Kinder sexuellen Lustgewinn bezog, denn bei der Auswahl der von ihm aufgenommenen Pflegekinder bevorzugte er einen ganz bestimmmten Mädchentyp („Spiegel", 7/78).

Vor Gericht zeigte sich Straftäter Schulz kein bißchen reumütig. Er steht nach wie vor zu seinen „Erziehungsmethoden". So bezeichnete er sich in seinem Abschlußplädoyer (einen Verteidiger hatte er abgelehnt) als ein *„Opfer ‚beispiellosen Rufmordes'.... Er habe kein schlechtes Gewissen' "* („Tagesspiegel", 8.2.78). Alles wären *„widerwärtige Verleumdungen"* (a.a.O.).

Für Behörden und Justiz in Westberlin warf es einige Problem auf, hier einen der ihren und keinen der „normalen" Kindesmißhandler erwischt zu haben. Obwohl schon 1976 das Jugendamt in Charlottenburg von Schulz' Straftaten erfahren hatte, wurde erst jetzt verhandelt. Und obwohl der Vogel immer noch zu seinen „Methoden" steht, sind seine Kinder und Pflegekinder immer noch nicht woanders untergebracht!

Das Urteil: Zehn Monate ohne Bewährung. Zum Vergleich: Im vergangenen September wurde ein „normaler" Kindesmißhandler zu sechs Jahren Knast verurteilt.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg
(nach Bericht aus Westberlin)

Nazi- Erziehungsmethoden

Der Leiter des Arbeiterwohlfahrt-Diabetikerheims Wittloh bei Tuttlingen steht zur Zeit vor Gericht. Er wird wegen Körperverletzung, gemeinschaftlicher Nötigung und Mißhandlung angeklagt. Zu seinen „Erziehungs"-methoden gehörte es, einem rauchenden Jungen die Zigarette auf der Backe auszudrücken, ein anderer mußte seine Zigarette aufessen. Ein homosexueller wurde von Heiminsassen verprügelt, die der Leiter gegen ihn aufgehetzt hatte. Mit von der Partie war außerdem immer ein Hilfserzieher, der auch vor Gericht steht. Jahrelang war der Heimerzieher durch die Arbeiterwohlfahrt in Schutz genommen worden, erst eine genaue Dokumentation von Zivildienstleistenden brachte die brutalen Mißhandlungen in die Öffentlichkeit.
(nach „Schwäbische Zeitung" vom 13.1.78)

ÖTV–Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Prügelstrafen an Schulen verboten?

Eine Umfrage des Instituts für Jugendforschung in München über Prügel an deutschen Schulen hat ergeben, daß an den Schulen in Bayern 53% (!) der Schüler von Lehrern geschlagen werden, in anderen Bundesländern sind es etwas weniger; in Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen „nur" 41%.

Der bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband sowie das Kultusministerium erklärten zynisch, *„die Zahlen würden stark bezweifelt und seien sicher übertrieben. Die körperliche Strafe sei verboten und jeder Lehrer, der prügle mache sich eines strafrechtlichen Vergehens schuldig."*

Ein weiteres Beispiel, wie betroffene Schüler für unmündig erklärt werden („NN", 19.1.).

KB Nürnberg

Sexualkunde Pflichtfach, aber ...

Das berühmt-berüchtigte Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat wieder zugeschlagen. In einem Grundsatzurteil erklärte es die Durchführung des Sexualkundeunterrichts als Pflichtfach an den Schulen für rechtens.

Aber das Bundesverfassungsgericht wäre nicht das Bundesverfassungsgericht, wenn dieses Urteil nicht seine Hintertüren hätte!

Pflichtfach sein soll nämlich lediglich die *„Vermittlung allgemeiner Kenntnisse über vornehmlich biologische Fakten aus dem Bereich der menschlichen Sexualität."* Die *„individuelle Sexualerziehung"* gehört *„zum natürlichen Erziehungsrecht der Eltern"* („FR", 15.2.78).

Im Sexualkundeunterricht dürfen also lediglich die „technischen Details" bekanntgegeben werden (Vom Bau der „Geschlechtsorgane" bis zu den „bösen Auswirkungen" von Geschlechtskrankeiten). Die „individuelle Sexualität" der Schüler dagegen hat draußen zu bleiben. So wird ein Lehrer wohl sehr schnell die Diskussion mit 14jährigen über deren Sexualverhalten abblocken müssen, wenn er nicht in Konflikt mit dem Urteil aus Karlsruhe kommen will.

Mit diesem Urteil werden also die Betroffenen, die Schülerinnen und Schüler, angeschissen: Sie lernen zwar, wie sich Lehrer bzw. Verfasser von „Sexualkundebüchern" Sexualität vorstellen. Die Tatsache, daß sie selber dabei eine eigene Sexualität haben, bleibt aber vor der Schultür und der Liberlität oder Nicht-Liberalität der Eltern überlassen. Aber wer hätte vom Bundesverfassungsgericht erwartet, daß dieses sich für das Recht der Kinder auf ihre Sexualität ausspricht?!........

Mit diesem Urteil ist ein jahrelanger Streit zwischen Kultusbehörden und reaktionären Elternverbänden zunächst einmal auf der juristischen Ebene mit einem „Unentschieden" beendet. Die reaktionären Eltern haben den Sexualkundeunterricht zwar nicht zu Fall gebracht. Das Urteil ist allerdings so gehalten, daß der Unterricht mit äußerster Vorsicht und Zurückhaltung gemacht werden muß, will man sich nicht mit dem „Erziehungsrecht der Eltern" verheddern. So manchem Lehrer werden Reaktionäre jetzt wohl mit diesem „Recht" auf die Pelle rücken.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Schülerselbstmord wegen schlechter »Religions«-Zensur

Im Dezember erhängte sich in Mannheim ein 12-jähriger Hauptschüler. Grund: Die Schule hatte seine Versetzung für „gefährdet" erklärt – wegen schlechter Noten in Religion und Turnen! („UZ", 24.12.77).

Dieser Zwölfjährige ist einer von ca. 500 Schülern, die sich wegen des Drucks der bürgerlichen Klassenschule 1977 umbrachten. Unseres Wissens allerdings ist er das erste Opfer der staatlich verordneten klerikalen Indoktrination an den Schulen.

In Baden-Württemberg hat sich der fromme Kultusminister Hahn nämlich etwas Besonderes einfallen lassen, um die Kinder „seiner" Schulen im „rechten Glauben" erziehen zu lassen. Man kann sich zwar – wie in allen anderen Bundesländern auch – vom Religionsunterricht abmelden bzw. vor Vollendung des 14.Lebensjahres von den Eltern abmelden lassen. Dies ist allerdings nur zu Beginn der Schulhalbjahre möglich. Wenn man zwischendurch Gott und seine Heiligen satt hat, muß man erst einmal weiter mitmachen.

Zur Abgabe der Erklärung, sich die klerikale Propaganda nicht mehr anhören zu wollen, muß man – Freiheit der Religionswahl hin und zurück – die Eltern zum Schulleiter einladen. Vor diesem Hintergrund wird sich so manches Kind gläubiger Eltern überlegen, ob er/sie sich abmeldet.

So ist „volles Haus" im Religionsunterricht Baden-Württembergs halbwegs garantiert. Und damit die Schüler-Schäfchen auch schön mitmachen, hat sich Kultusminister Hahn noch eine Schweinerei einfallen lassen: Das Fach ist zum Haupt- und Pflichtfach erklärt und in höheren Klassen „versetzungserheblich". Ein Fach mehr, das drückt. Ein Druck mehr, den ein Zwölfjähriger nicht aushalten konnte!

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Ein voller Erfolg
Braunschweiger Veranstaltung zur Fürsorgeerziehung in der BRD

Angeregt von dem Erfolg der Veranstaltung zur Heimsituation in der BRD in Hamburg im Dezember vergangenen Jahres, fand in der Fachhochschule für Sozialwesen in Braunschweig am 6. Februar eine Podiumsdiskussion unter dem Thema „Bambule – Fürsorgeerziehung in der BRD" statt. Aufgerufen zu dieser Veranstaltung hatten der Fachschaftsrat und die Linke Liste (ein Wahlbündnis aus verschiedenen Basisorganisationen an der FHS). Obwohl an der Planung und Vorbereitung der Veranstaltung im wesentlichen nur Studenten beteiligt waren, ist die Veranstaltung mit ca. 300 Teilnehmer für Braunschweiger Verhältnisse sehr gut besucht gewesen. Besonders erfreulich war die Anwesenheit von vielen Sozialarbeitern -Pädagogen und Erziehern aus der Praxis.

Zu dem großen Erfolg mag einerseits sicherlich die Zusammensetzung des Podiums beigetragen haben, neben Peter Brosch der über die Vorgänge im Isenbergheim in Bremen berichtete und einem entlassenen Sozialarbeiter aus dem St. Anna Stift in Hannover, saßen auf dem Podium noch eine Pädagogin aus Braunschweig und eine Vertreterin der Initiative die sich nach der Veranstaltung in Hamburg zusammengesetzt hat, um gegen die Mißstände in den Heimen vorzugehen.

Andererseits zeigt die rege Beteiligung das Bedürfnis von vielen Leuten an einer Auseinandersetzung und Verbreiterung der Diskussion über die Praxis der Heimerziehung.

Daß die Veranstaltung ein Stich ins Wespennest war, wird allein schon daran deutlich, daß die Gegenseite sich genötigt sah, zu reagieren:

- Das Jugendamt schickte einen Vertreter, was allerdings auch dazu führte, daß einige Leute eingeschüchtert wurden und aus Angst vor Repression sich in der Diskussion nichts mehr zu sagen trauten.
- Sogar die Braunschweiger Zeitung kündigte die Veranstaltung recht ausführlich und positiv an, was keineswegs üblich ist.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Veranstaltung zweifelsohne ein erster wichtiger Schritt war, in Braunschweig eine breitere Öffentlichkeit über die Situation der Fürsorgeerziehung herzustellen.

Jetzt kommt es darauf an, mit interessierten Sozialarbeitern, Erziehern und Studenten eine kontinuierliche und systematische Zusammenarbeit aufzubauen, mit dem Ziel eine möglichst breite Front gegen den Heimterror zu organisieren.

Ein ermutigender Anfang wurde mit einem ersten Nachbereitungstreffen eine Woche nach der Veranstaltung gemacht, zu dem die Initiatoren der Veranstaltung eingeladen hatten. Etwa 30 Leute folgten dieser Einladung, erste konkrete Erfahrungen wurden ausgetauscht und Überlegungen angestellt, an welchen Fragen man weiterarbeiten sollte. Die Diskussion wird auf einem weiteren Treffen fortgesetzt.

KB/Gruppe Braunschweig

Verteidigen wir das fortschrittliche Kindertheater

Wir haben in der letzten Zeit des öfteren über Angriffe, insbesondere der CDU, auf fortschrittliche Kindertheater (Rote Grütze, GRIPS) berichtet. Die Angriffe gehen weiter.

Im September schon hatte das Kammergericht Westberlin dem CDU-Abgeordneten Lemmer zugebilligt, dem GRIPS die *„Unterstützung von Zielvorstellungen der Baader-Meinhof-Bande"* nachzusagen, weil Mitarbeiter des Theaters 1974 einen Aufruf gegen die Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der BRD unterzeichnet hatten.

Inzwischen hat besagter Lemmer die nächste Verbindung des GRIPS zur „Terrorszene" ausgemacht: *„Inhaftierte Terroristin machte Praktikum am ‚Grips'-Theater"* („Tagesspiegel" Westberlin, 8.12.1977). Die Frau war wegen eines „Sprengstoffvergehens" zu eineinhalb Jahren Knast verurteilt worden und durfte wegen „guter Führung" an „Resozialisierungsmaßnahmen" teilnehmen, d.h. im GRIPS Praktikum machen und an Lehrveranstaltungen der PH teilnehmen.

Versteht sich von selbst, daß angesichts dieser Vorwürfe GRIPS schon ziemlich an die Existenzgrundlagen gegangen worden ist. Verboten sind Vorstellungen in öffentlichen Räumen der von der CDU regierten Westberliner Bezirke und einiger Bundesländer. Vor jedem Besuch einer GRIPS-Vorstellung mit Schülern müssen Lehrer die Genehmigung der Direktoren einholen. Nicht fehlen darf natürlich auch die (bislang noch nicht durchgesetzte) Forderung der CDU nach Streichung der bis jetzt vom Westberliner SPD/FDP-Senat gewährten Subventionen.

Fortschrittliche Kindertheater - wichtiger Beitrag zu linker Kindererziehung

Es lohnt sich, etwas auf die Bedeutung der angeschossenen fortschrittlichen Kindertheater einzugehen.Die Geschichte des GRIPS ist dabei beispielhaft.

Das GRIPS entstand aus dem „Reichskabarett", einem politischen Theater für Erwachsene. An den Wochenenden wurden märchenhafte Stücke für Kinder gespielt (1966). Im Mai 1969 - die Kabarett-Epoche war vorüber - spielte GRIPS das erste Kinderstück: „Stokkerlok und Millipilli". Dafür wurde es mit dem Gebrüder-Grimm-Preis ausgezeichnet. Es folgten Stücke wie:„**Das hälst du ja im Kopf nicht aus**" (über 170 mal vor ausverkauftem Hause gespielt, ausgezeichnet 1977 mit dem Kulturpreis des DGB bei den Recklinghäuser Ruhrfestspielen); „**Ein Fest bei Papadakis**" zur Situation ausländischer Kinder; „**Nashörner schießen nicht**";„**Banana**", in dem gezeigt wird, wie sich südamerikanische Plantagenarbeiter gegen die Konzerne zur Wehr setzen; „**Wasser im Eimer**"zu den Umweltverbrechen der Konzerne;„**Vatermutterkind**", eine Familiengeschichte; „**Nie habt ihr Zeit**" und als letztes Stück „**Und raus bist du**" ein Knaststück über Sinn oder vielmehr Unsinn von Strafen.

Mit solchen Stücken und ihren Liedern ist eine Alternative zu den geistlosen verdummenden Kinderversen und - reimen geschaffen worden, deren Bedeutung für eine fortschrittliche Kindererziehung viele Eltern und Erzieher in den letzten Jahren in der eigenen Praxis erfahren haben. Der Reaktion ist es ein Dorn im Auge, daß es auf diesem Gebiet gelungen ist, fortschrittliche Inhalte in eine Form zu bringen, die Kinder anspricht.

Mit der Kampagne gegen das GRIPS u.a. will die CDU bundesweit politisch engagiertes Theater kriminalisieren und jeden Versuch emanzipatorischer Kinderkultur vereiteln. Das liegt auf der gleichen Welle wie das Verbot des DDR-Kinderlexikons „Von Anton bis Zylinder" in Lübecker Öffentlichen Bibliotheken, der Ruf nach Verbrennung von Fried-Gedichten eines Bremer CDUlers, oder die Zensur gegen Gedichte von Wallraff, Fried u.a. in bayrischen Schulbüchern.

Es kann niemanden, der eine fortschrittliche Kindererziehung will, egal sein, ob Kinder lernen, daß niemand „doof geborn" wird, daß Mädchen „genauso schlau" sind wie Jungen, oder ob sie mit Versen wie „Wie fröhlich bin ich aufgewacht, das hat der Liebe Gott gemacht" verdummt werden.

Solidarität mit den Kindertheatern heißt, ihre Lieder zu verwenden, mit Eltern darüber zu reden, sie zu gewinnen, mit ihren Kindern in diese Theater zu gehen, selbst Veranstaltungen mit diesen Kindertheatern zu organisieren, um Auftrittsverbote zu durchbrechen. Die Kindertheater sind - unseren Erfahrungen nach - gern dazu bereit.

Kinderkommission
KB/ Gruppe Hamburg

Erlasse, Anzeigen, Verbote: Darüber spricht man jetzt

„Ich nenne meine Möse Muschi, wie sagt ihr denn dazu?" Als die Schauspieler des TAT (Theater am Turm, Frankfurt) den jungen Besuchern des Stückes **„Darüber spricht man nicht"** diese Frage stellten, plauderten die Zehn- bis Vierzehnjährigen munter drauflos – sie kannten noch viele Bezeichnungen und freuten sich, diese Ausdrücke endlich mal „offiziell" zur Sprache zu bringen. Sonst muß das ja immer heimlich geschehen, und das schlechte Gewissen hat auf dem Fuße zu folgen. Das Gastspiel des TAT an der Langenselbolder Gesamtschule (Main-Kinzig-Kreis) besuchte ebenfalls der Schulelternbeiratsvorsitzende Joachim von Gerlach, und er fand diese herrlich unverklemmte Atmosphäre und die offene Behandlung jugendlicher Sexualität *„obszön"*, *„schmutzig"* und *„jugendgefährdend"*. Und wo es gilt, einen Skandal zu produzieren, ist „Bild" natürlich nicht weit. Die Zeitung, die bei weit geöffneter Tür noch durchs Schlüsselloch schreibt, wußte am nächsten Tag von „Beischlaf vor 11jährigen" zu berichten. Als nächster meldete sich der CDU-Vorsitzende der Gemeinde Fritz Hämel, der über die *„ordinäre Porno-Schau"* lamentierte, und empfahl, die *„Lüstlinge"* (gemeint: Lehrer und Schauspieler) *„in eine Fabrik zu versetzen und von morgens bis abends hart arbeiten zu lassen"*, damit sie *„auf andere Gedanken"* kämen. Der Schulleiter wurde vorübergehend ins Darmstädter Regierungspräsidium versetzt, die CDU-Landtagsabgeordneten Korn und Weirich forderten den Kultusminister Krollmann auf, darauf hinzuwirken, daß das Stück fortan nicht mehr an hessischen Schulen gespielt wird. Dagegen erklärten 28 von 41 Eltern des Elternbeirats der betroffenen Schule, daß sie ihre Kinder jederzeit wieder in das Stück gehen lassen würden.

Der ganze reaktionäre Wirbel wird um ein Stück gemacht, das den Kindern und Jugendlichen einen zärtlichen, ehrlichen und leichtenUmgang mit ihrer Sexualität vermitteln will. Die selbsternannten Tugendwächter a la Gerlach und Co. gehören ohne Zweifel zu den Doppelmoral-Finsterlingen, die ihren Porno in der Nachttischschublade haben, öffentlich aber „Ehre, Anstand und Moral", wahrscheinlich auch noch Vaterlandsliebe predigen. Erinnern wir uns ganz nebenbei an den zuständigen Hamburger Senatsdirektor für den Strafvollzug Pieper, der in einer Oben-Ohne Bar im volltrunkenen Zustand den Barkeeper abknallen wollte - eine Ladehemmung rettete ihn vor der Mordanklage. Man kennt diese „Biedermänner".

Was in Frankfurt ins Gerede gebracht wurde, ist in Nordrhein-Westfalen schon durchgesetzt worden. Ein AK-Leser schickte uns die Abschrift eines Runderlasses, mit dem Schulaufführungen von „Darüber spricht man nicht" untersagt werden. Wir drucken ihn hier ab. Dieser, wie sämtliche andere Versuche fortschrittliches Kinder- und Jugendtheater zu behindern, belegen, daß unter dem scheinheiligen Vorwand moralischer Absichten die Emanzipation von Kindern verhindert werden soll. Auch das ist typisch für alle Behinderungsversuche: In keinem Fall wurden Kinder und Jugendliche nach ihrer Meinung gefragt. Warum, ist klar: Die finden das Stück gut! Vielleicht haben die Tugendwächter auch nur Angst davor, daß ihnen eines Tages ganz kräftig am Schwanz gezogen wird!

Kulturkommission
KB/ Gruppe Hamburg

Schulkollegium
beim Regierungspräsidenten
in Düsseldorf

Düsseldorf, den 3.Januar 1978
Tel. – Durchwahl: 8891/357

Az.: 24.35 A - III/Scho/1

An die

Leiterinnen und Leiter
der öffentlichen Gymnasien

unseres Amtsbereichs

nachrichtlich
an die privaten Gymnasien

Betr.: Mitspiel-Theater „Rote Grütze"
Bezug: Runderlaß des Kultusministers vom 9.Dezember 1977 -II A 2. 32 - 50/1 Nr. 3696/77 -

Mit dem Bezugserlaß weist der Kultusminister darauf hin, daß die von dem Mitspiel-Theater „rote Grütze" auf der Grundlage des Textbuches „Darüber spricht man nicht! - Ein Spiel vom Kindermachen und Kinderkriegen, Vom Liebhaben und Schämen und was noch alles vorkommt" angebotenen Aufführungen in der Zielsetzung mit den Richtlinien für die Sexualerziehung in den Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen vom 3.5.1974 nicht übereinstimmen.
Aus diesem Grunde können Aufführungen dieses Theaterstückes im Rahmen schulischer Veranstaltungen nicht mehr zugelassen werden.

Wir bitten um Beachtung.

In Vertretung:

gez. Sauer

(Unterschrift und Stempel)

Antifaschistische Kinder- und Jugendarbeit dringend erforderlich!

„Reichskabarett", einem politischen Theater für Erwachsene. An den Wochenenden wurden märchenhafte Stücke für Kinder gespielt (1966). Im Mai 1969 - die Kabarett-Epoche war vorüber - spielte GRIPS das erste Kinderstück: „Stokkerlok und Millipilli". Dafür wurde es mit dem Gebrüder-Grimm-Preis ausgezeichnet. Es folgten Stücke wie:„Das hälst du gewinnen, mit ihren Kindern in diese Theater zu gehen, selbst Veranstaltungen mit diesen Kindertheatern zu organisieren, um Auftrittsverbote zu durchbrechen. Die Kindertheater sind - unseren Erfahrungen nach - gern dazu bereit.

Kinderkommission
KB/ Gruppe Hamburg

Antifaschistische Kinder- und Jugendarbeit dringend erforderlich!

Hamburg: Mit dem Abbau staatlicher Hilfe (Sparmaßnahmen) im sozialpädagogischen Bereich und gleichzeitiger Herabsetzung der Volljährigkeit wurden viele Jugendliche „entlassen" in scheinbare Selbstständigkeit. Der Mangel an Lehrstellen und akzeptablen Arbeitsplätzen, verschärfte besonders in sozialen Brennpunkten die Probleme der Jugendlichen. Diese Perspektivlosigkeit unter den Jugendlichen führt zu Kriminalität und Konkurrenzkampf. Hinzu kommt, daß viele Kinder und Jugendliche falsch oder mangelhaft informiert sind über die jüngste deutsche Geschichte. Es ist also kein Wunder, daß gerade solche Jugendliche zum Beispiel der „Hansa Bande" angehören. Kürzlich traten sagar DREI KIRCHLICH BETREUTE JUGENDGRUPPEN FAST GESCHLOSSEN EINER RECHTEN ORGANISATION BEI (im Hamburger Stadtteil Osdorfer Born). Weiter nehmen Hakenkreuzschmierereien und „Herrenmenschliches" Verhalten („Kanacker raus aus den Häusern der Jugend") zu.

Das Amt für Jugend, Referat Freizeitstätten in Hamburg unterstützte deshalb eine Initiative der Heimleiter, dieser Entwicklung entgegenzutreten. Als erster Schritt – wir hoffen, es folgen weitere – wurde der Film „Wotans Erben" über neofaschistische Kinder- und Jugendarbeit gezeigt.

Die ÖTV-Teilbetriebsgruppe Freizeitstätten fürte mit 30 Kollegen ein Wochenendseminar durch, um praktische Hilfen für eine antifaschistische Kinder- und Jugendarbeit zu erarbeiten. Folgende Punkte wurden auf dem Seminar diskutiert:

1. Entstehung des deutschen Faschismus.

2. Wie sprachen die Faschisten, besonders Kinder und Jugendliche an. Welche Ziele hatten sie. Was für eine „Pädagogik" vertraten sie.

3. Welche Gesellschaftsstrukturen begünstigen heute faschistische Ideologien und welche Auswirkungen faschistischer Ideologie und Kultur gibt es bereits wieder (Comix, Spielzeug, Schulbücher etc.). Außerdem dienten Tonbandaufnahmen mit Interviews von Kindern und Jugendlichen über das, was sie über das „3. Reich" wußten, und der Film „Wotans Erben" als Anschauungsmaterial, mit welcher Situation wir in den Jugendfreizeitstätten konfrontiert sind. (Protokolle über das Seminar sind erhältlich).



Hitler Film: „Besonders wertvoll" für Kinder?

Nach unserer Meinung sollten andere Kollegengruppen solche Seminare in dieser oder anderer Form unbedingt durchführen. Denn nur aus eigenem Unwissen und eigenen Schwierigkeiten können folgende, häufig von Erziehern und Eltern vertretene Standpunkte entstehen: „Wir müssen unseren Kindern die Grausamkeiten der Faschisten und die Schandflecken der jüngsten Vergangenheit ersparen."

Die Welle der „Nazinostalgie", Kriegsverherrlichung und Grausamkeiten in Filmen, Comix, Spielzeug und Musik beweisen das Gegenteil. Wir leben heute wieder in einer Zeit, in der neonazistische Kinder und Jugendorganisationen (wie die deutsche Jugend des Ostens, Wiking Jugend, Junge Nationalsozialisten, NSDAP/AO, BDM, Salem Kinder- und Jugendhilfswerk etc.) frei ihre braune Ideologie verbreiten können! Hier stellte sich uns die Frage, die wir nur andiskutiert haben, wie es möglich sein kann, daß unter einer sozialdemokratisch-liberalen (wie es immer so nett heißt) Bundesregierung diesen Auswüchsen faschistischer Politik nichts entgegengesetzt wird, auf der anderen Seite aber eine zunehmende Einschränkung demokratischer Rechte (Berufsverboteprxis gegenüber Linken, § 188 und § 130 a Verbotsandrohungen gegen kommunistische Organisationen, usw.) festzustellen ist. Zu diesem Thema will die ÖTV-Teilbetriebsgruppe ein weiteres Seminar durchführen.

Kollegen aus dem Amt für Jugend

Die revolutionäre Linke und die Basisbewegung zu den Parlamentswahlen in Frankreich

Am 12. und 19.März finden in Frankreich Parlamentswahlen statt. Die von der PCF (Revisionisten), PS (Sozialisten), MRG (Bürgerlich-Radikale) und Links-Gaullisten gebildete „Linksunion", die bei den Parlamentswahlen 1973 46,5% und bei den Kommunalwahlen 1977 rund 54% der Stimmen erhielt, ist seit mehreren Monaten zerstritten (s.AK 116, S.49/50). Wieweit gemeinsame Absprachen bezüglich des 2.Wahlgangs noch möglich sind, ist gegenwärtig offen (wenn im 1.Wahlgang kein Kandidat die absolute Mehrheit errungen hat, können im 2. Wahlgang alle Kandidaten mit mindestens 12,5% zur Stichwahl antreten; 1973 wurde jeweils nur der bestplazierte Kandidat der Parteien der „Linksunion" wieder aufgestellt, weil das allein einen Sieg über die rechten Parteien, die genau so verfahren, möglich macht). PCF-Chef Marchais hat angekündigt, daß die PCF nur dann zu solchen Absprachen bereit ist, wenn sie einen ansehnlichen Stimmenzuwachs gegenüber ihren seinerzeit rund 22% erhält, weil nur in diesem Fall ein Gegengewicht gegenüber der sozialdemokratischen Mitterand-Partei und ein gleichberechtigtes Regierungsbündnis möglich sei. Andererseits hat Marchais aber auch nach dieser Ankündigung noch mit ziemlicher Bestimmtheit „vorausgesagt", daß eine Regierung unter Beteiligung von „kommunistischen Ministern" zustandekommen wird.

Bei den Kommunalwahlen im April 1977 hatte auch die revolutionäre Linke und die Ökologie-Bewegung Kandidaten aufgestellt und teilweise äußerst beachtliche Erfolge errungen.
– Die Ökologisten erreichten im nationalen Durchschnitt 10%!
– Die OCT, LCR und LO bildeten ein Wahlbündnis „Für den Sozialismus – Die Macht den Arbeitern" und stellten in 32 Städten Kandidaten auf, die im Durchschnitt 4,6% erhielten. Darunter fielen einige ausgesprochene hohe Einzelergebnisse in Lille (6,3%), Rouen (7,6%), Nancy (8,3%), Montbeliard (9,5%), Saint-Quen (9,5%) und Orleans (12%). In einigen dieser Städte wurden in Arbeitersiedlungen sogar bis zu 15% erreicht!

Zu den jetzt bevorstehenden Parlamentswahlen kandidiert sowohl die revolutionäre Linke als auch die Basisbewegung wieder. Allerdings ist es leider auch diesmal nicht zu einem breitestmöglichen Bündnis gekommen, sondern die Zersplitterung hat sogar noch zugenommen. Von größerer Bedeutung sind dabei die Kandidaturen von:
– dem Wahlbündnis „Für den Sozialismus – Die Macht den Arbeitern", zu dem sich diesmal die OCT, die LCR (frz. Sektion der „IV.Internationale") und die CCA (eine Abspaltung der PSU) zusammengeschlossen haben;
– ein Bündnis der PSU mit Gruppierungen der Ökologie- und Frauen-Bewegung; und
– eine reine Ökologie-Liste.

Daneben gibt es noch gesonderte Kandidaturen der LO (eine trotzkist. Gruppe mit gewissem Einfluß in einigen Betrieben), der „ML" er sowie auch einzelner Frauengruppen und einer Homosexuellen-Gruppe.
Wir werden in diesem AK mit einem Überblick über die Wahlbeteiligung der revolutionären Linken und der Basisbewegung beginnen.

„Für den Sozialismus – Die Macht den Arbeitern" (PLS-LPT)

Die gemeinsame Plattform von OCT, LCR und CCA „Für den Sozialismus — Die Macht den Arbeitern" ist in sechs Kapitel unterteilt:
1] *Schluß mit dem Regime von Giscard, Barre und Chirac*
2] *Nein zur Klassenkollaboration! Unsere Stärke ist die Einheit der Arbeiter!*
3) *Eine einheitliche Kampagne*
4) *Gegen ein Bankrott-Regime, gegen ein Krisen-Regime*
5) *Für den Sozialismus, die Macht den Arbeitern*
6) *Im ersten Wahlgang revolutionär wählen, im zweiten Wahlgang die Rechte schlagen.*

Das 1. Kapitel enthält die aktuellen Anklagepunkte gegen das bestehende Regime. Schwerpunktmäßig richtet sich diese Anklage gegen die Verteuerung des Lebens, gegen die Arbeitslosigkeit und gegen die Repression. Der Abschnitt gegen die Repression ist dabei verhältnismäßig am breitesten abgehandelt und umfaßt Absätze zu politischen Entlassungen, zur Presse-Monopolisierung und Einschränkung der Pressefreiheit, zur besonderen Unterdrückung der Frauen, zur Ausweitung der Militärlager und Atomanlagen, zum Anwachsen rassistischer Morde und Überfälle durch bewaffnete Banden und Parallel-Polizeien, die unter dem Schutz der Staatsmacht operieren usw.. Staatspräsident Giscard, heißt es in diesem Zusammenhang, *„hat sich mit dem Sozialdemokraten Schmidt verschworen, um die in Deutschland bereits in Kraft befindlichen Ausnahme-Maßnahmen auf Frankreich auszudehnen"*.

Was die gegenwärtig ja auch nicht so ganz harmonische Situation im Lager der bürgerlich-reaktionären Parteien betrifft, so wird in der Plattform nicht darauf eingegangen. Für die Arbeiterklasse sind der gegenwärtige Ministerpräsident Barre und dessen Vorgänger Chirac, antikommunistischer Einpeitscher im reaktionären Lager und Führerfigur der in relativ kurzer Zeit enorm wieder hochgepäppelten gaullistischen Bewegung, laut Plattform von gleichem Übel: *„Weder der eine, noch der andere hat die Inflation verringert noch die Krise bewältigt"*. Für die Bourgeoisie unterstellt die Plattform jedoch, daß sie aktuell eine Regierung Barre favorisiert: *„Was die Kapitalistenklasse heute fordert, ist eine Verhärtung der gegen die Arbeiter gerichteten Offensive, und auf diesem Weg stellt sie sich hinter Giscard-Barre"*.

Als konkreten Beweis dafür kann man aus der Plattform nur die Tatsache entnehmen, daß die Arbeitslosenzahl unter der Barre-Regierung gegenüber der vorangegangenen Chirac-Regierung von 1 auf 1,5 Millionen gestiegen ist. Es ist allerdings kaum anzunehmen, daß dies unter Chirac anders verlaufen wäre oder anders verlaufen würde. Vor- und Nachteile des einen oder anderen Regierungschefs aus dem Blickwinkel der französischen Bourgeoisie her zu beurteilen, wollen wir hier nicht versuchen. Ohne Barre auch nur im geringsten als „kleineres Übel" unter den beiden gegenwärtig zur Debatte stehenden Chefs des bestehenden Regimes hinzustellen, bleibt jedoch festzuhalten, daß Chirac zu Recht als der „französische StrauSS" gilt.



Kongreß des Wahlbündnis „Für den Sozialismus"

Das 2. Kapitel befaßt sich mit der »Linksunion«. Das »gemeinsame Programm« der »Linksunion« wird als ein *„Programm der Klassenkolaboration"* bezeichnet, *„das weder einen Ausweg aus der Krise und noch viel weniger einen Weg zum Sozialismus erlaubt"*. Kritisiert wird dabei vor allem, daß die „Linksunion" den Staatspräsidenten Giscard und die 1958 durch den Putsch de Gaulles errichtete autoritäre Staatsverfassung akzeptiert, wie auch die Integration Frankreichs in das *„Europa des Kapitals"*. Eine von PS und PCF gestellte Regierung würde *„keine Regierung im Dienst der Arbeiter"* sein, sondern *„nur eine bürgerliche Regierung"*. Sie würde eine *„sogenannte 'linke' Krisenpolitik"* betreiben, wie es die britische Labour-Party, die portugiesische PS oder auch die italienische PCI tun. Ein Unterschied zu anderen bürgerlichen Regimes (wie dem jetzigen) sei jedoch darin zu sehen, daß *„sowohl die PC als auch die PS in der Regierung (wenn auch in unterschiedlicher Art) gezwungen wären, den Forderungen ihrer 'proletarischen Mandanten' Rechnung zu tragen. Denn wenn sie jede Zuhörerschaft in der Arbeiterklasse verlieren würden, wären sie gleichzeitig auch für die Bourgeoisie von keinem Interesse mehr. Die reformistischen Führungen müssen daher, um sich an der Macht zu halten, so gut wie möglich das Vertrauen der Arbeiter bei der Ausübung der Politik der Bourgeoisie bewahren"*.

Das ist so allgemein wie richtig. Mit Ausnahme eines Halbsatzes darüber, daß eine Linksregierung *„einige für die Arbeiter vorteilhafte Anfangsmaßnahmen (Mindeslohn, Ausweitung der gewerkschaftlichen Rechte usw.)"* ergreifen würde, findet sich in diesem Kapitel indes keine weitere Argumentation und Auseinandersetzung darüber, was die Linksunion im Bewußtsein der Mehrheit der französischen Arbeiterklasse schließlich positiv vom bestehenden Regime unterscheidet.

Auffällig ist aber vor allem, daß mit k e i n e m Wort zwischen der PCF und der PS differenziert wird. Im Gegenteil wird sich in der Plattform ausdrücklich darum bemüht, den bloßen Eindruck differenzierter Positionen schon als Hirngespinst erscheinen zu lassen: *„Die PC und die PS beschuldigen sich gegenseitig vor den Arbeitern, nach rechts abzuschwenken. Aber weder die eine noch die andere* [Partei] *strebt tatsächlich revolutionäre Lösungen der Krise an. Weder die eine noch die andere ist bereit, den Kampf für die 35 Stunden, für das Recht auf Arbeit für die Frauen und für die Unterstützung der Soldatenkomitees zu führen. Sie sind noch nicht Minister, aber dennoch haben sie sich schon Konkurrenz im Schweigen und in der Passivität gemacht, als die französische Justiz Croissant auslieferte. Sie kabbeln sich um eine Handvoll von Filialen* [gemeint ist die Anzahl der zu nationalisierenden Betriebe — Anm. AK], *aber der eine wie der andere ist einverstanden, daß die Marktwirtschaft, sprich: der Kapitalismus der Ausbeutung, die Regel bleibt«* usw.

Das ist „bester ML-Stil" und sicherlich nicht dazu angetan, irgendjemanden aus dem Einflußbereich der PCF, dem das jahrelange Anpirschen dieser Partei an die französische Sozialdemokratie selbst nicht mehr ganz geheuer ist, für die von OCT, LCR und CCA angebotene „revolutionäre Alternative" zu begeistern.

Gegenüber der Linksunion mit dem Schlachtermesser statt mit dem Skalpell zu operieren, ist allerdings eine durchaus weitverbreitete Gedankenlosigkeit innerhalb der revolutionären Linken Frankreichs. Daß die Partei Mitterands durchaus geschickt und mit dem Druck und den Finanzen der von der SPD dirigierten sozialdemokratischen Internationale im Rücken die PCF zu immer bedenkenloseren Kompromissen erpreßt hat, und es das traurige Verdienst der PCF ist, solchen Erpresseungen nie standgehalten zu haben, sondern jede politische und ideologische Annäherung an den Sozialdemokratismus als „im Interesse der Einheit" nötig umnebelt zu haben — das wird leider viel zu wenig für die Ü b e r z e u g u n g s a r b e i t gegen Reformismus und Revisionismus auseinandergehalten.

Tatsächlich wirkt die PCF zu großen Teilen unglaubwürdig, wenn sie h e u t e über einen „Rechtsschwenk" der PS jammert. Denn sie hat der PS jahrelang o h n e politische Auseinandersetzung und o h n e selbst zu einer minimalen Wachsamkeit aufzufordern, die Steigbügel gehalten, um sich überhaupt wieder ein Profil und eine Basis als „Arbeiterpartei" verschaffen zu können. Durch die Verantwortung von PS-Ministern und -Ministerpräsidenten für die französischen Kolonialkriege in Indochina und Algerien war die PS Ende der 50er Jahre mit Schimpf und Schande von der Masse der Werktätigen ins Kümmerdasein geschickt worden. Erst eine Kurskorrektur auf das Bündnis mit der PCF, das 1972 in der Vereinbarung des „gemeinsamen Programms" nach jahrelanger Vorarbeit zustande kam, ließ die PS wieder zu einer bedeutenderen Partei werden. Möglich war dieses Bündnis von vornherein aber auch nur, weil die PCF in ihrer e i g e n e n Politik (Akzeptierung der autoritären Staatsverfassung von 1958, Zustimmung zum Verbleib Frankreichs in der NATO und in der EG, später Streichung der „Diktatur des Proletariats" aus dem Parteiprogramm, usw.) der PS so weit nach rechts entgegenkroch, daß diese keine Gefahr sah, ein Programm zu unterzeichnen, das ausdrücklich versprach, *„den Weg zum Sozialismus zu öffnen"*.

Die PS hat in den ersten Jahren nach Zustandekommen des Bündnisses sich auch auf internationaler Ebene als „neue linke Kraft" in Szene gesetzt: u.a. mit ihrem Eintreten für ähnliche „sozialistisch-kommunistische" Bündnisse in ganz Südeuropa, mit dem Versuch, gemeinsam mit anderen südeuropäischen Parteien ein linkes Kontergewicht gegen den herrschenden „nordeuropäischen Flügel" (SPD, SP Österreichs, britische La-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 24

bour-Party, schwedische Sozialisten usw.) aufzubauen und mit teils heftigen Kritiken an der politischen Gesinnungsschnüffelei in der BRD. Diese Profilierungsmanöver, die der PS in Frankreich selbst wachsende Sympathien einbrachte, sind inzwischen aber weitgehend wieder b e e n d e t worden. Heute ist Mitterand jederzeit bereit, gleiche Wellenlänge mit Brandt, Schmidt & Co. zu demonstrieren – und offenbart damit auch tatsächlich, daß s e i n e Vorstellung von „Sozialismus" durchaus keine Änderung des Machtwesens in Frankreich bedeutet. In diesem Sinne einen n e u e n Rechtsschwenk der PS festzustellen, ist also wohlbegründet; auch wenn f ü r d i e R e v o l u t i o n ä r e von vornherein kein Zweifel bestand, daß genau eine solche Entwicklung durch den Charakter der PS ablesbar war.

Die PCF hat nach 5 Jahren tiefsitzender Scheu vor einer Auseinandersetzung und eigener Rechtsschwenks nun eine solche Feststellung auch getroffen – vor allem vor dem Hintergrund, daß es der PS unbestreitbar gelungen war, zum zahlenmäßig und politisch ausschlaggebenden Gewicht innerhalb der Linksunion zu werden. Für revolutionäre Organisationen sollte dies im Grunde ein dankbar aufzugreifendes Stichwort sein, um die ganze Demagogie und Gefährlichkeit des Sozialdemokratismus an den Pranger zu stellen, und da entlang die Schwächen des Revisionismus aufzuzeigen, diesem Sozialdemokratismus zu erliegen. Kritische Stimmen an der Basis der PCF, die in den vergangenen Monaten durch Dokumente an die Öffentlichkeit getreten sind (wir werden darüber im nächsten AK berichten), könnten durch eine derart „differenzierte" Politik der revolutionären Organisationen gestärkt und womöglich gar gewonnen werden. Wir bezweifeln allerdings stark, daß dies möglich ist, wenn wie in der Plattform von PLS-LPT PS und PCF über einen Leisten geschlagen werden, nach dem Motto: beide beharken sich, beide sind von gleichem Schrot und Korn.

Im **3.Kapitel** der Plattform wird der Rahmen der gemeinsamen Wahlkampagne von OCT, LCR und CCA abgesteckt: *„Die an dieser Übereinkunft teilnehmenden Organisationen wollen konkurrierende Kandidaturen verhindern: sie teilen die Wahlbezirke untereinander auf und rufen dort gegenseitig zur Stimmabgabe für die untereinander auf und rufen dort gegenseitig zur Stimmabgabe für die betreffende Organisation auf."* Die GIM-Zeitung „was tun" (Nr. 196, 9. 2.78) nannte dafür folgende Zahlen: in 170 Wahlkreisen stellt die LCR einen Kandidaten auf, in 60 Wahlkreisen die OCT und in 20 die CCA (insgesamt wird also von diesem Bündnis in 250 Wahlkreisen kandidiert, was rund die Hälfte aller Wahlkreise ist). Jede Organisation kandidiert dabei auf der Basis sowohl der gemeinsamen Plattform als auch darüberhinaus des eigenen Programms. Um dennoch eine möglichst „einheitliche Kampagne" zu gewährleisten, sollen örtlich gemeinsame Unterstützungskomitees aufgebaut werden.

In diesem Kapitel werden dann auch unterschiedliche Gewichtssetzungen in der Propaganda angesprochen: daraus geht hervor, daß die OCT viel schärfer gegen das „gemeinsame Programm" der „Linksunion" Stellung nimmt, als LCR und CCA. Die OCT *„appelliert an die Arbeiter, kein Vertrauen und keine Illusionen in die reformistischen Parteien zu haben, und auch nicht darüber, was sie in Gang setzen könnten, falls sie an die Regierung kommen; sondern im Gegenteil ab sofort die revolutionäre Alternative aufzubauen"*... LCR und CCA erklären demgegenüber für sich:

„Im Kampf für die Arbeitereinheit fordern LCR und CCA die Arbeiterparteien und Gewerkschaften auf, daß sie auf der Basis eines antikapitalistischen Programms für die Einheit der Arbeiter wirken. Die LCR und die CCA sind dafür, daß die Mehrheitsparteien in der Arbeiterklasse, PC und PS, eine Regierung auf der Basis eines solchen antikapitalistischen und vor den Arbeitern zu verantwortenden Programms bilden."

Zur Frage der Nationalisierungen erklären LCR und CCA z.B., daß daran von den Revolutionären *„die Idee der Enteignung, der Arbeiterkontrolle und der Arbeiterverwaltung der gesamten Gesellschaft"* verbreitert werden müsse. Die OCT begibt sich demgegenüber in superradikale Ablehnung: sie ist *„gegen jedes reformistische Nationalsierungsprogramm (in welcher Version auch immer), egal ob von der PC oder von der PS, weil dadurch der kapitalistische Rahmen respektiert wird und das Los der Massen dadurch nicht radikal geändert werden kann."* Da mutet es tatsächlich einigermaßen grotesk an, wenn es dann weiter heißt *„Wenn das eine oder andere dieser Programme dennoch in Kraft gesetzt wird, ruft die OCT die Arbeiter auf, es zu benutzen, um ihre Interessen besser zu verteidigen (Löhne, Arbeitsbedingungen, usw...)"*.

Im 4. Kapitel werden die unmittelbaren Forderungen zusammengefaßt, die von den drei Organisationen gemeinsam vertreten werden: für die Erhöhung des Mindestlohns auf 2.400 F, einheitliche Lohnerhöhungen um 300 F, gleicher Lohn für Frauen, freie Abtreibung, kostenloses und qualifiziertes Gesundheitswesen, Einstellungsgarantie für Schulentlassene, Baustop für AKWs, Ausweitung der gewerkschaftlichen Rechte, Aufhebung repressiver Gesetze insbesondere der Antiterrorismus-Gesetze, Abschaffung der Pressezensur, Beendigung der Repression gegen freie Radiosender, Stop der Aggression des französischen Imperislismus in Afrika, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit für die unterdrückten Völker, Abschaffung der reaktionären Verfassung von 1958, Austritt aus der NATO, Abschaffung der frz. Atomstreitmacht, usw.

Im **5. Kapitel** ist von der längerfristigen Perspektive des Klassenkampfs die Rede: daß eine gewaltsame Konfrontation mit der bürgerlichen Staatsmacht unvermeidlich ist, in deren Verlauf *„für eine Regierung im Dienst der Arbeiter"* gekämpft in deren Verlauf „für eine Regierung *im Dienst der Arbeiter"* gekämpft werden muß, die sich auf die sich auf die *„Mobilisierung und Selbstorganisation der Massen"* für die Enteignung der großen Produktionsmittel und Banken, für die Säuberung der Bürokratie, die Auflösung der militärischen Hierarchien und die Bewaffnung der Arbeiter sowie für die internationale Solidarität der Arbeiter stützen muß. Betont wird in diesem Zusammenhang, daß *„Länder wie die UdSSR oder die Länder des Ostens"* (?) nichts mit Sozialismus zu tun hätten.

Das **6.Kapitel** ruft schließlich dazu auf, im ersten Wahlgang die Stimme für OCT, LCR und CCA abzugeben, und im zweiten Wahlgang (*„um die Rechte zu schlagen und trotz unserer Nichtübereinstimmung oder unserem Mißtrauen mit den Perspektiven des Gemeinsamen Programms"*) für den jeweils bestplazierten Kandidaten der reformistischen Parteien zu stimmen. Hierbei betonen LCR und CCA noch ausdrücklich, daß sie *„nicht zur Stimmabgabe für die bürgerlich-radikalen oder ‚links' gaullistischen Kandidaten aufrufen"* (die als kleinere Partner an der „Linksunion" beteiligt sind), sondern nur für die Kandidaten von PCF und PS. Die OCT schließt sich dieser Unterscheidung nicht an.


PCF-Chef Marchais: Früh übt sich ...

« une étincelle peut mettre le feu à toute la plaine »

l'étincelle

hebdomadaire communiste révolutionnaire

Organisation Communiste des Traivailleurs (OCT)

Die Haltung der OCT gegenüber der „Linksunion" geht auch in ihrer eigenen Politik kaum über das in der gemeinsamen Plattform Festgelegte hinaus. In einem 80 Seiten umfassenden Manifest der OCT zu den Parlamentswahlen heißt es über die Auseinandersetzungen zwischen PCF und PS in gedrängter Kürze (S. 21):

„Es sind folgende Punkte, und zwar folgende Punkte allein, über die sich die PC und die PS entzweit und damit die Linksunion in eine Krise versetzt haben.

– Wieviele Brosamen soll man den Arbeitern geben? Zu welchem Preis soll man den sozialen Frieden verkaufen?

– Wie soll man die Ministerposten und die Verwaltungsposten untereinander aufteilen?

Die PS hat sehr schnell ihre Maske fallen lassen: ihr Plan, zusammen mit Giscard zu regieren (der Staatspräsident, der gemäß der Verfassung von 1958 die eigentliche Regierungspolitik kommandiert, wird unabhängig von den Parlamentswahlen regulär erst 1981 wieder gewählt – Anm. AK), *in gutem Einvernehmen mit dem größten Teil der Kapitalisten zu leben, nach dem Taktstock von Schmidt und der europäischen Sozialdemokratie zu tanzen und dem Gewerkschaftsapparat keine Zugeständnisse zu machen, ist mit den Zielen der PCF in großen Widerspruch getreten: nämlich um die Posten zu rangeln und den Eindruck der „Verteidigung der Arbeiterinteressen" zu erwecken, um Druck auf die PS auszuüben und ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse zu vergrößern."*

Ansonsten wird in dem umfangreichen Manifest nur auf der Linie argumentiert, daß PCF und PS sich wirklich nicht unterscheiden, weil nämlich beide *„nicht den Sozialismus wollen"* und daß darüberhinaus *„die Rechte und die Linke* (so wörtlich und im Fettdruck! – Anm. AK) *eine gemeinsame Basis (haben): die Aufrechterhaltung des Kapitalismus und der Logik des Profits, die Trennung von Arbeit und Entscheidung sowie von Politik und Leben."*

Die beachtlichen Stimmenergebnisse der revolutionären Linken bei den vergangenen Kommunalwahlen in Frankreich beweisen sicherlich, wie groß das Potential bereits ist, daß von den französischen Revolutionären a n g e s p r o c h e n werden k a n n. Sie spiegeln allerdings keineswegs den t a t s ä c h l i c h e n E i n f l u ß der betreffenden Organisationen wider. Demgegenüber steht nämlich eine geradezu grotesk geringe Verbreitung ihrer Presse und revolutionären Propaganda: die Wochenzeitung der OCT ist in ihrer nationalen Verkaufszahl z.B. auf ca. 3.000 Exemplare heruntergesunken; auch die Tageszeitung der größeren LCR wird nur in rund 10.000 Exemplaren verkauft. Dieser Widerspruch zwischen dem t a t s ä c h l i c h e n und dem heute m ö g l i c h e n Einfluß der revolutionären Linken Frankreichs hängt unbestreitbar mit dem weitverbreitet groben Unverständnis zu konkreter alltäglicher Agitation, zur Planung und Durchführung massenwirksamer politischer Kampagnen usw. zusammen – kurz: mit einem weitverbreiteten Sektierertum und der Unfähigkeit zu tatsächlicher Massen- und Bündnispolitik.

Daß eine solche politische Haltung eine revolutionäre Organisation an den Abgrund des Zerfalls bringt, ist gesetzmäßig. Die OCT, mit der uns trotz verschiedener politischer Differenzen gute Kontakte verbinden, hat dies gerade sehr konkret mit dem Austritt der gesamten sogenannten „A-Tendenz" (die eine wesentlich spontaneistische und organisationsablehnende Linie entwickelt hat) erfahren müssen (siehe zu den internen Auseinandersetzungen in der OCT auch AK 120, S. 2). Wenn die politische Linie der OCT von einer Haltung geprägt bleibt, als ob in Frankreich breits die Revolution ins Haus stünde und der Masse der Arbeiter „nur noch" mit allgemeinen Parolen beteuert werden müsse, daß PS und PCF gleichermaßen Schrott seien, dann wird die OCT kaum in absehbarer Zeit ihre „Krise", von der sie selbst spricht, überwinden und ihren Einfluß ausbauen können.



Anzeige der OCT zu ihrem Manifest zu den Parlamentswahlen: Ein bißchen Selbstironie kann nicht schaden!

rouge

quotidien communiste révolutionnaire

1F80.

Ligue Communiste Revolutionaire (LCR)

Die LCR hat in ihrer eigenen Presse noch einmal deutlich zu verstehhen gegeben, daß die Übereinkunft des Wahlbündnisses PLS-LPT trotz vierseitiger Plattform im Zeitungsformat nur einen begrenzten Charakter hat und keine wirklich gemeinsame Kampagne garantiert:

„Wie wäre es möglich, daß Genossen der OCT und der Ligue genau dieselbe Kampagne durchführen. Die einen rufen zur Einheit aller Organisationen der Arbeiterbewegung auf der Grundlage eines antikapitalistischen Programms auf - und an erster Stelle zu der von PC und PS. Die anderen weigern sich, sich an die PC und PS zu wenden, damit diese die Forderungen der Arbeiter vertreten" (rouge Nr. 553, 18.1.).

Andererseits bescheinigt die LCR dem *„politischen Inhalt der Plattform"* eine *„größere Überienstimmung"* als dem seinerzeitigen Abkommen zu den Kommunalwahlen, und bestreitet, daß es *„ein einfaches Abkommen zur Aufteilung der Wahlkreise"* sei. Entscheidend ist für die LCR in erster Linie die Übereinkunft, daß im 2. Wahlgang zur Stimmabgabe für die „Linksunion" aufgerufen wird; der Aufruf zur revolutionären Stimmabgabe im 1. Wahlgang ist in der LCR-Argumentation demgegenüber deutlich untergeordnet.

Trotz der immer wiederkehrenden Appelle an PCF und PS, doch endlich ihre Verantwortung gegenüber der Arbeiterklasse wahrzunehmen, reduziert die LCR aber nicht weniger als die OCT die ganze Auseinandersetzung zwischen PCF und PS auf ein bloßes Postengerangel: *„Offiziell wird über die bestmögliche Organisierung des friedlichen Übergangs zum Sozialismus geredet ... In Wirklichkeit ... geht es darum, wer den besten Posten im Staatsapparat bekommt."* (rouge , 9.11.77). Der schlichte Appell zur *„Einheit aller Organisationen der Arbeiterbewegung"* ist ein spezifisch trotzkistischer Dauerlutscher, der zwar lecker aussieht, aber tatsächlich wenig nahrhaft ist. Solchen Appellen steht zudem gegenüber, daß die LCR (wie hierzulande die GIM) dort die „Einheit" verweigert und gegen sie polemesiert, wo sie heute tatsächlich herstellbar wäre, zumindest jede ernsthafte Mühe dafür sich lohnen müßte: zwischen der organisierten revolutionären Linken und weiten Teilen der unorganisierten Linken und der Basisbewegung.

Ein solches Konzept ist zumindest ursprünglich mal von der OCT formuliert worden: Bereits Mitte 1976 hatte Henri Maler, führendes Mitglied der damaligen OCR (Vorläuferorganisation der OCT), die Diskussion um das Eingreifen der revolutionären Linken in die Parlamentswahlen 1978 mit einem Artikel eröffnet, der sogenannte *„Bewegungskandidaturen"* im Gegensatz zu *„Programmkandidaturen"* propagierte („Revolution!", 11.6.76). Unter „Bewegungskandidaturen" wird verstanden, daß an einer Aktionseinheit nicht nur Organisationen der revolutionären Linken beteiligt sein sollten, sondern auch *„die Arbeiterlinke und die Massenavantgarden"*, d.h. eine für die nicht politisch organisierte Basisbewegung offene Aktionseinheit. Die OCT hat dieses Konzept unseres Wissens selbst nicht energisch weiter verfolgt; Tatsache ist jedenfalls, daß die Basisbewegung sich völlig außerhalb des Bündnisses PLS-LPT bzw. teilweise in anderen Bündnissen befindet (PSU/MAN, Ökologisten – die PSU, die einen gewissen Einfluß in der Basisbewegung hat, hat allerdings von sich aus die Aktionseinheit mit OCT, LCR etc. abgelehnt; dazu später). In der Presse der OCT ist heute auch kein Bemühen sichtbar, ein größeres Bündnis unter Einschluß von Basisinitiativen, radikaldemokratischen Gruppierungen usw. herbeizuführen.

Die LCR hat nunmehr offen darüber frohlockt, daß von der OCT und CCA (PSU-Abspaltung) auf ein derartiges Bündnis verzichtet wurde: *„Die CCA (und auch die OCT) scheinen heute die Bilanz einer Orientierung auf sogenannte ‚Kandidaturen des Kampfes, der Komitees, der Bewegungen' gezogen zu haben. Heute erkennen sie, daß diese Praxis für die Organisationen zum Akzeptieren konfuser* (?!) *politischer Kampagnen führt (wenn man zu einer annehmbaren* (?!) *Synthese der unterschiedlichen Komponenten der Komitees kommen will), oder zur Manipulation* (!) *von Teilen der Komitees (wenn man sie dazu bringen will, die klaren politischen Perspektiven zu akzeptieren, die die revolutionären Organisationen entwikkeln müssen)"* („rouge", 21./22.1. 78).

Es ist nicht gerade ein Zeichen politischer Einsicht und Ernsthaftigkeit, wenn jemand d a nach „Einheit" ruft, wo sie illusionär und täuschend ist, und andererseits d o r t die Einheit als „konfus" bzw. „Manipulation" beschimpft, wo sie zur Stärkung der Basisbewegung u n d der revolutionären Linken nützlich und durchaus realistisch ist.

(wird fortgesetzt)

Frankreich-Kommission



Würzburg

Im Rahmen einer „antisozialistischen Woche" an der Uni Würzburg fand eine Veranstaltung der „Hochschulunion" (CSU-Studenten) mit Otto von Habsburg (*„Einigung Europas einschließlich Weißrußlands und der Ukraine im Geist der Kreuzzüge"*) statt. Mit der Parole „Faschisten raus aus der Uni" versuchten Antifaschisten, die Mensa abzuriegeln. CSU-Studenten und Polizei prügelten gemeinsam den Weg frei. („tat", 10.2.78).

Der „Verband deutscher Schriftsteller" (VS) verfaßte einen Offenen Brief an Bayerns Ministerpräsidenten Goppel, in dem er aufgefordert wird, die neonazistischen Aktivitäten in Bayern nicht länger zu dulden. Der VS erinnerte daran, daß Bayern in der Weimarer Republik das *„gelobte Land der Deutschnationalen und Vorhimmel des 3. Reiches"* war (so der Goppel-Vorgänger W. Högner, SPD), und sich heute wieder Parallelen zeigen. So hat die Nationalzeitung von Frey ihren Sitz in München, Hoffmann residiert ungehindert in Nürnberg u.a.m. Von den 122 eingeleiteten Verfahren gegen die Neonazis (in der Zeit von 1975 bis Mitte 1977) sei es nur in 8 Fällen zu einer Verurteilung gekommen. („ed", 10.2.78).

Oldenburg

Ihren „Auftakt" wollte die NPD in Oldenburg am 4.2.78 auf dem Schloßplatz durchführen. 1000 überwiegend antifaschistisch eingestellte Menschen kamen und schnürten die von Polizei geschützten 50 Neonazis ein, von denen etwa die Hälfte noch im Kindesalter, der Rest vor allem Jugendliche waren. Die NPD hatte angekündigt, am selben Tage einen Kreisverband der „Jungen Nationaldemokraten" (JN) zu gründen. Zu hören war von allen Nazi-Rednern wenig: Sprechchöre und die „Aktion Trillerpfeife" verhinderten dies. Eier und Knallkörper flogen. Die Polizei ging einige Male brutal gegen Einzelne vor. Dies war die seit Jahren größte antifaschistische Mobilisierung in Oldenburg. Zuvor war ein von über 20 Organisationen - darunter SPD, DGB, DKP, KB, BGs - gestellter Verbotsantrag gegen die Nazi-Kundgebung von der Stadtverwaltung abgelehnt worden.

Darmstadt

Ein breites Bündnis kam in Darmstadt für eine Mahnkundgebung am 30.Januar anläßlich der Machtübernahme der Faschisten vor 45 Jahren zustande. Katholische Jugendzentrale, Evangelische Jugend, die Jüdische Gemeinde, Jungsozialisten, FDP, Wählergemeinschaft, Stadtjugendring, VVN, und einstige Widerstandskämpfer riefen zu dieser Veranstaltung auf. In dem Aufruf wurde hervorgehoben, daß das Jahr '45 nicht das Ende des Faschismus bedeutet. „Davon zeugen auch in unserem Land Vorfälle wie symbolische Judenverbrennung an der Bundeswehrhochschule oder die Provokation des Rechtsanwalts Manfred Roeder gegen jüdische Mitbürger" (lt. „Darmstädter Tageblatt", 28.1.78). Die Kundgebung war mit ca. 100 Teilnehmern recht gut besucht, wenn man bedenkt, daß fast gar nicht öffentlich mobilisiert wurde.

Hanau

600 Antifaschisten demonstrierten am 11.2. gegen einen Landeskongreß und Infostände der NPD in Hanau. Sie erreichten, daß die Faschisten ihre Stände in der Stadt wieder abbauen mußten; die Stadtverwaltung zog ihre Genehmigung „wegen Verkehrsgefährdung" wieder zurück. Der Landeskongreß selber fand jedoch (unter starkem Polizeischutz in einem städtischen Saal) statt. Der SPD-Oberbürgermeister hatte behauptet: *„Die Delegierten der NPD sind uns nicht willkommen, jedoch verbietet uns das geltende Recht, ihre Versammlung zu untersagen"* („tat", 17.2.78).

Offenburg

Am 30.1. (Jahrestag der Machtübernahme Hitlers!) veranstaltete die NPD einen Fackelmarsch durch die Stadt unter der Parole: „Deutschland ist größer als die Bundesrepublik". Etwa 70 Bullen schützten die 100 Faschisten. Schon vormittags und auch während des provokatorischen Marsches fanden antifaschistische Protestkundgebungen statt. („UZ", 31.1.78).

Antifaschisten aufgepaßt!

Nazi-Überfall in Kornwestheim

Wie erst jetzt bekannt wurde, haben jugendliche Neofaschisten mit Schlagstöcken bewaffnet, ausgerüstet mit Lederkoppeln und Hakenkreuzarmbinden, am 17.Dezember 1977 in Kornwestheim (Baden-Württemberg) ein „Friedensfest" gestört. Schüler und Lehrer eines örtlichen Gymnasiums hatten dieses Fest zugunsten von „Amnesty International" organisiert. Ein Rollkommando (ca. 10 bis 20 Mann) konnte nur mit Mühe von größeren Ausschreitungen abgehalten werden. Ein 16-jähriger Schüler des Gymnasiums, der bei diesem Rollkommando mitwirkte, gab bei einer Befragung zu, Kontakt zu der „Wehrsportgruppe Hoffmann" und zum Führer des HTS („Hochschulring Tübinger Studenten") Heinzmann, zu haben.

Nazi-Überfall in Kiel

Am 11.2.78 überfielen 3 Faschisten einen Kieler KB-Genossen. Die Schläger, zwei in schwarzen Lederjacken und schwarzem Tuch vor dem Gesicht, der dritte mit Parka, dessen Kapuze so ins Gesicht gezogen war, daß er nicht zu erkennen war, warteten offensichtlich in einem geparkten Wagen direkt vor der Wohnung des betreffenden Genossen. Als der Genosse abends gegen 21.00 Uhr seine Wohnung verließ, sprangen sie aus dem Wagen, liefen auf ihn zu und schlugen ihn mehrmals ins Gesicht so daß er sofort aus Mund und Nase blutete und hinfiel. Auf den am Boden Liegenden traten sie mit Füßen ein, sprangen dann in ihren Wagen und verschwanden. Die Vorgeschichte:

Im August 1975 wurde der Genosse wegen Störung einer NPD-Veranstaltung in Eutin zu einer Geldstrafe verurteilt. Als Hauptbelastungszeuge trat Hans-Herbert Hain (Bund Volkstreuer Jugend, Junge Nationaldemokraten) auf. Noch während des Prozesses erstattete Hain erneut Anzeige wegen Körperverletzung, da der betreffende Genosse dabeigewesen sein soll, als mehrer Faschisten (u.a.Hain) in der Kieler Einkaufsstraße daran gehindert wurden, Flugblätter zu verteilen. Die Ermittlungen wurden von der Staatsanwaltschaft eingestellt, da der Genosse nachweislich nicht dabei war.

Zwei Tage nach dem Eutiner Prozeß bekam der Genosse einen Drohbrief ins Haus mit den Worten: „Sieh dich vor!", darunter die Odalsrune, das Zeichen der sogenannten „Volkstreuen Verbände".

Im November 1977 gab es den ersten Überfall, bei dem zwei Unbekannte den Genossen ebenfalls direkt vor seiner Haustür zusammenschlugen.

Während der Kieler Woche 1977 wurden drei andere Antifaschisten in Kiel auf offener Straße überfallen,
zwei davon zusammengeschlagen.
wurden drei andere Antifaschisten in Kiel auf offener Straße überfallen,
zwei davon zusammengeschlagen.

Nach diesem Überfall erging an die Adresse des Kieler Presseverantwortlichen des KB ein weiterer Drohbrief, in dem ein Mitglied der „Kieler Volkstreuen Jugend" weitere „Aktionen" ankündigte.

Offenkundig halten die Nazi-Banden die Zeit bereits für reif, mit gezieltem Terror aufzutreten.

NPD und Bullen Hand in Hand

Im Altonaer Einkaufszentrum in Hamburg war am 11.2.78 ein NPD-Stand aufgebaut. Sehr schnell bildete sich eine Gruppe von ca. 50 Antifaschisten, die empört protestierten. Plötzlich fuhren aus einer Seitenstraße fünf Bullenwagen heraus. Die Bullen griffen sich zwei Antifaschisten. Kurz danach traf es einen KBW'ler, von dem ein Faschist behauptete, er sei von ihm bedroht worden. Tatsächlich hatte der NPD'ler in der Diskussion gedroht: „Euch müßte man einen Kopf kürzer machen". Trotzdem nahmen die Bullen ungerührt die Personalien des KBW'lers auf. Auf die Aufforderung, auch die Namen der Faschisten festzuhalten, meinten sie, das sei unnötig, die hätten sie schon. Schließlich stellten sie sich noch schützend vor den NPD-Stand, da die Empörung der Umstehenden immer größer wurde. Derartig unterstützt wurden die Nazis noch frecher: Einige von ihnen stellten sich an einen Kaufhauseingang und hinderten Anti-AKW-Plaketten-Träger und Antifaschisten am Betreten!

Wieder Rechtsradikale als „Umweltschützer"

Der ehemals mitgliederstärkste Landesverband der zerfallenen rechtsradikalen „Aktionsgemeinschaft Vierte Partei", Niedersachsen, hat sich kürzlich umgetauft in „Union für Umwelt- und Lebensschutz" (Vorwärts, 5.1.78). Der ehemalige AVP-Landesverband hatte nach eigenen Angaben mit der CDU immer in *„absolut gegenseitiger Harmonie und Solidarität"* (FR, 13.2.76) zusammengearbeitet, grenzte sich aber gegenüber dem *„ultrareaktionären Kurs"* des AVP-Vorstandes ab („Welt",13.12.76).

SS-HIAG grüßt F.J.Strauß

Mit frenetischem Beifall wurde F.J. Strauß am Aschermittwoch in Passau empfangen. Angehörige der HIAG hatten an der Ballustrade der Empore Transparente angebracht: „Deutschland ruft Franz Josef Strauß" und „In Treue fest". In seiner Rede forderte StrauSS, daß die BRD zu einem *„konsequenten Bollwerk gegen den Kommunismus ausgebaut werden"* müsse. Er betonte, daß *„nur eine in dieser Hinsicht psychologisch intakte Bundesrepublik der einzig geeignete Führungsfaktor für Europa"* sei. Auf zahlreichen Transparenten hieß es: „Franz Josef Strauß – Kanzler für Deutschland". („Tat", Nr.7)

Neue Nazi-„Partei" gegründet

Neuerscheinung in der rechtsradikalen Szene: Mit Anzeigen, die u.a. in der „Mainzer Allgemeinen Zeitung", der „Rhein-Zeitung" und in der „Allgemeinen Zeitung Alzey" erschienen, suchte ein Günther Siebeneick, Bingen/Rh., Ockenheimer Chaussee 4, *„Gesinnungsgenossen mit Nationalstolz"* für die Gründung einer neuen rechtsradikalen Partei. In intern verschickten Rundschreiben (*„streng geheim"*) teilte Siebeneick mit, die Partei solle am 28.Januar in Oberwesel/Rhein, im Hotel „Goldener Pfropfenzieher" gegründet werden, und sie solle „NsPD" (Nationalsozialistische Partei Deutschlands) heißen. Siebeneick beteuerte, er wolle *„keine Nazipartei gründen"*, sondern *„eine Partei der Mitte bis halbrechts"* – äußerte aber zugleich die verräterische Hoffnung, daß recht bald *„der Nationalsozialismus wieder (!!) die Volksgemeinschaft gestalten"* möge.

In einem etwas später verschickten Schreiben teilte Siebeneick mit, die Partei solle nun doch nicht „NsPD" heißen, sondern der Name solle erst bei der Gründungsversammlung festgelegt werden.

Dieses Treffen hat am 28.1. stattgefunden, als Name wurde „UZD" („Unabhängiges Zentrum Deutschland") ans Bundesinnenministerium gemeldet. Ein „offizieller Gründungsparteitag" soll am 4.März in Oberwesel, Bingen oder Mainz stattfinden. (Bericht nach „pdi", Febr.78 und eigene Unterlagen).

Schülerorganisation der NPD gegründet

Schülerorganisation der NPD gegründet

Die NPD will jetzt auch die Schüler mit nazistischem „Gedankengut" versorgen. In Würzburg fand die Gründungsversammlung der „Nationaldemokratischen Schülergemeinschaft" (NDS) statt.

Programmpunkte: „Entrümpelung der Lehrpläne von marxistischem Ballast"; „die großen Deutschen der Vergangenheit" (wer das wohl alles ist?) sollen wieder zu Wort kommen; auf „linke Autoren wie Brecht, Böll und Grass" möchte die NDS verzichten. („tat", Nr. 5)

Faschistentreffen in Antwerpen

Am 4.März – so berichtet der „Sturm", Schmierblatt der Hamburger „Hansa-Bande", soll in Antwerpen das 10-jährige Bestehen des Faschisten-Treffpunkts „Lokaal Odal" gefeiert werden. Geleitet wird das Unternehmen von einem Herrn Erikson, Chef der „VMO" („Flämischer Militanter Orden"), einem faschistischen Haufen, der vor allem versucht, den Konflikt zwischen Flamen und Wallonen ins reaktionäre Fahrwasser zu treiben.

Angekündigt für das Treffen in Antwerpen ist die Wikingjugend, die mit einem Fanfarenzug auf der Feier auftreten soll, außerdem soll noch ein Fanfarenzug der „NSDAP" (=„Hansa"-Bande?) auftreten. Daß für dieses Treffen breit mobilisiert wird, zeigen zwei Anzeigen. Die eine im „Frontsoldat", Mitteilungsblatt des Stahlhelm e.V., in der „alle deutschen Kameraden" zu dem Treffen eingeladen werden; die andere in der „Bauernschaft" des Thies Christophersen, der gar eine „Gemeinschaftsfahrt" anbietet.



Polizei- Einsatz zum Schutz der NPD in Hanau

Faschistische Aktivitäten

Am 25.2.78 soll in Weinheim/Sulzbach das 3.MUT-Lesetreffen stattfinden. Der MUT-Herausgeber Bernhard C.Wintcek versucht zur Zeit in einer längeren Kampagne die relativ große Leserschaft seiner Zeitung stärker zusammenzufaßen (s. zu „MUT" auch AK 121). Referenten sind: H.Schmitz, stellv. NPD-Vors.; Oberstudienrat G.Deckert Abegordneter der NPD im Kreistag. Genauer Termin: Aula der Hauptschule, 14.15 - 18.00 Uhr.

Das darf auf keine Fall stattfinden: Zu einem „Freundestreffen der Bauernschaft" lädt Thies Christophersen, Verfasser der antisemitischen Hetzschrift „Auschwitz-Lüge", nach Hamburg ein. Als Gäste und Referenten werden eine Frau Renate Schütte und Karl-Heinz Hoffmann, Führer der faschistischen Schlägertruppe „Wehrsportgruppe Hoffmann", genannt. Dieser Hoffmann ist vor allem durch den Aufbau einer bewaffneten Bande (mit Kampffahrzeugen, Gewehren etc.) und durch Söldnerwerbung für die rhodesischen Rassisten bekannt. Ort des „Freundestreffen":

„Segelclub Hamburg", An der Alster 47a

Zeit: 26.2.1978, 10.00 Uhr.

Flensburg: Am 2/3.März um 9.00 Uhr findet die Revisionsverhandlung gegen Thies Christophersen statt. Es geht um das Buch „Ist Rassenbewußtsein verwerflich?" von G.Amaudruz. In der 1.Verhandlung war Christophersen freigesprochen worden, das Urteil wurde vom BGH wieder aufgehoben.

NPD-Aktionen in Niedersachsen:

25.2. Braunschweig
4.3. Osnabrück
11.3. Hildesheim
18.3. Delmenhorst/Bremen
25.3. Celle
1.4. Hameln/Rinteln/Bückeburg

Kassel: Am 24.- 26.5.78 will die rechtsradikale „Gesellschaft für freie Publizistik" einen Kongreß abhalten: „Verrat in Deutschland".

Kassel: Am 11.3. will die NPD hier auf einem Parteitag ihre Kandidatenliste für die hessische Landtagswahl beschließen.

Göttingen: NPD- Kundgebung ausgefallen



Neofaschisten machen Front vor ihrer Tribüne in Göttingen ...

Ungefähr 800 Demonstranten verhinderten am 14.2. in Göttingen eine Kundgebung der NPD/JN, die unter dem Motto stehen sollte „Gegen Kapitalismus und Kommunismus" - „Für revolutionären Nationalismus".

Es war eine der von der NPD inzwischen schon fast routinemäßig durchgezogenen Provokations-Aufmärsche:

Einige Handvoll ihrer Aktivisten, d.h. mehr oder weniger gut ausgebildete und verhetzte Schläger, werden regional zusammengetrommelt und durch örtliche „Kader" ergänzt. Dann warten sie - in der Hoffnung auf Bullenschutz - den antifaschistischen Protest ab ...

So begannen auch die 40 - 60 Neonazis in Göttingen sofort mit ihren bündelweise bereitstehenden Knüppeln, Eisen- und Fahnenstangen mit unvorstellbarer Brutalität auf die ersten Reihen der Protestierenden einzuschlagen, als diese versuchten, die riesige Lautsprecheranlage zum Schweigen zu bringen. Aus der dröhnten schon 2 Stunden vor dem „offiziellen" Kundgebungstermin faschistisch umgedichtete Arbeiterlieder durch die ganze Innenstadt; die vom „Arbeitskreis Antifaschismus Göttingen" angekündigte Gegenkundgebung war dadurch völlig unmöglich...

Nachdem den Nazi-Schlägern immer mehr Waffen abgenommen worden waren, gelang es schließlich auch, die Anlage zum Schweigen zu bringen. Damit war auch die ganze „Kundgebung" der NPD beendet und es konnte die Gegenkundgebung des Arbeitskreises stattfinden.

Leider gab es auf Seiten der Antifaschisten einige Verletzte (z.T. schwere Platzwunden, Handverletzungen usw.) bei dieser Aktion; das Vorgehen der JN'ler zeigt aber, daß hier noch weitaus schwerere Verletzungen geplant waren. Weitere Verletzte gab es noch am frühen Nachmittag, als die Schläger der JN regelrechte „Rachefeldzüge" in der Innenstadt unternahmen und blindlings auf Leute einschlugen, die sie von ihrer Niederlage vom Vormittag her wiederzuerkennen glaubten bzw. die sie für Linke (Plaketten etc.) hielten.

Vor allem diese Überfälle am Nachmittag zeigen die SA-Mentalität in den Reihen der NPD/JN.

Antifaschistische Mobilisierung erfolgreich

Die Innenstadt war an diesem Tag eindeutig von den Antifaschisten geprägt – die entschlossene und militante Aktion war dabei „nur" ein Teil. Das ist der Erfolg einer breiten Mobilisierung, die verschiedene demokratische und antifaschistische Organisationen in nur knapp einer Woche erreicht haben:

Proteste verschiedener DGB-Gremien und der Jusos, Flugblätter des Arbeitskreises Antifaschismus (in

mokratische und antifaschistische Organisationen in nur knapp einer Woche erreicht haben:

Proteste verschiedener DGB-Gremien und der Jusos, Flugblätter des Arbeitskreises Antifaschismus (in

dem auch der KB mitarbeitet) vor den Schulen und in der Stadt, und auch die VVN, die schließlich mit Flugblättern vor den Betrieben und Sonnabend in der Stadt auch öffentlich noch mitzog (zuvor hatte die VVN lediglich einen von ihr initiierten „Offenen Brief" mit einigen Unterschriften an die Presse weitergegeben).

Aufgrund der kurzen Zeit (halbwegs sichere Nachrichten über die NPD-Kundgebungen lagen frühestens Montagabend vor) und der schlechten Erfahrungen mit formellen (Plattformen usw.) Bündnisversuchen unter diesen Bedingungen, verzichtete der Arbeitskreis diesmal ganz bewußt auf diesen Weg.

Im Vordergrund stand deshalb von Anfang an die direkte Mobilisierung unter zwei Gesichtspunkten: Verbot der NPD-Kundgebung und Aufforderung an alle Antifaschisten, der NPD am Sonnabend auf jede geeignete Art und Weise entgegenzutreten.

Die Stadtverwaltung hielt es diesmal mit den drei Affen („nichts hören, nichts sehen, nichts sagen"). Erste Auskunft war: „Von einer Kundgebung ist nichts bekannt"; am Donnerstagabend hieß es dann, daß eine Kundgebung nicht genehmigungspflichtig, sondern nur anmeldepflichtig sei.

... aber nicht ohne Schwierigkeiten

Größere Schwierigkeiten – neben der gewohnten, aber gefährlichen Profilierungssucht einiger Gruppen (s. Kasten zur VVN) – ergaben sich

... aber nicht ohne Schwierigkeiten

Größere Schwierigkeiten – neben der gewohnten, aber gefährlichen Profilierungssucht einiger Gruppen (s. Kasten zur VVN) – ergaben sich

auf dem letzten öffentlichen Vorbereitungstreff Freitagabend.

Unter Führung der VVN wollten SDAJ und MSB unter den anwesenden ca. 40 Leuten den völligen Verzicht auf eine Gegenkundgebung („so was ist dann eine rein studentische Angelegenheit, die Arbeiterjugend ist nicht mobilisiert...", „eine Kundgebung erhöht die Gefahr eines Polizeieinsatzes und einer Schlägerei") durchsetzen.

Über diese Punkte, bei anderen Gelegenheiten **der** Sprengsatz für Aktionseinheiten oder Plattformen, konnte auch diesmal leider keine Einigung erzielt werden.

Entscheidend aber war: Die Differenzen in diesen Fragen konnten der gemeinsamen Mobilisierung gegen die Nazis am nächsten Tag nicht mehr schaden!

Und damit war die Abfuhr für die NPD schon fast besiegelt. In diesem Sinne wurde von den Antifaschisten in der Vorbereitung auf die NPD-Kundgebung ein sehr praktikabler und erfolgversprechender Weg eingeschlagen, der bei der unbedingt notwendigen öffentlichen Auswertung und Weiterführung der Arbeit berücksichtigt werden muß.

KB/Gruppe Göttingen





... und hier sind die Überreste der Faschistentribüne

VVN: Sie kanns nicht lassen!

Bis Donnerstagabend – also zwei Tage vor der Kundgebung der NPD sah es so aus, als stünde den Göttinger Antifaschisten eine mittlere Sensation bevor.

Folgendes war geschehen:

Einige wachsame Sowi-Genossen hatten dem „Arbeitskreis Antifaschismus" (in dem auch der KB mitarbeitet) die Neuigkeit von der NPD-Kundgebung überreicht.

Mit einer kurzen Erklärung (Forderung nach Verbot...) wurde sofort versucht, Unterschriften von demokratischen Organisationen und Einzelpersönlichkeiten zu sammeln. Und siehe da: **VVN, DKP u.ä. sagten ihre prinzipielle Unterstützung und Unterschrift zu. Ohne Wenn und Aber!** Intern kochten aber offensichtlich die Obertaktiker an dem Problem, wie man aus dieser Aktionseinheit wieder herauskommen und sich selbst „an die Spitze" setzen könnte.

Bei einer Besprechung Donnerstagabend kam die VVN mit einem eigenen Offenen Brief an, unterschrieben von ein paar ... na, GEWlern.

Aber daran sollte unsererseits nichts scheitern; Offener Brief und Erklärung des Arbeitskreises waren inhaltlich identisch. Daß die VVN damit plötzlich als „Initiator" auf dem Papier (Briefkopf!) stand, stört auch nicht. Als wir schon schwungvoll „KB" als Unterstützer drunterschreiben wollten, hieß es: „Keine politischen Gruppen und Parteien".

Na gut, auch das kann sinnvoll sein. Der „Arbeitskreis..." jedoch sollte ausdrücklich als unabhängige antifaschistische Initiative drunterbleiben – bis Freitagmorgen. Da hieß es – der „Offene Brief" war immer noch nicht „öffentlich" – es dürften überhaupt nur „Persönlichkeiten" als Vertreter bestimmter Initiativen o.ä. auftauchen. Auch wenn's übertrieben war, aber es gab ja ein paar: z.B. einen AStA-Vorsitzenden, einen Vertreter des „Arbeitskreises", einen Vertreter des Fachschaftsrates Sowi...

Das ging nun aber auch wieder nicht. Der „konsequente antifaschistische Kampf" ließ für die VVN schließlich nur die Namen und ein „Student" dahinter zu.

Nun war es wahrlich genug. Der „Arbeitskreis" veröffentlichte den Offenen Brief mit einer Reihe von Initiativen, damit er für die Mobilisierung wenigstens noch etwas hergeben konnte!

und ein „Student" dahinter zu.

Nun war es wahrlich genug. Der „Arbeitskreis" veröffentlichte den Offenen Brief mit einer Reihe von Initiativen, damit er für die Mobilisierung wenigstens noch etwas hergeben konnte!

Antifaschistischer Protest in Hannover

Die jüngste Nazi-Provokation in Hannover am 28.1.78 war der Anlaß für mehrere demokratische und antifaschistische Organisationen, sich zu einer **Bürgerinitiative „Für ein Hannover ohne Braun"** zusammenzuschließen.

Am 28.1.78 hatten ca. 30 Faschisten, die u.a. aus Stade, Winsen und Lüneburg angereist waren, mit Transparent-Stangen auf protestierende Antifaschisten eingedroschen, ehe die Polizei eingriff und nun ihrerseits mit Schlagstöcken und Chemical Mace die „ordnungsgemäß angemeldete" Faschistenkundgebung vor Protesten schützte.

Die Bürgerinitiative wurde gebildet u.a. von dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD im Landtag, Wolfgang Penningsdorf, dem früheren Staatssekretär Heinz Reichwaldt, Funktionären der SDAJ, der DKP, der VVN und dem bekannten Kabarettisten Dietrich Kittner (DKP).

Schon eine Woche zuvor verteilte der DGB Hannover ein Flugblatt vor Betrieben, in dem vor den zunehmenden nazistischen Ausschreitungen gewarnt und zum aktiven Widerstand aufgerufen wurde.

Nazi-Umtriebe in Hannover

Seit ungefähr einem Jahr ist Hannover Schauplatz antisemitischer Ausschreitungen, die vor allem von den Aktivisten des „Kampfbund Freiheit für Rudolph Heß" getragen werden und die in gezieltem Terror gegenüber einzelnen jüdischen Bürgern im Dezember 1977 ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht hatten (siehe AK 121). Nach Angaben des VS und der Polizei ist der „Kampfbund" eine Gruppe von maximal 8 Personen, die unter Führung des 24jährigen **Volker Heidel** steht. Die Gruppe wird von der Hamburger „Hansa"-Bande unterstützt. So soll es die „Hansa"-Bande gewesen sein, die am 3.12.77 in einer Diskothek einen jüdischen Bürger zusammenschlug („Zeit", 10.2.78), und auch am „Info-Stand" der Gruppe am 3.12. waren es Hamburger Nazis, die den „Kampfbund" unterstützten.

Während der stellvertretende Polizeichef behauptet, die NPD habe nichts mit dem „Kampfbund" zu tun, finden sich auch in Hannover inzwischen handfeste Beweise, daß dies doch so ist. So waren am 28.1.78 bei den Schlägereien dabei:

- **Andreas Kirchmann, JN-Mitglied,** Mitglied des „Kampfbundes", Teilnehmer der verbotenen Nazi-Veranstaltung am 26.11.77 in Hamburg, Schüler an der IGS Linden; in seiner Wohnung war schon im Oktober Nazi-Material beschlagnahmt worden.
- **JN-Landesvorsitzender Schreiber,** ebenfalls Teilnehmer der verbotenen Veranstaltung vom 26.11.77 in Hamburg.

Breite antifaschistische Proteste

Die „Bürgerinitiative" und der DGB-Aufruf sind vor dem Hintergrund zu sehen, daß in Hannover eine sehr breite antifaschistische Empörung vorhanden ist, die von den ersten antisemitischen Friedhofsschmierereien an sich immer wieder zu Wort meldete.

So boten z.B. mehrere Jugendliche ihre Ersparnisse der Jüdischen Gemeinde an, als im Frühjahr 1977 der jüdische Friedhof zum ersten Mal geschändet wurde. Auf Initiative einer Schülerin wurden in Schulen Hilfsaktionen zum Aufräumen des Friedhofs organisiert. Eine andere Schülerin startete eine Umfrage unter Schülern, was diese vom Faschismus wüßten. Das ganze Jahr über fand in den Leserbriefspalten der Hannoveraner Zeitungen eine rege Auseinandersetzung über diese Umtriebe statt.

Im Sommer 1977 bildete sich eine antifaschistische Initiative am Historischen Institut, die nach einem ersten Flugblatt für das Wintersemester weitere Aktionen ankündigte.

Schon im Oktober 1977 hatte der DGB eine Dokumentation gegen die Nazi-Umtriebe angekündigt, bis dann Ende November/Anfang Dezember nach den gezielten antisemitischen Aktionen die Diskussion in Hannover Wellen bis hinein in den Landtag schlug.

Die jüdische Gemeinde als direkt Betroffene wandte sich mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit und forderte die Bestrafung der Nazis. In ähnlicher Weise hatte sich die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit an Parlamentarier gewandt (FR, 19.12.77). Anfang Januar forderte diese Gesellschaft zur Wachsamkeit vor einem „aufkeimenden Terrorismus von rechtsaußen" auf: *„Die Jüdische Gemeinde in Hannover hat die berechtigte Sorge, daß solche Vorkommnisse sich häufen und bittet dringend um Unterstützung in dem Bemühen, die Aktivität solcher rechtsradikaler und zugleich antisemitischer Gruppen zu unterbinden"* (HAZ, 11.1.78).

Unter dem Druck dieser breiten Proteste stellte die Stadt Hannover am 23.12.77 Strafantrag gegen die Verteilung rechtsradikaler Schriften.

Tatsächlich ist es heute in Hannover in erster Linie die Regierungskoalition CDU/FDP, die diese Umtriebe herunterzuspielen und den Protest zu diffamieren versucht. So bezeichnete Innenminister Rötger Groß (FDP) diese Umtriebe als Taten weniger „Außenseiter" und als „politisch unbedeutend". Derartige Äußerungen veranlaßten den SPD-Landesvorsitzenden Peter von Örtzen zu der Äußerung, er fürchte, *„daß im Augenblick in dieser Frage mit den Parteien der Opposition in Bonn keine Übereinstimmung zu erzielen ist, da diese sich offenbar anschicken, den Terrorismus von links als einen politischen Hebel zu benutzen, um die Stellung der Bundesregierung zu erschüttern"* (FR, 19.2.78).

CDU/FDP-Hetze und Abgrenzungsbeschlüsse erschweren den Widerstand

So erfreulich die rege Auseinandersetzung um die Frage des Neofaschismus in Hannover ist, gibt es doch für gemeinsames Handeln gegen die Faschisten immer noch einige Schwierigkeiten. So versucht der Innenminister Groß die „Bürgerinitiative für ein Hannover ohne Braun" als **„Volksfront-Bündnis"** zu denunzieren und die in der Initiative mitarbeitenden SPD-Mitglieder Penningsdorf und Reichwaldt damit zum Abrücken von der Initiative, zumindest aber zur Distanzierung von „gewissen Kräften" zu bewegen.

Die Initiative des DGB folgte von Anfang an dieser Linie der Abgrenzung nach links: **„Allerdings legten die Gewerkschaften nicht den geringsten Wert auf die Unterstützung durch Kräfte, deren politische Grundhaltung alles andere als demokratisch sei"** (DGB-Vorsitzender Friedrich Theilmann, NHP, 28.1.78).

Einen weiteren Versuch, den antifaschistischen Protest einzudämmen, unternahm die Innenbehörde, indem sie die Polizei erklären ließ, erst die breite Presseberichterstattung habe die Nazis „hochgespielt".

Unter diesen Umständen wird es nicht leicht sein, die Diskussion um den antifaschistischen Kampf und gemeinsame Aktionen fruchtbar weiterzuführen. Die Breite des Protestes allerdings ist eine Voraussetzung dafür, in diese Richtung zu arbeiten.

Antifa-Kommissionen Hannover und Hamburg

Antifaschisten aufgepaßt! Eine kriminelle Vereinigung formiert sich

Als am 19.11.1977 elf Jungnazis in Uniformen mit Gaspistole und Schlagstöcken durch Bremen zogen, das „Horst-Wessel-Lied" gröhlten und Passanten durch die Straßen jagten, erklärte die Polizei es handle *„sich bei der Gruppe nicht um eine fest organisierte rechtsradikale Vereinigung"* („Bremer Nachrichten", 22. 11.77).

Einer von diesen Elf die zur Feststellung der Personalien von der Polizei mitgenommen wurden, war **Michael Kühnen**, früherer Aktivist der Aktion Widerstand, wegen NS-Propaganda aus der Bundeswehr entlassen, Chef der Hamburger **„Hansa"-Bande.**

Nur wenige Tage später, am 22.11.77, wurde Michael Kühnen ein zweites Mal in Bremen festgenommen, als er „NSDAP"-Plakate klebte („tat", 2.12.77).

Und wieder nur wenige Tage später, am 26.11.77 trat Kühnen in Hamburg als Leiter einer trotz Verbot durchgeführten Veranstaltung der „Hansa"-Bande auf.

Neben der Grußbotschaft einer **„Nationalrevolutionären Arbeiterfront"(NRAF)** aus Bremen waren auch Nazis aus Braunschweig und Hannover dabei.

Widerum nur eine Woche später am 3.12.77 tauchte Kühnen mit seinen Leuten dann in Hannover auf, nicht ohne zuvor in Soltau eine Kappler-„Ehrenwache" eingeschoben zu haben. In Hannover beteiligte sich die „Hansa"-Bande an einer Aktion des **„Kampfbundes Freiheit für Rodolph Heß"**, der am Wochenende zuvor in Hamburg war. Höhepunkt dieser gemeinsamen „Aktion": Ein jüdischer Bürger – schon des öfteren Opfer des Terrors dieser Bande – wird von diesem Stand aus erneut bedroht. Die Polizei hatte unmittelbar vor der Nazi-„Aktion" Waffen, u.a. eine Pistole bei den Nazis entdeckt und beschlagnahmt, ohne den Nazi-Auftritt zu verbieten.

Wieder nur ein Wochenende später, am 12.12.77, wurde offiziell in Hamburg die **„Aktionsfront Nationaler Sozialismus"** (ANS) gegründet.

Vier Wochenenden, vier Nazi-Aufmärsche an drei Orten und immer derselbe Kreis von Aktivisten – ganz offensichtlich tut sich da was. Noch können wir nicht genau einschätzen, welches Ausmaß diese überörtliche Banden-Bildung bereits erreicht hat. Unüberlegte Aktionen besoffener Jugendlicher, wie der VS mit Vorliebe derartige Aufmärsche abtut (vgl. AK 122) sind es aber auf keinen Fall!

Das Beispiel Hamburg

Das Beispiel Hamburg

Mit ca. 35 Mitgliedern ist die Hamburger **„Hansa"-Bande** die wohl stärkste Nazi-Bande Norddeutschlands (Zahlenangaben VS, Sommer 77); und sie ist diejenige deren Aktivisten und Reisekader bei nahezu jeder Nazi-Provokation in Norddeutschland auftauchen; sie vor allem treibt aktiv den örtlichen Aufbau und den überregionalen Zusammenschluß der einzelnen Terror-Gruppen voran. So war der „Hansa"-Chef Kühnen u.a. auch Teilnehmer eines „NSDAP"-Treffens im Frühsommer 77 in Trebel/Kreis Lüchow-Dannenberg, an dem sich ca. 100 militante Nazis beteiligten; unter ihnen auch Horst Mach, vor Jahren faschistischer Wirt (Kneipe „Wolfsschanze") in Westberlin und Waffenschieber, heute angeblich in Hamburg.

Den ganzen Sommer über verging keine Nazi-Provokation in Norddeutschland, bei der nicht die „Hansa"-Bande dabei gewesen wäre:

- So am 15.5.77 bei dem Schlägereinsatz am Osdorfer Born in Hamburg; dort gemeinsam mit **Uwe Rohwer**, Ausbilder der **„Wiking-Jugend"** und **Arnulf-Wilfried Priem**, früher **„Kampfgruppe Priem"**/Freiburg, heute „NSDAP" Westberlin.
- So am 22. und 23.7.77 in Hamburg an den Markthallen und am Bahnhof Mundsburg; dort gemeinsam u.a. mit **Peter Teufert, JN Kiel** und weiteren Mitgliedern der NPD-Jugendorganisation JN. Wie in Bremen, so gibt es inzwischen auch in Kiel eine **„NRAF"**, die im wesentlichen aus Mitgliedern der JN, des **BVJ** **(„Bund volkstreuer Jugend")** und ähnlicher legaler rechtsradikaler Organisationen besteht. Ein Mitglied der Kieler **„NRAF"**, zugleich JN-Landesvorstandsmitglied, hatte sich im Herbst '77 670 Gramm Natriumcanid durch einen Diebstahl beschafft – eine Giftmenge, die ausreicht, die Bewohner einer Großstadt zu ermorden.
- So am 16.9.77 beim **JN-Bundeskongreß in Osnabrück**, auf dem u.a. die Frage diskutiert wurde, wie sich die JN zu der Tatsache verhalten soll, daß immer mehr ihrer Mitglieder diesen „NSDAP"-Gruppen angehören.
- So am 29.10.77 bei einem Nazi-Aufmarsch in Oldenburg.

Außer mit den bisher genannten Gruppen arbeitet die „Hansa"-Bande auch mit dem „Kampfbund deutscher Soldaten" des Erwin Schönborn sowie „NSDAP"-Gruppe um Paul Otte aus Braunschweig und möglicherweise der Westberliner „NSDAP" zusammen.

Möglicherweise der Westberliner „NSDAP" zusammen.





Ob auf einer Faschisten-Veranstaltung in Hamburg (oben) oder bei einer „Ehrenwache" vor dem Haus Kapplers in Soltau (links)...

Hannover

Von allen norddeutschen Nazi-Banden hat der **„Kampfbund Freiheit für Rudolph Heß"** in Hannover bislang in der Öffentlichkeit die größte Aufmerksamkeit erlangt. **Seine Mitglieder angeblich nur 6-8 Personen, haben nicht nur mehrere hundert Grabsteine geschändet, sondern diese Bande praktiziert – bis heute ungestört – direkten und provikativen antisemitischen Terror gegenüber Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde** (siehe zu Hannover auch Artikel in diesem AK).

Dieser „Kampfbund" hat seinerseits engen Kontakt zur **„Deutsch Völkischen Gemeinschaft"** des **Werner Braun** (bis zu seinem Tode **Jochen Floht**), die auf antisemitische Hetze spezialisiert ist. In ihrem Programm heißt es:

„Die DVG fordert: Der Hauptfeind der Freiheit Großdeutschlands und der Welt, der internationale Zionismus mit seinen Erscheinungsformen Kapitalismus und Kommunismus, ist weltweit zu bekämpfen. Der Kampf hat bis zur Austilgung des Zionismus zu gehen. Zugehörigkeit Deutscher zu zionistischen Vereinigungen wie Freimaurerlogen usw. ist wie Landesverrat zu behan-

keit Deutscher zu zionistischen Vereinigungen wie Freimaurerlogen usw. ist wie Landesverrat zu behan-

deln."

Interessant am Rande: Die „DVG" entstammt dem **„Deutschen Block"** der seinerseits eng mit Frey zusammenarbeitet......

Braunschweig

Auch wenn die Braunschweiger Gruppe auf der verbotenen Hamburger Veranstaltung vom 26.11.77 selbst nicht durch eine Grußbotschaft oder Rede in Erscheinung trat, waren doch etliche Braunschweiger unter den Teilnehmern.

Bei dieser Bande handelt es sich um die Gruppe von **Paul Otte**, der zumindest bis zu einer Hausdurchsuchung einer der zentralen Verteilerstellen für „NSDAP"-Propagandamaterial war; es ist zudem Verwalter des „Rechtshilfefonds" dieser Neonazis, der in Anlehnung an den der SS/HIAG ebenfalls „Stille Hilfe" heißt und vorsorglich in der Schweiz seine Konten unterhält.

Schönborn darf nicht fehlen

Seit Erscheinen der ersten Nummern des **„Sturm"** (Hetzblatt der „Hansa"-Bande, erscheint seit August 77, mittlerweile 6 Ausgaben), wird dort ein entsprechendes Blatt des „NSDAP-Gau Hessen-Nassau" empfohlen **„Das braune Bataillon"**. Insbesondere in Frankfurt hat es in der Vergangenheit wiederholt „NSDAP"-Provokationen gegeben, auch wenn die Umtriebe dort bisher nicht den offenen und agressiven Charakter wie in Hamburg oder in Hannover haben.

Das soll nun anders werden: Im neuesten „Sturm" werden Absprachen zwischen Kühnen (ANS) und **Erwin Schönborn (KDS)** berichtet, die dahin laufen, daß Schönborn – seit Jahren einer der aktiv-

richtet, die dahin laufen, daß Schönborn – seit Jahren einer der aktiv-

sten Nazis und immer dabei, wenn es was zu vereinheitlichen gilt – die Kandidatur der ANS zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen unterstützt und eine ANS-Gründung für Frankfurt und Süddeutschland anvisiert wird.

Diese Absprachen **überraschen nur auf den ersten Blick, verfolgt doch Schönborn mit der Propagierung einer Nazi-Liste zu den Europa-Wahlen (mit Rudolph Heß als Spitzenkandidaten!) ein ähnliches Konzept wie die ANS mit ihrer Wahlbeteiligung in Hamburg.**

„ANS" – Vorbote einer Entwicklung?

Diese Entwicklung hin auf einen Annäherungs-Prozeß umfaßt bisher längst nicht alle bekannten Gruppen der „NSDAP". So können wir heute noch nicht beweisen, daß entsprechende Kontakte und Absprachen zur Westberliner Gruppe bestehen, die wie alle „NSDAP"-Gruppen aufs engste mit JN, BHJ („Bund heimattreuer Jugend) und „Wiking-Jugend" verknüpft ist (siehe AK 122) und die zahlenmäßig wohl der „Hansa"-Bande entspricht. Ähnlich verhält es sich auch mit einer Gruppe in Münster (vgl. AK 122), der „NRAF" Kiel, der Wübbels-Gruppe in Bocholt, der DVG insgesamt, „NSDAP"-Umtrieben in Bayern, im baden-württembergischen Ludwigsburg u.a.m.

Das Treiben dieser Banden wird durch eine mehr als schonungsvolle Haltung von Polizei und Justiz wesentlich begünstigt.

Geradezu lehrstückhaft stellt sich der enge Zusammenhang zwischen Nicht-Verfolgung und immer frecherem Auftreten der Nazis wiederum in Hamburg dar. Als erste Aktivitäten der Bande wurden ganze Serien von Hakenkreuzschmierereien bekannt, die der VS schon im Sommer 1977 einer offenbar bestens bekannten Gruppe von ca. 35 Personen zurechnete. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hatte die Polizei schon in mindestens zwei Fällen bei Haus- bzw. Autodurchsuchungen „NSDAP"-Material beschlagnahmt; Banden-Chef Kühnen war deshalb aus der Bundeswehr entlassen worden. Am 1.9.77 schließlich wurden – so der damalige Polizeibericht – drei Nazis auf frischer Tat ertappt. Während zwei von ihnen sich anscheinend aus dieser Geschichte wieder herausreden konnten, ist von einer Strafverfolgung gegenüber dem Dritten, einwandfrei überführten, nie mehr die Rede gewesen. Im November prahlte die „Hansa"-Bande im „Sturm", daß a l l e Ermittlungsverfahren gegen sie im Sande verlaufen seien.

Es gibt überhaupt keine Zweifel, daran, daß nach dem Gesetz jeder einzelne Aktivist der Bande vor Gericht gestellt werden müßte, so insbesondere:

- **Michael Kühnen,**
- **Friedhelm Pützmann,** .
- **Christian Worch,**
- **Tibor Schwarz und**
- **Lutz Wegener (einschlägig vorbestraft!)**

Doch statt endlich aus dem Verkehr gezogen zu werden, nutzt die Bande die Schonung durch die Behörden um in der Gewißheit, daß von da kaum Gefahr droht, immer frecher

die Schonung durch die Behörden um in der Gewißheit, daß von da kaum Gefahr droht, immer frecher

aufzutreten:

- So besitzt sie die Frechheit, sich als „ANS" um die Wahlzulassung zu bewerben;
- So kündigt sie für den 19.2.78 erneut eine Veranstaltung unter dem Motto „NS-Verbot aufheben" an;
- So randaliert sie auf Wahlveranstaltungen der bürgerlichen Parteien;
- So steht zu erwarten, daß auch in Hamburg die Durchführung eines „Auschwitz-Kongresses" zusammen mit Schönborn versucht werden soll.

ES REICHT!

Es gehört zu den beschämendsten Kapiteln der bundesdeutschen Justiz, daß der Antisemitismus und Nazismus der „Vorkämpfer" dieser Entwicklung, wie Roeder, Christophersen und Co., bis heute nicht dazu geführt hat, daß diese Typen angemessen und wirksam bestraft worden wären.

Daß bis heute von offizieller Seite ebenso nichts gegen die „NSDAP"-Banden unternommen wurde, stellt eine kaum mehr verhüllte Ermunterung an die Neofaschisten insgesamt dar, noch stärker als bisher auf gewisse „Rücksichten" auf antifaschistische Stimmungen in der Bevölkerung und im Ausland zu verzichten und noch offener als bisher Nazi-Propaganda und Schlägereinsätze zu praktizieren.

Wir fordern alle Antifaschisten auf, entschlossen und in möglichst breiten Bündnissen diesen Umtrieben entgegenzutreten und dazu ihre Aktivitäten zu koordinieren. Insbesondere halten wir es für wichtig, immer wieder die Verbindung zwischen den „NSDAP"-Banden und der NPD als legaler Tarnorganisation dieser Banden aufzuzeigen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



..., oder beim Prügel-Einsatz in Osnabrück: Faschisten der Hansa-Bande überall dabei

ARBEITERKAMPF gegen Deutschlandstiftung

Am 26.12.77 stellte StrauSS-Anwalt Ossmann im Namen von Kurt Ziesel/„Deutschland-Stiftung" (DS) beim Landgericht München I den Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen den ARBEITERKAMPF. Drei Behauptungen sollten uns verboten werden:

1.) In AK 117, 15.11.77, S. 33, *„wird wahrheitswidrig behauptet, der Antragsteller sei neben dem freigelassenen NS-Massenmörder und langjährigen Sprecher der HIAG, Kernmayr, der Mitbegründer der ‚Gesellschaft für freie Publizistik e.V.'"* (Antrag, S.2).

2.) Die „Deutschland-Stiftung" sei *„CSU-eigen"*.

3.) Sie unterhalte *„Verbindungen zu rechtsradikalen Gruppierungen"* (Antrag, S.2).

Die „Beweisführung" von Ziesel/DS zu diesem Antrag beruhte auf einer Eidesstattlichen Erklärung Ziesels.

Das Gericht sprach am 20. Januar folgendes Urteil:

1.) Dem AK *„wird verboten, die Behauptung, daß der Verfügungskläger (Ziesel - Anm. AK) Gründungsmitglied der Gesellschaft für freie Publizistik e.V. (GfP) gewesen ist, in Verbindung mit der Behauptung aufzustellen und zu verbinden, ‚Mitbegründer der GfP sind u.a. Erich Kern(mayr), freigelassener NS-Massenmörder und langjähriger Sprecher der HIAG'"* (Urteil, S. 2).

2.) Dem AK *„wird verboten, wörtlich oder sinngemäß zu behaupten, die Verfügungsklägerin (DS-Anm. AK) habe Verbindungen zu rechtsradikalen Gruppierungen"*.

3.) *„Im übrigen wird der Antrag zurückgewiesen"*, d.h. die DS kann uns nicht verbieten zu schreiben, sie sei CSU-eigen.

Ziesels alte Freunde

Wer ist dieser Kurt Ziesel?

- Ziesel (geb. 1911) trat im November 1931, also vor der Nazimachtübernahme, in die NSDAP ein.
- 1931-1933 war er Schriftleiter des NSDAP-Leitorgans in Wien, der „Deutsch-Österreichischen Tageszeitung".
- Er wurde beim „Völkischen Beobachter" ausgebildet, nachdem er wegen einem drohenden Hochverratsverfahren aus Österreich flüchtete.
- Später hetzte er bei verschiedenen NSDAP-Zeitungen mit.
- Neben seiner Tätigkeit als Chefredakteur des „Hanseatendienstes" (Hamburg) *„tat er sich in dieser Zeit besonders durch die Denunziation jüdischer Mitbürger hervor"* (Dokumentation der Zeit", Berlin/DDR, 12/1970, S. 30 f.).
- Im 2. Weltkrieg war er zeitweise Angehöriger einer Kriegsberichterstattereinheit (vgl. auch „die tat", 19.5.73).
- Auch nach dem 2. Weltkrieg blieb Ziesel auf rechtsaußen aktiv: Ziesel bestreitet nicht, daß er am 25. September 1960 Mitbegründer der rechtradikalen „Gesellschaft für freie Publizistik" war.

Zwar bestreitet er, daß auch Kernmayr Gründungsmitglied gewesen ist. Es steht aber - davon abgesehen - fest, daß zahlreiche rechtsradikale „Prominenz" an der Gründungsversammlung teilnahm. U.a. waren da: *„Der rechtradikale Verleger Kurt Vowinckel (Neckargemünd), Karl Mages (leitender Redakteur der ‚Deutschen Nationalzeitung'), Dr. Peter Kleist (NS-Publizist und Redakteur der ‚Deutschen Wochenzeitung'), Helmut Sündermann (ehemals stellvertretender Reichspressechef der NSDAP und Inhaber des Druffel-Verlags)"*. Natürlich durften da auch alte CDU/CSU-Größen nicht fehlen: Bundesminister a.D. Oberländer, Mitbegründer des Gesamtdeutschen Blocks/Bund der Heimatvertriebenen, 1956 Übertritt in die CDU; und Emil Franzel (CSU-Publizist). (vgl. „PDA Interndienst", 15./16. Ausgabe, 15.8.73 - heute „Pressedienst Demokratische Initiative").

Von den meisten dieser Leute will Ziesel heute nichts mehr wissen. *„Ich bin ca. 2 Jahre später* (nach der Gründung - Anm. AK) *aus der Gesellschaft ausgetreten, als ohne mein Wissen zum Teil Einzelpersonen, zum Teil Gruppierungen rechtsradikaler Art aufgenommen wurden"* („Eidesstattliche Erklärung", 23.12.77, Anlage zu Prozeßakten).

Ziesel, der Prozeß-Hansel

Zur politischen Charakterisierung von Ziesel ist es nach dem oben gesagten eigentlich unerheblich, ob zu den Gründungsmitgliedern der GfP auch Kernmayr dazugehört. Es geht Ziesel auch nicht darum, die „Tatsachenbehauptung" im AK durch eine Information zu ergänzen, weil sonst *„dem Leser* (des AK - Anm. AK) *bewußt ein unrichtiges Bild vermittelt"* würde (Antrag auf Einstweilige Verfügung, S.3). Vielmehr soll durch das Bündel von Verfügungen generell geleugnet werden, daß die „Deutschland-Stiftung" und Ziesel selbst sehr rechtslastig sind.

Wir argumentierten vor Gericht: *„Verbindungspersonen und Mitglieder der Deutschland-Stiftung sind die Herren Karl Friedrich Grau und Prof. Bolko von Richthofen als Mitbegründer und Altfaschisten, wobei Prof. v. Richthofen Mitglied der Aktion Oder-Neisse (AKON) ist, die im Verfassungsschutzbericht der Bundesregierung 1975 unter der Rubrik rechtradikale Organisation aufgeführt ist"* (Protokoll der Verhandlung, S.4). Ziesels Anwalt „entkräftete" die „rechtsradikalen Verbindungen" der DS mit der Feststellung: *„Prof. v. Richthofen ist nicht Mitglied der Deutschland-Stiftung"*. Das widerlegt die Tatsache nicht, daß Richthofen zusammen mit Ziesel in der DS gewesen ist! *„Nach einem Protokoll vom 3. Februar 1968, hinterlegt beim Registeramt am 28. Februar 1968, nahmen an einer Mitgliederversammlung im Münchner Hotel ‚Eden-Wolff' ... teil: ... Bolko Freiherr von Richthofen"*. Karl-Friedrich Grau hatte sich schriftlich entschuldigt und seine Stimme Kurt Ziesel übertragen (Das Schwarze Kassenbuch, Hsg. vom PDI, 1973, S. 61/62).

Den „Gegenbeweis" erbrachte Ziesel nur mit seiner eidesstattlichen Erklärung, in der es heißt: **„Die Deutschland-Stiftung hat keinerlei Verbindungen zu rechtsradikalen Gruppierungen"**. Das Gericht urteilte, daß unsere Behauptungen *„unsubstantiiert sind, den Begriff ‚Verbindung haben' nicht ausfüllen ... und nicht glaubhaft gemacht sind"* (Urteil, S.8), weil die Beweise für 1977/78 nicht ausreichen würden. Zwar ist es politisch kein Unterschied, ob ich einen Faschisten „rechtslastig" oder „rechtradikal" nenne, nicht so bei den Juristen: *„.... für die Einordnung als ‚rechtsradikal' (ist) maßgebend, was das Amt für Verfassungsschutz so einstuft"* (Urteil, S. 7).

Die Politik mit Einstweiligen Verfügungen und Prozessen, um sich endlich gerichtlich eine weiße Weste zu beschaffen, ist für Ziesel nichts neues.

Dem Urteil eines Prozesses, den der Münchner Rechtsanwalt Schmidt-Lehrmann für die im Pahl-Rugenstein Verlag erscheinende Monatszeitschrift „kritischer katholizismus" geführt hat, ist z.B. zu entnehmen, daß über die Deutschland-Stiftung behauptet werden darf, sie *„sei von ‚Alt- und Neufaschisten durchsetzt'"* („Deutsche Volkszeitung", 26.8.76). Hier ist Ziesel nach 5jähriger Prozeßdauer fürchterlich auf den Bauch gefallen.

Und auch folgender Vorgang darf belächelt werden: Jürgen Echternach, Hamburger CDU-Vorsitzender, darf weiterhin über die Deutschland-Stiftung behaupten: *„‚Sie mißbraucht den Namen Konrad Adenauers für rechte Sektierer' und sie sei ‚ein nationalistisches Unternehmen mit einem demokratischen Deckmantel', und Ziesel bemühe sich, ‚sein Deutschland-Magazin der von ihm verehrten Deutschen National- und Soldatenzeitung anzugleichen'"* („Welt", 17.7.76).

Seinen Prozeß-Reigen zieht Ziesel u.a. deswegen ab, weil die mit der Deutschland-Stiftung verbundenen „honorigen Persönlichkeiten" nicht allzu offen kompromittiert werden wollen. Zur Verleihung des „Konrad-Adenauer-Preis" (der Deutschland-Stiftung) am 4. Juni 1977, an Helmut Schelsky und Otto von Habsburg, waren u.a. anwesend und hielten zum Teil Reden: Gerhard Löwenthal, Helmut Lemke (CDU, Kieler Landtagspräsident), Hans Maier (CSU, Bayrischer Kultusminister), Hans Habe, F.J. StrauSS (vgl. G. Wallraff, „Der Mann, der bei ‚Bild' Hans Esser war", 1977, S. 117 ff). Helmut Kohl ließ sich entschuldigen, er war verschnupft.

Deutschland-Stiftung: „CSU-eigen" - rechts von der CSU...?

In einem Punkt ist die DS zurückgewiesen worden. Die DS darf als CSU-eigen bezeichnet werden. *„Eine derartige Meinungsäußerung hält sich im Rahmen dessen, was im politischen Meinungskampf zulässig ist"* (Urteil, S.7). Ziesel/DS hatten argumentiert: *„Die Antragstellerin bestreitet nicht, sich weitgehend mit den politischen Zielen der Unionsparteien im allgemeinen und denen der CSU zu identifizieren. Das schließt jedoch nicht aus, wie die Vergangenheit nicht selten bewiesen hat, daß die Antragstellerin auch die Unionsparteien kritisiert, sich mit Richtungen und Persönlichkeiten dieser beiden Unionsparteien nicht selten in Widerspruch gesetzt hat"*. Da würde man gern etwas Genaueres zu wissen...

Gegen das Urteil des Gerichts hat Ziesel/DS Berufung eingelegt. Er will partout nicht mehr als „CSU-eigen" bezeichnet werden. Außerdem fordert er, daß der AK sämtliche Prozeßkosten tragen müsse.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Für die Auflösung der SS-Verbände — gegen die Rehabilitierung des Nazismus!



Internationale Kundgebung

für Auflösung der SS-Verbände und Unterbindung jeglicher Nazipropaganda

am Samstag, 22. April 1978, in Köln

Demonstration: 14.00 Uhr ab Theodor-Heuss-Ring, Kundgebung: 15.30 Uhr, Neumarkt.

Nähere Informationen beim Vorbereitungskomitee für die Internationale Manifestation, Postfach 1, 6000 Frankfurt am Main 1. Tel. 06 11 / 72 78 43.

Spendenkonten: Vorbereitungskomitee für die Internationale Manifestation, Konto 1 009 018 300 bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Frankfurt am Main. Oder: Maria Wachter, „Spendenkonto", Postscheckkonto 300 28–600 beim Postscheckamt Frankfurt.

Für diese Forderungen findet am 22.April in Köln eine Internationale Kundgebung statt. Initiatoren sind die Vertreter von Verbänden ehemaliger Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus aus Belgien, Frankreich, Holland, Italien und der BRD sowie die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer, das internationale Neuengamme- und das Mauthausen-Komitee.

Aus „die tat", Nr.6/1978

Kappler zur Großen Armee abberufen

Am 9.2.78 starb Herbert Kappler *„in Soltau in den Armen seiner Frau, die ihn aus Rom befreit hatte"* („Bild", 10.2.78). Angegebene Todesursache: „unheilsamer Magenkrebs". Seit Jahren ist dieser Augenblick von der Presse heraufbeschworen worden, doch die Gnade Gottes, die Heilkräuter Frau Kapplers und die Übertreibungen der Presse haben uns jedesmal bitter enttäuscht.

Zweifel daran, daß es tatsächlich Kappler war, der beerdigt worden ist, sind völlig unangebracht, denn das, was sich an seinem Grab abgespielt hat, galt ihm: *„Hitler-Gruß am Grab von SS-Kappler"* („Bild", 14.2.78), *„Markige Worte an Kapplers Grab"* („HA", 14.2.78), *„Hitler-Gruß am Kappler-Grab"* („Hamb. Morgenpost", 14.2.78). Gemeinsam ist allen Pressekommentaren (soweit sie überhaupt über diese peinliche Tatsachen berichten), daß es sich um *„ein paar politisch Schwachsinnige handelt"*, deren *„Ungeist am ausgestrecken Arm verhungern soll"* („Bild", 14.2.78), *„Unbelehrbare, Unverbesserliche", „Randfiguren"* und *„Ewiggestrige", „manche geschädigte Seele, (die sich) nicht läutern ließ"* („Hamb. Abendblatt", 14.2.78).

Auf dem „Morgenpost"-Foto steht übrigens Altpräses i.R. Wilm neben solch einer „geschädigten Seele", was ihn am nächsten Tag in der „FR" zu der „Richtigstellung" veranlaßte, ein *„ganz schiefes Bild"* sei durch die Presseberichte entstanden. Er befürchtet (nicht ganz zu Unrecht) den Eindruck, *„als gäbe es einen Zusammenhang zwischen diesem unverbesserlichen ehemaligen Nationalsozialisten und mir"* (15.2.78). Auch habe es bei der Beerdigung *„keine nationalistischen oder militaristischen Tendenzen gegeben"* (ebenda). Hier sei die Frage gestattet, auf welchen Beerdigungen sich der fromme Kirchenmann sonst herumtreibt, daß ihn die Vorgänge bei dieser Beisetzung so normal anmuten?

Die Polizei hatte offensichtlich mit „Störungen des Festaktes" gerechnet, denn sie *„war auf und um den Stadtfriedhof präsent"* („Böhme-zeitung", Soltau, 14.2.78). Die Huldigungen an den „alten Kameraden" Kappler wurden wohl nicht als „Störung" betrachtet, denn die Polizei griff nicht ein, es gab auch keine Personenkontrollen, keine Verhaftungen (wie wir das inzwischen bei anderen Beerdigungen gewöhnt sind).

Es ist anzunehmen, daß Kappler seine Augen in Frieden geschlossen hat, denn er hinterläßt eine Frau, die keine finanziellen Sorgen hat. Zwar mußte sie angeblich zur Finanzierung der Flucht — wie sie im Fernsehen log — sogar den ererbten Schmuck ihrer Mutter verkaufen, doch inzwischen ist ein blitzartiger finanzieller Wandel vom Aschenputtel zur Prinzessin eingetreten: **„Kappler-Witwe kauft Villa mit 40 Zimmern"**, Schätzpreis 630.000 DM, Renovierungskosten knapp eine Million („Bild", 14.2.78). Wer spielt nur immer im entscheidenden Augenblick für diese tapfere deutsche Frau den Goldesel? War es wieder die HIAG oder wieder das Rote Kreuz, oder haben wir als Steuerzahler das alles mitbezahlt? Denn wer will bei Kapplers Sonderbehandlung durch die Bundesregierung schon ausschließen, daß er — und damit seine Frau — eine saftige Entschädigung oder eine nicht zu knappe Rente bekommen hat?

Diese Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit hat jedenfalls funktioniert!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Ehemaliges Mitglied der „Legion Condor", verantwortlich für das Massaker von Guernica, beim faschistischen Gruß

Buchbesprechung

„NS-Vernichtungslager ..."

Das gerade erschienene Taschenbuch „NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse" von A. Rükkerl ist wegen seiner Massenwirksamkeit sowie angesichts der drohenden Verjährung von NS-Mordtaten 1979 ein Signal. Der Autor setzt sich zu Beginn des Buchs mit dem Sinn von NS-Prozessen heute auseinander:

„Die Ergebnisse zeitgeschichtlicher Forschung und strafrechtlicher Untersuchungen zusammen erscheinen geeignet, dem Mann auf der Straße die Dinge bewußt zu machen, die er – so unbequem es auch sein mag – in seinem eigenen Interesse nicht so schnell vergessen sollte". Auf der anderen Seite grenzt sich der Verfasser gegen die „Kollektivschuld"these ab.

Rückerl hat in seinem Buch Dokumente, u.a. viele Zeugenaussagen, über die als Vernichtungsstätten eingerichteten und betriebenen Lager der „Aktion Reinhard" – Belcec, Sobibor, Treblinka – sowie über das Vernichtungslager Chelmo zusammengestellt. Bei der „Aktion Reinhard" handelte es sich um eine Tarnbezeichnung für den im Rahmen der sog. „Endlösung der Judenfrage" im besetzten Polen betriebenen Massenmord am jüdischen Volk und die Plünderung der dabei angefallenen Vermögenswerte. Der Verfasser beschreibt die Funktion dieser Lager, aber auch Flucht- und Aufstandspläne und ihre Durchführung. Dem werden die Ermittlungen und Prozeßberichte über die Geschehnisse gegenübergestellt.

Dies Buch bietet auch Beweismaterial gegen die faschistische Propaganda in der BRD unter der Parole „Auschwitz-Betrug", die die Existenz von Gaskammern, Judenmord, Vernichtungslagern anzweifelt. Die Urteile der Gerichtsprozesse selbst zeigen, daß es die Täter von damals sind, die die Faschisten von heute Lügen strafen. Denn die Gerichte stützen ihre Feststellungen über die Einrichtung, die Organisation und den Betrieb des Vernichtungsapparates vorwiegend auf die Aussagen von Angehörigen des Lagerpersonals, in erster Linie der Angeklagten selbst. Darüberhinaus weist Rückerl darauf hin, daß sich die Polemik der Faschisten heute auf Vernichtungsstätten konzentriert, die eine doppelte Funktion erfüllten, sowohl als Konzentrationslager als auch als Vernichtungslager. So befand sich das Vernichtungslager in Auschwitz nur in einem Teil des gesamten Lagers – in Birkenau. „*Die ungeheure Ausdehnung des Lagerkomplexes von Auschwitz I, II, III mit seinen zahlreichen Nebenlagern läßt es zu, daß mancher, der während des Krieges zeitweilig in Auschwitz war, unwiderlegbar erklären kann, er habe die Existenz von Gaskammern nicht wahrgenommen*". – Anders mit den Lagern bei Belcec, Sobibor, Treblinka und Chelmo: „ ...*(Es) handelte sich um kleine Anlagen, die mit einem relativ geringen Personalaufwand eingerichtet und in Betrieb gehalten wurden und die ausschließlich zur Tötung einer Vielzahl jüdischer Menschen mittels Giftgas dienten ... Wer sich dort nur kurze Zeit aufgehalten hatte, dem konnte die Zweckbestimmung dieser Institution nicht verborgen geblieben sein*".

Der Verfasser schildert die Schwierigkeiten der Ermittlungen: Die Verantwortlichen des NS-Regimes waren bemüht gewesen, die Spuren ihrer Verbrechen zu verwischen, indem sie eine Nomenklatur entwikkelten, die es schwer machte, den Sinn der Texte zu erfassen. Zum anderen haben die Vernichtungslager nur sehr wenige Zeugen überlebt – meist solche, denen nach einem Aufstand wie in Sobibor die Flucht gelang.

Die Verbindung der Darstellung der Ermittlungen, des zeitgeschichtlichen Hintergrunds, der Beschreibung der Vernichtungslager und schließlich der Darstellung der Prozesse anhand ausgewählter Texte sowie der Urteilbegründungen – dies alles zusammen ermöglicht dem Leser ein aktuell interessantes Befassen mit dem Problem der Aufhellung eines Teils des Systems des deutschen Faschismus. Es empfiehlt sich deshalb auch hervorragend als L e h r b u c h für den Unterricht an den Schulen (und auch anderswo).

Das Buch kostet 12,80 DM (350 Seiten); dtv-dokumente Nr. 2904; ist erhältlich u.a. auch im Arbeiterbuch, Hamburg.

Unterstützungsausschuß ARBEITERKAMPF gegen Rosenbaum

Das soeben erschienene Taschenbuch „NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse", herausgegeben von Oberstaatsanwalt Adalbert Rückerl (Deutscher Taschenbuchverlag, München, 359 Seiten, DM 12,80), ist ein Denk- und Mahnmal über die NS-Verbrechen. Das Buch gehört in jede Schul- und Werksbibliothek und verdient darüber hinaus größte Verbreitung, vor allem auch in den Kreisen derer, die dokumentarisches Material über den Holocaust benötigen. Der Verfasser, Oberstaatsanwalt Rückerl, ist seit Jahren Leiter der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg. Er berichtet in diesem Buch aus seinen Akten über den Beginn der „Endlösung" im Sommer 1941 und der Organisation der Vernichtung durch die Wannseekonferenz vom 20. Januar 1942. Der Schwerpunkt des Buches liegt in der Schilderung der Organisation und der Durchführung der Judenvernichtung in den Lagern Belzec, Sobibor, Treblinka und Chelmno. Der Wert des Buches besteht darin, daß sämtliche Erkenntnisse durch Schwurgerichtsprozesse untermauert sind. Richter, Staatsanwälte, Sachverständige, Zeugen aus dem Kreise der Wachmannschaften und der Opfer haben einwandfrei die Vernichtungsorgie der SS-Leute hundertfach bestätigt gefunden; ebenso wie auch die Verteidiger. In keiner einzigen Aussage ist negiert worden, daß diese Mordtaten stattgefunden haben. (Daß einzelne der angeklagten Täter ihre eigene Beteiligung geleugnet haben, ist ein anderes Kapitel.)

Die Veröffentlichung mit zahlreichen Zitaten aus den deutschen Urteilen ist deshalb so wichtig, weil neuerdings Neonazis versuchen, die Existenz der „Endlösung" mit eiserner Stirn wegzuleugnen. Daran wird sie auch dieses Buch nicht hindern. Es ist deshalb um so wichtiger, daß die Ereignisse der deutschen und ausländischen Bevölkerung, insbesondere auch der Jugend, objektiv zugänglich gemacht werden.

Mit der Veröffentlichung dieses Buches, das von Professor Martin Broszat vom Institut für Zeitgeschichte eingeleitet wird, hat sich der Autor ein großes Verdienst erworben. **R.M.W. Kempner**

Aus „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung" v. 6.1.78. Abgedruckt mit Genehmigung des Verfassers Dr. Robert Kempner, ehemals stellv. US-Hauptankläger in Nürnberg

---

DA FREUT SICH DER ANTIFASCHIST!

In dem Blättchen „NPD - Hamburger Nationaldemokraten" vom Februar 1978 findet sich folgender erfreulicher Hinweis: „Der bereits angekündigte Kongreß in der Ernst-Merckhalle im April 1978 findet nicht statt, weil wir die Halle trotz Zusage in der Wahlzeit nicht erhalten können. Die NPD wird ihren Wahlkampf daher durch eine Reihe von Versammlungen und Infoständen führen". Es geht dabei um einen angekündigten „Internationalen Kongreß gegen den Kommunismus". - Na, ob diese Absage vielleicht nur ein Täuschungsmanöver ist? Warten wir's ab! ...

Antifaschistische Broschüren/ Bücher/ Veranstaltungen

Eine **Filbinger-Dokumentation** hat eine Gruppe in Stuttgart, in der Jusos, DKP, Naturfreunde, VVN u.a. vertreten sind, herausgebracht. Darin wird an verschiedenen Beispielen (Druckerstreik, Wyhl, „Schieß"-Erlaß) die reaktionäre Politik des „Muschterländle" Baden-Württemberg aufgezeigt und der Rücktritt Filbingers gefordert. Zu bestellen bei:
Fritz Besnecker, Wagenburgstraße 26
7000 Stuttgart. (Preis: 3 DM)

• • •

Einen **„Bericht über neonazistische Aktivitäten 1977"** veröffentlichte PDI. Darin ist für jedes Bundesland ein (unvollständiger) Überblick über Veranstaltungen und Kundgebungen der Faschisten gegeben. Im zweiten Teil folgt eine Kurzbeschreibung einiger wichtiger Organisationen und einzelner Personen.
PDI, Münzstr. 3, 8000 München 2 (3 DM)

• • •

In Dortmund läuft zur Zeit eine Ausstellung mit Dokumenten über den antifaschistischen Widerstand aller in Dortmund gegen Hitler tätigen Parteien und Gruppen. Sie ist gerade auch für Schulklassen, Jugendgruppen usw. zu empfehlen.
Antifaschistisches Seminar, H. Koch, P. Busch, Blumenstr. 28

Neue Gesetze gegen Nazi-Umtriebe

Das sprunghaft gestiegene Geschäft mit Nazi-Schallplatten, Nazi-Literatur, -Spielzeug usw. „beunruhigt" jetzt angeblich auch den Bundesjustizminister Vogel. In einem Brief an die Bundesjustizminister der Länder schlug Vogel vor, „*Gegenmaßnahmen des Gesetzgebers*" zu ergreifen, „*falls sich herausstellt, daß auf Grund des geltenden Rechts eine angemessene Strafverfolgung .. nicht möglich ist*" („FR", 10.2.78). Vogel forderte von den Justizministern der Länder eine Übersicht über die Anwendung der geltenden Gesetze, Urteile und Einstellungsbegründungen. Falls es nach der Prüfung erforderlich sein sollte, erwägt er, dem Bundestag eine Verschärfung des StGB vorzuschlagen.

Muß man diesem Justizminister erst sagen, daß die BRD zeit ihres Bestehens im Rahmen ihres Grundgesetzes und ihres StGB genügend einschlägige Bestimmungen hat, mit denen der Nazispuk von heut auf morgen jederzeit verboten werden kann ?! ...

Die „Wehrsportgruppe" des Karl-Heinz Hoffmann beispielsweise ließe sich bei entsprechenden Aktivitäten der Behörden mindestens nach folgenden Paragraphen verbieten:

- Kriminelle Vereinigung (§ 129 StGB);
- Verstoß gegen das Waffengesetz (§§ 37, 39 StGB);
- Anstacheln zum Angriffskrieg, Friedensverrat (§ 80a StGB);
- Söldnerwerbung (§ 109 StGB);
- Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86a StGB);
- Volksverhetzung (§ 130 StGB).

Für alle anderen Nazi-Aktivisten ließen sich ähnliche Listen erstellen.

Man soll wohl annehmen, daß der Justizminister der BRD die Bestimmungen des StGB nicht kennt – dann wäre er als Justizminister sachlich fehl am Platze und sollte im Zuge des gegenwärtigen Revirements der Schmidt-Regierung gleich mit ausgewechselt werden – oder er kennt die Paragraphen, ohne bisher für ihre Anwendung zu sorgen, und treibt mit seinen offensichtlich falschen Aussagen Augenwischerei – dann gehört er ebenfalls nicht an die Spitze einer „demokratischen Justiz".

Wie man es auch dreht: Der Vogel-Aufruf ist als der in letzter Zeit unverschämteste Versuch zu werten, mit dummdreister Demagogie in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als ob nun wirklich gegen die Nazi-Umtriebe durchgegriffen werden soll. Er soll offenbar von der systematischen Untätigkeit der Justiz gegen den Nazi-Boom abgelenkt werden. Gleichzeitig kann man sich des Verdachts nicht erwehren, als ob mit diesem plumpen Manöver außerdem die ins Stocken geratene „Anti-Terror"-Gesetzgebungsmühle – nun von der rechten Seite her angeworfen werden soll. Solchen Vögeln ist doch wirklich keine Dummheit zu platt!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wer kennt ihn?

Ende vergangenen Jahres hat er einen AK-Verkäufer in der Kieler Innenstadt mit einem Messer bedroht. Vorher hatte er ein Plakat auf einer Stellwand zerrissen, auf dem Fotos der Nazi-„Hansa"-Bande u.a. Jung-Nazis abgebildet waren. Wir bitten um Hinweise.



KB/Gruppe Kiel

„KOBs" jetzt auch in Niedersachsen

Nachdem „Kontaktbereichsbeamte" (KOB) in West-Berlin seit über einem Jahr im Einsatz sind und in Stade und München zumindest „versuchsweise" schnüffeln, ist Niedersachsen das erste Bundesland, das das Kontaktbereichsbeamtenmodell in grossem Rahmen einführt: Ab 1.3. werden in Niedersachsen in Städten von 20.000 – 100.000 Einwohnern zunächst 300 KOB's in „ihren" Stadtvierteln „*neben aktiver Gefahrenermittlung vor Ort die intensive Kontaktpflege mit der Bevölkerung betreiben*".

„*Wir wollen wieder mehr Polizei auf den Straßen zeigen. Der Kontaktbeamte soll den Bürgern mit Rat und Tat zur Seite stehen und so das Bild des Polizeibeamten als Freund und Helfer wieder aufleben lassen*" (Innenminister Rötger Groß nach HAZ 14./15.1.78).

Dies Modell entspricht den Vorstellungen von „bürgernaher Polizei", wie sie die CDU/CSU seit langem verlangt: So forderte der damalige Innenminister G.Schröder schon 1958 während der Vorbereitung der Notstandgesetze eine Stärkung „*des persönlichen Kontakts zwischen Bevölkerung und Polizei*"; die Polizisten sollten „*gegebenenfalls mit einem Fahrrad ausgestattet in ihrem Revier engen Kontakt zur Bevölkerung*" pflegen, was „*durch persönliche Nähe Vertrauen schafft*". Und wozu das? „*Es kommt auf die Überzeugung der Staatsbürger von der Legitimität der Staatsgewalt*" an! (G.Schröder nach S.Cobler: Die Gefahr geht von den Menschen aus; Rotbuch 76).

In Niedersachsen bedeutet der Einsatz des KOB-Modells einen Schritt in R.Groß' Plan, das Verhältnis von Polizei/Bevölkerung bis 1983 auf 1:400 auszubauen. Von 1968 bis 1977 wurde durch die Erhöhung der Beamtenzahl um 8.000 eine Stärke von 18.000 und damit ein Verhältnis von 1:464 Bürgern erreicht. Bis 1983 wird nach jetzigen Plänen die Zahl von 21.000 erreicht sein. Diese Polizeidichte gibt es bisher nur in Stadtstaaten, für große Bundesländer ist sie einmalig. Niedersachsens FDP als Vorreiter!

Nach R.Groß gehören „repressive Maßnahmen nicht zu seinen (des KOBs) unmittelbaren Aufgaben", der KOB werde durch Funk mit der Polizeizentrale verbunden und für den Notfall auch bewaffnet – wenn das keine „Bürgernähe" ist!

KB/Gruppe Hannover

Eine Krähe . . .

Der Hamburger Senatsdirektor Dr. Harald Pieper, ehemaliger Leiter des Hamburger Strafvollzuges, ist am 10. Februar in zweiter Instanz zu 9 Monaten Freiheitsstrafe mit Bewährung und 4500 mark Geldbuße wegen „Bedrohung im fahrlässigen Vollrausch" verurteilt worden. Das Wichtigste für Pieper dürfte dabei sein, daß er nicht aus dem Staatsdienst entlassen wird und seine Pension behält. Pieper hatte im August 1975 (angeblich mit 2,6 Promille) in einem Hamburger Sexclub einer Frau unter den Rock gefaßt und den Kellner mit geladener Pistole bedroht, weil er seine Zeche nicht bezahlen wollte. Schon das Urteil der ersten Instanz (1 Jahr auf Bewährung und 6000 mark Geldbuße) hielten selbst einige Richter für zu lasch. Im Laufe des Prozesses kamen noch einige Dinge an die Öffentlichkeit , wie zum Beispiel Morddrohungen gegen den Hauptbelastungszeugen. Ein besseres Urteil konnte sich Pieper gar nicht wünschen - und trotzdem ist er auch mit diesem zweiten Urteil noch nicht zufrieden, der Arme! . . .

„Schwarze Sheriffs"

Die „Schwarzen Sherifs" in München, eine Privat-Polizei, die seit einiger Zeit in U.-Bahnen und Bahnhöfen in ihren schwarzen Lederuniformen mit offenem Colt-Halfter die Fahrgäste verunsichern, erhalten jetzt eine weitergehende Ausbildung – und zwar von der Polizei:

Sie erhalten vom Landeskriminalamt in München eine Spezialausbildung in Sachen Sprengstoff. Diese Ausbildung bekommt normalerweise nicht einmal die Polizei selbst, angeblich aus „*Personal- und Zeitmangel*" („Süddeutsche Zeitung", 13.2.78).

KB/Gruppe Nürnberg

Zum 100. Geburtstag von Martin Buber

Am 8. Februar dieses Jahres wäre der 100. Geburtstag des jüdischen Philosophen Martin Buber gewesen. Aus diesem Anlaß haben wir den jüdischen Antifaschisten und Künstler, Arie Goral (Hamburg), um einen Artikel gebeten.
Was sind die Gründe? – Wir meinten, daß es von mehr als nur „Fachinteresse" sein müßte, wenn die meisten Leser des AK auf diese Weise erstmals etwas über den Demokraten und Antifaschisten Buber erfahren, über den doch – bei allem Bewußtsein über die Verbrechen des Nazismus am jüdischen Volk – viel zu wenig in der westdeutschen Linken bekannt ist. Und ein Grund liegt darin, daß Martin Buber, zunächst Zionist, von den Nazis aus Deutschland vertrieben und so nach Palästina gekommen, den kommenden Staat sich ganz anders vorstellte, als er schließlich Wirklichkeit wurde: Buber ersehnte einen binationalen Staat, Heimat für Juden u n d Araber, und sah die weitreichenden Folgen eines zionistischen Staates in dieser Region voraus. Das heißt, das Thema „Martin Buber" berührt auch die Frage des Staates Israel, die Widersprüche heute zwischen jüdischen und westdeutschen (und anderen) Antifaschisten in dieser Frage. Und es geht mit diesem Anfang nicht zuletzt auch darum, mehr, viel mehr als bisher, zu tun, um das g e s a m t e große humanistische, demokratische und antifaschistische Erbe (und nicht nur dessen kommunistischen Teil) aufzuarbeiten und erfahrbar zu machen.
Wir haben Arie Goral gebeten, diesen Artikel für den AK zu schreiben, weil wir meinten, daß das erste Wort zu diesem Thema einem jüdischen Antifaschisten gehören muß.

Antifa–Kommission KB/Gruppe Hamburg

Martin Buber – Versuch eines Berichts

Es wird nicht leicht sein, die Aufforderung, über Martin Buber im ARBEITERKAMPF zu berichten, so zu erfüllen, daß für die Leser dieses Berichtes auch eine lebendige Vorstellung vom Leben, Denken und Wirken des Menschen entsteht, von dem hier die Rede ist.

Denn nicht nur, daß viele der Leser wohl nur per Zufall und nur am Rande den Namen Martin Buber je zur Kenntnis nahmen, und wohl keiner eines seiner vielen Bücher, Reden und Aufsätze las, war es schon zu seinen Lebzeiten nicht leicht, ihm, seinem Leben und Denken – und nicht zuletzt seiner ihm eigenen ausdrucksreichen Sprache – gerecht zu werden, und ihn nach Sinn und Wert seines Wirkens und Werkes einzuordnen. Ich selbst wäre nie auf die Idee gekommen, im ARBEITERKAMPF über Matin Buber zu berichten, da es aus vielen Gründen heute ohnehin seine Schwierigkeiten hat und Probleme stellt, jungen Menschen von einer Zeit zu berichten, die zwar zur jüngsten deutschen Vergangenheit gehört, und so auch aus der Geschichtskontinuität noch eminent auf unsere Gegenwart einwirkt, die aber für die meisten der Nachgeborenen Terra Incognita und so etwas wie „urhistorisches Niemandsland"
jüngsten deutschen Vergangenheit gehört, und so auch aus der Geschichtskontinuität noch eminent auf unsere Gegenwart einwirkt, die aber für die meisten der Nachgeborenen Terra Incognita und so etwas wie „urhistorisches Niemandsland"
ist.

Wenn Kai Ehlers mich nicht dazu aufgefordert hätte, so stellte sich für mich die Frage vielmehr: Was können sie mit Buber anfangen?

Ginge es allein um Daten, um Buchtitel, so wäre die Sache sehr einfach zu bewältigen. Es wird ohnehin in diesen Tagen zu seinem 100. Geburtstag gewaltig im deutschen Blätterwald rauschen, nicht nur im bürgerlichen, nein, auch im sozialistischen und kommunistischen hie und da. Die Frage ist nur, ob man je und je dem Mann und seiner Sache gerecht wird? Die Frage stellt sich, ob man ihn nicht um des eigenen Images willen vereinnahmt, ihn als Alibi reklamiert und dabei vieles von dem wegretutuschiert, was nicht ins eigene Weltbild und Denkschema paßt. Ja, das ist nicht nur die Frage bei der Neubegegnung mit einem Martin Buber. Ich gestehe, daß ich an diesem Punkt, sozusagen im Vorfeld des Hauptthemas, ein Sorge in mir aufkommen spüre: die hinsichtlich der Verständigung und des Begreifens angesicht eines zwar ebenso aufrichtigen wie vitalen Einsatzes so mancher junger Freunde und Genossen für die Idee, aber nicht selten bei völliger Ignorierung des geschichtlichen Raumes, der nicht versunkene Vergangenheit ohne Spuren ist, sondern in allen uns betreffenden gesellschaftlichen, sozialen und gesamtpolitischen Prozessen auf uns einwirkende spürbare Gegenwart bleibt.

Wir mokieren uns oft nicht ohne Anlaß über die bürgerliche Phraseologie und deren Praxis „Bewältigung der Vergangenheit", versäumen dabei aber die Einsicht, daß es um der Gegenwart und der Zukunft unserer eigenen Denk- und Lebensinhalte nicht schlecht – und vielleicht bisweilen sogar besser! – stünde, wenn wir einiges von dem zur Kenntnis nähmen (und daraus auch lernen würden), was sich „damals" als Gegenwart – Phase eines geschichtlichen Prozesses in der Projektion auf unsere Gegenwart hin – abspielte. Was im Sinne des Fortschritts gedacht und erkämpft, worin die Siege bestanden – und warum die Niederlage 1933 durch den Einbruch des Faschismus kam und vieles von dem bereits Errungenen wieder (und manches für immer!) verlorenging.

Es gibt Erfahrungen, die nur dann sinnvoll bestanden werden, wenn man aus ihnen lernt, und die auch nicht wiederholt werden müssen, um zur „besseren Einsicht" zu gelangen und zu wissen, was falsch gemacht wurde.

Ich meine, daß auch wir immer noch einen großen Nachholbedarf an Wissensgut und Erkenntnisinhalten von „jener Zeit her" aufzuarbeiten haben, um uns in unserer Gegenwart so zurechtzufinden, daß wir den uns gestellten Aufgaben gewachsen sind.

Wer bisher dem bereits gesagten folgte, ist schon mitten im Thema von MARTIN BUBER

Was er auch schrieb, sagte und mitteilte, es beruhte auf dem „Prinzip Dialog". Voraussetzung und ausschlaggebend für jedes Erkennen und jede Erweiterung einer bereits gewonnenen Erkenntnis war die Gewinnung, die Absicherung und Erhaltung zwischenmenschlicher Beziehungen. Das nicht zu verstehen als unverbind-
Dialog". Voraussetzung und ausschlaggebend für jedes Erkennen und jede Erweiterung einer bereits gewonnenen Erkenntnis war die Gewinnung, die Absicherung und Erhaltung zwischenmenschlicher Beziehungen. Das nicht zu verstehen als unverbind-
licher „Wochenjahrmarkt der Brüderlichkeit", nein, Buber war ein sehr gewissenhafter und oft strenger Wächter dessen, was er unter Gemeinsamkeit und Gemeinschaft verstand und verstanden – und vor allem gelebt – haben wollte.

Im Rückblick gesehen war sein ganzes Leben ein sich von Anbeginn an immer wieder erneuerndes Gespräch um den Menschen und mit dem Menschen, dem Menschen in der Gemeinschaft. Es wußte von der Einsamkeit und Isolierung des modernen Menschen. Er war ein geschulter Soziologe und Psychologe. Buber war der ewig Lernende und daraus immer neu ansetzende Lehrende par excellence, der die Antwort des Erfragten nicht von einem Lehrdogma oder Denkschema herleitete, sondern die Lösung eines Problems individueller oder gesellschaftlicher Natur, politisch-sozialer oder politisch-ideologischer Bindung bzw. Auseinandersetzung allein durch das Dialogische möglich sah. In der Begegnung aus Frage und Antwort sah er das dem Menschen gegebene Medium der Begegnung, nämlich im Gespräch.

Er war ein Gegner jeder Gewalt und jeder Gewalttätigkeit. Er weigerte sich auch stets, stiller Partner oder schweigender Teilhaber der Gewalt zu sein. Er war gegen jede Unterdrükkung, sei es des Menschen durch den Menschen oder des sozial Schwachen durch die Ausbeutung, so auch gegen die Unterdrückung eines Volkes oder Staates durch ein anderes Volks- oder Staatsgebilde. Ihm ging es wahrhaft immer um den Menschen, um das Humane, um die Erhaltung dieses Humanen und um seine Verwirklichung. Sprache und Geist waren für ihn Grundelemente, die das Leben dieses Humanismus bewirkten. Aus der Erkenntnis des menschlich Unvollendeten und gesellschaftlich Unerreichten suchte er immer wieder nach neuen Möglichkeiten des Verwirklichung des „dialogischen Lebens", sei es in seinem Wohnhaus in Heppenheim a.d. Bergstraße, das zeitweise so etwas wie „Haus der offenen Tür"war, sei es in Einrichtung von Lehrhäusern oder Volksbildungsstätten. Am meisten aber suchte er das Gespräch mit der Jugend auf Seminaren.

Bevor ich aber davon spreche, welchen tiefen Eindruck er auf junge Menschen machte und welchen entscheidenden Einfluß er ausübte, muß ich über sein Judesein berichten, um damit zumindest überschaubar zu machen, welchen Weg er ging.

Ich sprach eingangs schon davon, daß es keinen Sinn habe, ihn sozusagen partiell zu vereinnahmen bei Weglassung dessen, was einem nicht ins Konzept paßt (Übrigens geschieht das heute häufig bei der Darstellung und/oder Inanspruchnahme des Lebens und Wirkens von Carl von Ossietzky, der, abgesehen von den völlig verschiedenen Ausgangspunkten und den unterschiedlichen politischen Konzeptionen, eines gewiß mit Buber gemeinsam hatte: mit der von Geist und Sprache geformten und aus der tragenden Idee bestimmten Kühnheit und Konsequenz für Freunde und Mitstreiter oft sehr unbequem gewesen zu sein).

Martin Buber–Bild entnommen aus „Martin Buber in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten–dargestellt von Gerhard Wehr", Rowohlts Monographien 147

Ginge dieser Bericht chronologisch vor, so müßte ich auch auf die Jugend des Juden Martin Buber eingehen, auf das Milieu, in dem er aufwuchs, auf die Erziehung, die ihm zuteil wurde – und sie war entscheidend geprägt von den Kinderjahren, die er im Hause seines Großvaters, eines jüdischen Gelehrten, verbrachte – und auf die seine Jugend prägenden Umwelteindrücke. Der in Wien geborene Martin Buber wurde, da die Ehe seiner Eltern geschieden wurde, im Hause seines Großvaters in Lemberg erzogen. Dieser war ein weltlich sehr tätiger wie auch in jüdischem Wissen hochgebildeter Gelehrter. Entscheidend für Buber waren auch die Lehren und Ideen des Chassidismus (Chassid = der Fromme; die Chassidim = die Frommen, ch mit Kehl-ch wie in „Kachel"). Deren Frömmigkeit entsprang einer volkstümlich religiös-mystischen Bewegung im Ostjudentum seit der Mitte des 18. Jahrhunderts. Die Grundidee bestand in der Lebensbejahung, in der Aufhebung religiöser Wertskalen zwischen rabbinischen Funktionären und dem Volk. Es war die Suche der in Rußland, Polen und Rumänien unterdrückten jüdischen Minderheit nach einer Gemeinschaft, in der Hoffnung auf Befreiung von Unterdrückungen, die sich bis zum Ende des 19. und Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts bis in die grausamen Progrome steigerten. Einzelne Juden mochten reich sein, auch der Großvater Bubers war es, die Masse der Juden waren Arme, Ausgebeutete, Deklassierte, ewig auf Wanderschaft, nach Geborgenheit und „Heimat" Suchende.

In der Studienzeit begegnete Buber der westlichen Aufklärung, der Literatur der Wiener und Prager Schule, ebenso der deutschen Philosophie und Literatur. Aber ebenso wurde er mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit der bürgerlichen westlichen Welt und einem ihrer Auswüchse konfrontiert: dem Antisemitismus.

Aus der Summierung von Erfahrungen, Erlebnissen und Einsichten als Jude nahm für Buber das immer deutlicher Form und Kontur an, was er in dem Titel eines seiner Bücher „Geist des Judentums" nannte. Dazu gehörte die Bejahung des jüdischen Volkes als Volk: seiner Geschichte, seinem Geist, seiner Sprache nach.

Es ist müßig, hier nun darüber zu streiten, wie er Zionist wurde und wo er es nicht (mehr) war. Wie auch immer: er war es nie im Sinne einer chauvinistischen Doktrin. Ob noch in Deutschland oder später in Jerusalem: er war stets auf der Seite derer, die für die Verständigung, für die Gemeinschaft, für das Zusammenleben mit den Arabern kämpften. Er war kein Marxist; er war im besten Sinne ein religiöser Sozialist. Die Arbeiter verstand er als Genossen. Die Vorstellung, die er von seinem „jüdischen Heimatland" hatte, entsprach nicht der Wirlichkeit (Es stellt sich die Frage, ob es hätte anders sein können). Aber diese Frage ist in diesem Bericht nicht an- und auszudiskutieren. Man mache aber aus Buber keinen „Anti-Israeli". Er, der alle Bestrebungen aktiv unterstützte, die eine Verständigung mit dem arabischen Volke wollten, mußte erfahren, daß die Idee eines binationalen Staates nicht Wirklichkeit wurde – und unter den herrschenden Machtstrukturen und Interessenverhältnissen (auf beiden Seiten) nicht Realität werden konnte. Es ist völliger Unsinn, zu behaupten, er habe in Jerusalem völlig einsam und isoliert gelebt. Er wurde respektiert und hatte viele Kontakte, aber es war nicht die jüdische Welt, die ihm als geniale jüdische Utopie vorschwebte: eine Welt der totalen geistigen Erneuerung, eine Heimat für Juden und Araber, eine Heimstätte der Begegnung und der Gerechtigkeit. Seine Schwester im Geiste der Brüderlichkeit und Versöhnung, die große jüdische Dichterin in deutscher Sprache, Else Lasker-Schüler, teilte mit ihm das Schicksal: nicht dort „zuhaus" zu sein, wo sie hofften, in der Zeit der nazifaschistischen Verfolgung und Vertreibung ein Zuhause zu finden.

Es würde mich nicht überraschen, wenn manchem Leser dieses Berichts nun wahrlich Zweifel überkämen: ob denn ein solcher Berich in den ARBEITERKAMPF gehöre. Darüber ließe sich gewiß diskutieren. Auch ließe sich eine solche Diskussion ausweiten. Aber das ist Sache der Leser und der Redaktion. Ich bin aber der Meinung, daß für jede kritische Stellungnahme die Basisinformation unerläßlich ist, sonst brächte man sich in den Verdacht des präfixierten Vorurteils. Mein Bericht konnte und wollte nicht mehr sein als ein Informationsanstoß. Im übrigen bin ich der Meinung, daß Juden oder/und jüdische Fragen – etwa Probleme der jüdischen Emanzipation – das Recht haben, zumindest zur Diskussion gestellt und angehört zu werden, – ungeachtet unterschiedlicher Auffassungen und Antworten. Es darf keine „linken Ghettos" oder Tabus für die Juden geben!

Ich erinnere an den in die Realität umgesetzten Begriff des „dialogischen Lebens", wie es Buber nicht nur lehrte, sondern es unter Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit praktizierte. Er war eben kein Literat, nicht „nur" ein Mann des Buchs, obwohl er eine Sprache sprach und schrieb, die höchst kunstvoll war. Er, der Zeitschriften redigierte, philosophische Bücher schrieb, Literatur vieler Völker übersetzte und herausgab, selbst sein Leben lang an der Übersetzung des Alten Testaments arbeitete – zeitweise mit dem dann verstorbenen Franz Rosenzweig zusammen –, die mehr war und ist als „Übersetzung", der die Legenden der Chassidim sammelte, er verlor nie den Kontakt zur Wirklichkeit des Alltags, – wie er ihn sah.

Das auch erklärt die große Wirkung, die er in den zwanziger und, bis zu seiner Emigration, in den dreißiger Jahren auf junge Menschen ausübte. Er war für viele von uns, die wir in vielen politischen Fragen mit ihm überhaupt nicht übereinstimmten, so etwas wie ein Lehrmeister. Wir spöttelten oft über ihn, „den lieben Gott persönlich", und über uns und unsere „Bubertät". Aber er war für unser Denken und wurde für unser Leben von entscheidender Bedeutung. Denn nicht zuletzt unter seinem Einfluß änderten viele von uns radikal ihr Leben.

Wir nahmen ernst, was er mit der „Verwirklichung" meinte. Wir kannten uns überhaupt in der Literatur aus. Aber diese Forderung nach „Verwirklichung" war und wurde uns mehr als „nur Literatur" (Tolstoi
Wir nahmen ernst, was er mit der „Verwirklichung" meinte. Wir kannten uns überhaupt in der Literatur aus. Aber diese Forderung nach „Verwirklichung" war und wurde uns mehr als „nur Literatur" (Tolstoi
und Gandhi waren für uns auch von großer Bedeutung). Wir jungen Juden, die den Antisemitismus auf eine Weise längst vor 1933 zu spüren bekamen, wie man es sich heute nicht mehr vorstellen kann, wir Sozialisten verschiedenster Fraktionen sprengten die Fesseln unserer zumeist bürgerlichen Elternhäuser. Die einen erlernten handwerkliche Berufe, andere landwirtschaftliche. Wir gründeten Land- und Stadtkommunen. Was wir verdienten, das kam in die gemeinsame Kasse. Wo wir auch waren und arbeiteten – nach der Arbeit kamen wir zusammen und lernten: jüdische und sozialistische Geschichte, jüdische und antifaschistische Gegenwart. Wir wußten sehr gut, was Faschismus bedeutete und wer die Nazis waren. (Übrigens wußte das auch Buber sehr gut. Es gäbe genug Zitate dafür). Kurzum: diese Verwirklichung rettete uns allen, die wir dazugehörten, das Leben. Sie gab manchem von uns auch die Möglichkeit, denen, die sich später noch retten konnten, auf den ersten Stationen der Flucht vor dem Nazifaschismus – etwa in Frankreich und Holland – zu helfen. indem wir ihnen zur handwerklichen Verwirklichung verhalfen.

Das Deutschland, das die Nazis besudelten, in Trümmer versinken liessen, war Bubers Heimat nicht. Jerusalem war es auch nicht. Die Bundesrepublik Deutschland wäre auch nie sein Zuhause geworden. Aber im deutschen Blätterwald mag es vieltönend rauschen...

Unlängst fand in Beer Shewa ein Buber-Kongress statt. Bei der Gelegenheit prallten die Meinungen und Urteile über Buber hart aufeinander. Einer, der aus geistiger Wahlverwandschaft für Buber eintrat, nämlich für den Mann der Verständigung, das war der praktizierende Christ, der Pazifist und Antifaschist Prof. Gollwitzer.

Arie Goral

„Nazi-Nostalgie in Kunst und Literatur

Unter diesem Thema berichtete am 15.2. der jüdische Antifaschist Arie Goral mit einem Lichtbildervortrag über die gegenwärtig unter der verharmlosenden Bezeichnung „Nazi-Nostalgie" oder „Hitler-Welle" verstärkt laufende unkritische Darstellung faschistischer Kunst und Literatur.
Goral wies darauf hin, daß die dreiste Präsenz des Neonazismus Schlimmstes befürchten lasse. Zwar könne man nicht davon reden, daß die BRD ein Polizeistaat sei, es zeichneten sich jedoch gefährliche Tendenzen ab. Angesichts der Berufsverbote oder der Angriffe auf liberale Schriftsteller wie Böll oder Rinser müsse man zu dem Schluß kommen: So fing es schon einmal an.

Arie Goral kritisierte, daß die erschreckende Unkenntnis der Jugend über den Faschismus darauf zurückzuführen sei, daß die faschistische Realität nicht erklärt würde, sondern daß sie als einmaliger Betriebsunfall dargestellt würde, verursacht von einigen Wenigen unter Führung eines Verrückten.

Angesichts der Umtriebe der Hoffmann-, Roeder- und Eckardtbanden, angesichts der Naziumtriebe in der Bundeswehr, der Aktivitäten der Wiking-Jugend und der Nazi-Schmierereien könne man die jahrelange Ausrede, daß dies lächerliche Relikte seien, die man nicht aufwerten solle, heute erst recht nicht dulden.

Als Beleg für die erschreckende Unkenntnis Jugendlicher über den Faschismus zitierte Goral aus Schüleraufsätzen. Um bei den komisch anmutenden Äußerungen Heiterkeit vorzubeugen, stellte Goral den Äußerungen Bilder der faschistischen Realität gegenüber. So zu der Äußerung „Bei Hitler gab es keine langen Haare" ein Bild, das kahlgeschorene KZ-Opfer zeigt.

Goral berichtete im Folgenden über die Wiederaufwertung von Nazi-Kungst. So gab das bayerische Kultusministerium 1974 Werke aus dem Nachlaß Hermann Görings zur Versteigerung frei; der Hamburger Kunstverein veranstaltete 1974 eine Ausstellung „Kunst im 3. Reich", bei der nur nach ausgiebigen Protesten – an denen sich auch Goral beteiligte – zumindest ein kritischer Kommentar durchgesetzt werden konnte. Das ZEIT-MAGAZIN versuchte 1973 mit einem großen Bericht über „Kunst im 3. Reich" unter dem Motto: „11 Jahre bewundert, 28 Jahre versteckt" Nazikunst und Künstler, darunter auch den von Gerling protegierten Arno Breker, wieder salonfähig zu machen.

Ausführlich und an vielen Beispielen berichtete Goral über den Boom an den Faschismus verharmlosenden oder verherrlichenden Schriften, die von z.T. als Antiquariat getarnten Verlagen in hoher Auflage auf den Markt geworfen werden. Mit Schriften wie „Starben wirklich 6 Millionen" oder „Die Endlösung der Judenfrage" (aus dem faschistischen Bierbaum-Verlag) werden die Verbrechen der Nazis als „Greuellüge" abgetan. Jüngstes Beispiel ist die Anzeige des rechtsradikalen Druffel-Verlages auf dem Umschlag des offiziellen Katalogs der letzten Frankfurter Buchmesse.
Arie Goral nannte aber auch Beispiele, wie er erfolgreich diesen braunen Umtrieben entgegengetreten ist. Als ihm vor einigen Jahren das Buch: „Adolf Hitler aus dem Erleben dargestellt" von Hans Severus Ziegler in die Hände fiel, in dem Hitler als lieber und verständnisvoller Mensch geschildert wird, protestierte Goral bei offiziellen Stellen gegen die Veröffentlichung und informierte die demokratische Presse. Als sich nichts regte, sann er auf eine List: Er verschickte Auszübe des Buches mit der Aufforderung, es zu subskribieren, um den Eindruck zu erwecken, es wäre noch nicht erschienen. Und tatsächlich forderte jetzt die linke Presse dazu auf, das Erscheinen zu verhindern und bei Goral – als angeblichem Herausgeber – erschienen Herren vom Verfassungsschutz, um ihn auf das Verfassungswidrige seines Tuns aufmerksam zu machen. Als Goral ihnen dann das schon gedruckte und seit längerem auf dem Markt befindliche Buch vorhalten konnten, sahen sich die Staatsstellen sogar genötigt, das Buch einstampfen zu lassen.

Ein weiteres Beispiel für beherztes Vorgehen lieferte Goral, als er mit der Drohung, unter den Augen der Presse die Schaufensterscheibe einzuschlagen, die Herausnahme von Kriegsspielzeug mit Hakenkreuzen aus der Auslage eines Spielwarengeschäftes erreichen konnte. Goral wies darauf hin, daß heute wieder massenhaft Spielzeug mit Hakenkreuzen angeboten wird, während z.B. ein Plakat von Klaus Staeck, das die Verwandlung eines Hitler-Bildes in ein Strauss-Bild vor dem Hintergrund eines Hakenkreuzes zeigt, wegen der Darstellung verbotener Symbole verboten wird.

Insgesamt bot diese Veranstaltung einen guten Überblick über das Ausmaß an naziverherrlichender Kunst und Literatur und zeigte detail- und kenntnisreich die Hintergründe auf. Veranstalter dieses Abends war die Jüdische Gemeinde, der damit auch für das Zustandekommen dieses Vortrags gedankt werden muß.



Der Rechts-Staat muss Heil bleiben!

„Im übrigen waren bei der Urteilsfindung auch generalpräventive Gesichtspunkte zu berücksichtigen, da an einigen Universitäten in den letzten Jahren die Rechtstreue empfindlich gelitten hat."
Zitat aus einem Urteil gegen eine angeklagte Studentin (9 Monate auf 2 Jahre Bewährung).

Der Prozeß gegen RA Groenewold

– ein wichtiger Hebel für die Ausrichtung der Justiz

Am 10.2.78 fand in Bielefeld eine Veranstaltung gegen die politische Repression und Gleichschaltung im Justizbereich statt. Als Gastredner sprach RA Groenewold, dessen zur Zeit stattfindender Prozeß internationale Aufmerksamkeit gefunden hat (s. AK 122/121). RA Groenewold hob den Modellcharakter hervor, den sein Prozeß für die noch anstehenden Strafverfahren gegen 80 (!) Verteidiger aus politischen Prozessen hat. Er führte aus, daß es hier nicht allein um eine Fortsetzung
hier nicht allein um eine Fortsetzung
der Tradition westdeutscher Klassen- und Gesinnungsjustiz gehe, sondern daß anhand seines Prozesses das Recht des Staates auf Zerstörung des politischen Selbstverständnisses, der Identität von Angeklagten in politischen Prozessen, durchgesetzt werden solle.

Die politische Verteidigung, die dieses Selbstverständnis berücksichtige, solle durch die Anklage gegen ihn kriminalisiert werden.

Wie stark der Beruf des Anwalts bereits Gegenstand staatlicher Repression geworden ist, wurde aus dem Fall eines weiteren Podiumsgastes deutlich. Es handelte sich hier um die examinierte Jurastudentin E. Müller, die wegen ihrer „KPD"-Mitgliedschaft, nicht in die juristische Referendarsausbildung übernommen werden soll. E. Müller hatte erklärt, daß sie nach der Referendarszeit nicht Beamtin, sondern Anwältin werden wolle. Der Zugang zu dem „freien" Beruf des Anwalts ist ihr bis heute untersagt mit der Begründung eines nachgewiesenen (?!) mangelnden Verständnis zur Rechtsstaatlichkeit. RA Groenewold berichtete von einem ähnlichen Fall, in dem ein ehemaliger Mitarbeiter seines Anwaltbüros nicht in den Referendardienst übernommen wurde, einzig und allein mit der Begründung, er habe im Büro Groenewold gearbeitet.
habe im Büro Groenewold gearbeitet.

Mit 150 Teilnehmern war die Veranstaltung, die von der „Initiative gegen Berufsverbote und politische Unterdrückung" – eine Gruppe, die nach längerer Auseinandersetzung mit dem Bielefelder Ableger des Hamburger Berufsverbotekomitees (DKP orientiert) hervorging – getragen wurde, nur mäßig besucht. Die Veranstaltung wurde unterstützt vom Bielefelder „Russell-Unterstützer-Komitee". In ihren Beiträgen hoben die Professoren Sigrist (Münster) und Kummer (Bielefeld) die Notwendigkeit der Solidarisierung mit RA Groenewold hervor. RA Groenewold selbst kündigte an , daß er seinen Prozeß mit allen ihm zugänglichen Unterlagen vor das Internationale „Russel-Tribunal" gegen die Repression in der BRD bringen werde.

KB/Gruppe Bielefeld

Rechtsanwälte klagen Isolationshaft in der Schweiz an

Der italienischen Zeitung „Lotta Continua" vom 14.2. entnehmen wir folgende Meldung: „*Drei Schweizer Rechtsanwälte klagen die schwere Isolierung an, in der die kürzlich von der Schweizer Polizei festgenommenen beiden westdeutschen Genossen Gabriele Kröcher-Tiedemann und Christian Möller gehalten werden. Die Anwälte verlangen seit Monaten vom zuständigen Richter einen freien, nicht überwachten Verkehr mit ihren Mandanten, wie er von der Schweizer Verfassung garantiert wird. Die Schweizer Behörden lehnen dies ab und berufen sich dabei auf ein Gesetz von 1928, wonach der Untersuchungsgefangene unkontrollierte Kontakte zu seinem Verteidiger erst nach einem umfassenden Verhör haben dürfe.*

„... Seit ihrer Festnahme befinden sich unsere Mandanten ununterbrochen in totaler Isolation. Es wird ihnen jeder Kontakt mit ihrem Verteidiger verweigert, sie dürfen keinerlei anderen Besuch haben. Ebenso wie zahlreiche andere Gefangene, die der persönlichkeitszerstörenden Totalisolation ausgesetzt sind, hat Gabriele Kröcher-Tiedemann mit einem Hungerstreik gegen diese Haftbedingungen protestiert ...

Darüber hinaus stellt sich das Problem, daß hier eine Taktik eingesetzt wird, die darauf abzielt, die psychische und physische Integrität der Gefangenen zu beeinträchtigen, die Verteidigerrechte zu sabotieren und ein Geständnis zu erzwingen."

Die Erklärung ist unterschrieben von den Anwälten Rembert, Schönenberger und Zweifel (Zürich).

Prozeß gegen Dorff und Tauras

Seit Ende Januar stehen in Frankfurt der 28 Jahre alte Student Klaus W. Dorff und der 26 jährige Maschinenbauer Jürgen Tauras vor Gericht.

Nach einer fast zweijährigen Untersuchungshaft mit zahlreichen Sonderbehandlungsmaßnahmen wird ihnen jetzt wegen der angeblichen Gründung einer „Kriminellen Vereinigung", Schußwaffenbesitz, Urkundenfälschung und mehreren Bank- und Sparkassenüberfällen der Prozeß gemacht.

Die beiden Angeklagten befanden sich währen ihrer U-Haftzeit ein Jahr lang in Totalisolation, die letzten Monate gab es bei Tauras Dauerverlegungen, bei Tauras und Dorff ein Sonderwecken. Eine Teilnahme am Gottesdienst wurde verweigert, ebenso die Zusammenlegung der beiden Gefangenen oder wenigstens ein gemeinsamer Umschluß, um den Prozeß zusammen vorbereiten zu können. Begründung: „Zuviel Aufwand".

Bemerkenswert ist in diesem Verfahren insbesondere die Rolle der beiden Zwangs„verteidiger" Eggert und Steinacker. die sich im Verfahren als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft profiliert haben. In trauter Eintracht mit Staatsanwaltschaft und Gericht torpedierten sie die Bemühungen der Anwälte Funke, Ronte und Weidenhammer, eine effektive Verteidigung der Angeklagten durchzuführen.

Ein erster Entpflichtungsantrag der Verteidiger gegen die verbeamteten Anwälte wegen eines fehlenden Vertrauensverhältnisses wurde vom Gericht abgelehnt. Ein zweiter Antrag gegen sie – nachdem sie sich in die Nähe des Parteienvertrages begeben haben – ist noch nicht entschieden. Obwohl sie nach einem Oberlandesgerichtsbeschluß nur bei Ausfall einer der Vertrauensanwälte überhaupt agieren dürften, mischten sie sich ständig in die Prozeßführung ein. Durch formaljuristische Einlassungen zum prozessualen Ablauf behinderten sie die inhaltlichen Aussagen der angeklagten Seite.

Vollständig klar wurde ihre Rolle
Vollständig klar wurde ihre Rolle
am zweiten Verhandlungtag. Als der Vorsitzende Richter in einem Beschluß von „Mittätern" redete und sich daraufhin einen Antrag wegen Befangenheit einhandelte, da allenfalls eine Formulierung wie „der Mittäterschaft verdächtig" Ausdruck einer objektiven Betrachtungsweise gewesen wäre, pflichteten die beiden Justizanwälte einer Ablehnung des Befangenheitsantrages bei. Als daraufhin die beiden Angeklagten lautstark gegen diese merkwürdigen „Verteidiger" protestierten, die ja sogar über den vom OLG gesetzten Rahmen hinaus zum Nachteil der Angeklagten agierten, wurden sie vom Gericht für fünf Tage vom Verfahren ausgeschlossen.

Das allen Grundsätzen noch verbliebener „rechtsstaatlicher" Prozeßführung hohnsprechende Verfahren wurde am folgende Verhandlungstag fortgeführt mit der Ablehnung des Gutachters Prof. Rasch, der feststellen sollte, ob die Angeklagten nach der schikanösen Behandlung während der Haft überhaupt verhandlungsfähig seien. Der bestellte Gutachter Schumacher, der die Angeklagten auf Grund deren Weigerung, sich von ihm untersuchen zu lassen, gar nicht beurteilen konnte, erschien nicht vor Gericht und attestierte ihnen in einem schriftlichen Gutachten Verhandlungsfähigkeit.

Ebenso lehnte das Gericht einen Antrag auf vollständige Akteneinsicht ab.

Abgelehnt wurde am vierten Verhandlungstag schließlich der Befangenheitsantrag gegen einen beisitzenden Richter, der Tauras die Weiterleitung eines Briefes an ihn verweigert hatte, mit der Begründung, dieser würde ihn in seiner ohnehin agressiven Haltung bestärken. Die Urteilsbildung über die charakterlichen Eigenschaften der Angeklagten scheint für diesen Richter also bereits zu Beginn des Verfahrens abgeschlossen.

Man sieht: Dem Ablauf einer „rechtsstaatlichen" Strafrechtspflege steht nichts mehr im Wege.

KB/Gruppe Frankfurt

»Prozesse finden nicht im Knast statt, um hinterher mit Freisprüchen zu enden« [Johannes Roos]

Seit dem 11.1. findet in einer Mehrzweckhalle der Justizvollzugsanstalt Frankfurt-Preungesheim ein „ganz normaler Mordprozeß" statt. Angeklagt sind Johannes Roos und Detlev Schulz. Am 7.5.76 wurden der Polizist Sippel getötet und sein Kollege Korol verletzt, als sie einen angeblichen Exhibitionisten überprüfen wollten. Plötzlich soll „es geschossen haben", als sie ihn in ihr Auto zerren wollten. Zwei der zusehenden Passanten sollen plötzlich Waffen in der Hand gehabt haben. Wer wann wie auf wen geschossen hat, ist derzeit unklar. Die Täter konnten entkommen.

Woher nimmt man einen Täter, wenn man keinen hat?

Einer der Täter verlor bei der Schießerei angeblich seinen österreichischen Paß. Daraus schlossen die Ermittlungsbehörden, daß es sich um Täter „aus anarchistischen Kreisen" gehandelt haben muß! Sie hielten anfangs Franz Pauli Jörger, Roland Meyer sowie Siegfried Haag für die Gesuchten. Schließlich erwischte man aber Detlev Schulz und Johannes Roos. Der eine sah dem Paßfoto ähnlich, der andere war im BKA-Computer unter „Hausbesetzer", „Sympathisant" und „Flugblattverteiler" registriert. Der Zusammenhang zwischen beiden ergab sich, weil beide im Jahre 1972 am gleichen Tag denselben politischen Prozeß als Zuschauer besucht hatten. J. Roos wies an einem der ersten Prozeßtage sehr richtig daraufhin, daß der Jagdeifer von Denunzianten etc. durch verurteilte Töter wachgehalten werden müsteilte Täter wachgehalten werden müsse. Linke würden sich da bevorzugt anbieten. Demzufolge werde schon bei der Anklageerhebung die in letzter beliebter werdende Linie verfolgt, den Gefangenen wegen einer leicht abzuhandelnden Sache möglichst schnell zu verurteilen, um ihn erstmal sicher im Knast zu haben. So wurde vor dem LG Darmstadt Anklage wegen Mord erhoben, während wegen „krimineller Vereinigung" vor dem OLG Düsseldorf (Staatsschutz) irgendwann einmal verhandelt werden soll, was sich im Falle eines „nachgewiesenen Mordes" wohl von selbst erledigen würde! Auf Anraten des BKA führt der Gerichtsvorsitzende Spahn die Verhandlung nicht im Gericht, sondern in der JVA Preungesheim!

Zuschauer/Akteneinsicht/ Verhandlungsfähigkeit

Woran wir uns leider schon fast gewöhnt haben, begleitet auch diesen Prozeß: peinlich genaue Kontrollen der Besucher, Kopieren der Ausweise und andere Schikanen. Doch nicht für alle Besucher: einige modisch gekleidete Herren durften so durchgehen und nahmen auch die letzten Plätze der Zuschauerbank ein, wo sie einen bequemen Überblick hatten. J. Roos erkannte einen von ihnen, es war ein Herr Freimuth vom BKA/Abt. Terrorismus, der dort die Ermittlungen gegen die beiden Angeklagten leitet. Der Gerichtsvorsitzende mußte ihn hinauskomplimentieren. Die Akten konnten die Verteidiger nicht vollständig einsehen. Zur Prozeßvorbereitung standen ihnen 35 Tage zur Verfügung. Auch RA Glenz, Pflichtverteidiger von Detlev Schulz, schloß sich einem Antrag auf Aussetzung des Verfahrens an. Auch ihm war nur mangelnde Akteneinsicht gewährt worden. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt (Der Staatsanwalt hielt dies auch gar nicht für nötig [!], früher [?] habe es das auch nicht gegeben).

Detlev Schulz und Johannes Roos sind unter die Kontaktsperre gefallen. Am zweiten Tag wurde die Verhandlungsfähigkeit von Johannes Roos behandelt. Es kam zur Sprache, daß auch er als „selbstmordgefährdet" rund um die Uhr beobachtet worden war — bei Dauerbeleuchtung. Das hatte dazu geführt, daß Johannes z.T. tagelang und nächtelang nicht schlafen konnte. Der Anstaltsarzt Dr. Möbius bescheinigte als vom Gericht bestellter Gutachter Verhandlungsfähigkeit, wenn die Weckaktionen unterbleiben würden, über die Auswirkungen von Schlafstörungen konnte (wollte?) er nichts sagen, das sei „von Fall zu Fall" unterschiedlich!!

Als Johannes am ersten Verhandlungstag auf seine Schlaf„störungen" hingewiesen hatte, stellte Richter Spahn seine Unbefangenheit unter Beweis, indem er konterte, erhabe letzte Nacht „auch schlecht geschlafen".

„Zeuge Korol"

Am 4. Verhandlungstag betrat der Polizist Korol die Bühne. Er schilderte zunächst den Tathergang. Zusammen mit seinem Kollegen Sippel sei er am 7.5.76 in den Sprendlinger Wald gefahren, weil dort ein Exhibitionist gesichtet worden sei. Nach längerem Suchen hätten sie einen Mann gefunden, der auf die Beschreibung paßte. Sie baten den Mann doch seine Jacke auszuziehen. Zwei männliche Passanten hätten daraufhin gesagt, sie sollten den Mann doch in Ruhe lassen. Sie hätten ihn aber mit zur Wache nehmen wollen und plötzlich seien Schüsse gefallen. Die beiden Männer, die sich eingemischt hatten, seien plötzlich bewaffnet gewesen. Wer wann auf wen geschossen hatte, wußte Korol nicht mehr. Jedenfalls wurde er verletzt und sein Kollege Sippel getötet (mit Geschossen des Kalibers 7,65, das u.a. bei der Polizei verwendet wird). Er wollte Detlev Schulz nach Phantombildern wiedererkannt haben. Es stellte sich jedoch heraus, daß die betreffenden Phantombilder keinem der bisher verdächtigten Personen ähnlich sehen. Nachdem er insgesamt vier Versionen erzählt hatte, trat beim Zeugen Korol am 8. Verhandlungstag ein bemerkenswerter Gedächtnisverlust auf. Er schaffte es, sechs Stunden lang im wesentlichen zu sagen: *„Ich weiß nicht mehr. Ich kann mich nicht erinnern. Ich kann das nicht mehr genau sagen"*. Einen kleinen Schock bekam er, als er aus den Akten vorgelesen bekam, er sei nach Ansicht des BKA ein unbrauchbarer Zeuge.

(Informationen nach „ID", 198, 205, 209, 211, 213-216)

IKAH Hamburg



„Knastgruppe-Lübeck" — Eine terroristische Vereinigung?

Wir drucken nachstehend einen Beitrag der Lübecker Knastgruppe ab. Gleichzeitig möchten wir einen Fehler in dem Bericht über das Knastgruppentreffen in Westberlin in AK 122 berichtigen. Dort schrieben wir, daß drei Mitglieder der Knastgruppe Lübeck aufgrund ihrer Solidaritätsarbeit selbst eingeknastet wurden. Dem ist zum Glück bislang nicht so!

Vor ungefähr einem Jahr haben wir in Lübeck die „Knastgruppe" gegründet. Unsere Arbeit besteht darin, daß wir Briefe an Gefangene schreiben, Besuche machen und Pakete schicken, Anwälte besorgen und auch versuchen wollen, Entlassenen weiterzuhelfen.

Natürlich unterstützen wir auch Gefangene, die gegen die Mißstände im Knast kämpfen, bzw. machen diese öffentlich. Wir machen keine Unterschiede zwischen politischen uns sozialen Gefangenen.

Unser Ziel ist die Abschaffung der Knäste. Als Alternative treten wir für den Aufbau von Wohngemeinschaften und Kollektiven, in denen Gefangene die Aufhebung ihrer Isolation in der Gesellschaft erfahren und lernen, gemeinsam und in gegenseitiger Verantwortung zu leben, ein.

Kaum haben wir mit der Arbeit begonnen, schon werden wir, wie übrigens viele andere Knastgruppen auch, von den Staatsschutzbehörden kriminalisiert.

Dazu bedient man sich kurzerhand des neugeschaffenen § 129 a StGB; der die Bildung oder Unterstützung einer sogenannten terroristischen Vereinigung unter Strafe stellt.

Daß dieser Paragraph dazu dient, Einzelpersonen und Gruppen, die sich kritisch mit diesem Staat und Gesellschaftssystem auseinandersetzen, die sich gegen den Abbau auch der letzten noch verbliebenen demokratischen Rechte wehren, zu kriminalisieren und ihre Arbeit in den illegalen Bereich abzudrängen, wird bei der Anwendung von § 129 a besonders deutlich.

Allein in Lübeck sind 5 (!) Fälle bekannt, wo Ermittlungserfahren wegen Verstoß gegen § 129 a laufen.

Am 5. Oktober 77 wurden die beiden aktiven AKW-Gegner, die 28-jährige Brigitte Schultek, Betriebsrätin und ÖTV-Mitglied, sowie das 20-jährige SPD-Mitglied Wolfram K. 4 Stunden lang von der Politischen Polizei festgehalten. Begründung: Sie spähen angeblich eine Dienststelle der Polizei aus, auf die ein Anschlag vorbereitet werden soll. Nach vollzogener erkennungsdienstlicher Behandlung und Hausdurchsuchungen ohne richterlichen Befehl, wurden beide wieder freigelassen. Die beiden hatten sich „verdächtig" gemacht, weil sie in der Nähe einer Dienststelle der Politischen Polizei waren, die in einem mehrgeschossigen Wohnhaus liegt.

Einer noch stärkeren Kriminalisierung sind die Mitarbeiter der Knastgruppe ausgesetzt. Das gipfelt darin, daß Frank Riefenstahl vom Justizminister des Landes Scnleswig-Holstein mitgeteilt wird:

„ ...daß der Generalbundesanwalt in Karlsruhe (also Rebmann) ein Ermittlungsverfahren wegen Bildung (!) einer terroristischen Vereinigung eingeleitet hat."

Daß mit der angesprochenen terroristischen Vereinigung die Knastgruppe gemeint ist, geht aus der Vorgeschichte der Gruppe eindeutig hervor.

Die Kriminalisierung begann mit Schreib- und Besuchsverboten für den Lübecker Lauerhofknast, weil angeblich *„ ... Schriften übersandt wurden, in denen die Gewalttaten der Roten Armee Fraktion (RAF) gebilligt werden, ..."* Gemeint sind Zeitungen und Zeitschriften, in denen auch der Göttinger Buback-Nachruf und auch Gedichte von Erich Fried abgedruckt sind.

Dann wurde uns systematisch die *„ ... Nutzung aller Räumlichkeiten der Hansestadt Lübeck ..."* für Info-Veranstaltungen, bei denen über das repressive Vollzugsklima im Lauerhofknast berichtet werden sollte, verboten, obwohl sie bereits mehrfach zugesagt waren. Ebenso die Räume für regelmäßige Gruppentreffs. Genau wie bei den Besuchsverboten liegt die Begründung dieser staatlichen Maßnahme in der angeblichen Billigung der RAF-Aktionen.

Nachdem wir auf diese Weise schon in die Nähe von RAF-Sympathisanten gerückt worden waren, unterstellte man uns auch gleich noch terroristische Anschläge. Im Knast erzählt das Anstaltspersonal einem Gefangenen, die Knastgruppe hätte eine „Drohung" mit Dynamitstangen" gegen Anstaltsleiter Greif gemacht.

Als dann am 22./23. Oktober in der Lübecker Innenstadt Parolen zu den Toten in Stammheim gesprüht wurden, brachte man das natürlich gleich mit der Knastgruppe in Verbindung.

Frank Riefenstahl wird verdächtigt, an dieser Aktion beteiligt gewesen zu sein, er wird noch in der selben Nacht festgenommen und 38 Stunden lang in Haft gehalten. Nach der erkennungsdienstlichen Behandlung wird die Wohngemeinschaft, aus der Frank kommt, in seiner Abwesenheit und ohne richterlichen Befehl durchsucht. Die beschlagnahmten Gegenstände zeigen, welche Interessen die Polizei verfolgt: Arbeitsunterlagen und Post der Knastgruppe und Russell-Initiativgruppe werden mitgenommen, ebenfalls 1.500 Flugblätter, die zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung aufrufen. Außer persönlichen Gegenständen dann auch noch eine Hungerstreikerklärung der RAF und vervielfältigte Gedichte von Erich Fried, in der Absicht, die terroristische Gesinnung der Knastgruppe damit zu belegen.

Gegen die anderen Mitglieder der WG, Brigitte Peukert und Harald Schütte werden sofort, genau wie gegen Frank, Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung eingeleitet. Auch bei Brigitte und Harald nehmen die Staatsschutzbehörden an, daß sie zur Knastgruppe gehören und Parolen gesprüht haben.

Am 15. November geht Frank dann ein Beschluß des Oberlandesrerichts Schleswig zu, daß ein Brief vom 25.10. an den Gefangenen Bodo Johlke beschlagnahmt worden sei, *„ ... weil dieser Brief als Beweismittel für das Verfahren (129a) von Bedeutung sein kann."*

In diesem Brief setzt Frank sich mit der gesellschaftlichen Realität und der von Faschisten ausgehenden Gefahr und der Situation in der BRD nach der Schleyer-Entführung auseinander.

Ebenfalls wurden als Beweismittel Briefe beschlagnahmt, die ein Gefangener (!) an Professor Gollwitzer und Erich Fried schrieb, und darin über den Strafvollzug berichtete.

Der letzte bisher bekannt gewordene Versuch, Beweise zu konstruieren, bestand darin, einen ehemaligen Mitarbeiter der Knastgruppe als Spitzel für den Verfassungsschutz anzuwerben. Ihm wurde als Gegenleistung wahlweise ein Schulplatz mit Abiturabschluß, eine Lehrstelle oder Studienplatz sowie 300 Mark monatlich angeboten. Sollte er in Schwierigkeiten geraten, wollte man ihm ebenfalls behilflich sein. Als besonderes Entgegenkommen sprach man davon, daß ein gegen ihn geplanter Prozeß nach § 129 a nicht stattfinden solle.

Die aufgezeigte schrittweise Kriminalisierung der Knastgruppe und ihrer Mitarbeiter durch Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung bzw. Gründung einer terroristischen Vereinigung, steht einerseits im Zussammenhang mit der von uns geleisteten Arbeit, nämlich der Öffentlichmachung der Mißstände und Unterdrückung im Knast, der dort angewandten Isolationsfolter. Dieser Staat hat ein Interesse daran, sich nicht hinter die Gefängnismauern blicken zu lassen. Die Knäste und die Gefangenen sind für diesen Staat Bereiche, genau wie seine Polizei, BGS und Bundeswehr, in denen es gilt, den Widerstand zu brechen und kritische Frager mundtod zu machen.

Die Kriminalisierung bedingt durch die tatsächlich geleistete Arbeit ist allerdings nur eine Seite. Die andere Seite sieht so aus, daß nach dem Sympathisantenkonzept der Bundesregierung jede Gruppe, die Gefangene betreut, als potentielles Terroristenumfeld gilt, aus dem sich der Nachschub rekrutiert. Sollte dazu noch der Fall eintreten, daß Parolen gemalt werden und Gefangene in den Hungerstreik gehen, eine Widerstandsform, die anfänglich von politischen Gefangenen praktiziert wurde, hat sich für den Staatsschutz und die staatlichen Ermittlungsbehörden der Kreis geschlossen: Aus einer Knastgruppe ist eine terroristische Vereinigung geworden.

Die Wirkung solcher Methoden sind Einschüchterung, Resignation und Angst bei den Betroffenen und auch besonders Distanzierungen bei vielen Linken und fortschrittlichen Organisationen.

Damit geht die Rechnung auf, deren Ergebnisse die Isolierung bestimmter Gruppen und ihre Zerschlagung sind.

Das ist das Konzept, in dem es um die Liquidation jeglicher gesellschaftskritischer Initiativen und die Verinnerlichung des Prinzips „Widerstand ist zwecklos", geht.

Doch dieses Konzept wird nicht aufgehen, denn unser Kampf hat gerade erst begonnen!

„Knastgruppe-Lübeck"
c/o Frank Riefenstahl
Mühlenst. 91-7
2400 Lübeck 1

Tel.: 0451-75964

Spendenkonto: Postscheckamt Hamburg
(Bankleitzahl: 200 100 20)
Konto-Nr.: 35 34 90 - 208 /F. Riefenstahl

Beweisführung und Bespitzelung nach Polizeistaatsmethoden

Am 17.1.1976 fand in Wuppertal die bisher größte Demonstration der örtlichen Bevölkerung gegen eine Fahrpreiserhöhung der Wuppertaler Stadtwerke statt, an der sich mehr als 3.000 Menschen beteiligten. Unter den Demonstranten war auch der 51jährige Rentner Gerd U., der jetzt, nach mehr als 2 Jahren, wegen körperlicher Mißhandlung eines Kripobeamten verurteilt werden soll. Der Hergang der Tat liest sich in der Anklageschrift wie folgt:

»Nach offizieller Beendigung der Demonstration nahm der Angeschuldigte gegen 14.35 vor dem Brunnen an der Alten Freiheit an einer Ansammlung von Personen teil.

Unter dieser Menschenmenge mischten sich in Zivil gekleidete Kriminalbeamte, die zu einem anläßlich der Demonstration eingesetzten Beweissicherungstrupp der Polizeibehörde gehörten. Der Kriminalbeamte W., der ein Tonbandgerät mit sich führte, gesellte sich im Verlaufe seiner Tätigkeit zu einer der umherstehenden Gruppen.

Von dem dort geführten Gespräch fertigte er eine Tonaufzeichnung an. Ein Teilnehmer der Ansammlung bemerkte diesen Vorgang, deutete die von W. getragene grüne Anstecknadel als Erkennungszeichen eines Polizeibeamten und rief den Umstehenden zu: ‚Vorsicht, das ist ein Polizeispitzel!«

In einem darauf folgenden Handgemenge soll nun der kriegsversehrte Frührentner Gerd U. einen geballten Faustschlag unters Kinn des Kripo-Schnüfflers W. gegeben haben, was ein anderer Kripomann genau gesehen haben will.

Weil sich Gerd aber bisher zu den Unterstellungen der Polizeibehörde in Verhören nicht geäußert hatte, sondern von seinem Recht auf Zeugnisverweigerung Gebrauch machte und nur vor einem Richter zu diesem Fall Stellung nehmen will, kamen Ermittlungsbehörden und der erste Wuppertaler Staatsanwalt in akute Beweisnot. Kurzerhand schickten sie dann einen weiteren »Beweissicherungstrupp« in die Wohnung von Gerd U., in der seine schwer krebskranke Frau allein im Bett lag. Obwohl diese völlig bettlägerig ist, wurde sie auf eine Polizeiwache verschleppt und stundenlang verhört. Ebenfalls wurden Verwandte und Bekannte des Rentners ohne Ergebnis verhört und regelrecht belästigt.

Das sind faschistoide Polizeistaatsmethoden von Bespitzelung und ‚Beweisführung', wie jeder sie aus den totalitärsten Staaten kennt. Deshalb Solidarität mit dem Angeklagten. Kommt zahlreich zum Prozeß!

Er findet statt im Wuppertaler Amtsgericht Justizhochhaus Saal 812 am 1. März um 9.20 Uhr.

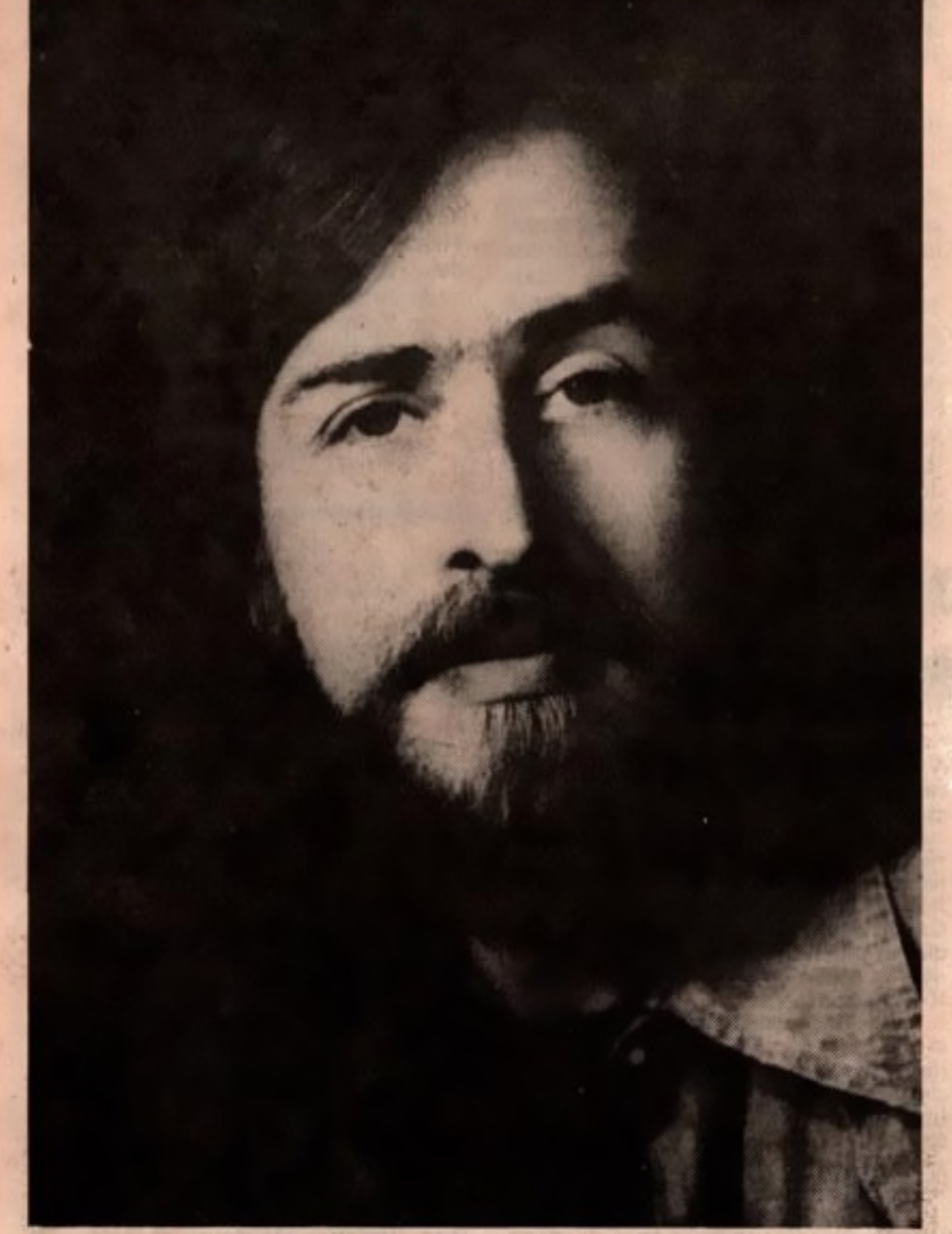
Ein Genosse

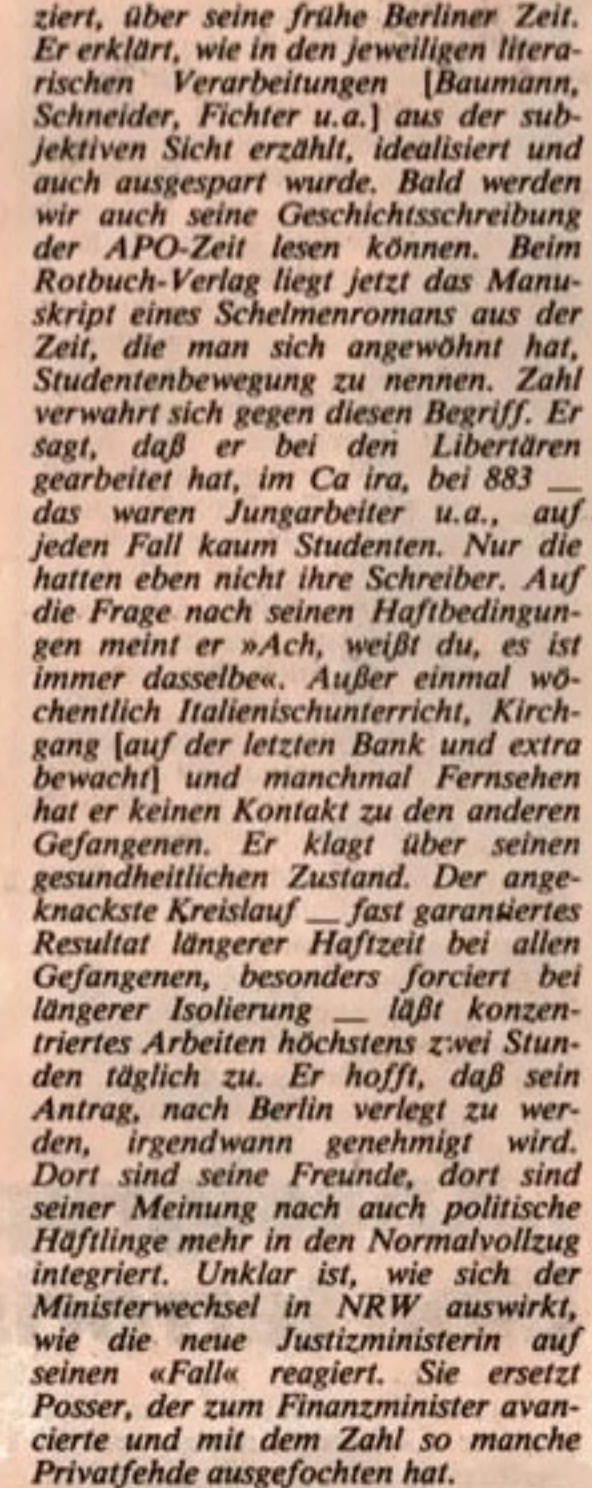
Ratgeber zur Betriebsratswahl erschienen

Eine Gruppe fortschrittlicher Juristen, die bereits seit langem mit gewerkschaftsoppositionellen Kollegen bei Opel Bochum zusammenarbeit, hat jetzt zu den BR-Wahlen 1978 ein »Juristischen Leitfaden für gewerkschaftsoppositionelle Gruppen und Kolleg-inn-en« herausgegeben. Sie wollen dadurch dazu beitragen, daß die Vorbereitung der BR-Wahlen auch in juristisch-formaler Hinsicht nicht den »bewährten« rechtssozialdemokratischen Betriebsratsbürokraten überlassen bleibt, sondern unter aktiver Kontrolle fortschrittlicher Kollegen stattfindet. Deshalb werden Aufgaben und Arbeit des Wahlvorstandes ausführlich erläutert. Zu den verschiedenen Formen, in denen oppositionelle Kollegen bei Persönlichkeits- oder Listenwahl kandidieren können, werden ebenfalls ausführliche Angaben einschließlich Tricks und Gegentricks gemacht, ebenso zu den verschiedenen Machenschaften, mit denen Unternehmer und rechte Kräfte auf die Wahl Einfluß nehmen wollen, z.B. Kündigung aktiver Kollegen, Hausverbot, Behinderung der Unterschriftensammlung etc. Dazu gibt es einen Dokumentenanhang mit Beispielen von Opel, Beiersdorf, Iduna und Siemens. Insgesamt kann der Ratgeber wirklich empfohlen werden. Er kann durch Überweisung von 2 DM plus Porto auf das Postscheckkonto Dortmund 16461-461 (Michael Dornieden, Bochum) bestellt werden.

IKAH Hamburg

Leserbrief
Zu Besuch bei P.P. Zahl im Knast





»Beinah wär ich dran vorbeigefahren — an der JVA Werl, Langenwiedenweg 46. Im Vorbeifahren sah das Gelände eher aus wie eine kleine Fabrik, Jahrhundertwendebau, anders als die Reformknastbetonklötze Ossendorf oder Stammheim.

Am Eingang gab ich Ausweis und Besuchserlaubnis ab, kriegte eine Nummer in die Hand gedrückt und ging in den Warteraum. Dort saßen einige Wartende, alles Frauen. Nach einer Weile Stillschweigen begann ein Gespräch: Über das ewige Wartenmüssen, oft über eine Stunde, und zu Hause sitzen die Kinder; darüber, was man mitbringen darf. Eine Frau mit zwei kleinen Kindern kam herein. Die anderen ganz erstaunt:»Dürfen Sie die denn mitreinehmen?« In Düsseldorf, wo ihr Mann bisher war, durfte sie. Überhaupt scheint alles sehr unterschiedlich gehandhabt zu werden, willkürlich, abhängig von der [Un] Menschlichkeit der jeweiligen Beamten.

Nach einer Weile wurde meine Nummer aufgerufen. Die Wartezeit bei Zahlbesuchen richtet sich nicht nach dem Besuchsandrang, sondern nach der Ankunft des BKA-Beamten, der extra zur Überwachung des Gesprächs angereist kommt. Während er meine mitgebrachten Unterlagen kontrolliert, werde ich in einem Extraraum mit einem Metallsuchgerät geprüft und abgetastet.

Der Beamtin ist es sichtbar peinlich. Das vermindert jedoch mein Gefühl, verdächtig, auch schon halb kriminell zu sein allein durch den Besuch hier, nicht. Mir gehen Begriffe wie Kontaktschuld durch den Kopf. Die Angst allerdings ist weg in dem Moment, wo ich aufgerufen werde, wo ich nicht mehr im Ungewissen bin, fragen kann und etwas passiert.

Mein Begleiter, der meine mitgebrachten Unterlagen — hauptsächlich von Zahl Geschriebenes, ein paar Notizen — durchstöbert hat, bemerkt, auf Zahls neueste Artikel weisend, daß der Herr Zahl doch sehr rührig sei, literarisch immer aktiv. Konversation betreibend, gelangen wir durch einige Türen und Gänge zum Besucherraum, wo P.P.Z. schon wartet: in blauer Anstaltskleidung, zierlicher als auf den bekannten Fotos, aber erstaunlich munter, ironisch und scheinbar unbeeindruckt durch die Bedingungen. Wir sitzen uns in einem winzigen Raum am Tisch gegenüber, auf Tuchfühlung zwei Zuhörer, ein Beamter der Anstalt und mein Begleiter vom BKA, bei dem sich sein literarisches Interesse wieder regt. Er schmökert während der Stunde in Zahls Büchern. Nun, schaden kann's ihm nicht. Nach einer Weile löst sich die anfangs vorhandene Spannung in unserem Gespräch. Ich vergesse die Umgebung. Zahl erzählt auf meine Fragen begeistert, teils ironisch distanziert, über seine frühe Berliner Zeit. Er erklärt, wie in den jeweiligen literarischen Verarbeitungen [Baumann, Schneider, Fichter u.a.] aus der subjektiven Sicht erzählt, idealisiert und auch ausgespart wurde. Bald werden wir auch seine Geschichtsschreibung der APO-Zeit lesen können. Beim Rotbuch-Verlag liegt jetzt das Manuskript eines Schelmenromans aus der Zeit, die man sich angewöhnt hat, Studentenbewegung zu nennen. Zahl verwahrt sich gegen diesen Begriff. Er sagt, daß er bei den Libertären gearbeitet hat, im Ca ira, bei 883 — das waren Jungarbeiter u.a., auf jeden Fall kaum Studenten. Nur die hatten eben nicht ihre Schreiber. Auf die Frage nach seinen Haftbedingungen meint er »Ach, weißt du, es ist immer dasselbe«. Außer einmal wöchentlich Italienischunterricht, Kirchgang [auf der letzten Bank und extra bewacht] und manchmal Fernsehen hat er keinen Kontakt zu den anderen Gefangenen. Er klagt über seinen gesundheitlichen Zustand. Der angeknackste Kreislauf — fast garantiertes Resultat längerer Haftzeit bei allen Gefangenen, besonders forciert bei längerer Isolierung — läßt konzentriertes Arbeiten höchstens zwei Stunden täglich zu. Er hofft, daß sein Antrag, nach Berlin verlegt zu werden, irgendwann genehmigt wird. Dort sind seine Freunde, dort sind seiner Meinung nach auch politische Häftlinge mehr in den Normalvollzug integriert. Unklar ist, wie sich der Ministerwechsel in NRW auswirkt, wie die neue Justizministerin auf seinen «Fall« reagiert. Sie ersetzt Posser, der zum Finanzminister avancierte und mit dem Zahl so manche Privatfehde ausgefochten hat.

Zahl kritisiert an der Gefangenenarbeit der Linken, daß politische Häftlinge teilweise als Berufsknackis angesehen werden, als Nur-Gefangene, ohne sich ganz auf sie einzulassen. Er sei aber nicht nur Knacki, sondern auch Mensch. So findet er die Gefangenenselbsthilfeinitiativen sehr gut, weil bei ihnen eine stärkere Verbindlichkeit garantiert ist.

Die Stunde der Besuchszeit ist sehr schnell um, und mein Begleiter mahnt zum Aufbruch. Das Verbot, »dem Gefangenen Zahl irgendeinen Gegenstand zu übergeben«, empfinde ich als besonders hart. Aber es muß ja alles seinen bürokratischen Gang gehen, darf »Sicherheit und Ordnung der Anstalt« bzw. das »Vollzugsziel« nicht gefährden.

Beim Abschied schnell das Versprechen, möglichst bald wiederzukommen - und dann geht es wieder durch die Gänge und Türen; mein Begleiter schließt pausenlos auf und zu. Mir fallen Zeilen aus dem Gedicht »Doors« ein:

»Der Weg zu dir ist lang:/jedesmal schreit der handlange schlüssel/in eisernen türen/neun mal:/die zellentür/die tür des trakts/die tür des hafthauses/die tür des langen gangs/zum haupthaus hin/die eingangstür/zum besuchertrakt/die tür im ersten Stock/des besuchertrakts/die tür zur wartezelle/und warten.« *Ich atme auf, als die letzte Tür, die sich mir öffnet, nach draußen führt.*

eine AK-Leserin

Freiheit für die Agit- Drucker!

Westberlin. Seit November 1977 sitzen drei Drucker des Agit-Druckkollektivs in Untersuchungshaft. Vorgeworfen wird ihnen, neben vielen anderen Druckaufträgen u.a. von Gewerkschafts- und Kirchengruppen das INFO-BUG (Westberliner Spontizeitung) g e d r u c k t zu haben, was nie ein Geheimnis, sondern aller Welt und auch dem Staatsanwalt bekannt war. Aus der Tatsache, daß sich das INFO als Diskussionsforum aller Linken verstand und beispielsweise auch Erklärungen der RAF, der »Bewegung 2. Juni« und anderer abdruckte und weil AGIT es ablehnte, Druckaufträge wie das INFO zu zensieren, schließt die Anklage messerscharf auf »Unterstützung einer terroristischen Vereinigung«. Dementsprechend wurde die Anklageschrift erweitert und umfaßt jetzt die Paragrafen 111, 140, 88a und 130a (verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten) und 129a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung). Angeblich hätten die Agit-Drucker durch den Druck des INFOs u.a. neue Mitglieder für die »Revolutionären Zellen« geworben und den Bubackmord öffentlich gebilligt.

Ein Antrag auf Haftentlassung wurde beim letzten Haftprüfungstermin Anfang Februar mit einer ganzen Latte von Begründung abgelehnt, die von Flucht- und Verdunkelungsgefahr bis hin zu der Behauptung reicht, es sei mit einer längeren Freiheitsstrafe zu rechnen. Der zuständige Richter Zelle ist übrigens derselbe, der seinerzeit Horst Mahler wegen eines angeblichen Bankraubes für Jahre hinter Gitter schickte.

Die Haftbedingungen der Genossen sollen offenbar allmählich dem Stammheimer Landrecht angepaßt werden. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurden besondere »Sicherheitsmaßnahmen« eingeführt: verstärkte Durchsuchungen der Gefangenen und ihrer Zellen, Fliegengitter vor dem Fenster und ähnliches. Zumindest Gerdi wurde wochenlang eine Schreibmaschine vorenthalten, da sie erst »polizeitecnisch untersucht« werden müsse. Bestimmte Zeitungen werden nicht ausgehändigt, darunter der ARBEITERKAMPF, weil darin Zweifel an den Stammheimer »Selbstmorden« geäußert wurden. Dieser Beschluß stammt von Richter Bräutigam, der lange Zeit unter falschem Namen justizpolitische Kommentare für die Westberliner Springerpresse schrieb.

Noch offen ist, wann die Prozesse gegen die Agit-Drucker beginnen, möglicherweise schon in einigen Wochen im neuerrichteten »Sicherheitsbereich« DES Moabiter Gerichtes hinter schußsicherem Glas. Für die Öffentlichkeitsarbeit zum Prozess ist daran gedacht, den Fall der Agitdrucker dem Russell-Tribunal vorzulegen. Weiterhin gibt es einen Film, den man beim Agit-Solidaritätskomitee bestellen kann (1 Berlin 61, Mehringdamm 99).

Die Adressen der Gefangenen:
Henning Weyer/Gerdi Voß
Haftanstalt Moabit, Alt-Moabit 12a, 1 Berlin 21
Jutta Werth, Frauenhaftanstalt, Lehrterstr. 61, 1 Berlin 21

Ein SSB-Genosse aus dem Agit-Komitee

Leserbrief
zum Artikel im AK 133: »Knastgruppentreffen«

Im vorletzten Absatz Eures Artikels meint Ihr, daß in Zukunft die Gefangenenarbeit mehr und mehr auch auf den sog. »Normal«-vollzug gerichtet werden muß. So sehr wir dieses Vorhaben begrüßen, so sehr liegt aber in unserem Interesse, Eure falsche Ausgangsstellung zu berichtigen.

Ihr schreibt nämlich weiter:
»Denn das, was heute mit politischen Gefangenen geschieht, wird mehr und mehr Gefängnisalltag für jeden 'normalen' Gefangenen«, was wir grundsätzlich für falsch halten. Wir meinen und können das aufgrund eigener Knasterfahrung auch behaupten, daß das, was heute mit politischen Gefangenen geschieht und durch Gesetzänderungen legalisiert wird, schon immer illegal praktiziert wurde.

In Mannheim wurden Gefangene totgeprügelt und in der Hamburger Glocke wurden sie erschlagen. »Versehentliches Öffnen der Verteidigerpost war schon immer alltäglich und der heutige Begriff der Isolationshaft war der verschärfte Arrest, der obendrein bei Essensentzug über jeweils 3 Tage und hartem Lager auf einem Holzbrett über Wochen hinaus vollzogen wurde. Ebenso gab es schon immer Besuchs- und Schreibverbote, Verteidigerbehinderungen und anderes aus dem Repertoire der Kontaktsperre. Selbst allgemeine Informationsquellen wie Tageszeitungen und Radiogeräte sind erst neuerdings erlaubt — waren bisher verboten.

Natürlich ist uns klar, daß die Repression, der die politischen Gefangenen ausgesetzt sind, auf einer qualitativ höheren Ebene abläuft. Dies kommt unserer Meinung nach daher, daß ihr Widerstand konsequenter ist, ihre Artikulationsfähigkeit entsprechend ihrem Bewußtseinsstand wichtigere Punkte im bestehenden System angreift und die Unterstützung und Solidarität außerhalb der Knäste breiter ist, da die politischen Gefangenen der Gesinnungsjustiz ausgesetzt sind, von der alle linken, fortschrittlichen und kritischen Kräfte bedroht sind. Eine Identifikation mit Opfern der Gesinnungsjustiz findet im kritisch-aktiven Teil der Bevölkerung leichter statt, während sog. »Kriminelle« die aufgrund ihrer unterprivilegierten Herkunft auch Opfer dieses Systems sind und im Knast sitzen, entsprechende Unterstützung in ihrem Kampf gegen Klassenjustiz vermissen. Nur vereinzelt gelingt es »normalen« Gefangenen, die durch ihren Kampf gegen die Klassenjustiz entsprechendes Bewußtsein und Artikulationsfähigkeit erlangt haben, über fortschrittliche Leute an die Öffentlichkeit zu dringen und Unterstützung zu erhalten. Bei den unzähligen anderen, die den Knast nicht mehr ertragen, individuell aufbegehren, die Zelle zertrümmern und durchdrehen, weil sie sich nicht verbal und kollektiv zu wehren wissen, hat es die Klassenjustiz leicht, sie in Beruhigungszellen zu verschleppen und abzusondern. Nicht selten landen gerade solche Gefangene in Psychiatrien, ohne daß die Öffentlichkeit davon erfährt.

Wir als Betroffene sehen aber gerade in der Knastarbeit mit sog. normalen Gefangenen einen Ansatzpunkt, eine Bewegung innerhalb der Knäste zu schaffen. Allerdings gehen wir nicht davon aus, daß jetzt:*»das was mit politischen Gefangenen geschieht, mehr und mehr Knastalltag für jeden »normalen« Gefangenen wird«*, sondern davon, daß bisher kaum Unterstützung für sog. »normale« Gefangene und Widerstand gegen die Klassenjustiz von außerhalb der Knäste gelaufen ist. Ansätze dazu waren zwar in den Anfängen der Studentenbewegung zu spüren und der Gefangenenrat Frankfurt machte die Morde in Mannheim bekannt (siehe die Dokumentation »Knastalltag am Beispiel Mannheim« erschienen 1975 im Verlag 2000 GmbH Offenbach), aber es sieht immer noch so aus, daß ca. 60% der sog. »normalen« Gefangenen ohne jeglichen Kontakt zur Außenwelt in den Knästen sitzen. Völlig ohne Orientierungspunkte durch Bezugspersonen sind sie anfällig für die staatliche Hetze gegen die politischen Gefangenen,weshalb wir es für unbedingt notwendig halten, ohne in unserer Solidarität zu politischen Gefangenen nachzulassen, ebenfalls die Problematik des sog. »Normal«-vollzuges, der Klassenjustiz und deren Opfer aufzugreifen und gegen diese Art der Menschenvernichtung Widerstand zu leisten. Unsere Erfahrungen in der bisherigen Knastarbeit zeigen, daß es möglich ist, der staatlichen Hetze unter den Gefangenen entgegenzuwirken, sie aufgeschlossener gegenüber politischen Gefangenen zu machen und ihre kritische Haltung gegenüber der Klassenjustiz zu fördern. Mit zunehmendem Bewußtsein werden auch sie die Auswirkungen der Gesinnungsjustiz erkennen und Gemeinsamkeiten entwickeln. Wir können deshalb nur zu dem Schluß kommen:

Schafft ein, zwei, drei, viele Knastarbeitsgruppen,die neben den politischen Gefangenen auch sog. »normale« Gefangene unterstützen und Widerstand gegen die Klassenjustiz leisten!!!!!!

Gefangenenselbstinitiative e.V.
Max-Brauer-Allee 225
2000 Hamburg 50

Bayern:
4 tote Häftlinge im Februar

Die sogenannten Selbstmorde und Selbstverletzungen bei Häftlingen haben sich im Monat Februar auf insgesamt 4 nur in bayerischen Strafanstalten angesammelt.

Dies ist an sich schon eine Tatsache, die sehr zu Denken gibt. Dazu kommt aber zumindest in einem Fall eine ganz offensichtliche Folterung im Untersuchungsgefängnis Nürnberg, die der Gefangene sich selbst beigebracht haben soll, die aber auf jeden Fall zum Tod geführt.

Im einzelnen:

München-Stadelheim

In seiner Haftzelle wurde der Gefangene Horst K. in der Nacht zum 1. Februar von einem Kontrollbeamten tot aufgefunden. Er hatte sich mit einem selbstgeflochtenen Strick am Fenstergitter erhängt. Er war seit Anfang August letzten Jahres in Untersuchungshaft. Außerdem war bekannt, daß er unter Depressionen litt. (»SZ«, 1.2.78).

Nürnberger Untersuchungsgefängnis

Ein 20 Jahre alter Rauschgifthändler hat sich mit Streifen seines Bettlakens in einer Untersuchungshaftzelle erhängt. Bei einer Wohnungsdurchsuchung war bei ihm Rauschmittel entdeckt worden (»SZ«, 11.2.78).

Justizvollzugsanstalt Passau

Mit dem Gürtel seiner Hose erhängte sich ein 44 Jahre alter Untersuchungsgefangener in Passau. Gegen ihn wurde wegen Mordverdacht ermittelt (»SZ«, 11.2.78).

Nürnberger Untersuchungsgefängnis

Am 10.2. starb ein 22jähriger Untersuchungsgefangener in dem Bezirkskrankenhaus Ansbach. Er war dort eingeliefert worden, nachdem er einige Tage in der Untersuchungshaftanstalt Nürnberg verbracht hatte. Nach Angaben eines Arztes starb er im Krankenhaus Ansbach »keines natürlichen Todes«. Er war bereits lebensgefährlich verletzt dort eingeliefert worden.

In Nürnberg saß er wegen insgesamt 46 Anzeigen wegen Hausfriedensbruch. Er hatte immer wieder gewagt, trotz Verbot den Bahnhof zu betreten. Danach hatte er in seiner Wut gedroht, den Bahnhof in die Luft zu sprengen. Auf Grund seiner »mangelnden Zurechnungsfähigkeit« wurde er mit 1 Jahr und 3 Monaten Freiheitsentzug bestraft. Er saß aber noch in Untersuchungshaft, da das Urteil noch nicht rechtskräftig war.

Seinen Zustand in Nürnberg schilderte seine Mutter, die von nichts wußte und ihn noch besuchen wollte, so:*»Man führte mich nicht wie sonst zum Besuchszimmer, sondern zur Krankenstation. Als ich fragte, ob mein Sohn krank sei, antwortete einer der beiden Beamten, da ist er selber Schuld, er kann das Wasser nicht mehr halten. Dann öffnete man die Türe zum Krankenzimmer. Drinnen lag Günther mit weit aufgerissenem Mund, die Augen blickten starr geradeaus. Die Zähne waren blutig teilweise verkrustet, das Knie dick angeschwollen und abgeschürft. Außerdem hatte er am Auge einen Bluterguß. Hinterher stellten die Ärzte noch Brüche der Fußzehen und Nierenverletzungen fest. Als ich nach einem Anwalt schrie, sagten die Beamten, ich solle ruhig sein, sonst werde die Besuchszeit abgebrochen.«*

Die offiziellen Stellen hüllen sich in Schweigen: *»Wir untersuchen erst«* (»Nürnberger Nachrichten«, 11.2.78) Wie lange noch?

KB/Gruppe Nürnberg



Ein interessantes Urteil

Kurz nach der Ausbürgerung Biermanns durch die DDR-Regierung berichteten wir im AK über den Fall von Tamara T. (24) aus Flensburg: Ihr – Tochter einer Deutschen und eines ‚staatenlosen' Ausländers – wurde von den Behörden die Einbürgerung verweigert. Begründung: Sie biete **„nicht die Gewähr, sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen"**, da sie **„aktive KB-Sympathisantin"** sei. Dies wurde mit 19 Vorfällen „belegt". Außerdem wurde in dem Ablehnungsbescheid der Behörde sogar erwähnt, Tamara T. sei *„1969/70 (!!) im Alter von 16 Jahren in den Einflußbereich der Außerparlamentarischen Opposition geraten und habe laufend Mitschülerinnen beeinflußt"*; es sei auch *„bekannt"* (dem VS offensichtlich!), daß Tamara T. *„sich nach Unterrichtsschluß zur politischen Diskussion in die APO-Kommune, das sogenannte Sozialistische Zentrum, begeben habe"*. Eine bezeichnende Selbstdarstellung der umfassenden Schnüffel-Praktiken des VS!

Tamara T. hat am 21. Januar 1977 vorm Verwaltungsgericht Schleswig einen ersten Erfolg erreicht – das Gericht verpflichtete die Behörden zur Einbürgerung. Das Innenministerium von Schleswig-Holstein hat gegen dieses Urteil am 29. April Berufung eingelegt. Der Rechtsstreit geht also weiter.

Leider haben wir erst kürzlich Informationen über die Urteilsbegründung vom 21.1.77 erhalten. Wir meinen aber, daß das Urteil interessant genug ist, um darüber auch mit einem Jahr Verspätung zu informieren.

Zu den Vorwürfen wegen politischer Aktivitäten von Tamara T. in genug ist, um darüber auch mit einem Jahr Verspätung zu informieren.

Zu den Vorwürfen wegen politischer Aktivitäten von Tamara T. in ihrem früheren Betrieb meinte das Gericht:

„... Es ist kein Verstoß gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, wenn ein Arbeitnehmer Zustände in seinem Betrieb, die nach seiner Auffassung geändert werden müssen, öffentlich zur Diskussion stellt bzw. nach seiner Entlassung die Öffentlichkeit über die Hintergründe dieser Entlassung aufzuklären versucht ...".

Zu den Vorwürfen wegen der Teilnahme von Tamara T. an Veranstaltungen des KB und anderer linker Organisationen meinte das Gericht: *„... Auch dies vermag ein Nichtbekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht zu begründen. Die bloße Teilnahme an Veranstaltungen, auch solcher Gruppen, von denen angenommen wird, daß sie die freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpfen, ist kein Verstoß gegen diese Grundordnung. Es ist vielmehr jedem freigestellt, an solchen Veranstaltungen teilzunehmen ..."*.

Es blieb der Vorwurf, Tamara T. habe am 11.5.71 und 25.5.71 Flugblätter des KB verteilt und sich am 22.5.75 an einer Klebeaktion des KB beteiligt. Dazu meinte das Gericht:

„... Selbst wenn aus diesen beiden Vorfällen der Schluß gezogen werden könnte, daß die Klägerin aktive KB-Sympathisantin ist, was nicht so ohne weiteres auf der Hand liegt, vermag dies eine Ablehnung der Einbürgerung wegen entgegenstehender staatlicher Interessen nicht zu rechtfertigen.

Denn die Klägerin hält sich insoweit im Rahmen des auch ihr zustehenden Grundrechts der freien Meinungsäußerung aus Art. 5 GG das nicht auf Deutsche beschränkt ist. Dieses Grundrecht steht ihr zu, auch wenn sich ihre Meinungsäußerung nicht unbedingt im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung halten sollte ...". „Eine Tätigkeit, die durch das Grundgesetz geschützt ist, kann nicht staatlichen Interessen zuwiderlaufen". Die Ablehnung der Einbürgerung verstoße außerdem, so urteilte das Gericht, gegen den in Art. 3, Abs. 3 des Grundgesetzes garantierten Grundsatz, daß niemand wegen seiner politischen Anschauungen be-

teilte das Gericht, gegen den in Art. 3, Abs. 3 des Grundgesetzes garantierten Grundsatz, daß niemand wegen seiner politischen Anschauungen be-

nachteiligt werden darf.

Insgesamt, so scheint uns, ein vergleichsweise liberales Urteil, das in Widerspruch zu vielen Berufsverbote-Urteilen steht. Die Berufung wird beim Oberverwaltungsgericht in Lüneburg verhandelt werden. Es bleibt abzuwarten, ob sich dann der Staat mit seiner Absicht durchsetzt, jemanden aus politischen Gründen die Einbürgerung zu verweigern. **Wird diese Praxis anerkannt, so ist es zur Ausbürgerung aus politischen Gründen wohl nur noch ein kleiner Schritt!**



Demonstration der Initiative „Weg mit den Berufsverboten" in Dortmund.

Solidarität mit H. Häberlein

Zwei Wochen nach dem Skandal-Urteil des Ansbacher Verwaltungsgerichts gegen den bayrischen DFG/VK-Landesvorsitzenden Heinrich Häberlein (siehe AK 122) haben sich die Wogen der Protestwelle noch nicht geglättet.

So haben die bayrischen Jungdemokraten die verantwortlichen politischen Kräfte aufgefordert, neue Initiativen zur Beseitigung der Berufsverbote zu ergreifen. Mit diesem Urteil sei, so der stellvertretende Landesvorsitzende Elmar Ludwig, die *„entscheidende Phase im Kampf der Demokraten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen die Reaktion erreicht"* („Nürnberger Nachrichten", 10.2.78).

Die Vollversammlung der Vereinigung Bayerischer Vikare hat einstimmig eine Resolution verabschiedet, die sich gegen das Urteil wendet, das als Schlag gegen die Demokratie gewertet wird. Der Begriff der „freiheitlich demokratischen Grundordnung" werde dazu verwendet, um Unfreiheit und **Duckmäusertum zu erzeugen („SZ", 10.2.78).**

Der rechtspolitische Experte der SPD-Bundestagsfraktion warf dem Gericht vor, sich zu Unrecht auf das Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts (1975) berufen zu haben. Außerdem sei die rechtspolitische Interpretation des Begriffs „Verfassungstreue" „erscheckend". Der Abgeordnete nannte die Entscheidung ein weiteres Beispiel dafür, daß manche Praktiken der Überprüfung von Be**werbern für den öffentlichen Dienst zu Zweifeln an der Liberalität in der BRD Anlaß geben („FR", 10.2.78).**

Für die Regionalgruppe Nürnberg-Erlangen der Vereinigung Demokratischer Juristen (VDJ) zeichnen sich die Entscheidungsgründe der Ansbacher Richter im Fall Häberlein durch extreme Schwäche der juristischen Argumentation aus. **Diese werde dafür weithin durch politische Überlegungen und Bewertungen ersetzt.**

„Die Ansbacher Richter", so die VDJ, *„mögen sich persönlich aktive Antikommunisten zwar politisch wünschen — das Grundgesetz fordert Antikommunismus aber an keiner Stelle"* („Nürnberger Nachrichten", 13.2.). Auch Leserbriefe an die Presse machen deutlich, wie breit der Protest ist.

Ein Lehramtsanwärter aus Frankfurt schreibt, daß für ihn *„dieses Urteil nun so etwas wie der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen bringt"*, sei. *„So haben die Herren Richter mit ihrem Urteil zumindest eines bewirkt: Die Förderung meiner (nur meiner?) eher ablehnend-kritischen Haltung gegenüber dem ‚freiheitlichsten Staat in der deutschen Geschichte', und ich frage mich gleichzeitig, warum dieser Slogan in letzter Zeit immer häufiger zu hören ist?"* („FR", 30.1.78).

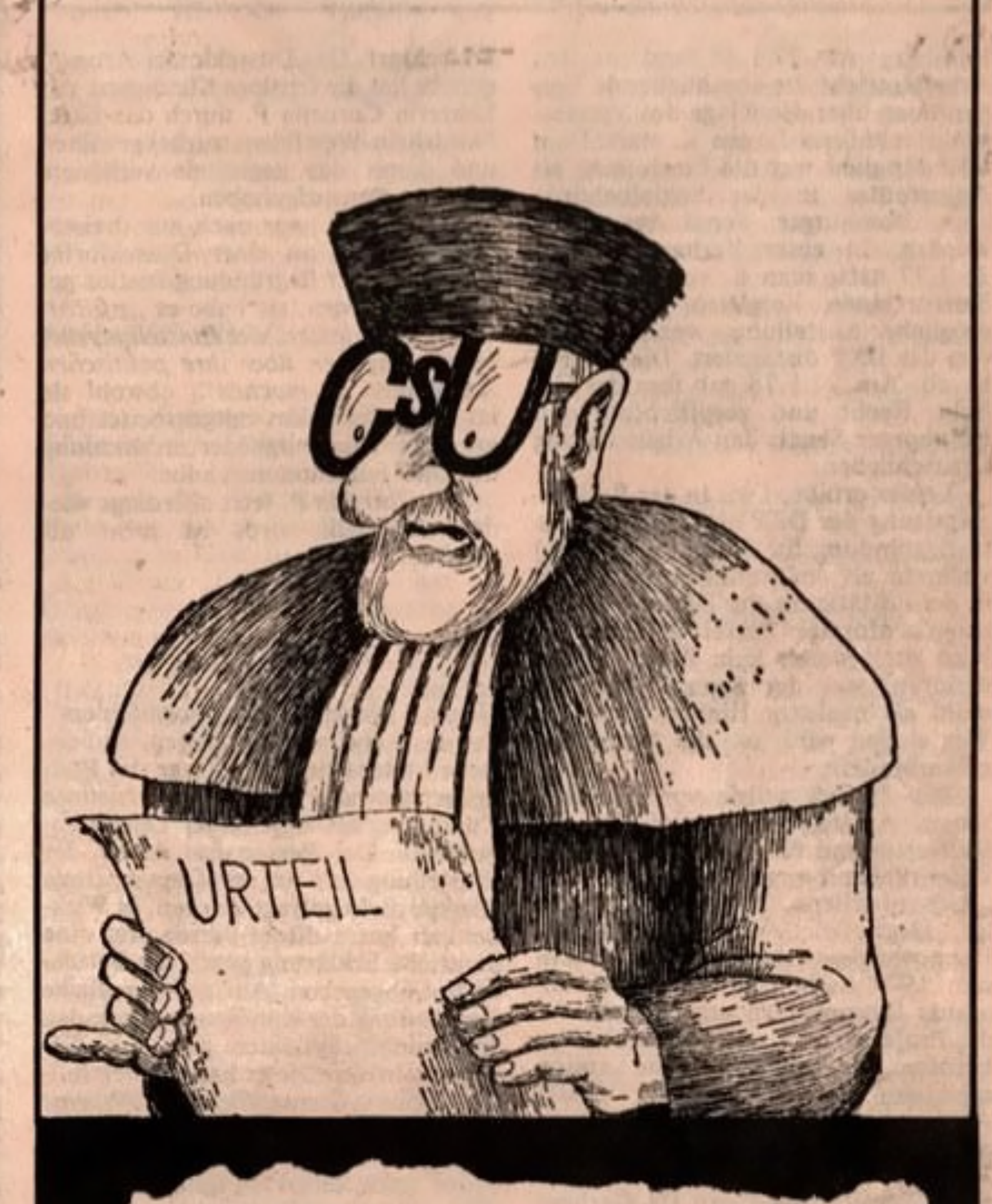
frage mich gleichzeitig, warum dieser Slogan in letzter Zeit immer häufiger zu hören ist?" („FR", 30.1.78).

Selbst der ehemalige CSU-Bundestagsabgeordnete Hans Roser ist mit dem Urteil nicht zufrieden. Er sieht den Grundwert der persönlichen Freiheit nicht nur durch Kommunisten, sondern *„auch tendenziell durch die Justiz"* gefährdet („NN", 6.2.78). Naja.

In einem Flugblatt der Russell-Initiative Nürnberg wird gefordert: *„Der Fall Häberlein muß vor's Russell-Tribunal"*.

Zu diesem Schluß kam auch die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden auf einer Ulmer Regionalkonferenz, wo ein Brief an Häberlein und die DFG/VK verabschiedet wurde, in dem diese aufgefordert werden, den Fall vor das Tribunal zu bringen.

KB/Gruppe Nürnberg



> Nicht ausräumbare Zweifel daran, ob der Kläger jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung aktiv eintreten werde, haben sich aber insoweit ergeben, als der Kläger gegenüber kommunistischen Zielsetzungen eine nicht genügend klare Abgrenzung vollzogen hat.
>
> Auf die weitere Frage, ob er eine Übernahme des DDR-Systems auf die Bundesrepublik Deutschland ablehnen werde, hat er nicht generell die notwendige Antwort gegeben, daß dies wegen der Aufrechterhaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes ausgeschlossen ist, sondern deshalb, weil eine große Kriegsgefahr entstehen würde. Seinen weiteren Einlassungen ist zu entnehmen, daß er den in der DDR gemachten Versuch, eine andere Gesellschaftsform zu finden, zunächst einmal akzeptierte, es aber nicht seine Aufgabe sei, hierauf Einfluß zu nehmen. Aus dieser Einstellung heraus erklärt es sich wohl, wenn der Kläger sich nicht genügend zu kommunistischen Bestrebungen abgegrenzt hat, obwohl er als Landesvorsitzender einer Vereinigung wie der DFG-VK bei der Mitwirkung von Kommunisten in dieser Organisation immer unter den Zwang einer geistigen Auseinandersetzung mit kommunistischen Zielsetzungen steht. Wenn er nun auf wiederholte Befragungen sowohl bei der Regierung von Mittelfranken als auch vor dem erkennenden Gericht eindeutig die Antwort gegeben hat, er halte Kommunisten für Demokraten, so wird es ihm schwerfallen, kommunistische Bestrebungen, die auf die Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung abzielen, als gegen das Grundgesetz gerichtet zu erkennen und als Beamter entsprechend darauf zu reagieren. Es ist nicht auszuschließen, daß der Kläger diese Zielsetzungen gar nicht erkennt und daher auch nicht in der Lage ist, dann aktiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten, wenn sie in Gefahr ist. Er ist dann vielleicht in die Situation eines Mannes gedrängt, der ratlos den Geschehnissen zusieht, sich freilich nicht etwa aktiv am Sturz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung beteiligen wird, aber auch nicht in der Lage sein wird, diesem Sturz durch eigenes aktives Verhalten entgegenzutreten.

Aus der Urteilsbegründung gegen H. Häberlein (FR, 8.2.78)

Wes Geistes Kind ...

die Ansbacher Berufsverboterichter sind, die das berüchtigte Häberlein-Urteil fällten („ein Beamter muß überzeugter Antikommunist sein"), macht ein Bericht der Zeitung „plärrer — illustiertes Stadtmagazin für Nürnberg-Fürth-Erlangen" über den Prozeß deutlich (zitiert nach „die tat" vom 17.2.78).

Nach den Gründen befragt, warum er 1976 auch der VVN beigetreten sei, wies Häberlein in dem Prozeß auf die verstärkten Aktivitäten alter und neuer Faschisten hin. Daraufhin meinte der Richter, dies sei nicht ernst zu nehmen. Und zur militant faschistischen „Wehrsportgruppe Hoffmann": *„Das sind Einzelgänger, die wird es immer geben."* Ein beisitzender Richter erklärte sogar, daß er die Hoffmann-Bande nicht für faschistisch halte. Schließlich würde sie ja keine Kaufhäuser stürmen und keine Schaufenster einwerfen! Häberlein wurde weiter befragt, wie er es mit seiner christlichen Verantwortung vereinbaren könne, Antifaschist zu sein, wo doch das Gebot der „Nächstenliebe" verlange, jedem Mitmenschen gegenüber offen und gesprächsbereit zu sein (!!!).

Das ist also die von den Ansbacher Richtern geforderte Kehrseite des „aktiven Antikommunismus": „Nächstenliebe" für die Nazis! Das sagt alles.

Anhörung geplatzt

Frankfurt/Universität. Der sechste Fall von politischer Disziplinierung im Fachbereich 10 seit 1974: Dieter L., Romanistik-Student und seit Oktober 1977 HiWi, ist aufgefordert, seine „Verfassungstreue" unter Beweis zu stellen. Grund: D.L. soll *„einer Gruppe von Anhängern"* (?) der Liga gegen die Imperialismus angehört haben, die am 31.7.75 Flugblätter eines Indochina-Ausschusses in Lindenberg/Allg. verteilt haben soll. In den Flugblättern soll u.a. zu einer Geldsammlung aufgerufen worden sein, die nicht genehmigt gewesen sei. *„Sie sollen sich am 1.8.75 an dieser Geldsammlung in Lindenberg beteiligt haben"*. Und weiter:

„Sie sollen ferner im Juni 1977 für die Antiimperialistische Aktionseinheit (KSV) zu der Studentenparlamentswahl an der Universität Ffm kandidiert haben". Der Uni-Kanzler fordert von D.L., über sein Verhältnis zur „Liga", zum KSV und zur „KPD" auszusagen (*Sind Sie Mitglied...? / „Haben Sie Funktionen...? / „Teilen Sie Aussagen, Ziele und Programme...?"* Schließlich soll er noch das übliche Ritual zur fdGO ablegen.

Doch dieses Sonderverhör sollte für die Uni-Bürokratie nicht so glatt über die Bühne gehen. Öffentlicher Protest von Studenten entwickelte sich, unterstützt von Professoren des FB 10 und dem ÖTV-Vertrauensleutekörper, der eine Solidaritätserklärung mit der Forderung nach Rücknahme des Anhörungsverfahrens und Möglichkeit für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung verabschiedete. Aufgrund der Ankündigung, D.L. zu seinem Anhörungsverfahren zu begleiten, wurde vom Kanzler zunächst Polizeieinsatz angedroht. Als dieser Einschüchterungsversuch ohne Erfolg blieb, wurde das Anhörungsverfahren auf einmal abgesetzt.

Zu einer Protest- und Diskussionsveranstaltung kamen ca. 50 Studenten und einige Hochschullehrer. Übereinstimmend wurde diskutiert, daß es notwendig ist, wieder verstärkt öffentlichen Protest über jegliche Disziplinierungsversuche herzustellen, um Bespitzelung und Berufsverbote nicht zur gewohnten Alltagspraxis werden zu lassen. Ein Besuch beim Kanzler wurde beschlossen, um ihn zu einer klaren Stellungnahme bezüglich seiner Handlangerdienste für das Kultusministerium und den VS aufzufordern. Doch welch ein Zufall: In dem Gebäude funktionierten plötzlich die Fahrstühle nicht mehr, das entsprechende Stockwerk war verschlossen.

Am Telefon erklärte er, er sei zu keinem Gespräch bereit und außerdem sei nicht er, sondern die Staatssekretäre in Wiesbaden zuständig.

KB-Unigruppe Frankfurt

KURZMELDUNGEN

Hamburg: Am 27.1.78 fand vor dem Arbeitsgericht die abschließende Verhandlung über die Klage des Vermessungstechnikers Jürgen K. statt. Dem DKP-Mitglied war die Einstellung als Angestellter in der Sozialbehörde vom Hamburger Senat verweigert worden. In einer Verhandlung am 25.3.77 hatte man K. von Seiten des Senats einen Vergleich angeboten: mögliche Anstellung, wenn er sich von der DKP distanziert. Dies lehnte K. ab. Am 27.1.78 gab ihm das Gericht Recht und verpflichtete den Hamburger Senat, den Arbeitsvertrag abzuschließen.

Leider erfahren wir in der Berichterstattung der DKP nicht die konkrete Begründung für das Urteil. Es wird vielmehr als ein wahnsinniger Erfolg in der Bestätigung der DKP als verfassungskonformer Partei gefeiert. Es wird auch weiter kein Wort darüber verloren, was der Senat Jürgen K. wohl als nächstes Hindernis in den Weg stellen wird, um die Anstellung zu verhindern.

Der Prozeß wurde von 30 dänischen Antifaschisten verfolgt, die stellvertretend für eine internationale Öffentlichkeit anwesend waren.

„Richard Hiepe, Kunstwissenschaftler, klagt beim Verwaltungsgericht Hannover gegen das Land Niedersachsen. 1974 hatte ihn die Kunsthochschule Hannover an erster Stelle für die Professur in Kunstwissenschaften berufen. Die niedersächsische Landesregierung (damals noch SPD/FDP-Anm. AK) hatte seine Einstellung jedoch mit der Begründung abgelehnt, Hiepe habe sich 1971 an einer Protestdemonstration gegen Dr. Gerhard Freys neonazistische 'Deutsche Volks-Union' (DVU) beteiligt" („PDI-Hintergrunddienst", 15.2.78).

• • •

Stuttgart/Dortmund. 8.000 Teilnehmer hatte am 4.2. die Demonstration gegen die Berufsverbote in Stuttgart, 10.000 Teilnehmer die Demonstration in Dortmund am 11.2. (Angaben nach „UZ" bzw. „DVZ"). Zu beiden Demonstrationen hatte die Initiative „Weg mit den Berufsverboten" im Rahmen ihrer Kampagne zum sechsten Jahrestag des Radikalenerlasses aufgerufen.

• • •

Frankfurt. Das Frankfurter Verwaltungsgericht hat den Antrag des von der Bundesbahn wegen seiner DKP-Mitgliedschaft Ende letzten Jahres entlassenen Bundesbahn-Inspektorenanwärters Axel Seiderer, seine sofortige Entlassung aufzuschieben, zurückgewiesen.

Frankfurt. Das Frankfurter Verwaltungsgericht hat den Antrag des von der Bundesbahn wegen seiner DKP-Mitgliedschaft Ende letzten Jahres entlassenen Bundesbahn-Inspektorenanwärters Axel Seiderer, seine sofortige Entlassung aufzuschieben, zurückgewiesen.

• • •

„Fräulein Pfannkuch ist eine typische Demokratin und bietet keinerlei Gewähr, jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat einzutreten." Brief des Stadtrats Oldenburg (i.O.) vom 18.10.1933 an die Konrektorin der Mädchenschule Ebersheim, Elisabeth Pfannkuch, mit dem Bescheid über die Prüfung darüber, ob sie die Voraussetzung des NS-Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums erfülle, vorgelesen auf der Landesdelegiertenkonfezenz der NRW-Jungdemokraten am 4. Februar von Professor Ulrich Klug (FDP). (aus „FR", 7.2.78)

Düsseldorf. Das Düsseldorfer Arbeitsgericht hat die fristlose Kündigung der Lehrerin Cornelia P. durch das Land Nordrhein-Westfalen zurückgewiesen und damit das gegen sie verhängte Berufsverbot aufgehoben.

Cornelia P. war nach nur dreiwöchiger Arbeit an einer Düsseldorfer Schule mit der Begründung fristlos gekündigt worden, sie habe es *„pflichtwidrig unterlassen, der Einstellungsbehörde Angaben über ihre politischen Aktivitäten zu machen"*, obwohl sie im MSB Spartakus mitgearbeitet und an einer Kreismitgliederversammlung der DKP teilgenommen habe.

Ob Cornelia P. jetzt allerdings wieder eingestellt wird, ist mehr als fraglich.

• • •

Hagen. Wegen eines „Formfehlers" hat das Arbeitsgericht Hagen, Außenstelle Lüdenscheid, die Klage des Pädagogen Gerhard J. gegen seine fristlose Kündigung als angestellter Lehrer abgewiesen. Der Personalrat sei bei der Einstellung J.'s an der Gesamtschule Kierspe nicht gefragt worden. In Wirklichkeit hatte dieser Personalrat eine deutliche Erklärung gegen das Berufsverbot abgegeben. Auf die eigentliche Begründung der Kündigung durch den Regierungspräsidenten ging das Gericht nicht ein. Dieser hatte J. beschuldigt, seine *„Dienstpflichten gröblichst verletzt"* zu haben, weil er laut Verfassungsschutz Mitglied der DKP sei, die Frage nach seiner Mitgliedschaft jedoch zurückgewiesen und sich nicht der Meinung einiger Gerichte, die DKP sei verfassungswidrig, angeschlossen habe.

• • •

Kassel. Das Verwaltungsgericht wies die Klage eines 30 Jahre alten Studienassessors auf Einstellung in den hessischen Schuldienst zurück. Da der Kläger die DKP für verfassungsmäßig halte, Informationsmaterial der DKP verteilt hätte und s o g a r von DKP'lern mit „Genosse" angeredet worden sei (!), könne den Behörden eine Einstellung nicht zugemutet werden. Man fragt sich, was der VS sonst noch alles notiert ... (nach „FR", 8.2.).

• • •

München. Ein ehemaliges Mitglied der bayrischen Landesschülervertretung berichtete auf einer Vollversammlung des Kreisjugendringes München, wie „FR", 8.2.).

• • •

München. Ein ehemaliges Mitglied der bayrischen Landesschülervertretung berichtete auf einer Vollversammlung des Kreisjugendringes München, wie ein Verfassungsschutzspitzel sie hatte anwerben wollen: *„Übrigens könnten Sie dann ja auch ihrer politischen Aktivität freien Lauf lassen* (!). *Das würde in diesem Fall natürlich nicht gegen Sie verwendet werden."*

Zu dieser Enthüllung erklärte der CSU-Stadtrat Stützle auf der gleichen Veranstaltung, M.W. habe ihre mangelnde Verfassungstreue schon dadurch bewiesen, daß sie das Angebot des Verfassungsschutzes nicht angenommen habe!

Nach der Vorstellung dieses sauberen Herrn ist also jeder, der nicht mit dem VS zusammenarbeitet, fällig für's Berufsverbot. Neue Perspektiven der Berufsverbotspraxis!

Alkmaar. 500 Teinehmer hatte eine Veranstaltung des Alkmaarer „Comité tegen Berufsverbote", die als Höhepunkt einer „Woche gegen die Berufsverbote in der BRD" durchgeführt wurde. Die Teilnahme des Alkmaarer Bürgermeisters, vieler Magistratsmitglieder und führender Partei- und Gewerkschaftsvertreter sowie eine Grußadresse des PvdA-Vorstands an die Veranstaltung zeigte die Breite des Protestes gegen die Berufsverbote in der BRD. Auf der Veranstaltung sprach u.a. auch Han Wielek.

• • •

Düsseldorf. Seit dem 1. Januar 1978 hat die Düsseldorfer Sparkasse für ihre Angestellten die „politische Treuepflicht" eingeführt. Danach müssen sie nicht nur die branchenübliche Verpflichtungserklärung zur Verschwiegenheit und Unbestechlichkeit unterschreiben, sondern auch eine Erklärung, wonach es die *„Stadtsparkasse Düsseldorf als selbstverständlich voraussetzt"*, daß sie keiner Organisation angehören oder eine solche fördern, die *„darauf ausgeht..., die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu gefährden"*. Die Berufsverbotepraxis schreitet voran. Auch außerhalb des öffentlichen Dienstes.

• • •

Hamburg. Die GEW Hamburg hat zum sechsten Jahrestag des Radikalenerlasses eine Dokumentation *„Berufsverbote und politische Disziplinierung"* herausgebracht, in der 95 Hamburger Berufsverbotefälle namentlich und weitere 31 nicht-namentlich aufgelistet werden. Das „liberale" Hamburg dürfte damit weiterhin zu den Spitzenreitern in Sachen Berufsverbote in der BRD gehören. Die Dokumentation ist für 3,50 DM bei der GEW Hamburg, Rothenbaumchaussee zu erhalten.

Berufsverbote-Kommission

• • •

Brüssel. Am 28.1. demonstrierten etwa 20 Mitglieder des belgischen Komitees gegen die Berufsverbote, der Menschenrechtsliga und des „Nationalen Komitees für Frieden und Entwicklung" vor der BRD-Botschaft gegen die Berufsverbote. Sie übergaben eine Protesterklärung, in der es u.a. heißt, daß *„der Abbau demokratischer Rechte um so weniger hingenommen werden kann, als die BRD sich selbst als Modell für andere Länder versteht"* („BPA", 4.2.78).

nalen Komitees für Frieden und Entwicklung" vor der BRD-Botschaft gegen die Berufsverbote. Sie übergaben eine Protesterklärung, in der es u.a. heißt, daß „der Abbau demokratischer Rechte um so weniger hingenommen werden kann, als die BRD sich selbst als Modell für andere Länder versteht" („BPA", 4.2.78).

• • •

Brügge. Eine Delegation aus Brügge (Belgien) nahm am 25./26.1. an verschiedenen Aktivitäten in Oldenburg anläßlich des sechsten Jahrestages des Radikalenerlasses teil. Brügge ist eine sog. „Patenstadt" von Oldenburg. Grundlage dieses Engagements ist eine Protesterklärung gegen die Berufsverbote, die außer von der sozialdemokratischen Parteispitze von allen sich fortschrittlich verstehenden Organisationen Brügges unterzeichnet worden ist.

Belgien-Kommission

„Wer sich für solche Personen einsetzt, den muß man sich ganz genau angucken."

(CDU-Ministerpräsident Dr. Vogel)

— DOKUMENTATION —

Die Speyerer Bürgerinitiative hat eine Broschüre über die VS-Aktion gegen die Unterzeichner einer Unterschriftensammlung zugunsten der Lehrerin Uta Boege herausgebracht (wir berichteten mehrfach darüber). Erhältlich bei Lothar Blank, Kurt Schumacher Str. 26, 672 Speyer: Preis 2 DM (60 Seiten)

„anders geartete Gesinnung"

In der Bundeswehr ist für *„Personen, deren Gesinnung und ideologisches Bewußtsein erwiesenermaßen anders geartet ist, kein Platz"*. Mit dieser „Begründung" versucht die Wehrbereichsverwaltung II in Hannover die Entlassung des Kochs Norbert S. zu rechtfertigen.

Norbert S. war bis Mitte 1977 in einer Bundeswehrküche angestellt und hat gegen seine Entlassung beim Arbeitsgericht Braunschweig Klage erhoben.

Als Beweis für seine „anders geartete Gesinnung" müssen für die Wehrbereichsverwaltung in ihrer Klageentgegnung dann auch Schnüffelerkenntnisse des Militärischen Ab-

beitsgericht Braunschweig Klage erhoben.

Als Beweis für seine „anders geartete Gesinnung" müssen für die Wehrbereichsverwaltung in ihrer Klageentgegnung dann auch Schnüffelerkenntnisse des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) herhalten: *„So soll S. in Gesprächen die Erfolge der DDR-Sportler bei den olympischen Spielen 1976 auf die im Vergleich zur BRD bessere Jugend- und Sportförderung zurückgeführt haben!!* Typisch Verfassungsfeind! Außerdem soll er geäußert haben, daß das Grundgesetz von den BRD-Staatsorganen mißachtet wird. Schließlich habe er sich auch noch als Mitglied der SDAJ bekannt.

Deutlicher als mit dieser „Begründung" der Wehrbereichsverwaltung läßt sich wohl kaum beweisen, daß nicht nur linke Aktivitäten, sondern inzwischen auch den BRD-Geheimdiensten mißliebige Meinungsäußerungen mit Berufsverboten geahndet werden.

Außerdem zeigt dieser Fall wieder einmal, daß die Berufsverbotspraxis nicht nur für Beamte angwendet,

nicht nur linke Aktivitäten, sondern inzwischen auch den BRD-Geheimdiensten mißliebige Meinungsäußerungen mit Berufsverboten geahndet werden.

Außerdem zeigt dieser Fall wieder einmal, daß die Berufsverbotspraxis nicht nur für Beamte angwendet,

sondern auch auf Angestellte im öffentlichen Dienst und weitere gesellschaftliche Bereiche ausgedehnt wird.

Abhörfall im Pädagogischen Zentrum

Westberlin. Von einem klaren Abhörfall im pädagogischen Zentrum berichtet der Personalrat des Instituts: *„Zwei Mitarbeiterinnen des Zentrums führten ein hausinternes Telefongespräch. Plötzlich hörte die eine der beiden, während sienoch sprach, die wortgetreue Wiedergabe eines vor zwei Minuten geführten Teils des Gesprächs. Ihre Partnerin vernahm zur gleichen Zeit nur undeutliche Störgeräusche ..."*. Das Ganze ereignete sich am 9. Januar.

Typisch die Reaktion der Senatsschulverwaltung, der es gar nicht schnell genug gehen konnte, eine Untersuchung hierüber wieder zu beenden, *„ weil sich keine Anhaltspunkte für ein Abhören (!!) ergeben hätten"*. Die Post erklärte sich nicht für zuständig, weil es sich um eine hausinterne Telefonanlage gehandelt habe. Daraufhin wurde die Firma SEL mit einer Überprüfung der Leitungen beauftragt, was angeblich *„nichts Verdächtiges"* ergeben habe. SEL erklärte schließlich frech, es habe sich wahrscheinlich um einen **„Scherz"** eines Mitarbeiters gehandelt, der sich möglicherweise eine **„Fehlschaltung"** zunutze gemacht habe.

Gegen diese Darstellung verwahrt sich der Personalrat des Pädagogischen Zentrums. Gleichzeitig weist er darauf hin, daß nach Aussagen von SEL-Bauftragten selbst technisch ungeheuer viele Abhörmöglichkeiten (*„etwa 7500"*) bestünden. Der PR hält es auch für *„symptomatisch"*, daß die Untersuchung seitens der Senatsschulverwaltung beendet wurde, *„ohne daß alle Möglichkeiten ausgeschöpft wurden"*.
(Zitate aus „Tagesspiegel", 29.1. und 12.2.78)

Da schmunzelt der Haarspalter

Allen Ernstes entschuldigte sich die „Frankfurter Rundschau" (6.2.78) dafür, das Berufsverbote-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1975 in einer ihrer Ausgaben als *„Radikalenerlaß"* bezeichnet zu haben. Denn selbstverständlich handelte es sich dabei um einen *„Radikalenbeschluß"*, wie die FR eilig richtigstellte. Schließlich leben wir ja in einem „Rechtsstaat", nicht wahr ...?!

„Innere Bindung"

Hamburg. Es fing damit an, daß Hans-Werner S. wegen guter pädagogischer Leistungen vorzeitig verbeamtet werden sollte. Statt der Verbeamtungsurkunde erhielt der Handelsschullehrer jedoch vor nunmehr anderthalb Jahren ein Schreiben vom Senatsamt, in dem ihm die berüchtigten „Zweifel" mitgeteilt wurden. Die Vorwürfe bezogen sich auf: Besuch von Veranstaltungen des Kommunistischen Bundes, darunter eine Chile-Veranstaltung, Mitwirkung an einer Zeitung („Sparschweinereien"), in der die Sparpolitik des Hamburger Senats kritisiert wurde, und schließlich KB-Mitgliedschaft.

Während des Verfahrens machte S. Erfahrungen, wie sie Berufsverbote-Opfer immer wieder machen. Er bekam z.B. Einsicht in seine Personalakte (die ihm erstens zusteht, und die er zweitens für die Führung des Verfahrens braucht) nur durch Klage vor dem Verwaltungsgericht. Erst dadurch erfuhr er von Vorwürfen wie z.B., daß er jahrelang U n t e r m i e t e r von Sabine B. (vgl. AK 120) gewesen sei, die selbst vom Berufsverbot betroffen ist!

Nach den üblichen verfahrensmäßigen Stationen (Anhörung, Senatskommissionsberatungen etc.) ließ die Behörde abschließend verlauten, die Aussagen des Kollegen seien „überwiegend unglaubhaft" gewesen.

Die Entlassung wurde ausgesprochen zum frühest möglichen Termin, nachdem das Verfahren abgeschlossen war. Ihre Begründung besteht eigentlich nur in einer fleißigen Zusammenfassung aller bis dahin erhobenen Vorwürfe. In keiner Weise wurde dagegen auf die im Laufe der anderthalbjährigen Prozedur erhobener Aussagen, Proteste, Richtigstellungen eingegangen. Die Schlußfolgerung, daß die Entscheidung von vornherein feststand, liegt nahe. Für die Behörde „beweist" das Zusammenwohnen mit einem Berufsverbots-„Fall", der Besuch linker Veranstaltungen, das Lesen kommunistischer Zeitungen usw. eine „innere Bindung" an den KB. Mehr ist aber für ein Berufsverbot nicht notwendig, da der Nachweis etwa der tatsächlichen Mitgliedschaft nicht mehr geführt zu werden braucht.

Von der mit Verabschiedung der Hamburger „Richtlinien" versprochenen „Liberalisierung" wie auch von der sog. „rechtsstaatlichen Einzelfallprüfung" kann keine Rede sein.

Eine juristische Beweisführung wird von der Behörde nicht verlangt — zählt doch die „innere Bindung" vor Gericht. Der Willkür von Kontaktschuld ist damit Tor und Tür geöffnet. Hans-Werner S. hat Widerspruch gegen die Entlassung eingelegt. Dieser hat zunächst aufschiebende Wirkung, so daß er vorläufig noch in der Schule bleibt.

Seit über einem Jahr machen seine Schüler mit Unterschriftensammlungen unter jetzigen und ehemaligen Schülern Öffentlichkeitsarbeit zu dem „Fall". Eine Schülerdelegation überreichte eine Solidaritätserklärung der zuständigen Behörde, in der die Schüler ihren Protest gegen die Entlassung unterstreichen.
(nach einer Pressemitteilung ehemaliger Schüler von Hans-Werner S.)

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents Verlag
Lerchenstr.75, 2 Hamburg 50
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.

Auflage: 21.000

Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 2,–

Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents

Militarismus Antimilitarismus



„Übrigens, es wurde mit G-3 geschossen ..."

Aus dem Verbandsleben des „Verbandes Deutscher Soldaten e.V."

Die Faschisten „rudeln" weiter in der Bundeswehr. Trotz vieler Dementis und „Richtigstellungen", trotz vieler schöner Worte Lebers und seiner Staatssekretäre. Im Aufwind der Terroristenhetze und der Nazi-Nostalgie gehen die Faschisten sogar immer stärker dazu über, ihre Aktivitäten öffentlich zu vermelden und aus ihrem Sumpf hervorzutreten. Als Folge gerät die so kompromitierte SPD/FDP-Regierung von einem Neo-Nazi Skandal in den anderen. Die „Fälle" Rudel, Kraushaar, Rall, Hildebrandt, Judenverbrennung, etc. sind jedoch nur die Spitze eines gefährlichen Eisbergs!

Ein wesentlicher Teil dieses Eisbergs ist die „Arbeitsgemeinschaft der Reservisten, Soldaten und Traditionsverbände" (ARST), 1969 gegründeter Dachverband der verschiedenen Wehrmachts-Traditionsverbände (einschließlich SS-HIAG), des Verbandes der Reservisten der BW (VdR) des Deutschen BW-Verbandes, sowie verschiedener „Sozial"-Verbände (Kriegs-„Opfer"...). Nach eigenen Angaben zählt 'ARST' ca. 350 000 Mitglieder. Sie wendet sich gegen die „Kollektivschuld" und die „Geschichtslosigkeit" unserer Zeit, und will „wieder ein deutsches Nationalgefühl" fördern (nach PDI-Sonderheft 2).

Gemessen an den Aktivitäten ist der Verband deutscher Soldaten (VdS) wohl der wichtigste der Wehrmachts-Traditionsverbände in der „ARST". Er besitzt, wie die Lektüre

machts-Traditionsverbände in der „ARST". Er besitzt, wie die Lektüre

seines Monatsorgans „Soldat im Volk" zeigt, eine starke integrierende Kraft, besonders für das Potential der BW-Reservisten. Ein Blick ins „Verbandsleben" des VdS belegt, daß das von „Verharmlosern" seit Jahren vorrausgesagte „biologische Ende" der überalterten Militaristenverbände nur die halbe Wahrheit ist. In steigendem Maße werden jüngere Kräfte rekrutiert und selber aktiv!

„Sportliche Wettkämpfe" ?

„Einen erfreulichen Erfolg konnte am 22. Oktober (1977) Kamerad Rudi Schade ... beim Pokalschießen ... auf dem Schießplatz der Bundeswehr erziel en ... . Übrigens, es wurde mit dem G3 (Bundeswehr-Waffe) geschossen, und es maßen sich die Reservisten mit den Kameraden der Ortsgruppe".

Kamerad Rudi ist Schatzmeister im „Verband Deutscher Soldaten", Ortsgruppe Wetter/Herdecke in Nordrhein-Westfalen. Und über seinen Schießerfolg berichtete das Organ seines Verbandes „Soldat im Volk" (SiV) im Dezember 77.

Er ist nur einer von tausenden, die sich jährlich zusammen mit Aktiven und Reservisten der BW im Schießen „üben". Dabei geht es allerdings weniger harmlos zu, als es die obige Meldung vermuten lassen kann. Dies zeigt sich schon an der Liste der beteiligten Organisationen des folgenden Treffens des Kreisverbandes **Hameln** des VdS: *„Aktive, Reservisten und ehemalige Soldaten (Weltkrieg I und II – d.Verf.) trafen sich im Reservistenheim am Schießstand der Holtenser Landstraße. Oberfeldwebel d.Res. und Reservisten-Kameradschaftsleiter (RK-Leiter) Jürgens hatte zu einem „kleinen Pioniertag" anläßlich des fünfjährigen Bestehens der Partnerschaft zum 2. Pionier-Bataillon 1 Holzminden eingeladen... Die Pioniere ... hatten bereits die Wettkampfplätze hergerichtet. Folgende Mannschaften traten gegeneinander an:*

1. Aktive Pioniere von der 2. Pi. 1
2. Reservistenkameradschaft 1
3. Gäste: VdS, HIAG (ehem. Waffen-SS) und Gast-Reservisten"

Ob es eine obere Grenze in der Auswahl der Waffen gibt, mit denen sich auf derartigen Treffen die 'alten' mit den 'jungen' Kameraden messen, ist fraglich.

Die VdS-Gruppe Sulingen berichtet in „Soldat im Volk" (Nov. 77) von ihrem Vergleichsschießen mit der BW in Nienburg-Langendamm, zu dem *„ca. 500 Teilnehmer"* erschienen: *„Es wurde mit G3, Pistole und Maschinengewehr* (!!!) *geschossen"*.

Wer will da noch ernsthaft ausschließen, daß HIAG-Faschisten auf dem Leopard durchs Gelände fahren ... ?

Es tut sich was im Saarland

Besonders aktiv war Ende letzten Jahres der VdS-Landesverband Saar: *„Der Bund ehemaliger Wehrmachts- und RAD (Reichsarbeitsdienst)-Angehöriger, Landesverband im Verband deutscher Soldaten (VdS), führte im Rahmen einer Großveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft der Soldatenverbände an der Saar, unter der Mitwirkung des DSBK (Kyffhäuserbund), der HIAG, der ehem. Stahlhelmer, des Bundes der Fallschirmjäger, des ehemaligen Afrika-Korps und des VdK („Kriegsopfer") -Landes- und Ortsverband am 8.10.77 seinen diesjährigen Herbstausflug nach Saarlouis durch. Die Luftlandebrigade hatte durch ihren Kommandeur, Herrn Oberst Loch, zu einer Kasernenbesichtigung eingeladen. Als Auftakt der Veranstaltung legte der Landesvorsitzende Bamberg im*

Kasernenbesichtigung eingeladen. Als Auftakt der Veranstaltung legte der Landesvorsitzende Bamberg im

Namen der AG (Arbeitsgemeinschaft) am Ehrenmal der Fallschirmjäger, an dem zwei Fackelträger der Fallschirmjäger postiert waren, nach der Begrüßung durch den Kommandeur, Oberst Loch, unter den Klängen des Liedes vom guten Kameraden, von einem Trompeter geblasen, den von zwei Alt-Fallschirmjägern getragenen Kranz nieder."

Es folgte eine Waffenschau, auf der *„den Kameraden die moderne Bewaffnung und Ausrüstung der Luftlandetruppe"* vorgestellt wurde. Diese „Großveranstaltung" begingen die alten mit den jungen Kameraden beim üblichen *„geselligen Beisammensein"*. Zu den Ausrichtern des Treffens gehörte u.a. der Bürgermeiser Saarlouis, Dr. Heimrich.

„Verbandsnachrichten ..."

Meldungen dieser Art findet der Leser des monatlich erscheinenden VdS-Organs 'Soldat im Volk' auf zum Teil über vier kleinbedruckte Seiten. Im „Verbandsleben" tauchen Peifenraucher-, Kegel-, Skat-, Jäger-, Frauen- und Jugend-Gruppen und Vereine ebenso auf, wie das THW, das DRK, ‚Caritas', die Arbeitersameriterhilfe, die Kriegsgräberfürsorge und ehemalige Füsilier-Regimenter.

Sämtliche Wehrmachtstraditionsverbände von den Ritterkreuzträgern bis zu den Soldaten des „Afrika Korps" sind genauso präsent, wie private oder staatliche „Dozenten" für „Ostkunde", „Deutschtum" oder „Wehrkunde". Bundes- und Landtagsabgeordnete der CDU/CSU/FDP sowie der „Deutsche Bundeswehr Verband", der „Verband der Reservisten der BW" und die Bundeswehr selber tauchen regelmäßig im „Verbandsleben" auf.

So war z.B. Kapitän zur See, Schütz, aus dem BMVg als Referent auf einer erweiterten Vorstandssitzung des VdS zu Gast (SiV, 11/77). Ein anderes Beispiel ist die Verleihung der Bundesverdienstmedaille an den Bad-Oldesloher VDS-Vorsitzenden Benzmann für seine „Verdienste" im DRK und im VdS. Verliehen von Scheel und ausgehändigt vom Innenminister Titzk am 3.9.76 (SiV, 12/76).

In der April-Ausgabe des letzten Jahres von „Soldat im Volk" erschien auf Seite 1, hervorgehoben, ein Artikel zu Heinrich Böll, oder besser gesagt gegen ihn: *„Heinrich Böll vergißt ..., daß er es der BW und der NATO in entscheidendem Maße mit verdankt, wenn er heute seine schmierigen Äußerungen in einer geistigen Freiheit veröffentlichen kann."*

Wenige Seiten später ließ ein Herr Karl Damm, seines Zeichens CDU-MdB, ein längeres Interview mit dem VdS ab; trotz dieser Diffamierung Bölls, oder gerade wegen ... ?!

Beim „Landesschießen 77" des „Deutschen Soldaten und Krieger-Bund Bayerns" (so nennt sich der dortige VdS) registrierte die „SiV" 11/77 „Rekordbeteiligung". Pokale stifteten u.a. Ministerpräsident Goppel, die Staatsminister Pirkl und vorndran MdB Spranger sowie eine Reihe von Landräten der CSU.

Diese Beispiele mögen genügen, um die engen und engsten Verbindungen „bürgerlicher" und „demokratischer" Politiker zu diesem „Verbandsleben"-Sumpf aufzuzeigen.

In die Verbandsnachrichten der „SiV" passen auch die sicher hochdotierten Anzeigen Henkels (Persil – zum reinwaschen?), der Bundeswehr (*„Wir suchen junge Menschen ..."*) oder der „Deutschen

schen ...") oder der „Deutschen

Beamtenversicherung", die wohl sehr gut weiß, daß die Zeitung nicht nur von Kameraden gelesen wird, bei denen es nichts mehr zu versichern gibt! Auflockerung verschaffen auch die in keinem Nazi-Magazin fehlenden Tausch- und Kauf-Angebote; Dolche, Uniformen, Orden etc. werden angepriesen, alles historisch selbstverständlich!

Die verschiedenen „Buchdienste" bringen sowohl die alten Kriegsverbrecher und Faschisten Werke von Hess, Dönitz, Westfahl usw., als auch die Neuen, wie das von Fest („Hitler – eine Karriere").

Waffen-SS HIAG

Eine besondere Rolle kommt im schillernden „Verbandsleben" des Verbandes deutscher Soldaten offenbar der Waffen-SS-HIAG zu. Nicht nur das sie häufig in den Ortsgruppen zu Gast ist, sie wird in der „Soldat im Volk" 12/77 sogar als Ortsgruppe des Kreisverbands Bochum im VdS aufgeführt!

In der gleichen Ausgabe wird die HIAG-Weihnachtsfeier angekündigt, und die Mitglieder des VdS-Landesverbandes Saar zur Teilnahme aufgefordert. Wenige Spalten weiter erscheint die HIAG als Gast beim Hamelner Treffen der VdSler.

Auf Seite 1 erscheint dann unter der Überschrift *„Die feine englische Art"* ein klärendes Wort zur HIAG. Die ‚SiV' berichtet über den vor wenigen Wochen gestarteten Versuch, einiger HIAG-Führer, in England mittels einer Pressekonferenz ein neues SS-Buch vorzustellen. Diese Pressekonferenz konnte in der ursprünglich geplanten Form jedoch nicht stattfinden, weil zweien der HIAG-Faschisten die Einreise verweigert, ein dritter kurzzeitig inhaftiert wurde. Das war für den VdS ein *„Musterbeispiel für die feine englische Art"*, denn das neueste SS-Buch dürfe *„von niemanden ... übergangen werden"* . Außerdem seien die SS-Schergen *„zum großen TeilGezogene"* (mindestens drei Viertel waren Freiwillige!), denen *„manches zu Recht und vieles zu Unrecht vorgeworfen"* wird. Die *„Überlebenden"* seien *„in die Isolierung gedrängt, aus der sie sich befreien wollen"*, wobei der VdS den SS-Faschisten hilfreich beiseite stehe.

Trauer um SS-Peiper

Im Oktober 1976 tagte der erweiterte VdS-Vorstand. „SiV" 11/77 berichtet: *„General Matzki eröffnete die Sitzung und gedachte nach alter Soldatenart unserer* (!) *Toten ... Ganz besonders gedachte er des von*

Ganz besonders gedachte er des von

feigen Meuchelmördern tödlich getroffenen Obersten der Waffen-SS Jochen Peiper"! Und weiter unten, nicht weniger bemerkenswert: *„Im Anschluß an die Tagesordnung sprach Kamerad Weibel von der Waffen-SS über die Erfahrungen, die er anläßlich eines Kameradentreffens seiner Truppe in Würzburg machen mußte. Hier kam es zu organisierten Überfällen auf isolierte Gruppen, bei denen einige Kameraden durch Messerstiche teilweise erheblich verletzt wurden. Gerade diese Vorgänge aber zeigten die zwingende Notwendigkeit auf, noch enger und noch fester genau wie einst in harten Tagen* (!) *zusammenzustehen."*

Was wohl der aktive Bundeswehr Oberstleutnant Hans Körber, der als stellvertretender Vorsitzender des VdS anwesend war, bei den obigen Bekenntnissen zur Waffen-SS gedacht hat ... ?

Ein weiteres Beispiel für die vielfachen Kreuz und Quer-Verbindungen in diesem „Verbandssumpf":

Afrika-Referentin im VdS

Als Referentin wird in der ‚SiV' 4/77 für die „große Frauentagung" am 5.10.77 in Duisburg Frau Ruth Seering angekündigt. Ihr Thema: „So erlebte ich Südafrika" und „Die weißen Afrikaner"! Es ist die gleiche Frau Ruth Seering, die im Oktober 1977 vor hohen BW-Offizieren auf einer Veranstaltung der SS-HIAG im Schwäbisch Gmünder Restaurant „Sonnenhof" auftrat. Und es ist das gleiche Thema (s.auch Arbeiterkampf Nr. 117)!

Vermutlich waren dies nicht die einzigsten Vorträge, die sie vor dem einschlägigen Publikum hielt. Es dürfte sich eher um eine Rundreise im „Verband", bei dem das Thema „Südafrika" häufig an der Tagesordnung ist, handeln.

Politische Differenzen dürfte es kaum geben in dieser Frage. Die ‚SiV' hat die Linie bereits dargestellt. Ihr erscheint die Afrika Politik der SPD/FDP-Regierung als *„Hilfe für ein ‚rotes Afrika' "*, die Befreiungsorganisationen SWAPO und ANC sind „‚schwarze Rassisten', die ‚Weiße' ermorden wollen" (‚SiV', 11/76).

Querverbindungen der Art Seering dürften im VdS eher Regel als Ausnahme sein. Dies läßt ahnen, daß die politischen Verbindungen zwischen der SS-HIAG und der Bundeswehr weitaus intensiver sind, als es die jüngst im Zusammenhang von mehreren Bundestagsanfragen bekanntgewordenen Zahlen vermuten lassen (Der PDI legte inzwischen 84 Bw/SS-HIAG-Treffen vor, von denen 11 vom BMVG bisher bestätigt wurden).

Reservistenverband als Bindeglied

Reservistenverband als Bindeglied

Der Reservistenverband der Bundeswehr (VdR) nimmt in diesem Traditions- und Faschistensumpf eine wichtige Rolle ein. Er ist wichtiges Bindeglied zwischen der BW, deren freiwillig wehrwillige Reservisten er organisiert und mit ihnen Wehrübungen veranstaltet und dem VdS, dem der VdR sich weitgehend organisatorisch angeschlossen hat. So werden die alten Militaristenverbände, deren „biologisches Ende" häufig von den „Verharmlosern" vorausgesagt wurde, verjüngt!

Einzelne Zahlen zwischen 20 und 30 % aus der ‚SiV' 12/77 über den Anteil von BW-Reservisten in Kreisverbänden des VdS sprechen eine deutliche Sprache! Da diese Zahlen vom VdS als „beispielhaft" dargestellt werden, dürften sie insgesamt niedriger sein. Allerdings – die aufsteigende Tendenz ist unübersehbar.

Umgekehrt veröffentlichte „BW Aktuell", die Kasernen-‚BILD' des BMVg, am 18.11.77 einige Zahlen über den VdR, die staunen lassen:

„Allein im Rahmen der „allgemeinen Reservistenarbeit" sind im Jahr 1976 unter der Verantwortung der Bundeswehr ca. 5.100 Vorhaben als dienstliche Veranstaltungen durchgeführt worden. 115.000 Reservisten haben daran teilgenommen neben ca. 20.000 Teilnehmern aus Bundeswehr, Polizei, Bundesgrenzschutz, befreundeten Streitkräften und ca. 49.000 Gästen aus dem zivilen Bereich". Ziviler Bereich dürfte hier für den VdS, die HIAG usw. stehen!

„Daneben hat der Verband der Reservisten ... fast 16.000 verbandsinterne Veranstaltungen durchgeführt, an denen ebenfalls über 12.000 aktive Soldaten, ca. 4.500 ausländische Soldaten und ca. 137.000 Zivilpersonen teilgenommen haben". Zu berücksichtigen sei dabei noch *„eine nicht bekannte Zahl von Mehrfachteilnehmern ..."*

Die aufsteigende Tendenz dieses Verbandes wird deutlich, wenn man sich die Mitglieder - und Finanzentwicklung vor Augen hält. 1970 betrug die Mitgliederzahl 36.000, zwei Jahre später bereits 56.000. Ähnlich

Fortsetzung nächste Seite



Anzeigen aus dem VdS-Organ.

bei den aus dem Wehr- Etat stammenden Finanzen; 1969 wurden 1,15 Millionen DM an den VdR gezahlt, 1975 bereits 13 Millionen! Die oben genannten Zahler für 1976 vervollständigen die steigende Kurve.

Durch das Ausmaß und die Intensität der Zusammenarbeit zwischen VdR und Traditionssumpf dürften für die Zukunft eine Reihe von „Skandalen" vorprogrammiert sein. Einige hat es bereits gegeben:

Der Reservistenverband in Rhön-Grabfeld (Unterfranken) veranstaltete aus „Solidarität" mit dem Immernoch- und Alt-Nazi Rudel, sowie den beiden im Zusammenhang der Rudel-Affäre gefeuerten Generalen Krupinski und Franke einen „Rudel-Gedenk-Marsch", der später, als Kritik laut wurde, zum „Sulzfelder-Volkswandertag" umbenannt wurde. Höhepunkt war die Verleihung einer Gedenkmedaille am schwarz- weiß- roten Band mit dem Portrait Rudels an die ca. 7.700 Teilnehmer des Marsches (nach „ED", Anfang 77).

Auch an den einschlägigen Hess-, Kappler, - Reder- Kampagnen nimmt der VdR ebenso wie der VdS teil. In der ‚SiV' fehlt in keiner Ausgabe die Forderung „Freiheit für Hess u.a.", in den „Verbandsmeldungen" werden häufig Referate zu diesem Thema vermeldet. Interessantes im Fall Kappler wußte „Horizont" (44/77) zu berichten:

„Bundeswehroffiziere und -unteroffiziere waren Augenzeugen, und sie applaudierten frenetisch, als Carl Cerff, einer der Sprecher des „Bundesverbandes der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS", auf mehreren Treffen in den vergangenen Monaten verkündete: *„Wir werden kein Opfer scheuen, um Kappler und Reder zu befreien".* Noch im Mai des Jahres (77) waren Angehörige des Bundeswehrreservistenverbandes als Emissäre ins Kriegsverbrechergefängnis nach Gaeta geschickt worden. Was war wohl ihr Auftrag?"

Die engen Verbindungen des VdR zum „Verbandssumpf" haben noch

wohl ihr Auftrag?"

Die engen Verbindungen des VdR zum „Verbandssumpf" haben noch

eine andere, mindestens ebenso wichtige Seite. Zum 1970/71 neu erarbeiteten Konzept für die Reservistenarbeit, schrieb „Loyal" (7/71), das Monats- Organ des VdR: Dieses Konzept ...*„verzichtet einmal bewußt, eine Massenorganisation im großen Stil zu werden. Es strebt vielmehr die Rolle des freiwilligen Kaders für die nach unserereAuffassung fällig werdenden Heimatschutzorganisationen an, die nach Art von Miliz tätig werden sollen"*! (siehe auch „Todesschwadrone" in Lateinamerika!).

In Klartext heißt dies, der VdR versteht sich als Kader für eine Miliz, die allein 1976 auf sogenannten „dienstlichen Veranstaltungen" (Wehrübungen) *„49.000 Gäste(n) aus dem zivilen Bereich"* (worunter auch eindeutig die SS- HIAG fällt) empfing! Wer lehrt dort wem was? !!

Der VdR will die Linke kriminalisieren!

Wohl im Aufschwung von Schleyer/ Mogadischu besann sich der Chef des Reservistenverbands, Oberst d. Res. Woller (ZDF- Intendant, CDU) auf neue Aufgaben. Er erstattete bei der Staatsanwaltschaft Hannover Anzeige „wegen Androhung von Mord gegen Unbekannt". Grundlage war ein Flugblatt der „Soldaten und Reservisten- Kommitees" (KBW- Ableger) in dem in typischer KBW- Manier Offizieren „gedroht" wird:

„Der Haß auf die Offiziere ... drückte sich beim Schießen ... konkreter aus. Von den Mannschaften ... hörte man öfters: Die Scheibe treffe ich nicht, aber die sollen da mal einen Offizier hinstellen, den würde ich mit allen Patronen treffen." Und weiter schrieb das ‚SRK' von einem Oberstleutnant, dessen Rede vor Soldaten „zeigte" ... „Das sie es nicht anders verdienen ..."

Den Verfassern dieser Schnacks droht nun kein Psychater, sondern ein Verfahren auf Grundlage der §126 (öffentliche Aufforderung zum Mord) und § 88a (Wehrkraftzersetzung)!

Der VdS, der in seinem Organ ‚SiV' (11/77) über diesen Vorgang breit berichtet, macht in seinem Schlußsatz klar, daß es nicht um diesen einen Fall geht, sondern um die Kriminalisierung der Linken und ihrer antimilitaristischen Arbeit allgemein:

„Bei auftretenden ähnlichen (!) Fällen bitten wir, entsprechendes Material mit Erläuterungen an die Hauptgeschäftsstelle weiterzureichen, damit auch von hier aus Schritte eingeleitet werden können".

Oberstleutnant d.R. und CDU-Militärexperte Dr. Manfred Wörner auf einer Veranstaltung der SS-HIAG-Stuttgart. (Bild aus: „Der Freiwillige" 5/75)

Schlußbemerkung

Schlußbemerkung

Beim Überschlagen des VdS- Organs ‚Soldat im Volk' ist bemerkenswert, daß heute, im Gegensatz zu noch vor einem Jahr, sehr präzise und ausführlich aus dem „Verbandsleben" berichtet wird. Und dies ohne Rücksicht auf das „demokratische Image" verschiedener Politiker und Organisationen.

D i e s e „Berichterstattung" sollten alle demokratisch, antimillitaristisch und antifaschistisch eingestellten Kräfte für i h r e Aktivitäten nutzen!

Legen wir den Sumpf offen, und trocknen wir ihn aus!

Antimilitarismus- Kommission
KB- Gruppe Hamburg

„ARST"

„Arbeitsgemeinschaft der Reservisten, Soldaten und Traditionsverbände" - 1969 gegründet.

Folgende Verbände sind der „ARST" angeschlossen, oder kooperieren mit ihr:

Verband der Reservisten der Bundeswehr e.V.
Deutscher Bundeswehr- Verband e.V.
Verband deutscher Soldaten e.V.
Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit (HIAG- ehemalige Waffen-SS)
Bund ehemaliger Wehrmachts- und Reichsarbeitsdienst- Angehöriger (Saarland) e.V.
Kyffhäuserbund e.V.
Bund deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebender e.V.
Luftwaffenring e.V.
Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger e.V.
Verband deutsches Afrika- Korps e.V.
Deutscher Marinebund e.V.

Dies sind nur die wichtigsten der an Anzahl weit über 1000 Traditions- Wehrmachts- und sonstiger militaristischer Verbände in der BRD. Allesam. t wurden sie nach den Buchstaben des Postdammer Abkommen für immer verboten! Trotzdem können sie ungestört ihre militaristische und faschistische Propaganda verbreiten. Jüngst gab ein Sprecher der Bundeswehr sogar die Zusammenarbeit mit der „ARST", und insbesondere mit der SS-HIAG zu !

Zur Teilnahme eines Bundeswehr-Kommandeurs an einem Treffen des SS-HIAG- Landesverbandes Wetzlar lag *„die Genehmigung des Befehlshabers des Wehrbereichs 4 ... vor. Es wird wert darauf gelegt, daß beim Wehrbereich 4 bis etwa Mai 76 allgemein die Auffassung vertreten wurde, daß gegen offizielle Beteiligungen an HIAG- Veranstaltungen dann nichts einzuwenden sei, wenn diese im Rahmen der Mitgliedschaft der HIAG zur Dachorganisation der soldatischen Verbände durchgeführt wurden. Erst danach wurde mündlich (!) angeordnet, von einer offiziellen Teilnahme in Uniform (!) abzusehen ... "* („Frankfurter Rundschau", 23.1.78)!



Springer, Bertelsmann & Co.: Griff nach dem Kabelfensehen

Anfang Februar dieses Jahres einigten sich die Chefs der Länder-Staatskanzleien (oberste Länderbeamte) darauf, den am 16., 17. Februar in Bonn zusammentretenden Ministerpräsidenten der Bundesländer zu empfehlen, an vier Standorten (Westberlin, München, Mannheim-Ludwigshafen und Köln) das Kabelfernsehen zu erproben. In drei Jahren sollen die ersten Sendungen durch die Kabel gehen.

Kabelfernsehen, das nicht drahtlos übertragen, sondern „aus der Steckdose" empfangen werden kann, erlaubt die Übertragung von bis zu 30 verschiedenen Sendungen gleichzeitig. „Rein technisch" gesehen kann z. B. der Zuschauer in Bayern über Kabel sämtliche Regionalprogramme anderer Rundfunkanstalten, ausländische Fernsehsender, lokale „Nachbarschaftsprogramme", usw. empfangen.

„Öffentlich" oder „privat"?

Seit Monaten ist ein mehr oder weniger heftiges Gerangel zwischen SPD/FDP und CDU/CSU über die Frage im Gange, wer auf den neuen Kanälen senden darf und wer sie kontrolliert. CDU/CSU propagieren, daß Zeitungskonzerne, aber auch „medienfremde Unternehmen" zum Zuge kommen. Das könnte dann so aussehen, daß „Bild" als Bildschirmzeitung die Leute verdummt oder der Unilever-Konzern – um irgendeinen zu nennen – schöne knallharte Western – gewürzt mit Frühstücks-Rama – ins Haus flimmern läßt. Nun, so plump bringt es die CDU/CSU natürlich nicht. Sie drückt sich „poli-

ma – ins Haus flimmern läßt. Nun, so plump bringt es die CDU/CSU natürlich nicht. Sie drückt sich „poli-

tischer" aus. Sonst doch auf gutem rechten Fuß mit den Monopolen, wettert beispielsweise die Junge Union Bayern gegen das *„öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernseh m o n o p o l"* (oh Gott!), verlangt *„eine stärkere Beachtung des Leistungsprinzips bei der Programmgestaltung"* (mehr Leistung durch Springer-Konkurrenz) und fordert die Überbrückung der bestehenden *„Abkapselung und Distanz zum Verbraucher"* („Süddeutsche Zeitung", 6.2.78). Wir gehen nicht davon aus, daß die JU d i e „Abkapselung" des Bayerischen Rundfunks meint, die in den letzten Jahren zu insgesamt sechs Ausschaltungen aus dem ARD-Gemeinschaftsprogramm im 1. Fernsehen geführt hat.

Ist die CSU eine verfassungsfeindliche Organisation?

Bei ihren Bemühungen, Springer und Co. an den Bildschirm zu lassen, muß die CSU allerdings noch eine kleine Hürde überwinden: die Bayerische Verfassung! Dummerweise gibt es da den § 111a, der besagt, daß Hörfunk und Fernsehen ausschließlich von öffentlich-rechtlichen Anstalten betrieben werden dürfen (mit – auf dem Papier – Kontrollorganen wie Rundfunkrat usw., in denen alle gesellschaftlichen Gruppen repräsentiert sind). Das heißt: Privatfunk und -fernsehen sind in Bayern verboten, da verfassungswidrig. Der Stein des Paragraphen 111a liegt der CSU seit 1. Juli 1973 im Magen, als er per Volksabstimmung in der Verfassung verankert wurde, nachdem die CSU bei ihrem ersten Anlauf, privaten Schwarzfunk in Bayern zu machen, auf den Bauch gefallen war, dank einer starken Protestbewegung für Rundfunkfreiheit (s. AK 121).

Die CSU hat jüngst zum wiederholten Male in Bezug auf den Hessischen, Norddeutschen und Westdeutschen Rundfunk (SPD-regierte Bundesländer) erklärt, daß sie nicht gewillt sei, die *„mit öffentlichen Geldern finanzierte Ausstrahlung staats- und verfassungsfeindlicher Sendungen hinzunehmen"* („Frankfurter Rundschau, 13.2.78), bei der eigenen Verfassung ist sie nicht so prüde. Originalton Strauss im „Bayernkurier" vom 16.4.77:

„Es geht (bei der Einführung des Kabelfernsehens; d. Red.) *um den vor bald vier Jahren nach einem Volksentscheid in die Bayerische Verfassung eingefügten Artikel 111a, der Hörfunk und Fernsehen der öffentlich-rechtlichen Trägerschaft vorbehält. Selbst wenn das Gericht* (der Bayerische Verfassungsgerichtshof; d. Red.) *diesen Artikel, der ein Unikum, ja eine A b s u r d i t ä t d e s d e u t s c h e n V e r f a s s u n g s r e c h t s darstellt, für verfassungsgemäß halten sollte ..., so wäre damit noch nichts über seine Angemessenheit und seinen politischen Wert angesichts des neuen Kabel-Mediums gesagt. Sein Urteil käme dann allerdings den Linken zustatten."* Eine – vor allem für „Verfassungsanbeter" – sehr aufschlußreiche Stellungnahme des Strauß-Sprachrohrs zum politischen Wert von Verfassungsratikeln!! Wie der Herr, so das Gescherr! Die Junge Union Bayern bezeichnet in einer jüngst gefaßten Resolution das öffentlich-rechtliche System als „bedenklich". („SZ", 6.2.78).

Springer und Co.: Laßt die Meinungsvielfalt blühen!

Wie nicht anders zu erwarten, macht sich die CDU/CSU zum willigen Befehlsempfänger der Zeitungsgiganten. Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger meint, daß es

macht sich die CDU/CSU zum willigen Befehlsempfänger der Zeitungsgiganten. Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger meint, daß es

nicht angeht, daß die SPD das Kabelfernsehen *„einseitig und ausschließlich in die Hand der öffentlich-rechtlichen Anstalten"* legen will. Die Zeitungsverleger werfen der SPD vor, sie *„lasse außer Acht, daß gerade die privatwirtschaftlich organisierten Medien den Bürgern eine ‚weltweit vorbildliche Vielfalt' an Informationsangeboten garantierten."* („Nürnberger Nachrichten", 3.2.78). Das ist uns neu! Wir hatten bisher eher den Eindruck, daß die westdeutsche bürgerliche Presse sich eher auf eine „weltweit vorbildliche" Informationsunterdrückung versteht (siehe Schleyer-Entführung).

Hurra! Kabel sichern Arbeitsplätze!

Mit einem sehr originellen Beitrag haben sich auch die bayerischen Industrie- und Handelskammern zu Wort gemeldet. Sie haben nach Atomkraftwerken und Rüstungsindustrie eine neue Waffe im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit entdeckt: Sie drängen zur Eile (was bei über 1 Mio. Arbeitslosen nicht verwundert!) bei der Errichtung des Kabelfernsehens und stellen fest: *„Nach den Untersuchungen der Wirtschaft könnten mit der Vollverkabelung der Bundesrepublik 30.000 Arbeitskräfte zehn Jahre beschäftigt werden."* Also, pack' mer's! Immerhin ein dezenter Hinweis darauf, daß mit dem Kabelfernsehen das große Geschäft winkt.

Die SPD

Die SPD „verteidigt" zwar wortreich das „bewährte" öffentlich-rechtliche System gegen den Privatfunk, soll aber nach neuesten Meldungen dem teilweise privaten Projekt im Raum Mannheim-Ludwigshafen unter dem Vorbehalt bereits zugestimmt haben, daß die anderen drei Projekte (Köln, München, Westberlin) unter „öffentlich-rechtlicher" Kontrolle laufen. Wieder einmal: starke Worte, schwache Taten.

KB/ Gruppe Nürnberg

Stillegung des Orbis-Verlages: Bertelsmann räumt auf

Am 3. Februar erfuhren es die ca. 80 Mitarbeiter des ORBIS-Verlages aus dem Branchendienst „Kress-Report": Verlagsleiter Runge habe gekündigt und man überlege im Konzern, was mit ORBIS geschehen soll. Am 10. 2. erst sah sich die Verlagsleitung genötigt, eine Betriebsversammlung mit den ersten Informationen für die Belegschaft einzuberufen. Die Liquidation der Tochtergesellschaft war von Gütersloh schon Ende des vorigen Jahres beschlossen worden; den Mitarbeitern wurde kein Deut eines Hinweises auf ihre bevorstehende Kündigung gegeben. Im Gegenteil, man hielt sie noch zu verschärfter Arbeit an, und entwickelte mit ihrer Kraft neue Konzeptionen für die drei Zeitschriften „Nicole", „Selbermachen" und „Sielmanns Tierwelt". *„Weder BR noch Belegschaft sind rechtzeitig und umfassend über die Gründe dafür unterrichtet worden. Hiermit ist klar gegen den §111 des BVG verstoßen worden"*, heißt es in einer Resolution der ORBIS-Belegschaft vom 16. Februar.

Dr. U. Wechsler (Bertelsmann-Geschäftsführer des Unternehmensbereiches Zeitschriften) begründete die Liquidierung wie folgt:

„Wir haben im Sinne langfristiger Tätigkeit über unser Konzept, unsere Schwerpunkte und unsere spezifischen Tätigkeiten nachgedacht und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß wir uns besser auf das Buch und buchähnliche Gebiete konzentrieren sollten

Der wahre Grund: Obwohl die besonders kleinen und effektiven Teams des ORBIS-Verlages dem Mammut-Konzern erhebliche Gewinne eingebracht haben, müßte jetzt Bertelsmann in die noch jungen Zeitschriften-Projekte Geld investieren. Die Objekte bringen – was zeitschriftentypisch ist – kein schnelles Geld,

schriften-Projekte Geld investieren. Die Objekte bringen – was zeitschriftentypisch ist – kein schnelles Geld,

wie etwa die „Tchibo-Bücher" von ORBIS. Und das kommt bei Bertelsmann einem Todesurteil gleich. Zudem hatte ORBIS die Auflage, für teures Geld nur bei Mohndruck zu produzieren und das Papier zu hohen Preisen von Bertelsmann-Betrieben zu beziehen. ORBIS war für Mohndruck ein wichtiger Kunde; nun fürchten auch Mohndrucker um ihre Arbeitsplätze.

Laut „Kress-Report" vom 16.2. bestehen von verschiedenen Verlagshäusern schon Angebote, die ORBIS-Titel zu übernehmen, teilweise mit, teilweise ohne Mannschaft. Die Angebote ohne Belegschafts-Übernahme sehen finanziell natürlich besser aus. Es wird sich zeigen, wie Bertelsmann mit den Angeboten umgeht. Die „soziale" Praxis des Mediengiganten kennen wir ja schon aus anderen Beispielen. So kam am Aschermittwoch 1977 der Goldmann-Taschenbuchverlag zu Bertelsmann: 80 Mitarbeiter flogen auf die Straße.

Am 15.2. protestierte die dju HH gegen den neuen Tiefschlag des Bertelsmann-Konzerns und forderte die Weiterbeschäftigung von allen ORBIS-Kollegen im Konzern in Hamburg.

Am 16.2. berichtete die „Umschau am Abend" über den Fall: der BR-Vorsitzende Conradi betonte die gezielte Desinformation des Verlages und den Verstoß gegen §111 BVG. Danach kam ein Bertelsmann-Manager zu Wort, der meinte, es gäbe für alle Mitarbeiter einen außerordentlich großzügigen Sozialplan.

„Wir haben allen Grund, zufrieden zu sein", verkündete Firmenchef Reinhard Mohn bei der Jahreshauptversammlung 1978 in Gütersloh. Denn auch im kommenden Jahr sei mit einer Wachstumsrate von ca. 15% zu rechnen – und das bei einem Konzernumsatz von 3,5 Milliarden Mark. Bertelsmann expandiert, saniert und liquidiert auf Kosten der Kollegen.

Journalistenzelle/HH

Hans-Georg Faust: »Südafrikanische Zustände ..!«

Der Kölner Journalist Hans-Georg Faust ist seit dem 12. Januar aus der Haft entlassen, muß sich aber zweimal in der Woche bei der Polizei melden und darf mit Redakteuren des „Spiegel" weder mittelbar noch unmittelbar verkehren. Diese Auflagen sind nur noch mit Praktiken gegen demokratische Journalisten im faschistischen Südafrika vergleichbar.

Faust war im November letzten Jahres unter dem Verdacht „verfassungsfeindlicher Sabotage" festgenommen worden, weil er dem „Spiegel" geheime Verfassungsschutzakten über illegale Abhöraktionen gegen den Atomwissenschaftler Traube übergeben haben soll.

Seit November versucht der Staatsschutz mit allen Mitteln, einen Journalisten mundtot zu machen, der maßgeblich dazu beigetragen hat, einen staatlichen Übergriff an die Öffentlichkeit zu bringen und bemüht ist, ein Buch über die Praktiken des Verfassungsschutzes zu schreiben (siehe AK 119/120).

War schon die Reaktion der bürgerlichen Medien auf diesen staatlichen Übergriff auf die Pressefreiheit auf vereinzelte kritische Stellungnahmen beschränkt, während ein Großteil der Medien ausschließlich die Meinung der Ermittlungsbehörden verbreiteten, ist „der Fall Faust" seit dessen vorläufiger Haftentlassung gänzlich aus den Medien verbannt worden, obwohl Hans-Georg Faust sicherlich Interessantes zu berichten wüßte.

In der Februar-Ausgabe der „Feder", dem Organ der Deutschen Journalisten-Union (DJU) berichtet Faust Einzelheiten über seine Erfahrungen mit dem Staatsschutz. Unseres Wissens hat sich bis heute kein Medium bereit gefunden, die Enthüllungen Faust's einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das ist um so beschämender, weil doch gerade die liberalen und demokratischen Journalisten in der DJU organisiert und damit auch Abonnenten der „Feder" sind.



Was Faust's Enthüllungen offensichtlich so gänzlich ungeeignet zur Verbreitung erscheinen läßt, ist lediglich die Beschreibung der Wirklichkeit in „Stammheim-Staatsschutz-Deutschland" im Winter 77/78. Wir veröffentlichen den Text aus der „Feder" 2/78 ungekürzt.

Medienkommission
KB/ Gruppe Hamburg

Was mir in den letzten Monaten geschehen ist, und noch immer geschieht, erinnert in bestürzender Weise an die fünfziger und sechziger Jahre der DDR, wo die Genossen von der Staatssicherheit politisch unliebsame Bürger im Morgengrauen aus den Betten holten und sie ins Gefängnis warfen. Seit dem 29. November 1977 weiß ich, daß es auch bei uns in der Bundesrepublik nicht mehr der Milchmann zu sein braucht, wenn es zu früher Stunde an der Haustür schellt. Zehn Beamte der Staatsschutzabteilung des BKA, angeführt von einem forschen Bundesanwalt, fielen an diesem Morgen in mein Haus ein und durchsuchten es zwei Tage lang vom Keller bis zum Dachboden. Sie hofften, bei mir geheime Akten des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu finden, sie suchten nach Materialien für ein Buch, über die Geschichte dieses Amtes, an dem ich seit längerem arbeite. Mich brachten derweil zwei Staatsschützer zum Ermittlungsrichter nach Karlsruhe und tags darauf zurück nach Köln in Untersuchungshaft. Dem Ermittlungsrichter Kuhn wurde ich zwecks Haftprüfung aus dem Polizeigewahrsam vorgeführt, wo ich die Nacht verbracht hatte, auf einer Holzpritsche, ohne Matratze, mit zwei stinkenden Decken. Ich war unrasiert und ungewaschen, was Herr Kuhn jedoch nicht aus der Fassung brachte. Offensichtlich war er ähnliches gewöhnt. Während der Verhandlung legte er eine kleine Verschnaufpause ein, in der er mit seinem Taschenmesser nach der Art bayrischer Brotzeit akkurat ein Stück Blutwurst abpellte, das er genüßlich kauend mit großem Appetit verzehrte.

Ein würdiger Rahmen, das Ganze, der zum Ernst der Situation paßte, in der ich mich befand. Am Ende wurde mir der Haftbefehl verkündet. Ich wurde beschuldigt, mich der „verfassungsfeindlichen Sabotage" nach Paragraph 88 verdächtig gemacht zu haben. Es handelt sich um eine Strafvorschrift, die nicht einmal gewiefte Juristen kannten, die es erst seit zehn Jahren gibt, die nur für innere und äußere Krisen gedacht ist, und die bisher auch noch nie angewandt wurde.

Nach Ansicht der Strafverfolgungsbehörden war ich zu dieser Zeit, wie aus dem Text des Haftbefehls zu schließen ist, der für den Bestand der Bundesrepublik gefährlichste Mensch, gefährlicher als jeder Terrorist. Ich wurde verdächtigt, „zumindest als einzelner bewirkt zu haben, daß im Geltungsbereich des Strafgesetzbuches durch Störhandlungen Dienststellen, die ganz oder überwiegend der öffentlichen Ordnung dienen, zum Teil außer Tätigkeit gesetzt und sich dadurch absichtlich für Bestrebungen gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland oder gegen Verfassungsgrundsätze eingesetzt zu haben".

Nun, ich hatte kein E-Werk zerstört, keine Brücke gesprengt und auch keinen Sicherheitsdienst lahm gelegt. Meine „Sabotagehandlung" bestand nach Ansicht der Bundesanwaltschaft darin, daß ich dem „Spiegel" die Akten über den Lauschangriff des Bundesamtes für Verfassungsschutz auf den Atomwissenschaftler Dr. Klaus Traube zugespielt haben sollte.

Erinnern wir uns: Beamte des Verfassungsschutzes waren mit Genehmigung des Bundesinnenministers in der Neujahrsnacht von 1975 zu 1976 in das Haus des Dr. Traube eingebrochen und hatten an seinem Schreibtisch ein Abhörmikrophon, eine „Wanze", angebracht und ihn damit drei Monate lang belauscht. Dr. Traube stand im Verdacht, ein Komplice des Terroristen und OPEC-Attentäter Hans-Joachim Klein zu sein.

Der „Spiegel" machte in vier aufeinanderfolgenden Titelgeschichten nicht nur die Hintergründe dieses Rechts- und Verfassungsbruchs, vom Verfassungsschutz amtlich „Operation Müll" genannt, publik, sondern entlarvte auch die Rufmordmethoden dieses Amtes, das mit seinem Vorgehen den Wissenschaftler um seine Stellung und Existenz gebracht hat. Auf Drängen der Kölner Denunzianten wurde Dr. Traube nämlich von seiner Firma gekündigt. Er ist heute noch ohne Job, obwohl er am Ende des Skandals völlig rehabilitiert dastand. Die Verfassungsschützer hatten ein Jahr lang ein selbstgelegtes Windei bebrütet.

Bundesinnenminister Maihofer und sein Kölner Amtschef Dr. Meier wären über die „Operation Müll" um Haaresbreite gestürzt. Kein Wunder, daß beide Herren grimmig auf Rache sannen. Die Lauschaffäre hatte sie in besonderer Weise getroffen. Der Rechtsprofessor Maihofer, Erfinder des Slogans: „Im Zweifel für die Freiheit", wurde als ein opportunistischer Heuchler entlarvt, mit wenig politischem Augenmaß, der die politische und rechtliche Brisanz des von ihm genehmigten Lauschangriffs bis zum Schluß nicht begriffen hatte. Offenkundig war er übereifrigen Sicherheitsbürokraten aufgesessen. Behördenleiter Meier, etwas über ein Jahr auf dem Präsidentenstuhl, war mit viel Vorschußlorbeeren auf seinen Posten gehievt worden; der jetzt vom „Spiegel" aufgedeckte Skandal drohte sein Image zu zerstören.

„Anlaß war die Pätsch-Affäre"

Der oberste Verfassungsschützer kurbelte eine Fahndung nach allen Seiten hin an. Das Leck im Amt mußte gestopft, der Informant unter allen Umständen gefunden werden. Die Sicherheitsabteilung seines Hauses legte Listen von Verdächtigen an, verdächtig waren alle, die einmal die Akte „Müll" in den Händen hatten. Das waren etwa achtzig Mitarbeiter, weit mehr, als er auf Pressekonferenzen hatte glauben machen wollen. Verdächtig waren aber auch die Unzufriedenen im Amt. Irgend ein Motiv mußten der oder die „Spiegel"-Informanten ja haben. Per Computer wurden die Personalakten von einigen Hundert Leuten auf Unmutsäußerungen überprüft. Es ist amtsüblich, daß die Kritik eines Mitarbeiters als Aktenvermerk in die Personal-Akte aufgenommen wird, nach dem Motto: Jeder denunziert jeden. Überprüft wurden bei dieser Gelegenheit auch die ausgeschiedenen Amtsangehörigen. Dabei muß es auch mich erwischt haben. Es war mein Pech, selbst einmal in diesem Amt den Staat geschützt zu haben. Doch das liegt mittlerweile vierzehn Jahre zurück. Ich bin schon 1964 ausgeschieden und wieder Journalist geworden. Anlaß war die Pätsch-Affäre, bei der es damals schon um illegale Abhörpraktiken des BfV ging.

Zum Verhängnis wurde mir der letzte Satz in meinem Kündigungsschreiben: „Das, was mir in den letzten Wochen an Demütigungen durch Sie widerfahren ist, werde ich nicht vergessen." Amtschef Meier schloß daraus messerscharf auf meine Todfeindschaft zum Amt. Mein Beruf als Journalist kam noch hinzu, damit war ich für ihn automatisch der Zwischenträger zum „Spiegel". Von Stund an war ich Fahndungsziel Nummer 1. Bald schon merkte ich, daß ich rund um die Uhr beschattet wurde. Im April schließlich entdeckte der TÜV unter meinem Wagen einen Peilsender. Das Amt versuchte über mich, das war jetzt klar, an den „Spiegel"-Informanten heranzukommen.

Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft Bonn hatte ich den Paragraphen 353 c verletzt, der die Weitergabe geheimer Gegenstände oder Nachrichten unter Strafe stellt. Es ist der Maulkorbparagraph für alle Journalisten, mit dem in den vergangenen Jahren schon mehrere Kollegen in Konflikt geraten waren, ohne daß je Anklage gegen sie erhoben wurde. Dazu nämlich muß die Bundesregierung die Ermächtigung erteilen, was bisher nur im Fall der „Bahr-Papiere" geschehen ist. Der Paragraph 353 c ist ein Offizialdelikt und wird als solches von der Staatsanwaltschaft automatisch aufgegriffen und verfolgt, so auch anläßlich der Veröffentlichung des „Lauschangriffs" auf Dr. Traube. Die Bonner Staatsanwaltschaft setzte ein „Strafverfahren gegen Rudolf Augstein und andere" in Gang. Mit den „anderen" war auch ich gemeint. Das BfV hatte mich der Bonner Behörde als verdächtig gemeldet.

Kurz bevor die Verjährungsfrist ablief, erschien am 17. August der in Journalistenkreisen bereits bestens bekannte Staatsanwalt Winkelmann mit drei Kripobeamten und veranstaltete eine Haussuchung. Staatsanwalt Winkelmann: „Sie werden als Zwischenträger zum „Spiegel" verdächtigt." — Was er suchte, fand er damals nicht: Geheime Akten des BfV. Dafür nahm er einige Unterlagen und Tonbänder mit Interviews von ehemaligen Verfassungsschützern mit, die ich für ein Buch über die Geschichte dieser Behörde in den letzten zwei Jahren zusammengetragen hatte. Die Verjährung war unterbro[illegible], die Jagd gegen mich konnte [illegible]tergehen. Dem „Spiegel" ab[illegible]lte die Bonner Justiz im Sept[illegible]ber mit, daß das Strafverfahren g[illegible] „Augstein und andere" eingestellt sei. Das Bundeskabinett hatte die Ermächtigung verweigert. Die Regierung Schmidt wollte sich keine zweite „Spiegel"-Affäre an den Hals holen. Bei mir waren solche Sorgen unnötig. Als Illustrierten-Korrespondent arbeitete ich für die Strafverfolger ohne Netz. Für sie war ich Freiwild.

Das Buch über das Amt und die damit verbundenen Recherchen hatten Dr. Meier ebenfalls mißfallen. Der Besuch des Herrn Winkelmann fiel zufälligerweise ausgerechnet in die Zeit, wo ich dem Kölner Behördenchef in einem Brief um kooperative Mithilfe gebeten hatte.

„Erkenntnisse" durchs Telefon

Der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel, wie er bei mir erfolgte, um damit mein Zeugnisverweigerungsrecht als Journalist zu unterlaufen, ist umstritten, aber in einem Punkt war ich mir aus rechtsstaatlichem Denken heraus völlig sicher:

An mein Telefon wenigstens konnten und durften sie nach dem Gesetz nicht. Und genau das hatten sie seit März längst getan.

Alle „Erkenntnisse", die die Bundesanwaltschaft im Haftbefehl gegen mich zu Felde führt, hatten sie aus dieser einzigen Quelle, aus meinen Telefongesprächen, die sie zehn Monate lang belauscht hatten. G-10-Maßnahmen sind nur erlaubt bei Staatsschutzdelikten, zu denen auch der Paragraph 88 zählt. Bereits vierzehn Tage nach meiner Verhaftung entlarvte sich der Sabotagevorwurf als ein übler Rechtstrick. Es war der Bundesgerichtshof, der nach dreitägiger Beratung in einem Beschluß ausdrücklich feststellte, daß die Veröffentlichung von Rechtsbrüchen der Exekutive keine Sabotagehandlung sein kann. Der BGH setzte mich damit zwar nicht in Freiheit, aber wenigstens auf die „richtige" Strafnorm Paragraph 353 c. Widerwillig fügte sich die Bundesanwaltschaft dem BGH-Beschluß und gab meine Akten an die Staatsanwaltschaft Bonn zurück. Nach vielem Hin und Her landete sie schließlich auf dem Schreibtisch des Amtsrichters Bongen beim Amtsgericht Siegburg, das nun zuständig war.

Der Bundesgerichtshof hatte mit seiner Entscheidung dem Generalbundesanwalt und seiner Mannschaft nach Auffassung der Presse eine Ohrfeige erteilt. „Glatte Abfuhr" schrieb der „Spiegel". „Peinliches Nachspiel", titulierte „Die Zeit". Der relativ schnelle Entscheid des BGH läßt keinen Schluß auf hier praktizierte Rechtsstaatlichkeit zu.

Daß innerhalb von vierzehn Tagen aus einem „Saboteur" wieder ein Journalist wurde, verdanke ich meinem Rechtsanwalt Gert Dürr aus Pforzheim, der die Verschleppungstaktik der Rebmannschen Behörde mit einer Verfassungsbeschwerde, der schnellsten, die je in einer Haftsache eingereicht wurde, beendete. Immerhin mauerten sich zehn Tage, ehe sich die Herren Bundesanwälte dazu bequemten, die „Ermittlungsakten Faust" an den dritten Strafsenat des BGH weiterzuleiten.

Von dem anfänglich bombastischen Strafvorwurf der „verfassungsfeindlichen Sabotage" war nur ein winziges Detail übriggeblieben: Die Weitergabe der Traube-Akten an den „Spiegel". Das aber ist ein abgeschlossener Vorgang, bei dem es nichts mehr zu verdunkeln gibt.

Totale Isolierung

Ermittlungsrichter Kuhn hatte mir U-Haft mit verschärften Bedingungen verschrieben: Totale Isolierung. Es war eine Art Beugehaft. Ich sollte Aussagen machen, Namen, Informanten nennen. Darauf warten die Staatsschützer noch heute. Isolierhaft, d. h. keine Gemeinschaftsveranstaltung, kein Fernsehen, kein Kino, kein Kirchgang, Einzelfreistunde. In den ersten vierzehn Tagen bekam ich keine Zeitung, selbst die Aufsichtsbeamten blieben wortkarg. Nur dreimal am Tag öffnete sich die Tür zum Essenempfang. (Tagessatz 2,80 DM.)

Am 23. Dezember war erste Haftprüfung. Die Chancen, hierbei rauszukommen, waren gleich Null. Ein kleiner Amtsrichter mußte die Hürde eines BGH-Beschlusses überspringen. Doch Amtsrichter Bongen fand einen Weg. Haftverschonung gegen hohe Auflagen. Rechtsanwalt Friedrich Paashaus, mein Kölner Verteidiger, konnte den Siegburger Richter davon überzeugen, daß hier nichts mehr zu verdunkeln war. Doch diese Entscheidung ging gegen den Strich der Bonner Staatsanwaltschaft, die prompt Beschwerde einlegte, der das Bonner Landgericht dann auch sechs Tage später stattgab, ohne die Verteidigung anzuhören oder auch nur zu informieren. Zwei Staatsschutzbeamte holten mich sinnigerweise am Freitagnachmittag vor Neujahr. Verdunklungsgefahr, der alte Haftgrund, war wieder gültig. Was nun wirklich hinter der zweiten Verhaftung stand, erzählte der Vorsitzende Richter Schmitz-Justen arglos meinem Anwalt am Telefon. Nach seinem Eindruck ginge es den Strafverfolgungsbehörden darum, zu verhindern, daß der Beschuldigte sein geplantes Buch über den Verfassungsschutz veröffentliche.

Das war keine zufällige Äußerung mehr, sondern sie erhellte schlaglichtartig den Hintergrund aller Maßnahmen gegen mich. Ich war ein unbequemer Journalist, ich sollte mundtot und mürbe gemacht werden.

In der zweiten Haft ging es mir besser. Ich durfte an Gemeinschaftsveranstaltungen teilnehmen, dabei lernte ich meine Zellennachbarn kennen: Totschläger, Mörder und Bankräuber. Die meisten von ihnen warteten auf ihre Revision. Sie hatten zehn Jahre und mehr. Eigentlich hatte ich bis dahin immer angenommen, daß nur in totalitären Staaten „Politische" mit Kapitalverbrechern zusammengesperrt werden.

Südafrikanische Zustände

Das vorläufige Ende dieser Justizfarce ist schnell erzählt. Am 12. Januar war ich wieder frei. Diesmal hatte das Oberlandesgericht Köln entschieden. Wieder Haftverschonung gegen die alten Auflagen. Der Beschuß ist geheim — aber die Pressestelle veröffentlichte sie: Zweimal in der Woche muß ich mich bei der Polizei melden, mit dem „Spiegel" darf ich weder mittelbar noch unmittelbar verkehren — eine für einen Journalisten geradezu groteske Bestimmung, zumal die „Spiegel"-Redakteure keine Beschuldigten mehr sind. Südafrikanische Zustände, so meine ich. Aber auch ein Vergleich mit der vielgeschmähten DDR sei mir gestattet. Rudolf Bahro wurde von den Genossen der Staatssicherheit erst abgeholt, nachdem sein Buch „Die Alternative" in der Bundesrepublik erschienen war. Zu mir kam der Staatsanwalt, bevor ich überhaupt die erste Seite geschrieben hatte.

Die Staatsschützer haben mir bei der zweiten Haussuchung alles weggenommen, vom Zeitungsartikel bis zu den persönlichsten Aufzeichnungen, privater Briefwechsel, Krankengeschichte, Zeugnisse, Arbeitsvertrag, das Familienstammbuch, Sparbuch und Kontoauszüge. Unter den beschlagnahmten Sachen befindet sich auch ein Buch von Dr. Nollau mit persönlicher Widmung.

Anwälte für ein politisches Verfahren zu finden, ist schwer. Zwei von ihnen winkten ab: „Ich könnte damit meinen Ruf riskieren", ein anderer befürchtete, auf ewig abgehört zu werden. Ehe ich in der Besucherzelle die ersten Worte mit meinem Anwalt Friedrich Paashaus wechselte, suchten wir erst Tisch und Stühle nach verborgenen Wanzen ab. Ohne meine Verteidiger, aber auch ohne Unterstützung durch die Verbände, die DJU, den DJV und den Deutschen Presserat, säße ich immer noch als Saboteur. Sie alle hatten das Kernproblem erkannt, auf das man zielte, die Pressefreiheit. Karlsruhe und Bonn wollten offensichtlich einmal ausprobieren, wie weit man hier wohl gehen kann. Mit dem kritischen Echo indes hatten die Strafverfolger nicht gerechnet. Sie versuchten mit Gerüchten, Öffentlichkeit und Anwälte zu verunsichern. Selbst Generalbundesanwalt Rebmann produzierte sich vor dem Deutschen Presserat mit Verdächtigungen. Doch von den Kollegen in die Zange genommen, nach Fakten gefragt, mußte er passen. Die altbewährte Methode — verdächtigen — verleumden — rufmorden — zog nicht mehr.

Doch die Staatsschützer geben nicht auf. Im Augenblick befragen sie Freunde, Kollegen, ja selbst flüchtige Urlaubsbekanntschaften. Sie suchen immer noch nach Informanten. Mit dem Paragraph 353 c aber hat auch das nichts mehr zu tun. Doch seit Traube schert sich hier ohnehin kaum noch eine Sicherheitsbehörde um Gesetze. Bis heute steht nicht einmal fest, ob die Bundesregierung überhaupt die nötige Ermächtigung gegeben hat.

Hans-Georg Faust

Rundfunk und Fernsehen unter rechtem Sperrfeuer

Auf einer Tagung des „Aspen-Instituts für humanistische Studien" im Januar in West-Berlin sprach der französische Politologe Professor A. Grosser zur Situation des westdeutschen Fernsehens. Während Grosser vor Jahren auf Veranstaltungen und in Büchern das bundesdeutsche Fernsehen als „nahezu optimal" bezeichnet hatte, was angesichts des unter straffer staatlicher Kontrolle stehenden französischen Fernsehens verständlich ist, sah er sich doch jetzt veranlaßt, von seinem früheren Urteil abzurücken. Da sei zunächst einmal der „immer bedrohlichere Einfluß" der Parteien, der politischen Kräfte und teilweise auch des Staates auf das Medium Fernsehen.

Die „FR" vom 23.1.78 berichtet, Grosser habe darauf verwiesen, daß die Parteien im Vergleich zu anderen Ländern ihre bedeutsamer gewordene Rolle immer unbedenklicher ausspielen würden.

Grosser kritisierte auch die „Anzeichen beamtenhafter Ängstlichkeit" und verwies auf die „intellektuellen Cliquenbildungen", „bei denen nur noch jeweils Gleichgesinnte kooptiert" würden.

Grosser zeichnet hier, wenn auch ohne Auslassung konkreter Fakten, die Stationen des Fernsehens auf dem Weg zum Schwarzfunk. Die CSU hat systematisch ihre Vasallen in den Bayerischen Rundfunk geschleust, und greift von außen ständig jeden Ansatz liberaler Berichterstattung an.

Jüngster Vorstoß der CSU ist die Vorlage einer 60-seitigen „Dokumentation", in der vor allem die noch sozialdemokratisch beeinflußten Anstalten WDR, NDR und Hessischer Rundfunk angegriffen werden. CDU/CSU-Rechtsaußen Spranger begründete die Herausgabe dieses Denunzianten-Machwerks damit, daß angeblich viele Sendungen „*nach wie vor in unzulässiger und unverantwortlicher Weise zu linker Politpropaganda mißbraucht*" würden.

In astreiner Faschisten-Terminologie spricht die CSU von „skrupellosen Methoden" und von der „*Gefährlichkeit dieser propagandistischen Infiltration und Agitation, der geistig-ethischen Subversion und Zersetzung.*"

Einzelne Sendungen und Personen in den drei Sendern werden als „*Diffamierungs- und Fälscherzentralen*" beschimpft.

Die „Dokumentation" ist in folgende Abschnitte gegliedert:

- „*Verfälschung und Diffamierung unserer staatlichen und gesellschaftlichen Wirklichkeit*"
- „*Kommunistisch-sozialistische Agitation gegen die soziale Marktwirtschaft und ihre Grundlagen*"
- „*Linkslastiger Kirchenfunk*"
- „*Prokommunistische Berichte aus dem Ausland*"
- „*Femininismus, Sexualität und Pornografie als kulturelle Schwerpunkte (!!) in Rundfunk und Fernsehen*".

Kurzum, alles was nicht auf CSU-Linie läuft, soll verboten, zensiert, beschlagnahmt und wann wieder als „entartet" verbrannt werden ...?

(nach „FR", 13.2.78).

Medienkommission
KB/ Gruppe Hamburg

Wird es Nacht für den »Abend«?

Am 26. Januar 78 wurde die Mittagszeitung „Der Abend" an den Frankfurter Speditionsunternehmer Carl E. Press verkauft. Press ist Inhaber der Speditionsfirma Deugro in Frankfurt und daneben im Immobilienbereich, u.a. in Westberlin tätig. Mit dem Zeitungs- und Verlagswesen hatte er bisher nichts zu tun.

Neben den Springerzeitungen „BZ" (320.000 Zeitungen Tagesauflage)[1], „BILD"/Westberlin (125.000), „Berliner Morgenpost" (185.000) und der „Welt" (12.000), gibt es noch das „Spandauer Volksblatt" (21.000), den „Tagesspiegel" (116.000), den „Abend" (51.000) und das SEW-Organ „Die Wahrheit" (ohne Angabe) in Westberlin. „Der Abend" und der „Tagesspiegel" werden in der Mercator-Druckerei hergestellt, die den beiden Herausgebern je zur Hälfte gehört. Nachdem sich der „Abend" schon seit längerem auf dem absteigenden Ast befindet, wurde im Sommer 77 ein Kaufvertrag zwischen dem „Abend"-Herausgeber Sonnenfeld und dem Hamburger Kleinverleger und CDU-Mitglied Wolf über 8 Millionen DM abgeschlossen. Wolf konnte aber die 8 Mill. nicht selbst aufbringen, sondern sollte das Geld von nicht genannten Hintermännern bekommen. So bestand der Verdacht, besonders vom „Tagesspiegel"-Herausgeber Maier gehegt, daß hinter Wolf der Springer-Konzern stecke, der auf diese Weise dann an die Mercator-Druckerei herangekommen wäre. Zumal Maier für den „Abend", für den er als Mitinhaber der Druckerei Vorkaufsrecht hatte, 11 Mill. zahlen sollte. Doch gegen Ende des Jahres 77 kamen Zweifel an der Finanzkraft von Wolf auf und der Vertrag wurde rückgängig gemacht.

Kurz darauf stand fest, daß Carl Press den „Abend" für 7 Mill. DM gekauft hat. Während Wolf behauptet, seine Geldgeber seien Freunde aus der Schweiz und der Bundesrepublik gewesen, weiß der „Tagesspiegel" zu berichten, Press sei der bisher unbekannte Geldgeber gewesen („Tagesspiegel", 28.1.78). Press sieht nach eigenen Angaben den Erwerb nur als Finanzanlage (Berlinsubventionen, Abschreibungen, etc.).

Doch da der „Abend", bzw. nun der Käufer, 2,5 Mill. DM Senatskredit, den der „Abend" nach Gerichtsbeschluß 1972 unrechtmäßig erhalten hatte, zurückzahlen muß, und da ,wenn die Springerzeitung „Morgenpost" ab Mai 78 unter anderem Namen auch als Mittagszeitung herauskommt, das Ende des „Abend" gekommen sein dürfte, steht hinter dem ganzen Unternehmen sicher mehr. So plump läßt sich der Kapitalist mit Milliardenumsatz (einer der drei größten Spediteure der BRD) sicher nicht hereinlegen.

Die Kollegen der Mercator-Druckerei erfuhren von dem Ganzen ebenfalls nur aus der Zeitung, denn wenn es um „Verlagsbelange" geht, gilt der § 118 des Betr.Verf.Ges. (Tendenzschutz), mit der Folge, daß die Informationsrechte der Kollegen stark eingeschränkt werden. Und daß beide Mercator-Kapitalisten nicht bereit sind, mehr Informationen zu geben, als sie müssen, zeigt ein z.Z. laufendes Arbeitsgerichtsverfahren gegen den BR-Vorsitzenden Kuttner, der in einer die Sicherheit der Arbeitsplätze betreffenden Sache Auskunft verlangt hatte.

[1] Angaben nach der Auflagenliste bundesdeutscher Zeitungen und Zeitschriften, hrsg. von der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) e.V.
Alle Angaben nach:
„Zitty" 2/78 und 3/78 und „Der Tagesspiegel", 28.1.78

Betriebskommission
KB/Westberlin



Tarifverträge für die Kirche?

Spätestens seit dem Zusammenschluß der fünf Landeskirchen zur Nordelbischen Kirche steht die Frage der Weiterführung und Ausweitung der Tarifverträge zwischen Gewerkschaften und Kirche zur Diskussion.

Bisher hatte nur die ehemalige schleswig-holsteinische Landeskirche ein Vertragsverhältnis mit den Gewerkschaften ÖTV, Landwirtschaft und Forsten, DAG und VKM (Verband Kirchlicher Mitarbeiter). Auf der Synode (=„Kirchenparlament") vom 17. bis 19.2. wird nun die Kirche über die tarifliche Zukunft der NEK (Nordelbische Kirche) entscheiden. In den Wochen vor der Synode ist es zu sehr heftigen Auseinandersetzungen um diese Frage gekommen: *„STREIK IN DER KIRCHE?"* – so hieß die Schlagzeile in der „Hamburger Morgenpost" vom 5.1.78. Lothar Thormählen von der DAG spuckte große Töne: man werde *„mit unserer Tarifkommission Maßnahmen erörtern, um sie* (die Kirche) *zu zwingen"*; wenn es zu keiner Einigung komme, *„werden wir die Verhandlungen für gescheitert erklären und uns gleichzeitig über Kampfmaßnahmen unterhalten"* – und *„dort, wo wir voll organisiert sind"*, eine Urabstimmung durchführen und den Streik nicht ausschließen („Schleswig-Holsteinische Landeszeitung", 5.1.78).

Mehr als lose Sprüche sind das nicht, ist doch die DAG höchstens mit 500 von ca. 8.000 Kollegen organisiert. In derselben Zeitung macht er dann auch gleich den großen Rückzieher: *„Von der Einstellung der Leute her ist ein Steik wohl kaum durchführbar"* Völlig richtig – war doch von der DAG auch sonst nie ein Sterbenswörtchen zu hören. Für Schlagzeilen jedoch ist sie immer zu haben.

Aber auch die ÖTV fühlte sich bemüßigt, von der *„Ausschöpfung aller gewerkschaftlichen Mittel und rechtlichen Schritte"* zu labern. Olaf Thomas (ÖTV-Bezirksleitung) hält aber die Furcht vor einem Streik für unangebracht. Er ist allemal bereit, *„wegen der besonderen kirchlichen Verhältnisse eine neue Schlichtungsvereinbarung nach dem vorliegenden Muster* (bisherige, von der ÖTV abgeschlossene Verträge ohne Streikrecht – Anm. AK) *zu treffen"*. Immerhin droht er mit der Mobilisierung der Öffentlichkeit und – man höre und staune – mit einer *„intensiven Öffentlichkeitsarbeit unter den Betroffenen"* („Lübecker Nachrichten", 12.1.78).

Auch sehr rührig ist der VKM, eine sogenannte „Gelbe Gewerkschaft" mit dem wohl höchsten Mitgliederstand in Nordelbien. Auch der VKM spricht sich für Tarifverträge aus, obwohl sein Bundesverband dem Modell einer innerkirchlichen Regelung frönt. Mit Nachdruck grenzt sich aber sein Vorsitzender Dedo Eisenhauer von den „Streikdrohungen" der ÖTV und DAG ab: *„Dies grenzt an Nötigung"*. Gleichzeitig tritt er für ein Schlichtungsabkommen ein („epd", 7/78, 14.2.78).

Ohne alle Ausflüchte und Umschweife reden die Bischöfe der NEK – Wölber und Hübner: Sie lehnen Tarifverträge rundweg ab und schlagen der Synode den sogenannten „3. Weg" vor. Gemeint ist ein innerkirchliches Modell mit paritätisch besetzten Kommissionen sowie einem neutralen Schlichtungsausschuß. Dahinter steckt ein aus allen Diktaturen bekanntes syndikalistisches Modell. Die Bischöfe sehen schlechte Zeiten kommen und begründen ihren Vorschlag mit dem Unterschied zwischen Kirche und Staat: *„Der Staatsbürger kann sich seiner Steuerpflicht nicht entziehen. Der Kirchenbürger kann es durch Austritt"* („epd" 7/78, 14.2.78). Bei weiterem Finanzrückgang möchten diese Kirchenführer freie Hand haben, wenn es um Gehaltskürzungen und Rationalisierungen geht.

Die Kollegen jedoch sind sich in ihrer Mehrheit einig: Mitarbeiterkonvente, Mitarbeiterversammlungen- und vertretungen sowie gewerkschaftliche Gruppen fordern einmütig:

„Tarifverträge zwischen Kirche und Gewerkschaften ! Kein 3. Weg !

Kirchenkommission

Kritische Katholiken zur Einschränkung der Freiheit in Staat und Gesellschaft

In einer Erklärung an die deutsche Bischofskonferenz stellt der BENSBERGER KREIS – ein Zusammenschluß kritischer Katholiken – fest: *„Im Kampf gegen den Terrorismus seien grundlegende Freiheiten in Staat und Gesellschaft gefährdet"* („FR", 13.2.78). Die Ursachen des „Terrorismus" sieht er *„in Fehlentwicklungen und tiefgreifenden Mängeln der Gesellschaft"*. Für das weltweite Prestige, das die BRD durch ihre wirtschaftliche Entwicklung erreicht habe, sei ein hoher Preis bezahlt worden: *„Die seelische und kulturelle Verarmung, Abkühlung und Erstarrung zwischenmenschlicher Beziehungen, Abdrängen leistungsschwacher Bevölkerungsgruppen an den Rand der Gesellschaft"* („FR"). Der Bensberger Kreis warnt vor einer „Kriminalisierung der Linken" (Erklärung). Besonders erfreulich ist, daß in der Erklärung die Schlüsselbegriffe der Hetze in den bürgerlichen Massenmedien zurechtgerückt werden:

„Mit der scharfen Verurteilung des Terrorismus sei auch die Verurteilung des alltäglichen Terrors verbunden, gegen den keine GSG 9 helfe: Die stillschweigend geduldete Gewalt gegen Frauen, Kinder und Schwache, Gewalt und Mord im Straßenverkehr und die Verletzung der Menschenrechte" („FR").

Als gefährlich wird jene „Sympathisantenszene" bezeichnet, *„in der einem Franco nachgetrauert werde, in der das ‚chilenische Folterregime' Anerkennung, die rassistische Politik des Apartheid-Regimes in Südafrika Unterstützung finde und reaktionäre Rechtstendenzen hingenommen oder geduldet würden"* („FR"). Der Bensberger Kreis wendet sich entschieden gegen die Angriffe katholischer Würdenträger auf die Bewegung fortschrittlicher Christen in Lateinamerika – ‚Theologie der Befreiung'. Im Streit um das katholische ‚Hilfswerk Adveniat' ist deutlich geworden, daß führende Kräfte in der katholischen Kirche an der Zerschlagung der Theologie der Befreiung arbeiten (vgl. AK 120).

Der 1966 gegründete Bensberger Kreis hat in den 11 Jahren seines Bestehens zu vielen politischen Fragen Stellung genommen (u.a. zum Vietnamkrieg). Am 31.1.76 veröffentlichte er ein ausführliches Memorandum über das Verhältnis von Christentum und Sozialismus. Entschieden wandte er sich gegen den traditionellen ‚Antisozialismus' der katholischen Kirche: Das Memorandum sei *„ein Plädoyer dafür, daß es sich um eine sozialistische Theorie und Praxis zu streiten lohne, und daß unter Christen um sie zu streiten sei"* (Memorandum, veröffentlicht in rororo aktuell Nr. 4003). Der Bensberger Kreis will nicht für ein anderes gesellschaftliches System „werben", *„das müssen die Sozialisten selbst tun"*. Es geht ihm darum ein „Mindestmaß an Offenheit" in Kirche und Gesellschaft zu sichern, auszubauen und zu stärken. *„Wer eigentlich, wenn nicht ein Christ, dürfte auf Grund seiner Überzeugungen so viel an Sicherheit haben, daß er den Dialog und die Kooperation mit anderen – einschließlich möglichen Widerspruchs und Widerstand – auf sich nehmen könnte?"* (Memorandum).

Kirchen-Kommission

Bischof sperrt Jusos aus

Würzburg: Nachdem bereits im Sommer letzten Jahres dem Hannoveraner Psychologieprofessor Peter Brückner Raum- und Redeverbot in der Katholischen Hochschulgemeinde (KHG) erteilt wurden (das Bischöfliche Ordinariat hatte damals die Veranstaltung oberhirtlich untersagt, da *„die Person des Referenten für den Auftritt in kirchlichen Räumen nicht geeignet ist"*), traf der Bannstrahl des Bischofs diesmal die Jusos.

Diese wollten am 27.1. in den Räumen der KHG eine Podiumsdiskussion zum Thema „Sechs Jahre Radikalenerlaß – Duckmäusertum und Berufsverbote?" veranstalten. Bereits am 3.1. aber hatten der Bischof (bekannt durch den Exorzistenfall von Klingenberg) und das Ordinariat der KHG-Leitung und dem Studentenpfarrer Graupner mitgeteilt, daß die Räume nicht zur Verfügung gestellt werden dürften. Man wolle *„keine parteipolitischen Veranstaltungen"* in kirchlichen Räumen. Wenige Tage später folgte ein weiteres Schreiben, das die KHG-Leitung unter Druck setzen sollte. Darin hieß es: *„Die Freigabe der Räume der Katholischen Hochschulgemeinde für Veranstaltungen, deren verantwortlicher Träger nicht die Katholische Hochschulgemeinde ist, bedarf in jedem Fall unserer Genehmigung"*.

Diese Verfügung des Ordinariats kam einer „Bevormundung" der KHG-Leitung gleich, die sich auch dagegen verwahrte: Pfarrer Graupner vertrat die Meinung, daß *„die KHG wie bisher in eigener Regie entscheiden müsse, wer wann und wo in der Hofstallstraße tagt"*. Das Gemeindeforum vertrat ferner die Meinung, daß es sich bei dieser Podiumsdiskussion *„ nicht um eine rein parteipolitische Veranstaltung"* handle.

Mit dieser Verfügung hat sich das Ordinariat eindeutig über das *„selbstverantwortliche Gemeindeleben"* (Satzung der KHG) hinweggesetzt und den Angriffen der Rechten (CSU-MdB Bötsch!) gegen die KHG angeschlossen.

KB-Sympathisanten Würzburg

Kurzmeldungen Kurzmeldungen

Hamburg: Am Sonntag 15.1.78 veranstaltete die „Initiative Kirchlicher Mitarbeiter/Gewaltfreie Aktion" einen Gottesdienst in der Hauptkirche St.Katherinen mit dem Thema „Anfänge neuen Lebens". Neben einer Darstellung eigener Vorstellun-

sachen der Arbeitslosigkeit auf. Was Regierung, Christdemokraten, Kapitalisten, Experten und sogar der KB nicht wußte: der Geburtenrückgang ist schuld! Denn, so der Kardinal, wäre die Zahl der Geburten gleich geblieben, wäre die „Nachfrage nach

Ein Charakter-Bischof

Sehr eindeutig ist die Charakterisierung von Bischof Hübner – in drei noch folgenden Absätzen folgen lediglich Daten seines Werdegangs. Vielleicht noch eine kleine Zusatz-

Schwache, Gewalt und Mord im Straßenverkehr und die Verletzung der Menschenrechte" („FR").
Als gefährlich wird jene „Sympathisantenszene" bezeichnet, „in der einem Franco nachgetrauert werde, in der das ‚chilenische Folterregime' Anerkennung, die rassistische Politik des Apartheid-Regimes in Südafrika Unterstützung finde und reaktionäre Rechtstendenzen hinge-

Gesellschaft zu sichern, auszubauen und zu stärken. „Wer eigentlich, wenn nicht ein Christ, dürfte auf Grund seiner Überzeugungen so viel an Sicherheit haben, daß er den Dialog und die Kooperation mit anderen – einschließlich möglichen Widerspruchs und Widerstand – auf sich nehmen könnte?" (Memorandum).

Kirchen-Kommission

Kurzmeldungen Kurzmeldungen

Hamburg: Am Sonntag 15.1.78 veranstaltete die „Initiative Kirchlicher Mitarbeiter/Gewaltfreie Aktion" einen Gottesdienst in der Hauptkirche St.Katherinen mit dem Thema „Anfänge neuen Lebens". Neben einer Darstellung eigener Vorstellungen der beteiligten Gruppen hatte diese Veranstaltung den Effekt, daß ca. 4oo Menschen im wesentlichen aus dem kirchlichen Bereich zusammenkamen. Sie konnten sich an Ständen informieren und Erfahrungen und Gedanken austauschen. Wir halten solche Gottesdienste für ein angemessenes Mittel, oppositionelle und demokratische Kräfte in der Kirche zu sammeln.

Ansbach 9.1.78 (nach epd):

Einer spricht aus, was viele denken!

„Für besondere Notstände müsse eine Notstandsgesetzgebung geschaffen werden, die auch die Todesstrafe zum Schutz der Bürger vorsehe. Das zu fordern sei zwar nicht Sache der Kirche, aber die Kirche dürfe nicht, schon gar nicht mit theologisch unzureichenden Gründen, die Todesstrafe ablehnen und damit in ein ‚fremdes Amt' eingreifen", so sagte der Kronacher Dekan Höfer, kein kleines Licht und durchaus nicht allein: neben dem Amt des Verkündigers ist er Vorsitzender der *„Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Bayern"*. Eine theologisch und politisch rechtsradikale, aber durchaus von oben hofierte und meist verdeckt geförderte Gruppierung, die es in allen Landeskirchen der BRD gibt. Wir sollten alles tun, um derartigen Thesen auf allen Ebenen zu bekämpfen!

Kardinal Joseph Höffner:

Geburtenrückgang schuld an Arbeitslosigkeit!

(dpa 11.1.78)

In einem Hirtenwort zum Familiensonntag am 15.1.78 deckte Kardinal Höffner in Anspielung auf bessere Geburtenkontrolle und Abtreibungsdebatte endlich die wahren Ursachen der Arbeitslosigkeit auf. Was Regierung, Christdemokraten, Kapitalisten, Experten und sogar der KB nicht wußte: der Geburtenrückgang ist schuld! Denn, so der Kardinal, wäre die Zahl der Geburten gleich geblieben, wäre die *„Nachfrage nach Nahrungsmitteln, nach Textilien, Schuhen, Kinderspielzeug, nach Einrichtungsgegenständen für den Haushalt, nach Schulen und Lehrern, nach Kindergärten und Kindergärtnerinnen"* gleich geblieben. Wir möchten nun unsererseits ergänzen, daß sicher auch die Nachfrage nach Polizisten, Grenzschützern, Kriegsspielzeug, Sonderkommandos, Fahndungsfotografen und Fahndungsfotoflugblattdruckerei und Verteilern, Gefängnisaufsehern und weiß der Teufel (!) noch gestiegen wäre. Der Kardinal: *„ob wir dann auch eine Million Arbeitslose hätten?"* Es ist ein Kardinalsfehler, daß es einen Kardinal Höffner gibt.

Kirchen-Kommission

CDU gegen Polen-Tage in Pinneberg!

Die Polen-Gruppe der Christus-Kirchengemeinde in Pinneberg hat vom 15.1. bis 22.1.78 „Polnische Tage" durchgeführt. Eine Ausstellung polnischer Maler, ein Vortrag über die Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz und ein Film über das frühere Konzentrationslager sowie viele andere Veranstaltungen wurden angeboten.

Für die CDU und ihren Ratsherrn Ulrich Branding galten die Veranstalter als *„linksradikal"* und die Veranstaltungen als *„prokommunistische Propaganda"* („Pinneberger Tageblatt", 11.1.78).

Ein weiteres typisches Beispiel bekannter CDU-Taktik, fortschrittliche Angebote und ihre Veranstalter in den Gemeinden mit antikommunistische Emotionen Schwierigkeiten zu machen und zu diffamieren.

Kirchen-Kommission

Ein Charakter-Bischof

Sehr eindeutig ist die Charakterisierung von Bischof Hübner – in drei noch folgenden Absätzen folgen lediglich Daten seines Werdegangs. Vielleicht noch eine kleine Zusatzinformation: *„Der passionierte Gartenfreund ist so oft wie möglich in dem Wochenendhaus am Molfsee in Kiel, wo er sich um seine Schafe und Bienen kümmert."*

Menschlich gesehen



Freude an Bienen

Er hat das Image eines lutherischen Falken. Bischof Dr. Friedrich H ü b n e r, neuer Vorsitzender der Leitung der neuen Nordelbischen Kirche, bekennt sich ohne Wenn und Aber zu kompromißlosen Aussagen, wenn es gilt, für die Kirche Stellung zu beziehen: beispielsweise zur Entlassung linker Pastoren oder zu den Protest-Aufrufen von Pastoren gegen den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf.

Bischof Hübner: Bienenzüchter und Kämpfer gegen links!

Besser als das Abendblatt hätten wirs nicht machen können.

Kirchen-Kommission

Kirchen-Forum Bremen: Atomkraft - Nein Danke

Übereinstimmend lehnten die Teilnehmer des Kirchen-Forums Bremen die Nutzung der Atomernergie ab. Gleichzeitig warnte der ehemalige Präsident des Kirchenausschusses der Bremischen Evangelischen Kirche, Brauer, vor dem drohenden Polizeistaat, denn die Kontrollen im Zuge der Terroristenfahndungen seien gar nichts im Vergleich zu dem, *„was wir uns einhandeln, um alle Risiken der Kernenergie auszuschließen."*

Professor Schäfer stellte anschaulich dar, daß das Kernenergieprogramm der Bundesregierung nicht auf tatsächlicher Notwendigkeit beruhe und daß nicht ein Arbeitsplatz mehr geschaffen würde. (nach Osnabrücker Kirchenreport 1/78).

Ein Teilnehmer rief die Anwesenden auf, mehr Skepsis gegenüber den Befürwortern von Kernenergie zu entwickeln.

Frei nach dem Sprichwort:
Der Tyrann zum Skeptiker:
Ich liebe glatte Stirnen.
Wo Furchen sind
sät der Feind.

Kirchenkommission

Theologie der Befreiung in Afrika

Im Dezember 77 fand in Accra/Ghana die „Panafrikanische Konferenz von Dritte Welt Theologen" statt.

Im Abschlußkommunique heißt es: Theologie müsse im Zusammenhang mit dem Streben der Völker stehen, *„eine neue Zukunft zu bauen, die sich von der kolonialen Vergangenheit und der neo-kolonialen Gegenwart unterscheidet."* Vorgefertigte Gedanken der westlichen Theologie seien abzulehnen.

Es werden drei Kriterien einer „afrikanischen" Theologie genannt: Sie müsse den afrikanischen Kontext einbeziehen und damit die *„Befreiung unserer Menschen von einer Form kultureller Knechtschaft."*

Diese Knechtschaft gäbe es aber auch und gerade in den wirtschaftlichen und politischen Strukturen, deshalb müsse es sich um eine „Theologie der Befreiung" handeln. Dieser Schwerpunkt verbinde sie mit anderen Theologien der Dritten Welt. *„Wie die lateinamerikanische und die asiatische Theologie, muß die unsere die Notwendigkeit der Befreiung von wirtschaftlicher Ausbeutung sehen. Eine damit zusammenhängende, aber verschiedenartige Form der Unterdrückung ist oft in der Rolle der Frau in der Kirche zu finden."* (Zitate nach „Bremer Kirchenzeitung", 15.1.78).

Daß diese Theologie nicht nur auf dem Papier schön klingt, zeigt der engagierte Kampf vieler Christen in den Befreiungsbewegungen und die Verfolgung vieler Christen durch reaktionäre und faschistische Regimes (vergleiche Arbeiterkampf 121).

Kirchenkommission



Landeskrankenhaus Niedersachsen
Schlimmer als Knast

Mitte Januar wurde die Bevölkerung in der Umgebung von Göttingen in großen Schlagzeilen vor acht flüchtigen „Gewalttätern" gewarnt. Sie waren aus dem Verwahrhaus des Landeskrankenhauses Niedersachsen geflohen. *„Gewalttäter türmen aus dem Krankenhaus"* überschrieb die ‚seriöse' bürgerliche Süddeutsche Zeitung am 16.1. ihren Artikel, in dem dann ausgeführt wird, daß einer der Pfleger *„mit einem Messer am Hals lebensgefährlich verletzt"* wurde.

So und ähnlich blutrünstig berichteten fast alle regionalen und überregionalen Blätter.

Wahr aller dings ist, wie auch das ‚Göttinger Tagesblatt' später eingestehen mußte, daß die einzigen „Waffen" der Entflohenen in Besenstielen und einem abmontierten Griff eines Kofferradios bestanden, mit denen auch der Pfleger leicht am Hals verletzt wurde.

So und ähnlich blutrünstig berichteten fast alle regionalen und überregionalen Blätter.

Wahr aller dings ist, wie auch das ‚Göttinger Tagesblatt' später eingestehen mußte, daß die einzigen „Waffen" der Entflohenen in Besenstielen und einem abmontierten Griff eines Kofferradios bestanden, mit denen auch der Pfleger leicht am Hals verletzt wurde.

Mit den erfundenen Gruselstories sollte erreicht werden, daß die tatsächlichen Hintergründe dieser Flucht nicht in die öffentliche Diskussion kommen. Dies sind nämlich die katastrophalen Zustände im niedersächsischen Landeskrankenhaus. Die Gefangenen wollten ihre Flucht als Demonstration gegen diese Zustände verstanden wissen.

Dies wurde deutlich, als sich die letzten beiden noch in Freiheit befindlichen ‚Ausbrecher' Nikolaus Karpinskyj und Gerhard Mrohs, am 17.1. auf einer von 2.000 Teilnehmern besuchten Veranstaltung an der Uni Göttingen an die Öffentlichkeit wandten.

Vorher hatten sie sich schon mit einem Rechtsanwalt in Verbindung gesetzt und in Absprache mit ihm vereinbart, daß sie sich öffentlich der Polizei stellen. Auf der Veranstaltung berichteten sie den Zuhörern über die Zustände im Landeskrankenhaus (LKH) und trugen ihre Forderungen vor. Sie seien dorthin aufgrund eines psychiatrischen Gutachens aus dem normalen Strafvollzug verlegt worden, um therapeutisch behandelt zu werden. Von medizinischer Betreuung allerdings hätten sie nichts bemerkt, sie seien täglich mit Medikamenten und Spritzen vollgestopft worden und aus Angst, diesen Teufelskreis nicht anders durchbrechen zu können (ein Gespräch mit dem Anstaltspfarrer war erfolglos), sahen sie keine andere Möglichkeit die Öffentlichkeit aufzurütteln, als diese demonstrative Flucht. Im übrigen hätten sie vorher fest vereinbart, daß bei ihrer Flucht keiner getötet oder verletzt werden dürfte.

CDU-Landesregierung: „Alles böswillige Entstellung"

Ein Sprecher des niedersächsischen Sozialministeriums bezeichnete die Darstellung von Mrohs und Karpinskyj, sie würden mit zu hohen Medikamentendosen behandelt, als eine *„böswillige Entstellung"* (GT, 18.1.). Bei der Schwere ihrer Krankheitsbilder müsse eine intensive medikamentöse Behandlung durchgeführt werden. Der Direktor des LKH, Prof. Dr. Venzlaff, aber hatte sich am 16.1. schon verplappert: *„Was ihnen, (den Patienten) fehlt, ist eine ständige resozialisierende Betreuung, die wir ihnen in unserer Einrichtung nicht ausreichend bieten können"* (GT, 18.1.). Daraufhin legte ihm das Sozialministerium ein Schweigegebot auf! Warum wohl?

Die einzige Forderung der beiden auf der Uni-Veranstaltung war, daß sie auf keinen Fall wieder ins LKH, sondern in den normalen Knast zurück wollten.

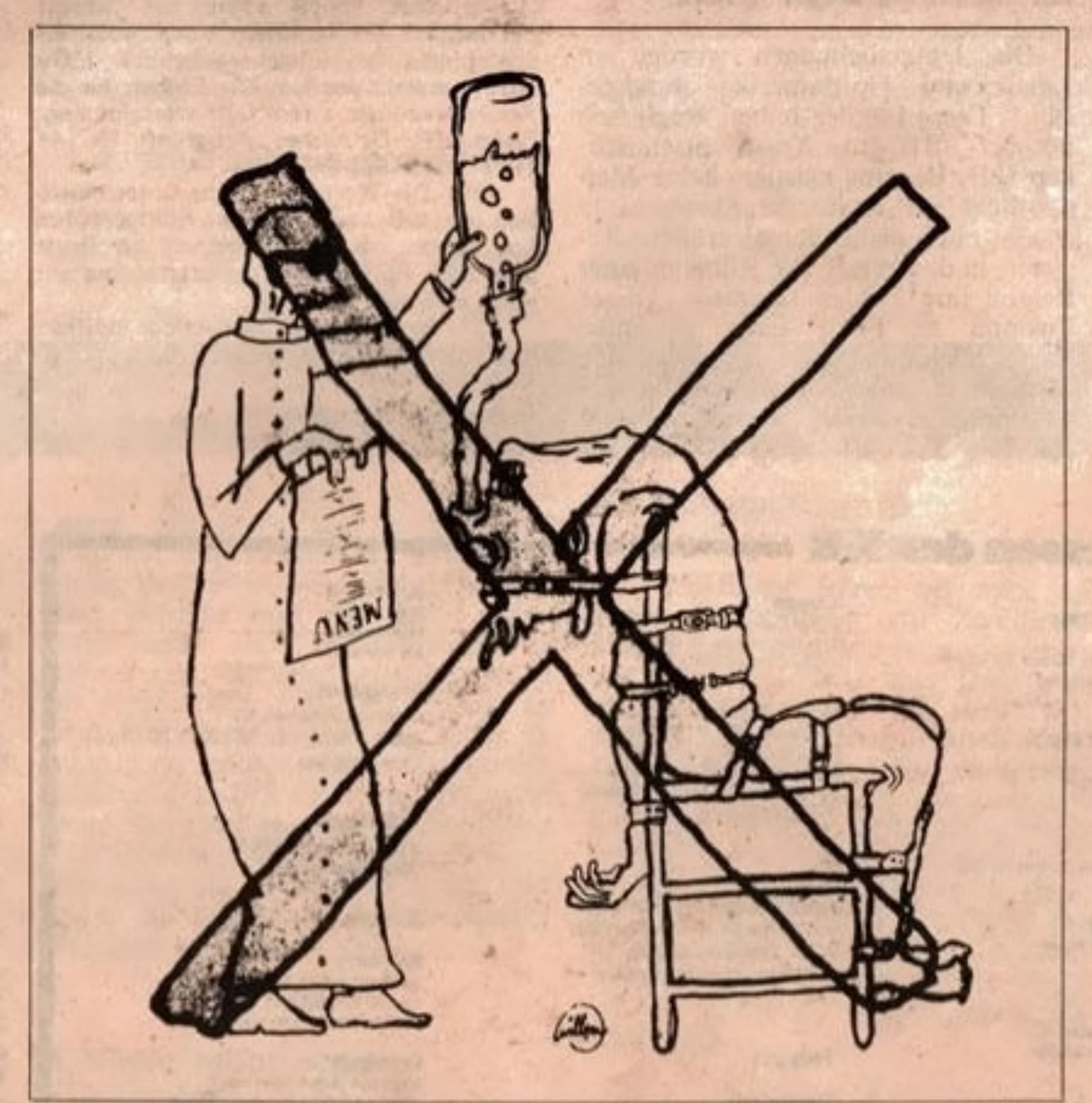
Und das ist nicht weiter verwunderlich.

Therapie im LKH - Pillen und Arbeit

Die „Verwahrabteilung" des LKH befindet sich im ersten Stock des Verwahrhauses, kahl, nur mit dem notwendigsten „möbliert", ein Arbeitsraum und mehrere Einzelzellen, von denen zwei sogenannte Isolier-

Therapie im LKH - Pillen und Arbeit

Die „Verwahrabteilung" des LKH befindet sich im ersten Stock des Verwahrhauses, kahl, nur mit dem notwendigsten „möbliert", ein Arbeitsraum und mehrere Einzelzellen, von denen zwei sogenannte Isolier-



zellen sind. In diesen befindet sich in der Raummitte ein fest verankertes Bett und ein Klo - sonst nichts. Das Fenster ist nicht zu öffnen, die Frischluft wird durch einen kleinen Ventilator hineingeblasen. Zwei Türen aus Holz und Stahlblech mit dicker Polsterung isolieren die Zellen fast schalldicht.

Neben den schon erwähnten Medikamenten ist die wichtigste „Therapie" die Arbeit-(stherapie). Mehrere Stunden am Tag z.B. Wäscheklammern zusammensetzen. Der Patient bekommt pro Tag ca. 2 DM! Die Industrie zahlt an die Anstalt natürlich mehr; der Überschuß wird im Haushaltsplan des Sozialministeriums unter dem Titel *„Einnahmen aus Arbeitsleistungen der Kranken"* geführt (Sozialpsychologische Information Nr. 16/73, S. 65).

Unter anderem dadurch weist der Landeshaushalt Niedersachsen 4,7 Mill. Mehreinnahmen aus, als die Landeskrankenhäuser gekostet haben (ebenda)...

Die Patienten können natürlich auch nicht frei entscheiden, ob sie arbeiten wollen oder nicht. Weigert sich einmal jemand, so kann es ihm passieren, daß sie sich in einer der Isolierzellen wiederfinden. *„...was sollen die Leute sonst machen, wenn sie nicht arbeiten wollen. Da sitzen die doch nur dumm rum"*, so ein Pfleger des LKH.

„Schon im letzten Oktober hatten vier Gefangene des LKH mit einem kollektiven Selbstmordversuch gegen ihre Lage zu protestieren versucht: Sie hatten sich gegenseitig mit dem Deckel einer Konservendose die Pulsadern aufgeschnitten. Auch beim zweiten bundesweiten Hungerstreik der RAF und anderer Gefangener im letzten Jahr hatten sich drei Gefan-

„Schon im letzten Oktober hatten vier Gefangene des LKH mit einem kollektiven Selbstmordversuch gegen ihre Lage zu protestieren versucht: Sie hatten sich gegenseitig mit dem Deckel einer Konservendose die Pulsadern aufgeschnitten. Auch beim zweiten bundesweiten Hungerstreik der RAF und anderer Gefangener im letzten Jahr hatten sich drei Gefan-

gene des LKH mit zusätzlichen Forderungen angeschlossen.

Aber der „Skandal" bei dem Ausbruch war nicht die totale Entrechtung und Entwürdigung der Menschen hinter diesen Mauern, sondern deren mangelnde Sicherheit. Der niedersächsische Sozialminister, H. Schnipkoweit, kam wieder mal aus Hannover angereist. Diesmal nicht mehr, um den Gefangenen Verbesserungen zu versprechen, wie er es schon öfter gemacht hatte, sondern um nach dem Ausbau der Sicherheitsvorkehrungen zu sehen" („ID").

Der suspendierte Göttinger Asta entschloß sich vor diesem Hintergrund, zu einer Initiative aufzurufen, die versucht, die Zustände im LKH weiter zu enthüllen und an die Öffentlichkeit zu bringen.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Ärztin vor Standestribunal gezerrt, weil sie Kunstfehler aufdeckte!

26 niederbayerische Ärzte haben ein Kesseltreiben gegen eine mutige Kollegin begonnen. Frau Dr. S. wurde vor ein Standestribunal zitiert, weil sie in einem Gutachten für den Deutschen Patientenschutzbund (DPS) einem Braunschweiger Chefarzt Kunstfehler vorgeworfen hatte. Unter Androhung eines Berufsgerichtsverfahrens wurde ihre jede weitere Gutachterätigkeit untersagt. Frau Dr. S. sollte sogar eine Erklärung unterschreiben, daß sie während des Schreibens des Gutachtens »in einem nicht zurechnungsfähigen Zustand gewesen« sei!!

Frau Dr. S. hatte ermittelt, daß einer Patientin sämtliche Rippen gebrochen worden waren, weil die Wiederbelebungsversuche der bewußtlos gewordenen Frau nicht nach den Regeln der ärztlichen Kunst, sondern grob fahrlässig durchgeführt wurden. Die Patientin starb an den Folgen der inneren Verlezungen.

Den Strafsenat des Oberlandesgerichts Braunschweig hat das Gutachten wenig beeindruckt: Eine Beschwerde des Ehemannes wurde abgelehnt, das Gutachten hätte keine neuen Tatsachen ergeben ...
(Angaben nach »Mopo«, 31.12.77).

ÖTV- Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

»Kunstfehler«

In einem Saarbrücker Krankenhaus sollte eine Patientin am Darm geröntgt werden. Zur Vorbereitung wurde der Frau ein Kontrastbrei eingespritzt, anschließend sollte der Darm mit einem Ballonkatheder verschlossen werden.

Diese Tätigkeit übertrug der Röntgenarzt einer Pflegehelferin, die noch nie in ihrem Leben dergleichen gelernt hatte und für derartige Aufgaben auch gar nicht herangezogen werden darf!

Das 18-jährige Mädchen steckte aus Unwissenheit den Katheder statt in den Mastdarm in die Scheide der Patientin und pumpte den Ballon auf. Die Frau starb, weil die Scheidenwand platzte.

Kollegen des Röntgenarztes bescheinigten auf dem schnell ausgestellten Totenschein: „natürliche Todesursache".

Für die Pflegehelferin war der Tod der Patientin ein solcher Schock, daß sie versucht hatte, sich das Leben zu nehmen – sie konnte aber gerettet werden, und erst dadurch kam die ganze Sache an die Öffentlichkeit.

Schluß der Geschichte:
„Das Landgericht Saarbrücken verurteilte jetzt den Arzt zu sechs Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung und 10.000 DM Geldbuße".
(„Hamburger Morgenpost," 16.2.78).

ÖTV–Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Arzt als Betrüger entlarvt!

Allgemeinmediziner und Geburtshel- *kommen"* („Hamburger Abend-

Arzt als Betrüger entlarvt!

Allgemeinmediziner und Geburtshelfer Dr. Jürgen Peter (aus Herborn), hat nach Angaben von neun geschädigten Krankenkassen von 1972-75 rund 450.000,-Mark für „nicht erbrachte Leistungen" erschwindelt.

Dr. Jürgen Peter, Besitzer einer 1-Millionen-Mark-Luxus-Villa, verbuchte allein am 18.März 1975 150 Patientenbesuche in seiner Sprechstunde umd am Nachmittag noch 91 Hausbesuche in seiner Kartei.

Öffentlich verteidigte Dr. P. sich: *„Ich habe doch nichts anderes getan, als was mein Vater 20 Jahre lang unbeanstandet getan hat."*

Auf einer Abrechnung will P. sogar ein ungeborenes Kind und eine Vierjährige laut Karteieintragung auf „Regelstörung" behandelt haben!

Dr. P. hat sich nun vor der Staatsanwaltschaft in Limburg des fortgesetzten Betruges zu verantworten, allerdings erfaßt die Anklageschrift nur einen Betrag von 6.500,- DM... Und damit nicht genug, denn dieses Schwein von Arzt versucht seiner Sprechstundenhilfe die ganze Schuld in die Schuhe zu schieben. Nachdem er ihr, die schon bei seinem Vater lange Zeit angestellt war, klargemacht hatte, daß sie mit ihrem Kopf herhalten müßte, beging sie Selbstmord. Dieser Arzt ist also auch noch für den Tod der Frau verantwortlich.

Daß Dr. P. von den wahnwitzigen Abrechnungen gewußt hat, beweisen etliche Zeugen. Eine junge Frau, die dort eine Lehre als Arzthelferin gemacht hatte, schilderte, wie sie Frau Peter auf falsche Abrechnungen hingewiesen und zur Antwort bekommen hatte: *„ ... schließlich müsse bei den Hausbesuchen ja wenigstens das Benzingeld ihres Mannes herauskommen"* („Hamburger Abendblatt", 10.2.78).

Nicht umsonst hat das Motto die Runde gemacht: Wenn du zum Arzt gehst, vergiß den Zahlschein nicht! Solche Schweinereien wie die von P. kommen nur in Einzelfällen – obwohl sie keine sind! – heraus. Die Abrechnung zwischen Arzt und Krankenkassen sind bis heute vor allem durch die Patienten nicht kontrollierbar (Informationen aus „FR", 8.2.78).

Am 10.2. wurde Dr. Peter dann von dem Vorwurf des Betruges freigesprochen. Wie (fast) nicht anders zu erwarten war, ist jetzt der Verdacht genügend auf die Sprechstundenhilfe gelenkt worden, so daß der Arzt „mangels Beweise" davon kam. Wie dieses Ding vor Gericht gedreht wurde, hört sich wie absurdes Theater an: Der Hauptbelastungszeuge hatte ausgesagt, daß die Sprechstundenhilfe ihm schon 1974 anvertraut hätte, *„sie stehe unter Druck und müsse falsche Abrechnungen schreiben"* (FAZ, 11.2.78). Als der Zeuge dann auf Befragen nicht ausschließen konnte, *„daß die Sprechstundenhilfe ohne Wissen des Arztes 'aus innerem Zwang heraus' (!!!) eigenmächtig falsch abgerechnet habe, brach die Beweiskette des Staatsanwaltes zusammen"* (ebenda). So einfach ist das. Der Druck des Arztes wird schnell zu einem „inneren Zwang" der Sprechstundenhilfe umgefälscht, die Tote kann sich nicht mehr wehren – Freispruch. Arzt und Millionär muß man sein!

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Zahnärzte langen zu

Die Zahnärzte Nordrhein-Westfalens können den Hals nicht voll kriegen. Für 1977 forderten sie von den Krankenkassen einen Nachschlag von 18 % — bei einem durchschnittlichen Jahresumsatz der Zahnärzte von 357.000 DM also ca. 60.000 DM pro Praxis. Die Kassen wollten nur 3,7 % zugestehen, ein Landesschiedsamt entschied sich letztlich für „nur" 9 %.

Die Kassen wollen diesen Schiedsspruch aber nicht hinnehmen, denn sie meinen, ein durchschnittlicher Verdienst der Zahnärzte von 220.000 DM reiche aus.

Die Zahnärzte aber lassen sich davon nicht beeindrucken — nach ihrer Rechnung hätten sie einen Stundenlohn von 5,48 DM und müßten von daher ernsthaft prüfen, ob sie ebenfalls diesen Schiedsspruch anfechten werden ...

Brustkrebs durch Röntgenstrahlen?

In einer japanischen und zwei amerikanischen Studien, die im September 1977 veröffentlicht wurden, wird der Zusammenhang zwischen Brustkrebs und radioaktiver Bestrahlung untersucht (1). Eine Studie behandelt die Häufigkeit von Brustkrebs bei amerikanischen Frauen, die wegen einer Brustentzündung in der Stillzeit (Mastitis) eine »Entzündungsbestrahlung« mit Röntgenstrahlen erhielten (2). Um andere Risikofaktoren des Brustkrebses (3) auszuschließen, wurden drei andere Gruppen von Frauen ebenfalls untersucht. Dies waren: A) die Schwestern der Patientinnen; B) andere Patientinnen, die auch eine Mastitis hatten, aber anders als mit Röntgenstrahlen behandelt worden waren und C) die Schwestern der Frauen der Gruppe B.

In der anderen amerikanischen Studie wurde die Brustkrebshäufigkeit bei Frauen untersucht, bei denen wegen einer bestimmten Behandlungsmethode ihrer Lungentuberkulose (4) häufig Röntgenaufnahmen der Lungen gemacht worden waren. Bei diesen Untersuchungen wurde die Brust natürlich immer mitbestrahlt (5). Diese Patientinnen wurden mit anderen verglichen, die auch Tuberkulose der Lungen hatten, aber wegen anderer Behandlungsmethoden wesentlich seltener geröngt worden waren.

Schließlich wurden die Japanerinnen untersucht, die die Atombombenexplosionen von Hiroshima und Nagasaki überlebt hatten (6),(7).

Die drei Untersuchungen kommen in den wesentlichen Punkten zu den gleichen Ergebnissen. Die Brustkrebsrate ist bei den bestrahlten Frauen höher, als in den Vergleichsgruppen. Brustkrebs wird also in bestimmten Fällen durch radioaktive Strahlen ausgelöst.

Die weibliche Brust scheint für die Krebsauslösung durch Strahlen besonders empfindlich zu sein. Die Empfindlichkeit scheint noch höher zu sein, als die von Knochenmark bei der Leukämieentstehung.

Allerdings scheint die Latenzzeit, d.h. die Zeit von der Schädigung (Bestrahlung) bis zum Auftreten und Erkennen der Erkrankung, für den Brustkrebs sehr lang zu sein. Sie beträgt mindestens 20 Jahre. Für Leukämie ist sie mit ca. 10 Jahren am kürzesten . Weil in diesem Fall Be-

Allerdings scheint die Latenzzeit, d.h. die Zeit von der Schädigung (Bestrahlung) bis zum Auftreten und Erkennen der Erkrankung, für den Brustkrebs sehr lang zu sein. Sie beträgt mindestens 20 Jahre. Für Leukämie ist sie mit ca. 10 Jahren am kürzesten . Weil in diesem Fall Be-
strahlung und Folgeerkrankung relativ eng zusammenliegen, galt die Leukämie lange als einzige Art des »Strahlenkrebses«.

Das Erkrankungsrisiko ist linear dosisabhängig, d.h. je mehr Strahlen, desto höher das Brustkrebsrisiko. Diese Linearität setzt sich bis in die untersten Strahlendosisbereiche fort, wenn auch die Aussagen über diesen Bereich von geringerer »wissenschaftlicher Sicherheit« sind, als die in höheren Dosisbereichen. Von diesem Zusammenhang wird heute in der wissenschaftlichen Krebsforschung allgemein ausgegangen. Nur von einseitig interessierten Kreisen (Regierung, Kraftwerksbetreiber und Industrievertreter) wird dieser Zusammenhang heute noch heftig bestritten. Die Linearität zwischen Dosis und Schaden ist eines der wichtigsten Argumente gegen die Behauptung, es gäbe bei niedrigen Strahlendosen ein vernachlässigbares Risiko und damit eine medizinisch unbedenkliche Grenzdosis.

Beim Vergleich der Verteilung der Bestrahlung über mehrere Jahre in kleinen Dosen (bei den Tuberkulosepatientinnen) mit der praktisch einmaligen Gabe der ganzen Dosis (bei den Frauen mit der Mastitis), zeigt sich, daß nur die insgesamt erhaltene Dosis, nicht die zeitliche Verteilung über das Risiko entscheidet. Auch dieses Ergebnis spricht dafür, daß keine Reparaturmechanismen in den Zellen existieren, die einmal entstandenen Scha-



Krebsuntersuchung mit Mikrowellen-Detektor

den ausgleichen könnten. Die Strahlenschäden der Zellen werden also während des ganzen Lebens aufgetürmt.

Die Erhöhung des strahlenbedingten Erkrankungsrisikos bei den untersuchten nordamerikanischen Frauen

den ausgleichen könnten. Die Strahlenschäden der Zellen werden also während des ganzen Lebens aufgetürmt.

Die Erhöhung des strahlenbedingten Erkrankungsrisikos bei den untersuchten nordamerikanischen Frauen
betrug nach Ablauf der ersten zehn Jahre nach der Bestrahlung 8 — 10 Krankheitsfälle an Brustkrebs pro eine Millionen Frauen, Jahr und ein rad Strahlendosis (8), (9).

An einem Beispiel deutlich gemacht würde aus einer Gruppe von einer Millionen Frauen, deren Brust zehn rad Strahlendosis abbekommen hat, nach Ablauf einer »erkrankungsfreien« Zeit von zehn Jahren anschließend jeden vierten Tag eine Frau an Brustkrebs erkranken. Diese Dosis erhält jede Frau, die z.B. acht Monate der im Strahlenschutzbereich zulässigen Organdosis von 15 rem (7) pro Jahr ausgesetzt war, oder wer — je nach Apparat und Aufnahmetechnik —eine bis zehn normale Röntgenaufnahmen der Lunge hat über sich ergehen lassen (10)!

Insgesamt ist also eine Zunahme der Brustkrebshäufigkeit bei strahlenbelasteten Frauen bewiesen, wobei die weibliche Brust eines der strahlenempfindlichsten Organe überhaupt zu sein scheint.

Dies ist ein wichtiger Gesichtspunkt für die Frauen, ob als Patientinnen, als Beschäftigte in Röntgenabteilungen und der „Strahlenindustrie" oder eben als Teil der ganzen Bevölkerung, der die Strahlenverseuchung durch AKWs zugemutet werden soll.

Zum anderen müssen sich die Beschäftigten im Krankenhaus dafür einsetzen, daß jede unnötige Rönt-

genaufnahme vermieden wird. Solche Behandlungsmethoden wie die Mastitisbestrahlung, die z.B. bis vor kurzem im Bremer Zentralkrankenhaus Links der Weser noch üblich war, müssen bekämpft werden.

genaufnahme vermieden wird. Solche Behandlungsmethoden wie die Mastitisbestrahlung, die z.B. bis vor kurzem im Bremer Zentralkrankenhaus Links der Weser noch üblich war, müssen bekämpft werden.

Die Untersuchungen wurden in Japan und Nordamerika durchgeführt. Diese Länder haben verglichen mit der BRD gute Krankheitsstatistiken (11). Bei uns existiert keine Meldepflicht für Krebserkrankungen, ja es gibt noch nicht einmal größere Register, in denen z.B. die Kliniken einer Region ihre Zahlen sammeln. Dieser Zustand ist Folge einer extremen Vernachlässigung der vorsorgenden Medizin in allen Bereichen unseres Gesundheitssystems. Damit besteht für die Zukunft nicht einmal die theoretische Chance, Aussagen über die Entwicklung von Krankheiten nach Zunahme der radioaktiven Umweltverseuchung zu machen. Dies ist allein im Interesse der Gruppen, die sich für den Ausbau der Atomindustrie um jeden Preis entschlossen haben.

Bisher wurde in der »wissenschaftlichen Forschung« nur über die Ergebnisse bezüglich der Brustkrebserkrankung berichtet. In den Arbeiten findet sich aber auch der Hinweis, daß z.B. gutartige Tumoren der Brust nach Bestrahlung häufiger auftreten. Dies ist ein Hinweis darauf, daß die ganze Schädlichkeit der Strahlen viel größer ist, als die genannten Zahlen es vermuten lassen.

Anmerkungen:

(1) Veröffentlicht im: Journal of the National Cancer Institut, Vol. 59 (1977) S. 799 - 832. Das ist eines der bekanntesten Krebsforschungsmagazine der Welt.

(2) R.E. Shore und andere: Breast neoplasms in Women treated with X-rays for acute postpartum mastitis.

(3) Andere Faktoren sind z.B.: Vererbung oder sehr enger Kontakt. Die Frauen einer Volksgruppe in Indien haben eine extrem große Häufigkeit von Brustkrebs. Bei bestimmten Mäusestämmen wurde nachgewiesen, daß ein krebserregendes Virus mit der Muttermilch auf die Töchter übertragen wurde.

Geographische Verhältnisse oder Lebensgewohnheiten spielen eine Rolle. In Japan ist die Brustkrebshäufigkeit im Allgemeinen weit geringer als in Westeuropa oder den USA; mit dem Magenkrebs ist es genau umgekehrt.

(4) Die Behandlung bestand aus dem Setzen eines sog. Pneumothorax. Dabei wird Luft in den eigentlich luftleeren Raum zwischen Lungen und Rippenfell gebracht, woraufhin die Lunge zusammenschnurrt und bei der Atmung nicht mehr mitbewegt werden kann.

(5) J. D. Boice Jr. und R.R. Monson: Breast cancer in Women after repeated fluoroscopic examination of the chest.

(6) D.H. Mc Gregor und andere: Breast cancer incidence among atomic bomb survivors, Horishima and Nagasaki, 1950 - 1969.

(7) Die Bomben bei den grauenhaften und sinnlosen Verbrechen in Nagasaki und Hiroshima waren verschiedener Bauart, so daß die Menschen je nach dem mehr mit Neutronen oder gamma-Strahlen verletzt oder getötet wurden.

(8) Im englischen als „10 Womenyears at risk per rads" bezeichnet.

(9) Seit 1.1.78 sollte die Einheit

(7) Die Bomben bei den grauenhaften und sinnlosen Verbrechen in Nagasaki und Hiroshima waren verschiedener Bauart, so daß die Menschen je nach dem mehr mit Neutronen oder gamma-Strahlen verletzt oder getötet wurden.

(8) Im englischen als „10 Womenyears at risk per rads" bezeichnet.

(9) Seit 1.1.78 sollte die Einheit
ein rad für die in einem Körpervolumen absorbierte Strahlungenergie durch 1 Gy (Gray) ersetzt werden. Die Einheit für die Äquivalenzdosis 1 rem fällt ersatzlos weg. Siehe z.B. Deutsches Ärzteblatt Nr. 41 (1977) S. 2456.

(10) Die Werte sind sehr unterschiedlich, was z.B. vom Alter der Röntgenröhre und davon, ob die Röhre vor der Brust oder dem Rücken des Patienten aufgestellt wird, abhängig ist.

(11) Im US-Staat Connecticut existiert eine solche Statistik z.B. seit 1935.

Gesundheitsgruppe KB/Gruppe Bremen

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte A 02 25 83
239 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vor Hertì

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 098831 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr und jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr, Holstenstraße zwischen „Kieler Nachrichten" und Buchladen „Montanus"

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Muhlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Mittwoch und Freitag 16.30 bis 19 Uhr

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1
Tel. 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend 11-13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr vor Karstadt Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0 67458 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z. Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstr. 11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg 1

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend 11-13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents-Vertriebsbüro
Buddestr. 19 (Ecke Maybachstr.)
48 Bielefeld
Öffentl. Bürostunden Fr von 17 bis 19 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr Kortumstraße/Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr Uni/Mensa

Bonn:
dienstags 12-14 Uhr Mensa Nassestraße
sonnabends 10.30- 12.3- Munsterplatz

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend von 11 bis 13 Uhr im Rheydt (Fußgängerzone)

Köln
Jeden Dienstag und Mittwoch von 12 bis 14 Uhr Büchertisch in der Zentralmensa der Uni Köln, Zülpicherstraße

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
S. Lissner
Koselstraße 37
6 Frankfurt

Kassel
Florian Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr Königsplatz

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Telefon 26 877
Dienstag von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
AK-Lesekreis Mittwoch 20 Uhr und Büchertisch jeden Mittwoch Marstall-Mensa

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum Sallerstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr Leopoldsplatz

Stuttgart:
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend 11 bis 12.30 Uhr Einkaufszentrum vor Hertì

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch 12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr Altstadt vorm Oberpaur

München
Postlagerkarte 07 19 10 A
jeden Mi. 11-13 Uhr Mensa

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
8500 Nürnberg
Verkauf jeden Sonnabend 11 bis 12 Uhr Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag 11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa

Westberlin
A. Radtke
Thomasiusstr. 2
1 Westberlin 21
Freitag von 16 bis 19 Uhr

Neue Rechtsprechung höhlt Mieterschutz aus

In der Frage der Mindestanforderungen für Mietgutachten nach dem Zweiten Wohnraumkündigungsschutzgesetz gibt es zwei neue interessante Urteile, nach denen in einem Sachverständigengutachten die Angabe von Vergleichswohnungen künftig nicht mehr erforderlich ist (Landgericht Braunschweig: AZ 6 S 250/77, Landgericht Hannover AZ 11 S 193/77).

Für die beiden Gerichte genügt es, daß der Gutachter behauptet, ihm seien genug Vergleichswohnungen bekannt, er braucht sie aber nicht genau zu benennen. Des weiteren reiche eine vom Sachverständigen vorzunehmende Einstufung in Luxuswohnungen, überdurchschnittlich gute, durchschnittliche und einfache Wohnungen aus. Geht diese neue Rechtsprechung etwa auf Kosten des Mieterschutzes? Weit gefehlt! Denn: *»Bei einer Mieterhöhung auf Grund eines Sachverständigengutachten werde der vom Gesetzgeber bezweckte Schutz des Mieters ... in ausreichendem Maße dadurch erreicht, daß nur öffentlich bestellte oder vereidigte Sachverständige eine solches Gutachten erstellen können und insoweit der Anschein (!) für die Richtigkeit des Gutachtens spreche«* (»Handelsblatt, 10.2.77).

Wieweit es mit der Unabhängigkeit der Sachverständigen her ist, haben viele Hamburger Mieter am eigenen Leibe erfahren: vor einigen Jahren wurden viele Mieten in Hamburg mit einem Gutachten der berüchtigten Sachverständigen und Makler Vieth und Dorn erhöht. Sollten diese Urteile Schule machen, werden den Hausbesitzern das Mieterhöhungsverfahren erleichtert und höhrere Mieten ermöglicht.

Wohnungskommission

Verkehrsplanung gegen

Verkehrsplanung gegen Bürgerprotest und Gerichtsentscheid

Das Frankfurter Baudezernat versucht mit allen Mitteln, die Niderräder Ortsumgehung (Verlängerung der südlichen Mainuferstraße) fertigzustellen. Jetzt haben die Anwohner, die sich gegen die ihnen Gestank, Lärm und Gefahr bringende Schnellstraße seit längerem zur Wehr setzen, vor Gericht einen ersten Teilerfolg errungen: Auf einem 400 m langen Teilstück der Straße vor den beiden Hochhäusern, in dem die Kläger (es sind 50) wohnen, darf nicht weiter gebaut werden. Das Urteil beschränkt sich nur auf den Abschnitt vor den Häusern der Kläger, die übrigen Häuser gehören der städtischen Arbeiterwohnheim GmbH, deren 5000 Sozialmieter keine Möglichkeit haben, sich juristisch zur Wehr zu setzen (»Frankfurter Rundschau, 28.1.78).

Der Baustopp wurde durch eine Einstweilige Verfügung erwirkt, da im Dezember Sonderbares geschehen war: Die 50 Anlieger hatten vor dem Verwaltungsgericht eine Unterlassungsklage eingereicht. Was tat der Baudezernent? Er vergab schleunigst den Bauauftrag und kurze Zeit später fraßen sich schon Planierraupen durch das Mainfeld, man versuchte vor Ausgang des Rechtsstreits vollendete Tatsachen zu schaffen. Als dann noch fünfzig 70 Jahre alte Bäume gefällt wurden, erwirkten die Kläger eine Einstweilige Verfügung. Obskur ist auch das gesamte Planungs- und Genehmigungsverfahren für die Straße.

Die Stadt beruft sich dabei auf § 125 Bundesbaugesetz, der bei einem »dringenden Bedürfnis« die Umgehung von Bürgerprotesten in Form von Einsprüchen bei Bebauungsplänen und Planfeststellungsverfahren, die sonst vorgeschrieben sind, erlaubt. Eine Frage muß hier gestattet sein: Um wessen »dringendes Bedürfnis« handelt es sich bei der Niederräder Ortsumgehung?

Wohnungskommission

Skandinavien

Waffenexport - ein lohnendes Geschäft für den »blau- gelben« Imperialismus

Nach Untersuchungen der schwedischen Tageszeitung »Dagens Nyheter« (DN) gehört Schweden zu den größten Waffenlieferanten der Welt. 1971 wurden im Reichstag einschränkende Richtlinien für den Waffenverkauf erlassen, die besagen, daß keine Exporterlaubnis für Staaten zu erteilen sei, wenn diese *»sich in einem bewaffneten Konflikt mit anderen Staaten befinden; in einen Konflikt verwickelt sind, der zu bewaffneten Auseinandersetzungen führen kann«*, wenn in den betreffenden Staaten *»bewaffnete Unruhen«* vorhanden sind oder die Menschenrechte systematisch mißachtet werden. (nach DN, 5.2.78). Diese Richtlinien sind bloßes Papier: schwedische Waffen sind in Länder wie Argentinien, Iran, Indonesien, Marokko usw. geliefert worden.

letzten Jahren wurden u.a. Nigeria, die Elfenbeinküste, Ghana, Indien, Pakistan, Malaysia, Indonesien und die Philipinen mit schwedischen Waffen ausgerüstet. Aufsehen erregten die Waffenlieferungen an Argentinien und den Iran. Das faschistische Argentinien erhielt vor kurzem moderne Panzerabwehrraketen. Staatsminister Fälldin verteidigte diese Lieferung damit, daß diese *»Raketen keine Einmannwaffen seien, und somit nur schwer in Auseinandersetzungen mit Guerillatruppen einzusetzen seien«*. (DN, 7.2.78)

Der Iran erhält seit 1976 Flugabwehrkanonen von der schwedischen Waffenschmiede Bofors. Der Beschluß, diese Waffen an den Iran zu liefern, ist 1975 von der sozialdemokratischen Regierung gefaßt worden. Der Iran-Export geht aus der schwedische Kriegsindustrie natürlich ein Leichtes, Beschlüsse der schwedischen Regierung zu umgehen. Ein bezeichnendes Beispiel sei hier angeführt: In den 70er Jahren hat die türkische Regierung mehrere Male versucht, Bofors-Kanonen über offizielle Kanäle von der schwedischen Regierung zu kaufen. Dieses wurde von der schwedischen Regierung abgelehnt, da die Türkei in bewaffnete Auseinandersetzungen mit Griechenland verwickelt war. Zwischen 1975 und 1976 erhielt die Türkei jedoch sieben Jaguar-I-Kriegsfahrzeuge von der westdeutschen Lürssen- Werft; alle Fahrzeuge waren mit schwedischen Bofors-Kanonen bestückt. Sie waren in Lizenz hergestellt, und nach den Gesetzen und Verordnungen brauchte die schwedische Regierung über diese Lieferung nicht unterrichtet zu werden. Ähnlich lief es mit der Lieferung schwedischer Waffen in andere Länder. Ein vollständiger Überblick über die Verbreitung schwedischer Waffen im Ausland ist aufgrund dessen nur schwer zu geben.



Waffen des schwedischen Imperialismus zum Export — Enthüllungen in „Dagens Nyheter"

Direkte Waffenexporte

Die staatlichen »Vereinigten Fabrikwerke« (FFV) hatten in den 60er Jahren auf verschiedenen Waffenmärkten mit ihrem Granatengewehr »Carl Gustaf« große Erfolge. Australien gehörte zu den Ländern, die diese Waffen kauften. Ende der 60er Jahre trat Australien neben den USA in den Vietnamkrieg ein. Die australischen Truppen waren mit dem schwedischen Granatengewehr ausgerüstet.

Besonders gut scheinen die Waffengeschäfte mit sogenannten Ländern der 'Dritten Welt' zu gehen. In den dischen Handelsstatistik nicht hervor, da die Fahrzeuge, auf die die Kanonen montiert werden, in Frankreich hergestellt und die Kanonen an Frankreich geliefert werden. Die meisten Waffengeschäfte laufen nicht über die schwedische Handelsbilanz, da schwedische Waffen im Ausland in Lizenz hergestellt werden.

Lizenzherstellung im Ausland

Für die im Ausland in Lizenz hergestellten Waffen gelten die oben genannten Richtlinien für einen Export nicht. Somit ist es für die schwe-

„Die Verteidigung braucht den Export" (Olof Palme)

Nach Veröffentlichung der Recherchen über den schwedischen Waffenexport in 'Dagens Nyheter' war die Meinung schwedischer Politiker einhellig: Wir sind auf den Waffenexport angewiesen.

Olof Palme vertrat die Meinung, daß es keinen Grund gebe, den Waffenexport völlig einzustellen. Staatsminister Fälldin will anscheinend an der bisherigen Praxis des Waffenexports festhalten, denn *»eine Verminderung der schwedischen Waffenproduktion würde bedeuten, daß diese Waffen teurer werden. Damit wird die Konkurrenzkraft mit der ausländischen Waffenindustrie verschlechtert«* (nach DN, 7.2.78). Außerdem, so Fälldin, würde eine Einschränkung oder Niederlegung der Waffenproduktion bedeuten, daß Schweden seine Selbstständigkeit verlieren würde, da Schweden dann darauf angewiesen wäre, Waffen von den Großmächten zu kaufen — und da bleibt Schweden lieber selbst eine Großmacht im Waffenexport. »Neutralität« und »Selbstständigkeit« sind für bürgerliche Regierungen gleich welcher Couleur eben nur Propagandafloskeln zur Verschleierung ihrer eigenen imperialistischen Machtpolitik.

Skandina vienkommission

„Mit tiefem Verständnis. Freundliche Grüße, Christiansborg" (Sitz der dänischen Regierung).

Christiania soll geräumt werden

Dänemark: Nach jahrelangen Auseinandersetzungen hat das oberste dänische Gericht Anfang Februar entschieden, daß der »Freistaat Christiania« *»ohne unnötigen zeitlichen Aufschub«* geräumt werden soll. Bereits im März 1976 hatte das Folketing einen gleichlautenden Beschluß gefaßt. Denn am 1. April 76 war das Abkommen der Christianiter mit der Regierung, das mitten in Kopenhagen gelegene Kasernengelände für ein »soziales Experiment« zu nutzen, abgelaufen. Die für April 1976 angesetzte Räumung konnte damals durch breite öffentliche Proteste verhindert werden.

1971 wurden die Kasernen besetzt und der »Freistaat Christiania« gegründet. Ziel der meisten (heute 1000) Bewohner war es, ihre Gemeinschaft als eine Alternative zu der unmenschlichen kapitalistischen Konsumgesellschaft, »welche menschliche Beziehungen kaputtmacht und die Umwelt zerstört, aufzubauen (nach »Christiania, ein soziales Experiment« Richard Lövehjerte). Schon zu Anfang setzten die Unkenrufe der Reaktion ein, Christiania würde über kurz oder lang in einen Sumpf von Rauschgift und Kriminalität untergehen. Die zahlreichen Bullenüberfälle, Hausdurchsuchungen usw. sollten dafür offensichtlich als Beleg dienen. Christiania war somit der Reaktion immer ein Dorn
somit der Reaktion immer ein Dorn
im Auge wegen ihres, zumindest von Teilen der Bewohner formulierten, antikapitalistischen Anspruches, was nicht zuletzt auch darin zum Ausdruck kam, daß hier sehr oft Veranstaltungen der Linken durchgeführt wurden.

Der Vorsitzende der faschistoiden Fremskridtsparti, Mogens Glistrup, gegen den wegen Steuerhinterziehung und Betrügereien in Millionenhöhe ermittelt wird, erklärte somit auch rechtzeitig vor dem Räumungsbescheid, im Land müßten wieder Ruhe und Ordnung herrschen. Seine Partei schlägt die Deportation der Christianiter in die verlassene Minenstadt auf der Insel Disko vor Grönland als (End-) Lösung vor: *»Vielleicht kann der grönländische Landesrat zu dieser Lösung überedet werden. Schwerer wird es sein, die Christianiter zu überreden. Denn oben auf Grönland können sie ja nicht ihre Narkotika verkaufen, Kuppeleien veranstalten oder steuerfreies Bier gebracht kriegen. Und es ist ja auch ein langer Weg von dort zum Sozialamt!«* (Information«, 9.2.).

Mit der letzten Urteilsverkündung hat die Regierung nun endgültig freie Hand für die Räumung von Christiania. Zwar wurde am 8.2. vom Folketing erneut die Verschiebung der Räumung beschlossen, jedoch besteht kein Grund zum Aufatmen. Darauf deuten die zuehmenden Erklärungen bürgerlicher Politiker über die schlechten baulichen Verhältnisse usw. hin. Auch zeigte sich das an den gerade in letzter Zeit wieder häufigen Bullenüberfällen, bei denen die Polizei in voller Kampfmontur - angeblich auf
voller Kampfmontur - angeblich auf
der Suche nach Rauschgift - wiederholt Bewohner von Christiania brutal zusammenschlug und ausländische Christianianiter zwecks Ausweisung aus Dänemark mitnahm.

Skandinavienkommission

Kurzmeldungen

Neue Kampagne der OOA

Auf ihrer letzten Landeskonferenz Ende Januar hat die OOA die Ausnutzung der dänischen Naturgasvorkommen gefordert. Diese Forderung wurde von der OOA besonders damit unterstrichen, daß in nächster Zeit der Grundsatzbeschluß des Folketing zur Einführung der Atomenergie in Dänemark zu erwarten ist.

Im dänischen Teil der Nordsee werden hingegen 70 bis 80 Mrd. Kubikmeter Naturgas vermutet.

Im Sommer letzten Jahres soll der Wirtschaftsminister Häkkerup gegenüber Abgeordneten erklärt haben, daß die Entscheidung über Investitionen in ein Naturgasleitungsnetz erst fallen soll, wenn über die Einführung von AKWs in Dänemark entschieden sei. Und gegenwärtig ist die Debatte unter den bürgerlichen Parteien sowohl über den Abbau des Naturgases als auch die Einführung der Atomenergie in vollem Gange. Also, AKW-Gegner, aufgepaßt!

• • •

Jugenddemonstrationen gegen Verschlechterung der Ausbildungsunterstützung

Dänemark. Am 9. Februar demonstrierten in verschiedenen dänischen Städten 20.000 Lehrlinge, Schüler und Studenten gegen eine Verschlechterung der Ausbildungsunterstützung, darunter allein 10.000 in Kopenhagen. Es hatten drei Organisationen zu der Demonstration aufgerufen: Der Studentenverband DSF, die Landesorganisation der Lehrlinge LLO, die Organisation der arbeitslosen Jugendlichen DUS.

Die Demonstration richtete sich gegen den vom Staat festgesetzten Etat für Jugendliche in der Ausbildung, der viel zu niedrig ist. Der Protest richtete sich aber auch gegen zwei neue Ausbildungssysteme in Dänemark. Das eine neue System ist so ausgetüftelt, daß die Lehrlinge einen Teil ihrer Ausbildung selbst finanzieren müssen! Diese Lehrstellen bleiben natürlich oft unbesetzt, während die „traditionellen" Lehrstellen Mangelware wurden. Für die Studenten sieht ein neues Gesetz vor, daß sie in Zukunft keine zinsfreien Staatsanleihen bekommen sollen.

• • •

Demonstration gegen Häuserabriß

Schweden. 2.500 Menschen demonstrierten am 5.2. in Stockholm gegen den geplanten Abriß eines Häuserblocks in Stockholm. Seit einiger Zeit weigern sich die 86 Bewohner dieses Blocks, ihre Wohnungen zu verlassen und verhindern so, daß die Häuser abgerissen werden. Alle 86 haben bereits wegen der Besetzung eine Anklage erhalten, zwölf sind schon verurteilt. Die Demonstration sollte der Unterstützung der Hausbesetzer dienen. Getragen wurde sie von CUF (der Jugendorganisation der Centrumspartei) und etwa 20 linken Organisationen und Umweltgruppen. Ihre Forderungen waren:

- Keine Prozesse gegen die Besetzer!
- Sanierung nur zu den Bedingungen der Bewohner!
- Gute Wohnungen bei angemessener Miete!

• • •

Elf Monate Knast für Kriegsdienstverweigerer

Ein 25jähriger Däne, der nach 14 Tagen Militärdienst auf Zivildienst umgestiegen war, wurde, nachdem er das erste Mal nicht zum Dienst erschien, zu 14 Tagen Haft verknackt. Als er daraufhin immer noch nicht zum Dienst ging und den Zivildienst ebenfalls aus persönlichen Gründen verweigern wollte, wurde er ein zweites Mal zu 40 Tagen Haft verurteilt. Im Januar fand nun ein Prozeß statt, in dem der Richter auf Wunsch des Staatsanwalts die sonst in solchen Fällen relativ geringe Strafe überschritt und elf Monate Gefängnis anordnete.

• • •

Wachsende Arbeitslosigkeit in Finnland

Finnland ist das Land in Skandinavien mit der höchsten Arbeitslosigkeit. Im Januar dieses Jahres stieg sie auf 10 %, was ca. 200.000 Arbeitslosen entspricht. Im Februar wird sie wahrscheinlich auf eine viertel Million ansteigen. Und dies sind nur die offiziellen Zahlen – Dunkelziffer unbekannt! Hinzu kommt, daß die Arbeitslosenunterstützung sehr niedrig ist und jeder vierte (!) nicht „qualifiziert" ist, Arbeitslosenunterstützung zu erhalten (ca. 47.000). Ein Grund für den Entzug der Arbeitslosenunterstützung ist z.B., wenn die Arbeitslosigkeit mehr als 500 Tage dauert.

Skandinavienkommission

Zeitungsskandal: Aftonbladet eingestampft

Schweden: In der schwedischen Presse, Rundfunk und Fernsehen mehren sich die Fälle von politischer Zensur in letzter Zeit. In einigen Fällen wurde offenbar direkt auf Anordnung des Staatsministers Fälldin (Centrumspartei) der Abdruck von Artikeln verhindert.

In der Sonntagsbeilage der sozialdemokratischen Zeitung »Aftonbladet« (deren Berichterstattung in der Regel weitaus liberaler ausfällt als die vergleichbarer Zeitungen in der BRD) war am 29.1. eine satirische Darstellung über Staatsminister Fälldin erschienen, worin u.a. - das war wohl der Stein des Anstoßes - Fälldin als Patient einer psychiatrischen Klinik dargestellt wird. Am 3.2. gab Fälldin bekannt, »Aftonbladet« deswegen vor Gericht zu bringen, da in dieser Satire *»die Grenzen der Pressefreiheit gesprengt«* würden. Zu diesem Zeitpunkt war bereits die Sonntagsbeilage von »Aftonbladet« für das nächste Wochenende gedruckt. Diesmal enthielt sie eine Satire auf den rechten Boss der Transportarbeitergewerkschaft, Hans Ericson. Wegen der Anzeige Fälldins beschloß der Presseverantwortliche von »Aftonbladet« daraufhin, die gesamte Beilage einstampfen zu lassen und keine Satiren der betreffenden Autoren mehr abzudrucken. Deswegen trat der zuständige Redaktionschef von seinem Posten zurück und erklärte, daß es von nun an in Schweden offenbar kein Forum mehr für scharfe Satire gebe.

Auch im Fernsehen sind sogar relativ harmlose Sendungen zensiert worden. So konnte am 13.2. ein satirisches Programm über Gegner weiblicher Pastoren in der schwedischen Staatskirche nur nach erheblichen Zensurmaßnahmen gesendet werden. Diese Zensur wurde vom Unterhaltungschef des Fernsehens angeordnet. Die Verfasser dieser Satire erklärten dazu: *»Es ist klar, daß das allgemeine Klima sich verhärtet ... Wir fragen uns, ob es überhaupt noch möglich ist, gesellschaftskritische Satire zu machen, wenn ein so schwammiger Begriff wie Geschmack die Meinungsfreiheit in Rundfunk und Fernsehen behindern darf«*.

Daß es Fälldin in der Tat nicht um »persönliche Betroffenheit« oder dergleichen geht, sondern - wie er selbst sagt - um die »allgemeinen Interessen« (des Staates), zeigt sich deutlich an dem von ihm festgelegten gerichtlichen Streitwert: Fälldin »kämpft« um den symbolischen Betrag von einer schwedischen Krone.

Skandinavienkommission

Frankreich

»Stammheim-Klima« in Frankreich

Am 21./22. Januar hatten Teile der französischen »Autonomen« (überwiegend aus Paris) ein Treffen gegen die Repression in Strasbourg angesetzt. Das Treffen, das völlig zufällig nach Strasbourg verlegt und inhaltlich nicht vorbereitet worden war, wurde von einem beispiellosen Bullenaufgebot verhindert. Nach dem offiziellen Verbot durch den Präfekten und entsprechenden Verhetzungsversuchen der rechten bürgerlichen Presse (in Erinnerung an Malville war von *»bewaffneten und behelmten Ausländern«* die Rede, obwohl die Autonomen ausdrücklich von einer *»friedlichen und symbolischen Versammlung«* sprachen), war Strasbourg 48 Stunden lang ein einziges Militärlager. Die Zahlen über das Bullenaufgebot schwanken zwischen 2.500 und 4.000, bei 500 bis allerhöchstens 2.000 »Autonomen«! Die Universität und Schulen wurden teilweise schon am Vortag evakuiert, um dort die von auswärts angekarrten Polizeitruppen zu stationieren. Evakuiert wurde auch ein Kino, als die trotzkistische LCR dort ein Protestflugblatt gegen diesen Polizeiterror verteilte. Sämtliche Zufahrtsstraßen waren blockiert, bei fast allen Bussen gab es mehrere Kontrollen mit Gepäckfilzung, Personalienfeststellung und zwangsweisem Fotografieren. In Strasbourg selber machten CRS und Gardes Mobiles Jagd auf alle, die in Kleidung und Haartracht »verdächtig« waren. 250 Demonstranten wurden stundenlang auf Wachen festgehalten, in einigen Fällen wurden sie kurz nach ihrer Freilassung derselben Prozedur noch einmal unterworfen. Eine Protestdemonstration von nur ca. 50 »Autonomen« gegen die Polizeibrutalität wurde sofort zusammengeknüppelt. Die Menschenjagd nahm solche Ausmaße an, daß vereinzelt Einwohner von Strasbourg



Busse, die von CRSlern auf der Fahrt nach Straßburg blockiert werden

junge Leute zum Schutz vor den Bullen bei sich aufnahmen.

Von den ausländischen Gruppen, die nach Strasbourg wollten, wurden nur die Belgier nach scharfen Kontrollen reingelassen; die anderen, z. B. aus der BRD, wurden an der Grenze abgewiesen.

Ein zu gleicher Zeit stattfindendes Treffen französisch-deutscher Neonazis fand — wen sollte es wundern? — nicht die gleiche »Fürsorge« des Staates: die elsässische Faschistengruppe »Elsa« und die westdeutsche Nazi-Gruppe »NNE« (diese Abkürzung stammt aus der französischen Presse; wir konnten bislang leider nicht ermitteln, um welche Gruppe es sich dabei handelt) konnten total unbehelligt ihre Veranstaltung in der Stadtmitte von Strasbourg durchführen. Ein Mitglied der »Liga zur Verteidigung der Menschenrechte«, das dagegen protestierte, wurde sogar von den knüppelgierigen CRSlern festgenommen!

Empain-Entführung

Die Entführung des belgischen Barons Empain in Paris wurde in Frankreich zu einer beispiellosen Hetze gegen »Terroristen« und Linke benutzt.

In der BRD-Presse wurde in den ersten Tagen natürlich auch durchgängig von einem »zweiten Fall Schleyer« herumgesponnen, obwohl offizielle Stellen Frankreichs sehr schnell die Vermutung äußerten, daß es sich bei den Entführern offenbar um »gewöhnliche Gewaltverbrecher« handle.

In Paris und Umgebung spielte sich das größte Bürgerkriegsmanöver seit dem Algerienkrieg ab. Innerhalb von 24 Stunden wurden 14.000 Autos und 240.000 Personen durchsucht und kontrolliert, in mehreren Bezirken von Paris wurde von den Bullen Haus für Haus durchkämmt. Justizminister Peyrefitte appellierte im Fernsehen an die Bevölkerung, daß Denunziation von Verbrechern bürgerliche Pflicht nach dem Gesetz sei.

Selbst die KPF ließ es sich nicht nehmen, ihren Teil zur Verhetzung mit beizutragen. Zwar warnte sie vor dem Appell zur Massendenunziation, betonte aber gleichzeitig ihre prinzipielle Ablehnung j e g l i c h e r Gewalt: *»Die PCF verurteilt ohne die geringste Zweideutigkeit alle Akte von Gewalt und Banditentum, welches auch immer die vorgegebenen Motive seien«* (»Humanité« vom 25.1.78).

Frankreich-Kommission

Bewaffneter Überfall auf Streikposten

Eine mit Spitzhacken und Gewehren bewaffnete Horde von etwa 60 Männern überfiel in der Nacht zum 19.1.78 die Fabrik Gervais-Danone und vertrieb mit brutaler Gewalt drei Arbeiter, die dort Wache hielten.

Seit Juli '77 wird die Fabrik von den Arbeitern besetzt gehalten. Sie kämpfen, unterstützt von den Gewerkschaften, gegen die Stillegung.

Der brutale Überfall hat sehr starke Empörung hervorgerufen. Ein Gewerkschaftssprecher erklärte, daß Anzeige erstattet wurde und vertrat die Auffassung, daß es sich um gedungene Verbrecher handelt. Der PS-nahe »Le Matin« (19.1.) schrieb, es sei das erste Mal, daß bewaffnete Banden gegen Streikende intervenieren. Allerdings hat es bereits mehrfach Fälle gegeben, wo faschistische Elemente der von den Kapitalistenverbänden abhängigen »Gewerkschaft« CFT Schlägertrupps gegen Streikende anführten. Es ist erst wenige Monate her, daß ein Streikposten in Reims von einem Faschisten ermordet wurde. Der bewaffnete Überfall gegen die Arbeiter von Gervais-Danone ist unseres Wissens allerdings bislang der bislang massivste dieser Art. Die Auftraggeber und Hintermänner dieses Überfalls müssen von den linken und demokratischen Kräften ausfindig gemacht werden. Man kann jetzt schon sicher sein, daß die Spur wieder über solche Organisationen wie die CFT bis in die Kapitalistenverbände hinein zurückführt.

Frankreich-Kommission

England

Fortsetzung der Lohnraubpolitik

Mit dem Ende des Social Contract (Lohnraubabkommen zwischen Labour-Regierung und Gewerkschaftsführung) kündigte sich für Großbritannien eine Streikwelle an. Die britischen Arbeiter bereiteten sich darauf vor, ihre Tarifverträge wieder frei aushandeln zu können. Im AK 119 haben wir ausführlich über die anrollende Streikwelle berichtet. Zu diesen Streiks sind inzwischen Streikdrohungen und neue Streiks hinzugekommen: die Tankerfahrer, Journalisten, Hafenarbeiter in Liverpool, Fordarbeiter usw., sie alle aufzuzählen ist hier unmöglich. Wichtig ist vor allem, daß trotz der hohen Streikbereitschaft der britischen Kollegen bei der gegenwärtigen Politik der Gewerkschaften (vor allem des Dachverbandes TUC) der Sieger immer die Regierung ist. Die 10 % Richtlinie für Lohnsteigerungen konnte bisher kaum durchbrochen werden. Auch in ihren Auswirkungen auf noch ausstehende Lohnverhandlungen müssen die bisherigen Ergebnisse entmutigend und deprimierend wirken. Gleicht sich die britische Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung an das „Modell Deutschland" an?

Feuerwehrstreik beendet

Nach neunwöchiger Dauer wurde vor drei Wochen der Feuerwehrstreik beendet. Die Feuerwehrleute wollten mit ihrem Streik eine Angleichung ihrer Löhne an die anderer Arbeiter erreichen und forderten 30 %. Während einerseits 10.000 Soldaten als Streikbrecher eingesetzt wurden, diffamierte die Presse die Streikenden als verantwortlich für die Brände und Brandopfer. Der Streik wurde unter schweren Bedingungen geführt, denn die Feuerwehrleute bekamen keinerlei Bezahlung, da ihre Gewerkschaft über keinen Streikfond verfügte. Das Ergebnis waren 10 % und vage Versprechungen für die Zukunft. Große Sieger sind Gewerkschaftsfürsten und Regierung. Für sie liegt der Erfolg erstens in der Durchsetzung ihrer Lohnpolitik und zweitens ihrer allgemeinen Politik: Die Basis wurde ‚erfolgreich' gespalten. Resignation und Frustration haben sich durchgesetzt. Sechs Feuerwehrleute wurden nach dem Streik übrigens vom Dienst ohne Bezüge suspendiert, Grund: Ladendiebstahl.

Bergarbeiterstreik verhindert

Dieselben Bergarbeiter, die 1974 die konservative Regierung mit ihrem Streik gestürzt haben, fügen sich jetzt den Regierungsrichtlinien. Noch im letzten Jahr wendeten sich fast 90 % der Arbeiter gegen ein sog. Produktivitäts- und Anreizabkommen, was die Einführung einer Bezahlung nach Akkord bedeuten würde. Gleichzeitig forderten sie etwa 90 % Lohnsteigerung. Nach und nach wurden diese Forderungen in den einzelnen Gebieten zerschlagen. In der letzten Woche stimmten auch die Arbeiter aus den traditionell linken Gebieten Süd-Wales und Yorkshire dem Abkommen und einer allgemeinen 10 %igen Lohnsteigerung zu.

Die Bergbaugesellschaft (NCB) reibt sich die Hände, die ersten vier Wochen mit dem Produktivitätsabkommen ergaben 10% Prodiktivitätssteigerung („Guardian", 10.2.)! Ein weiterer Erfolg ist die Spaltung der Bergarbeiter, die von der Gewerkschaftsführung systematisch betrieben wurde.

Betrug und Ausverkauf

Wichtigstes Ziel bei den Lohnverhandlungen war für die NUM (Bergarbeitergewerkschaft), die Labour-Regierung zufriedenzustellen (Big Flame, Januar '78, „Guardian", 9.2.). Die Einführung des Produktivitätsabkommens eignete sich am besten dazu, die Solidarität zu zerstören. Mit Lügen über heimliche Produktivitätsabkommen in Yorkshire wurden zuerst andere Gebiete weichgemacht, und später sahen sich die Yorkshire Bergarbeiter dann von den anderen Abkommen gedrängt (BF, Jan.). Begünstigt wurden diese Ergebnisse durch das Abstimmungsverfahren, bei dem den Arbeitern keine richtigen annehmbaren Alternativen angeboten wurden.

Das Beispiel soll Schule machen

Regierung und Gewerkschaftsfürsten verfolgen mit diesem Ausverkauf der Bergarbeiterinteressen höhere Ziele. Indem die Bergarbeiter, die als radikal gelten, weichgemacht wurden, sollen auch die Arbeiter anderer Industriezweige gespalten werden, und auf Regierungslinie eingeschworen werden. Metaller und Wasserwerker sind schon auf diese Linie eingeschwenkt. Nur die Energiearbeiter sind jetzt noch eine Streikgefahr, und denen galt auch das Signal der Bergarbeiterabschlüsse.

„Energiearbeiter isoliert dadurch, daß die Bergarbeiter die 10 % annehmen" freute sich die bürgerliche Presse (Guardian, 9.2.). Und der Verräter Gormley gab anderen Gewerkschaften den Rat, sich bei Lohnforderungen vertrauensvoll an die TUC und die Regierung zu wenden (Guardian, 10.2.). Ob die Lohnverhandlungen der E-Arbeiter ähnlich verlaufen wie bei den Bergarbeitern hängt wohl im wesentlichen davon ab, ob ähnliche Produktivitätsabkommen geschlossen werden können. So bahnt sich auch im Falle der Öltankerfahrer eine ‚gemäßigte' Lösung des Konfliktes an. Die Labour-Regierung kann stolz darauf sein, auch hier mit auf Spaltung und Isloierung bedachter Politik die Lohnraubpolitik durchzusetzen. Auch bei den Tankerfahrern hatte die Regierung schon Pläne bereitliegen, einen Streik mit Hilfe der Armee zu brechen.

Die Aussicht auf erfolgreiche Kampfmaßnahmen im größeren Stil scheint schlecht. Die Solidarität der Arbeiter wird langsam abgebaut und ersetzt durch die zweifelhafte Solidarität mit der arbeiterfeindlichen Labour-Regierung und ihrer Lohnraubpolitik.

England-Kommission

Rassismus als Wahlschlager der Tories?

Ende Januar machten die Tories deutlich, daß sie offenbar für die im Oktober erwarteten Neuwahlen zum britischen Unterhaus eine rassistische Kampagne planen.

In einem Interview im britischen Fernsehen hatte die Tory-Vorsitzende Margaret Thatcher die Erklärung der Tory-Zeitschrift „Conservative Monthly News" wiederholt: *„Es gibt keine Zweifel, daß die größte Bedrohung des Rassenfriedens in England heute in der Furcht besteht, daß die Kette der Einwanderer künftig nie abreißt."* („Guardian", 1.2.). (Dabei sind unter Einwanderern stillschweigend Farbige aus den ehemaligen Kolonien gemeint.) Die hohe Einwanderzahl sei verantwortlich für die zunehmende Unterstützung für die National Front, erklärte sie demagogisch, weshalb eine Senkung der Einwandererzahl nichts mit Rassismus zu tun habe, sondern lediglich ein Zeichen der Verantwortung sei.

Bereits am nächsten Tag wurde bekannt, daß die Thatcher den Tory-Abgeordneten und stellvertretenden Parteivorsitzenden John Moore aus dem ‚Vereinten Komitee gegen Rassismus' zurückgepfiffen hat. Dieses Komitee war erst vor wenigen Monaten gegründet worden als parteiübergreifende Arbeitsgemeinschaft mit dem Ziel, den anti-rassistischen Kampf in parlamentarische Bahnen zu lenken.

Da es 1977 ohnehin nur noch 28.000 farbige Einwanderer gab, mußte sich die Thatcher im Unterhaus die Frage gefallen lassen, wie diese Zahl eigentlich noch gesenkt werden könne - es sei denn durch Zwangsrücksiedlung.

Laut „Guardian" vom 3.2. soll allen Farbigen, die ab Januar 1973 in Großbritannien eingetroffen sind, das Recht abgesprochen werden, auf Dauer zu bleiben. Dazu gehören mehrere hunderte Krankenhauskollegen, die wegen ihrer Qualifikation eine Arbeitserlaubnis bekommen haben, nach deren Ablauf sie abgeschoben werden sollen. Außerdem soll die Daueraufenthaltsgenehmigung widerrufen werden, die illegale Einwanderer 1974 und 1977 erhalten hatten unter der Voraussetzung, daß sie sich freiwillig meldeten. Ebenfalls soll diese Gruppe das Recht auf Familienzusammenführung verlieren.

Sollte es den Tories gelingen, die Rassenfrage per WAHLKAMPAGNE in den Mittelpunkt zu rücken, könnten sie nicht nur der „National-Front" die 6 bis 8 % Stimmen streitig machen, die diese bei den Nachwahlen immerhin kassiert hat. Im Falle eines Wahlsieges wäre es für sie auch leichter, angesichts der vertieften Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse diese in Schach zu halten.

Englandkommission



Spanien

Carillo: Kopfüber in die bürgerliche Politik



„Ich als Kommunist sage Euch zum letztenmal – hört endlich auf mit dem Klassenkampf!"

Die Geschwindigkeit, mit der die spanischen Euro-Revisionisten eine ideologische Position des Kommunismus nach der anderen über Bord werfen, ist zum Teil atemberaubend. Die bedenkenlose Hingabe, mit der sich die PCE-Führung der Unterstützung der spanischen Rechtsregierung und der Monarchie widmet, ist selbst der italienischen Schwesterpartei qualitativ um einige Nasenlängen voraus. Dies wiegt umso schwerer, als die spanische PCE dank ihres relativ schlechten Abschneidens bei den ersten Wahlen am 15. Juni 1977 (unter zehn Prozent) gar nicht unmittelbar vor die Frage einer eventuellen Mitverantwortung für die Regierungs- und Staatsgeschäfte gestellt ist – ganz im Gegensatz zur italienischen PCI.
Die Positionen der Klassenzusam- im Gegensatz zur italienischen PCI.

Die Positionen der Klassenzusammenarbeit, die von der Carrillo-Führung schon Ende der 60-er Jahre in aller Offenheit und mit scheintheoretischer Rechtfertigung entwickelt wurden („Pakt für die Freiheit"), haben unter den Bedingungen des Liberalisierungsprozesses in Spanien ebenfalls eine neue Qualität erhalten. Die „Theorie" von der „nationalen Versöhnung" aller Spanier treibt erstaunliche Sumpfblüten. Hier eine der üblichen Stellungnahmen Carrillos gegenüber einer vielgelesenen spanischen Zeitschrift: *„Wir tun alles, um die Vergangenheit zu vergessen, und jeder, der unsere Parlamentsreden gehört hat, der hat gemerkt, daß wir sogar vermeiden, von Frankisten und Antifrankisten zu sprechen"*. Auf die Frage des Journalisten, ob es nicht etwas schwierig sei, die frankistische Vergangenheit vieler Abgeordneter zu vergessen, meinte Carrillo: *„Nein, das nicht. Es fällt mir leicht, sie so zu sehen, wie sie heute handeln, und politische Beziehungen auf der heutigen Basis und nicht auf der von gestern herzustellen. Es fällt mir außerordentlich leicht, und der Beweis ist, daß ich mit vielen dieser Personen sehr freundschaftliche Beziehungen habe"* („Interviu", 18.1.78).

Eine solche Aussage hat eindeutig provokatorischen Charakter und schlägt jedem klassenbewußten spanischen Arbeiter voll ins Gesicht. Sie macht vor allem deutlich, daß Carrillo sein Konzept der Klassenzusammenarbeit ohne Rücksicht auf Verluste durchsetzen will. Wieweit die Parteibasis da mitzieht, bleibt abzuwarten. Der Parteikongreß der PCE im März wird hierüber sicher einigen Aufschluß geben.

PCE und Lenin

Mit der Verteidigung des kapitalistischen Systems in Spanien geht die Auflösung der internen Parteistrukturen einher sowie die ausdrückliche Aufgabe leninscher Partei- und Revolutionstheorien. Das Zentralkomitee der PCE hat für den kommenden Parteitag einige Grundsatzthesen ausgearbeitet, in denen sich die Partei als *„marxistisch, demokratisch und revolutionär"* definiert und behauptet, daß *„der einschränkende Begriff von Leninismus als dem Marxismus unserer Epoche nicht aufrechterhalten werden kann"* („El Pais", 25.1.78). Das ZK-Papier kündigt die Auflösung der Zellenstrukturen der Partei an (die es seit der Legalisierung der Partei ohnehin nicht mehr gebe), stattdessen sollen „breite und offene" Gruppen agieren. Gleichzeitig soll der Anspruch des demokratisch-zentralistischen Funktionierens der Partei zugunsten einer angeblich demokratischen Wahl aller höheren Parteiorgane endgültig aufgegeben werden („El Pais", 24.1.).
aller höheren Parteiorgane endgültig aufgegeben werden („El Pais", 24.1.).
In demagogischer Weise werden hier Wahlen von Leitungsgremien dem demokratischen Zentralismus gegenübergestellt. Tatsache ist, daß der rein formale Akt von Wahlen keineswegs eine Garantie für innerparteiliche Demokratie ist, wie zur Genüge die Parteitage der bürgerlichen Parteien hierzulande beweisen. Die Ausschaltung innerparteilicher Opposition ist möglich – und darin ist die PCE so versiert wie andere reformistische Parteien – trotz „Wahlen". Auch die von der PCE-Führung geplante Einrichtung eines „Beschwerdeausschusses" außerhalb der Parteistrukturen ist ein Mittel, Kritik totlaufen zu lassen. Wir kennen dies u.a. von den Beschwerde (= Papierkorb)ausschüssen der DGB-Gewerkschaften.

Manuel Azcarate, Ideologe und Außenpolitiker der PCE, äußerte in einem Gespräch mit dem „Spiegel": *„Die Diktatur des Proletariats, die Konzeption Lenins der Demokratie, der Aufbau einer Kaderpartei und die Vorstellung, die Weltrevolution fände als weltweiter Bürgerkrieg statt. Das alles ist heute unakzeptabel"* („Spiegel", 12.12.77). Auf den Begriff „Marxismus-Leninismus" zur Kennzeichnung des eigenen politisch-ideologischen Standortes habe die PCE schon vor acht Jahren verzichtet.

Die Ablehnung der leninschen Kaderpartei als einer Kampfpartei ergibt sich logisch aus der Revision der Staatstheorie Lenins durch die spanischen Euro-Revisionisten, welche von Santiago Carrillo in seinem Buch „Eurokommunismus und Staat" weitschweifig dargestellt wird. Gemäß Carrillo ist die demokratische und friedliche Umwandlung des bürgerlichen Staatsapparates möglicher denn je. Darauf müssen natürlich auch die Klassenkämpfe der Arbeiter Rücksicht nehmen. Im Rahmen der „Theorie" von der „nationalen Versöhnung" haben radikale Arbeiterkämpfe keinen Platz mehr. Solche radikalen Arbeiterkämpfe zu „befrieden", ja sogar sich offen gegen sie zu stellen, ist seit längerem ein wichtiges Betätigungsfeld der revisionistisch beherrschten „Comisiones Obreras" (CCOO).

PCE – neue Sozialdemokratie?

Daß sich die Positionen der spanischen Euro-Revisionisten immer mehr den sozialdemokratischen Thesen vom sozialen Frieden und der „Wir-sitzen-alle-in-einem-Boot-"-Theorie anpassen, ist vielen aufgefallen. Die PCE-Führung selbst ist bemüht, diesen Annäherungsprozeß zu beschleunigen und zusätzlich als einen Erfolg der Arbeiterbewegung zu verkaufen. Während die italienischen und französischen Revisionistenhäuptlinge ihre Anpassung an die internationale Sozialdemokratie jedoch meist mit allerlei ideologischen Verrenkungen unter Wahrung eines Mindestmaßes an marxistischem Vokabular absolvieren, tritt Carrillo ganz offen und provokatorisch als „enfant terrible" im revisionistischen Lager auf.

Zwar hält die PCE-Führung eine gewisse verbale Kritik an den sozialdemokratischen Parteien aufrecht – so z.B. daß bisher keine sozialdemokratische Regierung versucht habe, mit dem Kapitalismus Schluß zu machen (?!) – im gleichen Atemzug werden jedoch *„die Schritte sozialdemokratischer oder sozialistischer Parteien zum Marxismus"* begrüßt. Die PCE-Führung betonte, sie sei *„bestrebt, einen Kampf für den Wiederaufbau der Einheit der internationalen Arbeiterbewegung auf marxistischer Grundlage zu führen"* („El Pais", 25.1.78 – Auszug aus dem ZK-Thesenpapier).

Noch deutlicher wurde Carrillo selbst: *„Ich glaube, daß wir auf lange Sicht zu einer Einheit kommen. In einer einzigen Partei oder in dem, was wir eine neue politische Formation genannt haben, in der beide Parteien koexistieren, vielleicht zusammen mit anderen"* („Interviu", 18.1.).
Carrillo betonte, daß eine solche men mit anderen" („Interviu", 18.1.).
Carrillo betonte, daß eine solche „neue Formation" durchaus nicht gleichzusetzen sei mit einer Volksfront. Das kann nur bedeuten, daß eine politische und ideologische Eigenständigkeit der einzelnen Parteien, wie sie innerhalb einer Volksfront besteht, nicht mehr vonnöten ist, da man sich bereits auf dem untersten Nenner reformistischer Politik verständig hat und einig ist.

Carrillo meint, daß heute die Bedingungen für die Spaltung der 2. Internationale (in einen kommunistisch-revolutionären Flügel und einen sozialdemokratischen und proimperialistischen) nicht mehr bestehen. Damals hatten die Opportunisten innerhalb der II. Internationale sich für eine Unterordnung der Arbeiterklasse unter die imperialistische Kriegspolitik stark gemacht. Carrillos Begründung: *„Heute ist ein Weltkrieg undenkbar, er würde niemand nutzen, weil es Atomwaffen gibt"* („El Pais", 22.1.78). Dies zu behaupten, angesichts der fieberhaften Aufrüstung aller imperialistischen Länder, ist mehr als dreist.

PCE und Imperialismus

Den Kniefällen vor der eigenen Bourgeoisie durch die PCE-Führung folgten in letzter Zeit Auslandsreisen im Dienste der spanischen Oligarchie, die zugleich dem Abbau von Vorurteilen gegenüber der PCE und ihrer möglichen „Unzuverlässigkeit" aus imperialistischer Sicht dienten. Bei seinem Vortrag an der Yale-Universität in den USA im letzten Jahr (Carrillo war der erste „Kommunist", der eine offizielle Einreiseerlaubnis in die USA bekam!), ermunterte dieser die amerikanischen Konzerne, ohne Hemmungen in Spanien zu investieren: *„Ich als Kommunist kann den nordamerikanischen Investoren sagen, daß sie beruhigt sein und in vollem Vertrauen in Spanien investieren können. Vielleicht wundert es Sie, daß ich so etwas sage, aber mein Land braucht Kapital und Technologie"* („Deia", 18.11.77).

Auch gegen die militärische Präsenz der US-Imperialisten in Spanien hat die PCE-Führung inzwischen nichts mehr einzuwenden. ZK-Mitglied Azcarate sagte in einem Gespräch mit dem „Spiegel": *„Wir wollen das heutige Gleichgewicht der Kräfte nicht einseitig ändern. Wir sind deshalb auch für die vorläufige Beibehaltung der amerikanischen Stützpunkte in unserem Land – und werden die Räumung der US-Basen erst verlangen, wenn die Sowjets im Gegenzug ihre Truppen etwa in der Tschechoslowakei vermindern"*.

Die PCE-Führung behauptet zwar, derzeit noch gegen einen NATO-Eintritt Spaniens zu sein, doch dürften auch solche Bedenken bald gegenstandslos werden: *„Wir gehen nicht in die NATO, wir akzeptieren die bestehenden US-Stützpunkte – wir verstärken aber alle Tendenzen in Richtung auf ein bündnisfreies Westeuropa, damit es zu einem eigenständigen Machtfaktor in der Weltpolitik wird und zu einer eigenen, von den USA unabhängigen Politik vor allem gegenüber der Dritten Welt findet"* (beide Zitate: „Spiegel", 12.12.77). Da freut sich der europäische Imperialist.

Um Vorurteile auch und gerade der westdeutschen Regierung und westdeutscher Wirtschaftskreise gegenüber möglichen linksradikalen Tendenzen der Euro-Sozialdemokraten abzubauen, bereiste eine Delegation hoher PCE-Funktionäre auch die BRD (übrigens zusammen mit italienischen und französischen „KP"-Vertretern). Es gab Kontakte mit führenden SPD-Politikern, die allerdings auf eine „inoffizielle" Ebene herabgespielt wurden und es *„opferten über hundert deutsche Unternehmer und Manager zwei ganze Tage, um ihre Haltung zum Eurokommunismus zu klären"* („Die Welt", zitiert nach „El Pais", 4.12.77).

Daß die spanischen Euro-Revisionisten bei ihren Anbiederungsversuchen ein gewisses Wohlwollen bei den eigenen und ausländischen Kapitalisten hervorrufen, wollen wir nicht bezweifeln. Doch die rasante Abkehr der PCE-Führung von den minimalsten antiimperialistischen und antikapitalistischen Positionen – und dies in aller aufreizenden Deutlichkeit – führt an der PCE-Basis mit Sicherheit zu Unzufriedenheit und Kritik. Aus Hamburg wurde bekannt, daß die Hälfte (!) der hier organisierten PCE-Exil-Mitglieder die Partei verlassen hat aus Wut und Enttäuschung über den Verrat der Carrillo-Clique.

Spanien-Kommission



Konkurrenz für Carrillo-Partei

Seit einiger Zeit hat die Carrillo-Partei u.a. auch „Ärger" mit dem ehemaligen PCE-General Lister, der im spanischen Bürgerkrieg eine prominente Figur war, und der nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei im Gegensatz zur Carrillo-Führung weiterhin ein Anhänger der Moskauer Politik blieb.

Listers Partei PCOE („Kommunistische Arbeiterpartei Spaniens") hatte während der Franco-Zeit keinerlei Verankerung in Spanien selbst, auch nach der Legalisierung dieser Partei in Spanien, ist sie – gemessen an Einfluß und Verankerung – weiterhin nicht vergleichbar mit der eurorevisionistischen PCE, doch ihre Kritik an der sozialdemokratischen Linie der PCE könnte ihr unzufriedene PCE-Mitglieder zuführen.

„Die alte kommunistische Partei hat sich in eine Partei sozialdemokratischen Zuschnitts verwandelt, als Folge der opportunistischen und revisionistischen Abweichung Carrillos", sagte Lister auf dem 10. Kongreß der PCOE im Januar 78 („El Pais", 7.1.).

Lister kritisierte die Zustimmung der PCE zum Lohnsenkungspakt von Moncloa und gab der Carrillo-Partei die Schuld, daß es bei den Parlaments-Wahlen vom 15. Juni 77 nicht zu einer großen Koalition aller Volks- und Arbeiterkräfte gekommen ist, die eine „Linksregierung" ermöglicht hätte.

Lister meinte auf dem Kongreß seiner Partei, daß sich die PCE Carrillos zusehends zersetze. Er betonte, daß seine Partei weiter am Marxismus-Leninismus, an der Diktatur des Proletariats und am proletarischen Internationalismus festhalte („El Pais", 10.1.). Doch damit es keine Mißverständnisse gibt, Listers Vorbilder sind dabei die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten, in denen es angeblich „wirklich sozialistische Regimes" gibt.

Inzwischen gibt es eine dritte von einem PCE-Dissidenten gegründete Partei in Spanien. Sie nennt sich „PCE (8. und 9. Kongreß)". Ihr Vorsitzender ist Eduardo Garcia, der sich mit Carrillo ebenfalls bei der Beurteilung des Tschechoslowakei-Einmarsches überwarf. Garcia galt im früheren Exekutivkomitee Carrillos angeblich als der „reinste Stalinist" („Frankf. Allgem. Zeitung", 17.1.78). Auch diese Partei ist heute noch relativ bedeutungslos. Garcia liegt in Intimfehde nicht nur mit Carrillo, sondern auch mit Lister.

Spanien-Kommission

Italien

Regierungskrise in Italien

Seit dem Rücktritt der Regierung Andreotti am 14.1.78 ziehen sich die „Bemühungen zur Überwindung der Krise" hin, ohne daß eine neue, alternative Konstellation absehbar ist. Klar ist nur eines: keine der bürgerlichen Parteien will vorzeitige Wahlen, die das Ringen um die Macht nur verschärfen würden, keine will eine Linkskoalition unter Ausschluß der Christdemokratie. Seit 6 Wochen geht es also darum, wie man am besten und plausibelsten eine Formulierung für eine „neue" Regierung und ein „neues" Programm finden kann, ohne in Wirklichkeit etwas zu verändern.

Kurz die Vorgeschichte:

Am 20.6.76 war Andreotti nach der Wahl, die der DC 38% der Stimmen einbrachte, mit der Bildung einer Minderheitsregierung beauftragt worden. Grundlage für diese Regierung war von vorneherein die Stimmenthaltung der kleineren Parteien und der PCI, die bei den Wahlen 1976 immerhin 34,6% erhalten hatte. Die Bemühungen der PCI, um den „Historischen Kompromiß" hatten zum Ergebnis, daß die wichtigsten Entscheidungen, „Reformen" und Gesetze der DC immer wieder von der PCI gebilligt, durch Stimmenthaltung unterstützt oder gar initiativ vertreten wurden.

Die sich verschärfende Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Inflation veranlaßten Andreotti im Juli '77, einen „Sozialpakt" der sechs bürgerlichen Parteien zu bilden (DC, PCI,Sozialisten, Republikaner, Sozialdemokraten, Liberale), die ein gemeinsames Programm vereinbarten. Doch auch dieser „Sozialpakt der sechs" konnte keine Wende der wirtschaftlichen und politischen Krise herbeiführen. Am 2.Dezember demonstrierten 300.000 Arbeiter auf der bislang größten Demonstration dieser Regierungsperiode gegen die der bislang größten Demonstration dieser Regierungsperiode gegen die Restriktionspolitik der Regierung Andreotti, gegen den Abbau der Löhne, die Arbeitslosigkeit und die verstärkten Angriffe auf die Rechte der Arbeiter. Nach zwei Perioden der „stangata", der wirtschaftlichen Restriktion im November '76 und Herbst '77, die nur mit Hilfe drastischer Maßnahmen wie Lohnstop, Abbau der Feiertage, Steuererhöhungen, Abbau der sozialen Leistungen seitens der Regierung, PCI und Gewerkschftsführung noch einmal etwas „abgemildert" werden konnte, stand jetzt die dritte „stangata" vor der Tür, ohne daß die Bourgeoisie neue Formen der Regierung und neue Sozialpakte, Koalitionen etc. als Alternative anbieten konnte.

In dieser Situtation machte die PSI (Sozialisten) den Anfang und forderte den Rücktritt der DC-Regierung. Bereits im Dezember war klar, daß dies als einzige Möglichkeit herhalten konnte; dennoch ließ sich die PCI fast fünf Wochen Zeit, ehe sie sich entschloß, diesen Kurs mit zu unterstützen. Die Regierung wurde also nicht gestürtzt, sondern in Absprache mit der PCI nahm Andreotti Mitte Januar seinen Hut, um ihn eine Woche später wieder aufzusetzen und erneut eine Regierungsbildung in Angriff zu nehmen. Forderung der PCI war zunächst, die Bildung einer Notstandsregierung zur Überwindung der Krise unter Beteiligung „ aller demokratischen Kräfte".Sie stieß mit dieser Forderung auf ein klares ,Nein' der DC, PSDI und PLI. Die Forderung nach einer Regierungsbeteiligung der PCI war jedoch von vorneherein nicht ultimativ gestellt und wurde nicht mit Druck vorgetragen. Nach dem klaren Nein zur direkten Regierungsbeteiligung begann eine Flut von neuen Formulierungen. Die PCI forderte einen „Notstandspakt" ohne Regierungsbeteiligung, dann eine „Beteiligung am Programm", dann eine „politische Mehrheitsfraktion" und dann wiederum die „Notstandsregierung". Die DC konterte mit ebenfalls einfallsreichen Varianten, so der „Mehrheit durch Enthaltung" oder der „Mehrheit für ein Programm" oder einer „programmatischen Mehrheit", d.h. einer Erneuerung des „Sozialpakts" und Fortsetzung der DC-Regierung mit Unterstützung der anderen „demokratischen" Parteien.

Ein glückliches Paar – Berlinguer (PCI) und Fanfani (DC)

Ein glückliches Paar – Berlinguer (PCI) und Fanfani (DC)

PCI: Wandel zur Sozialdemokratie

Haupanliegen dieses taktischen Verwirrspiels ist, die politischen Absprachen hinter den Kulissen zu vertuschen und davon abzulenken, daß gerade die PCI unter der Alibi-Forderung der Regierungsbeteiligung die sechs Wochen der Krise genutzt hat, um ihre neue Strategie der verschärften Sparpolitik bis hin zur offiziellen Absage an den Klassenkampf durchzusetzen. Ein deutliches Zeichen setzte hier der Gewerkschaftsführer der PCI-Gewerkschaft CGIL, Lama, der in einem Interview mit „La Republica" am 24.1.78 die Linie der PCI am klarsten herausstellte. Lama „bekannte" sich zu „Fehlern" in der Gewerkschaftspolitik der letzten Jahre, nämlich „einer Politik mit rein vulgär- ökonomischen Aspekten", und forderte die Arbeiterklasse auf, „für die Nation Opfer zu bringen" **„Es handelt sich exakt darum: Die Gewerkschaft fordert von den Arbeitern eine Politik der Opfer, keine oberflächlichen, sondern fundamentale"** (La Republica 24.1.78). Lama betonte, daß die einzige Rettung zur Überwindung der Krise neue Investitionen und Kapitalakkumulationen seien, alles andere sei nebensächlich. *„Wenn wir der Forderung nach dem Abbau der Arbeitslosigkeit ernsthaft nachkommen wollen, ist es klar, daß die Bedingungen der Arbeiter, die Beschäftigung haben, zweitrangig sind". „Die Lohnpolitik muß sehr eingeschränkt werden". „Die Fabriken müssen die Möglichkeit bekommen, überschüssige Arbeitskräfte entlassen zu können".* Lama fordert eine größere „Mobilität" der Arbeitslosigkeit: jeder soll mal arbeitslos sein, und nicht immer dieselben .*„Also effektivere Mobilität der Arbeitskraft und Schluß mit dem System der langfristigen Beschäftigung"* („La Republica")

Außerdem sollte nach Meinung Lamas die „Cassa integrazione", eine Art Arbeitslosenüberbrückung (es gibt keine Arbeitslosenversicherung), von drei auf ein Jahr Laufzeit heruntergestuft werden. Begründung Lamas:*„Es ist oft vorgekommen, daß die Arbeiter in der Cassa integrazione eine neue Arbeit finden, während sie weiterhin die Gelder der Cassa in Anspruch nehmen und damit schwarzarbeiten auf Kosten der Cassa".*

Eine klare Drohung sprach Lama auch gegen die Vertreterversammlung der drei großen Gewerkschaften aus, die am 14.2. tagte, um über die Regierungskrise zu beraten. Er stellte sozusagen die Vertrauensfrage und behauptete, auf diesem Kongress *„werden die Vertreter der Arbeiterklasse klar aufgefordert, unter den Augen der Öffentlichkeit zu entscheiden, welche Rolle die Arbeiterklasse einzunehmen gedenkt, um das italienische Schiff vor dem Untergang zu retten."*

Lama zeigt noch schärfer als PCI-Chef Berlinguer, welcher Weg jetzt von der PCI eingeschlagen wird. Unter diesen Umständen wäre eine Neuwahl, die erneut an die PCI Forderungen von Seiten der Arbeiterklasse stellt, allerdings eine mittlere Katastrophe. Es ist absehbar, daß sich die PCI mit einer „neuen" DC-Regierung arrangieren wird. Gesucht wird nur noch der taktische Dreh, mit dem die PCI das der Arbeiterklasse anbieten kann.

Das Spiel zwischen DC und PCI ist somit durchschaubar: Die DC ist vorerst aus dem Schneider, wenn sie bis Ende Juni durchhält, weil dann das ,weiße Halbjahr' vor den Präsidentschaftswahlen beginnt, in dem keine Parlamentsauflösung und damit praktisch auch keine Regierungsumbildung möglich ist. Die DC hätte damit erst einmal wieder Luft. Für die PCI geht es dabei darum, daß sie ihrer Basis allmählich keine „Opfer" mehr abverlangen kann, ohne ihnen ein Basis allmählich keine „Opfer" mehr abverlangen kann, ohne ihnen ein Mehr an „Regierungsverantwortung" vorzuführen. Auch für die PCI geht es also darum, irgendwie die letzten Monate bis zum ,weißen Halbjahr' zu überbrücken, da sie dann darauf verweisen kann, daß nunmehr in Sachen Regierungsbeteiligung nichts zu machen sei. Der seltsame „Rücktritt" Andreottis Mitte Januar (ohne recht ersichtlichen Grund) und das langdauernde Hickhack danach scheinen also vor allem dem Zweck zu dienen, mit allen Mitteln Zeit zu schinden und irgendwie über die Runden zu kommen. Herausspringen wird dabei letztlich wohl ein neues, kaum verändertes Programm-Abkommen der bürgerlichen Parteien.

Beginnender Widerstand an der Basis

Die Erklärung Lamas hat an der PCI-Basis zunächst zwar Empörung hervorgerufen, jedoch keine unmittelbaren umfangreichen Protestaktionen. Dennoch beginnt sich der Widerstand gegen diesen Ausverkauf zu formieren. Den Anfang machten die Arbeiter von drei Fabriken in Mailand, Turin und einem kleineren Ort im Süden, die sofort nach der Lama-Erklärung, zu den „Überflüssigen" zählend, entlassen wurden. Dies hat auch verschiedene gewerkschaftliche Kräfte auf den Plan gerufen. Hauptkritiker sind bei der linken Metallarbeitergewerkschaft der FLM zu finden, aber auch bei Giovanni, Lehrergewerkschafts-Funktionär der CGIL, und bei anderen Untergruppen. In mehreren Demonstrationen in Mailand, Turin und Rom haben Arbeiter ihre Wut über den Ausverkauf der PCI demonstriert. Auch auf der Gewerkschaftskonferenz am 14.2.78 kamen nicht alle Forderungen Lamas



„Die Krise muß auf die Arbeiterklasse abgewälzt werden!:: – CGIL-Chef Lama am Mikrophon. Kein leichtes Geschäft!

durch. durch. So wurde z.B. die Laufzeit der So wurde z.B. die Laufzeit der Cassa Integrazione nicht verkürzt und ebenfalls die Freikarte für Entlassungen seitens der Unternehmer nicht akzeptiert. Dennoch ist festzustellen, daß der Protest der Arbeiter, der im Dezember seinen Ausdruck auf der Massendemonstration in Rom gefunden hatte, sich nur langsam weiterentwickelt. Die Unsicherheit und die mangelnde Alternative gegenüber der PCI sind derzeit Hauptfaktor für den nur zögernden Protest der Arbeiterklasse. Auf einem Kongreß oppositioneller Arbeiter in Turin wurden daher Überlegungen angestellt, eine neue Gewerkschaft zu bilden, *„denn in der Gewerkschaft gibt es keinen Platz mehr für die traditionelle Bewegungsfreiheit".*

Die Forderung nach einer linken Partei der Arbeiterklasse wird unter den oppositonellen Arbeitern lauter; über die Frage, wie diese aufzubauen ist, wird man jetzt stärker diskutieren!

Italien-Kommission

„Verbannung" wieder eingeführt

Die römische Staatsanwaltschaft hat am 17. Januar 30 Haftbefehle gegen „Rechts- und linksextreme Stadtguerilleros" („Frankfurter Rundschau", 19.1.78) ausgesprochen; die Verhafteten sollen an einen noch nicht genannten Ort als Zwangswohnsitz verbannt werden! Die „Verbannung" politischer Gefangener war erstmals von Mussolini praktiziert worden.

Es handelt sich bei diesen Maßnahmen um die ersten Fälle von Sicherungsverwahrung wegen politischer Aktivitäten, wie sie im „Legge Reale" („Gesetz über die Öffentliche Sicherheit") legitimiert werden. Das „Legge Reale" sieht die „Verbannung" (confino) vor, aufgrund von Handlungen Einzelner oder Gruppen, „die darauf gerichtet sind, Verbrechen zu begehen, die die Umwälzung der Staatsordnung zum Ziel haben".

Formal richtet sich diese Maßnahme ebenso gegen Faschisten wie gegen Mitglieder der radikalen Linken. Auf der Fahndungsliste der römischen Staatsanwaltschaft befinden sich jedoch nur zwei Faschisten gegenüber einer großen Zahl von Mitgliedern der revolutionären Linken, vor allem von „Autonomia Operaia". Verhaftet sind bereits Ruggero De Luca und Marcello Blasi (beide von „Autonomia Operaia"), ein anderer zur Verbannung vorgesehener Linker sitzt bereits im Knast, weil bei ihm während des Anti-Repressions-Kongresses in Bologna im September 1977 eine Pistole gefunden worden sein soll („La Republica", 19.1.).



Genosse Roberto Mander bei der Abreise in die „Verbannung"

Widerstand gegen diese Maßnahmen gibt es nicht nur in der revolutionären Linken,sondern auch im liberalen und sozialdemokratischen Lager: Die Forderung nach Abschaffung des „Legge Reale" ist Bestandteil der Referendums-Kampagne der Radikalen Partei, für deren Durchführung sich über 700.000 Italiener eingesetzt haben; die liberale Tageszeitung „La Republica" weist in einem Kommentar zu den geplanten Verbannungen warnend darauf hin, daß dieses Mittel während des Faschismus jegliche abweichende politische Meinungsäußerung unterdrückte. Am 23.1.78 organisierten die Rote Hilfe und „Magistratura Democratica" (Demokratischer Richterverband) eine Pressekonferenz, auf der Stellungnahmen des Nationalen Sekretärs der FLM (Metallergewerkschaft), Enzo Mattina, und von Antonio Landolfi, Mitglied des Sekretariats der PSI (Sozialistische Partei), verlesen wurden. Mattina bezeichnete die geplanten Verbannungen als „ ... *eine nicht akzeptable Praxis, die zutiefst die elementarsten bürgerlichen und politischen Rechte der Staatsbürger beschneidet ...".*

„Das Legge Reale hat die Verbannung auf alle Bürger ausgeweitet ... deshalb ist es heute und überhaupt mit diesem Gesetz möglich, die persönliche Freiheit des Bürgers zu beschränken, nicht auf Grund von sicheren Beweisen, sondern aufgrund einfacher Verdächtigungen" („Lotta Continua", 28.1.78).

Die revolutionäre Linke demonstrierte mit 7.000 Genossinnen und Genossen am 30.1. in Rom gegen die Verbannungen unter den Parolen „Gegen die faschistischen Gesetze der Verbannung", „Gegen die Staats-Zuchthäuser", „Für die Freiheit aller Genossen", „Gegen den Ausverkauf der Forderungen der Arbeiter".

Inzwischen mußte bereits der Genosse Roberto Mander die Reise in die „Verbannung" antreten. Mander war früher Anarchist, gehörte zu dem Kreis um Valpreda, der wegen des Bombenanschlags auf die Mailänder Landwirtschaftsbank am 12.12.69 („strage di stato") angeklagt wurde; er ist inzwischen bei den „Autonomen". Der Verbannungsort des Genossen Mander ist die abgelegene Insel Linosa, 10 Schiffsstunden von Sizilien entfernt, 5,4 qkm groß, 500 Einwohner. Ihm ist vorgeschrieben, um 20 Uhr im Haus zu sein (im Sommer um 21 Uhr), er darf nicht „regelmäßig" die einzige Gaststätte des Dorfes besuchen, er darf nicht an öffentlichen Versammlungen teilnehmen.

Zahlreiche Genossen waren gekommen, um die Abfahrt Roberto's zu begleiten und ihn zu verabschieden. Der bekannte Senator Umberto Terracini (PCI), der übrigens auch Mitglied der Jury des Russell-Tribunals über die BRD sein wird, hatte einen Solidaritätsgruß an Roberto Mander gerichtet: **„Der beste Gruß, den wir unsererseits Roberto Mander mitgeben können, besteht sicherlich darin, weiterhin gegen eine Maßnahme wie diese Verbannung zu kämpfen, die unserer Verfassung widerspricht"** („Lotta Continua", 14.2.78).



USA

US-Bergarbeiterstreik:

Der Kampf um's Leben



Bullen aus Kentucky haben Streikposten zusammengeschlagen und stecken sie ins Gefängnis

**Seit dem 6. Dezember 1977 streiken 160.000 Bergarbeiter in den USA. Dieser Rekordstreik ist zu einem Kampf ums Leben geworden — sprichwörtlich:
Am Morgen des 6. Januar wollte der Rentner Mack Lewis (65) aus Stanville, Kentucky den vier Streikposten an einer Kohlenstrecke heißen Kaffee und Brötchen bringen, als er von fünf Schüssen getroffen wurde. Es mordeten: Zivile Werkschutzbullen einer „Sicherheitsgarde". Es ließ morden: Blue Diamond Coal Co.**

Die Tarifverhandlungen

Der Tarifvertrag zwischen der United Mine Workers Association (UMWA) und dem Kohle-Kapitalistenverband (BCOA) ist im Dezember 77 ausgelaufen. Die Verhandlungen über einen neuen Vertrag ließen die Kapitalisten durch ihr provokatorisches Vorgehen platzen:

Nach „wilden" Streiks im Sommer 77 unterbrachen sie ihre Zahlungen in gewerkschaftlich erkämpfte und verwaltete Krankengeldfonds. Ab 1.7. 77 mußten Bergarbeiter 40% des Arzthonorars und 250 Dollar Krankenhauskosten selbst aufbringen.

Die Rationalisierungswelle rollt voll weiter. Zuletzt wurden von rund 300.000 Bergarbeitern 16 Mill. tons Kohle pro Woche gefördert; und die Leistungsschraube soll noch weiter angezogen werden!

Die Kapitalisten wollen es vertraglich gesichert haben, daß Arbeiter, die sich an spontanen Streiks beteiligen und damit die Industrie „schädigen", bestraft werden („International Herald Tribune" (IHT), 28. 11.77 und 6.12.77).

Und die Unternehmer unternahmen etwas: Während der vorgeschriebenen dreimonatigen Vorwarnzeit vor dem Streik hatten sich die Kohleförderer ebenso wie ihre Abnehmer riesige Lager für „mindestens 100 Tage" angehäuft. Damals hieß es noch „US ignoriert Streikdrohung der Bergarbeiter" („Guardian", London, 26.11.77).

Der Streik läuft und läuft ...

Die wesentlichen Forderungen der UMWA für einen neuen Tarifvertrag sind:

Die Unternehmerzahlungen in die Fonds für Renten und Krankengeld müssen in vollem Umfang erhalten bleiben!

Das uneingeschränkte Streikrecht muß erhalten bleiben!

Konkrete Lohnforderungen spielen nur eine untergeordnete Rolle.

Für diese Forderungen stehen nun schon seit zig Wochen tausende von Männern und Frauen Streikposten und haben in beispiellosen Aktionen immer wieder ihren Mut bewiesen:

4.-6.1.78, New Athens: Zweihundert Bergarbeiter legen den Fuhrbetrieb eines Streikbrecherbetriebes still. Nach zwei Tagen erlauben sie nach einer Abstimmung den Transport einer Wagenladung Kohle zum Barnes Krankenhaus in ST. Louis (Challenge, 26.1.78).

7.1.78, Rockport: Fünfhundert Bergarbeiter stürmen die Verladeanlage der B & M Coal Co. am Ohio River, wo große Mengen Streikbrecherkohle ostwärts verschifft wurden. Nach wenigen Stunden sind drei LKW's, zwei Firmenwagen und ein Teil des Verwaltungsgebäudes zerstört, elf weitere Wagen „gebrauchsunfähig" — Schaden 800.000 Dollar — und 194 Bergarbeiter verhaftet.

7.1.78, Booneville: Auch hier macht sich die Wut über den Mord an Mack Lewis wie an ungezählten anderen Orten Luft: Eine Brandbombe vernichtet zwei Streikbrecherbetriebe — Schaden 550.000 Dollar (Challenge, 19.1.78).

23.1.78, Ft. Layne: Fünfhundert Bergarbeiter brechen ausgerüstet mit Gewehren, Pistolen und Axtstielen eine Straßenblockade von 100 besonders geschulten und ausgerüsteten Polizisten des Staats Alabama, die einen Streikbrecherbetrieb schützen. Auf der Strecke bleiben drei Polizeiwagen (Challenge, 2.2.78).

Dieser Streik ist der 10. bundesweite Streik der UMWA seit 35 Jahren. Seit 28 Jahren schon wird der Tarifvertrag nur noch bundesweit abgeschlossen. Zuletzt war es bei den Tarifverhandlungen 1971 (45 Tage) und 1974 (26 Tage) zu Streiks gekommen.

... die Gewerkschaftsführung auch

Mit dem Anhalten des Streiks hat die UMWA-Gewerkschaftsführung allmählich die Hosen gestrichen voll. Besorgt um ihre Pfründe holte sie schon mehrmals die weiße Fahne raus. Zuletzt am 6.2., als UMWA-Präsident Arnold Miller einen Kompromiß der Kapitalisten akzeptierte und sofort breit verteilen ließ. Doch schon am 10.2. war es raus: Die 39 Mitglieder der Tarifkommission stimmten dagegen — ungültig, weil Herr Miller aus Protest gegen hunderte Bergarbeiter vor dem Hauptquartier nicht erschien. Erst am 12.2. konnte die Ablehnung »einwandfrei« wiederholt werden (IHT, 13.2.78).

Kohle-Freund Miller liebte schon immer das Besondere. So ließ er sich 1973 zum UMWA-Präsidenten wählen — in einer »Kampagne der Bescheidenheit«. Und tatsächlich ließ er sogleich die drei Cadillacs seines Vorgängers verkaufen. Doch jetzt mietete er für 400 Dollar im Monat einen neunsitzigen Super-Cadillac, weil er ja *»schließlich nicht per Anhalter zu Verhandlungen ins Weiße Haus fahren«* könne („Socialist Worker", Jan. '78).

Auch die Bergarbeiter kennen ihr Schlitzohr: Nach dem Betrugsergebnis der Mauschelverhandlungen von 1974 bestehen sie jetzt auf der wortgetreuen Verbreitung des gesamten Tarifvertragstextes, bevor sie an einer Urabstimmung darüber teilnehmen wollen. Dadurch wird der Streik um mindestens zehn Tage zusätzlich ausgedehnt.

... die Regierung droht schon

Inzwischen sind die Kohlevorräte überall in den USA knapp geworden. Obwohl noch rund ein Drittel der Kohlenzechen arbeiten, ist es schon in zahlreichen Staaten zu Energieeinsparungen gekommen, und was kommen mußte, kam: Die Regierung droht mit dem Verlust von Arbeitsplätzen. Senator John Glenn prophezeit 500.000 bis 700.000 Arbeitslose allein für Ohio noch im Februar. Arbeitsminister Ray Marshall ruft Miller zu sich und organisiert ein Vermittlergespräch mit den Kohlebossen am 14.2., und Chrysler kündigt die Aussperrung von 150.000 Leuten zum 1.3. an.

... Auf jeden Fall können die UMWA-Arbeiter in ihrem Kampf nur sehr bedingt mit der Unterstützung der Gewerkschaftsführung rechnen — diese haben schon vorher darauf hingewiesen, daß Streik Streichung aller Fondsgelder bedeutet.

Nun ist es soweit: 80.000 Rentner erhalten ab Februar nicht ihre monatliche Zusatzrente von 225 bis 250 Dollar, ungefähr ein Drittel ihres Einkommens (»Washington Post«, 18.1.78). Die 200 Rentenbearbeiter der Gewerkschaft wurden nach Hause geschickt.

Die Bergarbeiter richten sich auf einen langen Kampf ein. Das Beispiel von Stearns hält sie bei Courage. Den kompromißbereiten UMWA-Führern haben sie vollendete Tatsachen vorgesetzt — die Minenarbeiter wollen den umfassenden Abbau von Sozialleistungen und Sicherheitsbestimmungen durch die Kapitalisten zurückschlagen!

USA-Kommission

Kurzmeldungen

Seabrook: Der Kampf hat ja erst angefangen!

Für die kompromißlose Fortsetzung des Kampfes gegen das geplante AKW in Seabrook hat sich die Clamshell Alliance ausgesprochen. Am 3.11.77 beschlossen über 300 Delegierte auf einem Kongreß in Putney (Vermont) nach zahllosen Arbeitskreisen und Diskussionen in einer dreizehnstündigen Marathon-Plenarsitzung:

— Am 24. Juni 1978 soll eine erneute Besetzung des Bauplatzes stattfinden.

— Die Alliance beruft sich auf ihre gewaltfreie Aktionsform — gleichzeitig setzt sie ultimativ voraus, daß jeder Teilnehmer an der Besetzung zuvor bei Hausbesuchen und Diskussionen in den umliegenden Orten sich für das gemeinsame Ziel eingesetzt hat.

— Eine Blockade zu Lande und zu Wasser soll die Anlieferung des 427 tons schweren Brennstoff-Behälters verhindern. Der Behälter, der zur Zeit noch am Bahnhof von Somerset (Mass.) lagert, soll im Frühjahr per Schiff zum extra ausgebauten Hafen von Seabrook gebracht werden.

— Schließlich soll eine landesweite Aktion gegen die 17-prozentige Preiserhöhung der Elektrizitätswerke von New Hampshire eingeleitet werden, in deren Rahmen auch Strompreisboykott vorgesehen ist. Bisher erhielt der Gouverneur 10.000 Protestkarten der AKW-Gegner.

aus: »Clamshell Alliance News«, Jan./Feb. '78

Kontakt: Clamshell Alliance 62 Congrss St., Portsmouth, N.H. 03801 USA

Stearns gibt nicht auf

»Wenn wir auf ihre Bedingungen eingehen, dann haben sie uns gebrochen, und wir werden die nächsten zwanzig Jahre dafür bezahlen!«

Seit 20 Monaten streiken 150 Bergarbeiter in Stearns (Kentucky) gegen die Blue Diamond CoalCo. Ihr Ziel: Ein Tarifvertrag mit der UMWA, d.h. bessere Sicherheitsbestimmungen Kündigungsschutz und Einhaltung der Zahlungen der Kapitalisten in den Gesundheits- und Rentenfond (ID, 20.1.78). Vorausgegangen war im März 1976 eine Grubenexplosion in der Justus-Mine, bei der 26 Arbeiter starben.

Die Blue Diamond Coal Co. antwortete mit:

— dem Anheuern von »Sicherheits«truppen, die im Dezember 1976 Schießereien provozierten.

— Prügeleinsätzen von Bullen gegen Streikposten.

Einen Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen im Oktober, als die Gesellschaft Streikbrecher in den Schacht bringen wollte. Noch im August hatte ein Gericht zur Beendigung der blutigen Kämpfe einen Vergleich erreicht: Begrenzung der Streikposten aus höchstens sechs zur Zeit — dafür keine Wiederaufnahme der Arbeit ohne Gewerkschaft. Am 12.10. brachten Polizisten dann den ersten Transport Streikbrecher heran, und am Morgen des 17.10. war der Weg zur Mine durch ein Dutzend Autos und einen umgestürzten Laster blockiert. Die Streikbrecher kamen nicht wieder. Dafür aber die Staatspolizei in Form von zwei Beamten mit der Aufforderung, die Straße zu räumen. Als nichts geschah, kamen kurz darauf 80 bis an die Zähne bewaffnete Bullen, und nach dem kurzen Hinweis »verhaftet wegen Widerstands gegen den Gerichtsvergleich« knüppelten die Bullen sofort auf die Streikposten los, die daraufhin nicht tatenlos zusahen, sondern sich zehn Minuten tapfer wehrten.

Am Ende lagen alle 80 Streikposten am Boden; zehn bis fünfzehn von ihnen erlitten Arm- und Ellbogenbrüche oder Gehirnerschütterungen, und einem Bergarbeiter wurden beide Trommelfelle zerstört. Nur wenig besser erging es 24 Frauen, die versucht hatten, mit Steinen, Flaschen und Baseballschlägern Polizeinachschub aufzuhalten. Unter den Festgenommenen waren ein 14-jähriges Mädchen, eine Schwangere im achten Monat, eine über sechzigjährige, die von ihrer Veranda heruntergezerrt wurde.

Frauen voran!

Kurz nach Beginn der Auseinandersetzungen im März 1976 gründeten die Frauen der Bergarbeiter den »Stearns Miners' Women's Club«, um den Streik besser unterstützen zu können. Nach der Gerichtsverhandlung gegen die Streikposten, die 68 Geldstrafen von je 1.000 Dollar brachte und für Phil Tucker und zehn weitere Bergarbeiterführer sechs Monate Knast, sandten die Frauen einen Hilferuf aus; denn nach dem langen Streik mangelte es am Notwendigsten!

Doch ihr Mut blieb ungebrochen. *»Es gibt hier keinen Mann und keine Frau«*, sagte Faye Keith vom Frauenverein auf der Pressekonferenz, *»die nicht ihr Leben für diesen Streik geben würden. Wir würden eher sterben, als jetzt aufgeben!«* (nach »In These Times«, 2.11.77 und »Workers World«, 16.12.77).

Stearns Miners' Women's Club
P.O. Box 488
Stearns, KY. 42647
USA



Bergarbeiter schützen sich mit Sandsäcken gegen Werkschutzbullen



lateinamerika

„Modell Carter" in Panama

13 Jahre haben die Verhandlungen über eine Neuregelung des Panamakanalvertrages zwischen den USA und Panama gedauert, bis Mitte vorigen Jahres ein neuer Vertrag beschlossen wurde. In Panama wurde der Vertrag in einem Referendum von der Bevölkerung abgestimmt, im Oktober 77 handelten Panamas Präsident Torrijos und Carter noch Zusatzvereinbarungen aus.

Herausgekommen ist dabei, daß Panama stärker an den Profiten des Kanals beteiligt wird und im Jahr 2000 die Verfügungsgewalt über die Kanalzone erhalten soll. Die USA behalten aber auf unbestimmte Zeit, d.h. auch über das Jahr 2000 hinaus, sämtliche Militärstützpunkte (14 Stützpunkte, Antiguerilla- und Folterschulen, in denen lateinamerikanische Offiziere „ausgebildet" werden, vergl. AK 111).

Außerdem sichert der Vertrag dem US-Imperialismus das Recht, die „Neutralität" des Kanals zu sichern, im Klartext, jederzeit militärisch einzugreifen.



Carters Politik in der Kanalfrage wirft ein Licht auf die gesamte Lateinamerika-Politik. Der neue Vertrag wurde als Beginn einer „fairen" Lateinamerikapolitik hochgejubelt, mit der „Vertrauen und Respekt" in diesen Staaten erworben werden soll („FR", 3.2. 78). Tatsächlich wurden nur die finstersten Auswüchse des US-Kolonialismus in Panama beseitigt (die Kanalzone war bisher Hoheitsgebiet der USA, 40.000 US-Bürger lebten dort durch hohe Zäune von den panamesischen Elendsvierteln abgeschirmt, fast sämtliche Einkünfte aus dem Kanal gingen an die USA).

In den USA selber läuft seit langem von den stockreaktionären Senatoren um Ronald Reagan eine Kampagne gegen den neuen Vertrag, der den „*Ausverkauf der USA*" bedeute und möglicherweise „*eines Tages mit der eigenen Freiheit bezahlt*" werden müsse („FR", 3.2. 78).

Diese Kampagne schafft Carter die Möglichkeit, seine Lateinamerikapolitik der „Fairness" und den Menschenrechte glaubhafter zu machen. Zur Zeit wirbt er in einer großangelegten Gegenkampagne für die Zustimmung zum neuen „Vertragswerk". In einer im US-Fernsehen übertragenen sogenannten „Plauderei am Kamin" warnte Carter, daß durch eine Ablehnung der Verträge „*Vertrauen und Respekt verspielt*" würden, und er apellierte an die „*Großzügigkeit der Nation, eine historische Entscheidung zu treffen*" („SZ", 3.2. 78).

Bei dermaßen zynischer Demagogie ist die neueste Stellungnahme Kubas erfrischend: Die kubanische Regierung hat Panama für den Fall einer Intervention durch die USA militärische Hilfe angeboten („SZ", 31.1. 78). Wie ehrlich dieses Angebot gemeint ist, ist allerdings eine zweite Frage, noch Mitte 77 hat Fidel Castro in einem Interview die „*aufrichtigen Bemühungen*" Carters um die Lösung der Kanalfrage gewürdigt (vergl. Interview in AK 111).

Lateinamerikakommission

17 Tage Generalstreik in Nicaragua

Die Empörung der Bevölkerung nach der Ermordung des bekannten Oppositionspolitikers Pedro Joaquin Chamorro macht dem in Nicaragua herrschenden Somoza-Clan schwer zu schaffen. Trotz massiver Repression wurde ganz Nicaragua durch einen 17-tägigen Streik praktisch vollständig lahmgelegt. Die Forderungen der Streikenden: Vollständige Aufklärung des Mordes an Chamorro, Rücktritt von Somoza.

Die Somozas haben mit ihrer korrupten Politik nicht nur den Haß und die Empörung der gesamten Bevölkerung, sondern auch die Gegnerschaft der anderen benachteiligten Kapitalisten hervorgerufen.

Der Generalstreik ist deswegen total, auch 80% der Laden- und Firmenbesitzer nahmen an ihm teil.

Nach zehntägiger Dauer des Streiks verschärfte Somoza seine Repressionsmaßnahmen. In der Provinzstadt Matagalpa schoß die Nationalgarde in eine demonstrierende Volksmenge und ermordete hierbei mindestens sechs Menschen. Am 1. Februar drangen Uniformierte in die Erdölraffinerie des US-Konzerns ESSO ein und zwangen die anwesenden Arbeiter mit Waffengewalt, die Anlagen in Betrieb zu setzen.

Die größte Zuckermühle Nicaraguas nahm ihre Produktion ebenfalls unter direkter militärischer Kontrolle wieder auf. Einheiten der Nationalgarde überfielen auch Sanitätsstationen und versuchten, Personen aus den Lazaretten weg zu verhaften. Im ganzen Land wurde totale Zensur für Rundfunk und Fernsehen verfügt, gegen Vertreter der Presse wurde mit Kolbenhieben und Prügeln vorgegangen.

Zunächst erreichte Somoza aber sein Ziel nicht: Statt Einschüchterung der Streikenden eine Verbreiterung der Streikfront: Das Krankenhauspersonal und die Angestellten der Zentralbank schlossen sich dem Streik an, die Konservative Partei (die einzig legale „Oppositionspartei"!) gab zusammen mit der UDEL (Mitte-Links-Koalition) ein „historisches Dokument" heraus, in dem sie ihre Vereinigung bekannt geben, um den Sturz der Somozas zu beschleunigen („Frankfurter Rundschau", „FR", 4.2.78).

Auch international fand der Generalstreik Sympathie und Unterstützung. Das UNO-Gebäude in Panama wurde von panamaischen und nicaraguanischen Studenten besetzt. Sie verkündeten einen 48-stündigen Hungerstreik zum Zeichen der Sympatie mit dem Hungerstreik in Nicaragua („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 3.2.78).

Auch die Wahlen zu den Gemeinderäten vom 5. Februar zeigten noch einmal deutlich, wie verhaßt das Somoza-Regime ist. Auf die breit erhobene Forderung, die Wahlen zu verschieben, wollte Somoza nicht eingehen. Selbst die Konservativen erklärten, die Minimalbedingungen für reguläre Wahlen seien derzeit nicht gegeben. Bei den Urnen standen zivile „Patrouillen" der regierenden Nationalpartei bereit, die mit Knüppeln, Revolvern oder Gewehren für „*eine reibungslose Abwicklung*" des Urnengangs sorgen sollten („FR", 8.2. 78). Die Bevölkerung blieb den Wahllokalen massenhaft fern, lediglich 25% wählten.

Nach 14 Tagen traten erste Ermüdungserscheinungen bei den Streikenden auf, die Bevölkerung, die unter Nahrungsmangel und der Teuerung schwer zu leiden hat, überzeugte sich allmählich, daß man Somoza, Besitzer von halb Nicaragua, mit Generalstreik allein nicht stürzen kann („FR", 8.2. 78).

Die Unterstützung für die sandinistische Befreiungsfront, die dazu aufruft, den Diktator mit Waffengewalt zu stürzen, nahm zu. Auf Flugblättern, die im ganzen Land auftauchten, hieß es, die streikenden Arbeiter sollten Polizei und Militäreinheiten überfallen, um Waffen zu erbeuten. Wenn das Volk einig und entschlossen sei, werde sich der bereits angeschlagene Präsident nicht lange halten können („FR", 8.2. 78).

Nach dem Abbruch des Streiks nach 17 Tagen gibt sich Somoza siegessicher: „*In diesem Land ist noch keiner stark genug, um mit mir fertig zu werden*", verkündete er triumphierend. Aber voraussichtlich nicht mehr lange.

Lateinamerikakommission



Nach der Beisetzung Chamorros stürzten Demonstranten Autos um und zündeten Fabriken an.

„Wahlen" in elf Ländern Lateinamerikas

Der „Demokratisierungsprozeß", den der US-Imperialismus seinen Hinterhof-Diktaturen in Lateinamerika verordnet hat, hat inzwischen die gewünschte Entwicklung genommen: In elf Staaten finden in diesem Jahr (oder fanden bereits) Wahlen statt bzw. Abstimmungen – eine Häufung, die es ermöglicht, für Lateinamerika eine demokratische Offensive zu konstruieren.

Der Weltkongreß der christdemokratischen Parteien, der Mitte Januar in Caracas (Venezuela) zu Ende ging, griff diese Tatsache bereits begierig auf und gelangte zu der Feststellung, daß sich in Lateinamerika „*die Demokratie auf dem Vormarsch befinde*" („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 11/12.2. 78).

Selbst über Chile können die bürgerlichen Schreiberlinge nach Pinochets „Volksabstimmung" schon wieder wohlwollende Töne anstimmen. Eine Kostprobe aus der „Zeit": „*Nimmt man ferner dazu, es sei verhältnismäßig korrekt ausgezählt worden, dann darf der General mit einigem Fug und Recht behaupten, daß drei von vier Wahlberechtigten hinter der Politik des Militärs stehen und die „Legitimation" der Junta nicht anzweifeln*" („Zeit", 13.1. 78).

In der Realität findet der „Vormarsch der Demokratie" – auch bei groß aufgemachten Wahlrummel – nicht statt.

– Am 5.2. wurde in **Costa Rica**, einem der wenigen Länder Lateinamerikas, das den Namen bürgerliche Demokratie noch halbwegs verdient, ein neuer Präsident gewählt. Wahlsieger wurde mit 51% der Stimmen der Vertreter der Rechten, Carazo; der Kandidat der Nationalen Befreiungspartei (sozialdemokratisch) unterlag mit rund 43%.

Costa Rica war eines der wenigen Länder, das politisch Verfolgten in Lateinamerika noch Schutz gewährt hat. Anfang Februar wurden allerdings an der Grenze zu Nicaragua von Wert von 300.000 bis 400.000 Dollar beschlagnahmt, die für die Sandinistische Befreiungsfront bestimmt waren. Sofern diese Meldung („FR", 7.2. 78) stimmt, fällt Costa Rica mit dieser Maßnahme der konsequentesten Opposition gegen die Somoza-Diktatur massiv in den Rücken.



– In **Ecuador** wurde bereits Mitte Januar in der ersten „freien" Abstimmung seit acht Jahren über die neue Verfassung abgestimmt. Mit 42% (gegen 30%) der Stimmen wurde ein neuer Verfassungsentwurf angenommen, dessen wesentlichste Neuerung im Wahlrecht für Analphabeten (ca. ein Drittel bis die Hälfte der Bevölkerung) besteht. Im Juli sollen auf der Grundlage dieser neuen Verfassung die Präsidentschaftswahlen stattfinden.

Ob es tatsächlich dazu kommt, ist heute noch fraglich. Zur Zeit ist die Verfolgung der Gewerkschaften, Kriminalisierung von Streiks und die Ermordung von streikenden Arbeitern (Zuckerfabrik Aztra, vergl. AK 121) politischer Alltag. Am Tag der Abstimmung wurden 30 Politiker, unter anderem der populistische Präsidentschaftskandidat, Assad Bucaram, verhaftet, weil sie versucht haben sollen, die Wähler zu beeinflussen („FR", 17.1. 78).

Erhebliche Teile der Linken hatten zum Abstimmungsboykott aufgerufen (20% im Ergebnis), weil der Prozeß der „Institutionalisierung" nicht von der Junta, sondern bereits von zivilen Kräften eingeleitet werden solle.

– Am 12. Februar wurde in **Paraguay** der Faschist Strössner bereits zu fünften Mal wiedergewählt. Seine Amtszeit beträgt damit 20 Jahre, die längste in Lateinamerika. Die Wahlbeteiligung – die Pflicht ist – lag bei 83%, das offizielle Ergebnis lautet: 85% der Stimmen für Stroessner und sein Regime, das das Land seit 20 Jahren mit blutigen Terrorwellen überzieht. Nur ein Beispiel: Im April 76 wurden innerhalb einer Woche in verschiedenen Provinzen über 2.000 Menschen verhaftet und davon über 1.000 ermordet (AK 83).

– Am 5. März können sich die Wähler **Guatemalas** zwischen zwei Generälen und einem Oberst entscheiden. Die Beseitigung des US-Einflusses, der für zahlreiche Putschmanöver verantwortlich ist, um seine Obstplantagen zu halten und das blutige Regime mit Unsummen unterstützt (lt. Horizon 5 Mrd. jährlich), steht natürlich nicht zur Abstimmung.

– Im Mai stellt sich der Präsident der **Dominikanischen Republik**, der 71 Jahre alte Joaquin Balaguer, zum dritten Mal zur Wiederwahl. Balaguer war 1966 „*umgeben von 400 nordamerikanischen Beratern bei Wahlen an die Macht gekommen, über die eine Invasionsarmee von 42.000 US-Marinesoldaten ,wachte'*" („SZ", 11./12.2. 78).

– Im Juni soll in **Peru** und **Kolumbien** gewählt werden, in Peru eine Verfassungsgebende Versammlung, die die Übergabe der Regierung an Zivilisten bis 1980 vorbereiten soll. In Kolumbien wird bereits dieses Jahr ein neuer Präsident gewählt (Kolumbien gilt immer noch als demokratisches Land, weil es nicht von einer Militärjunta regiert wird – zur Repression in der „Demokratie" Kolumbien siehe AK 123). In beiden Ländern wird im wesentlichen mit dem Ausnahmezustand und massiv verschärfter Repression auf die wachsende Kampfbereitschaft und die kürzlichen Generalstreiks reagiert.

– In **Bolivien** soll die Wahlfarce im Juli durchgeführt werden, wobei allerdings die Arbeiterbewegung bereits deutlich gemacht hat, daß sie nichts von ihrer traditionellen Kampfkraft eingebüßt hat. Mit einem breiten Hungerstreik und Generalstreik wurde Anfang des Jahres eine Amnestie für die politisch Ausgewiesenen und die Wiederzulassung der Gewerkschaften erkämpft (vergl. AK 123).

– Im November folgen die Wahlen in **Brasilien** und schließlich im Dezember in **Venezuela**.

– Am aussichtsreichsten entwickeln sich die Kämpfe zur Zeit in **Nicaragua** (vergl. Artikel in diesem AK). Nach wochenlangen Streiks, blutigen Kämpfen und 14 von der Nationalgarde Ermordeten mochten auch die Konservativen die anstehenden Kommunalwahlen nicht mehr unterstützen. Von 132 konservativen Kandidaten traten 52 aus Protest gegen So-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 48

moza zurück. An den Wahlen beteiligte sich praktisch niemand. Stattdessen wurden an öffentlichen Gebäuden Plakate aufgehängt mit der Aufschrift: „Somoza an die Wand!" Die Sandinistische Befreiungsfront rief das Volk zum bewaffneten Kampf gegen die Diktatur auf.

Sämtliche Wahlen, die in diesem Jahr in Lateinamerika stattfinden, zielen auf eine geringfügige Korrektur der Fassade, ohne den repressiven Charakter der Regimes anzutasten. Einzig in Nicaragua besteht unter Umständen die Chance, eine tatsächliche und spürbare demokratische Öffnung durchzusetzen. Hier kämpft allerdings auch die Masse der Bevölkerung, teilweise militant, für den Sturz der Diktatur und die Einführung demokratischer Freiheiten, während es sich bei den sogenannten Wahlen in den anderen Ländern um Institutionalisierungsprozesse handelt, die von den Regierungen selber unter Schirmherrschaft und Anleitung des US-Imperialismus eingeleitet wurden. Zwar läßt sich in einigen Ländern für die vergangenen Monate ein Aufschwung der Arbeiter- und oppositionellen Bewegung verzeichnen: Generalstreiks in Bolivien, Peru, Kolumbien, eine (natürlich begrenzte) Zunahme der gewerkschaftlichen und revolutionären Aktivitäen in Chile, sogar Streiks in Argentinien, die Studentenbewegung in Brasilien, eine Reihe von Guerillaaktionen in Guatemala, Streiks und gewerkschaftliche Zusammenschlüsse in Ecuador usw.

All diese Kämpfe, die teilweise unter schwierigsten Bedingungen stattfinden und denen unsere größte Solidarität gilt, haben aber längst noch nicht die Breite und Geschlossenheit und vor allem nicht die i d e o l o g i s c h e Stärke erreicht, die die blutigen Regimes und ihren Schirmherren den US-Imperialismus, ins Wanken bringen könnten.

Lateinamerikakommission

Argentinien Fußball ja — Folter nein

Mitte Januar fand in Argentinien mit dem Auftakt der Formel I Rennsaison die „Generalprobe" für die Fußballweltmeisterschaften statt.

„.... *in Buenos Aires hat die Polizei ihren Test für die Fußball-WM bestanden! Beim Training schirmten 6.000 bis an die Zähne bewaffnete Sicherheitskräfte die Rennfahrer ab.*" So die Spezialdemokraten von der



„Morgenpost" (17.1.78). Die Zahl der bewaffneten Polizei- und Militäreinheiten, die zu diesem Anlaß aufgeboten wurden, ist geheim – geschätzt werden 8 bis 10.000.

Rund zwölf argentinische Fotografen wurden vorübergehend verhaftet, weil sie Soldaten geknipst hatten. Ein ZDF-Moderator wurde mit MPs in Schach gehalten, weil er einen Haltruf eines Soldaten nicht gehört hatte. Selbst Helmut Schön wurde schon einige Zeit vorher von bewaffneten Soldaten eingekreist, als er das Spielfeld im Stadion des Eröffnungsspiels der WM besichtigen wollte („Stern", 26.1.78).

Diese „*kleinen Pannen*" gegen die „Prominenz", trotz des „strikten Befehls" von oben zur Zurückhaltung, waren „*bei so vielen harten, im Anti-Guerillakampf geübten Männern*" wohl nicht zu vermeiden. Der Sicherheitschef, Oberst Ragalli, versicherte: „*Wir sind auf alles vorbereitet. Je nach Bedarf können wir Kräfte von Polizei, Gendarmerie, Heer, Marine und Luftwaffe einsetzen... Zu jedem Zeitpunkt werden wir mehr Leute in Bereitschaft haben, als auch im Extremfall notwendig wäre.*" („Stern", 26.1.78). Dazu zitiert die „MoPo" kommentarlos (!) DFB-Chef Neuberger, der sich nach wie vor äußerst zufrieden über die Situation in Argentinien und die Sicherheitsvorkehrungen zeigt: „*Wenn sich die politische Situation in Argentinien nicht Ende 76 stabilisiert hätte, wäre die WM in diesem Land nicht ausgetragen worden*" („Morgenpost", 17.1.78). 30.000 Verschleppte und Verschwundene und mindestens 10.000 Ermordete sind für den bundesdeutschen Fußballchef Voraussetzung für eine „sichere Gestaltung" der WM – Fußball hat mit Politik nichts zu tun!

Fußball ja — Folter nein — nieder mit der Militärjunta!

Lateinamerikakommission



Bullen stürmen Festung in Narita

Japan: In einer Nacht- und Nebel-Akton versuchten acht Hundertschaften der japanischen Bullen am Montag, den 6.2.78, (um 6 Uhr früh) gegen etwa 300 Flughafengegner die von ihnen errichtete Festung zu stürmen. Die Flughafengegner hatten am Rande des neuen Tokioter Flughafens Narita eine Betonfestung gebaut, um ihren Kampf gegen das Flughafenprojekt fortzusetzen (vgl. AK Nr. 104, 105, 120). „*Obwohl die Polizei Tränengas und die in der Winterkälte besonders wirksame Waffe von Wasserwerfern einsetzte, gelang es ihr bisher nicht, die ‚Festung' völlig vom ‚Feinde' zu säubern. Am Dienstagabend befanden sich immer noch vier hartnäckige Turmverteidiger in Kampfstellung. Sie hatten sich auf der Spitze des Turms eingeigelt und schlugen die wiederholten Angriffe eines schließlich von zehn auf dreißig Mann aufgestockten Sonderkommandos der Polizei, das versuchte den Turm zu besteigen, mit Molotow-Cocktails und einem Hagel von Steinen zurück*" („FR", 8.2.78).



Auf der aus Stahl und Beton konstruierten Festung am Rande des Flughafengeländes Narita errichteten die Flughafengegner noch einen Stahlturm. Die Gesamthöhe beträgt 50,5m, nach den Flugsicherheitsvorschriften darf jedoch an der Stelle nichts über 9 m hinausragen.

Trotz der Einsturzgefahr brachen die Bullen mit Hilfe eines Krans nachts die Betonaußenwand der Festung ein, um in die Festung hineinzugelangen. Dabei nahmen sie 41 Bauern und Studenten, darunter sechs Frauen fest, die sich dort verschanzt hatten. Nach polizeilichen Meldungen wurden von den Bullen 200 Tränengasgeschosse abgefeuert, von seiten der Demonstranten 560 Molotow-Cocktails (!) geworfen und insgesamt 23 Bullen und „nur" vier Demonstranten verletzt („Asahi Evening News", 7. und 8.2.78). Bis Dienstagabend hatten sich weitere 700 Demonstranten gesammelt, die die vier auf dem Turm Eingschlossenen durch weitere Angriffe auf die Bullen und durch Ablenkungsmanöver unterstützten. Schließlich gaben die vier Flughafengegner am Dienstagabend nach einer 40stündigen Schlacht den aussichtslosen Kampf auf. Sie wurden daraufhin gleich verhaftet. Anschließend wurde die Festung bis auf das erste Stockwerk abgerissen.

Die Anti-Flughafen-Initiative Sanrizuka-Shibayama (der Kampf um Narita ist in Japan als der Sanrizuka-Kampf bekannt) will wegen der Zerstörung der Festung gerichtlich gegen die Flughafengesellschaft vorgehen. Auch der 53jährige Bauer Takeshi Sannomiya protestierte ausdrücklich gegen den Bulleneinsatz auf seinem Grundstück, auf dem die Festung steht.

An diesem Überfall der Bullen offenbart sich die Rechtsstaatlichkeit Japans. Da sowohl die Festung als auch das Grundstück, auf dem sie gebaut war, den Flughafengegnern gehörte, hätte die Flughafengesellschaft beim Zivilkammergericht eine einstweilige Verfügung zum Abriß der Festung erwirken müssen. Stattdessen wurde die Strafkammer angerufen, die eine Anordnung zur Durchsuchung und Beschlagnahmung – zur „Spurensicherung" – erließ. Die japanischen Bullen machten jedoch gleich gründliche Arbeit und beseitigten das gesamte Hindernis (den Widerstands-Turm). Der zivilrechtliche Weg hätte einen ziemlichen Zeitaufwand erfordert, mit Hilfe der strafrechtlichen Bestimmungen konnten die Flughafenbetreiber und Bullen aber zu Sofortmaßnahmen greifen.

Die Absicht der Flughafenbetreiber wird deutlich, wenn man bedenkt, daß der Flughafen nach den Regierungsplänen endgültig zum Ende März 1978 eröffnet werden soll. Jede Opposition soll frühzeitig zerschlagen und kriminalisiert werden.

Diese Rechnung dürfte aber nicht so ohne weiteres aufgehen. Im Gegenteil, aktuell verbreitet sich die Front der Flughafengegner. So haben die japanischen Eisenbahner ihren Protest gegen den Flughafen schon wiederholt zum Ausdruck gebracht. Nach neuesten Meldungen heißt es: „*Die örtliche Lokomotivführergewerkschaft hat seit Freitag* (dem 3.2.78, Anm. AK) *einen Bummelstreik angesetzt, um mit den Flughafengegnern zu sympathisieren und gegen die am Dienstag vollendete Fertigstellung eines Bahngleises für den Transport von Flugzeugtreibstoff zu protestieren. Am Dienstagvormittag entschlossen sie sich zu einem halbtägigen Vollstreik, bei dem 85 Nah- und Fernverkehrszüge stillgelegt und rund 50.000 Fahrgäste in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Gewerkschaft hat sich zum Sprachrohr der betroffenen Gemeinden gemacht, die sich den Transport des explosiven Treibstoffs über Schiene und Straße durch dichtbesiedelte Gebiete verwahrt*" („FR", 8.2.78). Für den 1. März 1978, wo die ersten Treibstofftransporte beginnen sollen, hat die Lokomotivführergewerkschaft bereits einen weiteren halbtägigen Streik angekündigt („Asahi Evening News", 13.2.78). Auch die nationale Eisenbahngewerkschaft protestierte gegen den Bau eines Verschiebebahnhofs in der Nähe des Flughafens, um den Treibstofftransport zu verhindern („Asahi Evening News", 16.1.78). Um weitere Verzögerungen der Flughafeneröffnung durch Protestaktionen zu vermeiden, werden andererseits große Bulleneinheiten zum Schutz und zur Überwachung der Gleisarbeiten eingesetzt.

Wie der Sanrizuka-Kampf ausgehen wird, ist noch nicht abzusehen. Daß der bereits zwölf Jahre dauernde Kampf noch viele Jahre dauern wird, ist aber gewiß. Denn der Flughafen steht noch vor zahlreichen Problemen, deren Lösung noch größere Empörung in der Bevölkerung hervorgerufen wird: Der Transport des hochexplosiven Düsentreibstoffs zum Flughafen, die Verkehrsverbindungen für die 66 km lange Strecke bis ins Tokioter Zentrum, der Bau der Landebahnen B und C, der noch überhaupt nicht gesichert ist, da deren Streckenführung durch privaten Grundbesitz läuft, die Lärmschutzmaßnahmen, etc. Aber es wird weitergebaut, und wenn nötig, unter Bulleneinsatz. Schließlich haben Ministerpräsident Fukuda wie auch einige andere hohe Politiker persönlich in den Flughafen bzw. in eines der fünf leerstehenden Luxushotels dort investiert („FR", 8.2.78)

Asien-Australien-Kommission

Radikalisierung der spontanen Massenbewegung in Indien

Im März dieses Jahres jährt sich zum ersten Mal der Amtsantritt der gegenwärtigen indischen Regierung unter dem Ministerpräsidenten Morarji Desai. In diesem einen Jahr sind die Hoffnungen der indischen Bevölkerung auf den von der regierenden Janata-Partei versprochenen Generalangriff auf die herrschenden politischen, sozialen und ökonomischen „Mißstände" gründlich enttäuscht worden. Die von der Regierung angekündigte „totale Revolution" stellt sich zunehmend als eine demagogische Lüge dar, mit der die Opposition gegen die frühere Gandhi-Diktatur kanalisiert werden sollte. Dieser Tatsache werden sich immer mehr Menschen in Indien bewußt. Ensprechend wächst die Opposition gegen das Desai-Regime und findet ihren politischen Ausdruck im Anwachsen der Massenbewegungen in den Städten und auf dem Lande.



Streikende Arbeiter in Delhi

In den industriellen Zentren fanden in den vergangenen Monaten zahlreiche Streiks statt, die regional teilweise den Charakter von Generalstreiks annahmen. Nach einer amtlichen Statistik fanden von April bis Oktober 1977 insgesamt 1363 Streiks und 199 offizielle Aussperrungen statt. Durch diese Arbeitskämpfe ging die stattliche Anzahl von 5,5 Millionen Arbeitstagen verloren („Neue Zürcher Zeitung", 26.1.78). In dem indischen industriellen Zentrum Poona bei Bombay *„ist die Streiksituation nach Meinung von Industriekreisen ‚so schlimm wie noch nie'* " („Handelsblatt", 9.2.78). Die Desai-Regierung selbst spricht von einer *„Streikwelle, die vornehmlich politische Merkmale trägt und ...*

Die Desai-Regierung selbst spricht von einer *„Streikwelle, die vornehmlich politische Merkmale trägt und ...*

auf einen zunehmenden Mißbrauch jener demokratischen Freiheiten hinausläuft, die das Land erst vor zehn Monaten nach der Wahlniederlage Indira Gandhis zurückgewonnen hatte" („NZZ", 26.1.78). Diesen von der indischen Regierung als „demokratische Exzesse" („Economic and Political Weekly", 15.10.77) bezeichneten Massenstreiks versuchen die einzelnen Landesregierungen wieder mit dem Mittel des Streikverbots zu begegnen, das in der Regel von den Arbeitern jedoch ignoriert wird. Dies nehmen die Behörden wiederum regelmäßig zum Vorwand, um mit paramilitärischen Polizeikräften die Arbeiterkämpfe niederzuschlagen. Auf der Seite der Arbeiterklasse hat dies eine beständig zunehmende Militanz zur Folge.

Von dieser Radikalisierung sind wesentliche Teile der indischen Arbeiterklasse insbesondere in den industriellen Zentren des Landes erfaßt. Sie findet ihren Ausdruck auch in bestimmten Ansätzen zu Veränderungen innerhalb der Struktur der indischen Gewerkschaftsbewegung. Immer häufiger nämlich wird die Autorität der traditionellen Gewerkschaften von militanten Arbeitern in Frage gestellt. *„Es gibt eine sich ausbreitende Tendenz unter Arbeitern, ‚das Gesetz in die eigenen Hände zu nehmen'. Gewerkschaftsführer sind vergessen, tatsächlich bleiben sie bei direkten Konfrontationen zwischen Arbeitern und Unternehmensleitungen vorsichtige Zuschauer. Sie betreten den Schauplatz häufig erst nach dem Ereignis"* („EPW", 15.10.77). Und dann sind sie lediglich bemüht, *„die Rolle eines ‚ehrlichen Maklers' zu spielen"* („EPW", 15.10.77). Die wachsende Enttäuschung unter den Arbeitern über diese Sorte von „Arbeiterführern" führt zu einer verstärkten Kritik innerhalb der Arbeiterklasse an den gewerkschaftlichen Dachorganisationen, die in Indien als Richtungsgewerkschaften an bestimmten politischen Parteien orientiert sind. Gleichzeitig trägt dies zur politischen Auseinandersetzung mit den Parteien selbst bei. Diese Entwicklung wird an zwei konkreten Tatbeständen deutlich. Einmal gibt es in der gewerkschaftlich organisierten Industriearbeiterschaft Mitgliederverschiebungen zwischen den etablierten Gewerkschaftsbünden, die eine klare Linksentwicklung signalisieren. Die beiden traditionell größten Dachorganisationen INTUC (dem linken Flügel der Kongreß-Partei nahestehend) und AITUC (der revisionistischen CPE nahestehend) geben Mitglieder an die bisher kleinste Dachorganisation CITU ab, die der CPI/M nahesteht und als die militanteste Gewerkschaft gilt („EPW", 15.10.77). Vor diesem Hintergrund ist auch die von Indira Gandhi kürzlich herbeifeführte Abspaltung des linken Parteiflügels von der Kongreß-Partei zu sehen, wodurch diese raktionäre Clique erneut eine linke Profilierung versucht. Auch die Revisionisten sind alarmiert. Nach diversen und zum Teil katastrophalen Wahlniederlagen schwindet nun auch sichtbar ihr Einfluß in der Arbeiterklasse. Deshalb sahen sie sich vor rund zwei Monaten genötigt, den langjährigen Parteivorsitzenden Dange abzuservieren. Er wurde zum Sündenbock gemacht für die kompromittierende Kollaboration der CPI mit der Gandhi-Diktatur. Auf der anderen Seite wächst der Einfluß der CPI/M, wie dies zuletzt die Wahlsiege dieser Partei in den beiden Bundesstaaten Westbengalen und Tripura gezeigt haben. In Tripura erhielt die CPI/M 49 der 60 Sitze des Landesparlaments, die Kongreß-Partei und der in Neu-Delhi regierende Janata-Block gingen völlig leer aus („Süddeutsche Zeitung", 4.1.78).

Neu-Delhi regierende Janata-Block gingen völlig leer aus („Süddeutsche Zeitung", 4.1.78).

Die Mitgliederverschiebungen zwischen den Gewerkschaften sind ein Indiz für die politische Radikalisierung der gesamten Arbeiterklasse. Sie zeigen jedoch nur eine Tendenz an, da der gewerkschaftliche Organisationsgrad unter den 18 Millionen Industriearbeitern insgesamt unter 25% liegt („EPW", 15.10.77). Doch diese Tendenz wird gestützt durch den zweiten konkreten Tatbestand, der eine politische Linksentwicklung in der Industriearbeiterschaft andeutet. So sind in den vergangenen Monaten zahlreiche kleinere betriebsinterne gewerkschaftliche Organisationsformen entstanden, die in Indien als „syndikalistische Tendenzen" („EPW", 15.10.77) bezeichnet werden. Diese Gewerkschaftsorganisationen schließen sich in bewußter politischer Abgrenzung zu den etablierten Dachorganisationen diesen jedoch (wie sonst üblich) nicht an. Die Bedeutung dieses „gewerkschaftlichen Syndikalismus" wächst beständig, zumal der Organisationsgrad der Dachorganisationen insgesamt stagniert.

Die herrschenden indischen Klassen sind konfrontiert mit einem wachsenden politischen Bewußtsein in der Arbeiterklasse. Aber auch die unterdrückten Klassen auf dem Lande haben eine sogar während der Gandhi-Diktatur ungebrochene Tradition militanter Kämpfe um ihr Recht. Etwa 70 bis 80% der über 600 Millionen Menschen zählenden indischen Bevölkerung lebt auf dem Lande, und nach den Worten des Arbeitsministers Verma unter dem offiziellen Existenzminimum von rund 13 Mark monatlich! Die Zahl der Landarbeiter allein geht in die 100 Millionen. Die Kämpfe der Landarbeiter und Bauern richten sich vor allem gegen den Großgrundbesitz, gegen eine Situation der praktischen Leibeigenschaft, gegen die Geldverleiher und gegen den Hunger. Es sind nicht selten Kämpfe ums Überleben. Die Intensität dieser Kämpfe hat auch unter der „demokratischen" Desai-Regierung nicht abgenommen, sie breiten sich vielmehr weiter aus. Die staatlichen Behörden reagieren darauf mit „Zucker und Peitsche" – einmal mit dem Versprechen von „Landreformen", die entweder ohnehin absolut unzulänglich sind oder gar nicht erst durchgeführt werden. Sie versuchen aber vor allem, *„die Bauernbewegung in Blut zu ertränken. Alle Gebiete der Bauernkämpfe sind zu ‚Aufruhrgebieten' erklärt worden und der Polizei und paramilitärischen Kräften übergeben worden, damit diese dort nach Belieben verfahren können. Hunderte von Teilnehmern und Führern der Landbewegung sind getötet worden. Tausende wurden gefoltert und ins Gefängnis geworfen. Dörfer sind dem Erdboden gleichgemacht worden. Und die Bauern sind in mit Stacheldraht umzäunten ‚Siedlungen' zusammengetrieben worden, die nichts anderes sind als Konzentrationslager"* („EPW", 1.10.77). Diese Bauernkämpfe werden in der bürgerlichen Presse unter dem Begriff „Naxalitenbewegung" zusammengefaßt. In der Vergangenheit *„entfesselte die Polizei ihren eigenen ‚Guerillakrieg' gegen die Naxaliten, in dem es Tote und Verwundete nur noch auf einer Seite gab, ... wobei sich die Fälle von Erschießungen und ‚Tod infolge von Folterungen' ungefähr die Waage halten"* („Frankfurter Rundschau", 20.6.77). Doch dieser Terror konnte die Bauernbewegung nicht zerschlagen. Eine jüngst veröffentlichte Untersuchung über die „Landreformen in dem Bundesstaat Andhra Pradesh besagt, daß dort die Bauern etwa 2,5 mal so viel Land militant besetzt halten, wie ihnen von der Regierung zugeteilt worden ist. Die „Girijans" sogar, von indischen Urstämmen abstammende Bergbewohner, halten etwa 19 mal soviel Land im militanten Kampf besetzt wie die Regierung an sie verteilt hat („EPW", 1.10.77)! Diese Tatsachen veranschaulichen die Tendenz zur Zuspitzung der Klassenkämpfe auch auf dem Lande.

Es stellt sich jedoch auch in Indien – aktuell dringender denn je – die Frage nach einer revolutionären Führung. Der in den Massenkämpfen vorherrschende Spontaneismus ist gegenwärtig noch die subjektive Grenze für die revolutionäre Perspektive der indischen unterdrückten Klassen.

Asien-Australien-Kommission

Thailändische

Thailändische Faschisten blockieren Laos' Wirtschaft

Während sich die bürgerliche Presse gierig auf den Grenzkonflikt zwischen Kampuchea und Vietnam stürzt, gibt es nur sporadische Informationen über die seit Monaten andauernde Wirtschaftsblockade Thailands gegen Laos.

1977 herrschte in Laos eine ungewöhnlich lange Trockenperiode, so daß es zu immensen Ernteausfällen kam. Während Laos normalerweise genug Getreide anbaut, um die Bevölkerung zu versorgen, wird es jetzt *„gezwungen sein, sofort 367.500 Tonnen Reis und rund 2.000 Tonnen Saatgut einzuführen"* („Neue Zürcher Zeitung", 25.9.77). Hauptschuld an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten Laos' trägt aber das thailändische Militärregime, das seit Monaten Waren, die für Laos bestimmt sind, an den Grenzen zurückhält. Darunter auch dringend benötigte Medikamente, die als humanitäre Hilfe an Laos geschickt werden.

Alle von Bangkok als „strategisch" deklarierten Güter dürfen für unbestimmte Zeit die Grenze nicht mehr passieren. *„Zu solchen 'strategischen' Gütern erklärten die thailändischen Behörden Kraftstoffe, Maschinen, Anlagen und Zement, aber auch Nahrungsmittel wie Reis und eine Vielzahl anderer Waren des täglichen Bedarfs"* („Neues Deutschland", 16.10.77).

Da Laos keinen Zugang zum Meer hat und die Industrie relativ schwach entwickelt ist, ist es gezwungen, fast den gesamten Außenhandel über Thailand abzuwickeln.

Der zwischen der VDR Laos und der SR Vietnam im Juli abgeschlossene Freundschaftsvertrag sieht allerdings vor, daß sich das in Zukunft ändern wird. So kann Laos künftig den südvietnamesischen Hafen Da Nang und die Straße Nr. 9 für Ein- und Ausfuhren frei benutzen („horizont" 33/77).

Der Ausbau dieser Straße von Vietnam nach Laos, der an sich erst in fünf Jahren beendet sein sollte, wird jetzt angesichts der thailändischen Blockade beschleunigt.

Grenzkonflikt Vietnam-Kampuchea: Neues Friedensangebot der SRV

Während die Kämpfe an der Grenze zwischen Vietnam und Kampuchea (Kambodscha) weitergehen, hat die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam (SRV) auf einer Pressekonferenz am 5. Februar ein erneutes Angebot zur friedlichen Beilegung des Konflikts veröffentlicht. In einem 3-Punkte-Vorschlag wird eine sofortige Einstellung der Feindseligkeiten, die Rücknahme der jeweiligen Truppen und anschließend die unverzügliche Aufnahme von Gesprächen vorgeschlagen. Beide Seiten sollten einer internationalen Garantie und Überwachung der Grenze zustimmen. Gleichzeitig soll jegliche Propaganda, die den Haß zwischen den beiden Völkern sät, eingestellt werden.

Auf den wiederholten Vorwurf Kampucheas, Vietnam wolle eine „Indochinesische Föderation" unter seiner Führung aufbauen, erwiderte Außenminister Nguyen Co Thach: *„Wir nennen die Beziehungen zwischen Vietnam und Kampuchea und zwischen Vietnam und Laos ‚besondere Beziehungen', weil diese Völker eine lange Geschichte des Kampfes teilen. Die Völker der drei Länder sind um den Preis ihres Blutes und ihrer Knochen miteinander verbunden worden"* (Radio Hanoi, 5.2.78).

Währenddessen werden die Geschichtsfälschungen der Führer Kampucheas immer unglaublicher. So wird behauptet, die Vietnamesen seien *„immer unsere Feinde"* gewesen. Während des Krieges gegen den US-Imperialismus *„stahlen die vietnamesischen Truppen überall wo sie Unterschlupf fanden, das Eigentum unserer Leute, einschließlich Fahrräder, Motorräder, Uhren, Vieh und Geflügel und begingen an unseren Frauen sexuelle Angriffe in arrogantester Weise"* (Radio Phnom Penh, Februar 1978). Zu den Vorwürfen Kampucheas, Vietnam habe antirevolutionäre Kräfte unterstützt und versucht, die Regierung Kampucheas zu stürzen, meinte SRV-Außenminister Nguyen Co Thach: *„Die öffentliche Weltmeinung hat ausführlich über interne Säuberungen und blutige Massaker in Kampuchea berichtet und die volksfeindliche Politik der Autoritäten Kampucheas verurteilt. Es ist leicht zu verstehen, daß die Führer Kampucheas nicht ihre Verantwortung für die blutigen Ereignisse in Kampuchea anerkennen, sondern glauben, daß der beste Weg für sie darin besteht, alle Schuld auf äußere Faktoren zu schieben, in einem Versuch, die Regierung der SRV zu verleumden"* („Vietnamesische Nachrichtenagentur VNA, 5.2.78).

Asien-Australien-Kommission

Verteidigerausschlüsse in Japan

Ende Januar wurde aus dem japanischen Justizministerium bekannt, daß ein neuer Gesetzentwurf vorbereitet wird, der die strafrechtliche Verurteilung von Angeklagten ohne Verteidigung ermöglichen soll. Wörtlich heißt es: *„Wenn Anwälte in geheimer Absprache mit den Angeklagten (!) vor dem Gericht nicht erscheinen, sich zurückziehen oder ihr Mandat niederlegen, um das Verfahren zu verzögern"*, könne das Verfahren auch ohne Verteidiger fortgesetzt werden („Asahi Evening News", 24.1.78). Die geltende Strafprozeßordnung verbietet die Eröffnung eines Prozesses ohne Anwesenheit der Strafverteidiger, wenn es sich um Anklagen handelt, die ein Strafmaß von drei Jahren Zuchthaus oder mehr in Aussicht stellen. Daß die Revision der Strafprozeßordnung vor allem auf die Strafverfolgung von politischen „Tätern" abzielt, läßt sich leicht erkennen, nachdem bereits Oktober 1977 im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen drei Mitglieder der japanischen „Roten Armee" erstmals der Vorschlag über den Ausschluß von Verteidigern aus dem Justizministerium laut wurde.

Gegen diese Einführung von Standgerichten haben bereits mehr als 40 Organisationen – einschließlich der Sozialisten und Revisionisten – protestiert. Diese erklärten, daß dies nicht nur ein Eingriff in die Rechte von Radikalen, sondern auch von allen Bürgern sei.

Asien-Kommission

maß von drei Jahren Zuchthaus oder mehr in Aussicht stellen. Daß die

Asien-Kommission

Uran-Stop in Australien

Aufgrund des Boykott-Aufrufs des australischen Gewerkschaftsdachverbands ACTU, wurden die australischen Uran-Exporte vorerst ausgesetzt. Mitte Dezember 1977 hatte der ACTU dazu aufgerufen, daß *„alle Gewerkschaftsmitglieder, die im Uranbergbau tätig oder mit der Beförderung des Erzes sowie von Uranprodukten befaßt sind"* ihre Tätigkeit einstellen sollten („Vereinigte Wirtschaftsdienste" - „VWD" - 16.12.77). Über diesen Aufruf wird durch Urabstimmungen in den Einzelgewerkschaften entschieden, ein Ergebnis wird für Ende Januar/Anfang Februar erwartet.

Nachdem die Regierung ursprünglich mit dem Einsatz *„von Soldaten für die Verladung von Uran"* („VWD", 16.12.77) drohte, wurde Anfang Januar der Uranexport gestoppt, *„bis das geplante Referendum* (Urabstimmung, Red.) *der betroffenen Gewerkschaften durchgeführt worden ist"* („VWD", 6.1.78).

Offensichtlich geht es der Regierung darum, entsprechend dem Urabstimmungsergebnis über ihre Taktik zu entscheiden. Daß prinzipiell Uran abgebaut und exportiert werden soll, steht nicht in Frage. Die australische Regierung verhandelt nicht ohne Grund zur Zeit mit 22 Urangesellschaften über den Abbau (darunter zehn westeuropäische Gesellschaften) („The Japan Times", 22.12.77).

Wie stark die Proteste gegen die Atompolitik sind, zeigen jüngste Meldungen aus Neuseeland. Im Hafen von Auckland traten die Hafenarbeiter aus Protest gegen den Besuch eines amerikanischen Atom-U-Bootes in den Streik. Fischer *„haben im Hafen von Auckland 100 Jachten quergelegt und das Atomschiff gerammt"* („Hamburger Morgenpost", 17.1.78).

Asien-Australien-Kommission

Australien erkennt Annektion Ost-Timors an

Die neue (alte) australische Regierung hat Anfang dieses Jahres die indonesische Invasion und Annektion Ost-Timors offiziell anerkannt. Außenminister Peacock gab bekannt, daß *„Australien den Methoden über die die Integration durchgesetzt wurde, kritisch gegenübersteht"*, aber *„realistischerweise"* kann *„es nicht fortfahren, zu leugnen, daß Ost-Timor ein Teil Indonesiens ist"* („Aktueller Informationsdienst Asien", 28.1.78). Diese Entscheidung, mit der der Völkermord der indonesischen Faschisten in Ost-Timor abgesegnet und akzeptiert wird, stößt in Australien selbst auf starke Proteste.

Die oppositionelle Labour-Party verurteilte die Anerkennung, ebenso mehrere hundert Delegierte des Australischen Rates für Übersee-Hilfe". Der Vorsitzende der UN-Vereinigung in Australien forderte UN-Generalsekretär Waldheim dazu auf, die australische Anerkennung zu verurteilen („Radio Australia News", 21.1.78).

Asien-Australien-Kommission

nahost

Sadats Kapitulationspolitik bedroht die arabischen Interessen

Statt Frieden: Waffenlieferungen und Drohungen

Nachdem die Friedensverhandlungen Ägyptens mit Israel vorerst eingestellt worden sind, hat die von den Imperialisten bejubelte „Friedenspolitik" Sadats noch klarer ihren wahren Inhalt gezeigt: Die Waffenlieferungen kommen jetzt richtig in Gang.

Sadat hatte schon seit langem um US-Waffen gebettelt, jedoch zuerst nur Transportflugzeuge und Kraftwagen erhalten. Jetzt schien der US-Regierung die Zeit reif, auch 50 Jagdbomber zu liefern. Zur gleichen Zeit wurde in Kairo eine britisch-arabische Firma zur Produktion von Raketen gegründet. Dem Konsortium gehören auch Saudi-Arabien, Qatar und die Vereinigten Arabischen Emirate an. Ein Milliardenvertrag über den Kauf von Düsenjägern und Raketen aus Frankreich und der BRD ist unterschriftsreif („Neue Zürcher Zeitung", „NZZ", 17.2.78).

Sadat machte kein Hehl daraus, wofür diese Waffen bestimmt sind: „ ...*nicht, um Israel anzugreifen*" (Interview mit „Quick" der letzten Woche) „*sondern weil Ägypten Verantwortung übernommen hat, die sich über den Nahen Osten hinaus auf ganz Afrika erstreckt*" („FAZ", 23.1.78). Was hierunter zu verstehen ist, wird durch das Eingreifen ägyptischer Truppen gegen die Befreiungsfront „Frolinat" in Tschad und durch die Kumpanei das ägyptische Regimes mit Marokko gegen die saharauische Befreiungsbewegung und Algerien angedeutet.

Heuchelei von arabischer Einheit

Sadats Politik wird offen von den erzreaktionären Regimes in Marokko und Sudan und vom faschistischen Iran unterstützt. Nicht so lautstark, aber dafür mit massivem materiellen Einsatz steht Saudi-Arabien hinter Sadat. Zum reaktionären arabischen Lager gehören außerdem Nordjemen, die Golfstaaten, Jordanien, Tunesien und Mauretanien.

Saudi-Arabien erhielt denn auch wieder weitere US-Waffen: mehr und modernere Jagdflugzeuge als sie an Ägypten geliefert werden. Das Ziel dieser Waffenlieferungen wurde ebenfalls recht deutlich gemacht. US-Außenminister Vance sprach von der „Bedrohung Saudi-Arabiens" und ließ durchblicken, daß er dabei u.a. an die VDR Jemen denkt („NZZ", 17.2.78). Angesichts des tatsächlichen Kräfteverhältnisses zwischen dem reichen, von Waffen und US-Beratern strotzenden Saudi-Arabien und dem armen volksdemokratischen Südjemen ist es wohl klar, wer hier wen bedroht.

Politisch geben die reaktionären arabischen Regimes der ägyptischen Kapitulationspolitik Flankendeckung. Unter der Losung der „Wiederherstellung der arabischen Einheit" bieten sie eine arabische Gipfelkonferenz an. Ihr Ziel ist es dabei, die Politik Sadats zu rechtfertigen und die ablehnenden arabischen Regierungen zu isolieren. Eine solche Konferenz wurde jedoch sogar von Syrien, das grundsätzlich bereit ist, mit Israel Frieden zu schließen, abgelehnt.

Politische Einschüchterungsversuche und militärische Drohungen gegen die fortschrittlichen arabischen Staaten – das ist also der wahre Inhalt von Sadats „Friedenspolitik".

Palästinensische Kapitulanten

Offensichtlich gibt es auch innerhalb der PLO unter der Führung von Arafat Kräfte, die sich an der Kapitulationspolitik des Sadat-Regimes beteiligen wollen. Arafat veröffentlichte in der syrischen Hauptstadt Damaskus (also mit stillschweigender syrischer Unterstützung) eine Erklärung, in der er Israel Garantien anbietet. Die PLO werde auf weitere Gebietsansprüche verzichten, wenn



Ein palästinensisches Mädchen: Ölzweig und Gewehr

auf dem Westjordanland und Gaza ein palästinensischer Staat gegründet würde. Man könne dann gegenüber Israel den Kriegszustand beenden. Zur Sicherheit könnten in dem zu schaffenden Staat UNO-Truppen stationiert werden.

Diese Erklärung wurde von der saudi-arabischen Presse ausdrücklich als eine „Wandlung im palästinensischen Denken" begrüßt und zu einem Angriff auf die fortschrittlichen arabischen Staaten benutzt: „*Zu einer Zeit, da die Ablehnungsstaaten, die von einer direkten Konfrontation mit Israel entfernt liegen, versagt haben, irgendwelche praktische Lösungen vorzulegen ....Wir sind der Meinung, daß nach dieser palästinensischen Zustimmung jetzt die Vereinigten Staaten in den Verhandlungen mit den Israelis eine größere Rolle spielen müssen, um den israelischen Verhandlungspartner dazu zu bringen, eine palästinensische Beteiligung an diesen Gesprächen zu akzeptieren – besonders da Arafat jede mögliche Garantie gegen einen Angriff durch den palästinensischen Staat gegeben hat. Nach der Erklärung, die Arafat in Bezug auf die Phasen der Schaffung eines palästinensischen Staates gemacht hat und in Bezug auf dessen politische Bestrebungen, ist der Vorwand nicht mehr triftig, daß die Gründung eines palästinensischen Staates eine Gefahr für Israels Existenz wäre*" („Okas", Dschidda, 14. 1.78, nach „Monitor-Dienst", 20.1. 78).

Arafat wiederholte seine Erklärung in einem Brief, den er Ende Januar an US-Präsident Carter richtete. „*In der Botschaft an Carter drückte Arafat seine ‚Bitterkeit' über die Bemerkung des Präsidenten aus, die PLO habe sich mit ihrer negativen Einstellung selbst aus den Friedensverhandlungen ausgeschaltet: ‚Ich hoffe ernsthaft, daß Sie mich nicht weiter in die Ecke treiben, sonst habe ich nur noch meine Kufijah (Palästinenserkopftuch) zu verlieren.'* " („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 28./29.1.78). Arafat bekräftigte, daß er eine gemäßigte Politik im Nahen Osten anstrebe („SZ", 27.1.78).

Konferenz von Algier; Ablehnung der Kapitulation

Nach ihrer ersten Konferenz in Tripolis Anfang Dezember 1977 (vgl. AK 119, S. 3) hatten sich vor 14 Tagen in Algier die Führer der fortschrittlichen arabischen Staaten Algerien, Libyen, Syrien, VDR Jemen und der palästinensischen Befreiungsorganisationen erneut versammelt. Die Initiative zu dieser Konferenz war vor allem vom algerischen Präsidenten Boumedienne ausgegangen.

Auf einer Reise durch 10 arabische Staaten und nach Moskau verfolgte Boumedienne das Ziel, nicht nur die gemeinsame Front gegen die Kapitulationspolitik in der Palästinafrage zu betonen, sondern sich auch Rückendeckung in seiner Unterstützung der saharauischen Revolution zu holen. Der algerische Außenminister Bouteflika erklärte, es beständen enge Beziehungen zwischen dem imperialistischen Komplott gegen die Palästinenser und den Angriffen auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Gebiet der Sahara („Le Monde", „LM", 2.2.78). Die Konferenz verabschiedete eine entsprechende Entschließung. Dies bedeutet einen wichtigen Schritt zur arabischen Solidarität gegen die reaktionären arabischen Regimes und gegen ausländische Interventionen im arabischen und afrikanischen Raum („LM", 7.2.78). Zwischen der Polisario und der PLO wurden engere Beziehungen hergestellt.

Irak nahm an der Konferenz nicht teil, um gegen die zu lasche Haltung insbesondere Syriens zu demonstrieren. Im Hintergrund steht allerdings auch der irakische Alleinvertretungsanspruch gegenüber der syrischen Baath-Partei, sowie die Furcht, sich allzusehr mit den irakischen Nachbarn Iran und Saudi-Arabien anzulegen.

Für die palästinensischen Organisationen waren u.a. Arafat, der berüchtigte Saika-Führer Mohsen und der rechte PLO-Führer Abu Maizar in Algier anwesend. Die Führer der Organisationen der palästinensischen Ablehnungsfront hatten zuvor über die Erklärung Arafats und seinen Brief an Carter diskutiert. Um gegen die zu gemäßigte Zusammensetzung der Delegation der PLO zu demonstrieren, trafen sie erst mit Verspätung in Algier ein.

In der Eröffnungsrede der Konferenz sagte Boumdienne unter anderem, es sei das Ziel, die imperialistische Offensive gegen die arabische Welt zurückzuschlagen. „*Dieses Treffen richtet sich nicht gegen das ägyptische Volk oder gegen die ägyptische Brudernation. Aber wir erklären unzweideutig, daß die Politik der ägyptischen Regierung ... die Grundsätze der arabischen Einheit verletzt.*" Er erwähnte insbesondere die Beschlüsse der arabischen Gipfelkonferenz von Khartum, die nach dem israelischen Überfall von 1967 stattfand, und wo die arabischen Führer ihr „*historisches dreimaliges Nein formuliert haben: Nein zum ‚Frieden', Nein zu Verhandlungen und Nein zur Anerkennung Israels*" („International Herald Tribune", 3. 2.78).

Im Schlußdokument der Konferenz wird die „*imperialistische Offensive gegen den Nahen Osten*" enthüllt, „*die die arabische Welt von den ‚blockfreien Ländern, von der UdSSR und von den sozialistischen Ländern isolieren und sie ins westliche Lager schieben soll.*" Die Politik Sadats wird verurteilt, weil sie „*die Expansionspolitik Israels unterstützt, die Araber spaltet und die internationale Solidarität mit der Sache des palästinensischen Volkes schwächt.*" Sadat wird jedes Recht abgesprochen, im Namen Syriens oder des palästinensischen Volkes aufzutreten („LM", 7.2.78).

Nahost-Kommission

Kämpfe im Libanon

15 Monate nach Ende des Bürgerkriegs kam es im Libanon erneut zu heftigen Kämpfen, diesmal zwischen libanesischen Faschisten und syrischen Besatzertruppen. Gleichzeitig verschärften sich im Südlibanon die Angriffe der libanesischen Faschisten und der Zionisten auf die von den linken Libanesen und den Palästinensern gehaltenen Dörfer und Stellungen. Inzwischen wurde bekannt, daß die Zionisten einen großen Teil des Südlibanon aufgekauft haben.

Kämpfe in Beirut

Am 7.2. kam es in der libanesischen Hauptstadt Beirut zu schweren Kämpfen zwischen den libanesischen Faschisten und den syrischen Besatzertruppen. Der Anlaß der sich rasch ausbreitenden Kämpfe war relativ geringfügig. Einheiten der syrischen Besatztruppen, die an einer Straße vor der Fahadiye-Kaserne (Fahadiye ist ein von den Faschisten kontrollierter Stadtteil in Beirut) einen Kontrollposten einrichten wollten, wurden aus der Kaserne heraus beschossen. Angeblich befanden sich in der Kaserne „christliche" Einheiten der im Aufbau befindlichen libanesischen regulären Streitkräfte. Tatsächlich handelt es sich hierbei um faschistische Milizen, die für die libanesische Regierungsarmee in geschlossenen Einheiten rekrutiert werden (sogar offiziell wird zugegeben, daß „christliche" und „moslemische" Einheiten wegen zu großer Widersprüche getrennt rekrutiert werden mußten, und daß die bisher 4.000 Mann starke Armee „*fast ausschließlich aus Christen*" besteht („Frankfurter Rundschau", 11.2.78). Befehlshaber der „christlichen" Truppen sind Offiziere, die sich während des Bürgerkrieges offen auf die Seite der Faschisten geschlagen haben, wie z.B. der Befehlshaber der Fahadiye-Kaserne, Oberst Mubarak („Neue Zürcher Zeitung", 11.2.78).

Im Anschluß an den Angriff auf die syrischen Besatzertruppen kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen, die sich schnell ausweiteten, und in die sofort weitere christliche Milizen eingriffen, vor allem die sogenannten „Tiger" des Faschistenführers und ehemaligen Präsidenten Chamoun. Chamoun scheint bei den Angriffen auf die syrischen Besatzertruppen eine gewisse Vorreiterrolle zu spielen.

Noch am gleichen Tag wurden in der Gegend um die Fahadiye-Kaserne schwere Waffen eingesetzt, wie Panzer, Artillerie und Raketen. Schon einen Tag später gab es in weiteren Stadtteilen Beiruts ebenfalls Kämpfe, so z.B. in den von den Faschisten kontrollierten Stadtteilen Ain Roummanah, Farn ab Schubbak und Aschrafieh. In Aschrafieh befindet sich das Hauptquartier der „Liberalen Partei" Chamouns.

Insgesamt forderten die vier Tage dauernden schweren Kämpfe 150 Tote und 250 Verletzte. Die größten Verluste mußten die syrischen Truppen hinnehmen, die z.T. von Häusern und verbarrikadierten Straßenzügen aus beschossen wurden („NZZ", 11. 2.78).

Die Widersprüche zwischen den libanesischen Faschisten und den syrischen Besatzertruppen haben sich seit dem Bürgerkrieg ständig verschärft. Während des Bürgerkriegs verhinderten die syrischen Interventionstruppen den Sieg der Linken und stärkten die schon geschlagenen Faschisten. Inzwischen haben sich die Syrer im Libanon sozusagen auf Dauer eingerichtet. Fast alle entscheidenden Positionen im Libanon sind mit Syrern besetzt, Polizei, Post, Zoll und Zensur werden von den syrischen Besatzertruppen kontrolliert („FR", 11.2.78). Dies liegt keineswegs im Interesse der Faschisten.

Hinzu kommt, daß der syrische Präsident Assad sich nach dem Sadat-Besuch in Israel zunächst in die Anti-Sadat-Front eingereiht hat, wenn auch mit der Einschränkung, daß er keineswegs gegen Friedensverhandlungen sei, den Alleingang Sadats und die damit verbundene Spaltung des arabischen Lagers jedoch verurteile. In diesem Zusammenhang wurde den Palästinensern im Libanon ein gewisser Spielraum gelassen, so drang Syrien – um ein Druckmittel in der Hand zu haben – z.B. nicht mehr auf die Durchsetzung des Abkommens von Schtoura, das den vollständigen Rückzug der palästinensischen Kämpfer aus dem Südlibanon vorsah.

Die Faschisten scheinen die bewaffneten Auseinandersetzungen mit den sehr viel stärkeren syrischen Besatzertruppen derzeit nicht auf die Spitze treiben zu wollen und zu können. So reiste z.B. schon am dritten Tag nach Beginn der Kämpfe eine Delegation der „Nationalen Front" (Zusammenschluß der libanesischen Faschisten und Rechtskräfte) unter Führung des Faschistenführers Frangieh nach Damaskus zu Gesprächen mit der syrischen Regierung.

In diesem Gespräch forderte Assad die Auflösung der regulären libanesischen Armee (bisher hatte auch Assad den Aufbau einer „neutralen" Armee befürwortet). Assad begründete seine Forderung damit, daß die libanesische Armee in „*ihrer derzeitigen Zusammensetzung eine parteiliche und gespaltene Armee*" sei, sie sei „*keine nationale Armee*" und müsse deshalb aufgelöst werden. Solange es keine nationale libanesische Armee gebe, bildeten die syrischen Truppen die nationale Armee Libanons („International Herald Tribune", 11./12.2. und „NZZ", 12./13.2.78). Assad fürchtet mit Recht, eine aus faschistischen Milizen aufgebaute Armee nicht kontrollieren zu können.

Ergebnis der Verhandlungen zwischen Syrern, Faschisten und der libanesischen Regierung war zunächst ein am Wochenende nach den Kämpfen ausgehandelter Waffenstillstand, der jedoch immer wieder von einzelnen faschistischen Milizen unterbrochen wird. Außerdem billigte das libanesische Parlament die Einrichtung eines syrisch-libanesischen Sondergerichtes, das die Urheber der Kämpfe aburteilen soll. Das Gericht hat einen libanesischen Vorsitzenden, wird aber mehrheitlich von Syrern besetzt („NZZ", 16.2.78 und „Le Monde", 16.2.78).

Die Einrichtung eines solchen „Gerichts" scheint nichts weiter als eine Farce zu sein. In Wirklichkeit scheinen die syrische Regierung und die libanesischen Faschisten den Konflikt vorerst auf Kosten der Palästinenser und linken Kräfte im Libanon beigelegt zu haben. So ist einmal die Rede davon, daß die „*libanesische Beteiligung an der syrischen Friedensmission verstärkt*" werden soll („FR", 13.2.78), d.h. daß die Faschisten demnächst an der Kontrolle der linken libanesischen Kräfte und der Palästinenser direkt beteiligt werden sollen. Außerdem sind im Anschluß an die Kämpfe, an denen sich nachweislich nicht die linken Kräfte und die Palästinenser beteiligt haben, die syrischen Militärpatrouillen in dem von den fortschrittlichen Kräften kontrollierten West-Beirut verstärkt worden, während die syrischen Truppen im Ostteil der Stadt (von den Faschisten kontrolliert) angewiesen wurden, sich zurückhaltend zu verhalten („Le Monde", 16.2. 78).

Südlibanon

Spätestens seit Mitte Januar finden auch im Südlibanon wieder verstärkt Kämpfe statt.

Zuletzt wurde die von den Palästinensern und den linken libanesischen Kräften gehaltene Stadt Nabatijeh und vier Nachbarorte von israelischer Seite wieder mit Artilleriefeuer beschossen („NZZ", 15.2., „Süddeutsche Zeitung", 14.2.).

Die ständigen Angriffe der Zionisten haben das Ziel, einen möglichst großen Teil der im Südlibanon ansässigen Bevölkerung zu vertreiben und das Land letztendlich zu annektieren. Einen blutigen Höhepunkt hatten die zionistischen Überfälle Ende Oktober/Anfang November 1977, als die Zionisten zur Küste hin gelegene Städte und Dörfer bombardierten. Allein am 9.11. gab es über 100 Todesopfer und noch mehr Verletzte. Ein großer Teil des Südlibanon ist nur noch dünn besiedelt, die meisten Bewohner sind durch die jahrezehntelangen Terrorangriffe der Zionisten in die Flucht getrieben worden. Inzwischen wurde bekannt, daß die Zionisten einen großen Teil des Landes aufgekauft haben, das einst den von ihnen in die Flucht getriebenen Bewohnern des Südlibanon gehörte. Vertreibung, Landkauf oder -raub waren schon immer die Methoden der Zionisten, für ihre Annexionspläne vollendete Tatsachen zu schaffen.

„*Gutinformierte politische Kreise des Libanon haben enthüllt, daß etwa 32% des Landes im Süd-Libanon auf indirektem Wege an Israel verkauft worden seien. Dies sei über Einzelpersonen und Firmen erfolgt, die späteren Informationen zufolge mit einer internationalen Unternehmung in Verbindung stehen, die mit israelischem Kapital für zionistische Zielsetzungen arbeite. ... Die Informanten wiesen darauf hin, daß die Schwierigkeiten der Lebensbedingungen im Süd-Libanon während der vergangenen drei Jahre Bedingungen hervorgerufen haben, die zum Verkauf von Land durch die Einwohner des Gebietes geführt hätten ... Es sei jedoch sicher, daß die, die ihr Land verkauft hätten, nicht wußten, daß sie das Land an Israel verkauften*" („As-Sijassah", arab./Kuwait, 12.1.78 nach „Monitor-Dienst", 24. 1.78).

Nahost-Kommission

Tunesien Ausnahmezustand nach blutiger Niederschlagung des Generalstreiks

Am 26.1.78 fand der erste Generalstreik in Tunesien seit der Unabhängigkeit vor 22 Jahren statt. Mit äußerster Brutalität waren Polizei und Regierungstruppen gegen die streikenden und demonstrierenden Arbeiter und Jugendlichen vorgegangen. Die – verbotene – „Bewegung der Volkseinheit" (MUP) und die revisionistische KP Tunesiens haben bekanntgegeben, daß bei den sich am Streiktag auf Grund der Provokationen der Regierungstruppen explosionsartig ausgebreiteten Unruhen rund 400 Menschen getötet und 1.000 verletzt worden waren. Die blutige Bilanz e i n e s Streiktages!! Hinzu kommen mehr als 2.000 Menschen, die verhaftet worden und z.T. schon in manipulierten Prozessen verurteilt worden sind. Der Großteil der Todesopfer, Verletzten und Verhafteten sind Arbeiter und jugendliche Arbeitslose (die Arbeitslosenquote beträgt in Tunesien 20% – die Unterbeschäftigten nicht mitgerechnet – über die Hälfte sind Jugendliche, die noch nie Arbeit hatten). Der noch am Streiktag ausgerufene Ausnahmezustand wird weiter aufrechterhalten. Die bisher immer regierungstreue Führung der Einheits„gewerkschaft" UGTT, die sich seit etwa einem Jahr auf Druck der Basis in zunehmenden Widerspruch zu dem immer härteren Regierungskurs begeben mußte, wird vollständig gesäubert.

Der nach der blutigen Niederschlagung des Generalstreiks am 26.1. in der tunesischen Hauptstadt Tunis ausgerufene Ausnahmezustand und das nächtliche Ausgehverbot wurden bisher aufrechterhalten. Das Ausgehverbot gilt von 20 bis 4 Uhr. Einige Personen, die in dieser Zeit angetroffen wurden, wurden verhaftet und in



Straßenkämpfe in Tunis

Sammelverfahren zu sechs Monaten Haft verurteilt („International Herald Tribune", 5.2.78)! In den ersten Tagen nach dem Streik fanden strenge Straßenkontrollen statt, im Hafen von Tunis wurden die abfahrenden Schiffe systematisch nach Waffen durchsucht. Jede Versammlung von mehr als drei Personen in der Öffentlichkeit ist verboten.

In der zweiten Februarwoche wurden die Polizeikräfte in den Straßen verstärkt, besonders um die Universität herum, weil die Universitäten und Schulen nach den Ferien den Betrieb wieder aufnahmen. Die Studenten hatten zu einem Solidaritätsstreik mit den Demonstranten vom 26. Januar aufgerufen, der in mehreren Fakultäten befolgt wurde. Der Erziehungsminister Mzali hetzte, die Streikenden seien eine Minderheit, die der Mehrheit gewaltsam diesen Streik aufgezwungen hätte. Er drohte, daß streikende Studenten mit der Streichung ihrer Stipendien und ihrem Ausschluß aus den Studentenhäusern zu rechnen hätten.

In einer Woche 150 Verurteilungen

Eine Woche nach dem Generalstreik waren schon 150 Demonstranten verurteilt worden; die Strafen betrugen in der Mehrzahl ein bis zwei Jahre, „begründet" mit zumeist unbewiesenen Anklagen auf Zusammenrottung, Diffamierung von Regierungsmitgliedern, Anschlag auf den Besitz Anderer sowie unerlaubtem Waffenbesitz. In Kasserine wurden mehrere Personen wegen Gewaltanwendung „gegen unbeteiligte Bürger und öffentliche Gebäude" zu einem bis fünf Jahren Haft verurteilt; in Kairouan erhielten neun Angeklagte sogar Strafen bis zu sieben Jahren Gefängnis. Man kann davon ausgehen, daß in der Regel die Urteile vorher feststanden.

Säuberung der Gewerkschaft

Nach der Verhaftung von zwölf der 14 Vorstandsmitglieder der Gewerkschaft UGTT erklärte der Premierminister Nouira in der Parlamentssitzung vom 31. Januar, eine „Neuordnung" der Gewerkschaft sei nötig geworden. Die künftigen Gewerkschaftsführer sollten „frei gewählt" werden und nicht mehr – wie bisher – von der Staatspartei ernannt werden. Der Mitverantwortliche für den brutalen Einsatz von Polizei und Armee hat sicher nicht im Sinn, die Gewerkschaft zu demokratisieren. Sogar die bürgerliche „Neue Zürcher Zeitung" schreibt: „... *doch ist zu erwarten, daß künftige Wahlen dermaßen gelenkt werden, daß die Zentrale* (UGTT-Führung – Anm. AK) *in Zukunft wieder ein gefügiges Instrument in den Händen der Staatspartei wird*" („NZZ", 4.2.78).

Vorläufig wurde das Exekutivbüro der UGTT mit regierungshörigen Gewerkschaftsmitgliedern besetzt, die bis zum außerordentlichen Gewerkschaftskongreß am 25. Februar im Amt bleiben; dieser Gewerkschaftskongreß war schon vor dem Generalstreik von rechten Gewerkschaftern gefordert worden, um die alte Gewerkschaftsführung abzusetzen. Neuer Generalsekretär der UGTT wurde Tijani Abid, der schon Mitglied im alten Exekutivbüro war und mit einer Distanzierung von den anderen Gewerkschaftsführern und den Vorgängen am 26. Januar zurückgetreten war und damit seine Regimetreue deutlich gemacht hatte. Das Gewerkschaftsbüro wurde wieder geöffnet, nachdem die jetzige Gewerkschaftsspitze dem Staatschef Bourguiba versichert hatte, „*die ernsthafte und echte Gewerkschaftsarbeit fortzusetzen im Rahmen der nationalen Einheit, die geeignet ist, die Nation vor den zerstörerischen Strömungen und gefährlichen Abenteuern zu sichern*" („Le Monde", 7.2.78).

Als Berechtigung für diesen Kurs werden Briefstöße von Gewerkschaftsmitgliedern angeführt, die das „Abweichlertum" der alten Gewerkschaftsführung verurteilen. Dazu schreibt die „NZZ", „*daß Leute mit vorbereiteten Texten vor den Fabriktoren stünden und die Arbeiter mit allem Nachdruck dazu aufforderten, sie zu unterschreiben, wenn sie nicht ihre Stelle verlieren wollten*" („NZZ", 4.2.78)! Der neue Gewerkschaftsführer Abid deutete schon an, daß die UGTT den Internationalen Freien Gewerkschaftsbund verlassen könnte, wenn der Gewerkschaftskongreß feststellen würde, daß internationale Gewerkschaftsbünde „schlechte Absichten" hätten, die den Prinzipien der UGTT widersprechen würden („LM", 10.2.78). Der IFGB hatte in einem Kommunique gegen „*die brutalen Maßnahmen*" protestiert, „*die die tunesische Regierung ergriffen hat, um den Generalstreik zu unterdrücken*". Er hatte die Freilassung aller Verhafteten gefordert („LM", 29./30.1.78).

Proteste der Opposition

Der Führer der neuen „Sozialen Demokratischen Partei", Ahmed Mestiri, kritisierte – wenn auch sehr lau – in einer Pressekonferenz in Tunis das Vorgehen der Regierung gegen die Gewerkschaftsführung der UGTT. Schon vor dem 26. Januar sei eine Haßkampagne gegen die Gewerkschaft geführt worden. Die Regierung müsse berücksichtigen, daß ein großer Teil der Demonstranten Jugendliche seien, die in ihrer Mehrheit arbeitslos seien und kaum Aussicht hätten, je Arbeit zu finden („NZZ", 1.2.78). „*Er wolle die Schlägereien und Vandalenakte keineswegs entschuldigen*" und er fordere die Freilassung der Gewerkschaftsführer, „*soweit (!) ihnen keine konkreten Vergehen vorgeworfen werden könnten*" („NZZ", 1.2.78). Diese „Distanzierung" von Streikenden, die sich gegen das brutale und provokatorische Vorgehen der Regierungstruppen zur Wehr setzten, ist gerade angesichts der über 400 Todesopfer reichlich zynisch.

Die oppositionelle MUP und die KP führten am 3. Februar eine Solidaritätsveranstaltung in Paris mit über 1.500 Leuten, zumeist in Frankreich arbeitenden Tunesiern, durch. Es wurde die Bildung eines „Tunesischen Kollektivs des 26. Januar" angekündigt, dem „*tunesische Militante im Ausland, die verschiedenen Strömungen der demokratischen, revolutionären und fortschrittlichen Opposition*" angehören sollen, und das Russell-Tribunal aufgefordert, sich mit den Ereignissen vom 26. Januar zu befassen. Weiter wurde ein Aufruf von Ahmed Ben Salah (MUP) vorgetragen, der zur Einheit aller tunesischen Demokraten aufrief, „*um den Widerstand in allen möglichen Formen zu organisieren, gegen Regierende, die jede Legitimität verloren haben*". Alle Redner forderten die Aufhebung des Ausnahmezustandes, die Herstellung der Autonomie der UGTT, die Freilassung aller inhaftierten Gewerkschafter und Amnestie für alle politischen Gefangenen (nach „LM", 5./6.2.78).

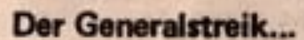
Nahost-Kommission



Die Arbeiter vor dem Gewerkschaftshaus fordern den Generalstreik







Der Generalstreik...

Marokko: Politische Gefangene nehmen den Hungerstreik wieder auf

Die über 130 „Frontisten", die im November und Dezember 1977 einen sechswöchigen Hungerstreik zur Verbesserung ihrer Haftbedingungen in den Gefängnissen von Casablanca, Kenitra und Rabat durchgeführt hatten (vgl. AK 120 und 122), traten am 2. Februar erneut in einen Hungerstreik. Von der Gefängnisbürokratie und vom Justizministerium waren nicht die geringsten Anstalten gemacht worden, auch nur in irgendeiner Weise auf die Forderungen der Gefangenen einzugehen. Im Gegenteil. Oppositionelle Zeitungen, die zumindest nach dem Tod von Saida Menebhi vorsichtige Kritik an den Zuständen in den Gefängnissen angemeldet hatten, und „amnesty international", die sich ebenfalls für die politischen Gefangenen in Marokko eingesetzt hatte, wurden scharf angegriffen und beschuldigt, Lügen über die Todesumstände von Saida Menebhi und über den Hungerstreik verbreitet zu haben.

Die Haftbedingungen der Gefangenen scheinen sogar noch verschärft worden zu sein, was daran deutlich wird, daß zunächst einmal alle Gefangenen ohne Wissen ihrer Angehörigen verlegt worden sind.

Die „Kampfkomitees gegen die Repression in Marokko" erklärten dazu in einem Kommunique: „*So versuchen die Herrschenden, den langen Widerstand der Gefangenen zu brechen, den Familien und Anwälten jede Möglichkeit zu nehmen, sie zu verteidigen, und versuchen damit gleichzeitig, der internationalen Öffentlichkeit die realen Verhältnisse in den marokkanischen Gefängnissen zu verschleiern*" („Le Monde", 9.2.78).

Während den „Frontisten" aus dem Prozeß von Casablanca im Februar 1977 keinerlei Zugeständnisse gemacht wurden, haben die politischen Gefangenen in Meknes tatsächlich einen Erfolg erzielt. 83 Gefangene brachen Anfang Februar ihren Hungerstreik ab, den sie am 16. Januar begonnen hatten, nachdem sie Erleichterungen in der Besuchsregelung für die Angehörigen erreicht hatten („Le Monde", 5./6.2.78)!

***

Am 11.2. protestierten in Brüssel auf einer Kundgebung über 1.000 Menschen gegen die in Marokko praktizierte offene und geheime Repression – wie Entführungen, geheime Verhaftungen, Folter und summarische Erschießungen („Frankfurter Rundschau", 13.2.78).

Nahost-Kommission

Aufgewärmte Lügen über Folter in der VDR Jemen

Unter der Überschrift „*Südjemen fällt unter die Knute einer neuen Gestapo*" veröffentlichte die britische Zeitung „Sunday Telegraph" am 5. Febr. einen Artikel, dessen wichtigste Aussagen von allem bürgerlichen Nachrichtenmedien einschließlich Rundfunk begierig aufgenommen und weiterverbreitet wurden. Der Bericht verbindet in geschickter antikommunistischer Manier Hetze gegen die DDR, die Sowjetunion und Kuba mit der Verunglimpfung eines jungen fortschrittlichen Staates, dessen Volk sich erst vor zehn Jahren nach langjährigen Kämpfen von der brutalen britischen Kolonialherrschaft befreien konnte. Die Anschuldigungen sind im Kern nicht neu, aber um einige Details angereichert und „aktualisiert" worden.

Die infamste Lüge wohl ist die Behauptung, daß die DDR in der Volksdemokratischen Republik Jemen eine Kette (!) von Konzentrationslagern eingerichtet habe und daß eine 2.000 Mann starke „DDR-Geheimpolizei" nach dem Vorbild der deutschen Nazis (!) das Leben der Bevölkerung kontrolliere, überwache und bedrohe. Die jemenitischen Behörden ständen diesen Kräften machtlos gegenüber, denn die reguläre Armee sei unter totaler Kontrolle der Sowjets, die paramilitärische Miliz unter der Kontrolle von 4.000 Kubanern (vielleicht wäre es lohnend, einmal zusammenzuzählen, wieviele Kubaner die bürgerliche Presse schon nach Afrika und Asien gelogen hat; Kuba müßte demnach bald menschenleer sein).

Da wir allen verläßlichen Informationsquellen nach davon ausgehen dürfen (und müssen), daß die Regierung der VDR Jemen sich um den Aufbau eines fortschrittlichen, und damit menschlichen Staates bemüht, bedürfte die Behauptung von den Konzentrations-Lagern, d.h. Massenvernichtungslagern, und die Anwendung von Folter und Unterdrückung schon handfester Beweise. In dem zitierten „Sunday-Telegraph"-Artikel findet sich nicht ein einziger. Stattdessen beruft sich der Journalist pauschal auf das Internationale Rote Kreuz und auf Amnesty International, denen „*Details bekannt*" seien. Nun belegt aber ein in der ai-Länderreihe erschienener Bericht „Demokratische Volksrepublik Jemen" (deutsch, Jan. 1977), daß auch Amnesty nur G e r ü c h t e und u n b e s t ä t i g t e Berichte einzelner über angebliche Menschenrechtsverletzungen und die Anwesenheit von DDR-Funktionären bei Verhören kennt. Schon die erste Veröffentlichung des ai-Berichtes (englisch, 1976) wurde von der bürgerlichen Presse (z.B. „Neue Zürcher Zeitung", 23.5.76) zum Anlaß genommen, die ausdrücklich als V e r m u t u n g e n gekennzeichneten Angaben den Lesern als harte Fakten zu präsentieren. Uns ist nicht bekannt, daß Amnesty inzwischen neues, handfestes Beweismaterial hätte.

Nahost-Kommission



afrika

DERG-Regime in der Offensive

Mit täglichen Luftangriffen auf das befreite Eritrea und mit dem Einsatz von 4 Divisionen an der Ogaden-Front, unterstützt vor allem von der Sowjetunion, Kuba und auch Israel hat das äthiopische DERG-Regime eine großangelegte Offensive gestartet, um das Ruder noch einmal zu seinen Gunsten herumzureißen. Bereits vor einigen Wochen mußten die somalischen Kräfte vor den Luftangriffen der Äthiopier das Stadtgebiet der Festung Harrar räumen, sie verschanzten sich in nahegelegenen Bergschluchten. Die Äthiopier rücken nun vor in einer Zangenbewegung um diese Stellungen herum, einerseits Richtung Süden und andererseits entlang der Bahnlinie nach Djibouti. Sie stoßen dabei auf unerwartet wenig Widerstand! Dies wird von somalischer Seite so erklärt, daß die Taktik der konventionellen Kriegsführung von ihr vorläufig aufgegeben werde, um große Verluste zu vermeiden, und stattdessen eine starke somalische Guerrilla dort aufgebaut werde. (LM 14., 15.2.). In Somalia wurde Genralmobilmachung und der Notstand ausgerufen.

Unermüdlich werden dabei als propagandistische Begleitmanöver immer gigantischere Zahlen über das Eingreifen der Sowjets, Kubanern und sonstigen Angehörigen der Warschauer-Paktstaaten vorgebracht.

So wurden aus „informierten Kreisen" in Addis Abeba und Washington 1.500 Sowjets und 3.000 Kubaner in Äthiopien gemeldet, der somalische UNO-Botschafter verstieg sich gar zu 5-10.000 Kubanern und 1.500 - 2.000 Sowjets, die CIA-informierte „New York Times" schließlich wettete niedriger „*unter Berufung auf westliche Geheimdienstquellen*" 500 Sowjets und 1500 Kubaner (SZ 1.2., NZZ 31.1.). Der Generalsekretär der Westsomalischen Befreiungsfront verkündete jetzt wieder, es seien 10.000 kubanische Soldaten und 2.500 „*ostdeutsche*" Techniker und Zivilisten. (NHP 17.2.) Man sieht, es kommt auf ein paar mehr oder weniger nicht an!

Diese maßlos übertriebenen Propagandabehauptungen dienen der ideologischen Absicherung der großangelegten Offensive des Imperialismus am Roten Meer: Die imperialistische Strategie der Beherrschung des Roten Meeres, dessen politische und strategische Bedeutung als Vorfeld des Nahen Ostens nach der Wiedereröffnung des Suezkanals noch gestiegen ist, hat

Strategie der Beherrschung des Roten Meeres, dessen politische und strategische Bedeutung als Vorfeld des Nahen Ostens nach der Wiedereröffnung des Suezkanals noch gestiegen ist, hat

mit der Rechtswendung von Somalia einen wichtigen Erfolg errungen. Diesen Erfolg sucht der Imperialismus durch eine verstärkte Integration Somalias und der WSLF in die arabische Reaktion abzusichern. Der „Fall" von Somalia hat zugleich die Chancen für Imperialismus und arabische Reaktion erhöht, ein unabhängiges Eritrea zu infiltrieren und politisch zu beeinflussen (oder gegebenenfalls auch eine direkte Aggression zu starten). Gegenwärtig jedenfalls nähern sich die arabisch-reaktionären Staaten der eritreischen Sache mit einer gewissen scheinheiligen „Freundlichkeit" (Sudan, Iran, Libanon).

Insgesamt zielt die Rotmeer-Strategie des Imperialismus darauf ab, alle revolutionären Ansätze in Eritrea zu zerschlagen, Äthiopien mit dem Verlust des Ogaden zu schwächen und diese Gebiete in seinen Machtbereich einzubringen. Ein Rumpfäthiopien ohne direkten Zugang zum Roten Meer, eingekreist von imperialistischen Satelliten, kann machtpolitisch nur noch ein Bruchteil der Bedeutung wie in der Vergangenheit haben. In Äthiopien selbst hat der Imperialismus auch noch ganz massiv „den Fuß in der Tür" durch die seit den Zeiten Haile Selassies ununterbrochene militärische Präsenz Israels. Die Zionisten haben zum Beispiel die Spezialtruppe des DERG gegen innere Opposition, „Nebelbal", ausgebildet sowie auch spezielle Anti-Guerrilla-Einheiten. Und erst vor wenigen Tagen wurde vom israelischen Außenminister Dayan sowie vom äthiopischen Außenminister bestätigt, daß Israel nach wie vor Waffen nach Äthiopien liefert (LM 10., 15.2.). Und was sonst als eine Verständigungsbereitschaft mit dem Imperialismus kann die kürzlich vom äthiopischen Außenminister abgegebene Stellungnahme bedeuten: „*Die einseitige Entscheidung der USA, über Äthiopien ein Waffenembargo im Augenblick einer „Invasion ausländischer Truppen" zu verhängen, habe Addis Abeba gezwungen, Militärhilfe bei anderen Ländern zu suchen*" (SZ 15.2.). (Georgis bezieht sich hier auf den Rückzug der US-Unterstützung für Äthiopien im Frühjahr '77).

Der US-Imperialismus selbst kann es sich jedoch gegenwärtig leisten, eine Art Abwarteposition einzunehmen, denn die Zukunft der Sowjetunion in Äthiopien ist recht unsicher: Die innenpolitische Lage in Äthiopien ist gegenwärtig instabil, die Massenbewegungen kaum befriedbar: „*Das Land ist in politische und ethische Gruppierungen zerrissen, der Machtkampf scheint keineswegs beendet zu sein, der künftige Kurs steht nicht fest. Jede ausländische Hilfsmacht kann hier noch in langwie-*

sche Gruppierungen zerrissen, der Machtkampf scheint keineswegs beendet zu sein, der künftige Kurs steht nicht fest. Jede ausländische Hilfsmacht kann hier noch in langwie-

rige innere Kämpfe verwickelt werden, ohne des Dankes der künftigen Herren gewiß zu sein", so schätzt der Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung" nicht unzutreffend die Situation ein (21.1.).

Der entscheidende Punkt ist jedoch die relative Stärke der arabischen Reaktion sowie die Aktivitäten der europäischen Imperialisten, die es dem US-Imperialismus erlauben, eher im Hintergrund zu bleiben und seine Vasallen vorzuschicken.



Soldaten des DERG-Regimes mit sowjetischen Waffen

Über die schlecht getarnten Waffenlieferungen und die Kredite der BRD-Imperialisten in Somalia haben wir bereits berichtet (AK 122). An verschiedenen Stellen in Europa sollen Söldner für Somalia angeworben worden sein. Sicher ist die Anwerbertätigkeit eines gewissen Manfred du Mont in Hamburg (siehe dazu nebenstehenden Artikel).

In der EG liefen Beratungen über „Wirtschaftshilfe" für Somalia an sowie die Entsendung von Wirtschaftsberatern („NZZ", 21.1.).

Am selben Wochenende, wo hier der Waffenkreditskandal bekannt wurde, berieten Vertreter der BRD, Englands, Frankreichs, Italiens und

beratern („NZZ", 21.1.).

Am selben Wochenende, wo hier der Waffenkreditskandal bekannt wurde, berieten Vertreter der BRD, Englands, Frankreichs, Italiens und

der USA in Washington über die Frage des Eingreifens am „Horn". Anschließend wurden scheinheilige Erklärungen abgegeben, man stehe voll hinter den Bemühungen der OUA, zwischen den kämpfenden Parteien friedlich zu vermitteln. Ein weiteres Treffen dieser Runde fand am 31.1. statt (FAZ 23.1., SZ 26.1.). Zwischendurch liefen rege bilaterale Beratungen zum selben Thema. Die USA forderten den „*Abzug von Sowjets und Kubanern*", die „*Rückkehr auf die alten Grenzen*" durch OAU-Beschluß (NZZ 26.1.).

NATO-Generalsekretär Luns beschwor die „russische Gefahr" am Roten Meer und drohte indirekt mit Intervention: Er bedauerte, daß ein Teil der westlichen öffentlichen Meinung „*gegenüber dieser Art von Interventionen*" (gemeint sind SU und Kuba) „*weniger Beunruhigung empfindet als gegenüber ähnlichen Initiativen, die Länder des Atlantikpaktes ergreifen könnten*" (SZ 25.1.).

Der Iran wurde sehr aktiv mit prosomalischen und auch pro-eritreischen Stellungnahmen, Versprechungen und Waffenlieferungen (siehe auch AK 120) (SZ 16.1.). Der iranische Informationsminister drohte ganz offen mit Intervention (FR10.2.).

und Waffenlieferungen (siehe auch AK 120) (SZ 16.1.). Der iranische Informationsminister drohte ganz offen mit Intervention (FR10.2.).

Neben den US-Vasallen Iran und Saudi-Arabien, die bereits Waffen an Somalia liefern, werden auch Ägypten und Sudan eingeschaltet. Nach einer Reise durch arabische Länder berichteten US-Kongressabgeordnete, die beiden Regierungen hätten ihre Bereitschaft erklärt, Waffenhilfe zu leisten, einschließlich der Entsendung von Truppen! Sadat habe Somalia bereits Waffen im Wert von 30 Mio. Dollar geliefert, Sudan und Ägypten zusammen würden etwa 4-5.000 Mann schicken! (SZ 28.1.). Daß für solche direkte Truppenhilfe, sogar auch von Seiten der Imperialisten selbst, die Türen in Somalia derzeit offen stehen, belegt eine Stellungnahme des somalischen Botschafters in Teheran: Er beschwor die Bildung einer „Heiligen Allianz" - unter Einschluß der USA - gegen das Engagement von Staaten des Warschauer Paktes am „Horn". „*Da diese Länder Truppen in Äthiopien hätten, wäre seiner Meinung nach eine amerikanische Truppenpräsenz in Somalia denkbar*" (SZ 18.1.). (In diesem Zusammenhang sei kurz daran erinnert, daß die US-Imperialisten allein in Saudi-Arabien 30.000 „Berater" stationiert haben und eine ähnliche Menge im Iran! Siehe dazu AK 109, S. 51). Inzwischen wurden die ägyptischen Waffenlieferungen ganz of-

Saudi-Arabien 30.000 „Berater" stationiert haben und eine ähnliche Menge im Iran! Siehe dazu AK 109, S. 51). Inzwischen wurden die ägyptischen Waffenlieferungen ganz of-

fenkundig durch eine von Kenia zur Landung gezwungene ägyptische Boeing 707, vollgestopft mit Artilleriemunition und Bomben, die sich auf dem Weg nach Somalia befand (SZ 16.2.).

Afrika-Kommission

„Bild" wirbt Söldner

»*Warum ich als Söldner nach Mogadischu gehe*« - unter dieser Überschrift brachte »Bild« am 13.2. einen Artikel über den »Einzelkämpfer« (»Bild«) J. Heinze aus Hamburg. Der Name des Anwerbers wird groß mitgeliefert: »... *verdingte er sich bei dem Söldneranwerber Manfred du Mont*«, dabei vergißt »Bild« nicht zu erwähnen, daß »*du Mont noch weitere 500 Freiwillige aus Hamburg*« sucht.

Diese Söldnerwerbung ist »Bild« offenbar sehr wichtig: Dies ist schon der zweite Artikel, wie aus der Nebenbemerkung »Bild berichtete« hervorgeht.

2 Tage später wird dann dick unter »Thema des Tages« die ideologische Hintergrundhetze nachgeliefert: »*Somalia - oder die Lust der Roten am Krieg der Schwarzen*«. »*Zwei russische MIG 21 Düsenbomber rasten im Tiefflug [über Ogaden] hinweg. Sie warfen Napalmbomben. Viele Frauen und Kinder verbrannten*«. Auch hier wieder der Hinweis: »*Somalias Regierung in Mogadischu ... wirbt ausländische Söldner an [für 1000 DM die Woche]*«.

Nach dem Motto: Wenn schon keine Bundeswehr, dann wenigstens Söldner nach Mogadischu, versteht »Bild« ihre Werbekampagne offenbar als Gegenleistung an dem somalischen Staatschef Siad Barre (»*mit seiner Erlaubnis befreiten GSG9 -Männer im Oktober die entführte Lufthansa-Boeing*« (»Bild«, 15.2.78).

Offenbar verfügt »Bild« über besonders gute Kontakte zu Söldnerwerber du Mont: während »Welt« und »Morgenpost« sich für ihre Meldung auf eine Pressekonferenz du Monts am 13.2. beziehen (15.2.78), plaudert »Bild« an eben diesem 13. bereits zum zweiten Mal über das Thema. Und zwar über erste (gemeinsame?!) Erfolge.

»Bild« gute Beziehungen zu du Mont sind wohl nicht nur Zufall; passen doch dessen bisherige Aktivitäten genau in »Bild's« Hetzlinie:

- Im Januar 74 war du Mont Kontaktadresse auf Flugblättern einer »*Nationalbewegung Freies Deutschland*«, deren Ziel die organisierte Fluchthilfe aus der DDR, der bewaffnete Kampf gegen »SBZ-Organe« und der Abbau von Selbstschußanlagen an der DDR-Grenze war (Flugblatt 12.1.74 in Hamburg verteilt).

Ende März bis Ende April 76 baute M. Gartenschläger (wie du Mont aus Hamburg) mit Kumpanen drei Selbstschußanlagen ab, beim 3. Mal wurde er während eines Schußwechsels mit DDR-Grenzsoldaten erschossen.

5 Tage später veröffentlichte du Mont ein Flugblatt, in dem Gartenschläger als »Kämpfer« und »*Vorbild für die deutsche Nation*« gefeiert und aufgefordert wird, in die NBFD einzutreten und »aktiv« mit zu »kämpfen« (siehe AK 82).

Gegen du Mont läuft inzwischen ein Ermittlungsverfahren wegen verbotener Söldnerwerbung (er streitet jetzt übrigens alles ab, er hätte nur Arbeitskräfte gesucht) beim FD 7 (Staatsschutz).

Wann läuft ein Verfahren gegen die »Bild«-Zeitung ???

Enteignet-Springer- Kommission

Sowjetische Bombenangriffe auf das befreite Eritrea

Die eritreischen Befreiungskämpfer hatten Eritrea in den letzen Wochen schon fast vollständig befreit. Nach jahrzehntelangem Kampf schien die Unabhängigkeit greifbar nahe, die in den letzten Jahren eine eindeutig antiimperialistische Perspektive durch die politische Arbeit der EPLF erhielt.

In diesen Wochen nun wird Eritrea in bisher nicht gekanntem Ausmaß Opfer der sowjetischen Machtpolitik am Horn von Afrika.

Um dem DERG-Regime den Zugang zum Roten Meer zu erhalten und das revolutionäre Eritrea nicht zum Vorbild für die anderen unterdrückten nationalen Minderheiten werden zu lassen, werden gegenwärtig pausenlos die befreiten Gebiete in Eritrea bombardiert. Dies kostet zahllose Opfer in der Zivilbevölkerung, die dem Napalm, abgeworfen aus MIG 23 und F 5 Jagdbombern, schutzlos ausgeliefert sind. In Rom berichtete der EPLF-Sprecher Debesai, sowjetische Zerstörer lägen bei der erst kürzlich befreiten Hafenstadt Massaua etwa acht Kilometer vor der eritreischen Küste, um von dort aus die Stellungen der Befreiungsfront zu beschießen (»Süddeutsche Zeitung«, 18.1.).

Die EPLF hat nie Zweifel daran gelassen, daß sie sich als antiimperialistische Kraft begreift, die das Eindringen des Imperialismus und seiner Vasallen in dieser Region - allen voran Saudi- Arabien - als tödliche Gefahr begreift. Die EPLF hat sich seit Bestehen darum bemüht, die Antiimperialisten der Region zusammenzuschließen und unterhält gute Kontakte mit der palästinensischen Revolution, insbesondere auch mit der Ablehungsfront.

Der gewaltige Einsatz militärischer Mittel gegen diese fortschrittliche Bewegung durch die Sowjetunion kann nur als konterrevolutionär und dem Imperialismus nützend verurteilt werden!

Wir rufen die Antiimperialisten in Westdeutschland auf, ihre materielle Solidarität mit dem eritreischen Volk zum Ausdruck zu bringen. Es braucht unsere Hilfe in dieser hoffentlich letzten Phase seines Befreiungskampfes!

Namibia zum 31. Dezember 1978 unabhängig

Als bisheriger Höhepunkt der Versuche von fünf imperialistischen Staaten (USA, BRD, Kanada, Frankreich, Großbritannien), gemeinsam mit dem rassistischen Südafrika eine „Unabhängigkeitslösung" zu erarbeiten, fanden am 11./12. Februar „Namibia-Gespräche" im New-Yorker UN-Gebäude statt.

Beteiligt war – neben den o.g. Staaten – auch die Befreiungsbewegung Namibias, die SWAPO.

Die Forderungen der SWAPO in den Gesprächen waren und sind klar:
- *Abzug aller südafrikanischen Truppen aus Namibia;*
- *Freilassung aller politischen Gefangenen;*
- *Walfishbay ist integraler Bestandteil eines zukünftigen, unabhängigen Namibias;*
- *Freie Wahlen unter Aufsicht von UN-Truppen.*

Dagegen stehen die Forderungen der Rassisten Südafrikas, die heute noch Namibia besetzt halten:
- *„Unabhängigkeit" auf der Grundlage der „Turnhallenkonferenz". D.h. unter anderem die Schaffung von Stammesgebieten für die Schwarzen („Homelands") und getrennte Gebiete für die Weißen.*
- *Das Gebiet der Weißen ist das wirtschaftlich ergiebigste. Hierzu soll auch Walfishbay gehören, das weiterhin Bestandteil des südafrikanischen Staates sein soll (Hier befindet sich einer der größten und modernsten Häfen an Afrikas Küsten).*
- *Truppen Südafrikas überwachen die „unabhängigen" Wahlen und bleiben bis zur endgültigen Einsetzung einer Regierung des „föderalistischen" Staates im Lande.*

Der Leser kann sich denken, was es bedeuten würde, „freie" Wahlen unter Aufsicht faschistischer Besatzungstruppen durchzuführen:
- Diese Truppen würden – wenn überhaupt – erst abziehen, wenn eine ihnen genehme Regierung aus Kollaborateuren gebildet sein würde;
- Die 90.000 Weißen – gegenüber 710.000 Schwarzen – würden (schon allein durch die geographische Aufteilung des Landes) weiterhin die Macht in den Händen halten.



Der „Unabhängigkeitsfahrplan" der Imperialisten

Für die New-Yorker Gespräche legten die fünf Vertreter der imperialistischen Staaten folgenden „Zeitplan" vor:

- *Benennung eines UN-Beauftragten für Namibia und Entsendung von UN-Truppen;*
- *Schrittweise Reduzierung der südafrikanischen Truppen; zunächst auf 12.000 Mann (von 25.000), dann auf 8.000 und zuletzt dann auf 1.500 Mann.*
- *Entwaffnung der offiziellen Bürgerwehr der Rassisten.*
- *Vier Monate Wahlkampf und dann Wahlen.*
- *Erst danach vollständiger Abzug der südafrikanischen Truppen und gleichzeitige Entwaffnung der SWAPO-Einheiten!!*
- *Am 31.12.78 soll Namibia dann wirklich unabhängig sein.*

(nach „FR", 13.2.78)

Während dieser Plan – im Widerspruch zu den Forderungen der Rassisten – Wahlen unter Aufsicht der UNO und nicht der Vertreter der „Turnhallenkonferenz" vorsieht, enthält er die für die Rassisten entscheidende Passage, daß sie ihre Truppen bis zu den Wahlen eben nicht vollständig abziehen müssen! Ebenso wird nichts ausgesagt über die Zukunft von Walfishbay!

„Die westlichen Kompromißvorschläge enthalten zu große Zugeständnisse an Südafrika. Sie können daher nicht die Grundlage einer wirklichen Unabhängigkeit sein" (ein SWAPO-Vertreter nach „Volkskraant"/Niederlande, 7.2.78).

Nach Meldungen der bürgerlichen Presse gerieten die Namibia-Gespräche dann auch schon am zweiten Tag „ins Stocken":

Während die Presse bezeichnenderweise zur Position der SWAPO während der Gespräche nichts verlauten ließ – außer, daß die Verhandlungen „sehr schwierig" seien („FR"/„SZ") – wird geschrieben, daß der südafrikanische Außenminister die Gespräche verließ und nach Südafrika zurückkehrte.



Den Rassisten sind die Vorschläge der fünf imperialistischen Staaten *„zu weitgehend, was den Rückzug der Truppen anbelangt"*. Ebenso sind sie *„nicht einverstanden, daß die Wahlen unter UN-Aufsicht stattfinden sollen und nicht unter Verwaltung der „Turnhallen-Vertreter"*.

Vier Tage nach dem „Abbruch" der Gespräche kündigte jedoch der südafrikanische Außenminister an, *„Südafrika werden den Kontakt zu den fünf westlichen Sicherheitsratsmitgliedern fortsetzen."* Auch Genscher erklärte, *„er werde mit dem südafrikanischen Missionschef in Bonn ein Gespräch führen"* („SZ", 16.2.78).

Es deutet also einiges darauf hin, daß die Rassisten in diesen „Einzelgesprächen" noch mehr „Kompromisse" zu ihren Gunsten erreichen wollen!

Dagegen die SWAPO:

„Wir stehen nach wie vor zu unserer Forderung nach völliger Befreiung Namibias von der südafrikanischen Okkupation.

Wir verlangen, daß alle südafrikanischen Truppen das Land verlassen müssen und daß während der Übergangsperiode die Einleitung der Wahlen und die Verantwortung für die Sicherheit bei den UN-Friedenstruppen liegen...

Jeder Vorschlag, der das nicht akzeptiert, wird von uns abgelehnt" (aus einer Stellungnahme der SWAPO zu den Gesprächen vom 6.2.78).

Afrika-Kommission

Tschad: Malloum- Regime in Bedrängnis

Mit dem Einsatz von ca. 1.000 Kämpfern ist es der Befreiungsbewegung FROLINAT (Front de Libération Nationale du Tchad) (2. Armee bzw. Nordarmee) gelungen, den neben der tschadischen Hauptstadt größten Militärstützpunkt des Tschad-Regimes, Faya-Largeau, vollständig einzukreisen. Es wird bereits in der Stadt selbst gekämpft. Die umzingelten Regierungstruppen können nur noch aus der Luft versorgt werden. Und auch dieser Weg ist unsicher, denn es gelang den Befreiungskämpfern zum ersten Mal im Verlauf ihres 11-jährigen Widerstandes, Flugzeuge der Regierungstruppen abzuschießen: Am 29.1. wurde eine DC-3 und am 30.1. eine DC-4 beim Anflug auf Faya-Largeau vom Himmel geholt (FROLINAT-Kommuniqué v. 31.1.78). Der Flughafen wurde besetzt (LM 7.2.). Darüberhinaus wurde auch noch die Stadt Fada von der „Nordarmee" der FROLINAT angegriffen. Mit diesen Erfolgen und den Siegen der großen Offensive im Sommer '77 (siehe AK 114) hat die Befreiungsarmee nun praktisch den gesamten Norden des Tschad unter ihrer Kontrolle. Unterstützt wird sie bisher nur von Libyen.

Durch den Abschuß der zwei Flugzeuge wurde wieder einmal das Eingreifen der französischen Imperialisten im Tschad enthüllt: In der DC-3 befanden sich 3 Franzosen (Pilot, Navigator und Funker) und 2 tschadische Offiziere, auch die DC-4 war mit Franzosen besetzt (LM 1., 2.2., SZ 2.2.). Insgesamt ist das tschadische Regime des Militärdiktators Malloum weitgehend von der ehemaligen französischen Kolonialmacht abhängig. So besteht seit Mitte 76 ein Vertrag mit Frankreich über ‚technische Militärhilfe', demzufolge fast das gesamte Offizierscorps der tschadischen Armee aus Franzosen besteht (offizielle französische Angabe: 300 Militärs aus Frankreich sind fest im Tschad eingesetzt). Etwa 150 tschadische Militärs wurden seitdem in Frankreich ausgebildet, vor allem in der Luftwaffe. Allein 1977 erhielt das Malloum-Regime von Frankreich Waffenhilfe im Wert von über 60 Mio. Francs (LM 1.2.).

Vor allem durch die Umzingelung Faya-Largeaus in schlimme Bedrängnis geraten, begann das Malloum-Regime zu taktieren - sowohl mit Spal-



tungsmanövern gegen die FROLINAT als auch mit wilden Anschuldigungen gegen Libyen.

Viel Staub wurde zunächst aufgewirbelt durch Bekanntwerden der Geiselnahme eines Schweizers und eines Franzosen, die sich irgendwann Anfang Januar abgespielt haben soll. Als Urheber dieser Aktion meldete sich eine Gruppierung, die nördlich des Tschad-See operieren soll und sich selbst als „3. Armee" der FROLINAT bezeichnet. Sie stellte folgende Forderungen: Abzug des „französischen Expeditionskorps" von 600 Mann; Freilassung eines ihrer Kämpfer aus dem Gefängnis; 10 Mio. Franc in bar sowie in Form von Waffen und Ausrüstung (LM 4.2.).

Jedoch distanzierte sich die bei Faya-Largeau siegreiche Hauptgruppierung der FROLINAT, die „2. Armee" bzw. „Nord-Armee" schärfstens von diesem Kidnapping und bezeichnete sogar die Kidnapper als „Landstreicher und Viehdiebe", erklärte auch, es gäbe überhaupt keine „3. Armee" der FROLINAT (SZ 6.2., NZZ, 7.2.).

Dann wurde bekanntgegeben, daß das Malloum-Regime „unter Schirmherrschaft Numeiris" (Sudan) einen „Waffenstillstand" mit der FROLINAT abgeschlossen habe, binnen 2 Monaten mit ihr eine gemeinsame „Regierung der nationalen Einheit" bilden und eine Generalamnestie für alle politischen Gefangenen erlassen werde.

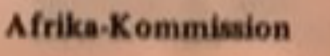
Malloums Verhandlungspartner bei dieser Friedensdemagogie war allerdings lediglich ein abgehalfterter FROLINAT-Führer, Hissen Habre. Habre wurde vor ca. 1 Jahr aus der Führung der FROLINAT abgedrängt, weil er nicht mit dem damals intensivierten Bündnis der FROLINAT mit Libyen einverstanden gewesen sein soll. - Dafür, daß Habre nur über wenig Einfluß verfügt, spricht auch die Tatsache, daß der grandiose „Waffenstillstand" mit Malloum bereits am 22.1. abgeschlossen wurde, die Hauptangriffe der FROLINAT gegen Faya-Largeau sich jedoch danach erst richtig entfalteten. (FR 6., LM 7., NZZ 7. u. 9.2.). Nicht zu unterschätzen ist das Manöver Malloums allerdings als ein Versuch, mit opportunistischen Elementen in der FROLINAT „ins Gespräch zu kommen".

Am Tag nach der Bekanntgabe des „Waffenstillstandes" brach das Regime die diplomatischen Beziehungen mit Libyen ab. Begründet wurde der Schritt mit der Unterstützung Libyens für die FROLINAT. *„Wir können mit vollem Recht versichern, daß es sich um einen gegen den Tschad gerichteten Angriff handelt. Die Intensität der Kämpfe, die sich im Borkou-Ennedi-Tibesti-Gebiet"* (die Nordprovinz mit der Provinzhauptstadt Faya-Largeau) *„dank dem massiven Einsatz von Männern und Kriegsmaterial abspielen, beweist eindeutig, daß sich libysche Truppen auf dem Gebiet befinden."* Soweit Malloum in einer Rundfunkansprache. Er appellierte ferner an alle „Freunde des Tschad", ihm massive Militärhilfe zu gewähren gegen diesen Angriff (LM 10.2.). Ist es ein Zufall, daß auch gerade in diesen Tagen Sadat wiederholt die USA um Waffenlieferungen ersuchte, die er neben Somalia auch an Tschad liefern will?

Auch der uralte Streit mit Libyen um ein Gebiet an der Nordgrenze des Taschad wurde wieder hervorgeholt. Libyen beansprucht dort einen Streifen Land, in dem es Uran geben soll, und libysche Truppen zeigen sich seit Jahren von Zeit zu Zeit bei der Oase Aouzou. Der libysche Gebietsanspruch wurden bisher jedoch weder von der FROLINAT noch vom Malloum-Regime anerkannt.

Das angebliche massive Eingreifen Libyens wurde von Malloum vor den UN-Sicherheitsrat gebracht (SZ, 10.2., LM, 12.2.).

Libyen signalisierte Verständigungsbereitschaft: Gadhafi begrüßte das Waffenstillstandsmanöver Malloums mit Habre (afp, engl. Ausgabe, 7.2.), und in Tripoli konferierte der libysche Außenminister mit dem französichen Botschafter darüber, welche *gemeinsamen Anstrengungen der beiden Länder möglich seien, um der tschadischen Regierung bei der Lösung ihrer internen Probleme zu helfen.* (Verlautbarungen des Außenministers nach der Unterredung, LM 12.2.). Wird Malloum Erfolg haben mit seinem Versuch, Libyen vom Engagement für die FROLINAT abzubringen? Er versuchte schließlich, die Drohung mit dem UN-Sicherheitsrat noch einmal andersherum auszuspielen: Er versprach, seine Klage zurückzuziehen, wenn Libyen dafür sorgt, daß im Norden Tschads bis zum 16. 2. *„die Waffen schweigen"* (SZ 14. 2.).



Afrika-Kommission



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Vor der VDS-MV: Basisgruppen konsolidieren sich

Zur Vorbereitung der 2.o. VDS-MV (22. bis 26.2.) fand am vergangenen Wochenende ein bundesweites Vorbereitungsseminar der Basisgruppenfraktion in den VDS statt. Nach dem Austritt von Jusos und LHV aus dem VDS-Vorstand wurde von diesen mit einer diffamatorischen Kampagne u.a. gegen den Vorstandsvertreter der BGen, Ali Schmeissner, begonnen, deren Intention ganz offensichtlich darauf hinausläuft, Ali als „verrückten Einzelgänger" zu klassifizieren (sein Beitrag auf dem Treffen von VDS-Vertretern mit Willy Brandt, wurde als *„pubertäres Elaborat"* (Rau), *„abenteuerlicher Zusammenschnitt von Polit-Impressionen"* (Brandt im Spiegel) bezeichnet; der MSB – für alles zu haben, wenn's nur gegen die Linken geht – erbost sich, Ali *„für unzurechnungsfähig erklären und abwählen zu lassen"*). Das, o b w o h l Alis Referat zur politischen Repression im VDS-Vorstand s o abgestimmt worden war; o b w o h l bekannt war, daß die Veröffentlichung einer Dokumentation über dieses Gespräch (was den Vorwand für den Austritt von LHV/Jusos abgab) kein Alleingang von Ali war, sondern auf Beschluß eines bundesweiten BG-Seminar erfolgte; o b w o h l Erklärung und Dokumentation von allen anderen Vorstandsfraktionen als *„im wesentlichen richtig"* eingeschätzt wurden!

Begründung: Dieser „harte Kurs" im Vorfeld der VDS-MV sei *„für die gemäßigten BGler besser"* (aus einem internen LHV-Papier, s. AK 121), um die Basisgruppen insgesamt für den Intergrationskurs von SPD/FDP weichzukochen.

Auf derselben Wellenlänge liegt die Forderung aller anderen Fraktionen, jetzt müsse eine *„verbindliche Grundlage"* für alle Fraktionen her, sonst sei *„eine Zusammenarbeit nicht mehr möglich"* (Juso-Baumann im „Spiegel"); die Ankündigung von MSB/SHB, keine Vertreter mehr in den Vorstand zu wählen, die sich nicht auf die *„Hauptresolution"* stellen – unverhüllte Drohungen gegenüber den BGen, damit sie ihre Politik der linken Opposition in den VDS (auch im Vorstand) aufgeben.

Um es kurz zu machen: Die Spaltung der BG-Fraktion ist nicht geglückt. Im Gegenteil: Die BGen beschlossen auf ihrem Vorbereitungsseminar, daß sie *„diese Politik der linken Opposition in den VDS und der punktuellen Zusammenarbeit in allen für die Studentenschaften relevanten Fragen einheitlich vertreten"*. Es wurden eindeutige Beschlüsse gegen den sozialliberalen Integrationskurs, gegen die Beteiligung der BG-Fraktion an irgendwelchen Mauscheleien mit den SPD-Führern gefaßt und Ali Schmeissner als Vorstandsvertreter der BGen einstimmig bestätigt.

Mit dieser Politik der linken Opposition sind die BGen in der Vergangenheit schließlich am besten „gefahren": Seit sich die BG-Fraktion nicht mehr als „taktische Manövriermasse" anderer Fraktionen mißbrauchen läßt, sondern eigene politische Vorstellungen formuliert und offensiv vertritt, ist ihr Einfluß an den Hochschulen und in den VDS kontinuierlich gestiegen (nach dem Ausgang der SP-Wahlen werden die BGen auf der VDS-MV ca. 25% der Stimmen repräsentieren).

In dieser Situation kreuzten die Marburger Basisgruppen mit dem abenteuerlichen Vorschlag auf, als Fraktion die VDS zu verlassen. Begründet wird dies damit, daß die Basisgruppen nicht in der Lage seien, ihre Vorstellungen in den VDS durchzusetzen. Die VDS würden eine abgehobene Politik betreiben, die nichts mit den Problemen vor Ort zu tun habe. So „links", wie dieser Vorschlag vorgebracht wird, so „rechts" ist er doch in Wahrheit. In einer Situation, in der die VDS nach wie vor reaktionären Angriffen ausgesetzt sind, wo ihnen die Gelder schon seit Jahren gesperrt werden, wo die verfaßten Studentenschaften Stück um Stück abgeschafft werden, kann ein solcher Vorschlag, der die Spaltung der Studentenschaften organisatorisch festlegen würde, allein diesen Angriffen zu Hilfe nutzen. Eine Stärkung linker Politik kann sich von einem solchen Vorschlag keineswegs erhofft werden, sondern im Gegenteil würde eine Isolierung der linken Kräfte die Folge sein, während andererseits die VDS allein den Revisionisten in die Hände gegeben würden. Darüberhinaus könnte sich auch bei der Anklage abgehobener Politik die eine oder andere besonders „basisnahe" BG durchaus selbst an die Nase fassen...

SSB/Hamburg

MSB zur VDS-Krise

Auffällig zurückhaltend hatte sich Der MSB ist weiter der Meinung, dererseits um ihren Parteiführungen

MSB zur VDS-Krise

Auffällig zurückhaltend hatte sich der MSB bei der Einleitung des Spitzengesprächs VDS/SPD gegeben, hatte sogar darauf verzichtet, in Person seines Vorstandsmitglieds Mölich bei dem Gespräch anwesend zu sein (er hatte – wie berichtet – auf Wunsch der Jusos seine Krankheit genommen). Zu Unrecht würde man daraus den Fehlschluß ableiten, die Vertreter von MSB oder SHB seien etwa mit der Linie von Jusos/LHV nicht einverstanden gewesen.

„Man muß die Politik des MSB Spartakus und der gewerkschaftlich-orientierten Vertreter im VDS-Vorstand schon gründlich ignorieren oder mißverstehen, wenn man sie in den Geruch einer ominösen 'Ideologieborniertheit' zu bringen versucht, die Gespräche mit Parteien und Regierungsvertretern angeblich im Wege stünde.. Wir sind ganz im Gegenteil für die konsequente (jaja – Anm.AK) *Nutzung jeder Möglichkeit, den Forderungen der Studenten nachdrücklich und wirkungsvoll Gehör zu verschaffen. Dazu können auch solche Gespräche dienen, indem sie dazu beitragen, in der Öffentlichkeit Vorurteile über die Studenten abzubauen, weil sie das Gewicht ihrer Forderungen erhöhen..."* (Flugblatt des MSB Göttingen).

Halten wir fest: Der MSB wehrt sich (u.E. völlig zu recht) gegen den Vorwurf, er sei gegenüber rechten Kräften wie der SPD-Führung o.ä. „ideologiebornier t". Tatsächlich borniert ist der MSB doch gegenüber L i n k e n , während er etwa der SPD gegenüber ungeheuer „undogmatisch" zu sein pflegt.

Der MSB ist weiter der Meinung, das Gespräch mit der SPD-Spitze falle in die Rubrik „konsequente Nutzung", sich Gehör zu verschaffen, schließlich habe eine offiziell von Willy Brandt als Gesprächspartner akzeptierte VDS mehr Gewicht in der Öffentlichkeit. Im Grunde liegen diese Aussagen also auf der gleichen Wellenlänge wie die Politik des LHV-Papiers (s.AK 121), mit dem dieser seinen Auszug aus dem VDS-Vorstand begründete.

Um den Preis der regierungamtlichen Anerkennung ist man bereit, sich auf den Integrationskurs der SPD-Führung einzulassen.

Der Grund für den Wert, den der MSB auf diese Feststellung legt, liegt in den völlig aus der Luft gegriffenen Behauptungen von Jusos/LHV, MSB/SHB sei an den Gesprächen nicht gelegen. Diese Behauptung kann der MSB nicht auf sich sitzen lassen, will er mit Jusos/LHV auf der nächsten MV und darüberhinaus das „bewährte Bündnis" festigen, in dem der Einfluß der linken BG-Fraktion kleingehalten werden soll (in diesem Zusammenhang muß auch das „Sondieren" der Möglichkeiten, Schmeissner für „unzurechnungsfähig" zu erklären, seitens des MSB gesehen werden).

Jusos und LHV sind natürlich auch nicht in der Lage, ihre Thesen über den MSB zu belegen, eher müssen diese Behauptungen als Machtpoker im Vorfeld der MV betrachtet werden, einerseits um dem MSB möglichst viele Zusagen und Entgegenkommen zu entlocken, andererseits um ihren Parteiführungen gegenüber „Belege" zu erbringen für die Erfüllung ihres Auftrags, den Einfluß von MSB/SHB in den VDS zu verringern.

Der MSB ist jedoch nur allzu gern bereit, in dieser Richtung an Jusos und LHV Zugeständnisse zu machen und macht seinerseits „konstruktive" Vorschläge, wie man mit den renitenten Basisgruppen fertig werden könne. *„Die GO-Vertreter fordern die Jusohochschulgruppen, den LHV, aber auch die Basisgruppen auf, gemeinsam mit SHB und MSB daraufhinzuwirken, daß die kommende MV der VDS eine Hauptresolution verabschiedet, die konkrete Novellierungsforderungen zum HRG und eine klare Definition des Verhältnisses der VDS zu den Parteien und Regierungen beinhaltet. Es muß für die Arbeitsperiode der VDS nach dieser MV gesichert werden, daß die Vorstandsvertreter s ä m t l i c h e r Gruppen diese Hauptresolution zur verbindlichen Grundlage ihrer Arbeit machen"* (Presseerklärung von MSB und SHB, 12.1.)

Da die GOler natürlich wissen, daß die BG-Fraktion weder so eine Hauptresolution mit erarbeiten wird, noch sich durch sonst irgendeine Hauptresolution der reformistisch-revisionistischen VDS-Mehrheit den Mund verbinden lassen wird, läuft dies auf den Versuch hinaus, die BGler aus dem Vorstand rauszukanten. Angesichts des zugunsten der BG-Fraktion verschobenen Kräfteverhältnisses ein schwieriges Unterfangen!

Bündnis-AStA gewählt

Göttingen. Am 16.2. wurde nach langwierigen Verhandlungen endlich ein neuer AStA gewählt, so daß die Zeit des Staatskommissars nach viermonatiger Dauer endlich vorbei ist. Der AStA setzt sich zusammen aus Jusos (2), SB (1), LDK/KHB (1), Fachschaftsliste (1) und SHB (1).

Als wesentliches Problem war aus den Wahlen die völlige Zersplitterung der linken Stimmen hervorgegangen, so daß die Koalitionsverhandlungen von Anfang an äußerst schwierig waren. Zudem hatten sich insbesondere die Jusos darauf festgelegt, das Wahlergebnis als *»Absage an den Linksextremismus«* zu bewerten (wobei sie den KB meinen), obwohl die 900 Stimmen für die LDK/KHB beweisen, daß diese ein relativ stabiles Potential haben, betrachtet man das Ergebnis vor dem Hintergrund, daß erstmals insgesamt drei linke Listen kandidierten (LDK/KHB, SB und Fachschaftsliste).

Das Wahlergebnis machte es zugleich auch notwendig, daß sich die wesentlichen linken Kräfte einigen müssen, um einen AStA zustande zu bringen. An eine Ausschaltung irgendeiner Liste war also schon allein aus Mehrheitserwägungen heraus nicht zu denken. Die Jusos standen nun vor dem Dilemma, einerseits durch ihre Rückkehr in den AStA gegenüber der SPD eine »verantwortungsbewußte Politik« zu garantieren, andererseits aber wiederum zu einer Koalition mit den KB-Studenten gezwungen zu sein. Auch wenn die Jusos dabei die Rolle des KHB systematisch herunterzuspielen versuchten, so ist doch auch ihnen klar, daß sich AStA-Politik nicht allein im AStA und im SR entscheidet, sondern ebenso auf VVs. Dort dürfte es ihnen nicht allzu leicht fallen, ihre Vorstellungen durchzusetzen.

Die Jusos versuchten aus diesem Dilemma herauszukommen, indem sie für sich ein Vetorecht im AStA beanspruchten (sie beanspruchten dazu die Hälfte der Sitze). Der erste Vorschlag war ein Juso/SB/LDK-AStA mit zwei Juso-Vertretern und jeweils einem der anderen Fraktionen. Überraschenderweise legte hiergegen das SB generellen Widerspruch ein, das hieran sogar ein Bündnis scheitern lassen wollte.

Die LDK vertrat dagegen, daß eine solche Zusammensetzung möglich wäre, wenn man sich gleichzeitig auf das Prinzip einigt, daß strittige Fragen vor die Studentenschaft und die VV gebracht werden.

Einem imperativen Mandat der VV mochten die Jusos jedoch nicht zustimmen, wohl in der Annahme, daß diese in der Regel radikaler entscheidet als die Wählerschaft.

Schließlich wurden diese Schwierigkeiten dadurch ausgeräumt, daß sowohl die Linken als auch die Reformisten jeweils 3 AStA-Sitze erhalten, wobei jedoch die Jusos einen Sitz an den SHB abgeben, wodurch die Institutionalisierung eines Vetorechts verhindert wurde.

Insgesamt bietet das jetzt erreichte politische Bündnis in diesem AStA gute Voraussetzungen, um den weiteren zu erwartenden Angriffen auf die verfaßte Studentenschaft und insbesondere auf den Göttinger AStA erfolgreich entgegenzutreten.

KHB/Göttingen

MSB putscht gegen AStA-Neuwahl

MSB putscht gegen AStA-Neuwahl

Bremen: Das wichtigste Ergebnis der Wahlen zum Studentenrat an der Uni Bremen im Januar war, daß die bisherige AStA-Koalition („gewerkschaftlich orientiert") über keine absolute Mehrheit mehr verfügt.

Wenige Tage vor der ersten Sitzung des neuen Studentenparlaments hatten sich die vier als Opposition zum MSB angetretenen SR-Fraktionen geeinigt, bis zum Beginn des Sommersemesters einen gemeinsam getragenen Übergangs-AStA zu bilden. Zu einer Einigung auf eine längerfristige AStA-Zusammenarbeit war es nicht gekommen, da eine gemeinsame politische Grundlage zwischen Vertretern aus Basisgruppen, KB, KSV, KSB einerseits und „MG" („Marxistische Gruppe") andererseits nicht möglich war. Der Übergangs-AStA sollte im wesentlichen die Funktion haben, auf der Mitgliederversammlung der VDS gegen den „kritischen Dialog" mit der Regierung zu stimmen und für eine radikale Opposition der VDS gegen die reaktionäre Hochschulpolitik der Regierung einzutreten. Im übrigen sollte er alle notwendigen Maßnahmen treffen, um einige Wochen nach Beginn des Sommersemesters Neuwahlen zum Studentenrat abzuhalten. Dies paßte natürlich dem MSB, dem SHB und den Jusos gar nicht, insbesondere nicht, daß die GO-Fraktion in den VDS wieder um einige Stimmen dezimiert wäre. Deshalb legten sie sich darauf fest, die für 14.2. angesetzte SR-Sitzung platzen zu lassen. Die für 18.00 Uhr angesetzte Sitzung wurde gegen 17.55 Uhr in einen größeren Saal in einem anderen Gebäudekomplex der Uni verlegt als den angekündigten. Üblicherweise werden Studentenratssitzungen 15 Minuten nach dem offiziellen Termin eröffnet. Der kommissarische SR-Präsident, Mitglied des MSB, eröffnete diesmal schon zehn Minuten nach 18.00 Uhr, wohl wissend, daß noch einige neue SR-Mitglieder nach dem neuen Sitzungsraum suchten. Das Kalkül war, die Beschlußunfähigkeit festzustellen.

Als die SR-Mitglieder aufgerufen wurden, um die Beschlußfähigkeit festzustellen, gab folglich ein Sprecher der komplett anwesenden MSB-Fraktion bekannt: „Wir sind nicht da!" Eilig stellte der Sitzungspräside fest, daß aus den linken Fraktionen mehrere Mitglieder fehlten, worauf sich SHB und Jusos dem Vorgehen des MSB anschlossen, also auch ihre „Nichtanwesenheit" erklärten. Somit waren weniger als die notwendigen 13 SR-Mitglieder „anwesend", obwohl tatsächlich mindestens 20 (von 25) im Raum waren und an ihren Plätzen saßen. Der kommissarische SR-Präsident erklärte die Sitzung für nicht beschlußfähig und deshalb für abgebrochen. Die MSBler brachen in Geschrei und Gejubel ob ihres „Coup" aus und verließen, angeführt von „ihrem" SR-Präsidenten, in größter Eile den Saal, um nicht die Proteste und Widerspruchserklärungen anderer SR-Mitglieder beachten zu müssen.

Nach dem vom MSB herbeigeführten Abbruch der Studentenratssitzung setzten die inzwischen vollzähligen SR-Mitglieder der linken Fraktionen und der „MG" nach einer ausführlichen Beratung über das weitere Vorgehen die Sitzung unter eigener Regie fort, da das Verfahren des MSB weder politisch noch formal-juristisch akzeptiert wurde. Aus den 13 anwesenden SR-Mitgliedern wurde ein neues Präsidium gewählt und anschließend der neue AStA, bestehend aus zwei Vertretern der „MG", einem Mitglied des KSV (Liste „Gemeinsamer Kampf", KSB und KSV), einem Mitglied der Basisgruppen (Liste „Trotz alledem") und einem KB-Genossen (Liste „Auf die Barrikaden", Unorganisierte und KB). Am nächsten Tag wurde in einem „asta aktuell" die Bildung des neuen AStA bekanntgegeben und durch eine Presseerklärung die Öffentlichkeit unterrichtet. Der bisherige AStA weigerte sich erwartungsgemäß, die AStA-Räume an den neuen AStA zu übergeben. Der MSB richtete sich sogar mit einer aus seinen Mitglieder zusammengestellten „Besatzungstruppe" auf eine gewaltsame Verteidigung der AStA-Räume ein. Auch die AStA-Druckerei wurde vom alten AStA verschlossen gehalten.

Im neuen AStA wurde beschlossen, den alten weder mit Gewalt noch mit Hilfe des Verwaltungsgerichtes aus den liebgewonnenen AStA-Sesseln zu vertreiben. Eine Anrufung des Verwaltungsgerichtes hätte wahrscheinlich bedeutet, daß nur erstmaliger Anwendung des neuen reaktionären BHG (Bremisches Hochschul-Gesetz) über die bürgerlichen Gerichte eine Anerkennung des neuen AStA durchzusetzen gewesen wäre.

Die DKP-Studenten haben mit ihrem Schlag gegen die AStA-Neubildung deutlich gemacht, zu welchen kriminellen Methoden sie bereit sind, wenn es darum geht, demokratische Vertretungsorgane unter ihrer Kontrolle zu halten.

Im besten Stil der Reaktion sind ihnen demokratische Entscheidungsprozesse und Mehrheitsmeinungen völlig egal, sobald die „Gefahr" besteht, daß sich darin eine Politik links der unfehlbaren Linie der DKP durchsetzt. In einer Situation, in der andernorts ASten per Gesetz verboten werden, wo Organe der Verfaßten Studentenschaft mit Polizeigewalt zerschlagen werden, treiben die MSB-Führer ihr partei- und machtpolitisches Spielchen mit dem AStA in Bremen. Angesichts dieser verkommenen antidemokratischen Politik wirkt das Geschrei des MSB von der „Einheit der Linkskräfte" gegen die Reaktion als reine zweckdienliche Heuchelei.

Hochschulgruppe
KB/Gruppe Bremen

RCDS erzwingt Neuwahlen

Hannover: An den Wahlen zum Studentenparlament an der TU Hannover Ende Januar hatte erstmals auch die „Sozialistische Bündnisliste" (SBL) unter Beteiligung von Studenten des KB teilgenommen. Die SBL war mit dem „Liberalen Hochschulverband" (lhv) ein Wahlbündnis eingegangen.

Im Gegensatz zu Jusos und MSB, die Stimmeneinbußen hinnehmen mußten, konnte die lhv/SBL-Liste deutlich hinzugewinnen. Daß die SBL von insgesamt sieben Kammerplätzen für die gesamte Liste drei erreichen konnte, war besonders dem RCDS sauer aufgestoßen.

Als ihm bekannt wurde, daß die SBL zu den AStA-Wahlen mit dem lhv kandidieren würde, setzte er alles daran, eine Beteiligung von auf der Liste kandidierenden KB'lern im nächsten AStA zu verhindern. Zur Diffamierung des lhv forderte der RCDS von der FDP Auskuft darüber, „*ob sie einen solchen lhv als ihre Studentenorganisation ansieht und weiterhin unterstützen kann*" („HAZ", 26.1.), da auf der lhv-Liste „*auch einige kommunistische Kandidaten offen erscheinen*".

Nach dem für die lhv/SBL-Liste positiven Wahlausgang bot der RCDS ganz unverfroren während der Koalitionsverhandlungen den Jusos an, „*einen Juso/lhv-AStA ohne Beteiligung von KB-Vertretern*" zu tolerieren. Und das, nachdem er die Jusos als „*Unterstützer verfassungsfeindlicher Gewalttäter*" in schweinischer Weise angegriffen hatte, weil auf der Juso-Liste ein Unabhängiger kandidierte, den der RCDS als „*Mitglied einer nach dem Verfassungsschutzbericht verfassungsfeindlichen Organisation*" (gemeint ist die CISNU!) anpöbelte.

Als auch dieses Manöver nicht klappte, schickte der RCDS seinen reaktionären Hochschullehrerverband, den „Bund Freiheit der Wissenschaft" nach vorn, der nunmehr „*die Jungsozialisten als stärkste Gruppe*" aufforderte, „*weder offen noch versteckt mit den Kommunisten zu koalieren*" („HAZ", 16.2.). Denn inzwischen hatten die Zeitungen berichtet: „*Der Konflikt zwischen den beiden Gruppierungen* (Juso/HSG und lhv; AK), *die Kandidatur von kommunistischen Mitgliedern auf der lhv-Liste, wurde dahingehend ‚gelöst', daß jetzt nur ein kommunistisches Mitglied der lhv-Liste benannt werden mußte*" das heißt, daß aus der SBL ein KB-Student im nächsten AStA vertreten sein würde. Um das zu verhindern, hatte der RCDS auch von der Lüge nicht zurückgescheut, der Wahlleiter hätte nach Listenschluß noch nachträglich Kandidaten auf die Liste aufgenommen und damit eine Wahlanfechtung erforderlich gemacht. Dieser Anfechtung gab der Ältestenrat aus „formalen Gründen" statt, so daß sich ein Juso/lhv/SBL-AStA noch nicht konstituieren konnte.

Anfang Mai werden voraussichtlich die Neuwahlen stattfinden, bis dahin wird der alte Juso/lhv-AStA kommissarisch im Amt bleiben. Wir laden ihn ein, gemeinsam mit der SBL die Zeit zu nutzen und eine Kampagne gegen den RCDS zu Beginn des nächsten Semesters mit vorzubereiten.

Keinen Fußbreit den Reaktionären vom „Ring" in Hannover und anderswo!

KB/Gruppe Hannover

„*Unterstützer verfassungsfeindlicher Gewalttäter*" in schweinischer Weise angegriffen hatte, weil auf der Juso-Liste ein Unabhängiger kandidierte, den der RCDS als „*Mitglied einer nach dem Verfassungsschutzbericht verfassungsfeindlichen Organisation*" (ge-

sters mit vorzubereiten.
Keinen Fußbreit den Reaktionären vom „Ring" in Hannover und anderswo!

KB/Gruppe Hannover

20 Mille für's Berufsgrundschuljahr?!

J. Klasen, Richter und SPD-Landtagsabgeordneter in Bayern, will es auf seinen Eid nehmen: CSU-Kultusminister Maier habe ihm gegenüber den Sinneswandel der CSU in Sachen Berufsgrundschuljahr in Verbindung mit einer Wahlkampfspende der Firma Siemens von 20 Mio. DM gebracht.

Siemens dementierte sofort: „*Wir lehnen es ab, Parlamentarier oder Parteien durch finanzielle Zuwendungen zu beeinflussen*". Generalsekretär Tandler (CSU) will „*nicht einmal 20 Pfennig von Siemens bekommen haben*" („Nürnberger Nachrichten", 26.1.78). Gleichzeitig forderte er Maier auf, gegen den SPD-Abgeordneten zu klagen. Maier lehnte jedoch ab. Stattdessen reichte er seinen Rücktritt ein. Jetzt lehnte Regierungschef Goppel ab. CSU-Umweltminister Dick dazu: „*Wenn jeder zurücktritt, der mal angepinkelt wird, hätten wir bald kein Kabinett mehr ...*".

Eine parlamentarische Schmierenkomödie

Die SPD spricht von „Filzokratie", die FDP von „Bananenrepublik". Regierungssprecher Schwaabe erklärte noch einen Tag vor Maiers Rücktrittsangebot „*von Rücktritt sei bestimmt nicht die Rede*" („SZ", 27.1.78). Während Maier bereits „zum Abschuß freigegeben" ist. („Nürnberger Nachrichten", 28.1.78), und die Presse bereits über Nachfolger spekuliert, ermitteln die Wickert-Institute den „Wählerwillen": Eine Blitzumfrage unter 896 Bayern bringt es schließlich an den Tag: 78% denken über den Kultusminister positiv. Nachdem sich auch der Philologenverband, die Landeselternvereinigung und die katholische Kirche für Maier ausgesprochen haben, wird der Minister schon am nächsten Tag mit Beifall (!) in der CSU-Landtagsfraktion empfangen. Fraktionschef Lang wirft der SPD „ganz groben Vertrauensbruch" und einen „Stil der verbrannten Erde" (!) vor. Der Presse bleibt lediglich die Feststellung, daß „*das Vertrauen in die Demokratie erneut erschüttert*" sei („NN", 26.1.78). Worum es aber eigentlich geht:

Lehrlinge verkauft

Die Auseinandersetzung um das Berufsgrundschuljahr ist nicht neu. Dabei geht es nach einer Empfehlung des Bildungsrates darum, den Lehrlingen die Möglichkeit zu geben, ihre Ausbildungschancen durch ein berufsfeldbezogenes 10. Schuljahr zu verbessern. Die Jugendlichen brauchen sich erst nach einem Jahr theoretischer und praktischer Einarbeitung für einen bestimmten Beruf zu entscheiden. Das Grundschuljahr sollte dabei auf die Lehrzeit angerechnet werden.

Die Unternehmer versuchten von Anfang an, diese Einrichtung zu torpedieren. Dennoch hatte die CSU noch 1972 ein Gesetz verabschiedet, wonach „das Berufsgrundschuljahr ... anzustreben ist". Diese Absicht wurde jedoch von der Industrie systematisch unterlaufen. „*Vor allem die Großindustrie war nicht bereit, das Vollzeitschuljahr auf die Lehre anzurechnen*" („NN", 4.2.78). „*Großbetriebe rieten ungeniert, Berufsgrundschüler sollten, sofern sie eine Anstellung wollten, einige Wochen vor Schuljahresende aufhören ...*". Der Verband der Berufsschullehrer hat denn auch auf die „starke Einflußnahme von Wirtschaftskreisen" hingewiesen und dabei namentlich die Firma Siemens genannt. Auf Seminaren der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung haben Chefs der Siemens-Lehrlingsausbildung als Seminarleiter gegen das Berufsgrundschuljahr Stellung bezogen und deutlich gemacht, daß es dabei „*vor allem um ordnungspolitische Vorstellungen und die Sorge um Verstaatlichung gehe*" („NN", 2.2.).

Für Siemens ist alles klar!

Kultusminister Maier bestätigt auch heute noch, daß es bei der Frage, zu welchen Anteilen Staat und Betriebe die Kosten des Berufsgrundschuljahres tragen sollen, „um Millionenbeträge" gehe. Das große Engagement der Firma Siemens wäre also durchaus verständlich. Zwar hat man sich inzwischen auf einen Kompromiß geeinigt, der beide Formen der Ausbildung (mit und ohne Berufsgrundschuljahr) zuläßt. Siemens hat sein Schäfchen jedoch wohl schon im Trockenen: Die Firma hat sich für die von ihr angebotenen Ausbildungsberufe für die alte Form — ohne Grundschuljahr — entschieden.

Heidelberg wär halb so nett, wenn es das CA nicht hätt'!

Heidelberg wär halb so nett, wenn es das CA nicht hätt'!

Zum 1. März ist den 130 Bewohnern des Heidelberger Studentenwohnheims „Collegium Academicum" endgültig gekündigt worden. Diese Kündigung geht auf einen Beschluß des Uni-Senats vom 20.10.77 zurück, das CA zum Verwaltungsgebäude umzubauen und als Studentenwohnheim aufzulösen. Hierdurch meint die Universität offenbar, eine „Brutstätte des Terrorismus" auslöschen zu können, denn

— das CA ist im Gegensatz zu den meisten Studentenwohnheimen von den Bewohnern selbst verwaltet;

— es diente in den vergangenen Jahren als Kommunikationszentrum, wurde von den Arbeitsgruppen, politischen Organisationen und Bürgerinitiativen als Versammlungshaus benutzt und war u.a. auch Tagungsort des Kongresses gegen die Heidelberger Relegationen zu Beginn des Sommersemesters '77.

Schon am 20.10., zum Zeitpunkt des Auflösungsbeschlusses, fand eine erste Protestdemonstration von ca. 1.000 Leuten statt, am 26.1. demonstrierten abermals 1.500 gegen die drohende Kündigung.

Am 10.2. beschloß die Mitgliederversammlung des CA, daß alle Bewohner im CA bleiben sollten. Auf der Basis, daß „*gerade angesichts der desolaten Situation der Heidelberger Linken das große Kommunikations- und Versammlungszentrum nur dann eine Chance auf Verwirklichung hat, wenn beim Kampf um das CA eine breite Mobilisierung über unsere Inhalte hergestellt wird und so etwas wie eine neue Gemeinsamkeit und ein Solidaritätsgefühl entsteht*" („Hausmitteilung"), wurden „5 erste praktische Schritte" festgelegt.



— Durchführung einer Pressekonferenz, wo u.a. auch die offen geplanten Rechtsbrüche bei der Kündigung zur Sprache kommen sollen (juristische Schritte werden ebenfalls vorbereitet).

— Verhandlungen mit dem Rektorat. Dieses hatte nach einem Hungerstreik von 16 CA-Bewohnern im Oktober erklärt, es wolle sich um die Beschaffung von Ersatzwohnungen bemühen;

— Öffentlichkeitsarbeit u.a. durch ein Flugblatt für die Heidelberger Studenten;

— Bildung eines Ausschusses, der Gegenmaßnahmen gegen den zu erwartenden Zusammenbruch des technischen Betriebs (Heizung, Strom, Reinigung) vorbereitet, wenn die Kündigung „in Kraft tritt".

— Vorbereitung eines Kongresses im CA für die Heidelberger Linke, wo u.a. die bisherigen Erfahrungen der Linken mit Kommunikations- und Wohnformen diskutiert werden sollen.

Die „Hausmitteilung" schließt: „Stellen wir uns diesen Herausforderungen erfolgreich: im Vertrauen auf die eigene Kraft und in Einigkeit und Kampfgeist".

Nach einem Brief eines Heidelberger Genossen

Verlieren können ist eine Kunst ...

Als besonders schlechter Verlierer der Wahlen erweist sich einmal mehr der MSB. In einem Beitrag für die DKP-Zeitung „UZ" kommt er allen Ernstes zu „folgender Zwischenbilanz" (Stand 4.2.). „*Die Basisgruppen, die im letzten Jahr bei Erstkandidaturen an einigen Hochschulen große Wahlsiege zu verzeichnen hatten, konnten diese Erfolge nicht wiederholen. Zwar gewannen sie auch in diesem Semester ... an der PH Dortmund und der FHS Frankfurt. In Oldenburg, Bremen und Göttingen ... verloren sie jedoch erheblich an Stimmen. Die gewerkschaftlich- orientierten Kräfte haben insgesamt ihre Position leicht ausbauen können.*"

Wie nun dieses erstaunliche Ergebnis angesichts der herben Verluste von MSB/SHB in Bremen, Frankfurt, München (um nur die spektakulärsten und größten Hochschulen zu nennen) zustandekommt, wird deutlich bei einem Blick auf die „Belege". Dort heißt es beispielsweise „*Uni München:MSB und SHB verloren zugunsten einer ‚Liste der Fachschaften'* ". Daß es sich hierbei um eine BG-Liste handelt, wird dem „UZ"-Leser verschwiegen. Durchgängig werden überhaupt nur BG-Verluste gemeldet (Ausnahme Dortmund und Frankfurt). Die Gewinne in Braunschweig, Essen, an der HWP Hamburg beispielsweise bleiben völlig unerwähnt. Bezeichnend auch der folgende Kommentar: „*Uni Götingen : Die Juso-Hochschulgruppe erhielt ca. 2000 Stimmen und wurde damit stärkste Fraktion. Eine gemeinsame Liste vom LHV und ‚Sozialistischen Büro' erreichte 1200 Stimmen. Der MSB konnte seine Stimmenzahl leicht erhöhen*". Offenbar ist der KHB Göttingen, der immerhin im alten und im neuen AStA (im Gegensatz zum MSB) vertreten ist, eine Un-Organisation. Aber zum Glück ist man in diesem Land nicht auf die „UZ" angewiesen, wenn man sich wirklich informieren will....

•••

Der KBW hat sich noch immer etwas einfallen lassen, wenn Wahlergebnisse nicht zu seinen Gunsten ausfielen. Zu den SP-Wahlen der vergangenen Semester münzte er die Siege linker Listen (bei gleichzeitigen harten Enttäuschungen für sich selbst) in eine „*gefährliche Lage für die Studentenbewegung*" um. Oder man erinnert sich noch gut daran, wie der KBW das Bundestagswahlergebnis mit Hilfe einer logarithmischen Statistik optisch aufbesserte. Doch immer nur Niederlagen mochte auch der KBW nicht melden. Was tut's , wenn die SP-Wahlen auch diesmal keinesfalls erfreulich für ihn ausgingen. Spektakuläre Verluste wie in den vergangenen Semestern blieben jedenfalls aus, es gab ja auch nichts mehr zu verlieren. Allein, der KBW meldet sogar große Siege für sich. „*Die Instituts - und Fachschaftsgruppen, die die Forderungen der Studentenmassen nach Bezahlung und Koalitionsrecht vertreten, deren Forderungen und Aufbau von den Studentenorganisationen des KBW propagiert und unterstützt wird, haben Fortschritte gemacht. Sie haben große Fortschritte da gemacht, wo es gelungen ist, die Aktionseinheit der Studenten herzustellen und, entgegen allen bürgerlichen Organisationen, in der Studentenschaft die notwendigen Forderungen gegen den bürgerlichen Staat zu erheben.*" („KVZ", 13.2.). Tatsächlich findet sich in der (ausnahmsweise einmal verständlichen) beigefügten KVZ-Tabelle diese erstaunliche Feststellung zahlenmäßig belegt. Unter der Rubrik „*Aktionseinheit (von KHG oder KSB unterstützt)*" findet sich ein Zugewinn von 1765 Stimmen auf 5910, womit die „Opportunisten" (KB, "MG", SB, KHB Bayern) eindeutig geschlagen wurden. Sieht man sich die Zahlen genauer an, so stellt man sofort fest, woher dieses Ergebnis stammt. Unter den „Aktionseinheits"-Listen des KBW finden sich dort die FSL München (BG-Liste), die FG-Liste Kiel (auf der ein KBWler mitkandidierte, ebenso wie zwei „Opportunisten" von KB und SB, die Mehrheit waren Unorganisierte und Spontis), die „Rührt-Euch" - Liste Münster (ähnlich wie Kiel) die allein schon mit mehr als der Hälfte der vom KBW sich selbst (im Gewand der „Aktionseinheit") zugeschriebenen Stimmen zu Buche schlagen. Diese 3 Listen waren allerdings weit davon entfernt, die berüchtigten KBW-Forderungen zu propagieren. In Kiel distanzierte sich der KBW sogar selbst von seiner bisherigen Bafög-Linie. Ebenfalls für sich allein hat der KBW die an einigen Hochschulen zustandegebrachten gemeinsamen Listen mit dem KSV und dem KSB/ML verbucht.

Schöne Bündnispolitk! Es erweist sich halt immer wieder, daß jeder, der vom KBW meint, dieser sei aus Schaden klug geworden und nunmehr zu solidarischer Zusammenarbeit bereit, bei erstbester Gelegenheit enttäuscht wird. Wir sind gespannt auf die Reaktion der Münchner, Kieler und Münsteraner Genossen.....

Makabres vom KBW

Bei den diesjährigen Studentenparlamentswahlen in Kiel haben gut 1.600 Studenten die Rechten (GG/RCDS) gewählt, knapp 1.500 die linke Fachschaftsgruppenliste und knapp 1.200 das GO-Bündnis (MSB/SHB/Jusos). Wenn trotz der 1.000 Stimmen Vorsprung für die Linken jetzt dennoch ein Rechts-AStA im Amt ist, so liegt das nicht zuletzt am Kieler Wahlmodus: Demnach erhält nämlich die stärkste Liste automatisch die Mehrheit im Studentenparlament und damit den AStA (personalisiertes Mehrheitswahlrecht). So sitzen jetzt 11 Reaktionäre im SP und 10 FSGler, die GOler sind ganz rausgefallen.

Daß die Reaktionäre und KuMi Braun demzufolge dieses Wahlsystem begrüßen, kann nicht verwundern.

Makaber ist es indessen schon, davon berichten zu müssen, daß auch der KBW nach der Wahl diesem Wahlmodus nur Positives abgewinnen kann und den Reaktionären, die mit 30 Prozent der Stimmen einen Minderheits-AStA stellen, ausdrücklich eine „demokratische Legitimation" bescheinigt. Überhaupt sei nur dieser Wahlmodus geeignet — so ein KBWler auf einer Fachschaftsgruppen-VV — einen schlagkräftigen AStA zu gewährleisten. Das „bescheuerte Verhältniswahlrecht" an anderen Universitäten habe bloß „Chaos" und „Handlungsunfähigkeit" geschaffen ...

In der Tat: „Schlagkraft" und „Handlungsfähigkeit" für einen reaktionären Minderheits-AStA — das ist es wohl, was die Studentenbewegung braucht?!

Wir möchten dem KBW vorschlagen, doch nicht nur die Abschaffung des „bescheuerten" Verhältniswahlrechts zu fordern, sondern gleich dafür einzutreten, daß künftig nur noch Stimmen für die Reaktionäre zählen — jedenfalls wird das, was dabei herauskommt, unheimlich „schlagkräftig" und „handlungsfähig" sein ...

Studenten im KB/Gruppe Kiel

Mit Stumpf und Stiel

Freiburg: Den Verkauf der „Roten Blätter" nahm der Rektor der Katholischen Fachhochschule zum Anlaß, um ein Mitglied des MSB für ein Jahr vom Studium auszuschließen und drei weitere Studenten zu verwarnen. Trotzdem behauptet Krautter weiter, „*kein Student, ... der sich als Kommunist bekenne und entsprechend argumentiere, werde an der Katholischen Fachhochschule behindert*". Wie dieser eklatante Widerspruch aufgelöst werden kann, macht er in den nächsten Sätzen deutlich: „*Wogegen sich die Leitung der Fachhochschule wehre, sei einzig und allein Propaganda und Agitation für eine kommunistische Organisation auf ihrem Schulgelände*" (Zitate nach „Badische Zeitung", 26.1.). Und da Kommunisten nun mal größtenteils auch Mitglieder einer Organisation sind, und damit jedes Eintreten für ihre Überzeugung auch Propaganda für eine kommunistische Organisation ist, ist eben das Vertreten kommunistischer Ideen verboten. Wie „tolerant" dieser Rektor ist, zeigte sich einige Tage später. Als am 31.1. zehn Lehrbeauftragte der KFHS gegen sein Vorgehen protestierten und dies als „*politische Entmündigung*" bezeichneten, kündigte er sie umgehend fristlos. Inzwischen wurde von fast 300 Studenten der KFHS (insgesamt 500) eine Protestresolution unterschrieben, der sich auch der FDP-Landtagsabgeordnete Hinrich Eberlein, drei SPD-Stadträte, der SPD-Ortsvorstand, Prof. Stuby , Lorenz Knorr (DFU), ein Pfarrer und verschiedene Gewerkschaftsfunktionäre anschlossen.

Nach einem Bericht von Sympathisanten des KB in Freiburg

Huas Märchen: Die Viererbande und das Chaos

Zur Propaganda gegen die „Viererbande", mit der das chinesische Volk nun schon in einer dritten Kampagne überflutet wird, gehört als zentraler Punkt die Behauptung, die „Viererbande" habe in China ein wirtschaftliches Chaos angerichtet, Rückschläge auf allen Gebieten der Produktion und für den Lebensstandard der Massen verschuldet. Jeder beliebige Mangel wird heute ohne weiteres damit begründet, der von der „Viererbande" angerichtete Schaden sei eben unvorstellbar groß gewesen und wirke heute noch nach. Auch die Ankündigung von Lohnerhöhungen für einen großen Teil der chinesischen Werktätigen wurde mit der Behauptung verbunden, an sich sei diese Lohnerhöhung schon viel früher beabsichtigt gewesen, habe aber damals wegen der von der „Viererbande" verschuldeten wirtschaftlichen Rückschläge nicht wie eigentlich beabsichtigt durchgeführt werden können.

Es liegt auf der Hand, daß hier mit plumper Demagogie gespielt wird. So ist grundsätzlich nicht einsichtig, wie überhaupt die „Viererbande", deren Einfluß doch erklärtermaßen auf dem Gebiet der Kultur, Presse und Literatur lag, an der übrigen Parteiführung und an sämtlichen zuständigen Institutionen vorbei schwerwiegende Eingriffe in Chinas Wirtschaftspolitik vorgenommen haben könnte. Das ist schlechterdings unvorstellbar und unerklärlich. Nicht weniger absurd und lächerlich sind die unzähligen Einzelfälle, wo „kapitalistische Tendenzen" in irgendeiner Kommune, aber auch Diebstahl, Schlägereien, Streiks (Streiks werden seit dem Hua-Putsch unter die gewöhnlichen kriminellen Delikte gerechnet (!!) usw. in jedem Winkel des Landes als Werk der „Viererbande" oder ihres „Fraktionsnetzes" bezeichnet werden.

Die Taktik der neuen chinesischen Machthaber, die Lage vor dem Hua-Putsch als „chaotisch" darzustellen und sich selbst als Retter der chinesischen Volkswirtschaft vorm Ruin anzupreisen, wurde bereits in der chinesischen Presse v o r dem Putsch zutreffend gekennzeichnet: „**Sie** (die Anhänger Deng Hsiao-Pings – Anm. AK) **machten die Entwicklung der Volkswirtschaft zum Hauptkettenglied und taten so, als ob nur sie, und sie allein, der Entwicklung der Volkswirtschaft Aufmerksamkeit schenkten**" („Den Klassenkampf anpacken, die Frühjahrsbestellung gut voranbringen", RENMIN RIBAO, 24. 2.76, zit. nach „Peking Rundschau", Nr. 10/76, S.5). Dieses Schema wird heute bis zum Erbrechen abgespielt. Die „Viererbande", so heißt es gar, habe b e w u ß t das wirtschaftliche Chaos herbeigeführt, um dann in einer solchen Situation die Macht zu ergreifen. Sollten Hua's Propagandisten etwa die berüchtigte IG Chemie-Broschüre „Was wollen die Chaoten?" als Vorlage benutzt haben? ...

Wer freilich die chinesischen Veröffentlichungen v o r dem Hua-Putsch vom 6. Oktober 1976 liest, wird nirgendwo Hinweise auf das heute überall beschriebene wirtschaftliche Chaos, die katastrophalen Rückschläge usw. finden, die ja damals angeblich geherrscht haben sollen. Finden wird man vielmehr – übrigens exakt genauso wie heute! – immer wieder die Beteuerung, die Lage sei „a u s g e z e i c h n e t". Beschönigende Propaganda der „Viererbande" Nun, vielleicht ist dann d i e s e Äußerung etwas unverdächtiger: „**In unserem Land herrscht eine ausgezeichnete Situation. Durch die Große Proletarische Kulturrevolution, die Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius und die Bewegung zum Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats ist die Diktatur des Proletariats in China gefestigter denn je, das Volk des ganzen Landes hat eine hohe Moral, und der sozialistische Aufbau entwickelt sich schwungvoll**". So sprach Hua Guofeng am 15. März 1976 – ein halbes Jahr vor dem Putsch – auf einem Bankett zu Ehren einer Delegation aus Laos (zit. nach „Peking Rundschau", Nr. 12/76, S. 7).

Warum sollte man ihm heute mehr glauben als damals, wenn er jetzt das Gegenteil behauptet? Warum sollte man annehmen, die chinesische Presse habe v o r dem Putsch die Wahrheit über die wirtschaftliche Lage grob verfälscht, aber sage h e u t e nichts als die Wahrheit? So etwas geht doch nur in einen total leergepumpten „ML"-Kopf hinein! Und die „ML"er selbst? Man lese nur die farbenfrohen Berichte der „Roten Fahne" und der „KVZ" über die „**ausgezeichnete Lage**" und die große wirtschaftlichen Erfolge v o r dem Hua-Putsch. Man lese z.B. die Artikel „*Wer sind die Herren der Fabrik?*" („Rote Fahne", 25.6.75) *und „die Trennung von Hand- und Kopfarbeit kann nur im Klassenkampf aufgehoben werden*" („Rote Fahne", 2.7.75), die nach der Rückkehr einer „KPD"-Delegation aus der VR China geschrieben wurden. Wird darin etwa ein wirtschaftliches Chaos beschrieben? Wird darin, wie heute von den neuen Machthabern behauptet wird, ein jahrelanges Stagnieren der wissenschaftlichen Forschung und des technischen Fortschritts deutlich? Natürlich nicht, ganz im Gegenteil! Ja, und was soll man nun glauben? Am besten wohl immer d a s, was gerade i m M o m e n t behauptet wird ...

Chinas neue Machthaber selbst haben eine sehr aufschlußreiche Zahlenangabe veröffentlicht. Nach dieser – gewiß auch mit Skepsis zu behandelnden – Angabe lag die Industrie-Produktion in den Monaten Januar bis September 1977 um 12 % über der des entsprechenden Zeitraums von 1976 (siehe z.B. Rede von Vize-Premier Yu Chiu-li auf der 4. Sitzung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, 23.10.77, zit. nach SWB, 26.10.77).

Zum Verständnis dieser Zahl muß man daran erinnern, daß es 1976 zum einen das außerordentlich schwere Erdbeben von Tangschan und eine Reihe weiterer schwerer Erdbeben gab, die insgesamt beträchtliche Transport- und Produktionskapazitäten banden. Es ist außerdem und vor allem daran zu erinnern, daß die ersten neun Monate 1976, insbesondere die Zeit von Mai/Juni bis August, durch heftige Klassenkämpfe am Vorabend des Rechtsputsches gekennzeichnet waren, daß viele Fabriken zeitweise und z.T. über längere Zeiträume hin wegen Streiks stillstanden, daß zeitweise offenbar (nach heutigen Berichten) auch die Eisenbahnen bestreikt wurden, u.a.m. Das heißt, das Dreivierteljahr 1976 bis zum Hua-Putsch war, verglichen mit früheren Zeiträumen, sicher eine wirtschaftlich ungünstige Phase. Wenn sogar gegenüber d i e s e m Zeitraum die Industrie-Produktion nach dem Putsch nur um 12 % gesteigert werden konnte (trotz striktem Streik-Verbot, trotz strengster Durchsetzung der Arbeitsdisziplin, trotz Kampagnen für freiwillige Mehrarbeit usw.), so läßt das nur zwei Schlußfolgerungen zu:

– **Entweder sind die Behauptungen über das wirtschaftliche Chaos in den Jahren vor dem Hua-Putsch blanker Unsinn...**

– **oder die Behauptungen über den ungeheuren wirtschaftlichen Aufschwung, der angeblich nach dem Putsch eingetreten sein soll, sind Hochstapelei.**

Wahrscheinlich sind beide Schlußfolgerungen richtig.

Zum Vergleich hier eine relativ willkürliche Zusammenstellung einiger Daten aus der Zeit v o r dem Putsch. Die Angaben stammen aus „China aktuell" (hrg. vom Hamburger Institut für Asienkunde) und sind chinesischen Rundmeldungen entnommen:

– „**Während des ersten Quartals 1976 stieg die Erzeugung von Rohöl, Kohle, Elektrizität, Kunstdünger, Stahl, Eisen, Buntmetallen, Zement und anderen Produkten ebenso wie die Produktion des Maschinenbaus, der Elektroindustrie und des Transportaufkommens um mehr als 12 % an**" („China aktuell", Juni 1976, S. 263).

– „*Während der letzten 10 Jahre ist die industrielle Entwicklung der Provinz Szechuan um jährlich 10,9 % gestiegen*" („China aktuell", Mai 1976, S. 190).

– „*Nach Angaben der chinesischen Nachrichtenagentur vom 30. November 1975 ist die Rohölförderung der VR China während der letzten 15 Jahre jährlich um durchschnittlich 20 % gestiegen. Dies gilt auch für das Jahr 1975 (Jan.-Nov.), während die Raffineriekapazität um 13 % erweitert werden konnte*" („China aktuell", Januar 1976, S. 848).

– „*Die Kohleförderung der VR China lag während der ersten zehn Monate 1975 um 6,2 % über dem Plan und erreichte den höchsten Stand jemals*" (ebenda). Zur Ergänzung: Die chinesischen Bergarbeiter produzierten im ersten Halbjahr 1976 um 7,6 % mehr Kohle als im selben Zeitraum 1975 und stellten damit nochmals einen Rekord auf („hsin-hua", engl., 12.7.76, nach SWB, 21.7.76).

– „*Während des Winterhalbjahres 1975-1976 waren rd. 130 Millionen Arbeitskräfte im landwirtschaftlichen Grundlagenaufbau eingesetzt*. (Gemeint ist damit das Anlegen von Deichen, Bewässerungssystemen, Terrassen etc. – Anm. AK).

– „*Im Winter 1974-1975 waren es rd. 100 Millionen gewesen ... Der Umfang der Stein- und Erdarbeiten, der hierzu nötig war, lag um rd. 60 % über der Leistung 1974-75*" („China aktuell", August 1976, S. 388).

– „*Während der ersten Hälfte des Jahres 1975 haben sich die Gesamtinvestitionen im Grundlagenaufbau der chinesischen Volkswirtschaft* (gemeint ist damit z.B. Bau von Fabriken, Straßenbau usw. – Anm. AK) *um beachtliche 32 % gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres erhöht ... Die Arbeitsleistung an den Binnenwasserwegen und im Straßenbau lag um 57 % höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres*" („China aktuell", September 1975, S. 494).

Gegenüber diesen Zahlen nimmt sich die Propaganda der jetzigen Machthaber, Chinas Wirtschaft habe sich (von kleinen Unterbrechungen abgesehen) seit der Kulturrevolution praktisch im Chaos befunden, wie eine plumpe Wiederholung der seit langem geläufigen revisionistischen Erzählungen über China aus. Ebenso widerlegt ein Rückblick in die chinesische Presse das Propaganda-Märchen, in China habe vor dem Hua-Putsch der technische Fortschritt sozusagen stillgestanden, weil die „Viererbande" die Intellektuellen nicht ruhig arbeiten ließ. Viele Artikel vor dem Hua-Putsch (übrigens auch in der „ML"-Presse, das ist ja klar!!) beschreiben ausführlich, welche wissenschaftlichen und technischen Fortschritte die chinesischen Werktätigen in der Zeit vom Ende der Kulturrevolution bis 1976 gemacht haben.

Mit dem Märchen vom Chaos sollen heute Festigung des betrieblichen ‚Managements', strikte Einhaltung der Arbeitsdisziplin, Streikverbot, Wiedereinführung von „Regeln und Vorschriften" (betriebliche Hausordnungen) in den Fabriken, Betonung der Disziplin an Schulen und Universitäten, Privilegierung von Wissenschaftlern, Ingenieuren etc. gerechtfertigt werden – als angeblich für das Erreichen eines wirtschaftlichen Aufschwungs notwendig. Es ist kein Wunder, daß sich s ä m t l i c h e Klagen über das angebliche Wirtschaftschaos, das niedrige Bildungsniveau usw. usf. schon in den 1975 fabrizierten Arbeitspapieren Deng Hsiao-pings wiederfinden, die seit dem Frühjahr 1976 bis zum Hua-Putsch Gegenstand der Massenkritik waren.

Neue Stellungnahme der KP Chinas zur Vaterlandsverteidigung

Die „Peking Rundschau" veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom 7.2.78 einen Artikel „**Die zweite Welt und die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit**", der noch weitergehender bzw. offener formuliert ist als frühere chinesische Veröffentlichungen zu diesem Thema. Der Artikel ist zuerst in der „Renmin Ribao" („Volkszeitung") am 18.1. 78 erschienen. In diesem Artikel wird u.a. behauptet:

– Das von den USA geführte imperialistische Lager sei „z e r f a l l e n".

– „*Die alten entwickelten kapitalistischen Länder in Europa*" seien „*zu Staaten zweiten Ranges herabgesunken*".

– „*Ihnen kommt es heute nicht darauf an, mit den zwei Supermächten die Welt aufs neue aufzuteilen, sondern die eigene Unabhängigkeit und Sicherheit zu verteidigen*". Das gelte auch für Kanada, Japan, Australien und Neuseeland.

– Die Länder Westeuropas sollten „*sich von der Kontrolle der USA freimachen und für ‚gleichberechtigte Partnerschaft' kämpfen*".

– Für die Völker der „Zweiten Welt", insbesondere Westeuropas, sei es „*notwendig und korrekt, die sowjetischen Kriegspläne aufzudecken, die Beschwichtigungspolitik zu bekämpfen und sich gegen einen Aggressionskrieg zu rüsten. Im Falle des Kriegsausbruchs muß das Proletariat dieser Länder sich zweifellos in die vorderste Reihe eines nationalen Krieges stellen und für die nationale Unabhängigkeit und Existenz kämpfen*".

Der Artikel geht damit deutlich weiter als irgendein früherer – und wohl auch weiter als die bisherigen Verlautbarungen der „KPD"! –, wenn er die eigenständigen imperialistischen Interessen der Staaten der „Zweiten Welt", insbesondere Westeuropas, bestreitet und ihre Politik als ausschließlich auf die Verteidigung der eigenen Unabhängigkeit und Sicherheit gerichtet darstellt. Den Verfassern kommt es daher wohl auch gar nicht in den Sinn, daß die Forderung nach „gleichberechtigter Partnerschaft" mit dem US-Imperialismus nichts anderes bedeutet und auch gar nichts anderes bedeuten kann als „Partnerschaft" beim Kampf um die Neuaufteilung der Welt. Es sei denn, die chinesischen Ideologen würden selbst nicht mehr an ihre Kennzeichnung der USA als imperialistische „Supermacht" glauben, die mit dem „Sozialimperialismus" um die Weltherrschaft ringt. Einiges spricht in der Tat dafür, daß die chinesischen Ideologen das Wort von den „b e i d e n Supermächten" nur noch als hohle Formel mitschleppen, aber die USA in Wirklichkeit klammheimlich schon der „Zweiten Welt", also ihren potentiellen Bündnispartnern, zugeschlagen haben.

So fällt auch auf, daß der Artikel im Grunde nicht einmal mehr von der Hypothese eines wirklichen sowjetischen Angriffs auf Westeuropa ausgeht, sondern u n a b h ä n g i g davon für die Länder der „Zweiten Welt" generell die Situation eines „gerechten Verteidigungskrieges" konstruiert: „**Allgemein ist bekannt, daß die Sowjetunion und die USA heftig um die Weltherrschaft ringen, daß der Schwerpunkt ihrer Rivalität in Europa liegt. Diese Rivalität wird schließlich zum Krieg führen... Wird er** (dieser Krieg – Anm. AK) **zwischen dem sowjetischen Sozialimperialismus und den Ländern der Zweiten Welt geführt, dann handelt es sich um einen Krieg gegen Aggression und Annexion**". Es ist also die „Rivalität zwischen den Supermächten", und keineswegs unbedingt ein sowjetischer Angriff auf Westeuropa, der den chinesischen Ideologen zufolge unvermeidlich zu einem neuen Weltkrieg führen wird. Es liegt auf der Hand, daß die Länder der „Zweiten Welt" sich an einem solchen Krieg beteiligen würden – schon deshalb, weil sie allesamt mit den USA durch Militärpakte eng verbunden sind und weil sich auf ihren Territorien Truppen, Stützpunkte, Militär-Flughäfen und Atomwaffen der USA befinden. Im Grunde geht es also darum, daß die chinesische Führung die Imperialisten der „Zweiten Welt" darin unterstützt, sich an der Seite des US-Imperialismus an einem aus der „Rivalität der Supermächte" hervorgehenden Dritten Weltkrieg zu beteiligen. Dies wiederum läuft darauf hinaus, den US-Imperialisten bei der „Rivalität der Supermächte" und bei der Vorbereitung eines Dritten Weltkrieges zu unterstützen.

Die chinesische Führung nimmt diese Haltung, die schon früher an einzelnen konkreten Fragen praktiziert wurde, jetzt immer offensichtlicher ein. So wurde inzwischen der Vorwurf der „Beschwichtigungspolitik", der früher nur gegen die Staaten der „Zweiten Welt" erhoben wurde, auch auf die USA ausgedehnt. Man lese hierzu etwa aktuell den Beitrag „**Die Illusionen der Beschwichtigungspolitik**", gesendet von „Radio Peking" am 3.1.78, abgedruckt in der von der „KPD" herausgegebenen Reihe „Radio Peking" vom 7.2.78. Dort werden USA und Westeuropa nur noch in einem Atemzug genannt, werden zustimmend Äußerungen der US-Presse gegen die angebliche „Beschwichtigungspolitik" zitiert, und wird abschließend festgestellt: „...**Die westliche Beschwichtigungspolitik hat diese zusehends üblen Folgen mit sich gebracht, was immer mehr westliche Persönlichkeiten wachsam macht. Die Kräfte in den USA und Westeuropa gegen die Beschwichtigungspolitik werden immer stärker**". Bei dem Vorwurf der „Beschwichtigungspolitik" geht es darum, von den Imperialisten mehr „Wachsamkeit", mehr Aufrüstung („Verteidigungsanstrengungen", „Vorbereitung auf den Kriegsfall"), Verzicht auf angebliche Zugeständnisse bei Verhandlungen mit der Sowjetunion sowie drastische Reduzierung ihres Handels mit der Sowjetunion zu fordern. Es spricht für sich, wenn die chinesische Führung jetzt nicht bloß in Westeuropa, sondern sogar in den USA d i e Kräfte zu ermuntern versucht, die für einen schärferen Kurs gegenüber der Sowetunion eintreten. Das heißt, die chinesische Führung unterstützt nicht nur den US-Imperialismus in seiner „Rivalität" mit der „anderen Supermacht", sondern sie ist auch bestrebt, diese „Rivalität" (die „bekanntlich" unvermeidlich zum Krieg führen wird) zusätzlich anzuheizen. Welche Bezeichnung wäre für diese Politik der chinesischen Führung passender als das Wort v e r b r e c h e r i s c h?



Aus der „ML“-Szene

Ein „Harz-Manöver“ führte der KBW Ende Januar nach eigenen Pressemeldungen durch. „*In einem Propagandamarsch zu Auto und zu Fuß*“, mit richtigen „Spielmannszügen“ und Trommlern vorneweg, marschierten die Truppen des KBW in Reih und Glied durch die Gegend, „*um unter der Dorfbevölkerung und den Bauern das revolutionäre Bündnis der Arbeiter, Bauern und Soldaten zu propagieren*“. In einer Vorankündigung des „Harz-Manövers“ hieß es zum Programm u.a.: „*...Abends wird ein Quartier in der Umgebung von Clausthal-Zellerfeld bezogen... Mit einem Orientierungsmarsch mit Karte und Kompaß wird am nächsten Morgen auf Clausthal-Zellerfeld zumarschiert, wo eine gemeinsame Mahlzeit aus der Gulasch-Kanone eingenommen wird*“. Und in einem ersten „Manöver“-Bericht heißt es: „*Ca. 230 Freunde und Genossen beteiligten sich am Samstag an den Aktionen am ersten Tag des Harz-Manövers... In drei Marschkolonnen wurde marschiert. Platzkonzerte, Agitation und*



Marschkolonne des KBW beim „Harzmanöver“

Umzüge wurden in Hahausen, Echte, Oker und Clausthal durchgeführt... Eine Einheit von 70 Polizisten, die in Echte bereits Freitag Abend anrückte, traute sich nicht einzugreifen...“. Kein Wunder das, denn: „*Die ideologische Lage der Bourgeoisie auf dem Land ist schlecht*“. Und ganz besonders im Harz. Übrigens: Wir haben uns diese Geschichte nicht etwa ausgedacht, sondern Angaben und Zitate stammen tatsächlich aus der „Kommunistischen Studentenzeitung“ des KSB Südostniedersachsen vom 16.1.78 und aus der „KVZ“-Beilage Südostniedersachsen vom 30.1. 78. Kein Wunder, daß dieser Umzug zur Karnevalszeit in den Harz-Orten Aufsehen erregte. Dem KBW wäre in diesem Sinne zu empfehlen, sein nächstes Manöver mal in voller Kriegsbemalung und Federschmuck durchzuführen. Aber wahrscheinlich ist dieser Einfall den Genossen ja schon selbst gekommen?

schon selbst gekommen?

***

Wie seit einiger Zeit zu vermuten war, hat sich nunmehr im KB Österreichs — einer Filialgründung des KBW — die sogenannte „Theorie der drei Welten“ voll durchgesetzt. Aus dem Rechenschaftsbericht des ZK auf der 1. nationalen Delegiertenkonferenz des KBÖ Anfang Januar: „*Die von Mao Tse-tung ausgearbeitete Konzeption der drei Welten ist eine unerläßliche strategische Konzeption für den internationalen Klassenkampf... Sie beleuchtet den Weg, wie das Weltproletariat und die Völker heute erfolgreich den Kampf gegen die internationalen Hauptfeinde der Völker, die beiden Supermächte, führen*“ (zitiert nach „Radio Peking“, 2.2.78).

***

Ihre bisher schärfste Attacke gegen die Partei der Arbeit Albaniens führte die „KPD“ kürzlich in einer gemeinsamen Erklärung mit der PCMLB (Belgien): „*...Weil sie die Kriegspläne des sowjetischen Sozialimperialismus ohne Zögern und unzweideutig unter Anklage stellt, ist die Theorie der Drei Welten Angriffsziel einer revisionistischen und trotzkistischen Kampagne, die die PCMLB und die KPD schärfstens verurteilen. Diese Kampagne scheut weder Verleumdungen noch Fälschungen und verschiedenste Provokationen. Sie ist begleitet von einer beschämenden Wühltätigkeit gegen die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung. Die Angriffe gegen die Theorie der Drei Welten sind eine direkte Unterstützung der aggressiven Politik Breschnews*“ („Rote Fahne“, 8.2.78).

***

Ganz anders sieht freilich Ernst Aust, Chef-Clown der „KPD/ML“, die Sache: „*...Bekanntlich versuchen sie* (gemeint sind die Führer der KP Chinas) *seit Jahren durch ihre antimarxistische Theorie von der Existenz mehrerer kommunistischer Parteien in einem Land das Entstehen neuer kampfstarker marxistisch-leninistischer Parteien zu verhindern bzw. zu erschweren, versuchen sie durch ihre Theorie von der notwendigen Existenz zweier Linien, Strömungen oder Fraktionen in einer Partei, deren Entwicklung zu wahrhaft bolschewistischen Parteien zu sabotieren.*

Dort, wo es ihnen — trotz jahrelanger Sabotage — nicht gelang, das Entstehen und die Festigung marxistisch-leninistischer Parteien zu verhindern, gingen sie — sobald diese ihrem revisionistischen ‚Drei-Welten-Konzept‘ nicht zu folgen bereit waren — zu offenen Provokationen, zu finanziellen Bestechungs- und Spaltungsversuchen, zur Gründung bzw. Förderung revisionistischer Spalterorganisationen über. Während sie Prinzipien bzw. Gepflogenheiten des proletarischen Internationalismus über Bord warfen, Bruderparteien von oben herab behandelten, überschlugen sie sich, um feudalen Potentaten und Reaktionären aller Schattierungen zu hofieren“ („Roter Morgen“, 10.2. 78).

Da möchten selbst wir als hartgesottene und wahrlich ‚langjährige‘ Kritiker des chinesischen Kurses ihm zurufen: Ernst, laß mal die Kirche im Dorf! Schließlich kann sich Aust wirklich in dieser Hinsicht nicht beklagen: Die chinesische Führung hat doch ‚jahrelang‘ so getan, als gebe es in der BRD überhaupt keine linke Organisation außer der „KPD/ML“ und hat dieser Sekte Vergünstigungen eingeräumt, die wir hier nicht nennen wollen, aber die Ernst Aust natürlich bestens bekannt sind. Aber anscheinend war selbst d a s für Aust & Co. noch nicht genug. Sie wären gern n o c h exklusiver als Alleinvertreter (für „ganz Deutschland“, versteht

n o c h exklusiver als Alleinvertreter (für „ganz Deutschland“, versteht

sich) hofiert worden. Es zeugt aber wohl doch von einer gewissen Maßlosigkeit und Selbstüberschätzung, wenn Aust dies der chinesischen Führung heute als „Sabotage“ ankreidet.

***

Dem „Roten Morgen“ vom 10.2. 78 ist zu entnehmen: „*Vor einiger Zeit fühlte sich die Führung der Kommunistischen Arbeiterpartei•Marxisten-Leninisten [AKP•ML] in Norwegen bemüßigt, die Beziehungen zu unserer Partei abzubrechen*“. Im Oktober 1977 sei dann in der Zeitung der AKP/ML ein Artikel erschienen, in dem die KPD/ML als „konterrevolutionär“, „zum Revisionismus übergegangen“ und „Teil der Propagandamaschine des Kreml“ bezeichnet wurde, da sie die „Viererbande“ in China unterstütze, und wegen ihrer Kritik an der „Theorie der drei Welten“. — Ja, es geht schon recht deftig und herzhaft zu in der „marxistisch-leninistischen Weltbewegung“!

***

Vom 13. bis 15. Januar fand in Rom ein weiteres Vorbereitungstreffen für eine „internationale Konferenz gegen die Bedrohung durch den russischen Sozialimperialismus“ statt. Diese „Konferenz“ soll, wie es jetzt heißt, Ende April in Lissabon stattfinden („Rote Fahne“, 1.2.78).

Die „internationale Konferenz“ war zunächst schon für Ende Januar dieses Jahres geplant gewesen (vgl. „Rote Fahne“ vom 10.8.77 und AK 111, S. 55).

Die Initiative zu dieser „Konferenz“ ging von der portugiesischen „PCP/ML“ aus, die mit Abstand die rechteste Organisation innerhalb der internationalen „ML“-scene ist. An einem ersten Vorbereitungstreffen im Juli 1977 hatten außer der „KPD“ und der italienischen PCUd'I auch Vertreter der bürgerlichen Parteien Portugals — der PS von Soares, der christdemokratischen CDS und der noch weiter rechts stehenden PSD (früher PPD) — teilgenommen. Dies ist den glänzenden Beziehungen zu verdanken, die die „PCP/ML“ zur portugiesischen Bourgeoisie (u.a. auch zum Präsidenten Eanes!) unterhält.

Die „internationale Konferenz“ soll nach den Wünschen ihrer Planer außer den „ML“ern auch antisowjetische Kräfte aus dem bürgerlichen Lager anlocken. Die „Rote Fahne“ vom 1.2.78 behauptet in diesem Sinne: „*Der Initiative haben sich inzwischen Persönlichkeiten aus Italien, Frankreich, England und der BRD angeschlossen*“. — Es kann kein Zweifel bestehen, daß auf dieser „Konferenz“ Kriegshetze und Aufrüstungspropaganda den Punkt Eins der Tagesordnung bilden werden.

***

Es kriselt weiter zwischen „KPD“ und KBW. Nach den Auseinandersetzungen um die Hamburger Bürgerschaftswahl (wo die „KPD“ ein bereits abgeschlossenes Wahlabkommen nachträglich rückgängig machte) mußte jetzt auch eine geplante gemeinsame Veranstaltungsreihe zur Unterstützung der ZANU abgeblasen werden, bzw. der KBW wird sie alleine durchführen. Der KBW hatte nämlich „*einseitige Festlegungen über Termine der Veranstaltungen* [*an den 5 Tagen vor dem 1. Mai*] *getroffen und somit versucht, unserer Partei seine Linie für den 1. Mai 1978 aufzuzwingen. Er war nicht bereit, mit uns ernsthaft über eine Alternative zu sprechen und hat damit das Prinzip der Gleichberechtigung in der Aktionseinheit und die Aktionseinheit selbst gebrochen*“ („Rote Fahne“, 8.2.78). Schade, und es hatte sich doch alles so schön angelassen mit der „Einheit der Marxisten-Leninisten“!..

***

Und wer schrieb d i e s : „*...Es genügt hier, auf das Beispiel Chile hinzuweisen, um den absoluten Verrat der chinesischen Revisionisten am revolutionären Kampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus klarzumachen. Während die ganze Welt die faschistischen Henker in Chile voller Abscheu verurteilt, gibt ihnen China, wie unsere chilenische Bruderpartei jetzt enthüllt hat, Kredite...*“. Nein, das ist wirklich nicht aus der „UZ“, auch wenn's so klingt. Das ist aus dem „Roten Morgen“ vom 17.2.78! Und auch dies steht in dem „Roten Morgen“: „*...Offenbar soll das chinesische Atomprogramm jetzt mit allem Nachdruck durchgezogen werden*“. Gemeint ist der Bau von AKW's in der VR China, über den es bisher selbst nach bürgerlichen — mehr sensationell als wissenschaftlich aufgemachten! — Berichten nur Spe-

mehr sensationell als wissenschaftlich aufgemachten! — Berichten nur Spe-

kulationen gibt. Anscheinend kommt die „KPD/ML“ jetzt bei ihrer Polemik gegen die VR China ebenso wenig ohne Übertreibungen aus wie bei ihren früheren Lobhudeleien!

Da schmunzelt der Kommunist

„Lotta Continua“ (Tageszeitung der gleichnamigen italienischen Organisation) hat wieder einmal zugeschlagen. „Lotta Continua“, für ihre Ignoranz gegenüber der westdeutschen Linken mittlerweile schon berüchtigt, hatte kürzlich einen Vertreter zur Rundreise in die BRD geschickt. In „Lotta Continua“ vom 10.,11. und 12./13. Februar sind nun die ersten drei Folgen seines Erlebnisberichtes erschienen. Jeweils eine volle Seite. Und was hat er mitgekriegt: Spontis, Sponti-Zeitungen, Alternativ-Projekte, Frankfurter Szene, Sponti-Kneipen, ein Rückblick auf SDS und APO durch die Sponti-Brille, Thomas Schmidt (von der Zeitung „Autonomie“), Dany Cohn-Bendit, Spontistatements zur Frage, ob nun Faschismus oder doch nicht. Die gesamte westdeutsche organisierte Linke hingegen wird in folgendem Satz zusammengefaßt: „*Heute beschränkt sich der organisierte Sektor auf wenige Gruppen, von den Marxisten-Leninisten, die eine Karikatur der pro-chinesischen Gruppen sind, bis hin zum Kommunistischen Bund, der einen Einfluß in Norddeutschland, insbesondere in Hamburg bewahrt*“ („conserva“) („LC“, 10.2. 78). — Titel der Serie: **„Notizen über eine Reise durch das Deutschland, von dem man spricht“**.

Die DKP ist ja sooo demokratisch!



Unter der Überschrift **„Dichtung und Wahrheit über die Haltung der DKP zum Grundgesetz der Bundesrepublik“** legt Jupp Angenfort in der „UZ“ vom 10.2. 78 wortreich dar, wie fest die DKP auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht. Heißt es doch auch im neuen Programmentwurf der DKP klipp und klar: „*Die DKP wirkt auf dem Boden des Grundgesetzes*“. Na also!

Unter der Zwischenüberschrift **„Sozialismus schafft neue Freiheiten für arbeitende Menschen“** schreibt Angenfort in seinem Artikel, **„daß der Sozialismus nicht weniger, sondern mehr Demokratie für das Volk bedeutet“**, „*daß der Sozialismus neue Freiheiten für das werktätige Volk schafft, daß er z.B. das Recht auf Arbeit, dauerhafte soziale Sicherheit und die tatsächlich Gleichberechtigung der Frau verwirklicht*“.

Angenfort hätte völlig Recht wenn seine Aussagen sich w i r k l i c h auf den Sozialismus beziehen würden. Tatsächlich meint er aber gar nicht den Sozialismus, sondern den sogenannten „r e a l e n Sozialismus“, also die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Sowjetunion und DDR, die von der DKP als allgemeingültiges Modell angesehen werden. Und da wird es allerdings kritisch, wenn man sich ansieht, ob dieser „reale Sozialismus“ den arbeitenden Menschen wirklich m e h r Freiheit, neue demokratische Rechte verschafft.

Fangen wir mit einem einfachen Beispiel an: In der DDR gibt es kein Streikrecht! In der „UZ“ befaßte man sich am 1.7. 77 mit dieser Frage – „*Warum gibt es in der DDR kein Streikrecht?*“ In diesem Artikel wurde ausgeführt, die Werktätigen hätten in der DDR gar keinen Grund mehr zum Streiken, weil die Betriebe ja alle ihnen gehören. Daher sei in der DDR ein Streikrecht **„überflüssig“**. Denn: „*Der Sozialismus ist die erste Gesellschaftsordnung, in der die Gewerkschaften nicht mehr um ihre Rechte kämpfen müssen*“. Fakt ist aber, daß es gelegentlich in Ländern des sogenannten „realen Sozialismus“ Streiks tatsächlich („real“, um im DKP-Jargon zu bleiben) g i b t .

mus“ Streiks tatsächlich („real“, um im DKP-Jargon zu bleiben) g i b t .

Wie kann man da das Streikrecht für „überflüssig“ erklären und gleichzeitig behaupten, der „reale Sozialismus“ bringe den Menschen **„neue Freiheiten“**?!

Nächstes Beispiel: Würden nicht in einem „Sozialismus“ nach dem Geschmack der DKP die verschiedensten die Meinungsfreiheit beschneidenden Gesetze neu eingeführt? Würde nicht z.B. jede Kritik an der sowjetischen Innen- oder Außenpolitik als „antisowjetische Aktivität“ unter schwere Strafe gestellt, wie es heute in allen Ländern des „realen Sozialismus“ praktiziert wird? Würde nicht das Delikt der „Verächtlichmachung der BRD im Ausland“ ins Strafgesetzbuch eingeführt werden, wie es das entsprechend in den Ländern des „realen Sozialismus“ gibt? Würde die DKP nicht überall dort, wo sie heute schon abweichende Meinung als „objektiv im Dienst der Reaktion“ diffamiert, diese Meinungen in einem „Sozialismus“ ihres Geschmacks als kriminelle Delikte behandeln ?

Weiteres Beispiel: Würde nicht in einem „Sozialismus“ nach DKP-Geschmack damit zu rechnen sein, daß die Staatsbürgerschaft ähnlich gehandhabt wird, wie in der DDR, d.h. daß Kritiker, die keineswegs zu den Rechten gehören (wie etwa Biermann) zwangsweise ausgebürgert werden? „Neue Freiheiten“ ? ...

Und noch ein Beispiel: Würde in einem „Sozialismus“ nach DKP-Geschmack nicht auch die Organisationsfreiheit noch weiter eingeengt werden? Würden nicht sämtliche „maoistischen, trotzkistischen und anarchistischen“ Organisationen glattweg v e r b o t e n werden, wie es heute schon in allen Ländern des sogenannten „realen Sozialismus“ der Fall ist?

Es ist klar, daß die DKP all dies praktizieren würde, wenn sie nur k ö n n t e. In die Lage wird sie aber nicht kommen. Insofern hat das verlogene Geschwätz dieser Partei über „neue Rechte“, die sie uns bescheren will, keine große Bedeutung. Es sollte aber beachtet werden, wenn über den politischen Charakter dieser Partei gesprochen wird.

politischen Charakter dieser Partei gesprochen wird.

Nun auch die KP Belgiens auf » Euro«-Kurs

Noch vor einem halben Jahr war der Eurorevisionismus für die KP Belgiens im wesentlichen ein vom „Großkapital mit dem Zweck der Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung“ gefördertes Phänomen (Jef Turf in der „Drapeau Rouge“) und man wollte lieber über „*konkrete Probleme des Kampfes gegen die Krisenpolitik als über das Problem ‚Eurokommunismus‘ diskutieren*“ (ebenda, zit. nach „Amada“, 27.7.77), hat sich jetzt offen eine Position durchgesetzt, die stark die Gemeinsamkeiten mit den anderen revisionistischen Parteien Westeuropas betont und den Weg für eine stärkere Distanzierung von bestimmten Entwicklungen in den RGW-Staaten freigibt.

„*Wir haben starke Gemeinsamkeiten in unseren Vorstellungen zu Problemen der Demokratie und der Freiheiten – Problemen, über die wir zumindest Einschätzungsdifferenzen mit unseren Freunden aus den sozialistischen Ländern haben*“, so Jean du Bosch in einem Interview mit der Zeitschrift „Pour“ (8.2.78). Sichtbarstes Signal dieser Wende sind entsprechende Passagen einer ZK-Resolution und des dieser zugrundeliegenden Referats des 2. Vorsitzenden der KPB, Claude Renard. In letzterem heißt es u.a.:

„*Die internationale Solidarität verpflichtet uns in keiner Weise, die bürokratischen Mißbildungen gutzuheißen oder zu verschleiern, denn diese begrenzen nicht nur die sozialistische Demokratie, sondern nehmen ihr auch den Charakter! Gegner – wer immer es auch sei – in psychiatrische Anstalten zu stecken, ist nicht nur eine Begrenzung der Demokratie, sondern auch ein unverzeihlicher Fehler*“ (zit. nach „La Gauche“, 2.2.78).

Diese Äußerungen stehen in direktem Zusammenhang mit einer starken Betonung des „eigenständigen Weges zum Sozialismus“; man will „*stärker als bisher die pluralistische Konzeption des Weges zu einer antimonopolistischen Demokratie und zum Sozialismus bekräftigen*“ („Le Soir“, 25.1.78). Da kann man natürlich schlecht zu den repressiven Praktiken gegenüber abweichenden Meinungen im „realen Sozialismus“ schweigen.

Fraglich ist allerdings, ob die Gesamtpartei diese Wendung widerspruchslos mitvollziehen wird. Im ZK selbst gab es zwar nur eine Stimme gegen die Resolution, die starke Lieger Gruppe allerdings, von der wegen ihrer „traditionalistischen“ Haltung der stärkste Widerstand erwartet wird, ist im ZK allerdings nicht mehr vertreten. Der oben schon zitierte J. du Bosch versucht zwar einerseits, die Differenzen auf „gefühlsmäßige Schranken“ gegenüber einer kritischen Haltung zur SU herunterzuspielen, mochte aber die Möglichkeit „spalterischer Entwicklungen“ nicht vollkommen ausschließen.

Belgien-Kommission



Aus der Welt des »realen Sozialismus«

Mit Gewalt wurde von der polnischen Polizei am 11. Februar eine Versammlung oppositioneller Studenten und Intellektueller aufgelöst, auf der der Historiker Adam Michnik (Mitglied des „Komitees zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung" – KOR) sprechen sollte. Die Versammlung sollte in einer Privatwohnung stattfinden.

Bei der Weiterreise nach Warschau am 12. Februar wurde Michnik auf dem Krakauer Bahnhof vorübergehend festgenommen, angeblich auch mißhandelt. Ähnlich erging es ihm kurz darauf, als er von Warschau nach Posznan fahren wollte („Welt", 16.2.78).

Die Vorfälle stehen im Zusammenhang mit der Bildung einer Gruppe „Gesellschaft für wissenschaftliche Kurse", die Vortragsreihen zu bestimmten Themen (polnische Geschichte z.B.) organisiseren will. Diese Gruppe wird u.a. unterstützt vom KOR, von Jan Kielanowski (Professor für Zoologie), Wladislaw Bienkowski (Erziehungsminister zur Zeit Gomulkas), Edward Lipinski (Wirtschaftswissenschaftler) und anderen oppositionellen Intellektuellen wie Mazowiecki und Cywinski („il manifesto", 14.2.78).

• • •

Vor den polnischen Kommunalwahlen im Februar wurden an einigen Stellen oppositionelle Flugblätter verteilt, in denen darauf aufmerksam gemacht wurde, daß niemand gesetzlich zum Wählen verpflichtet ist und daß die Möglichkeit besteht, Kandidaten von der Einheitsliste zu streichen. Dabei wurde vor einer Warschauer Autofabrik der „Bürgerrechtler" Emil Morgiewicz beim Flugblattverteilen festgenommen („FR", 6.2.78; „il manifesto", 7.2.78).

Die Wahlbeteiligung soll zwischen 98,45 % in den Städten und 99,16 % in den Gemeinden gelegen haben; die Ja Stimmen sollen zwischen 99,62 % unJ 99,74 % gelegen haben („UZ", 9.2.78).

• • •

Jiri Hajek, früherer Außenminister der CSSR und Unterzeichner der „Charta 77" hat in einem Interview mit der sozialdemokratischen Wiener „Arbeiterzeitung" erklärt, die ständigen Forderungen des ‚Westens' seien *„keine Hilfe für Dissidenten-Gruppen in ihrem Kampf um größere politische Freiheiten...: Wichtiger sei es vielmehr, ‚den Gesamtprozeß der friedlichen Koexistenz zu stärken, in dessen Rahmen die Respektierung der Menschenrechte ihren Platz hat' ".* Hajek warnte vor der Gefahr einer Rückkehr zum ‚Kalten Krieg' („SZ", 3.2.78).

• • •

Als *„Hauptinformationsquelle ausländischer Journalisten für deren jüngste Kampagne gegen unsere Gesellschaft"* hat die jugoslawische Zeitschrift „NIN" den Rechtsanwalt Jovan Barovic angegriffen. Barovic vertritt u.a. den politischen Gefangenen Mileta Perovic, der als Führer einer illegalen – meist zu Unrecht als „pro-sowjetisch" abgestempelten – Kommunistischen Partei angeklagt wird. Perovic war im Juli vergangenen Jahres vom jugoslawischen Geheimdienst aus Paris entführt worden. Das ist eine geläufige Praxis – so wurde auch Vlado Dapcevic (angeblich Vorgänger von Perovic als Führer der illegalen KP und inzwischen zu 20 Jahren Haft verurteilt) nach Jugoslawien entführt, in diesem Fall aus Rumänien.

Wie schon der Prozeß gegen Dapcevic und zahlreiche andere Prozesse vorher soll offenbar auch der Prozeß gegen Perovic unter totaler Ausschaltung der Öffentlichkeit und ohne primitivste juristische Voraussetzungen stattfinden. Perovic hat mit der Höchststrafe zu rechnen, das heißt mit der Verurteilung zum Tode, wahrscheinlich wie im Falle von Vlado Dapcevic umgewandelt in eine 20jährige Haftstrafe („SZ", 4.2.78; „Spiegel", 30.1.78).

• • •

Der bekannte jüdische Oppositionelle in der Sowjetunion, Alexander Ginsburg, der bereits im Februar 1977 verhaftet wurde, bleibt weiterhin in „Untersuchungs"-Haft: Die U-Haft wurde vorerst bis zum 3. Mai verlängert („Hamburger Abendblatt", 7.2.78).

• • •

Die Anklage gegen den „Bürgerrechtler" Juri Orlow, Gründer der sogenannten „Helsinki-Gruppe", wurde verschärft. Während ihm bisher nur „Verbreitung von antisowjetischen Erfindungen" vorgeworfen wurde (Höchststrafe: 3 Jahre), wird er nun der „antisowjetischen Agitation und Propaganda" angeklagt (Höchststrafe: 7 Jahre). (Westberliner „Tagesspiegel", 7.2.78).

• • •

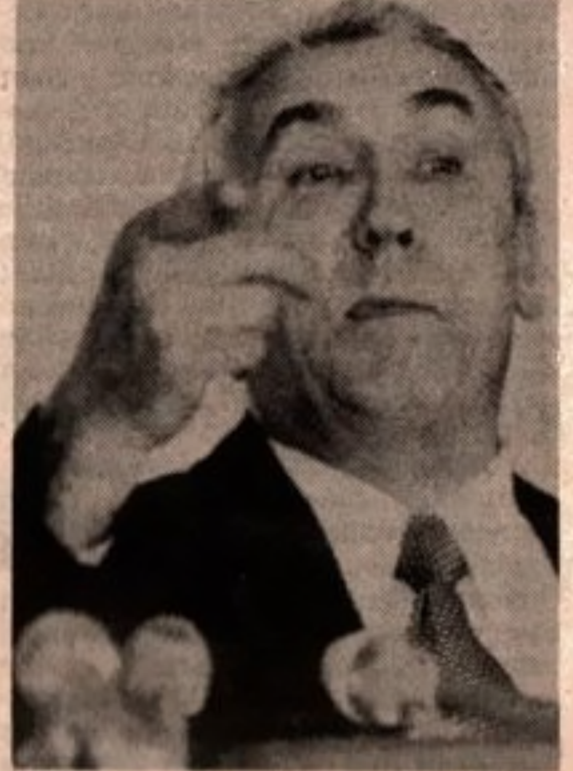
Kürzlich stellte sich in Moskau eine Gruppe vor, die eine unabhängige „Gewerkschaft zur Verteidigung der Arbeiter" gründen wollte. Nach Presseberichten hat es inzwischen Repressalien gegen einzelne Mitglieder der Gruppe gegeben. So soll der Gründer der Gruppe, der frühere Bergarbeiter Wladimir Klebanow, Anfang Februar in Haft genommen worden sein („Tagesspiegel", 10.2.78). Die Arbeiterin Varvara Kutcherenko, Mitglied der Gruppe, soll in das ‚Psychiatrische Hospital Nr. 13' in Moskau verschleppt worden sein („il manifesto", 12.2.78).

Pressezensur in Polen

Ein ehemaliger Presse-Zensor aus der VR Polen schmuggelte kürzlich ein Exemplar der geheimen Dienstanweisung für eine bisherige Tätigkeit nach Schweden.

Dieses höchst aufschlußreiche Werk zur Arbeitsweise des „Hauptamtes zur Kontrolle der Presse, Publikation und Aufführungen" (GUKPPiW) erscheint demnächst in polnischer Sprache als Buch. Da gibt es exakte Anweisungen bezüglich der Berichterstattung über Unglücksfälle bis hin zur „nichtzugelassenen" Kritik etwa an in Polen verwendeten sowjetischen Bohrgeräten und dergleichen Kurioses mehr.

Wir wollen hier nur die krassesten außen- und innenpolitischen Fälle zitieren – die Zensur bleibt jedoch bei solchen großen Dingen nicht stehen, sie geht bis ins unglaubliche Detail. Die Vorschriften etwa für die Berichterstattung über internationale Beziehungen läßt über den „Geist des Internationalismus" der polnischen Führer tief blicken: *„Nicht zugelassen ist die Veröffentlichung von Nachrichten über evt. Einschränkungen der Bewegungsfreiheit kommunistischer Politiker oder kommunistischer Parteien in Ägypten, Algerien, Sudan, Irak, Lybien und Syrien..." „Unzulässig ist jegliche Berichterstattung über Polen – Besuche von Vertretern oppositioneller Organisationen aus arabischen und afrikanischen Ländern..." „Einem Veröffentlichungsverbot unterliegen Nachrichten über einen evt. Handelsaustausch mit Rhodesien, mit der Republik Südafrika sowie über sämtliche Kontakte polnischer Institutionen mit der Republik Südafrika (durch spätere Anweisungen auf Südkorea und Taiwan ausgedehnt)..." „Bezeichnungen wie ‚Militärdiktatur, Gorillas, Militärjunta' dürfen in Bezug auf Staaten, mit denen wir diplomatische Beziehungen unterhalten, nicht benutzt werden. Diese Anweisung gilt nicht für Chile, Paraguay, Guatemala und die Dominikanische Republik..." „Sämtliche Veröffentlichungen, eingeschlossen kleinste Notizen, Photos u.ä. über die Vergangenheit und Gegenwart des Iran, über den Schah, seine Familie und die mit ihm verbundenen Personen sowie jegliche Prognose über das Schicksal der Monarchie im Iran, müssen der Guk-'w- Leitung vorgelegt werden..."(!)*



„Wehe, wenn ihr noch einmal über die Soldatenkämpfe in Westeuropa berichtet, dann ..."

Auch innenpolitisch sind die „heiklen Fragen" natürlich mit einem Publikationsverbot belegt. So ist jede Kritik an der Sowjetunion unzulässig, die polnische Fleischausfuhr in die SU darf nicht erwähnt werden etc... Zitiert sei hier zunächst eine wahrhaftig menschenfeindliche Anweisung bezüglich des Umweltschutzes, wovon es natürlich eine ganze Reihe in der gesamten Dienstvorschrift gibt: *„Aus den Publikationen über Fragen des Umweltschutzes oder über ökologische Gefahren in Polen sind Informationen zu streichen, die eine unmittelbare Lebens-oder Gesundheitsgefährdung durch die Industrie oder durch die in der Landwirtschaft benutzten Chemikalien behandeln. Dieses Verbot bezieht sich auch auf Verseuchungen durch Pestizide. Ebenfalls zu unterlassen sind sämtliche Veröffentlichungen über die Gesundheitsgefährdung der Arbeiter, die mit der Herstellung von Polyvinylchlorid (PVC) beschäftigt sind, sowie über die Gefahren bei Verwendung dieser chemischen Erzeugnisse, z.B. in der Bauindustrie..."*

Unbequeme Informationen, selbst was die physische Gefährdung von Arbeitern etc. betrifft, hält man den Leuten lieber nicht vor die Nase...

Wen wunderts da noch, wenn die Anweisungen etwa auch vorschreiben, daß keinerlei „Polemiken" gegen die Artikel in den zentralen Zeitungen „Trybuna Ludu" und „Nowe Drogi" zugelassen sind – ja, daß nicht einmal diese Anweisung den Redaktionen bekannt gemacht werden darf?!

Bezüglich der „sozialistischen Armee" dürfen natürlich erst recht keine unbequemen Fragen angeschnitten werden: *„Aus allen Massenmedien, wie auch aus nicht periodischen Druckerzeugnissen ist jeder Hinweis auf Änderung der Dienstvorschriften der Armeen sozialistischer Länder nach dem Muster der Armeen kapitalistischer Länder zu beseitigen. Das gilt u.a. für Forderungen nach Gewähr des Rechts auf: lange Haare, Gewerkschaftszugehörigkeit, längere Urlaubszeit, Reduzierung der Dienststundenzahl. Ebenfalls nicht zur Publizierung freigegeben werden dürfen evt. Vorschläge jugendlicher Zivilisten und Soldaten, die eine Verkürzung der Dienstzeit für Dienstpflichtige betreffen oder eine Erhöhung des Solds, der Löhne, Pensionen u.ä. in den Armeen sozialistischer Länder.*

Nicht zu veröffentlichen sind auch Beispiele dafür, wie die oben genannten Probleme in den Armeen kapitalistischer Länder behandelt werden..."

Die Revisionisten fürchten also sogar schon die westeuropäische Soldatenbewegung – und wer die zu fürchten hat, muß schon ein recht eigenartiger Sozialist sein... Die polnischen Revisionisten treiben die Presse-Zensur soweit, daß dabei manchmal auch wahre Blüten herauskommen, wie die folgende: *„Vom Verlagsinstitut PAX wurde ein historischer Roman über Menschen und Ereignisse aus dem 19. Jahrhundert mit dem Titel ‚Sieg der Besiegten' zur Zensur vorgelegt. Aus der Beschreibung der Ereignisse des Jahres 1831 hätte der Zensor den folgenden Satz nicht zu streichen brauchen: ‚Rußland hat Polen verschlungen, wird es aber nicht verdauen"*

(Die Dienstanweisung ist urheberrechtlich vom ANEKS. polish political quarterly, London erworben und im Auszug veröffentlicht vom „Spiegel", 6.2.78).

RGW-Kommission
KB-Gruppe Hamburg



Die antifaschistische „RUSSELL-REIHE" stellt anhand einzelner Komplexe die fortschreitende Faschisierung des BRD-Staates und der westdeutschen Gesellschaft dar. Mit Übersichten, Statistiken zahlreichen Originaldokumenten wird das Zusammenspiel staatlicher Instanzen mit alten und neuen Faschisten belegt.

Vor dem Hintergrund des nach 1945 von großen Teilen der Bevölkerung gewollten Aufbaus einer antifaschistischen und demokratischen Gesellschaft wird das heute erreichte Ausmaß der Unterdrückung und Verfolgung antifaschistisch-demokratischer Kräfte einerseits, der Begünstigung und Förderung polizeistaatlicher und faschistischer Entwicklungen andererseits sichtbar.



RUSSELL-BUCH 1: DOKUMENTATION von Texten und Vorschriften gegen den Faschismus und ihre Anwendung, Verdrehung, Mißachtung seitens der BRD-Staatsorgane von 1945-1977
184 Seiten, A5 DM10

Drei Jahrzehnte nach 1945 ist in der BRD von den damals gemachten Ansätzen zur Bekämpfung des deutschen Militarismus und Nazismus kaum noch etwas vorhanden. Stattdessen sind die von den Alliierten 1945/46 erlassenen Vorschriften in den Westzonen und später in der BRD sehr schnell abgeschwächt, zurückgenommen, verdreht und in ihr Gegenteil verkehrt worden.

Drei Jahrzehnte nach 1945 ist in der BRD von den damals gemachten Ansätzen zur Bekämpfung des deutschen Militarismus und Nazismus kaum noch etwas vorhanden. Stattdessen sind die von den Alliierten 1945/46 erlassenen Vorschriften in den Westzonen und später in der BRD sehr schnell abgeschwächt, zurückgenommen, verdreht und in ihr Gegenteil verkehrt worden.

In dieser Dokumentation wird der Abbau und die schnelle Beendigung der Entnazifizierungsverfahren, die massive Wiedereingliederung von Nazis in Staat und Gesellschaft, die schleppende und begünstigende „Verfolgung" von Nazi-Verbrechern exemplarisch aufgezeigt.



RUSSELL-BUCH 5: Nach Schleyer: „Sonderkommandos" in der BRD — zügiger Ausbau der neuen GeStaPo.
240 Seiten, A5

Nach 1945 wurde die „geheime Staatspolizei" (Gestapo) der Nazis als kriminelle Vereinigung verboten. Nie mehr sollte diese spezielle Form eines perfektionierten, zentralen Apparats der Bespitzelung und Einschüchterung und des Terrors entstehen können — ein Apparat, der jeder herkömmlichen „Kontrolle" durch die Instanzen des bürgerlichen „Rechtsstaats" (Justiz, Polizei usw.) von vornherein entzogen war und vor der Kritik der Öffentlichkeit ohnehin verdeckt war.

Tatsächlich ist seit Jahren in der BRD ein Polizeiapparat aufgebaut worden, der — unter Umgehung und Aufhebung von Länderkompetenzen und „Polizeisparten" (wie Bundeskriminalamt, „Verfassungsschutz", „Grenzschutz" usw.) — immer stärker zentralisiert worden ist: Seine Kommandozentrale beim Bundeskanzleramt ist parlamentarisch und gerichtlich, geschweige denn durch die Öffentlichkeit praktisch nicht mehr „kontrollierbar". Spezielle Einsatzgruppen wie „Mobile Einsatz-Kommandos", GSG 9 usw., die gezielt als Todesschuß-Kommandos ausgebildet — und eingesetzt — werden, bilden ein weiteres wichtiges Teil dieser neuen Gestapo in der BRD.
Erscheint in Kürze

Zu bestellen bei: j. reents-verlag, Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

Stammheim — Schwamm drüber?

Wieder und wieder hörten wir in den ersten Wochen dieses Jahres, der Untersuchungsausschuß über die „Selbstmorde" von Stammheim habe nun endgültig „die Beweisaufnahme abgeschlossen", es könne nun endgültig keinerlei Zweifel am Selbstmord der Terroristen geben usw. usf. Die Menge dieser Beteuerungen - unterstützt durch Artikelserien in der „sozialliberalen" Presse, durch Sendungen in Fernseh-Magazinen und andere Mittel der bürgerlichen Medien — soll offenbar die immer noch mangelnde Qualität, sprich B e w e i s - k r a f t dieser Beteuerungen wettmachen. Gewiß keine ganz vergebliche Hoffnung der Herrschenden. Schon , Nazi-Propagandaminister Goebbels behauptete ja, man brauche eine Lüge nur oft genug zu wiederholen, um sie schließlich glaubhaft zu machen.

Wesentlicher Bestandteil dieser Kampagne war der große Auftritt des Generalbundesanwalts Rebmann mit der Behauptung, er wisse nun, wie die Schußwaffen zum „Selbstmord" nach Stammheim kamen: Die Anwälte Newerla und Müller hätten sie während des RAF-Prozesses in den Gerichtssaal geschmuggelt und dort den Angeklagten übergeben. Brach diese Konstruktion auch vier Tage später vorm Untersuchungsausschuß schon wieder zusammen, so dürfte sie doch ihren propagandistischen Zweck weitgehend erfüllt haben.

Es gab weitere Überraschungen. Am 8. Februar konnte man in der gesamten bürgerlichen Presse lesen, der Untersuchungsausschuß habe nun die Beweisaufnahme endgültig abgeschlossen bzw. stehe kurz vor dem Abschluß. Am 10. Februar dann die Meldung, der Ausschuß setze seine Arbeit nun doch **„überraschend"** („FR", 10.2) fort. Es war nämlich ein wesentliches Argument der „Selbstmord"-Propagandisten geplatzt - **die angeblich totsichere Alarm-Anlage im Stammheimer „Terroristen-Trakt" funktionierte gar nicht!** Das heißt, es hätten in der Stammheimer „Selbstmord"-Nacht ohne weiteres auch „Unbekannte" in den Trakt eindringen können (durch einen nicht bewachten Nebengang, wie inzwischen offiziell bekannt wurde, nachdem die Verteidiger der Gefangenen schon lange vorher darauf hingewiesen hatten),

nicht! Das heißt, es hätten in der Stammheimer „Selbstmord"-Nacht ohne weiteres auch „Unbekannte" in den Trakt eindringen können (durch einen nicht bewachten Nebengang, wie inzwischen offiziell bekannt wurde, nachdem die Verteidiger der Gefangenen schon lange vorher darauf hingewiesen hatten),

ohne das Alarmsignal auszulösen. Ein Diplomphysiker vom Landeskriminalamt erklärte vor dem Untersuchungsausschuß, er habe bei einer ‚Funktionsprüfung' festgestellt, daß die Alarmanlage *„bei langsamen, vorsichtigen Bewegungen"* nicht ausgelöst wurde. So sei er probeweise *„langsam in normaler, aufrechter Haltung an der Wand entlang gegangen, habe die Tür zu Baaders ehemaliger Zelle geöffnet, dann die gegenüberliegende von Gudrun Ensslin und danach den Umschlußflur diagonal überquert, ohne daß die Alarmanlage diese Bewegungen registriert habe"* („FR", 10.2.).

Diese Feststellung, die ein wesentliches Kettenglied aus der offiziellen Beweisführung reißt, hatte der BKA-Physiker, ein Herr Martin, nach eigenem Bekunden schon am 9.November vorigen Jahres gemacht! („Welt", 10.2.). Nirgends, weder vorm Untersuchungsausschuß noch in der bürgerlichen Presse, wurde die Frage problematisiert, warum diese Tatsache erst d r e i M o n a t e später der Öffentlichkeit bekannt gegeben wurde!

Am 18. Februar gab es dann in der Presse die Meldung, daß der Untersuchungsausschuß n o c h einmal in die Beweisaufnahme eintreten werde. Man wolle nämlich nochmals *„einige Beamte"* zu Rebmanns Behauptung hören, *„die Überprüfungen von Anwälten vor dem Betreten des Stammheimer Gerichtsgebäudes seien nur oberflächlich gewesen"* („Welt", 18.2.), hätten also das Einschmuggeln der Waffen ermöglicht.

Auch dieser Vorgang ist bemerkenswert. Zur Erinnerung: Am 12. Januar hatte Rebmann seinen großen Auftritt vor dem Untersuchungsausschuß. Am 16. Januar erklärten mehrere Polizei-Beamte vor dem Ausschuß übereinstimmend, die Pistolen und der Sprengstoff hätten k e i n e s f a l l s auf dem von Rebmann beschriebenen Weg in das Gerichtsgebäude eingeschmuggelt werden k ö n n e n. Sie hätten nämlich im Gegensatz zu Rebmanns Behauptungen alle Verteidigerakten selbst in die Hand genommen und Seite für Seite durchgeblättert. Eine in den Akten versteckte Pistole wäre ihnen allein schon durch das Gewicht aufgefallen, außerdem seien die Akten auch auf Metall-Gegenstände abgesondet worden (vgl. AK 121, S.6).

Auf diese Aussage hin hätte der Ausschuß eigentlich - würde er seine Aufgabe im Sinne des Wortes ernst nehmen - sofort nochmals Rebmann vorladen müssen, hätte eventuell weitere Polizei-Beamte, die während des Prozesses eingesetzt waren, zu dieser Frage hören müssen und er hätte vor allem die angeblichen Informanten Rebmanns - gegebenenfalls eben in nichtöffentlicher Sitzung, dafür gäbe es ja Wege, wenn man gewollt hätte - mit den Aussagen der Polizei-Beamten konfrontieren müssen. Nichts, absolut nichts dergleichen geschah! Den Aussagen der Beamten wurde überhaupt nicht weiter nachgegangen. Stattdessen zankten sich in den folgenden Tagen diverse Staatsfiguren vor dem Ausschuß um die - für die Aufklärung der „Selbstmorde" völlig uninteressante — Frage, wer von ihnen denn wohl für die Kontrollen während der RAF-Prozesses verantwortlich gewesen ist.

Wenn man sich jetzt, gut einen Monat nach dem Auftritt Rebmanns und seiner Widerlegung durch die Beamten, darauf besinnt, daß diese Angelegenheit vielleicht doch noch nicht ganz geklärt sei und daß man die Beamten erneut vorm Ausschuß hören müsse, so läßt das wenig Gutes vermuten. Einfach gefragt: Hat man den Monat gebraucht, um intern mit den Beamten den Widerspruch zu „klären", d.h. um Zeugenaussagen im Sinne Rebmanns zu präparieren? Wenn dieser AK erscheint, wird man es vielleicht schon wissen...

Nicht geklärt wurde auch, ob und wann die von Rebmann dreist beschuldigten Anwälte Newerla und Müller überhaupt Gelegenheit gehabt haben, im Gerichtsgebäude den Angeklagten Gegenstände zu übergeben, da offenbar beide Anwälte während des Prozesses nur eine Nebenrolle spielten, kaum im Gerichtssaal waren und noch seltener direkten Kontakt zu den Angeklagten hatten. Genau-

schuldigten Anwälte Newerla und Müller überhaupt Gelegenheit gehabt haben, im Gerichtsgebäude den Angeklagten Gegenstände zu übergeben, da offenbar beide Anwälte während des Prozesses nur eine Nebenrolle spielten, kaum im Gerichtssaal waren und noch seltener direkten Kontakt zu den Angeklagten hatten. Genau-

eres ließe sich mit Sicherheit aus den Prozeßprotokollen entnehmen, aber auch darüber wurde absolut nichts bekannt.

Und man hörte auch - warum nur, warum?... - von Rebmann n a c h seinem großen Auftritt kein Sterbenswörtchen mehr über seine geheimnisvollen „Informanten", nicht die geringste weitere „Enthüllung", obwohl doch der „Stern" schon — offensichtlich vom BKA gut gefüttert — die angeblichen Namen der „Informanten" und sogar Zitate aus ihren angeblichen Aussagen veröffentlicht hatte. Und nun das ganz große Schweigen?!...

Eine weitere überraschende Mitteilung fand in der bürgerlichen Presse überhaupt keine Beachtung: Man wird sich daran erinnern, daß immer behauptet wurde, in den Leichen von Baader, Ensslin und Raspe sowie im Körper von Irmgard Möller seien m i t S i c h e r h e i t keine Reste von Giften oder Betäubungsmitteln gefunden worden, als könnten sie k e i n e s f a l l s im betäubten Zustand ermordet bzw. verletzt worden sein. Zu dieser Frage ergab sich vorm Untersuchungsausschuß folgender Dialog (lt. „Spiegel" vom 6.2.78):

Vorsitzender Schieler: *„Darf ich noch einmal auf die Gifte zurückkommen. Das ist eine Frage, die in der Öffentlichkeit sehr stark diskutiert wird. Es gibt Vorstellungen etwa derart, daß es Gifte gebe, die man einem Lebenden beibringen könne, die nachher nicht mehr feststellbar seien..."*. Antwort von Prof. Hartmann (Schweiz): *„Wir haben bei den Analysen keine derartigen Spuren gefunden ... Aber ich gebe Ihnen recht, es gibt soundso viele Gifte, daß man, wenn man nicht gerichtet auf ein bestimmtes Gift sucht, unter Umständen eines übersieht, vor allem die komplizierten organischen Gifte. Nehmen Sie Digitalis oder nehmen Sie Insulin - wenn man darauf nicht gerichtet untersucht, wird man es nicht finden"*.

Das heißt, die angebliche, bis hinein in die linke Presse gläubig verkündete S i c h e r h e i t, daß keine Betäubung vorlag, gibt es in Wirklichkeit gar nicht. Dafür wurde nun ein neuer „Beweis" eingeführt, der sich aber offenbar nur auf Gudrun Ensslin und nicht auch auf die beiden Erschossenen beziehen kann: Hätte man Gudrun Ensslin, so argumentierte Prof. Hartmann vor dem Ausschuß, im betäubten Zustand in die Schlinge gehoben, so hätten bei ihr unter den Achseln und an den Armen „Griffspuren" entstehen müssen - wenn nicht äußerlich sichtbar, so doch zumindest im Gewebe. Solche „Griffspuren" haben man aber nicht gefunden. Ist damit nun wirklich alles klar? Oder gibt es nicht Fälle von vorgetäuschtem Selbstmord - in Wahrheit Mord - durch Erhängen, die von der Gerichtsmedizin n i c h t einwandfrei zu klären waren ?!...

Über Stammheim soll nach dem Willen der Herrschenden Gras wachsen. Die „sozialliberale" Presse und „linke" Fernsehmagazine übernehmen dabei ebenso willig ihren Spezialpart wie Springer-Presse, Löwenthal, „FAZ", „Quick" usw. Zu diesem Konzert gehören die direkt vom Bundeskanzleramt bestellten und vom Bundeskriminalamt diktierten Artikel des „Stern" ebenso wie z.B. die weit differenzierter argumentierende Artikel-Serie der „Zeit", die dafür voll unlösbarer innerer Widersprüche ist.

Wie ist es z.B. zu erklären, wenn die „Zeit" ihre Artikel-Serie am 6.1.78 mit folgender kühl vorgetragenen Mitteilung beginnt: **„Weitab von Stammheim, in einer Stadt Schleswig-Holsteins, wurde in der ‚Nacht von Mogadischu' ein Redakteur der Deutschen Presse-Agentur aus dem Schlaf geklingelt. Am Telefon verlangte eine männliche Stimme, er wolle sofort über das ZDF mitteilen lassen, ‚daß Andreas Baader und Gudrun Ensslin tot sind'. Ehe der dpa-Mann noch Fragen stellen konnte, hatte der unbekannte Anrufer schon aufgehängt. Der Redakteur beschloß, er habe es mit einem Spinner zu tun gehabt..."**!

Hat sich der „Zeit"-Journalist Karl-Heinz Janßen diese Geschichte etwa nur a u s g e d a c h t, um einen Aufreißer für den Anfang seiner Artikel-Serie zu haben? Oder was

te, hatte der unbekannte Anrufer schon aufgehängt. Der Redakteur beschloß, er habe es mit einem Spinner zu tun gehabt..."!

Hat sich der „Zeit"-Journalist Karl-Heinz Janßen diese Geschichte etwa nur a u s g e d a c h t, um einen Aufreißer für den Anfang seiner Artikel-Serie zu haben? Oder was

ist da passiert? Es gibt kein Dementi der dpa, das diese Geschichte als dummes Zeug erklärt. Es gibt keine Information, w e l c h e r dpa-Mann da im Spiel gewesen sein soll. Es sind keine Versuche bekannt, diesen Mann eventuell vor den Untersuchungsausschuß zu bekommen. W a r u m n i c h t ?! Und wie erklärt sich die Geschichte, wenn sie nicht frei erfunden ist? Hat der dpa-Mann vielleicht nur schlecht geträumt? Oder hat ihn ein Hellseher nächtlicherweise antelefoniert? Oder war am anderen Ende der Strippe gar Jan Carl Raspe, der in seiner Zelle nicht nur ein komplettes Funksystem, sondern möglicherweise auch ein geheimes Telefon hatte? Rätsel über Rätsel, Wunder über Wunder...

Trotz vieler offengebliebener Fragen hat es die Linke insgesamt versäumt, Druck auf eine Klärung auszuüben. Breite Sektoren (SPD-Linke, Linksliberale, DKP, SB) haben es aus verschiedenen Gründen abgelehnt, sich für eine Klärung zu engagieren, oder haben sogar die Staatsversion verbreitet. Die rasche Bildung einer internationalen Untersuchungskommission, zu der im Ausland (namentlich Italien und Frankreich) große Bereitschaft bestand, ist - sei es aus irgendwelchen taktischen Fehlschlüssen, sei es aus parteipolitischem Opportunismus - sabotiert worden. Breite Sektoren der Linken scheinen tatsächlich f r o h zu sein, daß über die ganze peinliche Geschichte Gras zu wachsen beginnt und sie somit nicht mehr dem quälenden Widerspruch zwischen ihrem reformistisch-staatstreuen Selbstverständnis und dem Verdacht eines staatlichen Geiselmordes ausgesetzt sind. Wer hingegen n i c h t will, daß der ganze Dreck schließlich unter den Teppich gekehrt wird, der wird jetzt erneut und v e r s t ä r k t entsprechende politische Anstrengungen machen müssen.